

GABRIELLA KINDA

*György Krassó und der Systemwechsel*

**Dissertation**

**2018**

## 1. Einleitung

Beim ungarischen Systemwechsel gehörte György Krassó nicht zum Mainstream. Deshalb stellt sich die Frage, warum es lohnt, sich mit seiner politischen Rolle zu beschäftigen. Die Antwort darauf könnte sehr einfach wie folgt lauten: Ebenso wie die Ähnlichkeit auf einem Gemälde durch die Komposition von Licht und Schatten geschaffen wird, so zeichnet sich die Wirklichkeit nicht ohne den in Dunkel gehüllten historischen Prozess ab. Die hier vorliegende Arbeit nähert sich dem Systemwechsel über den politischen Lebenslauf von György Krassó aus einem bisher nicht untersuchten Aspekt.

Der Zusammenbruch des ungarischen kommunistischen Systems wird im Allgemeinen in verschiedene Perioden eingeteilt. Auch hinsichtlich des Zeitraums gehen die Meinungen auseinander. György Krassó widersetzte sich der auf der militärischen Okkupation der Sowjets und der Vergeltung nach der Revolution von 1956 basierenden Politik Kádárs. Deshalb wurde er in der Kádár-Ära vom Regime als Feind behandelt, weshalb ich den 22. Mai 1988, den Zeitpunkt der tatsächlichen Entfernung János Kádárs<sup>1</sup> aus der Macht, als symbolische Zäsur betrachte. Im weitesten Sinne kann der Übergang auf die Jahre zwischen 1985 und 1990 angesetzt werden, in denen die politischen Veränderungen 1989/90 an Fahrt gewannen. Abgesehen von einer kurzen Periode in frühester Jugend arbeitete György Krassó als Einzelkämpfer oder als Angehöriger der Opposition an der Demontage des Kommunismus. 1989/90 folgte er seinen individuellen politischen Vorstellungen. Deshalb konzentriert sich die Dissertation auf die Periode von 1989/90, auf die akute Phase des Systemwechsels, als György Krassós individuellen Bestrebungen und die historischen Prozesse in Ungarn einander kreuzten.

Für den gerade stattfindenden politischen Wandel benutzte György Krassó den Ausdruck Systemwechsel, was die Entscheidung hinsichtlich des Wortgebrauchs vereinfacht. Der ungarische Systemwechsel 1989/90 war eine Transformation von der kommunistischen Einparteiendiktatur zur liberalen Mehrparteiendemokratie. Hierin herrschte damals vollkommene politische Übereinstimmung. Die zeitgenössische linke Opposition – der Bund der Freien Demokraten (SZDSZ)<sup>2</sup> und der Bund der Jungen Demokraten (FIDESZ) – benutzte gleichfalls diesen Ausdruck. Der Staatspartei, der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (MSZMP) und deren

---

<sup>1</sup> János Kádár (1912 – 1989), geboren als János Czermanik, ungarischer kommunistischer Politiker, 1956 – 1988 mächtigster ungarischer Politiker. Seine Entmachtung fand in zwei Phasen statt. Am 22. Mai 1988 wurde er um seine Machtbefugnisse gebracht, von seinem Posten als Generalsekretär der kommunistischen Partei abgelöst und aus dem Politbüro entfernt. Namentlich aber blieb er Vorsitzender der MSZMP. Am 12. April 1989 wurde er als Parteivorsitzender abgelöst und verlor auch die ZK-Mitgliedschaft.

<sup>2</sup> Der Bund der Freien Demokraten (SZDSZ) war eine während der Systemwende gegründete liberale Partei. 1990-2010 war sie als Partei im Parlament vertreten. 1994-1998 und 2002-2008 koalierte sie mit der MSZP und war Regierungspartei.

Nachfolgepartei Ungarische Sozialistische Partei (MSZP)<sup>3</sup>, Nahestehende sprachen von einem Modellwechsel: Das Einparteienmodell wurde vom Mehrparteienmodell abgelöst. Die zeitgenössische rechte Opposition benutzte den Ausdruck des Systemwandels. Im Nachhinein führte der FIDESZ den Ausdruck der Systemänderung ein.<sup>4</sup>

Im Rahmen meiner Forschung habe ich die historisch-kritische Methode angewendet, nämlich die vom Autorengespann Howell-Prevenier ausgearbeitete Methode. Die historisch-kritische Methode ist eine Technik, durch die die Verlässlichkeit einer historischen Annäherung garantiert wird. Demnach besteht „die grundlegende Aufgabe des Historikers darin, verlässliche Quellen zu wählen, sie in verlässlicher Weise zu lesen und sie so zusammenzustellen, dass sie verlässliche Darstellungen der Vergangenheit ermöglichen.“<sup>5</sup> Die Quelle nimmt einen zentralen Platz ein, während die Methode den Akzent auf die Auswertung und Deutung der Quellen setzt. Quellen sind also „jene Materialien, aus denen Historiker Bedeutungen konstruieren.“<sup>6</sup> „Die methodischen Standards der Verlässlichkeit werden durch Quellenkritik gewährleistet, um die „(...) Quellen angemessen zu verwenden und ihnen in verantwortungsvoller Weise Bedeutung abzurufen.“<sup>7</sup> Die Quellenkritik untersucht drei äußere Merkmale des Dokuments (Genealogie, Entstehung und Originalität) sowie vier innere Merkmale: Interpretation, Autorität des Autors, das heißt aus wievielter Hand die Information stammt, Kompetenz des Beobachters und Glaubwürdigkeit des Beobachters. Besondere Wichtigkeit kommt der Interpretation zu, der individuellen Bewertung mit Hilfe der Hermeneutik. Nach einer dominierenden Anschauung unserer Tage ist jeder Text voreingenommen, obwohl ihm keine historische Bedeutung zukommt. Die Wissenschaftler, die Forscher selbst sind politisch und kulturell konstituiert. Zur Interpretation gehören der Quellenvergleich und die Plausibilität, doch auch der Kreis der Antragstellung zwecks Aktenvernichtung. Bei Nicht-Übereinstimmen der Quellen entscheidet gesunder Menschenverstand. Bei der Plausibilität, wann etwas sicher genug ist, taucht die Intentionsfrage auf. Letztendlich kann man sagen, dass die historisch-kritische Methode auf Hinterfragen beruht<sup>8</sup> und sich skeptisch in Bezug auf die in Quellen verborgene Wahrheit verhält.<sup>9</sup>

---

<sup>3</sup> Die Ungarische Sozialistische Partei (MSZP) wurde am 7. Oktober 1989 als Nachfolgepartei der ungarischen Staatspartei gegründet.

<sup>4</sup> Die Partei LMP (Die Politik Kann Anders Sein) und die rechtsextreme Partei JOBBIK gebrauchten für die politische Wende gleichfalls den Ausdruck der politischen Systemänderung. (Quelle: Péter Ungár, ATV, Egyenes Beszéd - Direkte Rede -, 10. Oktober 2018)

<sup>5</sup> Howell, Martha/ Prevenier, Walter (2004): *Werkstatt des Historismus. Eine Einführung in die Historischen Methoden*, Böhlau Verlag, Köln, S. 5-6

<sup>6</sup> ebd. S. 26

<sup>7</sup> ebd. S. 77

<sup>8</sup> ebd. S. 22

<sup>9</sup> ebd. S. 23

Als Ausgangsquellen zog ich die Krassó-Interviews heran. Zur Aufarbeitung der Vorereignisse habe ich aus den Dokumenten des Geschichtsarchivs der Staatssicherheitsdienste die zu Krassó geführten persönlichen Dossiers<sup>10</sup> herangezogen. Da die Akten der von Krassó gegründeten Partei nicht erhalten geblieben sind, habe ich die tagesaktuellen operativen Meldungen und die Observierungsdossiers zu den wichtigeren Ereignissen des Systemwechsels als Grundlage genutzt. In den Dokumenten des Außenministeriums im Ungarischen Nationalarchiv habe ich die Periode zwischen 1985 und 1989 untersucht. Im bis 1986 wegen der Geheimhaltungsklausel nicht zugänglichen englischen Material habe ich Informationen zu Krassó gefunden. Auch die zeitgenössischen Medien habe ich untersucht. Ich fand darin einige Fernsehaufnahmen, enorm viele Zeitungsartikel zu ihm sowie gleichfalls nicht verbreitetes Material, auch damals nur in beschränktem Umfang zugängliches, sogenanntes vertrauliches Material des Ungarischen Nachrichtenbüros MTI. Die Landesbibliothek Széchényi bewahrt das teilweise erhalten gebliebene Tonmaterial der ungarischsprachigen Sendungen der BBC auf, darunter zahlreiche Aufnahmen von und mit Krassó. Der Krassó-Nachlass des Hauptstädtischen Budapester Archivs enthält persönliche Dokumente und Fotos, seine Schriften und Reportagen, ausgedrucktes Parteimaterial und auch Tonaufnahmen. Das Budapester Open Society Archiv (OSA) verwahrt Krassós Samisdatsammlungen und bibliographische Files. Gegenüber dem Material des Innenministeriums und der Presse habe ich Quellenkritik angewendet. Bei der Untersuchung der sich mit György Krassó beschäftigenden Zeitzeugeninterviews des 56er Instituts/Oral History Archiv habe ich die Methode der Oral History<sup>11</sup> angewendet. Auch selbst habe ich mit Personen, die das eine oder andere Moment in Krassós Leben gut kannten, Zeitzeugeninterviews gemacht. Auf der Grundlage von Memoiren war ich bemüht, auch die andere Seite kennenzulernen. Auch die Erinnerungen seiner einstigen Gefährten waren von Nutzen. Die gewonnenen Erkenntnisse setzten sich also aus den in mehreren Archiven auf Papier und in digitalisierter Form herangezogenen Dokumenten zusammen. Hinzu kamen die Aussagen von Zeitzeugen. Und schließlich habe ich auch die zum Systemwechsel erschienenen wissenschaftlichen Analysen studiert und genutzt.

Hinsichtlich der Struktur folgt nach der üblichen Einleitung eine Zusammenfassung von György Krassós Lebensweg und dem historischen Kontext. Nach dem kurzen Lebenslauf ist vom Kreis der linken Opposition die Rede, vom intellektuellen Kreis der linken Opposition, mit der zusammen er sich entwickelte und von der kommunistischen Macht politische Rechte und Menschenrechte einforderte. Außerdem ist von der Partei Ungarischer Oktober die Rede, die er gegründet hat, um am Kampf um die politische Macht teilzunehmen. Nach der Geschichte des

---

<sup>10</sup> ÁBTL (Historisches Archiv der Staatssicherheit) 3.1.5. O-19619/ 1 – 13. (Krassó György/„Lidi“ Dossier)

<sup>11</sup> Obertreis, Julia (2012): *Oral History. Basistexte*, Franz Steiner Verlag, Stuttgart und Martin Lengwiler (2011): *Stimmen der Vergangenheit: Oral History als Zugang zu mündlichen*, in: Martin Lengwiler: *Praxisbuch Geschichte. Einführung in die historischen Methoden*, Orell Füssli Verlag, Zürich, S. 102-129

ungarischen Systemwechsels folgen der ideologisch-ideelle Rahmen und schließlich eine theoretische Annäherung an Krassós politische Haltung.

In sechs Kapiteln befasst sich die Arbeit mit der Rekonstruktion jeweils einer Geschichte oder Serie von Geschehnissen. Nur ein Kapitel befasst sich mit der Periode zwischen 1985 und 1989, als György Krassó noch im Londoner Exil lebte. Die weiteren fünf beziehen sich bereits auf Ungarn und den Zeitraum von 1989/90. Diese Kapitel bilden den Kern der Ausführungen, aus denen sich das Krassó-Porträt zusammensetzt. Krassós Person gelangt in eine neue Beleuchtung. Denn es bestätigt sich sein Engagement für die Demokratie. Das von ihm in den zeitgenössischen Medien meist negativ gezeichnete Bild wird widerlegt. Das Kapitel zur Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten führt die genauen Hintergründe und den Hergang seiner Ächtung aus. Das Kapitel zur Aktion in der Nádorstraße zeigt auf, mit welchen Schwierigkeiten Krassó und seine Partei zu kämpfen hatten, bevor sie die Straßennamensänderung der nach Ferenc Münnich benannten Straße, einem der Verantwortlichen für die blutige Niederschlagung der Revolution von 1956, erreichten. Am 23. Oktober 1989 hielt György Krassó im Gedenken an den Ausbruch der Revolution vor einer hunderttausendköpfigen Menge eine Rede, die im politischen Sinn den Höhepunkt seines Lebens bedeutete.

Das Kapitel zu den Zwischenwahlen im Dezember 1989 zeichnet Krassós Versuch nach, in die Landespolitik einzusteigen. Das Kapitel zu den Prozessen in Verbindung mit dem Bill-Lomax-Buch zeugt davon, dass Krassó auch dort darum bemüht war, die blutigen Ereignisse der Revolution von 1956 historisch aufzudecken.

In seiner Kritik am Systemwechsel geriet György Krassó auch in Konflikt mit der neuen Elite. Nicht nur zur Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten hatte er inhaltliche Einwände, sondern auch gegenüber den in den Verhandlungen des Runden Tisches eingegangenen Kompromissen. Seine Kritik wird in einem extra Kapitel abgehandelt. Da die Meinung der Zeitgenossen bei der Entstehung des über eine Person entstandenen Gesamtbildes eine wichtige Rolle spielt, habe ich vor der Konklusion der Beantwortung dieser Frage ein extra Kapitel gewidmet.

## 2. György Krassó und der historische Kontext

### 2.1. Wer war György Krassó?

György Krassó hat an der Revolution von 1956 teilgenommen. Danach verbrachte er sechseinhalb Jahre in Gefängnis. In der Kádár-Ära vertrat er innerhalb der demokratischen Opposition Ungarns die Idee der Revolution von 1956. In der Zeit des Systemwechsels von 1989/90 wollte er die neue Ordnung auf der Basis der Revolution von 1956 errichten. Zwecks Verwirklichung seiner politischen Vorstellungen gründete er die Partei Ungarischer Oktober.

#### 2.1.1. Kurzer Lebenslauf

Ohne Krassós Lebenslauf ist auch dessen Rolle beim ungarischen Systemwechsel nicht zu verstehen. Als Grundlage hierfür dienen vier Interviews mit György Krassó: das Lebensinterviewfragment von 1985, aufgenommen von Péter Pallai für die BBC, zwei 1989 in der Samisdatzeitschrift *Demokrata* erschienene Interviews, beide von Péter Snee angefertigt (das eine zu Krassós Londoner Aktivitäten, das andere zur Wiederbeerdigung Imre Nagys), und das von András Bozóki aufgenommene Lebensinterview, erschienen erstmals im Januar 1990 in der Zeitschrift *Mozgó Világ* (Welt in Bewegung).

György Krassó wurde am 19. Oktober 1932 als Kind einer getauften jüdischen Familie in Budapest geboren. Sein Vater, Dezső Krassó (1893 – 1971), war Rechtsanwalt. Zwischen 1918 und 1920 arbeitete er im Außenministerium. In den 1920er und 1930er Jahren war er auch in Paris und London als Anwalt tätig. Nach der kommunistischen Machtergreifung gelangte er 1948 infolge seiner Rehabilitierung zurück ins Außenministerium an die Spitze der Internationalen Juristischen Hauptabteilung. 1949 wurde er zwangspensioniert. In den folgenden Jahren betätigte er sich als Lehrer für die russische Sprache. György Krassós Mutter, Katalin Szőke (1906 – 1982), war Hausfrau. Nachdem vom Staat Vollbeschäftigung vorgeschrieben wurde, arbeitete sie zu Hause an einer Strickmaschine. György Krassós älterer Bruder Miklós (1930 – 1986) besaß als Philosoph einen legendären Ruf.

Die ersten vier Klassen zwischen 1939 und 1943 absolvierte György Krassó in der Evangelischen Grundschule am Budapester Ferenc Deák Platz.

Die römisch katholisch getaufte jüdische Familie überlebte den Zweiten Weltkrieg mit falschen Papieren in Budapest. Der Rechtsanwalt Dr. Jenő Szőke (1906 – 1944), der Zwillingsbruder der Mutter, kam im jüdischen Zwangsarbeitsdienst um.

Zwischen 1943 und 1948 besuchte György Krassó das Gymnasium in der Trefortstraße, das damals Übungsgymnasium der Ungarischen Königlichen Staatlichen Lehrerbildungsanstalt genannt wurde und Übungsgymnasium der Lehrerbildungsfakultät der Péter Pázmány Universität war. 1948 musste er die Schule nach dem fünften Gymnasialjahr verlassen. Zusammen mit zwei Klassenkameraden wurde er wegen der Organisation eines Klassenstreiks vom weiteren Schulbesuch ausgeschlossen. Aufgrund eines Beschlusses des Lehrkörpers durften die von der Schule verwiesenen Schüler das Schuljahr noch beenden.<sup>12</sup>

Deshalb absolvierte er das Schuljahr 1948/49 am Ferenc Kölcsey Gymnasium. Danach brach er die Schule aus eigenem Entschluss ab.

Anhänger der kommunistischen Ideologie war er nur als sehr junger Mensch. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde er als Dreizehnjähriger Mitglied des MADISZ, des Ungarischen Demokratischen Jugendverbands. 1949 trat er in die Ungarische Kommunistische Partei ein. Wegen seiner Minderjährigkeit mit einer Sondergenehmigung. Seine Eltern waren wegen ihrer bürgerlich-akademischen Herkunft bereits 1949 aus der Partei ausgeschlossen worden. Nach der Einverleibung der Sozialdemokratischen Partei in die gerade gegründete Partei der Ungarischen Werktätigen waren sie unerwünscht.

Nach der zehnten Klasse nahm György Krassó eine Lehre als Dreher auf. Anfangs hielt er diesen Schritt auch vor seiner Familie geheim. Nachdem er in den Csepeler Eisen- und Metallwerken die Alltagssorgen der Arbeiter kennenlernte, die lediglich formale Natur ihrer Macht, entfernte er sich aufgrund seiner persönlichen Erfahrungen von der herrschenden Ideologie. Aus der Partei wurde er 1953 ausgeschlossen. Doch infolge der Entspannung während der ersten Ministerpräsidentschaft Imre Nagys konnte eine Exmatrikulation von der Wirtschaftswissenschaftlichen Universität Karl Marx vermieden werden. Zum Studium war er bereits im Studienjahr 1951/52 aufgenommen worden, da er parallel mit seiner Lehre auch das Abitur abgelegt hatte. Im Mai 1955, zwei Wochen vor dem Abschluss des Studiums, wurde er auch von der Universität relegiert. Die politisch bestimmte Entscheidung galt eindeutig seiner renitenten Haltung. Auf Foren der Universität kritisierte er öffentlich die Bestrebungen der Partei, die alle Lebensbereiche unter ihre Kontrolle und Herrschaft bringen wolle. In der Folge war er bis an sein Lebensende konsequent und lautstark kommunistusfeindlich.

Während der Revolution von 1956 war er auf der Demonstration auf dem Kossuth Platz am 23. Oktober anwesend. Anschließend begab er sich zum Rundfunkgebäude, wo er mit der Waffe in der Hand am Kampf teilnahm. In der Nacht des 25. Oktober 1956 wurde er auf dem Nachhauseweg zur Nádorstraße verhaftet. Am Hintereingang des Innenministeriums wurde er angehalten. Da man eine Waffe bei ihm fand, wurde er bis zum 30. Oktober in Staatssicherheitsgewahrsam genommen.

---

<sup>12</sup> OHA/ 372. Interview mit Zoltán Burián, S. 28-30

Der vorübergehende Sieg der Revolution brachte ihm die Entlassung aus dem Gefängnis in der Főstraße. Nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen besorgte er einen Vervielfältigungsapparat und produzierte Flugblätter. Schon am 15. November 1956 wurde er verhaftet. In erster Instanz wurde er zu sieben, in zweiter Instanz zu zehn Jahren Haft verurteilt. Im März 1963 kam er durch Amnestie auf freien Fuß. Doch seine Verfolgung war damit nicht zu Ende. Bereits im Dezember 1963 wurde er erneut verhaftet, indes nach sieben Monaten Untersuchungshaft vom Gericht freigesprochen. Die Sache besaß einen ausgesprochen politischen Charakter. Denn im Gefängnis hatte er sich nicht umerziehen lassen. Durch die Amnestieverfügung war er zwar freigelassen worden, doch die Organe des Innenministeriums verfolgten entschieden das Ziel, ihn erneut hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Seine folgende Gerichtssache fand 1969/70 statt. Doch auch sie endete mit einem Freispruch. Seine politisch motivierte Verfolgung fand eine Fortsetzung in der Entlassung vom Arbeitsplatz. Arbeitsbummelantentum war in der Kádár-Ära eine Straftat. Doch Krassó gelang es, sich bereits 1973 invalidisieren zu lassen.

Eine kurze Atempause vor Verfolgung verschafften ihm die Jahre zwischen 1975 und 1977. Iván T. Berend, Rektor der Wirtschaftswissenschaftlichen Universität, nahm ihn wieder zum Studium auf, sodass er dort sogar promovieren konnte.

Als Doktor der Wirtschaftswissenschaft bekam er keinen Arbeitsplatz. Nach wie vor übernahm er Übersetzungsaufträge und die Auswertung der Totoscheine.

Ab 1979 bildete sich die ungarische demokratische Opposition heraus, zu deren aktiven Mitgliedern Krassó gehörte. In der linken Opposition war er einer der markantesten Vertreter der Idee der 56er Revolution. Zu den Jahrestagen der Revolution von 1956 organisierte er in Privatwohnungen Gedenkveranstaltungen. Die Freie Montagsuniversität, die nach polnischem Muster auch von der ungarischen Opposition organisiert wurde, gab zwei berühmten Gedenkveranstaltungen ein Zuhause. Die eine von Krassó organisierte galt dem 25. Jahrestag der Revolution, die andere gleichfalls von ihm organisierte fand am 25. Jahrestag der Hinrichtung Imre Nagys und seiner Gefährten statt. Die zweite hielt er mit Hilfe des kanadischen Journalisten Tamás Keresztes auf Tonband fest, das vom Sender Free Europe mehrfach ausgestrahlt wurde. Im Dezember 1983 brachte die Samisdatzeitschrift *Hirmondó* (Landbote) unter dem Titel *Erinnerung an die Toten* ein Interview mit György Krassó zu den Vergeltungen nach der Revolution von 1956. Das Interview ging auf die Umstände von Imre Nagys Hinrichtung und János Kádárs persönliche Verantwortung dafür ein. Es wurde im Sender Free Europe vorgelesen und erschien auch in englischer und französischer Übersetzung.

Krassós politische Verfolgung nahm wieder Fahrt auf. Obwohl gegen ihn ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde, kam es zu keinem Gerichtsverfahren. Stattdessen wurde



gegen ihn am 22. November 1984 Polizeiaufsicht verfügt.

Ab Oktober 1983 betrieb György Krassó den Samisdatverlag *Ungarischer Oktober*, der vor allem Broschüren und Bücher zu 1956 herausgab. Allerdings war dieser Verlag in der zweiten Öffentlichkeit Ungarns nicht der bedeutendste. Man kann also schlussfolgern, und das war auch die Überzeugung seiner Freunde aus der Opposition, dass die Veröffentlichung jenes gewissen Interviews in Hírmondó, der Angriff auf die Person János Kádár, der Grund für die Verhängung der Polizeiaufsicht war. Trotz der Proteste aus dem In- und Ausland wurde der Beschluss nicht zurückgenommen. Dazu kam es erst vor dem in Budapest veranstalteten Internationalen Kulturforum am 5. Oktober 1985. In der demokratischen Opposition war die Meinung verbreitet, dass dies ein später Erfolg ihres Protests sei. Doch es gab noch einen anderen zu berücksichtigenden Umstand. Ende Oktober, Anfang November 1985 unternahm János Kádár einen offiziellen Besuch in England und Schottland. Es wäre ihm sicher unangenehm gewesen, hätten ihn westliche Journalisten mit der Krassó-Angelegenheit konfrontiert. Dem hätte das Image des liberalsten kommunistischen Lands wahrscheinlich nicht standgehalten.

Am 22. November 1985 verließ György Krassó Ungarn, nachdem er einen Reisepass erhalten hatte, um seinen schwer verunfallten Bruder in London zu besuchen. Die Reisegenehmigung erstreckte sich auf einen Monat, wurde jedoch um ein halbes Jahr verlängert, da der Zustand seines Bruders auch weiterhin kritisch war. Nach Ablauf des halben Jahres, am 26. Juni 1986, genehmigten die ungarischen Behörden keine weitere Verlängerung des Auslandsaufenthalts. Krassó entschied sich, in Großbritannien politisches Asyl zu beantragen. Das er auch erhielt. In London gründete er den *Freien Informationsdienst Ungarischer Oktober* und berichtete über die politischen Ereignisse in Ungarn. Diese Informationen wurden oft von der BBC und dem Sender Free Europe übernommen. Mit seinem Nachrichtendienst trug Krassó von Westeuropa aus zur Vorbereitung des demokratischen Wandels in Ungarn bei.

Am 12. Juni 1989 kehrte er nach Budapest zurück und gründete die Partei Ungarischer Oktober, die zu den Parlamentswahlen im Frühjahr 1990 nicht antrat. Er protestierte auch gegen die neue Machtelite. Bekanntheit erlangte seine Partei mit ihren Straßenaktionen.

Am 12. Februar 1991 starb er in Budapest. Mit seinem Engagement für die Revolution von 1956 sowie seiner politischen Haltung war er eine emblematische Figur seiner Zeit. In der Zeit des Systemwechsels stellten viele seine Handlungen infrage. Die Forschungen zeigen, dass er die Probleme der ungarischen Gesellschaft auf dem Weg zur Demokratie deutlich gesehen hat und dass das Innenministerium auch während des Wandels noch genügend Macht besessen hat, um György Krassó in Mißkredit zu bringen.

Am 12. Dezember 2013 wurde er aus dem Familiengrab auf dem Neuen Rákoskeresztúrer Friedhof auf Betreiben des 56er Bunds in die Parzelle 57/A des Friedhofs Fiumei Straße in ein

Ehrengab umgebettet.

### 2.1.2 In der ungarischen demokratischen Opposition

Die ungarische demokratische Opposition war eine urbane, unabhängige und organisierte gesellschaftliche Gruppe, die sich am Ende der Kádár-Ära zu einer linken Gegenelite des kommunistischen Regimes entwickelte.

Die Bezeichnung als ungarische demokratische Opposition hatte Miklós Haraszti, ein Mitglied der Opposition, erfunden. Das Wort *ungarisch* wies auf das Land hin, nicht auf ein Bekenntnis zur nationalen Idee. Doch in ihren Samisdatzeitschriften berichtete die demokratische Opposition regelmäßig über die behördlichen Repressalien gegenüber die als nationale Minderheit lebenden ungarischen Oppositionellen. „Unsere Ideale lassen sich leider nicht mit vertrauten Traditionen verknüpfen, nicht in gefühlsbetonte Symbole kleiden wie die Symbole derjenigen, die aus der Fundgrube nationaler Ideologie schöpfen“<sup>13</sup>, schrieb der Historiker Miklós Szabó, eine gleichfalls dominierende Figur der ungarischen demokratischen Opposition. Die nationale Ideologie wurde von der populistischen Opposition repräsentiert. György Krassó kam eine wichtige Rolle dabei zu, dass die ungarische demokratische Opposition das Thema der Revolution von 1956 entdeckte. Viele dieser Oppositionellen waren nämlich mit der offiziellen Ideologie der Konterrevolution aufgewachsen. Durch Krassó entdeckten sie das nationale Charakteristikum der 56er Revolution. Neben den Menschenrechtsforderungen gerieten sie mit der ungarischen Führung in der Frage der Revolution von 1956 in Konflikt.

Die zweite Komponente der sprachlichen Benennung der Opposition, nämlich *demokratische* Opposition, diente ursprünglich der Ersetzung des Wortes *linke* Opposition. Doch was bedeutete in Ungarn Ende der siebziger und in den achtziger Jahren *demokratisch*? Die ungarische demokratische Opposition nahm István Bibós Prinzip *Demokrat sein heißt keine Angst haben* wahr und bemühte sich, dies auch in die Praxis umzusetzen.

In der ersten Nummer des *Beszélő*, deren Erscheinen die Redakteure Miklós Haraszti, János Kis<sup>14</sup>, Ferenc Kőszeg<sup>15</sup>, Bálint Nagy und György Petri absichtlich im Oktober 1981 zum 25. Jahrestag der Revolution von 1956 herausgebracht hatten, forderte János Kis Rechte, eindeutig

---

<sup>13</sup> Szabó, Miklós (1983): *Subkultur oder politische Opposition?*, Miklós Szabós Artikel erschien unter dem Pseudonym Ágota Kun im April 1983 in der Samisdatzeitschrift *Beszélő* Nr. 7. in: *Beszélő összkiadás (Samisdatzeitschrift Beszélő, Gesamtausgabe)* (1992), *AB-Beszélő Kiadó*, Budapest, Bd. I, S. 363

<sup>14</sup> Kis, János (1943 –), Philosoph, Politiker, Universitätsprofessor. Eine der Führungspersönlichkeiten der ungarischen demokratischen Opposition. In der Zeit des Systemwechsels erster Vorsitzender des Bunds der Freien Demokraten und Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten.

<sup>15</sup> Ferenc Kőszeg (1939 –), Publizist und Politiker, Mitglied der ungarischen demokratischen Opposition, Redakteur der Samisdatzeitschrift *Beszélő* und ihr späterer Chefredakteur, Gründungsvater des SZDSZ (Partei der Freien Demokraten), 1990 – 1998 SZDSZ-Parlamentsabgeordneter, Gründer und späterer Präsident des ungarischen Helsinki-Komitees.

## politische Rechte:

„Der *Beszélő* wird über außergewöhnliche Ereignisse reden: Die eine oder andere Person oder mehrere gemeinsam übertreten die üblichen Regeln der Kontakte zwischen Macht und Untertanen, widersetzen sich nachteiligen Geboten, berufen sich auf ihre Rechte, üben Druck auf ihre Obrigkeit aus. (...) Wir möchten dem nachgehen, was sie zur Aufgabe ihrer Verhaltensroutine veranlasst. Wir wollen erfahren, welche Instrumente die Obrigkeit anwendet, um die Maschinerie auf ein ordentliches Geleise zurückzuführen, wie der Konflikt zwischen beiden Parteien stattfindet.“<sup>16</sup>

Die ungarische demokratische Opposition wollte den einsamen Wahrheitssuchenden und gleichermassen Gruppierungen ein Forum bieten, um möglichst vielen Menschen zu demonstrieren, dass es *Möglichkeiten für selbständiges Handeln gibt*.

„Die Menschen in der ungarischen Gesellschaft nach 1956 sind bemüht, möglichst all ihre beschwerlichen Angelegenheiten informell zu erledigen. Dies deshalb, weil jede mögliche Eigeninitiative nach der niedergeschlagenen Revolution ins Privatleben zurückgedrängt worden ist. Das einzige Recht, das ein Ungar genießt, ist das Recht auf ein ungestörtes Privatleben. *Das* betrachtet er als seine Freiheit. Deshalb ist er bemüht, die Organisationsprinzipien des Privatlebens auch auf andere Gebiete auszudehnen. Er fordert nichts, sondern putzt Klinken und sucht nach Protektion. Er kämpft nicht um höheren Lohn, sondern arbeitet in der Schattenwirtschaft. Für identische Situationen fordert er kein Recht, sondern das ihm geltende individuelle *Privileg*.“<sup>17</sup>

Als möglichen Weg zum Bruch mit dem Protektionismus schlug die ungarische demokratische Opposition die *Artikulation politischer Forderungen* vor. Die demokratische Opposition wurde durch ihre Regimefeindlichkeit zusammengehalten. Diese führte mit der Lockerung der Macht in der Zeit des Systemwechsels zu Gegensätzen.

Die dritte Komponente der sprachlichen Benennung der ungarischen demokratischen Opposition, nämlich *Opposition*, wies darauf hin, dass sie den Widerstand auf dem Schauplatz der Politik zu leisten wünschte. Entgegen der Selbstbestimmung als Opposition wurde sie von der zum Innenministerium gehörenden sogenannten inneren Abwehr als Feind bezeichnet und auch als solcher behandelt. Die Opposition war behördlicher Verfolgung ausgesetzt: polizeilichen Verhören, Hausdurchsuchungen, Geldstrafen und Krassó sogar Polizeiaufsicht. Neben offener Verfolgung wurden auch geheime Methoden angewendet: Abhören von Telefonen und Wohnungen, Beschattung, Beobachtung oder Beschlagnahme von Postsendungen, geheime Wohnungsdurchsuchungen, Beobachtung durch Spitzel und ausgeklügelte Manipulation.

Die Geburtsstunde der ungarischen demokratischen Opposition wird im Allgemeinen mit

---

<sup>16</sup> Kis, János (1981): *Lapunk elé (Als Vorspann zu unserem Blatt)*, *Beszélő*, Nr. 1. (Dezember 1981), in: *Beszélő összkiadás (Samisdatzeitschrift Beszélő, Gesamtausgabe)* (1992), *AB-Beszélő Kiadó*, Budapest, Bd. I, S. 12

<sup>17</sup> Szabó, Miklós (1983), Bd. I, S. 363

dem Herbst 1979 in Verbindung gebracht, der zweiten Solidaritätsaktion der Charta '77, der Protesterklärung ungarischer Intellektueller gegen die Verhaftung tschechoslowakischer Oppositioneller. Zu den Unterzeichnern gehörte auch György Krassó. Das Ende der ungarischen demokratischen Opposition lässt sich auf den 13. November 1988 datieren, den Zeitpunkt der Gründung des Bunds der Freien Demokraten. Allerdings hat diese Zäsur gerade für den radikalen Flügel der demokratischen Opposition, dem Krassó nahestand, keine Geltung. „Der radikale Flügel der demokratischen Opposition war mit der ein halbes Jahr zuvor entstandenen zivilen Gesellschaftsorganisation nicht einverstanden, der Formierung des Netzwerks Freier Initiativen als Partei.“<sup>18</sup>

Ervin Csizmadia rechnet die Entwicklung der ungarischen linken Opposition in seiner Monographie *A magyar demokratikus ellenzékéről* (Zur ungarischen demokratischen Opposition)<sup>19</sup> bereits ab 1968 bis 1988. In dieser Zeitspanne unterscheidet er sechs Perioden: die Phase der gesellschaftswissenschaftlichen Kritik, den Weg der Marginalisierung, die Anfänge der Menschenrechtsthematik, von der Geburtsstunde der demokratischen Opposition bis zum Jaruzelski-Putsch, von der „Krise der Opposition“ bis zur gemeinsam veranstalteten Konferenz der linken und populistischen Opposition in Monor zwischen 14. und 16. Juni 1985 und die letzten Jahre der Kádár-Ära. Zu Beginn der in engerem Wortsinn genommenen demokratischen Opposition musste sich György Krassó der Opposition nicht anschließen, denn nach János Kis's Meinung war er schon ein Oppositioneller. Die Revolutionsereignisse hatten ihn dazu gemacht.<sup>20</sup>

Ende 1980 diskutierte in János Kenedis Wohnung ein engerer Oppositionskreis darüber, ob man eine illegale Zeitung im Druck starten sollte. In der Erinnerung der einen waren 25-30 Oppositionelle zugegen, in der Erinnerung anderer 50-60. Das Gespräch verlief ergebnislos. Doch die paar Anwesenden, die sich dafür ausgesprochen hatten, hielten die Zeit des Handelns für gekommen und gründeten die Samisdatzeitschrift *Beszélő* (Sprecher). Auch Krassó nahm an der Diskussion teil. Allerdings unterstützte er die Initiative nicht, die sich für die Erstarkung der linken Opposition des Kádárregimes als bestimmend erwies.

In seinem Grußwort artikulierte János Kis die anfängliche Absicht der ungarischen demokratischen Opposition: „Unser Ziel besteht nicht darin, irgendein oppositionelles Nachrichtenblatt zu machen. *Entsprechend unseren Möglichkeiten möchten wir dabei helfen, dass sich die still rumorende Menge, über die die zwei Zwergminderheiten miteinander streiten – die Opposition und die Führung des Landes - von sich selbst ein wahreres Bild machen kann.*“<sup>21</sup> Ihre

<sup>18</sup> [Szabad Kezdeményezések Hálózata | Beszélő beszelo.c3.hu](http://SzabadKezdemenyezésekHálózata|Beszélőbeszelo.c3.hu) › ... › [A civil társadalom felé \(Der Zivilgesellschaft entgegen\)](#), (Stand: Juli 2017)

<sup>19</sup> Csizmadia Ervin (1995): *A magyar demokratikus ellenzék (1968 – 1988)* (Die ungarische demokratische Opposition – 1968-1988), T-Twins Kiadó, Budapest

<sup>20</sup> Interview mit János Kis, Interviewer: Gabriella Kinda, 21. Januar 2016

<sup>21</sup> Kis, János (1981), S. 12

erste Aufgabe bestand also in der Selbstbestimmung. Ihr Ziel war die Ausweitung des politischen Spielraums.

Der sechste Band des Geschichtsarchivs der Staatssicherheitsdienste (Archivnummer O-19619/6), des sogenannten „Lidi“-Dossiers zu György Krassó, der am 24. April 1981 eröffnet und am 25. Februar 1982 geschlossen wurde, also im großen Ganzen zeitlich mit der „Geburtsstunde“ der ungarischen demokratischen Opposition zusammenfällt, dient im Wortgebrauch mit einer interessanten Erläuterung. Das vor allem operative und vertrauliche Meldungen enthaltende Dossier spricht von *Feinden des sozialistischen Gesellschaftssystems*. Auch der Ausdruck *innere Opposition* kommt vor. Die zum sogenannten Lukács-Kindergarten gehörenden Philosophen János Kis, János Kenedi und György Bence werden als Kern der Opposition betrachtet, György Krassó als *ehemaliger Konterrevolutionär*, während der in Paris lebende Historiker Tibor Méray (in der Quelle irrtümlich Mérei genannt) als *Dissident* Erwähnung findet.

Der Ausdruck *Andersdenkende* kommt 1981 in diesem Dossier vor. János Kis datiert die Veränderung in der Machtrhetorik und das Auftauchen des *Andersdenkenden* als neues Schlüsselwort auf die Pressekonferenz des Ministerpräsidenten Károly Grósz, also auf den Oktober 1987.

„Was ist neu daran? Als erstes die Anerkennung der Integrität des 'Andersdenkenden'. Als zweites die Zurkenntnisnahme, dass der 'Andersdenkende' nicht nur ein gutwilliger Irrer sein mag. Es kann sein, dass er Recht hat („vor allem in Detailfragen“) (...) Und schließlich unterbreitete er ein Dialogangebot. (...) Die Macht akzeptiert den 'Andersdenkenden' als Partner, wenn auch der 'Andersdenkende' die Bedingungen der Partnerschaft akzeptiert.“<sup>22</sup>

Nach János Kis sind „die Adressaten des Angebots (...) nicht die Oppositionellen, sondern diejenigen, die die Führung von ihnen trennen will. Diejenigen, die nur anders *denken*, doch nicht anders *handeln*. Diejenigen, die die wirksamen Rechtsvorschriften beachten, auch diejenigen, die den Staat ermächtigen, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit willkürlich zu beschränken.“<sup>23</sup> Jedenfalls war in der Veränderung der Machtrhetorik auch die Zurkenntnisnahme der Gegenelite enthalten.

Die ungarische demokratische Opposition hatte zirka zweihundert<sup>24</sup> aktive Mitglieder. Sie besaß drei wichtige Tätigkeitsbereiche: den Samisdat mit Zeitungs- und Bücherveröffentlichung, die Vorträge der Freien Montagsuniversität und die Betreuung des Fonds zur Unterstützung der

---

<sup>22</sup> Kis, János (1987): *Kik a máskéntgondolkodók és hogyan különböztessük meg az ellenzékiektől?* (Wer sind die Andersdenkenden, und wie sollen wir sie von den Oppositionellen unterscheiden?), *Beszélő* Nummer 22 (1987/4), in: *Beszélő összkiadás (Samisdatzeitschrift Beszélő, Gesamtausgabe)* (1992), *AB-Beszélő Kiadó*, Budapest, Bd. III, S. 111 f.

<sup>23</sup> ebd.

<sup>24</sup> János Kis, Gábor Demszky und Péter Sneé nennen gleichfalls diese Zahl.

Armen. Zum engeren Kreis gehörten gleichermassen reformkommunistische Intellektuelle, Soziologen, freidenkerische Intellektuelle, Sechsfünfundfünfziger, einsame Widerständler, unabhängige politische bildende Künstler und Wirtschaftswissenschaftler. Zum weiteren Kreis mochten tausend Menschen gehört haben, vor allem Studenten.

Samisdat bedeutete Veröffentlichung und Vertrieb von offiziell verbotenen Zeitschriften und Büchern. Außer der Samisdatzeitschrift *Beszélő* (Sprecher) gab es den *Hírmondó* (Landbote), den *Demokrata* (Demokrat) und *Égtájak között* (Zwischen den Himmelsrichtungen).<sup>25</sup> György Krassós Schriften erschienen im *Beszélő*, im von Gábor Demszky herausgegebenen *Hírmondó* und in Jenő Nagys Samisdatzeitschrift *Demokrata*.

Gábor Demszky<sup>26</sup> unterhielt unter dem Namen *AB Független Kiadó* (Unabhängiger Verlag AB), Jenő Nagy<sup>27</sup> unter dem Namen *ABC Kiadó* (ABC Verlag) einen Samisdatverlag. Das *Katalizátor Iroda* (Katalysator-Büro) wurde von Ádám Modor<sup>28</sup> betrieben, der *Szabad Idő Független Kiadó* (Unabhängiger Verlag Freie Zeit) und der *Áramlat Kiadó* (Verlag Strömung) von Lajos Jakab.<sup>29</sup>

Das erste illegale Buch veröffentlichte György Krassó 1979 unter dem Titel *Sex 40 rajz* (Sex, 40 Zeichnungen) von Ágnes Háý.<sup>30</sup> Das Buch erschien ohne Verlagsnennung, nachdem eine offizielle Veröffentlichung abgelehnt worden war. Der Psychologe und 56er Häftling Ferenc Mérei verfasste dazu ein Vorwort, das Krassó ins Englische übersetzte. Es handelte sich also um eine zweisprachige Ausgabe, worin die Namen von allen Dreien genannt wurden. Inhaltlich hatte das Buch keinen politischen Anstrich, war jedoch ein Protest gegen die Tabuisierung der Sexualität als Thema.

1981 erschien gleichfalls ohne Verlagsnennung die *Meldung der Sonderkommission der UNO*, ein Nachdruck aufgrund der Nummer 9-10 der in Paris herausgegebenen *Magyar Füzetek* (Ungarische Hefte).<sup>31</sup> *Die Meldung der Sonderkommission der UNO von 1983: Was geschah 1956? Kurze Geschichte des ungarischen Aufstands* wurde gleichfalls als Reprint und ohne

---

<sup>25</sup> Bozóki, András (2010): *A magyar demokratikus ellenzék (Die ungarische demokratische Opposition)*, [epa.oszk.hu/.../EPA02565\\_poltud\\_szemle\\_2010\\_2\\_007-045.pdf](http://epa.oszk.hu/.../EPA02565_poltud_szemle_2010_2_007-045.pdf), (Stand: Juli 2017)

<sup>26</sup> Gábor Demszky (1952 –), Jurist, Soziologe, Politiker. War Mitglied der ungarischen demokratischen Opposition, später des SZDSZ. 1990-2000 Oberbürgermeister von Budapest. Sein Name ist eng mit dem Samisdat Verlag AB und der Samisdatzeitschrift *Hírmondó* (Landbote) verbunden.

<sup>27</sup> Jenő Nagy (1952 –), Philosoph, Journalist, Redakteur. War Mitglied der ungarischen demokratischen Opposition, Mitbegründer des Unabhängigen AB Verlags, gründete später den ABC Verlag. 1986-1991 Redakteur und Organisator der Samisdatzeitschrift *Demokrata*

<sup>28</sup> Ádám Modor (1958 – 2009), Historiker, Mitglied der ungarischen demokratischen Opposition. Er war der Drucker mehrerer Nummern der Samisdatzeitschrift *Beszélő*, die er insgeheim auf einer Offsetmaschine herstellte. Zwischen 1986-1995 Leiter des Verlags *Katalizátor*. Anfangs wurden in dem Verlag Samisdatprodukte herausgegeben. Nach der Wende funktionierte der Verlag legal.

<sup>29</sup> Lajos Jakab (1951-), Mitglied der ungarischen demokratischen Opposition, arbeitete als Drucker. Nach der Wende gründete er den *Áramlat* Verlag.

<sup>30</sup> Ágnes Háý (1952-), bildende Künstlerin, war György Krassós Lebensgefährtin.

<sup>31</sup> [szamizdat.atw.hu/konyvek.html](http://szamizdat.atw.hu/konyvek.html), (Stand: Juli 2017)

Verlagsnennung von Krassó herausgegeben.<sup>32</sup> Deshalb können auch die früheren Publikationen mit ihm in Verbindung gebracht werden.

István Bibós acht kurze Essays in Verbindung mit der Revolution von 1956, *A magyar forradalomról* (Über die ungarische Revolution) brachte Krassó zusammen mit einem eigenen Vorwort bereits in seinem Samisdatverlag *Magyar Október* (Ungarischer Oktober) heraus. Der *Kiegészítő kötet a Bibó emlékkönyv kiadványához* (Ergänzungsband zum Bibó-Gedenkband) erschien im gleichen Jahr gemeinsam mit dem ABC Verlag. Zum siebzigsten Geburtstag des Staatswissenschaftlers István Bibó, der am 4. November 1956 nach der sowjetischen Invasion als Staatsminister der Revolutionsregierung Imre Nagys im Gebäude des Parlaments ausharrte und später zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt wurde, wollte sich die ungarische Intelligenz mit einem Sammelband vor dem Jubilar verneigen. Doch leider wurde daraus ein Gedenkband. Der im Oktober 1980 erschienene *Bibó-Gedenkband* ist eines der bedeutendsten Samisdatdokumente. Infolge des geistigen Bibó-Nachlasses unterzog die ungarische Intelligenz ihr Denken einer Revision. Dies war vor allem für die Oppositionellen charakteristisch. Das Politbüro der MSZMP (der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei) stuft achtzehn der sechsundsiebzig Autoren als oppositionell ein. Krassó, zu dem Bibó nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus sagte, einen heißen Ofen umarme er, Bibó, nicht, schrieb nichts für den Bibó-Gedenkband. Der Ergänzungsband enthielt einen Aufsatz Zoltán Zsilles<sup>33</sup>, der von den Redakteuren des Gedenkbands für zu radikal gehalten worden und deshalb der Zensur zum Opfer gefallen war, sowie Rezensionen. Gleichfalls 1984 wollte Krassó Orwells Roman *1984* auf Ungarisch herausbringen. Es existierten zwei Fassungen. Die eine hatte einen Umfang von 63, die zweite von 191 Seiten. Doch weil das Projekt mehrfach aufflog, konnte das Buch nur unvollständig herausgegeben werden. Unter Einbeziehung der Drucker beschlagnahmte die Geheimpolizei fertige Teile und verhinderte die Veröffentlichung durch Verhängung von Geldstrafen.

Die Vorträge der nach polnischem Vorbild organisierten Montagsuniversität beziehungsweise Fliegenden Universität näherten sich in Abweichung von der offiziellen Linie historisch-politischen Themen. Sándor Szilágyi<sup>34</sup> organisierte die Montagsuniversität von September 1978 bis Sommer 1985. Die Vortragenden waren oppositionelle Persönlichkeiten, die in verschiedenen Forschungsinstituten arbeiteten (beispielsweise Miklós Szabó) oder die man auch von dort aus politischen Gründen entfernt hatte und die nicht lehren durften (beispielsweise der Philosoph János Kis). Von den Vorträgen wurden viele junge Menschen angezogen. Zum einen wegen der Themen und zum anderen wegen der Referenten. Die Vorträge ermöglichten

---

<sup>32</sup> Katalin Orzós persönliche Mitteilung

<sup>33</sup> Zoltán Zsille (1942 – 2002), Soziologe, Mitarbeiter beim Sender Free Europe

<sup>34</sup> Sándor Szilágyi (1954 –), Mitglied der ungarischen demokratischen Opposition, erhielt ab September 1985 ein einjähriges Stipendium für die USA. Die von ihm organisierte Montagsuniversität funktionierte zu dieser Zeit bereits nicht mehr. <https://dissidenten.eu/laender/ungarn/biografien/sandor-szilagyi>, (Stand: Juli 2017)

Kontaktpflege und zugleich den Vertrieb der Samisdatprodukte.

György Krassó nahm an zwei Vorträgen der Fliegenden Universität aktiv teil. Zum 25. Jahrestag der Revolution von 1956 extemporierte er am 19. Oktober 1981 einen zuvor nicht angemeldeten Vortrag. Anschließend wurden zahlreiche Zuhörer zu polizeilichen Vernehmungen vorgeladen. In einem Fall verlor ein Zuhörer seinen Arbeitsplatz.<sup>35</sup> Der andere Vortrag fand am 13. Juni 1983 in Erinnerung an den 25. Jahrestag der Hinrichtung Imre Nagys und seiner Gefährten statt. Der kanadische Journalist Tamás Keresztes nahm den Vortrag in vorheriger Absprache mit Krassó auf Tonband auf und spielte die Aufnahme dem Sender Free Europe zu. Nach der Ausstrahlung beanstandeten Alíz Halda, die Witwe des Journalisten Miklós Gimes, und Judit Gyenes, die Witwe des 56er Verteidigungsministers Pál Maléter, dass Krassó die Sendung ohne ihre Kenntnis und ohne ihr Einverständnis organisiert hatte. Krassó vertrat den Standpunkt, dass es gemessen an der „56er Sache“ Nebensache sei, an irgendwelchen Rechten festzuhalten.<sup>36</sup> Die Öffentlichkeit gewährte Schutz. Dem war auch die große Bekanntheit der beiden Witwen zu verdanken. Am 4. Februar 1989 traten sie an der Seite von Miklós Vásárhelyi, dem einzigen noch lebenden Angeklagten im Imre-Nagy-Prozess, und dem Repräsentanten des Justizministeriums Dr. Ferenc Tari im Zweiten Kanal des Ungarischen Fernsehens im populären politischen Programm *Napzárta* (Tagesausklang) auf, worin erstmals im ungarischen Fernsehen von den Vergeltungen nach 1956 und der Frage der Wiederbeerdigung der Märtyrer gesprochen wurde. Die beiden Witwen schalteten sich in die Organisation der Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten ein. Auf ihr Begehren wurden die irdischen Überreste ihrer Ehemänner exhumiert und am 16. Juni 1989 feierlich wiederbeerdigt.

Laut Ferenc Kőszeg war der SZETA (Fonds zur Unterstützung der Armen) die wichtigste Institution der Bewegung der demokratischen Opposition. Viele Menschen klinkten sich in die Hilfe für die Armen ein. Die Gründung des SZETA geht auf den November 1979 zurück. Die Organisation verknüpft sich mit dem Namen der Soziologin Otilia Solt. Nach der Systemwende war sie Parlamentsabgeordnete des SZDSZ (Bund der Freien Demokraten). Armut war in der Kádár-Ära ein absolutes Tabuthema. Der SZETA organisierte Kleidersammlungen und ließ sie den darauf Angewiesenen zukommen. Außerdem bot er auch Rechtsbeistand. Ihre spektakulärste Aktion waren im Sommer 1981 Ferien für polnische Kinder in Ungarn. Hieran hatte auch Krassó seinen Anteil. Er sammelte Geld und brachte Kinder vom Plattensee in den Budapester Vergnügungspark. Auch begann er mit der Organisation für Ferien einer zweiten polnischen Kindergruppe.<sup>37</sup> Die ungarischen Behörden beschlagnahmten die Einladungsbriefe an der Grenze und vereitelten so Krassós Absicht. Die Unterbringung der polnischen Kinder bei Budapester

<sup>35</sup> Interview mit Ferenc Kőszeg, Interviewer: Gabriella Kinda, 4. Mai 2016

<sup>36</sup> Interview mit János Kis, Interviewer: Gabriella Kinda, 21. Januar 2016

<sup>37</sup> Aufruf zur Hilfe für das polnische Volk am 21. Dezember 1981, <http://hsze.hu/da/szeta-iratok>, (Stand: Juli 2017)



Familien war bereits organisiert. Das gesammelte Geld ließ Grácia Kerényi, die Tochter des in der Schweiz lebenden berühmten Altertumswissenschaftlers Karl Kerényi, über das Erzbistum Gran (Esztergom) der polnischen katholischen Kirche zukommen, damit es unter Hilfsbedürftigen verteilt werden sollte.

Im Gegensatz zur polnischen Solidarność-Bewegung konnte die ungarische demokratische Opposition keine Massenunterstützung erreichen. Einer der Gründe dafür war die ständige und erfolgreiche Teilungsaktion seitens der inneren Abwehr. „Der vorhandene Kreis wird in sich aufgerieben, kann unbekannt nicht vor die Massen treten, (...) zwei bis drei Leute der Behörden (...) sind bei jeder oppositionellen Veranstaltung zugegen.“<sup>38</sup>

„Die polizeiliche und administrative Einmischung konnte ein beträchtliches Anwachsen der sich um die unabhängige Presse scharenden Opposition verhindern. Doch die politische Kraft genügte nicht mehr, um die Opposition zu beseitigen. (...) Als die Opposition den Stempel des Feinds aufgedrückt bekam, hatten die Behörden mit einigen hundert Intellektuellen vor allem in der Hauptstadt Probleme. Die führenden Autoritäten in Kultur und Wissenschaft sind stabile Anhänger eines 'Konsenses'. Fünf Jahre später bewegen sich nicht nur in Budapest Tausende in der Grauzone zwischen Opposition und Offiziellem, um ihre Autonomie bestrebte Staatsbürger. Es findet sich kaum eine Autorität, die bereit wäre, die Politik der Führung vor der Öffentlichkeit in Schutz zu nehmen.“<sup>39</sup>

Mit den 1956er Gedenkveranstaltungen, die Krassó ab 1979 jedes Jahr organisierte, bemühte er sich intensiv darum, die ungarische demokratische Opposition aus dem Intellektuellenkreis herauszuführen, um eine breitere Basis zu erreichen. Doch einerseits bestand daran in dem vom Kádár-Regime garantierten relativen Wohlstand kein gesellschaftliches Interesse. Andererseits besaß die Opposition keine emotional begründete Botschaft, und drittens fand sie keinen Zugang zu jener Gesellschaftsschicht, über die sie sich hätte ausbreiten können.

Zwischen 22. November 1984 und 6. Oktober 1985 war gegen Krassó das härteste behördliche Verfahren, die Polizeiaufsicht, verhängt worden. Zu seinem Schutz solidarisierte sich die Opposition mit ihm. Im Dezember 1984 erschien in der 3. *Sondernummer des Beszélő*<sup>40</sup> eine an den Generalstaatsanwalt von Ferenc Kószeg verfasste Protestnote. Mehr als dreihundert Personen unterzeichneten den Text.<sup>41</sup>

Von ihrem Plan zur Einschüchterung und Isolierung Krassós ließen sich die Behörden nicht abbringen. Daran änderte nichts der oppositionelle Protest, auch nicht die Berichterstattung des

---

<sup>38</sup> Meldung, „Lidi“ Dossier 5/ S. 188

<sup>39</sup> Kis, János (1987), S. 111

<sup>40</sup> Zwischen 22. November und 14. Dezember 1984 fand aus Protest gegen die Verhängung der Polizeiaufsicht über György Krassó eine Unterschriftenaktion statt. Der an die Generalstaatsanwaltschaft adressierte Brief sowie Name und Beruf der Unterzeichner erschienen am 14. Dezember 1984 in der Sondernummer 12 der Samisdatzeitschrift *Beszélő*.

<sup>41</sup> Insgesamt 312 Personen unterschrieben die Petition zur Krassós Unterstützung. in: *Beszélő összkiadás (Samisdatzeitschrift Beszélő, Gesamtausgabe)* (1992), Bd. I-III, *AB-Beszélő Kiadó*, Budapest, Bd. II/ S. 165-166

Senders Free Europe und auch nicht westliche diplomatische Intervention. Krassó setzte seine verlegerische Samisdat- und Vertriebstätigkeit fort. Doch sein Sisyphuskampf ging mit großen finanziellen Verlusten einher. Auch sein Gesundheitszustand verschlechterte sich. Zahlreiche Aktivitäten Krassós weckten die Aufmerksamkeit der Behörden. Doch von entscheidender Bedeutung war das im Dezember 1983 in der Samisdatzeitschrift *Hírmondó* erschienene Interview *Erinnerung an die Toten*. Der in Kanada lebende Journalist Tamás Keresztes hat vermutlich die Rohfassung des Interviews erstellt, die Krassó dann noch überarbeitet hat. Hierin war erstmals von den Umständen der Hinrichtung Imre Nagys und seiner Gefährten die Rede. Außerdem machte er János Kádár, den ersten Mann im Staat, für die Vergeltungen nach 1956 verantwortlich. Ebenso Ferenc Münnich. Doch der weilte nicht mehr unter den Lebenden. Der Text wurde im Februar 1984 im Sender Free Europe zweimal in zwei Teilen in ganzer Länge verlesen.

Der britische Labourabgeordnete Ken Coates<sup>42</sup>, Vorsitzender der Bertrand Russell Peace Foundation, protestierte in einem an János Kádár adressierten Brief gegen Krassós Polizeiaufsicht. Eine entsprechende schriftliche Quelle, ob János Kádár persönlich die Anweisung für das Verfahren gegeben hat, ist nicht auffindbar. Die diesbezügliche Vermutung gehört in den Bereich der Spekulation. Sicher ist allerdings, dass er über die Angelegenheit informiert war. Denn György Aczél war informiert und traf Kádár in wöchentlicher Regelmäßigkeit.<sup>43</sup>

Am 15. Oktober 1985 fand das in Budapest organisierte Europäische Kulturforum statt. Es dauerte sechs Wochen. Die Ereignisreihe war dazu berufen, das liberale Image der ungarischen Führung zu stärken. Der wegen seiner politischen Anschauungen gedemütigte oppositionelle György Krassó hätte nicht ins Bild gepasst. Die ungarische demokratische Opposition hatte mehrere Protestaktionen geplant. Laut Staatssicherheitsakten hatte Gábor Demszky für die Zeit des Europäischen Kulturforums einen Hungerstreik geplant, hätte sich ihm noch jemand angeschlossen. Die Künstlergruppe Inconnu wäre mit Transparenten auf die Straße gegangen. Am 6. Oktober 1985 hoben die Behörden die gegen Krassó verhängte Polizeiaufsicht auf, sodass er am 15. Oktober 1985 am Alternativen Kulturforum in der Wohnung des Schriftstellers István Eörsi und am 16. Oktober in der Wohnung des Regisseurs András Jeles teilnehmen konnte. Im Sinne der Polizeiaufsicht durfte er zwischen 20 Uhr und 6 Uhr seine Wohnung nicht verlassen. Hätte er es dennoch getan, hätte die Polizei der Einhaltung der Vorschrift Geltung verschaffen müssen. Entweder hätte sie Gewalt anwenden müssen, oder aber es wäre ein Beweis ihrer Machtlosigkeit gewesen.

Am 23. Oktober 1985 fand in der Artéria Galerie, die Tamás Molnár, Mitglied der Unabhängigen Künstlergruppe Inconnu, in László Rajks Wohnung, des Sohnes des hingerichteten

---

<sup>42</sup> Coates, Kenneth Sidney (1930 – 2010), britischer Politiker und Schriftsteller. Ergriff Partei für die Revolution von 1956. Leiter der Bertrand Russel Friedensstiftung. Zwischen 1989-1999 Abgeordneter der britischen Labour Party im Europaparlament. John Palmer: Ken Coates obituary. Politician, activist and writer of the left, in: The Guardian, 29. Juni 2010, <https://www.theguardian.com/politics/2010/jun/29/ken-coates-obituary>

<sup>43</sup> Interview mit Ferenc Kőszeg, Interviewer: Gabriella Kinda, 4. Mai 2016

Innenministers gleichen Namens, betrieb, die erste angemeldete 1956er Gedenkveranstaltung statt. Die Organisation war ebenfalls Krassós Verdienst. Für den Geheimdienst entstanden mehrere Spitzelberichte über das Ereignis, allerdings ohne dass es verhindert worden wäre.

György Krassó begriff das Volk als Souverän. Dies resultierte daraus, dass die Revolution und der Freiheitskampf von 1956, wie er formulierte, seinem Denken den Stempel aufgedrückt haben. Obwohl es dazu von ihm keine schriftlichen Erörterungen gibt, engagierte er sich emotional für das Volk, das im Widerstand eine Einheit bildete. Wegen seiner Idealisierung der Revolution wurde er in der demokratischen Opposition Ungarns als Plebejer bezeichnet. Dessen Wesen fasste er nach der Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten im Zweiten Ungarischen Fernsehkanal in der Sendung *Napzárta* wie folgt zusammen:

„Die vielleicht wichtigste Lehre aus der Revolution von 1956 besteht darin, dass sie in diesem Jahrhundert, als immer alles von den Großmächten entschieden wurde und gerade Ungarn bisher dessen leidendes Subjekt war, nicht nur den Ungarn, sondern der ganzen Welt gezeigt hat, dass ein Volk etwas tun, etwas ändern kann, nicht nur am eigenen Schicksal, sondern an der ganzen Weltgeschichte, weil die Revolution von 1956 Auswirkungen auf die gesamte Weltgeschichte hatte und tatsächlich (...) die scheinbar nicht realistisch denkenden Ungarn, diese gestorbenen Jungen und Mädchen, realistischer waren als diejenigen, die deren Tun ablehnten. Sie waren realistischer als der Märtyrer Imre Nagy, der sich anfangs zusammen mit seinen Gefährten der Revolution widersetzte, um schließlich zu der auch für die Gegenwart von mir vertretenen Überzeugung zu gelangen, dass das von den Elitegruppen verachtete Volk die Sache realistischer sah und in der Revolution einen Sieg davongetragen hat, dass die Elite an das Volk nicht glaubt, stattdessen von dessen Gleichgültigkeit und Passivität redet. Den Realitätssinn des Volks erkannten auch Imre Nagy und seine Gefährten. Und deshalb, weil sie sich auf die Seite des Volks geschlagen hatten, mussten sie sterben. Es ist nicht so geschehen, wie Miklós Vásárhelyi auf dem Heldenplatz sagte, dass sich die Aufständischen zu Imre Nagy bekannten, vielmehr ist es so geschehen, dass sich Imre Nagy zu den Aufständischen bekannt hat, weil sie Recht hatten. Dies ist die größte Lehre aus 1956.“<sup>44</sup>

Krassós Plebejertum bedeutet eigentlich, dass er das Volk für handlungsfähig hielt. Und da er das Volk für handlungsfähig hielt, wurde er auch selbst zu einem Menschen des Handelns. Dieses Plebejertum hatte zugleich die Begleiterscheinung, dass er sich immer für die kleinen Leute einsetzte.

Krassó vertrat die Meinung, dass die ungarische demokratische Bewegung nach dem Muster der polnischen *Solidarność*-Bewegung als gesellschaftliche Bewegung ausgebaut werden müsste. Doch da es in Ungarn gegenüber der Macht keinen gesellschaftlichen Widerstand gab, befasste sich nur eine schmale intellektuelle Schicht mit Politik. Aber warum galt die Politik als eine

---

<sup>44</sup> Zitat von György Krassó, TV2, *Napzárta* (Tagesausklang), 2. Juli 1989, I. Teil (34:00 Minuten), Moderator: Péter Rózsa, Teilnehmer: György Krassó, Tibor Philipp, Jenő Nagy, Péter Sneé, László J. Benkő. Eigene digitalisierte Fassung dank Péter Sneé.

Angelegenheit der Intelligenz? Deshalb, weil die ungarische Gesellschaft apolitisch war. Die Mehrheitsgesellschaft des konsolidierten späten Kádár-Regimes nahm zwei aus der Revolution von 1956 resultierende Umstände nicht zur Kenntnis. Einerseits, dass die Ideologie der Konterrevolution nicht der Wahrheit entsprach; sie glaubte daran lediglich aus Bequemlichkeit. Andererseits, dass der relativ hohe Lebensstandard und die relative Reisefreiheit der Revolution von 1956 zu verdanken war. Denn weder die ungarische noch die sowjetische kommunistische Macht wollten einen weiteren in der Region alleinstehenden blutigen Widerstand riskieren. Dass Kádárs unter dem Namen der „drei T“ (tilott, túrt, támogatott – verboten, geduldet, unterstützt) bekannt gewordener gesellschaftlicher Konsens akzeptiert werden müsse, war als allgemeine Haltung verbreitet. Wer gehörte zur politisierenden Intelligenz? Die Mitglieder der ungarischen demokratischen Opposition und im rechten Spektrum einige noch eher atomisierte populistische Schriftsteller bewiesen aktiven Widerstand. Aus der ungarischen demokratischen Opposition bildete sich die Gegenelite heraus, ohne die eine Delegitimierung des Kádár-Regimes unvorstellbar gewesen wäre. Sie vermochte für die Machtelite ein politischer Verhandlungspartner zu sein. Aus der ungarischen demokratischen Opposition entstand die linke Gegenelite. György Krassó gehörte, bevor er Ende 1985 nach London ging, zu den aktivsten Mitgliedern der ungarischen demokratischen Opposition.

Nach dem schweren Unfall seines in London lebenden älteren Bruders wurde sein Passantrag für eine Besuchsreise nicht verweigert. Am 22. November 1985 verließ György Krassó bei Hegyeshalom Ungarn. Früher hatten zahlreiche Passanträge, Berufungen und Protesteingaben, die Forderung auf Gewährung des Reiserechts nicht zum Erfolg geführt. Die Ungarn genossen im Gegensatz zu den anderen kommunistischen Ländern der Region große Reisefreiheit. Mit Ausnahme des engen Oppositionellenkreises durften sie alle drei Jahre in den Westen und jedes Jahr in die kommunistischen Länder reisen. Ab September 1985 hielten sich Ferenc Kőszeg und Sándor Szilágyi als Stipendiaten sogar in New York auf. Krassós Reise nach London nahm erst nach dreieinhalb Jahren ein Ende. Zur Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten traf er wieder in Budapest ein. In London hörte György Krassós eigentliche oppositionelle Aktivität auf. Stattdessen begann sein legaler Kampf für die Demokratie.

### 2.1.3. Die Partei Ungarischer Oktober

In der Wendezeit gründete György Krassó eine Partei. Die Partei Ungarischer Oktober (Magyar Október Párt - MOP) wurde faktisch am 27. Juni 1989 gegründet. Doch zu ihrer Registrierung kam es erst am 20. Januar 1990, da das Gericht die Registrierung mit der Begründung abgelehnt hatte, dass in der MOP das Wort *Partei* vorkomme und sie deshalb gemäß dem Vereinigungs- und

Versammlungsgesetz nicht registriert werden könne. Trotz eingeleiteter Berufung musste bis zur Verabschiedung des Parteiengesetzes gewartet werden. Die Verzögerung der Registrierung hätte die Tätigkeit der Partei auch materiell betreffen können. Die pro tausend Mitglieder ihr zustehende Unterstützung von zwei Millionen Forint konnte nicht in Anspruch genommen werden. Es ist anzufügen, dass es gegen die Inanspruchnahme dieser Mittel moralische Bedenken gab.<sup>45</sup> Doch die MOP wollte die Mittel auch deshalb nicht abrufen, weil Parteien, die bei Wahlen weniger als ein Prozent der Stimmen erhielten, die staatliche Unterstützung gemäß Gesetz zurückzahlen mussten. Ihre Mitgliederzahl mussten die Parteien lediglich anmelden. Der ungarische Geheimdienst beobachtete die MOP. Doch die Beobachtungsakte zur MOP und zu György Krassó ist wahrscheinlich der Dokumentenvernichtung zum Opfer gefallen. Den erhalten gebliebenen täglichen operativen Informationsberichten zufolge beziehungsweise den geheimdienstlichen Angaben der in die Partei eingeschleusten Personen zufolge hat die Partei Ungarischer Oktober die Zahl von tausend Mitgliedern nicht erreicht. Die ungarischen Medien ergriffen jede Gelegenheit, um über die MOP negative Nachrichten zu verbreiten. Dies führte schließlich dazu, dass sich bei den politisch Interessierten und letztendlich im öffentlichen Bewusstsein die Meinung festgesetzt hat, dass die Partei eine radikale Partei sei. Ein auf die Medien durch den Geheimdienst ausgeübter Einfluss oder Druck sind vorstellbar, doch sind diese aufgrund der zur Verfügung stehenden und für Forschungszwecke freigegebenen Quellen leider nicht nachweisbar. Auch sind die Chancen dafür, dass neue Quellen zum Vorschein kommen, gering. Jedenfalls kann der Zusammenhang zwischen Medieneinstellung gegenüber der MOP und der politischen Chancenlosigkeit der Partei nicht vernachlässigt werden. Krassó betonte bei zahlreichen Gelegenheiten, dass die MOP bei Gegenwind arbeite, dass die Medien von wichtigen Botschaften der Partei nicht berichteten, sie verschwiegen.

In der Wendezeit fand die MOP auf der politischen Palette Ungarns ihren Platz als Partei der Straße. Einerseits deshalb, weil das Bedürfnis der Menschen auf der Straße, angesprochen zu werden, Krassó und den Parteiaktivisten nahe stand, andererseits deshalb, weil dadurch die Nachrichtenschwelle der Medien am ehesten zu erreichen war. Krassós Plebejertum, das eine grundlegende Sensibilität gegenüber den aus der Politik der Gesellschaft verdrängten Individuen und Schichten der weniger Gebildeten bedeutete, ging mit politischem Aktionismus einher. Wichtigstes Merkmal der Partei wurde der Aktionismus. Vor allem das konnte von den Zielsetzungen verwirklicht werden. Auch in ihrem Programm deklarierte die MOP ihre Kommunismusfeindlichkeit. Auch inhaltlich war ihr politisches Handeln darauf ausgerichtet. Ihre erste Aktion, die Umbenennung der Münnich-Ferenc-Straße in den alten Straßennamen

---

<sup>45</sup> Interview mit Sándor Turcsányi, Interviewer: Gabriella Kinda, 19. Juli 2014. Sándor Turcsányi stand in der Hierarchie der Partei Ungarischer Oktober (MOP) nach György Krassó und József Bánlaki an dritter Stelle. Später wurde er stellvertretender Chefredakteur der Zeitschrift Magyar Narancs.

Nádorstraße, war im positiven Sinn denkwürdig. Die letzte Aktion im Frühjahr 1990, die gleichzeitig mit den Wahlen erfolgte „Zeltaktion“ auf dem Kossuth Platz, als Protest gegen die Wahlempfehlungszettel löste ein viel geteiltes Echo aus. In dem etwa einen Jahr, in dem die Partei aktiv war, wurden noch zahlreiche andere Aktionen organisiert. In Verbindung mit der Verteilung von Schmalzbroten erfolgte in Csepel und Újpest Mitgliederwerbung, am 20. August 1989, dem Nationalfeiertag der Ungarn, in Verbindung mit der Aufführung eines volkstümlichen Dramas im Városliget (Stadtwäldchen), Protest in der Corvingasse gegen das ihrer Meinung nach antidemokratische neue Wahlgesetz, Umsturz der Münnich-Statue in der Innenstadt. Auch die Beseitigung eines Blumenbeets in der Form eines roten Sterns auf dem Clark Ádám Platz sollte erfolgen. Doch dem kamen auf Anweisung des Innenministeriums die Gärtner zuvor.

Die Umbenennung der im V. Budapester Bezirk befindliche Münnich-Ferenc-Straße in den alten Namen Nádorstraße war eine der wichtigsten und erfolgreichsten Aktionen der Partei Ungarischer Oktober.<sup>46</sup> In Westeuropa hatte sich György Krassó das Modell des politischen Drucks durch Straßendemonstrationen angeeignet. Zusammen mit seinen wechselnden Sympathisanten war er unter der Ägide seiner Partei entschieden für die Umbenennung der Straße eingetreten.

In den politischen Aktionen der Partei verbanden sich verbaler Radikalismus und westliche Performance. Der Aktionismus ging von der Kunst aus. Die Straßendemonstration, die in entwickelten Demokratien oder Übergangszeiten als Ausdruck der Sympathie dient, als Instrument dafür, Druck auszuüben oder auf etwas aufmerksam zu machen, erreicht nicht notwendigerweise das Niveau des Aktionismus. Die Proteste der Partei Ungarischer Oktober aber verbanden Politikum und Kunst miteinander. Die Künstlergruppe Inconnu<sup>47</sup> wählte Krassó nicht vergebens als ihr Ehrenmitglied. Die Inconnu entwickelte unter der sich liberalisierenden ungarischen Führung in den 1980er Jahren die in die bildende Kunst gehüllte politische Meinungsäußerung. In Privatwohnungen wurden Ausstellungen organisiert. Gelegentlich von Hausdurchsuchungen sammelte die Polizei die Kunstwerke ein, ließ sie verschwinden, sodass zur angekündigten Ausstellungseröffnung nichts mehr zu sehen war. Die Konsequenzen waren nicht unerträglich. Mit Lebensgefahr oder Inhaftierung musste nicht gerechnet werden. Eher schon mit Existenzunsicherheit und materiellen Verlusten. In Verbindung mit der Straßenumbenennung ging es um das gleiche Spiel. Man ließ etwas verschwinden.

Die politische Happeningserie bot einen klar artikulierten Antikommunismus an. Krassó und seine Partei betrieben einen kompromisslosen politischen Systemwechsel. Sie protestierten gegen politische Absprachen und Kompromisse. Die während ihren Aktionen erfahrenen Behinderungen

---

<sup>46</sup> Gabriella Kinda: *A Nádor utca akció (Die Aktion Nádor utca, in: Betekintő (Einblick), 2017/ Nummer 3* [epa.oszk.hu/01200/01268/.../EPA01268\\_betekinto\\_2017\\_3\\_5.p...](http://epa.oszk.hu/01200/01268/.../EPA01268_betekinto_2017_3_5.p...)

<sup>47</sup> In den achtziger Jahren Krassó nahestehende Mitglieder der Künstlergruppe Inconnu: Péter Bokros, Tamás Molnár, Róbert Pálincás Szücs, Tibor Philipp.

belegen, dass die ihnen in den Weg gelegten Steine – Beobachtung durch die Staatssicherheitsorgane, teilweise Pressezensur, politisch motivierte Verfahren wegen Ordnungswidrigkeiten - Methode hatten. Ihre ungewöhnlichen Straßenaktionen besaßen keine wirkliche gesellschaftliche Unterstützung. In den Meldungen der Politischen Polizei wird von Gleichgültigkeit der Passanten berichtet. Die politische Neuordnung von 1989 brachte für die Partei Ungarischer Oktober nicht viel Neues.

Die Straßenumbenennungsaktion der Partei Ungarischer Oktober war ein organischer Bestandteil von György Krassós während der Revolution von 1956 bestimmender politischer Auffassung. Inhaltlich sagte er das Gleiche wie im Dezember 1983 im illegal erschienenen *Hirmondó*: Ferenc Münnich und János Kádár seien für den tragischen Ausgang der Revolution und die anschließende Vergeltung verantwortlich, auch für die Hinrichtung Imre Nagys und der anderen zum Tode Verurteilten. Die politische Lage hatte sich in der Zwischenzeit erheblich verändert. Krassós 1983 im Samisdat erschienenen Interview<sup>48</sup> *Erinnerung an die Toten* hatte großes Aufsehen erregt. Das Interview wurde vom Sender Free Europe mehrmals ausgestrahlt, aber es erschien auch in englischer und französischer Sprache. Dafür wurde über Krassó Polizeiaufsicht verhängt. 1989 aber konnte man solche Botschaften schon auf die Straße tragen. Die Herrschenden waren schwach geworden. Doch Krassó und sein Kreis waren denen, die insgeheim an eine Rettung ihrer Macht und an deren politische Restauration dachten, noch immer ein Dorn im Auge.

Die Meldungen über die MOP suggerieren, dass das Interesse der Bevölkerung an Politik seit der Wiederbeerdigung Imre Nagys ständig abnahm. Es fehlte bei den Menschen die Überzeugung, dass sie die politischen Entwicklungen beeinflussen könnten. Krassó und seine Partei wollten sie aus ihrer Passivität herausführen, sie zur politischen Gestaltung aufrufen. Doch erfolgreich waren sie nur in einem engen Kreis, vor allem bei Krassós Anhängern und Bewunderern. Doch selbst hier waren Abbröckeln, Abstumpfung und sinkende Hoffnung zu beobachten.

Krassó hatte sein ganzes Leben auf den Sturz der kommunistischen Diktatur, auf politische Veränderungen gesetzt. Er war überzeugt davon, dass die Politik im Leben der Menschen eine vorrangige Rolle spiele. Überzeugt war er auch davon, dass die politische Elite Ungarns den Systemwechsel ohne Einbeziehung der Gesellschaft durchführe. Er wollte die Massen aufrütteln, sie zur aktiven Teilnahme an den gesellschaftlichen Veränderungen ermuntern, wollte eine echte basisdemokratische Partei aufbauen. Zu den Errungenschaften der Revolution von 1956 gehörten seiner Meinung nach ja gerade die aktive Teilnahme verschiedenster Schichten am öffentlichen Leben. Der für Krassó und seine Partei bezeichnende überschäumende Tatendrang beschwor die

---

<sup>48</sup> Krassó, György (1983): *Emlékezés halottakra (Erinnerung an die Toten)*, *Hirmondó (Landbote)*, Nummer 2, Dezember 1983, in: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]): *Maradj velünk! Krassó György írásai* (Bleib bei uns! György Krassós Schriften), MagánZárka Kiadó, Wien, S. 168-189

Erinnerung an die Revolution herauf. Offensichtlich konnte die Namensänderung einer Straße keine Revolution auslösen. Dennoch diente sie einer Art Wahrheit für 1956, das Ferenc Münnich und János Kádár verraten und in der Folge Vergeltung geübt hatten. Die von den einstigen kommunistischen Machthabern tatsächlich begangenen Taten, durch die Leben ausgelöscht und verstümmelt worden waren, lösten das symbolische Handeln der MOP aus. Das Echo darauf indes blieb schwach.

Obwohl sich die Partei nicht zu einer wirkungsvollen politischen Kraft auswachsen konnte, wies sie auf die Misstände der Systemwende hin, darauf, dass breite Schichten der Gesellschaft an der Demokratisierung nicht teilhatten und in wirtschaftlicher Hinsicht lediglich deren Verlierer waren. Demokratie hielt György Krassó, obwohl er zu deren Definition nie einen Versuch unternommen hatte, für gesellschaftlich-politische Freiheit. Laut dem Staatswissenschaftler István Bibó, der es nur dem Mut des für die Vergeltungsaktionen nach der 1956er Revolution abgestellten Staatsanwalts zu verdanken hatte, nicht zum Tode, sondern nur zu lebenslänglich verurteilt worden zu sein, bedeutet das Leben in einer Demokratie, keine Angst zu haben. György Krassó machte die Erfahrung, dass die Menschen Angst hatten, 1989/90 ihre politische Meinung zu äußern. Sehr wenige Menschen glaubten ihm. Selbst ihm Nahestehende neigten dazu, daran zu zweifeln. Er erwies sich als Prophet. Die Geschichte hat bewiesen, dass die ungarischen Wähler auch dreißig Jahre später aus existenzieller Angst abstimmen.

Andererseits waren vor allem Krassó und die MOP Kritiker des Wahlrechtsgesetzes der Wendezeit. Sie hatten zwei Einwände. Der eine bestand darin, dass die kleinen Parteien davon mehrfach nachteilig betroffen seien. Die Vier-Prozent-Klausel für den Einzug ins Parlament war die eine Schwierigkeit, die auch in den westlichen Demokratien üblich war, ja, die Fünf-Prozent-Klausel war sogar mehr verbreitet. Eine mögliche Lösung dieses Problems sah Krassó im Zusammenschluss mehrerer kleiner Parteien. Die Idee des Zusammenschlusses stammte von Menschen auf der Straße. Krassó behauptete, man habe ihn und die Partei gefragt, warum sie sich nicht mit anderen Parteien zusammenschließen. Krassó schlug vor, man solle gegenüber der MSZMP-Nachfolgepartei (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) MSZP (Ungarische Sozialistische Partei) einen antikommunistischen Block bilden. Die beiden großen Oppositionsparteien MDF (Ungarisches Demokratisches Forum) und SZDSZ (Bund der Freien Demokraten) waren an einer solchen Lösung nicht interessiert. Dieser Weg kam also nicht infrage. Die andere Möglichkeit wäre ein Zusammenschluss jener Organisationen gewesen, die sich zur Vertretung der 56er Interessen bekannten. Im Dezember 1989 betrieb Krassó auf dem Kongress des Landesverbands der Politischen Gefangenen (POFOSZ) die Idee, aus dem POFOSZ eine Partei zu machen. Doch dieser Vorschlag wurde von den Mitgliedern abgelehnt. Am Rednerpult stritt sich



Krassó mit dem POFOSZ-Vorsitzenden, mit Jenő Fónay<sup>49</sup>, der diese Lösung konsequent ablehnte. Gemeinsam hätten sie eine Chance gehabt, die Vier-Prozent-Klausel zu überwinden. Fónay trat vom Posten des Vorsitzenden zurück, sodass es für den Weg zu einer Parteigründung kein Hindernis mehr gab. Doch die gerichtliche Registrierung als Partei zog sich hin, sodass der Plan vereitelt wurde.

Zu den ungarischen Parlamentswahlen von 1990 trat die Partei Ungarischer Oktober an. Zumindest entstand ein zweiminütiger Kampagnofilm für das Fernsehen. Péter Rózsa<sup>50</sup>, der das Fernsehgespräch mit Krassó für die Sendung *Napzártá* in Verbindung mit Imre Nagys Wiederbeerdigung moderierte und damals das Filmstudio für politische Kampagnefilme leitete, hielt den MOP-Kampagnofilm für einen der professionellsten.<sup>51</sup>

„Eine solche Betrugswahl hat es in Ungarn noch nicht gegeben. Diese Komödie ist nur dafür gut, dass die Kommunisten und die angebliche Opposition ihren hinter den Kulissen geschlossenen Kompromiss von Ihnen absegnen lassen. Vierzig Jahre waren nicht genug. Jetzt werden Sie wieder betrogen. Es wird Ihnen eine Demokratie versprochen, obwohl nur die Machtelite gewechselt hat. Lassen Sie nicht zu, dass Ihnen die Parteien schon in diesem Jahr mehr als siebenhundert Millionen Forint aus der Tasche ziehen! Lassen Sie nicht zu, dass sich die Abgeordneten für hunderttausende Forint in Samtsessel setzen! Lassen Sie nicht zu, dass die Inhaber der Macht und die an die Macht Kommenden das Land ausverkaufen, die Bevölkerung ins Elend stürzen, ihre Sehnsüchte und Hoffnungen veruntreuen!“<sup>52</sup>

Krassós politische Sensibilität und sein Klarblick gestatteten nicht, seiner Partei eine politische Niederlage zu bescheren. Die MOP protestierte gegen das System der Wahlempfehlungszettel, die ihrer Meinung nach einer offenen Abstimmung gleichkamen, indem sie die in vier Wahlkreisen erfolgreich eingesammelten Wahlempfehlungszettel in Gegenwart von Zeugen und Presse verbrannten. Die Asche überreichten sie der Landeswahlkommission in vier Phiolen, umwunden mit Bändern der Nationalfarben rot-weiß-grün. Die Landeswahlkommission OVB deutete die Aktion dahingehend, dass die Partei den gesetzlichen Bedingungen nicht Genüge getan habe. Die Partei ihrerseits argumentierte, es gebe keine Regelung zum Aggregatzustand der Wahlempfehlungszettel. Die MOP spezialisierte sich in der Wahlperiode auf Happenings. Die eingelegte Berufung wurde am letzten Werktag vor den Wahlen vom Gericht zurückgewiesen.

Auch der damals als Politologe interviewte András Bozóki hielt Krassós Einwände gegen die Wahlempfehlungszettel für berechtigt. Für jedes Direktmandat mussten 750 Empfehlungszettel

---

<sup>49</sup> Jenő Fónay (1926 – 2017), Ingenieur, 1956 zum Tode verurteilt, Vorsitzender des POFOSZ (Bund der politischen Gefangenen Ungarns), *Megtörlás (Mi történt Magyarországon 1956 után?)* (Vergeltung – Was geschah nach 1956 in Ungarn?), Memoiren mit einem Vorwort von György Krassó, erschienen 1983 in einer Ausgabe des ungarischen Schweizer Kreises für Literatur und bildende Kunst.

<sup>50</sup> Péter Rózsa (1953 –), ungarischer Journalist für Rundfunk und Fernsehen, Redakteur und Moderator

<sup>51</sup> Interview mit Péter Rózsa, Interviewer: Gabriella Kinda, 18. Februar 2015

<sup>52</sup> Wahlkampagnevideo der Partei Ungarischer Oktober, You tube.com. (4:03) (Stand: Oktober 2017)

gesammelt werden, insgesamt also 132.000 in 176 Wahlbezirken, sofern sich in allen Wahlkreisen Kandidaten zur Wahl stellen sollten. Das war für die kleinen Parteien eine schwer zu bewältigende Aufgabe. Krassó sprach in der Presse von blauen Zetteln.<sup>53</sup> Die Partei Ungarischer Oktober konnte nicht nur landesweit nicht antreten, weil sie dafür in sieben Wahlbezirken die erforderliche Anzahl von Wahlempfehlungszetteln hätte einsammeln müssen, sondern sie gelangte auch nicht auf die Gebietsliste. Dafür hätte zwar genügt, sich in vier Wahlbezirken dem Votum der Wähler zu stellen, allerdings in einer anderen territorialen Aufstellung. Die MOP hätte also auch die Reststimmen nicht bekommen können. Das Risiko, nicht einmal ein Prozent der Stimmen zu erhalten, wollte die MOP nicht eingehen.

In Verbindung mit den Wahlempfehlungszetteln ließ sich ein Widerspruch im Verhalten von Krassó und seiner Partei feststellen. Im Dezember 1989 stellte sich Krassó den Interimswahlen für das Parlament. Obwohl es ihm im Frühjahr 1990 gelungen war, im Budapester Csepel-Wahlkreis die erforderlichen Wahlempfehlungszettel einzusammeln, stellte er sich der Wahl dennoch nicht. Wahrscheinlich schätzte er die Situation so ein, dass es ihm nicht gelingen würde, ein Direktmandat zu erringen. Noch einen weiteren Versuch erwog er. Im VII. Budapester Bezirk, wo Gábor Demszky ein Direktmandat gewonnen hatte, fanden nach dessen Wahl zum Oberbürgermeister Zwischenwahlen statt. Im Januar 1991 erkrankte Krassó, sodass dieser Plan vereitelt wurde.

Die Aktionen der MOP verliehen den Parlamentswahlen von 1990 Farbe. Am 21. März 1990 strich die MOP die Ferenc-Münich-Statue auf dem Honvéd Platz im V. Budapester Bezirk rot an, um sie schließlich umzustürzen. Von dort zogen die Parteiaktivisten auf den Kossuth Platz, wo sie das „Landeszelt“ aufstellten. Ihre Protestaktion gegen die für antidemokratisch gehaltenen Wahlen planten sie für eine unbestimmte Dauer. Die Aktion wurde verboten. Sie endete am 27. April. Die Erforschung des nach dem 1. Mai 1990 entstandenen Archivmaterials ist an eine Sondergenehmigung gebunden.<sup>54</sup> Dieses Hindernis habe ich absolviert. Allerdings ist das Material in Verbindung mit der MOP-Protestaktion auf dem Kossuth Platz noch nicht aufgearbeitet. Einstweilen können die dortigen Geschehnisse nicht geklärt werden.

## 2.2. Der historische Kontext

Es ist unbestreitbar, dass die ungarische Transformation von 1989/90 nur infolge einer veränderten internationalen Konstellation, nur inmitten einer amerikanisch-sowjetischen Annäherung stattfinden konnte. Doch das Wie war bereits eine Resultante der inneren Kräfteverhältnisse. Krassó war der Meinung, dass einerseits eine Instrumentalisierung der Revolution von 1956 vor sich ging,

---

<sup>53</sup> *168 óra*, 13. Februar 1990, Hollauer Tibor (1990): *Viccpártok és nagyhalak. Mi lesz a kétmilliók a sorsa?, 168 óra (Spassparteien und große Fische. Was wird aus den zwei Millionen werden?)*, *168 óra*, 13. Februar 1990, S. 10f.

<sup>54</sup> Für die Information bezüglich der zu beantragenden Sondergenehmigung schulde ich Ignác Romsics Dank.

andererseits dass auch der Systemwechsel in Verbindung mit bestehenden Interessen stattfand. Deshalb tat er sich von Anfang an als Kritiker des Systemwechsels hervor.

### 2.2.1. Zusammenfassung der Geschichte des ungarischen Systemwechsels (1988 – 1990)

Bei der Zusammenfassung der Geschichte des ungarischen Systemwechsels sind auch wissenschaftliche Analysen<sup>55</sup> und Erinnerungen<sup>56</sup> herangezogen worden.

In der Zeit der ungarischen Systemwende traten verschiedene miteinander ringende politische Kräfte auf. Einerseits die Anhänger einer sogenannten Ordnungspartei, repräsentiert von Károly Grósz und dessen Kreis, die János Kádár abgelöst hatten, und andererseits die Reformkommunisten. Nach János Kádárs Amtsenthebung am 22. Mai 1988 nahm Károly Grósz dessen Platz ein. Die Reformkommunisten spalteten sich in zwei weitere Gruppen unter Imre Pozsgay und Rezső Nyers. Die Pozsgay-Linie war politisch determiniert. Im Hintergrund stand eine Annäherung an die rechte Opposition. Vor der Öffentlichkeit aber stand die Umbewertung der Revolution von 1956 von einer Konterrevolution zum Volksaufstand. Die Nyers-Linie unterstützte den von den Reformökonomen vorgeschlagenen Wandel. Doch alle drei Gruppen ließen sich von eigenen Interessen leiten, nämlich vom Machterhalt, von der Erringung der politischen Macht und dem Interesse an der ökonomischen Macht. Ministerpräsident Miklós Németh,<sup>57</sup> der am 24. November 1988 die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, erkannte, was die historische Situation von ihm erwartete. Er verhalf Ungarn beim Zusammenbruch des mittel- und osteuropäischen kommunistischen Systems auch zu einer internationalen Rolle. Diejenigen, die behaupten, in Ungarn hätten die Kommunisten die Macht übergeben, haben eigentlich die Tätigkeit der Németh-Regierung vor Augen. Der Systemwechsel war auch aus strategischer Sicht der in der Staatspartei versammelten Kräfte ein komplexeres Phänomen, als dass er als Machtübergabe durch die Kommunisten bezeichnet werden könnte. Die Staatspartei, die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (MSZMP, auf deutsch USAP) nahm lediglich einen neuen Namen an (MSZP, auf

---

<sup>55</sup> András Bozóki (Chefredakteur)/ Márta Elbert, Melinda Kalmár, Béla Révész, Erzsébet Ripp, Zoltán Ripp (Redakteure) (1999): *A rendszerváltás forgatókönyve. Kerekasztal-tárgyalások 1989-ben (Drehbuch des Systemwechsels, Verhandlungen am Runden Tisch 1989)*, Magvető, Budapest, I-VIII

<sup>56</sup> z. B. Kónya, Imre (2016): *...és az ünnep mindig elmarad? Történetek a rendszerváltástól napjainkig (...und das Fest findet nie statt?)*, Alexandra Kiadó, Pécs; Oplatka, András (2014): *Németh Miklós. „Mert ez az ország érdeke...” (Miklós Németh. Weil es im Interesse des Landes war)*, Helikon, Budapest; Pozsgay, Imre (2011): *A tiszteletbeli köztársasági elnök. Pozsgay Imrével beszélget Mezei Károly (Der Ehrenpräsident der Republik, Károly Mezei im Gespräch mit Imre Pozsgay)*, Kairosz Kiadó, Budapest; Bozóki, András (Hrsg.) (1992): *Tiszta lappal. A FIDESZ a magyar politikában (Ein unbeschriebenes Blatt. Der FIDESZ in der ungarischen Politik)*, Századvég; Romsics, Ignác (2003): *Volt egyszer egy rendszerváltás (Es war einmal eine Systemwende)*, Rubikon-Ház; Romsics, Ignác (2013): *Rendszerváltás Magyarországon (Systemwende in Ungarn)*, Akadémia Kiadó, Budapest; Ripp, Zoltán (2006): *Rendszerváltás Magyarországon – 1987-1990 (Systemwende in Ungarn – 1987-1990)*, Napvilág Kiadó

<sup>57</sup> Miklós Németh (1948 –), Politiker, Volkswirt, hatte vom 24. November 1988 bis zum 23. Oktober 1989 das Amt des Vorsitzenden des Ministerrats der Volksrepublik Ungarn inne. Vom 24. Oktober bis zum 23. Mai 1990 war er Ministerpräsident der Dritten Republik Ungarn.

deutsch USP, Ungarische Sozialistische Partei.). Es erfolgte keine Spaltung. 1994 bei den folgenden Parlamentswahlen errang sie die absolute Mehrheit. Die Ungarische Sozialistische Partei<sup>58</sup> regierte in einer Koalition mit dem Bund der Freien Demokraten (SZDSZ).

Zur Systemwende bildete sich sowohl links als auch rechts eine Gegenelite heraus. Auf der rechten Seite setzte die Parteienbildung schon sehr früh ein. Am 27. September 1987 konstituierte sich in Lakitelek das Ungarische Demokratische Forum (MDF)<sup>59</sup>. 1989 verfügte die rechte Opposition bereits über eine Massenbasis. Am 21. Oktober 1989 wurde József Antall<sup>60</sup> zum Parteivorsitzenden gewählt. Zuvor war er lediglich geschäftsführender Vorsitzender. Aus den Parlamentswahlen von 1990 ging das MDF als stärkste Partei hervor. Das MDF ging mit den wiedergegründeten historischen Parteien der Unabhängigen Kleinen Landwirte (FKGP) und der Christdemokratischen Volkspartei (KDNP) eine Regierungskoalition ein.

Die Linke, die ungarische demokratische Opposition, brachte am 1. Mai 1988 das Netzwerk der Freien Initiativen zustande, woraus am 13. November 1988 die ungarische liberale Partei, der SZDSZ (Bund der Freien Demokraten), hervorging. In der demokratischen Opposition gab es Kräfte, für die die Parteigründung unerwartet kam und die sich dagegen aussprachen. Die Konstituierung des SZDSZ war begründet. Einerseits wegen der Beschleunigung der politischen Veränderungen, andererseits wegen des Sich-Organisierens der rechten Opposition, das heißt wegen der miteinander rivalisierenden politischen Kräfte. Die Angehörigen der demokratischen Opposition, die sich gegen die Gründung des SZDSZ ausgesprochen hatten<sup>61</sup>, gründeten zusammen mit György Krassó die Partei Ungarischer Oktober (MOP). Für eine Fortsetzung der ungarischen demokratischen Opposition stand also nicht nur der SZDSZ, sondern auch die MOP. Der Bund der Jungen Demokraten (FIDESZ)<sup>62</sup> wurde am 30. März 1988 als Jugendorganisation gegründet. Im Nachhinein fiel dieses Datum mit seiner Gründung als Partei zusammen. Zur Systemwende repräsentierte der FIDESZ linke, liberale Anschauungen. 1992/1993 vollzog er einen Rechtsschwenk.

Das ungarisch-tschechoslowakische Staudammprojekt Bős-Gabčíkovo, die damit einhergehende Regulierung der Donau, löste bei der ungarischen Bevölkerung eine große Protest-

---

<sup>58</sup> Die Ungarische Sozialistische Partei konstituierte sich am 7. Oktober 1989 als Nachfolgepartei und Vermögenserbe der bisherigen Staatspartei.

<sup>59</sup> Das Ungarische Demokratische Forum (MDF) war eine zur Systemwende gegründete rechte Partei. Zwischen 1990 und 2010 war sie eine Parlamentspartei. 1990 erhielt sie bei den Parlamentswahlen die meisten Stimmen und regierte bis 1994 in einer Koalition. Zwischen 1998 und 2002 war das MDF aufgrund einer mit dem FIDESZ getroffenen Wahlvereinbarung gleichfalls Regierungspartei. Allerdings hatte sie bei den Wahlen die Fünf-Prozent-Hürde nicht geschafft.

<sup>60</sup> József Antall (1932 – 1993), Politiker, Ministerpräsident, Vorsitzender des MDF, vom 23. Mai 1990 bis zu seinem Tod am 12. Dezember 1993 Regierungschef.

<sup>61</sup> Die Rede ist von den Mitgliedern des Republikaner-Kreises beziehungsweise von der Künstlergruppe Inconnu.

<sup>62</sup> Der Bund der Jungen Demokraten (FIDESZ) konstituierte sich am 30. März 1988 als ungarische Partei. Der FIDESZ ist seit 1990 im Parlament vertreten. 1998-2002 und seit 2010 bis heute fungiert sie zusammen mit der Christdemokratischen Volkspartei als Koalitionspartner als Regierungspartei.

und Demonstrationswelle aus. Krassó informierte darüber laufend aus London die ungarische Öffentlichkeit. Vor ungarischen Emigranten anlässlich seiner zwischen 19. und 28. Juli 1988 stattgefundenen Amerikareise versprach Károly Grósz, dass Imre Nagy und die anderen Hingerichteten im Kreis ihrer Familie beerdigt werden könnten. Zugleich aber erklärte er, dass Imre Nagy wegen seiner 1956 bewiesenen Haltung von der ungarischen Regierung nicht rehabilitiert werden würde. Am 16. Juni 1988 fuhren motorisierte Polizisten zwischen die oppositionellen Gedenkenden. Am 23. Oktober 1988 wurde eine Demonstration verboten. Am 15. März 1989 demonstrierten Hunderttausende in den Straßen Budapests. Ermutigt von der Massendemonstration vereinte das Unabhängige Juristenforum die Opposition und bot den Machthabern Verhandlungen an. Parallel dazu erreichte das Komitee zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit die Exhumierung Imre Nagys und seiner vier Gefährten und organisierte deren Wiederbeerdigung am 16. Juni 1989. Das Interesse der Bevölkerung war so groß, dass die Särge nicht, wie ursprünglich geplant, auf dem Friedhof aufgebahrt wurden, sondern auf dem Heldenplatz.

Die Verhandlungen am Runden Tisch begannen am 13. Juni 1989. Die Machthaber waren wegen der Wiederbeerdigung stark unter Druck geraten. Bei den sogenannten dreiseitigen Verhandlungen am Runden Tisch einigten sich die Verhandelnden über die rechtlichen Schritte, die einen friedlichen Übergang vom Einparteiensystem zum Mehrparteiensystem ermöglichen sollten. Die Vereinbarung vom 18. September 1989 wurde vom SZDSZ und vom FIDESZ nicht unterzeichnet, allerdings ohne dass sie ein Veto eingelegt hätten. Bei der Unterschriftsverweigerung ging es um die Ablehnung des zwischen MSZMP und MDF ausgehandelten Kompromisses. Genauer gesagt ging es um die Ablehnung der Wahl des Staatspräsidenten noch vor den Parlamentswahlen. Eine vorgezogene Präsidentenwahl wäre für Pozsgay günstig gewesen. Um dies zu verhindern, initiierte der SZDSZ eine Volksbefragung. Am 17. Oktober 1989 gelangten die Anberaumung einer Volksbefragung sowie die Grundgesetze zur Verhandlung vor das Parlament. Auf Druck der Opposition und auf Vorschlag des Ministerpräsidenten nahm das Parlament die Grundgesetze an: die Verfassungsänderung, das Wahlgesetz, das Parteiengesetz sowie das Gesetz zur Institution des Rechnungshofes und des Verfassungsgerichts.

Am 23. Oktober 1989 proklamierte Mátyás Szűrös, gemäß der Verfassungsänderung kommissarisches Staatsoberhaupt, die Dritte Republik Ungarn. Die Staatsform des Landes veränderte sich von der Volksrepublik zur Republik. Am Abend desselben Tags, der zu dem Zeitpunkt noch kein staatlicher Feiertag war, gedachte die Opposition auf einer Massenkundgebung der Revolution von 1956. Die am 26. November 1989 abgehaltene sogenannte Vier-Ja-Volksabstimmung konnte die linke Opposition, auf die diese Abstimmung zurückgegangen war, als Sieg verbuchen.

Die am 24. März und am 8. April 1990 abgehaltenen zwei Wahlgänge endeten mit einem

Koalitionssieg der rechten Opposition. Das Mehrparteiensystem war verwirklicht worden. Eine am 26. April 1990 zwischen der stärksten Regierungspartei (MDF) und der stärksten Oppositionspartei (SZDSZ) getroffene Vereinbarung entschied, dass der Präsident der Republik vom Parlament zu wählen sei. Bestandteil der Vereinbarung war auch die Unterstützung seitens des MDF für den SZDSZ-Kandidaten Árpád Göncz und die Unterstützung von Zwei-Drittel-Gesetzen durch den SZDSZ. Die als Nachfolgepartei der MSZMP entstandene MSZP fiel bei den Wahlen auf 10 % zurück. Die für den 29. Juli erneut angesetzte Volksabstimmung über die Direktwahl des Staatspräsidenten war ungültig, da nur 14 % abgestimmt hatten. Es hatte sich endgültig entschieden, dass in Ungarn ein parlamentarisches System mit starken Machtbefugnissen des Ministerpräsidenten und einem Staatspräsidenten mit protokollarischer Funktion entstanden war. Der linke SZDSZ wollte die Marktwirtschaft schnell einführen, das rechte Demokratische Forum versprach einen langsameren Wandel. Im Wesentlichen errang das Demokratische Forum damit das Vertrauen der Wähler.

### 2.2.2. Der ideologisch-ideelle Rahmen

Die ungarische Systemwende, der Übergang vom untergehenden Kommunismus zur liberalen Demokratie, ging in einer Periode der Dominanz neoliberaler Ideen vor sich.

In den achtziger Jahren bildete sich eine intellektuelle Gemeinschaft heraus (der Kreis um die Samisdatzeitschriften *Beszélő*, *der Hírmondó*, *der Demokrata*, *Égtájak közt*, *das Katalizátor Iroda*, zu deutsch das Katalysatorbüro, beziehungsweise die Künstlergruppe *Inconnu*), der das Paradigma der liberalen Demokratie zu seiner eigenen machte. Die Opposition der Kádár-Ära war breiter als dieser Kreis. Die Populisten unterschieden sich insofern, als sie einen langsameren Fortschritt und eine nationale Ideologie vertraten. Der aus der Hauptlinie der demokratischen Opposition Ungarns hervorgehende Bund der Freien Demokraten (SZDSZ) war kosmopolitisch, westlich orientiert und sprach sich für eine wirtschaftliche Schocktherapie aus. György Krassó war kein Anhänger dieses Konsenses, obwohl er Mitglied der demokratischen Opposition war. Für ihn sollte die Politik unmittelbares Handeln sein.

Im Gegensatz zu seinem Bruder Miklós beschäftigte György Krassó sein Judentum nicht. Nach 1945 versuchte er, sich zu integrieren und trat in die kommunistische Partei ein, doch seine Tag für Tag gemachten Erfahrungen als Dreherlehrling, die schweren Arbeitsbedingungen, die unerfüllbaren Arbeitsnormen und die den Arbeitern aufgezwungenen Friedensanleihen, strafte die Rhetorik der Propaganda Lügen und ließen ihn in Konfrontation zum Machtapparat gehen. Seine kämpferische Attitüde äußerte sich schon sehr früh oder schien zumindest auf. Er war ein Romantiker, denn schon als junger Mensch wurde er Kommunist. Er wurde aus der Partei

ausgeschlossen, weil er die reinen kommunistischen Ideale der Sowjets einforderte. Er wollte eine Demokratie, in der auch die Interessen der Arbeiter und Angestellten gut zur Geltung kommen, nicht nur die der Kapitalisten. Für ihn war Demokratie nicht nur eine Rivalität zwischen den Parteien, nicht nur eine Rivalität der parlamentarischen Eliten, sondern die Willensdurchsetzung des Volks, das die Eliten kontrollieren sollte. Krassó war ein interner Kritiker der demokratischen Opposition. Er widersetzte sich jeglichen elitären Bestrebungen. Er war kein Mann des Mainstreams, sondern ein Unikum. Er glaubte daran, dass eine radikale Demokratie zu verwirklichen sei.

Von den Idealen der Revolution von 1956 trug er die Linie der Arbeiterräte und der Selbstverwaltung weiter. Daran änderte auch nichts seine Teilnahme an der Revolution und seine Verurteilung zu zehn Jahren Zuchthaus. Im Gegenteil!

1956 war keine homogene gesellschaftliche Bewegung. Ihr Spektrum reichte von Imre Nagys Anhängern bis hin zu den Anhängern von Mindszenty. Zu seiner eigenen Sache machte Krassó also die radikale Selbstverwaltungsdemokratie. Der Idee der Nation gegenüber verhielt er sich offen. Für einige Tage hatte sich 1956 die einheitliche Nation verwirklicht. Sie beehrte gegen ihre kommunistischen Tyrannen und gegen die Sowjets auf. Mit der Nation vermochte er sich zu identifizieren, weil er die historische Erfahrung von 1956 besaß. Dies auch dann, wenn die einheitliche Nation an der Spitze mit Ferenc Münnich und János Kádár verraten wurde und die sowjetischen Truppen einmarschierten. Nach der Entlassung aus dem Gefängnis änderte sich ideell nichts an seiner Auffassung. Er blieb immer ein Linker.

Die radikale Selbstverwaltungsdemokratie steht dem Anarchismus, dem Anarchosyndikalismus ideengeschichtlich am nächsten. Krassó kann dem auch deshalb zugerechnet werden, weil er sich immer der aktuellen Macht widersetzte. In der Wendezeit argumentierte er alsbald gegen das MDF (Demokratisches Forum) und auch gegen den SZDSZ (Bund der Freien Demokraten). Er entdeckte in ihnen die Anzeichen einer neuen Elitebildung, einer Elite, in der es keine Demut gibt, keine Rücksicht auf den Willen der Gesellschaft. Krassó war ein radikaler Anarchosyndikalist. In der ungarischen Systemwende, dem Übergang vom Kommunismus und von der Antidemokratie zur kapitalistischen demokratischen Einrichtung, war aber nicht davon die Rede. Die Umwälzungen wurden von der Elite über den Köpfen der Gesellschaft abgewickelt.

Zu den Vorwahlen trat Krassó noch an. Doch da er das Wahlgesetz für antidemokratisch hielt, verbrannte er zusammen mit seiner Partei die Wahlempfehlungszettel öffentlich, sodass er zu den im Frühjahr 1990 stattgefundenen Parlamentswahlen nicht antreten konnte. Die Partei Ungarischer Oktober war eine kleine Partei. Doch hätte sie es ins Parlament geschafft, hätte sie dort als radikale linke Partei gegenüber rassistischen, rechtsradikalen Äußerungen einerseits mäßigend wirken können, andererseits hätte sie für die Linke die antiliberalen, national gesinnten Wähler

halten können, die später zur Partei des Lebens und der Ungarischen Gerechtigkeit (MIÉP), zu den Jobbiks und dem FIDESZ abwanderten. Sie hätte im Parlament offen antisemitische Ausfälle und Angriffe gegen Roma verhindern können. Abgesehen von seiner freimütigen Rede hätte Krassó die Hilfsbedürftigen mit seiner sozialen Sensibilität vertreten. Und in der Linken hätte er die Idee der Nation vertreten. Sowohl im Hinblick auf die im Exil Lebenden als auch die Ungarn jenseits der Grenzen.

Anno dazumal verhielten sich vor allem die Medien gegenüber der Partei Ungarischer Oktober so, als handele es sich um eine Spaßpartei. Die Dokumente aber zeigen, dass sie in der Wendezeit eine alternative Zukunft anzubieten hatte. Krassó war ein Prophet, spürte er doch, dass die Ausbeutung der Armen in der neuen Demokratie erhalten bleiben und die unteren Klassen ohne Vertretung bleiben würden. Er wollte ein demokratischeres Ungarn. Unter den bestehenden Umständen der Wendezeit wurden György Krassó und die Partei Ungarischer Oktober grundlos in den Hintergrund gedrängt. Dreißig Jahre später, nachdem schon klar geworden ist, dass die Systemwende misslungen ist, scheinen die damaligen alternativen Anschauungen noch wichtiger zu sein.

### 2.2.3. György Krassó, der handelnde Anarchodemokrat

Krassó war ein Anarchodemokrat. Anarchist deshalb, weil er einerseits keinerlei herrschende Macht anerkannte, andererseits deshalb, weil er eine nützliche gesellschaftliche Funktion der Ordnungskräfte leugnete und drittens deshalb, weil er direkte Aktionen organisierte, das heißt für die Durchsetzung seiner politischen Zielsetzungen nicht den üblichen bürokratischen Weg wählte. Das demokratische Element aber bestand darin, dass sein Handeln nicht selbstzweckbestimmt war, sondern dass er breite, meist symbolische gesellschaftliche Interessen oder die Interessen ohne Repräsentation gebliebener Gruppen vertrat. Man könnte ihn auch einen Anarchosyndikalisten nennen, weil er sich vom Ideal der in der Revolution von 1956 aktiven Arbeiterräte leiten ließ. Seine Vorstellung in der Wendezeit, dass die Betriebe von Arbeiterräten geführt werden sollten, blieb auf dem Niveau der Deklaration stecken. Krassó wurde in seiner Zeit für einen radikalen Populisten gehalten. Doch im gegenwärtig verbreiteten Sinne, wonach die politische Macht durch eine Ermächtigung des Volks handelt, war er kein Populist.

Das Autorengespann András Bozóki –Miklós Sükösd rechnet in seiner Geschichte des ungarischen Anarchismus István Bibó, Gáspár Miklós Tamás und György Konrád zu den anarchodemokratischen Denkern der Kádár-Ära. Angeführt werden in diesem Zusammenhang István Bibós Spätwerk *Az európai társadalomfejlődés értelme* (Der Sinn der europäischen Gesellschaftsentwicklung), Gáspár Miklós Tamás' 1983 in einer Samisdatausgabe erschienene



Arbeit *A szem és a kéz. Bevezetés a politikába* (Das Auge und die Hand. Einführung in die Politik) sowie György Konráds *Antipolitika*<sup>63</sup>. Doch nicht nur diese Autoren, sondern von Václáv Havel bis hin zu den Ideologen der Solidarność-Bewegung, bis hin zu Adam Michnik stellte man sich eine Lösung vor, in der die Vorteile von Anarchie und Demokratie miteinander verbunden werden könnten, und zwar ohne deren Nachteile. Sie wollten, dass das Volk an die Macht gelangt. Die politische Macht selbst allerdings verachteten sie.<sup>64</sup> Die Lösung erblickten sie in einer kleinen Gemeinschaftsdemokratie, die eher aus einer Selbstverwaltung (Bibó), der Intelligenz (Konrád), den Präferenzen der Individuen (Gáspár Miklós Tamás) als aus einer Repräsentanzdemokratie resultierte. In der Kádár-Ära existierte also zugleich eine anarchistische und eine radikale demokratische Tradition. Dies nicht zuletzt infolge der Idee und Romantik einer unmittelbaren Demokratie der ungarischen Revolution von 1956. Der Einfluss des anarchodemokratischen Denkens indes ging nicht über das Interesse in den intellektuellen Kreisen hinaus.

In den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts lassen sich in den Studenten-, oppositionellen und alternativen Bewegungen anarchistische Wirkungen nachweisen, nämlich in der jugendlichen Subkultur (Punk), den Aktivitäten György Krassós, der *Inconnu*-Gruppe, der Samisdatzeitschrift *Égtájak között* (Zwischen Himmelsrichtungen) und in den Diskussionen der Friedensbewegung *Dialógus* (Dialog).<sup>65</sup>

Zwischen 1988 und 1990, in der ersten Periode der Parteigründungsphase der postkommunistischen Wende, waren im FIDESZ, dem SZDSZ (Bund der Freien Demokraten), in der Partei der Ungarischen Grünen und der Magyar Október Párt (Partei Ungarischer Oktober) Anarchisten aktiv.<sup>66</sup> Anarchistische Vorstellungen standen György Krassó und der Partei Ungarischer Oktober nahe. Doch das bedeutet nicht, dass sie irgendwelche anarchistische Gewalt gebilligt hätten. Sie neigten zu symbolischen politischen Aktionen.

Es gibt nichts von Krassó, worin er seine eigenen politischen Anschauungen theoretisch ausgearbeitet hätte; er konzentrierte sich stets auf praktische Dinge. Doch an seiner Auffassung, in der seine anarchistische Einstellung ein wichtiges Element war, gab es nichts zu rütteln. András Bozóki und Miklós Sükösd's Modell beschreiben den Anarchismus mit Hilfe von fünf Wertepaaren. Das erste Wertepaar ist der Individualismus und der Kollektivismus. Aufgrund dieses Wertepaars lassen sich zwei grundlegend voneinander abweichende Anarchismustypen unterscheiden. Bei Krassó vermischen sich beide, zumal er einerseits eine aufrührerische Persönlichkeit war, andererseits ein Mensch, der an die Arbeiterräte glaubte.

János Kádárs „Marionettenregierung“ erkannte Krassó nicht als legitim an, da Kádár durch

---

<sup>63</sup> Konrád, György (1985): *Antipolitika – Mitteleuropäische Meditationen*, Suhrkamp Verlag

<sup>64</sup> Bozóki, András/ Sükösd, Miklós (2007): *Anarcho-demokraták. Az anarchizmus elmélete és magyarországi története (Anarchodemokraten, Theorie und ungarische Geschichte des Anarchismus)*, Gondolat, Budapest, S. 235

<sup>65</sup> ebd. S. 175

<sup>66</sup> FIDESZ: Gyula Bartók, László Seres, SZDSZ: József Gulyás. In: Bozóki, András/ Sükösd, Miklós (2007), S. 179

gemeinschaftlichen Verrat mit Ferenc Münnich an die Macht gelangt war, indem er die sowjetischen Truppen ins Land geholt und seine Macht durch die Stationierung der sowjetischen Truppen gesichert hatte. Imre Nagy und dessen Revolutionsregierung hatten nie abgedankt. Kádár hatte den legitimen Ministerpräsidenten Imre Nagy hinrichten lassen.

Kádárs Herrschaft wurde von Krassó nicht als legitim anerkannt. Das leitete er aus der Revolution und dem Freiheitskampf von 1956 ab. Er erfuhr Vergeltung und staatlich gelenkte Verfolgung. Das Problem des individuellen Anarchisten besteht gerade darin, dass er in seiner Verteidigung gegenüber dem Staat gezwungen ist, die abgelehnte Staatsmacht anzuerkennen. Dies widerfuhr Krassó auch schon in seinem 1956er Prozess. Als einziges Mittel blieb ihm, als Angeklagter die öffentliche Verhandlung für herrschafts- und staatsfeindliche Agitation zu nutzen. Wenn dies ein Instrument des individuellen Anarchisten ist, dann hat Krassó dies durch seine Haltung ausgezeichnet illustriert. Er hätte mit einer viel mildereren Gefängnisstrafe davonkommen können, hätte er in der Verhandlung auf feindliche Äußerungen gegen Kádár verzichtet. Die Dokumente beweisen, dass er das Festhalten an der Revolutionswahrheit über seine individuellen Interessen gestellt hat. In erster Instanz wurde er zu sieben, in zweiter Instanz zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Er vertrat die Überzeugung, dass Angriff die beste Verteidigung sei. In der Praxis realisierte er das dadurch, dass er seine Sache auf eine politische Ebene lenkte. Nach der allgemeinen Amnestie von 1963, die auch ihm die Entlassung aus dem Gefängnis brachte, funktionierte die Taktik, als Angeklagter selbst anzuklagen. Diese Methode verhalf ihm dazu, zwei Prozesse zu gewinnen (1963/1964 beziehungsweise 1969/1970). Die in der ungarischen Justiz beigeordneten Richter in einem nicht auf Anweisung funktionierenden System verurteilten niemanden, der seine Verfolgung durch den Staat offensichtlich werden ließ. Die Angehörigen der demokratischen Opposition nahmen Krassós diesbezüglichen Rat nicht an. Zwar erhielten sie milde Urteile<sup>67</sup>, jedoch keinen Freispruch.

Gemäß Papierform stellt der Anarchismus in seiner ersten Dimension das gesamte herrschaftliche Normensystem infrage. Krassó war kein Totalanarchist. Er vertraute den Entscheidungen der Gerichte. In der Wendezeit wandte sich die Partei Ungarischer Oktober mehrfach an die Gerichte, um Schutz gegen polizeiliche Übergriffe zu erlangen. Die Angelegenheiten wurden bereits durch die Staatsanwaltschaft abgeschlossen. Auch die Bewegungen des Unghorsams erkennen die Existenz der staatlichen Normen an. Unter anderen realisierte die Partei Ungarischer Oktober (MOP) eine Aktion des Ungehorsams mit einer Aktionsserie zwecks Umbenennung der Münnich-Ferenc-utca in den alten Namen Nádorstraße. Nach einer gerichtlichen Verurteilung erreichte die Partei ihre Zielsetzung durch Zusammenarbeit mit der lokalen Behörde. Die MOP verkündete keinen kollektiven Anarchismus. Doch der

---

<sup>67</sup> Siehe beispielsweise den Demszky-Prozess (21. Dezember 1983).

Anarchismus stand nicht nur György Krassó nahe.

Unterscheiden sich die anarchistischen revolutionären Auffassungen darin voneinander, ob zur gesellschaftlichen Revolution ein moralischer oder ein politischer Weg führt? Die politische Revolution ist ihnen zu wenig. Sie halten die Revolutionierung der politischen Sphäre für zu wenig. Dies ist die zweite Dimension. Krassó propagierte markantes politisches Handeln, das aus der spontanen Aktion revolutionärer Gruppen und Massen entstehen kann. Er erfuhr in der Revolution und dem Freiheitskampf von 1956 eine gesellschaftliche Revolution, eine nationale Einheit, wie er diese Ereignisse nannte. Er war überzeugt davon, dass dies wiederkommen würde. 1989, zumindest gelegentlich der Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten, erhoffte er sich die Entstehung einer neuen revolutionären Lage. Doch da dies nicht eintrat, gründete er die Partei Ungarischer Oktober (MOP), deren Funktion eigentlich darin bestanden hätte, ein Katalysator zu sein und den radikalen Systemwechsel zu beschleunigen.

In ihrer Beziehung zur Religion, der dritten untersuchten Dimension, besteht das Wesen für die Anarchisten nicht darin, Atheisten zu sein oder sich die Erneuerung der Religion zum Ziel zu setzen, sondern in der Empörung selbst. Krassó stammte aus einer jüdischen Familie, war aber Atheist. Die Religion war für ihn kein Thema.

Gegenüber den Individuen war Krassó ein Anhänger vollkommener Gewaltlosigkeit. Nicht einmal János Kádárs Beerdigung beabsichtigte er, durch Proteste zu stören. Lediglich Blumen wollten er und seine Mitstreiter am hundert Meter entfernten Grab der 56er zum Gedenken niederlegen. Die Ungarische Radikale Partei organisierte zeitgleich mit der Beerdigung eine Protestaktion, an der jedoch nur wenige teilnahmen. Die MOP schloß sich an, doch deren Mitglieder erschienen am Ort des Geschehens verspätet. Die Partei Ungarischer Oktober bekannte sich zum Standpunkt des französischen Anarchisten Louise Michel: „Jede Macht verdirbt“, auch wenn nicht Krassó, sondern einer seiner Parteifreunde<sup>68</sup> diese Äußerung von sich gab. Das Ziel der Anarchisten besteht darin, die Macht zu beseitigen. Sie soll nicht durch andere Eliten ersetzt werden, denn wo es Macht gibt, dort gibt es keine Freiheit. Daraus resultiert die Elitefeindlichkeit der Anarchisten. Die MOP setzte sich die Beseitigung der Macht nicht zum Ziel. Sie hätte sich mit der demokratischen Kontrolle der Macht zufriedengegeben. Staatsfeindliche revolutionäre Gewalt hätte Krassó im Prinzip nicht abgelehnt. Das bedeutet aber nicht, dass er den Terrorismus als Methode akzeptiert hätte. Im Verlauf ihrer Aktionen begriff die Partei ihr politisches Handeln nicht als Gewalt, sondern als Instrument, um Druck auszuüben.

Die Beziehung zur Gewalt war die vierte Dimension. Die letzte verbindet sich mit dem Begriffspaar Rationalismus-Romantizismus. Krassó war ein romantischer Anarchist. Dies vor allem deshalb, weil er die Vergangenheit beschwor, die Einheit als Selbstwert in die Vergangenheit, in die

---

<sup>68</sup> Sándor Turcsányi machte diese Äußerung in einem BBC-Interview.

Revolution und den Freiheitskampf von 1956 projizierte. Auch die MOP kam im Interesse einer restlosen Verwirklichung der 56er Ideen zustande. Doch auch wegen der Hervorhebung des romantischen Elements, die Rolle des menschlichen Willens gegenüber dem Verstand zu betonen, sowie wegen der Neigung zu heldenhaftem Handeln. Für Krassó war der Augenblick der Freiheit Zufälligkeit. Wahrscheinlich war es auch seinem Charakter geschuldet, dass sein Handeln Improvisation war. Ebenso die Aktionen der MOP, für die große Findigkeit typisch war. Gleichfalls ein romantisches Element die Ausrufung eines radikalen Generalstreiks durch die Anarchosyndikalisten, wozu Krassó auf seinen 56er Flugblättern aufgefordert hatte. Auch unter den von der MOP empfohlenen Methoden fanden sich diese Vorstellungen wieder.

Ein Paradoxon des Anarchismus besteht darin, dass er von liberaler Seite sozialistisch, von sozialistischer Seite liberal zu sein scheint.<sup>69</sup> Warum? Weil nur Gleiche frei sein können. Und wenn es keine Freiheit gibt, dann gibt es nur die Ungleichheit der gleich Unterdrückten. Krassó war außer dem Augenblick der ungarischen Freiheit von 1956 nur Unterdrückung ausgesetzt. In der Zeit der Systemwende aber nahm er den Prozess wirtschaftlicher Unterdrückung und Verarmung wahr. In der Tätigkeit der Arbeiterräte von 1956 sah er eine kreative Anarchie, die er sinngemäß in der Zeit der Systemwende gern zurückgeholt hätte. Er besaß eine außergewöhnlich soziale Sensibilität. An seinen Aktionen beteiligten sich „Zigeuner“, wie aus den Akten der Staatssicherheit zur MOP hervorgeht. Der Zelt-Aktionsserie vor dem Parlament schloss sich auch ein Obdachloser mit seinem eigenen Zelt an. Nicht nur gegenüber den Interessen der Arbeiter, sondern auch gegenüber denen, die ohne Schutz und ohne die Fähigkeit geblieben waren, ihre Interessen durchzusetzen, zeigte er sich sensibel. Es ließ sich bei Krassó eine Solidarität gegenüber den Unterdrückten der Gesellschaft beobachten, eine *plebeische Redlichkeit*<sup>70</sup>. Im Parteiprogramm wurden der Erwerb von Eigentum für Arbeiter und Kleinunternehmer sowie der Erwerb von Privateigentum im Allgemeinen unterstützt. Ein liberaler Wert.

Im real existierenden Sozialismus meinte die Mehrheit politisch bewusster Menschen, dass die Demokratie durch einen erfolgreichen Kampf für die Durchsetzung des Wahlrechts und der politischen Rechte Wirklichkeit werden könnte. Zu ihnen gehörte auch Krassó. Aus anarchistischer Sicht existiert für die Gesamtheit der Gesellschaft keine legitime Herrschaft. Deshalb mischte er den Anarchismus mit demokratischen und liberalen Elementen. Krassó war ein Anarchodemokrat, die MOP eine radikale anarcholibérale Partei.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass György Krassó das Volk mit der staatlichen Hauptmacht ausstattete, ging praktisch mit zwei Folgen einher. Einerseits führte es zur Elitefeindlichkeit, weil die allzeitige Machtelite die Mehrheit vom politischen Entscheidungsprozess ausschloß. Ande-

<sup>69</sup> Bozóki, András/ Sükösd, Miklós (2007), S. 26.

<sup>70</sup> András Bozóki-Miklós Sükösds Ausdruck, zitiertes Werk S. 176

rerseits wollte er mehr Demokratie, strebte eine breitere Einbeziehung der Bevölkerung in die Entscheidungsprozesse an. Es geht also um die zwei Seiten der Medaille.

Allerdings ist das Volk für sich genommen nicht handlungsfähig. Nicht einmal in der Revolution. Die 1956 auf die Straße gegangenen Massen hatten jemanden, dessen Einsetzung in die Macht sie forderten: Imre Nagy. 1989/90 konnte die zum Ende der Kádár-Ära herausgebildete Gegenelite die Macht übernehmen. Ohne Elite gibt es keine Herrschaft. 1989 wurde das Volk mobilisiert. Einerseits durch die Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten am 16. Juni 1989 und am 14. Juli 1989 durch die Beerdigung János Kádárs, andererseits durch die Volksabstimmung unter anderem zur Direktwahl des Staatspräsidenten am 26. November 1989. Diese Ereignisse gehörten zum inneren Kampf der Elite, der zwischen der alten Staatselite und der durch die Schwächung der Staatspartei zustande gekommenen Gegenelite und innerhalb dieser Gegenelite zwischen Rechts und Links vor sich ging. Krassó hielt den Systemwechsel deshalb für manipulativ, von oben gelenkt.

Der alten Elite, deren Ablösung in der Wendezeit im Gange war, begegnete er mit einem radikalen Antikommunismus. Er befürchtete eine Restauration, die später tatsächlich eintrat und auch nicht. Sie erfolgte in dem Sinne, dass die MSZP, die Ungarische Sozialistische Partei, die kommunistische Nachfolgepartei der MSZMP, der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, 1994 die Wahlen gewann und erneut an die Macht gelangte. Doch eine Restauration fand insofern nicht statt, als die kommunistische Ideologie und Machttechnik nicht zurückkehrten. Den Systemwechsel betrachtete Krassó als eine Eliteergänzung, weil eine neue Machtelite die politische Macht übernahm, während sich die alte Elite auf die Vereinnahmung der Wirtschaftsmacht konzentrierte. Die neue Elite wurde von Krassó ebenso abgelehnt wie die alte.

### 3. Westexil (November 1985 – Juni 1989)

György Krassó verließ Ungarn am 22. November 1985 bei Hegyeshalom mit dem Zug. Er reiste zusammen mit Ágnes Háy, seiner damaligen Lebensgefährtin.<sup>71</sup> Miklós Krassó, sein älterer Bruder, hatte am 8. November einen schweren Unfall erlitten, weshalb der jüngere Bruder als einziger noch lebender Angehöriger einen Westreisepass erhielt. Das Reiseziel war London, der Wohnort des Bruders. Nach dem Tod des älteren Bruders am 10. Januar 1986 musste er sich die Frage stellen, was er nun tun sollte: nach Ungarn zurückkehren oder bleiben? Nachdem der Verlängerung seines Ausreisevisums auf Druck der Staatssicherheit nicht stattgegeben wurde, bemühte er sich um politisches Asyl. Als freier Mitarbeiter der BBC und als Gründer und Redakteur des Informationsdienstes der Freien Presse „Ungarischer Oktober“ betrachtete er es als seine Aufgabe, tagesaktuell über die politische Lage in Ungarn zu informieren. Seine Arbeit wurde von seinen Kollegen und seinem Chef bei der BBC gleichermaßen geschätzt.

#### 3.1. Mitarbeit in der ungarischen Sektion der BBC

Während der Revolution von 1956 hatte György Krassó vom Ungarischen Nationalkomitee in dessen Büro im Belgrád rakpart 24 eine Zusage erhalten, dass er Mitarbeiter des zu gründenden Kurzwellensenders werden könnte.<sup>72</sup> Die Niederschlagung der Revolution vereitelte diesen Plan. Er musste dreißig Jahre warten, bevor er im Westen Rundfunkmitarbeiter werden konnte. 1956 hatte die BBC in Ungarn keinen Korrespondenten. Doch die tagesaktuelle Berichterstattung wurde dadurch erleichtert, dass das britische Außenministerium die von der Budapester britischen Botschaft<sup>73</sup> eintreffenden Meldungen für die Zeit der Revolution der BBC zur Verfügung stellte. Den Weltinformationsdienst der BBC für Mitteleuropa leitete 1956 Gregory McDonald. Sein Stellvertreter war György Tarján<sup>74</sup>, Leiter der ungarischen Sektion Ferenc Rentoul. Die Sendungen der BBC stifteten keinen Aufruhr, waren aber geprägt von Empathie.

Der 56er Häftling György Krassó war zwischen 1986 und 1989 freier Mitarbeiter der Ungarischen Rundfunksektion der BBC in London, nachdem er wegen des schweren Unfalls seines älteren Bruders eine Ausreisegenehmigung erhalten hatte. Als Ungarnexperte war er ständig damit befasst, wie er über die Ereignisse und politischen Veränderungen in Ungarn authentisch und

<sup>71</sup> Ágnes Háys mündliche Mitteilung

<sup>72</sup> BFL XXV.4.a. B. 1768/57 (György Krassós Prozessakte von 1956), S. 190. (Gerichtliches Verhandlungsprotokoll vom 11. Juni 1957)

<sup>73</sup> Leslie Fry war 1956 britischer Botschafter in Budapest.

<sup>74</sup> György Tarján (1910 – 1973), Schauspieler und Rundfunkmitarbeiter, 1937 Emigration nach London, ab 1946 Leiter der Ungarischen Sektion bei der BBC, ab 1949 Leiter der Sektion für Osteuropa.

<https://www.hangosfilm.hu/filmenciklopedia/tarjan-gyorgy> (Stand: Februar 2017)

umfassend informieren könnte. Im Depot Historische Interviews der Landesbibliothek Széchenyi (OSZK TIT) steht gegenwärtig die Sammlung Ungarische Rundfunksendungen der BBC für Forschungszwecke zur Verfügung.<sup>75</sup> In Verbindung mit Krassó gibt es relativ viel Tonmaterial, auch wenn die Sammlung nicht vollständig ist. Darauf lässt sich aus dem Umstand schließen, dass es aus dem Jahr 1988 keinerlei Aufnahmen gibt. Die fehlenden Tonbandrollen wurden nicht übergeben.

Die BBC strahlte zwischen dem 5. September 1939 und dem 31. Dezember 2005 ungarischsprachige Rundfunksendungen aus. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, als Krassó dort arbeitete, gab es ein zweistündiges Programm in ungarischer Sprache. Der Leiter der ungarischen Sektion war István Siklós<sup>76</sup>. Für den Mitteleuropäischen Dienst zeichnete Peter Udell<sup>77</sup> verantwortlich. Die British Broadcasting Company erhielt von der englischen Regierung über das Außenministerium eine jährlich abgestimmte Summe. Die Regierenden hatten kein Recht, sich in das Programm einzumischen, durften aber bestimmen, wieviele Stunden wöchentlich gesendet werden konnten und wieviel Geld dafür zur Verfügung gestellt wurde. Die finanzielle Ausstattung der ungarischen Sektion der BBC ermöglichte keine Einstellung eines ausgebildeten hauptamtlichen Archivars.<sup>78</sup> Die Systematisierung der Tonbänder in der erhaltenen Form leisteten die Mitarbeiter freiwillig, wodurch die Identifizierung der mangelhaft beschrifteten Tonaufnahmen und der um Anonymität bemühten Interviewpartner erschwert wurde.

Péter Pallai<sup>79</sup> begann am 11. Dezember 1985 in London ein Lebensinterview mit György Krassó, wodurch dessen Kontakt zur BBC begründet wurde. Krassó sprach davon, dass er 1956 vor dem Ungarischen Rundfunk mit der Waffe gekämpft habe. Nach seiner in Polizeiaufsicht übergegangenen systematischen Verfolgung schien eine Rückkehr nach Ungarn nicht zweckmäßig zu sein. Das Interview ist seit 1991 auch im Archiv des 56er Instituts Oral History als Typoskript

---

<sup>75</sup> Dank schulde ich Bea Lukács, der Leiterin des Depots Historische Interviews der Landesbibliothek Széchenyi, dass sie mir aus der Sammlung ungarischer Sendungen der BBC Tonmaterial zu Krassó zur Verfügung gestellt hat.

<sup>76</sup> István Siklós (1936 – 1991), Dichter und literarischer Übersetzer, verließ Ungarn 1956, studierte an der Londoner Universität Sanskrit und schrieb Gedichte, publizierte regelmäßig in Exilblättern. 1964 gelangte er in die Redaktion der ungarischen Sektion der BBC, deren Leiter es ab 1980 wurde. Gemeinsam mit László Cs. Szabó und Lóránt Czigány (1935 – 2008) war er Gründer des Szepsi Csombor Kreises, der ab Mitte der sechziger Jahre bis zur ungarischen Systemwende aktiv war und ungarisch- und siebenbürgische Schriftsteller nach London einlud. Als Dichter und Redakteur nahm er am Leben der literarischen Kreise im Exil beziehungsweise in Ungarn aktiv teil. Ab 1978 begann er in der BBC eine Reihe „Ungarische Schriftsteller in England“, wozu er unter anderen Győző Határ, Mátyás Sárközi, György Gömőri, László Cs. Szabó und Béla Szász einlud.

<sup>77</sup> Peter Udell (1941 –) Britischer Rundfunkintendant. Er wurde 1988 Leiter der Überseesender und -dienste der British Broadcasting Corporation. 1971 bis 1973 war er Organisator für bulgarische Programme, 1973 bis 1975 stellvertretender Leiter für Diskussionssendungen und Sonderberichte, 1975 bis 1979 stellvertretender, 1979 bis 1983 Leiter für Osteuropäische Dienste, 1984 bis 1986 für Mitteleuropäische Dienste und 1986 bis 1988 Leiter und Verwalter für Europäische Dienste. ([www.whoswho.de/bio/peter-udell.html](http://www.whoswho.de/bio/peter-udell.html), Stand: Dezember 2016)

<sup>78</sup> Pallai, Péter/ Sárközi, Mátyás (2006): *A szabadság hullámhosszán. Az 1956-os magyar forradalom története a BBC elmondásában (Auf der Wellenlänge der Freiheit. Geschichte der ungarischen Revolution von 1956 in Texten der BBC)*, Helikon, Budapest, S. 7

<sup>79</sup> OSZK TIT BBC huncd0042\_01 – huncd050\_02 (1985, Biographie mit György Krassó, aufgenommen von Péter Pallai, 17 ungefähr dreißigminütige Tonbandaufnahmen), (OSZK TIT, Országos Széchenyi Könyvtár Történeti Interjúk Tára/ Depot Historische Interviews der Landesbibliothek Széchenyi)

zugänglich. Die achteinhalb Stunden umfassenden Tonbandaufnahmen sind auch im BBC-Material des OSZK TIT archiviert worden. Hierin wurde Krassó als Revolutionsteilnehmer von 1956 und als Mitgeleid der demokratischen Opposition befragt. Aus den zur Verfügung stehenden Daten geht nicht hervor, ob das Lebensinterview in der erhaltenen Rohform in seiner Gänze gesendet worden ist. Péter Pallai konnte eine zweimal zweistündige Zusammenfassung zur ungarischen Revolution senden, worin György Krassó von den Ereignissen vor dem Ungarischen Rundfunk am 23. Oktober 1956 berichtete. Das Lebensinterview wurde hineingeschnitten.<sup>80</sup> Leider ist auch von dieser Sendung nicht klar, wann sie ausgestrahlt worden ist. Am 23. Oktober 1986 aber, das heißt am 30. Jahrestag des Ausbruchs der Revolution, gedachte Péter Pallai der damaligen Ereignisse in der BBC im Rahmen eines halbstündigen Programms unter dem Titel *Mosaik der Geschichte der Revolution*<sup>81</sup>, worin Tamás Aczél<sup>82</sup>, Sándor Kopácsi<sup>83</sup> und neben Imre Mécs<sup>84</sup> auch György Krassó zu hören war.

Am 10. Januar 1986 verstarb Miklós Krassó, der legendäre Philosoph, an den Folgen der im

---

<sup>80</sup> OSZK TIT BBC huncd0660\_01 (1'07''37'') (Über die ungarische Revolution, von Péter Pallai), davon 33'55''-39'45'' aus dem Interview mit György Krassó)

<sup>81</sup> OSZK TIT BBC huncd0502\_01 (33:25) (A magyar forradalom történetének mozaikjai, von Pallai Péter, Mosaik der Geschichte der ungarischen Revolution, Redakteur: Péter Pallai)

<sup>82</sup> Tamás Aczél (1921 – 1994), Schriftsteller, Journalist. Lebte seit 1956 in England; ab 1966 in den Vereinigten Staaten. Redakteur der irodalmi újság (Literaturzeitung), verfasste gemeinsam mit Tibor Méray das Buch *Tisztító vihar* (*Läuternder Sturm*).

<sup>83</sup> Sándor Kopácsi (1922 – 2001), Polizeioffizier, Jurist, Arbeiter. 1952 wurde er Polizeipräsident von Budapest. Nach dem XX. Kongress der KPdSU trat er auf einer Parteiversammlung der Polizei offen gegen Rákosi auf. Beeinflusst von den Ereignissen in Posen erklärte er auf einer Sitzung der Staboffiziere von Armee und Polizei gemeinsam mit mehreren seiner Gefährten, dass er nicht bereit sei, auf das Volk zu schießen. Während der Revolution gewann er das Vertrauen der aufständischen Truppen und wurde am 1. November 1956 in der Kilián Kaserne auf der Sitzung des Ordnungsmachtkomitees zum stellvertretenden Kommandanten der Nationalgarde gewählt. Am 1. November wurde er auch als Kandidat für den siebenköpfigen Verwaltungsausschuß der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei vorgeschlagen. Nach der sowjetischen Intervention am 5. November 1956 wurde er durch Armeegeneral Serow verhaftet. Am 15. Juni 1958 erhielt er als Sechsbeklagter im Imre-Nagy-Prozess lebenslänglich. 1963 wurde er im Zuge einer Generalamnestie entlassen. Zwischen 1963 und 1965 arbeitete er als Dreher in der Telefonfabrik, bevor er 1965 als technischer Angestellter eine Anstellung in Solymár fand. 1969 erhielt er die Genehmigung zur Ablegung des Staatsexamens an der Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft der Eötvös Lóránd Univeresität. Doch eine Anstellung nach seiner Promotion fand er keine. 1975 wanderte er zusammen mit seiner Frau nach Kanada aus, wo er als Kellner, als Arbeiter in einer Kühlmaschinenfabrik und schließlich als Arbeiter bei den Elektrizitätswerken in Toronto arbeitete. 1987 ging er in Rente. 1989 kehrte er nach Ungarn zurück. Er war Mitglied des Organisationskomitees des TIB hzur Wiederbeerdigung Imre Nagys. Er war einer der Abschiedsredner für Imre Nagy. Unter dem Titel *Életfogytiglan* (*Lebenslänglich*, Die Ungarische Tragödie, übersetzt von Brigitte Weitbrecht, Büchergilde Frankfurt am Main 1981) (rev.hu und wikipédia.hu)

<sup>84</sup> Imre Mécs (1933 –), Elektroingenieur, Politiker. Sein Studium absolvierte er zwischen 1952 und 1957 an der Budapester Technischen Universität. Sein Diplom aber konnte er erst 1975 erwerben. 1956 war er bei den Diskussionsveranstaltungen des Petöfi Kreises zugegen. Er beteiligte sich an der Organisation der Nationalgarde, nach der Niederschlagung der Revolution am Widerstand. 1957 wurde er verhaftet, 1958 zum Tode verurteilt, 1959 wurde das Urteil in Lebenslänglich abgemildert. Nach seiner Entlassung 1963 arbeitete er als Ingenieur. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre kam er in Berührung mit der demokratischen Opposition. 1981 nahm er an den mehrere Monate dauernden illegalen Rundtischgesprächen teil, in denen die Geschichte der Revolution abgehandelt wurde. 1983 wurde er von seiner Arbeit entlassen, weil er zur Beerdigung eines einst gleichfalls zum Tode verurteilten Kameraden eine Trauerrede gehalten hatte. Zwischen 1984 und 1989 war er Mitglied der Donau-Bewegung. Er gehörte zu den Organisatoren für die Wiederbeerdigung Imre Nagys und der Märtyrer am 16. Juni 1989. 1988 gehörte er zu den Gründern des Komitees für Historische Gerechtigkeit, des Netzwerks für Freie Initiativen und des Bunds der Freien Demokraten (SZDSZ). 1998-1999 war er Sprecher der Partei. 1990-2006 Parlamentsabgeordneter des SZDSZ, zwischen 2006 und 2010 Parlamentsabgeordneter der MSZP (Ungarische Sozialistische Partei, Nachfolgepartei der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei). (rev.hu, Stand: Dezember 2017)



November des Vorjahres erlittenen schweren Verbrennungen. Nach dem Tod seines Bruders musste György Krassó ernsthaft darüber nachdenken, ob er sich um britisches Asyl bemüht oder nach Ungarn zurückkehrt. Seine Beziehungen zur BBC, die Möglichkeit einer gesicherten Existenz, war ein wichtiges Element für den Entschluss, im Westen zu bleiben.

Erstmals am 2. Februar 1986 hatte György Krassó eine Sendung in der BBC. István Siklós hatte ihn kurz interviewt. Im Interview<sup>85</sup> geht es um die polizeiliche Vorführung eines Mitglieds der ungarischen demokratischen Opposition, des in Budapest lebenden Jenő Nagy. Die ausländische Medienöffentlichkeit wollte Führern der Opposition, im konkreten Fall dem Verleger des Samisdatverlags ABC Schutz gewähren. Möglicherweise hat auch der Sender Free Europe die Nachricht übernommen. Die Polizei belegte die Erzeuger von illegalen Presseprodukten mit Geldstrafen, um deren Tätigkeit zurückzudrängen. Den Oppositionellen, die sich in schwierigen materiellen Verhältnissen befanden, verursachte die Zahlung der hohen Strafsummen ernste Probleme. Im Fall nicht erfolgreicher Zahlung der Geldstrafen drohte eine abzusitzende Haft. Die polizeiliche Vorführung war Teil einer beabsichtigten Einschüchterung. Krassó war früher auch selbst polizeilicher Schikane ausgesetzt. Deshalb versuchte er im Westen, die Öffentlichkeit als Schutzmechanismus für die in Ungarn gebliebenen Oppositionellen zu nutzen. Dies geschah auch im Fall von Jenő Nagy.

Am 11. Februar strahlte die BBC Péter Pallais zehnmütiges Interview mit Krassó aus. Hierin ging es gleichfalls um polizeiliche Übergriffe<sup>86</sup> in Ungarn. Die Rede war von einem Polizeieinsatz am vorangegangenen Samstag auf dem Batthyány Platz, als die ungarische Polizei auf der Demonstration des Donaukreises unter anderen auch gegen österreichische Staatsbürger Gewalt anwendete. Der Donaukreis hatte für seinen Protest gegen das Staudammprojekt Bős-Gabčíkovo zusammen mit anderen den alternativen Nobelpreis erhalten. Der nicht ausdrücklich oppositionellen Zielen dienende Zusammenschluss von Umweltschützern war 1984 zustande gekommen, als die Realisierung der für Ungarn nachteiligen Investition erneut auf die Tagesordnung gesetzt worden war.<sup>87</sup> Die gemeinsame ungarisch-tschechoslowakische Großinvestition, verbunden mit der Umleitung der Donau, hätte im entsprechenden ungarischen Grenzabschnitt erhebliche Veränderungen der Umwelt zur Folge gehabt. Betroffen gewesen wäre die Trinkwasserversorgung. Außerdem wäre damit auch eine Zunahme der Hochwassergefahr einhergegangen. Der geplante Eingriff in die Natur, dem die ungarische Regierung zugestimmt hatte, aktivierte die ungarische Bevölkerung. Die Donau-Bewegung wuchs sich zu einem Element

---

<sup>85</sup> OSZK TIT BBC huncd0177\_01 (3' 19'') (02.02. 1986, Vorführung eines ungarischen Dissidenten, Interview von István Siklós)

<sup>86</sup> OSZK TIT BBC huncd0177\_03 (10: 156) (02. 11. 1986, Polizeiliche Gewalt in Budapest, Interview von Péter Pallai)

<sup>87</sup> Der Wasserkraftwerkplan existierte in den fünfziger Jahren in geheimer Form. In den siebziger Jahren war er an die Öffentlichkeit gelangt. 1977 wurde ein zwischenstaatlicher Vertrag abgeschlossen. Der Beginn der Investition wurde ins Jahr 1983 verschoben.

der eintretenden Systemwende aus. Die ungarische Führung nahm auf den gesellschaftlichen Druck Abstand von dem Projekt. Später aber verlor Ungarn den internationalen Prozess und war gezwungen, Schadensersatz zu zahlen. Nach Krassó war das brutale polizeiliche Auftreten gegen die Umweltschützer einerseits ein Beweis für die Fragilität des dem Westen gegenüber gezeigten liberalen Scheins in Ungarn. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre, nach der Erstarkung der oppositionellen Bewegungen, wurden zahlreiche Maßnahmen getroffen, durch die die Befugnisse und der Wirkungsbereich der Polizei gestärkt wurden. Allerdings machte die Macht von diesen Möglichkeiten nicht oft Gebrauch. Andererseits konnte die polizeiliche Einmischung zwecks Auflösung der Demonstration nicht ohne Anweisung von oben erfolgen. Hinzu kamen spontane lokale Machtübergriffe, unter anderen das Auftreten gegenüber den österreichischen Staatsbürgern.

Seine erste selbständige Sendung in der BBC hatte György Krassó am 25. Februar 1986. In achtzehneinhalb Minuten gedachte er seines einstigen Mithäftlings Lajos Nagy, der wegen einer ungewöhnlichen Mischung aus Vergehen gegen die sozialistische Wirtschaft und politischer Verfolgung verurteilt worden und unter merkwürdigen Umständen zu Tode gekommen war.<sup>88</sup> Ein Artikel erschien nach seinem Tod unter dem Titel *Beerdigung in Derecske*.<sup>89</sup> Der insgesamt einunddreißig Jahre Gefängnishaft verbüßende und dreimal zu einem Verbannungsort verurteilte Lajos Nagy war im Gefängnis bemüht, einem jeden mit Lebensmitteln oder verbotenen Briefverkehr zu helfen. Er besaß ein enormes Wissen über die ungarischen Gefängnisse, weshalb ihn die ungarischen Behörden aus Budapest auswiesen, damit er keine Kontakte zur Opposition oder zu ausländischen Journalisten unterhalten sollte. Krassó schrieb mehrfach im *Hírmondó* (Landbote) und im *Beszélő* (Sprecher)<sup>90</sup> über die behördlichen Verfolgungen, denen Lajos Nagy ausgesetzt war. Mehrmals besuchte ihn Krassó an dessen Verbannungsort auf dem Einzelgehöft Kutas in der Gemeinde Komádi unweit der rumänischen Grenze. Auch andere Besucher organisierte er. Nagys plötzlicher Tod, der offiziell einmal einem Fahrradunfall, ein andermal einem Herzinfarkt zugeschrieben wurde, erschien sowohl den ihn kennenden Bewohnern der Umgebung, als auch seinen Haftkameraden und den Mitgliedern der ungarischen Opposition verdächtig.

Am 7. März 1986 berichtete Krassó in einem Interview den Radiohörern über die Geschehnisse der letzten zwei Monate im Leben der Opposition. Er äußerte sich als Mitglied der ungarischen demokratischen Opposition, das sich gerade in London aufhielt. Er hielt sich also eine Rückkehr nach Ungarn noch immer offen. Interessant an dem Interview ist unter anderem, dass er auch einen Rückblick auf das Jahr 1985 gibt, das er trotz der über ihn verhängten Polizeiaufsicht

---

<sup>88</sup> OSZK TIT BBC huncd0178\_03 (18:30) (25. 02. 1986, Nekrolog auf den einst verurteilten Lajos Nagy, über die verdächtigen Umstände seines Todes)

<sup>89</sup> Krassó, György (1986 a): *Temetés Derecskén (Beerdigung in Derecske)*, in: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (o. Jh. [1991]), S. 231-238

<sup>90</sup> György Krassó (Oktober 1985): *Nagy Lajos kitelepítése (Lajos Nagys Zwangsaussiedlung)*, *Beszélő* Nr. 15 (in: *Beszélő összkiadás (Samisdatzeitschrift Beszélő, Gesamtausgabe)* (1992), *AB-Beszélő Kiadó*, Budapest, Bd. II, S. 339-340) und György Krassó (April 1986): *N. Lajos meghalt (Lajos N. ist tot)*, *Beszélő* Nr. 16

dahingehend bewertet, dass es in Ungarn keine schwerwiegende Repression gegeben hat, und er zählt die anhängigen Gefängnisstrafen gegen einige Künstler, Jugendliche und Wehrdienstverweigerer auf.

„Beginnen wir mit einem Rückblick. Anfang 1985 spielte sich das übliche Hin und Her zwischen Toleranz und Repression ab. Der Staatsapparat war mit anderem beschäftigt: Wahlen standen vor der Tür, der Parteitag<sup>91</sup> fand statt, und Gorbatschow trat damals in Erscheinung. Jedenfalls wurden Rechtsvorschriften verabschiedet, die spätere repressive Maßnahmen vorbereiteten. Eine solche Rechtsvorschrift war die Einführung der Zwangsarbeit, die als verschärfte Arbeitsmaßnahme zwecks Besserung und Erziehung bezeichnet wurde. Weiterhin eine neue Rechtsvorschrift in Verbindung mit Vervielfältigungsapparaten, die Ausweitung des polizeilichen Wirkungsbereichs, eine neue REF-Verordnung<sup>92</sup> und die auch früher schon polizeilicher Kompetenz unterliegende und zu verhängende Geldstrafe über zehntausend Forint wegen Vergehens gegen die Presseordnung. Das war allerdings lediglich eine Vorbereitung. Letztendlich passierte nichts Schwerwiegendes. Es mag eigenartig klingen, dass ausgerechnet ich behauptete, dass nichts Schwerwiegendes passiert sei, obwohl es das gerade mir gegenüber gegeben hat. Denn über mich wurde Polizeiaufsicht verhängt, die trotz zweier Herzinfarkte und großer Proteste im In- und Ausland sowie anderslautender Gesetze nicht zurückgenommen wurde. Dennoch muss ich sagen, dass es keine schwerwiegendere Repression gegeben hat. Einige Dinge aber hat es dennoch gegeben. Die Leader der Punkband mussten ihre Haftstrafe weiter absitzen. Eine neue Sache wurde gegen den jungen Amateur-Theaterregisseur Rezső Forgács kreiert. Auch er wurde für sechs Monate eingesperrt. Unverändert wurden junge Wehrdienstverweigerer inhaftiert. Im September wurde eine Gruppe von elf Jugendlichen, die den Wehrdienst aus Gewissensgründen verweigerten, zu zwei bis drei Jahren Gefängnis verurteilt. Am Römerbad gab es einen Angriff gegen Jugendliche, eine gewaltsame Auseinandersetzung mit Polizisten. Die Jugendlichen wurden zusammengeschlagen. In der Folge gab es viele Verletzte. Trotzdem wurden sie verurteilt. Dennoch muss ich sagen, dass keine schwerwiegende Repression stattgefunden hat.“<sup>93</sup>

Das Europäische Kulturforum (EKF)<sup>94</sup> 1985 in Budapest brachte in der politischen Rede Veränderungen mit sich. Károly Grósz sagte im Schriftstellerverband, sie könnten sich auch mit der Opposition verständigen, die auch Gutes wolle, und eine Partei dürfe sich vor anderen Anschauungen nicht verschließen. Das Europäische Kulturforum brachte im Umgang mit der Opposition eine Entspannung. Die gegen Krassó verhängte Polizeiaufsicht wurde beendet. Auch

<sup>91</sup> Der XIII. Parteitag der MSZMP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) fand zwischen dem 25. und 28. März 1985 statt.

<sup>92</sup> Verordnung zur Polizeiaufsicht

<sup>93</sup> OSZK TIT BBC huncd0179\_03 (13: 47) (07. 03. 1986, A magyar ellenzékről (Zur ungarischen Opposition), Interview von Zoltán Iván, Zitat von György Krassó

<sup>94</sup> Das Budapester Europäische Kulturforum fand unter Teilnahme von 850 Delegierten und großer medialer Öffentlichkeit zwischen 15. Oktober und 25. November 1985 statt. Károly Grósz hielt dort eine Rede. Früher fand im Sowjetblock keine jährlich zu veranstaltende Beratung statt. Parallel dazu wurde zwischen 15. und 17. Oktober 1985 ein Alternatives Kulturforum veranstaltet. Dessen Saalbestellung wurde vom Hotel storniert. Deshalb war man gezwungen, in Privatwohnungen auszuweichen. Am ersten Tag versammelten sich die Teilnehmer in der Wohnung des Schriftstellers István Eörsi, danach in der Wohnung von András Jeles. Auch György Krassó nahm daran teil. Am 14. Oktober 1985 wandte sich die demokratische Opposition Ungarns mit einem Aufruf an das Europäische Kulturforum. Einer der Unterzeichner war György Krassó.

zwei 56er Gedenkveranstaltungen wurden nicht verhindert. Die eine organisierte Krassó in der Artéria Galerie<sup>95</sup>, die andere fand am 15. November 1985 im Rakpart Klub unter dem Titel *Unser heutiges Bild von 1956* statt. Doch später, am 24. Januar 1986, wurde der Rakpart Klub verboten, noch bevor der einstige Kommunist Pál Demény, der an seinen Memoiren arbeitete und zwischen 1945 und 1956 ohne Anklage inhaftiert war, seinen Vortrag über die kommunistische Bewegung hätte halten können. Vier Tage später war der Vortrag des Schriftstellers István Csurka<sup>96</sup> geplant. Die Vortragsreihe trug den Titel *Reform und Demokratie* und wurde offiziell im Kossuth Klub veranstaltet. Krassó erklärte, Csurka habe im Sommer 1985 beim oppositionellen Monorer Treffen eine wichtige Rede über den Zustand der Gesellschaft von heute gehalten. In der Zeitschrift *Élet és Irodalom* (Leben und Literatur) veröffentlichte er auf Druck der Behörden eine Erklärung, derzufolge er die Publikation seines Vortrags in der ungarischen Exilpresse verbot. Er tat dies, um die Proben zu seinem Theaterstück nicht zu gefährden. Sie wurden allerdings trotzdem eingestellt.

Zwischen dem 14. und 16. Juni 1985 trafen sich Vertreter der ungarischen Intelligenz in Monor zum Meinungsaustausch über die nationale Lage, über die anstehenden Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten. György Krassó selbst nahm daran nicht teil. Ferenc Donáth, mitangeklagt im Prozess gegen Imre Nagy, zeichnete für die Organisation verantwortlich. Er eröffnete das Treffen. Vier Vorträge wurden gehalten: István Csurka: *Neuer ungarischer Aufbau* (Opponent: Miklós Szabó), Sándor Csoóri: *Nicht beigelegte Probleme in der Donauregion* (Opponent: János Kenedi), Tamás Bauer: *Acht Bemerkungen zu den Richtlinien des Parteitags* (Opponent: Mihály Laki), János Kis: *Über unsere Beschränkungen und Möglichkeiten* (Opponent: Miklós Vásárhelyi)<sup>97</sup>. Interessant an Krassós Interview ist weiterhin der Umstand, dass er auch von der populistischen Opposition berichtet.

Gegenüber dem von der Opposition und dem Internationalen Helsinki-Komitee für Menschenrechte während des offiziellen Europäischen Kulturforums organisierten Alternativen Kulturforum bewiesen die Behörden eine halbherzige Haltung, ohne es indes verhindern zu können. Erst im letzten Moment veranlassten sie, dass dem Alternativen Kulturforum die Anmietung der Veranstaltungsräume in einem Hotel gekündigt wurde. Doch die Veranstaltungen in Privatwohnungen wurden nicht verhindert. Auch Krassó war zugegen. Er lebte zu dem Zeitpunkt noch in Ungarn. Nach dem Europäischen Kulturforum nahmen die Aktionen der Behörden gegen die Opposition wieder zu. Außenpolitische Einflüsse waren spürbar. Einmal wollte die ungarische Führung dem Westen entsprechen, ein andermal der Sowjetunion. Krassó zufolge war auch früher

<sup>95</sup>Die Artéria Galerie wurde in der Wohnung László Rajks d.J. betrieben, wo Tamás Molnár, Inconnu-Mitglied, Ausstellungen veranstaltete und wo Krassó das Gedenken am 23. Oktober 1985 initiierte und organisierte.

<sup>96</sup>Csurka István (1934 – 2012), Schriftsteller, Politiker. In der Kádár-Ära eine der führenden Persönlichkeiten der populistischen Opposition. In der Wendezeit Gründungsmitglied des MDF (Ungarisches Demokratisches Forum), nach den ersten demokratischen Wahlen Parlamentsabgeordneter. 1993 wegen rechtsradikaler Ansichten Parteiausschluss. 1994 Gründung der rechtsradikalen MIÉP (Partei für Ungarische Gerechtigkeit und Leben).

<sup>97</sup>*Beszélő összkiadás (Samisdatzeitschrift Beszélő, Gesamtausgabe)* (1992), Bd. II, S. 403

schon zu bemerken, dass die Wahrscheinlichkeit unangenehmer Schritte gegen die Opposition stets damit zusammenhing, dass sich eine ungarische Delegation zu Verhandlungen in der Sowjetunion aufhielt. Die Verschärfung der Lage führte er auf einen im Januar 1986 in der *Prawda* erschienenen Artikel zurück, worin Ungarn verhüllt wegen seiner liberalen Politik, seinen Wirtschaftsbeziehungen zum Westen angegriffen wurde. An Gorbatschows Politik von Glasnost und Perestroika<sup>98</sup> glaubte Krassó nicht, weil er sah, dass Ungarns Ausrichtung und Schwanken fort dauerten. Der Philosoph Mihály Vajda erhielt kein Ausreisevisum, um im Rahmen der Vortragsreihe *Die Zukunft der Demokratie und der Zivilgesellschaft* an der Polytechnic of Central London<sup>99</sup> einen Vortrag zu halten. Doch Teil der Verschärfung waren auch die Beschlagnahme von Samisdatprodukten weniger bekannter Oppositioneller sowie die Verhängung von Geldstrafen. Konkret erwähnte György Krassó einen der Leiter von *Vox Humana*<sup>100</sup>, György Gadó und den Drucker Lajos Jakab, von dem sie im Taxi die illegalen Presseprodukte beschlagnahmten, während sie bei anderen Hausdurchsuchungen vornahmten. Krassó wollte auf sie und die Bedeutung der Samisdatpublikationen aufmerksam machen.

„Möglicherweise unternehmen die Behörden einen Versuch, den Samisdat endgültig zu unterbinden. Nach meiner Einschätzung schießen sie ein Eigentor, wenn sie diejenigen zum Schweigen bringen wollen, die Werke von hohem politischem und kulturellem Wert publizieren und den Versuch unternehmen, die wahren Probleme des Landes aufzuzeigen und zu analysieren.“<sup>101</sup>

Er ging darauf ein, dass die demokratische Opposition in jener Zeit ständigen Presseattacken ausgesetzt war, in denen sich Sándor Fekete im *Új Tükör* (Neuer Spiegel)<sup>102</sup> besonders hervortat. In fast jeder Nummer erschien eine Attacke durch den stellvertretenden Chefredakteur, in der damals aktuellsten Ausgabe ein Angriff gegen István Csurka. Die ungarischen Behörden gaben merklich acht darauf, nicht gegen im Ausland bekannte Personen vorzugehen. Doch da sich die behördlichen Angriffe zu einer Serie auswuchsen, beschäftigten sich sogar zwei bedeutende westliche Pressorgane mit Ungarn. Die in Westberlin erscheinende linke *Tageszeitung* berichtete über die Aktion der ungarischen Polizei. Auch die Londoner Tageszeitung *The Guardian*<sup>103</sup> beschäftigte sich an auffälliger Stelle mit dem behördlichen Vorgehen gegen die ungarische Opposition. Krassó besaß offensichtlich tagesaktuelle Informationen über die ungarischen Ereignisse und verbreitete sie

<sup>98</sup> Gorbatschow gelangte am 11. März 1985 an die Macht und verkündete den Weg der Offenheit und des Wandels.

<sup>99</sup> Die Polytechnic of Central London ist die Vorgängerin der University of Westminster und trug zwischen 1971 und 1992 diesen Namen.

<sup>100</sup> Mitglieder der *Vox Humana* waren Studenten, die die Samisdatzeitung *Zwischen den Himmelsrichtungen* verlegten. Insgesamt gaben sie sechs Nummern heraus: September 1985, März-April 1986, Juli 1986, November 1986, Januar, März 1987.

<sup>101</sup> OSZK TIT BBC huncd0179\_03 (13'47'') (07. 03. 1986, Zur ungarischen Opposition), Zitat von György Krassó

<sup>102</sup> Der *Tükör* war zwischen 1964 und 1989, nach 1976 unter dem Namen *Új Tükör*, ein wöchentlich erscheinendes Magazin. Vor allem bei höher qualifizierten Schichten ein gern gelesenes Blatt.

<sup>103</sup> Nummer vom 7. März 1986

erfolgreich.

Am 15. März 1986, dem Feiertag zur Revolution von 1848, gelang es Krassó sogar, zwei Reportagen zur Gedenkfeier in der BBC unterzubringen. Die Polizei kassierte die Ausweispapiere von vielen Demonstranten. Viele Ausweise wurden auf dem Postweg zurückgegeben. Doch die in Schulen beziehungsweise am Arbeitsplatz zurückgegebenen Personalausweise gingen zugleich mit Disziplinarverfahren einher. Krassó wusste von zehn Personen, gegen die auch Geldstrafen verhängt wurden. Er berichtete im Westen von einer Zunahme polizeilicher Maßnahmen und beobachtete besorgt die weitere Entwicklung.

### 3.2. Besuch in den Vereinigten Staaten von Amerika

Über György Krassós Besuch in den Vereinigten Staaten sind gleichfalls Informationen durch die Sendungen der BBC erhalten geblieben. István Siklós machte in jener Zeit sogar zwei Interviews mit ihm. Krassós Amerikareise war durch eine Einladung möglich geworden. Einerseits war er zwecks medizinischer Untersuchung in die USA gereist, zumal er dazu von zwei Ärzten eingeladen worden war, andererseits war er einer Einladung der New Yorker Universität gefolgt, der New School for Social Research.

Sein Amerikaaufenthalt verlief dennoch abweichend vom ursprünglichen Plan. Nach seiner Ankunft wurde er gebeten, zwischen 22. April und 17. Mai 1986 am Programm des Reisebotschafters des Informationsbüros der Vereinigten Staaten teilzunehmen. Die zum amerikanischen Außenministerium gehörende Organisation nahm als Teil dieses Programms an einer Rundreise durch die Vereinigten Staaten teil. Zu den Reisezielen gehörten Washington D.C., Pittsburg, Chicago, Los Angeles, San Francisco und Boston. Das Programm des Reisebotschafters erreichte jährlich mehrere tausend Menschen. Gemäß einem Abkommen mit der ungarischen Regierung nahmen daran seit 1974 auf ungarischen Vorschlag ungarische Staatsmänner und Künstler teil. Von ungarischer Seite gehörten zu den früheren offiziellen Besuchern Péter Rényi, András Knopp, László Gyurkó und Imre Pozsgay. Krassó betrachtete die Aufforderung als große Ehre, worin er nicht den Ausdruck einer Anerkennung seiner Person sah, sondern die Anerkennung des nicht-offiziellen Ungarn. Bisher hatte noch kein Oppositioneller aus Ungarn an dem Programm teilgenommen.

In der ersten Woche wurde er in Washington im Außenministerium, im Kongress und im Weißen Haus empfangen. Im Außenministerium führte er vor allem mit Fachleuten in Sachen Ungarn und mit Angehörigen des Hauptausschusses für Menschenrechte Gespräche. Im Kongress begegnete er auch Mitgliedern der verschiedenen Ausschüsse<sup>104</sup>, und auch ein Senator empfing ihn.

<sup>104</sup> Nach Krassós Tod gedachte seiner im Kongress der Marylander Abgeordnete Steny H. Hoyer, Vorsitzender des amerikanischen Helsinki-Komitees. *Gedenken an Krassó* (von unserem Korrespondenten), Magyar Hírlap, 26. April

Doch auch einige Institute für Soziologie suchte er auf. Er machte Bekanntschaft mit dem Standpunkt der Vereinigten Staaten zu Ungarn. Man erkundigte sich nach seiner Meinung.

„Die Regierungsvertreter, mit denen ich sprach, kannten die ungarische Lage verblüffend gut. Ungarn kannten sie, gemessen an den anderen sozialistischen Ländern, als ein liberaleres, freieres und initiativeres. Zugleich beobachteten sie besorgt die Ereignisse des Jahres 1986, die Serie polizeilicher Repression. Fast überall fragten sie mich nach meiner Meinung, was zu erwarten sei, wohin Ungarn sich entwickeln werde. (...) Ich hatte das Gefühl, dass es ernstzunehmende Kräfte gibt, die unsere Probleme durch Demokratisierung, die Fortsetzung der Wirtschaftsreform lösen möchten. Doch leider waren für dieses Jahr Kräfte typisch, die in die entgegengesetzte Richtung wiesen. Mehrfach wurde die Frage nach der Meistbegünstigungsklausel aufgeworfen. Ich vertrat die Meinung, dass die Aufrechterhaltung dieses Status auch für das ungarische Volk vorteilhaft sei und dass die Meistbegünstigungsklausel nicht aufgekündigt werden sollte. Andererseits habe Ungarn internationale Verpflichtungen, auch verschiedene in der Helsinki-Charta eingegangene Verpflichtungen, deren Einhaltung auch weiterhin aufmerksam beobachtet werden sollte.“<sup>105</sup>

Die amerikanische Exekutivgewalt war über die ungarische Lage nicht nur gut informiert, sondern bekundete auch großes Interesse. Die wirtschaftliche und politische Situation stand im Mittelpunkt ihres Interesses. Krassó hatte das Gefühl, dass er

„nicht die ungarische demokratische Opposition vertreten muss, die letztlich eine kleine Gruppe ist, sondern ich will keine großen Worte sagen, also ich muss die ganze Nation vertreten. Doch ich konnte nicht alle Fragen beantworten. Ich musste sagen, dass ich keine Entscheidungen treffen kann und dass ich gern glauben möchte, dass die Wirtschaftsreform und die Liberalisierung fortgesetzt werden und dass die von Amerika bisher verfolgte Politik, die man kurz formuliert, wie ja auch Amerika sagt, Differenzierungspolitik nennen kann, dass Amerika Ungarn günstiger beurteilt als die anderen benachbarten Länder (...), es wäre nicht richtig, diese Politik zu ändern.“<sup>106</sup>

Am wichtigsten war ihm die Begegnung mit Mark Palmer, der damals im Außenministerium für die europäischen und sowjetischen Angelegenheiten verantwortlich zeichnete und von dem er erfuhr, dass dieser vermutlich noch im laufenden Jahr Botschafter in Ungarn werden würde. Palmer wurde 1986 tatsächlich Budapester Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika.

Am 29. April 1986 hatte Krassó auch einen öffentlichen Auftritt, der nicht in Verbindung mit dem früheren Programm stand. Die vom Internationalen PEN Klub<sup>107</sup> in New York organisierte Pressekonferenz befasste sich mit politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen Ungarns.

---

1991

<sup>105</sup> OSZK TIT BBC huncd0185\_03 (08'06'') (30. April 1986, New Yorker Pressekonferenz, das Interview mit György Krassó führte István Siklós.)

<sup>106</sup> OSZK TIT BBC huncd0185\_02 (13:11) (28. April 1986, Washington, das Interview mit György Krassó führte István Siklós.) Krassó-Zitat

<sup>107</sup> Präsident des Internationalen PEN Klubs war René Tavernier (1915 – 1989).

Außer Krassó nahmen daran auch László Rajk d.J. und Ferenc Kőszeg teil. László Rajk d.J. sprach über den 30. Jahrestag der Revolution von 1956, weshalb die Aufmerksamkeit der Welt auf Ungarn gerichtet sei. Ferenc Kőszeg machte mit dem damals gerade geänderten Pressegesetz<sup>108</sup> bekannt. Krassó sprach über die heikle Lage, in der sich Ungarn befand. Da er ja eigentlich Volkswirt war, berührte er vor allem Wirtschaftsfragen. Aber auch die Zunahme polizeilicher Maßnahmen.

„Unsere Auslandsschulden haben zugenommen, und es ist sehr schwer, unsere Zahlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig damit gibt es im Land auch politische Spannungen. (...) Viele polizeiliche Maßnahmen wurden getroffen, teils gegen die Mitglieder der demokratischen Opposition, teils gegen Demonstranten. Ich habe meiner Hoffnung Ausdruck verliehen, dass in dieser Lage nicht die Anhänger des Einsatzes administrativer Mittel, sondern schließlich die demokratischen Kräfte siegen werden.“<sup>109</sup>

Trotz seiner Zuversicht meinte er, dass die politischen, polizeilichen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen alle Teil ein und desselben Machtkampfes seien.

### 3.3. Ablehnung der Verlängerung des ungarischen Ausreisevisums

György Krassó wurde zum Exil in London gezwungen. Er selbst spürte und sagte es sogleich, dass ihn die ungarischen Behörden zur Emigration zwingen würden. Diese seine Einschätzung wird auch durch die fragmentarisch erhalten gebliebenen Dokumente des ungarischen Innen- und Außenministeriums bestätigt.

Am 15. November hatte die zuständige ungarische Behörde<sup>110</sup> den auf György Krassós Namen lautenden Reisepass<sup>111</sup> mit dem Geltungsbereich für westliche Länder ausgestellt. Die Genehmigung<sup>112</sup> berechnete zur einmaligen, privaten Ausreise und war für sämtliche Länder der Welt gültig. Das Zielland war durchgestrichen. Das Ausreisevisum berechnete zu einer Besuchs- bzw. Touristenreise ins Ausland für eine Dauer von 30 Tagen. Im Pass findet sich ein österreichischer Einreisestempel in Nickelsdorf vom 22. November 1985. Dadurch wird bezeugt, wann und wo Krassó Ungarn verlassen hat. Im Pass war auch ein westdeutsches Transitvisum, gültig für 90 Tage bis 18. Februar 1986 zur mehrfachen Durchreise. Dieses Visum war wegen der

---

<sup>108</sup> Das II. Gesetz von 1986 zur Presse nannte Ferenc Kőszeg Lex Beszélő. Die Redakteure der Zeitschrift Beszélő hatten sich mit einem Antrag zwecks Herausgabe einer Zeitung an das zuständige Informationsamt gewandt. Das nach dem abgelehnten Antrag verabschiedete neue Pressegesetz legte fest, dass für periodische Publikationen nur juristische Personen eine Genehmigung erhalten könnten, Privatpersonen dagegen nicht. Ferenc Kőszeg: *Sajtótörvényeink* (Unsere Pressegesetze), [Sajtótörvényeink | Beszélő beszelo.c3.hu/cikkek/sajtotorvenyeink](http://Sajtótörvényeink|Beszelo.beszelo.c3.hu/cikkek/sajtotorvenyeink)

<sup>109</sup> OSZK TIT BBC huncd0185\_02 (13:11) (28. April 1986, Washington). Das Interview mit György Krassó führte István Siklós, Krassó-Zitat

<sup>110</sup> Reisepassunterabteilung der Verwaltungspolizeilichen Abteilung des BRFK

<sup>111</sup> Fundstelle des Reisepasses von György Nummer MC 624680: BFL XIV/47 (György Krassós und Miklós Krassós Nachlass)/ 1. Karton. (persönliche Dokumente und Schriften)

<sup>112</sup> Nummer der einmaligen Ausreisegenehmigung: 64091



Bahnreise erforderlich. Ein Flugticket hätte doppelt so viel gekostet. Er reiste zusammen mit Ágnes Háy, seiner Lebensgefährtin. In Wien und München machten sie Station.<sup>113</sup> Der westdeutsche Einreisestempel stammt vom 26. November 1985.

Die Verlängerung der Genehmigung für einen dreißigtägigen Auslandsaufenthalt beantragte er in der Londoner Botschaft Ungarns. Vermutlich noch vor Ablauf der Genehmigung. Wegen der Weihnachtsferien erhielt er die Verlängerung verspätet, wodurch er fünfzehn Tage gewann.

Eines der streng geheimen Schriftstücke des Ungarischen Außenministeriums von 1986 befasste sich mit Krassó. Der Vermerk „streng geheim“ der insgesamt sechs verschlüsselten Depeschen wurde am 5. Februar 1998 herabgestuft. Die Anweisungen geschahen entweder mündlich oder sind ausgesondert worden. Die „Krassó-Angelegenheit“ fing damit an, dass in der Tageszeitung *Times* ein Artikel zum Thema Menschenrechte ein Artikel erschien, worin zu lesen stand, dass Krassó ins Exil gezwungen worden sei. Der Autor des Artikels spürte schon lange im voraus das Wesentliche.

Die verschlüsselte Depesche vom 9. Januar 1986 beweist, dass Krassós erste Verlängerung der Ausreisegenehmigung aufgrund einer von Ungarn eingegangenen Anweisung erfolgt ist. Es hat den Anschein, dass der Genehmigungsgrund auch weiterhin die schwere Erkrankung seines Bruders war. „Aufgrund der telegraphischen Anordnung haben wir Dr. György Krassós hiesige Aufenthaltsberechtigung bis zum 30. Juni 1986 verlängert. Sein Bruder wird noch immer auf der Intensivstation behandelt.“<sup>114</sup> Einen Tag später verstarb der Bruder. Doch György Krassós halbjährige Aufenthaltsgenehmigung für den Westen war erteilt. Nun besaß er einen bis zum 30. Juni 1986 gültigen Reisepass.

Die Londoner ungarische Botschaft<sup>115</sup> billigte die positive Entscheidung der heimischen Behörden. „Unter Berücksichtigung der Umstände halten wir die Ausreisegenehmigung für den Genannten beziehungsweise die Verlängerung für den beantragten Zeitraum in der Frage der zwischenmenschlichen Beziehungen für ein gutes Argument, das unsere innenpolitischen Richtlinien gut illustriert.“<sup>116</sup> Zwischen dem Image des nach westlicher Auffassung liberalsten kommunistischen Landes und der Nachsichtigkeit gegenüber Krassó gab es einen Zusammenhang. Die zitierte Textstelle lässt darauf schließen, dass die Botschaft bei der Erteilung der Ausreisegenehmigung nach London auch früher schon vermittelt hat.

Krassó mochte auch selbst die ihm gegenüber bewiesene Offenheit der ungarischen Organe in London<sup>117</sup> registriert haben. Das erklärt auch seine Reaktion in der Angelegenheit des *Times-*

<sup>113</sup> Ágnes Háys persönliche Mitteilung

<sup>114</sup> Verschlüsseltes Depesche der Londoner Botschaft Nummer 00218 vom 9. Januar 1986, 6- 424-6-T-231/1986, MNL XIX-J-1-j (Außenministerium) 30. Karton, England, 1986.

<sup>115</sup> Dr. Mátyás Domokos war der Botschafter.

<sup>116</sup> Verschlüsseltes Depesche der ungarischen Botschaft in London vom 9. Januar 1986 Nummer 00218. 6- 424-6-T-231/1986, MNL XIX-J-1-j (Außenministerium) 30. Karton, England, 1986.

<sup>117</sup> Róbert Lederer war der stellvertretende Leiter der ungarischen Pressehauptabteilung in London. Im allgemeinen

Artikels, für den er eine Richtigstellung verlangte und erhielt. Es ist nicht mehr zu klären, ob er von der Botschaft unabhängig vom Antrag auf Verlängerung kontaktiert worden ist. Jedenfalls hielt er an der Option einer Rückkehr nach Ungarn fest. Die Botschaft war dringend an einer Richtigstellung interessiert. „Sollte die *Times* keine Richtigstellung vornehmen, bitten wir um Zustimmung, dass wir die Zeitung in einem offiziellen Brief darum bitten dürfen.“<sup>118</sup> Die Genehmigung, um Richtigstellung zu bitten, erhielten sie.

Krassó machte von seinen Reisemöglichkeiten Gebrauch. 1986 verbrachte er zirka drei Monate in den Vereinigten Staaten. Genau lässt sich seine Ankunft in den USA nicht zurückverfolgen, doch eines ist sicher, am 26. Juni 1986 flog er zurück nach London. Deshalb war er gezwungen, sich wegen einer weiteren Verlängerung des Ausreisevisums an die ungarische Botschaft in Washington zu wenden. Die Universität Politechnics of Central London sicherte ihm für die Aufarbeitung des Nachlasses seines Bruders ein einjähriges Stipendium zu. Mit diesem Stipendium begründete er seinen Verlängerungsantrag. Seine Reise in die USA hatte er in der Londoner ungarischen Botschaft angemeldet. Doch da darauf erst zwei Wochen später eine Antwort erfolgte, bekam er den Brief vor seiner Abreise in die Staaten nicht mehr zu lesen.

Nicht nur Krassó machte sich wegen der Verlängerung der Ausreisegenehmigung Sorgen, sondern auch die Amerikaner. Die Nachricht von einer beabsichtigten Ablehnung machte die Runde. Das mochte lediglich Krassós Angst geschuldet sein, doch er konnte dies auch aus dem Antwortschreiben der Botschaft und den damit einhergehenden Reaktionen ableiten. Auch Herbert S. Malin<sup>119</sup>, Hauptabteilungsleiter für Osteuropa im amerikanischen Außenministerium, nahm telefonisch Kontakt zur ungarischen Botschaft in Washington auf, um sich über die ungarischen Absichten zu informieren. Doch seine Bemühung, sollte sie als Druckmittel gedacht sein, war nicht von Erfolg gekrönt. Man erklärte ihm, dass noch keine Entscheidung gefallen sei und die ohnehin in Ungarn getroffen werde.

„Malin, der Hauptabteilungsleiter für Osteuropa beim State Department hat sich beim Genossen Révész in Sachen des Verlängerungsantrags für György Krassó und seine Lebensgefährtin erkundigt. Nach Malins Mitteilung gebe es Informationen, wonach wir Krassós Antrag abgelehnt hätten. In der Frage 'bekunden auch die Regierung und die Führer der Legislative lebhaftes Interesse'. Genosse Révész hat mitgeteilt, dass es nicht der Wahrheit entspreche, dass wir den Antrag abgelehnt hätten. Krassós Antrag hätten wir gemäß den geltenden Verfügungen vorgelegt, und die heimischen zuständigen Behörden würden eine Entscheidung treffen. Im übrigen gelte Krassós Genehmigung für den Auslandsaufenthalt bis zum 30. Juni. Es sei also für

---

unterstand ihm die Erledigung einschlägiger Angelegenheiten.

<sup>118</sup> Verschlüsseltes Depesche Nummer 00218 der ungarischen Botschaft in London vom 9. Januar 1986, 6- 424-6-T-231/1986, MNL XIX-J-1-j (Außenministerium) 30. Karton, England, 1986.

<sup>119</sup> Herbert Stanley Malin (1930 – 1997), Foreign Service officer „In 1985 he was named deputy director of the Office of East European and Yugoslav Affairs.“ <https://1997-2001.state.gov/publications/...july.../obituary2.html> (Stand: April 2017)

eine Antwort noch Zeit.”<sup>120</sup>

Am 20. Juni 1986 erfuhr Krassó, dass die Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung für den Westen von den ungarischen Behörden abgelehnt worden ist. Er erklärte die Entscheidung mit politischen Gründen und bat um einen schriftlichen Ablehnungsbescheid. Gleichzeitig legte er Berufung ein.

„Krassó erkundigte sich heute telefonisch bei Genossen Sándor in Sachen Aufenthaltsgenehmigung. Genosse Sándor teilte ihm die heimische Ablehnung mit. Krassó bemühte sich, der Ablehnung eine politische Färbung zu geben. Er erklärte, es habe den Anschein, 'sie wollen mich Republikflucht begehen lassen'. Er hält diesen Schritt der Behörden für sehr bedauerlich. Genosse Sándor wies detailliert auf die in Verbindung mit dem Pass begangenen Regelverstöße hin. Er führte ausdrücklich rechtliche Argumente an und unterstützte diese mit ähnlichen Entscheidungen im Fall anderer ungarischer Staatsbürger. Krassó nahm die Argumentation zur Kenntnis, betonte aber auch weiterhin die mit seiner Person verbundene politische Motivation. Zu seiner Rückkehr nach Ungarn erwähnte er nichts, hob lediglich hervor, dass man seine städtische Wohnung eventuell 'beanspruchen' werde. Gleichentags rief Krassó Genossen Sándor erneut an und bat um die Möglichkeit, Berufung einzulegen, da er nicht die Absicht hege, Republikflucht zu begehen. Am 20. will er unseren Botschafter persönlich aufsuchen. Er bittet auch um die Übergabe einer schriftlichen Entscheidung und teilte mit, dass er am 26. Juni nach London fliegt.”<sup>121</sup>

Die folgende Meldung bezieht sich auf Krassós Berufung. Daraus geht direkt hervor, dass man sich in der Begründung auf einen Regelverstoß beruft, noch dazu darauf, dass Krassó nicht in die USA hätte reisen dürfen. Krassó dagegen argumentiert, seine Ausreisegenehmigung habe für sämtliche Länder der Welt gegolten. Über seine Reise in die USA habe er auch die ungarische Botschaft in London informiert. Und seine Existenz könne er mit einem Stipendium sichern. Interessanterweise hatte Krassó laut Standpunkt der Washingtoner Botschaft Recht. Man hatte nämlich vergessen, in seinem Pass einen sogenannten Beschränkungsbeschluss zu vermerken. Wer daran schuld war, lässt sich nicht mehr klären.

„Krassó erschien am 20. persönlich beim Genossen Sándor, nahm den Ablehnungsbeschluss in Empfang und schrieb seine Berufung. Darin bittet er um die Überprüfung der Ablehnung, da er keinen Regelverstoß begangen habe. (...) Schließlich teilt er mit, dass ihn die Ablehnung in eine außerordentlich schwierige Lage gebracht habe, dass man ihn nun für fünf Jahre von einer weiteren Reise ausschließen werde, weshalb er den Nachlass seines Bruders nicht aufarbeiten könne. 'Es könnte der Gedanke auftreten, dass das Ziel darin besteht, mit der Ablehnung des Antrags mein rechtswidriges Bleiben im Ausland zu erzwingen,' schließt er die Berufung ab.(...)

<sup>120</sup> Verschlüsseltes Depesche der ungarischen Botschaft in Washington vom 16. Juni 1986 Nummer 06942, 6- 424-6-T-231/1986, MNL XIX-J-1-j (Außenministerium) 30. Karton, England, 1986.

<sup>121</sup> Verschlüsseltes Depesche der ungarischen Botschaft in Washington vom 20. Juni 1986 Nummer 07173, 6- 424-6-T-231/1986, MNL XIX-J-1-j (Außenministerium) 30. Karton, England, 1986.

Anmerkung: Nach Prüfung von Krassós Reisepass hat es den Anschein, dass er mit der Behauptung, sich keinen Regelverstoß zuschulden kommen lassen zu haben, Recht hat. Denn seine Ausreisegenehmigung ist tatsächlich für alle Länder der Welt gültig. Auf Seite 5 ist kein Einschränkungsbeschluss eingetragen. Aufgrunddessen schlage ich entsprechend der Berufung die sachliche Überprüfung des Antrags vor.<sup>122</sup>

Zwei Tage später, am 25. Juni 1986, erhielt die Botschaft in Washington in Befehlston gekleidete Antworten. Konkretes verlautet in der verschlüsselten Depesche leider nicht. Auch in der Washingtoner Botschaft war man neugierig auf die weitere Entwicklung. Deshalb bat man darum, auch sie zu informieren. Es bestand ja die Möglichkeit, dass man sich seitens des amerikanischen Außenministeriums erneut erkundigen würde.

„Krassó meldete sich am 25. Juni von New York aus. Wir teilten ihm den Inhalt der Order mit. Er nahm die Mitteilung zur Kenntnis, meinte aber, seiner Meinung nach werde man den Antrag in Ungarn ablehnen, wir würden nur darauf warten, dass er Amerika verlasse. In London werde er sich auf dem Konsulat erkundigen. Da das früher schon signalisierte Washingtoner Interesse fortbesteht, bitte ich darum, sofern dies möglich ist, uns über die Entscheidung von Krassós Berufung zu informieren.“<sup>123</sup>

Am 27. Juni 1986 erkundigte sich Krassó bereits in London. Man hielt ihn bis zum letzten Augenblick in Spannung. Die Ablehnung seiner Berufung wurde ihm erst am Tag des Ablaufs seiner ungarischen Aufenthaltsgenehmigung für den Westen mitgeteilt. Krassó war die ganze Zeit über der Meinung, dass man ihn zur Emigration zwingen wollte. Doch die ungarischen Behörden machten ein letztes Zugeständnis, verlängerten die Aufenthaltsgenehmigung bis zum 22. Juli 1986, damit er, wie sie erklärten, die Heimreise organisieren könne. Damit wälzten sie die Verantwortung endgültig auf ihn ab.

„Der Londoner kommissarische Geschäftsträger meldet: György Krassó, der sich am 27. Juni erstmals telefonisch bei der Botschaft gemeldet hat, wurde am 30. Juni mitgeteilt, dass sein Antrag der Aufenthaltsgenehmigung auf Verlängerung um ein Jahr abgelehnt worden ist. Um ihm Zeit für die Besorgung der Bahn- bzw. Flugtickets zu geben, wurde die am 30. Juni abgelaufene Aufenthaltsgenehmigung bis zum 22. Juli verlängert. Er wurde schriftlich zur unverzüglichen Rückkehr nach Ungarn aufgefordert. (Dies wurde auch Ágnes Háty mitgeteilt.) Auf die Frage unseres kommissarischen Geschäftsträgers, warum er nicht vorschriftsgemäß um die Erweiterung der Genehmigung gebeten habe, teilte er mit, dass in seiner Ausreisegenehmigung stehe: 'gültig für alle Länder der Welt'. Das deutete er dahingehend, dass er für die USA keine extra Genehmigung habe beantragen, seine Reise lediglich anmelden müssen. György Krassó sagte, er habe das Gefühl, dass ihn die ungarischen Behörden zur Republikflucht drängen wollten und deshalb einer Verlängerung um ein Jahr nicht zugestimmt hätten. Dieses eine Jahr brauche er aber, um den Nachlass seines

<sup>122</sup> Verschlüsseltes Depesche der ungarischen Botschaft in Washington vom 23. Juni 1986 Nummer 07187, 6- 424-6-T-231/1986, MNL XIX-J-1-j (Außenministerium) 30. Karton, England, 1986.

<sup>123</sup> Verschlüsseltes Depesche der ungarischen Botschaft in Washington vom 26. Juni 1986 Nummer 07388, 6- 424-6-T-231/1986, MNL XIX-J-1-j (Außenministerium) 30. Karton, England, 1986.

Bruders, dessen Aufzeichnungen zu ordnen. Unser kommissarischer Geschäftsträger merkt an: Im Verlauf der Unterhaltung sei deutlich geworden, dass György Krassó die bindende Wirksamkeit der Rechtsvorschriften für jedermann nicht verstehen wolle, dass er alles verdrehe, die einzelnen Worte und Verordnungen anders interpretiere.“<sup>124</sup>

Wäre Krassós Aufenthaltsgenehmigung verlängert worden, hätte er gemäß den ungarischen Gesetzen noch ein Jahr legal in London bleiben können. So aber war er gezwungen, in Großbritannien politisches Asyl zu beantragen, was ihm auch gewährt wurde.<sup>125</sup>

Der genaue Entscheidungsmechanismus in der Sache der Verlängerung bzw. Ablehnung von Krassós ungarischem Ausreisevisum lässt sich nicht zurückverfolgen. Es ist zu vermuten, dass man Krassó ausreisen ließ, weil es in Verbindung mit János Kádárs Großbritannienreise als Thema zum Vorschein kam. János Kádár stattete England und Schottland vom 31. Oktober bis 2. November 1985 einen offiziellen Besuch ab. Er wurde vom Londener Bürgermeister und auch von Premierministerin Margaret Thatcher empfangen. Der einstige Aristokrat Tony Benn<sup>126</sup>, Labourabgeordneter im britischen Unterhaus, der über den Kreis der linken Zeitschrift *New Left Review* Kontakt zu Miklós Krassó hatte, übte zwecks Ausreisegenehmigung für György Krassó Druck aus.<sup>127</sup> Bei Krassós Ausreisegenehmigung erwies sich der Einfluss der Außenpolitik und Diplomatie als stärker. Doch in der folgenden Runde wurde die Verlängerung der Ausreisegenehmigung seitens der Innenpolitik, seitens des Staatssicherheitsdienstes nicht toleriert. János Kádár persönlich mochte bei der Genehmigung von Krassós Ausreise nach London eine Rolle gespielt haben. Das aber kann durch Quellen nicht belegt werden.

Aufgrund der zugänglichen Akten lässt sich rekonstruieren, wer bei der Verhinderung der Verlängerung der Ausreisegenehmigung mitgemischt oder zumindest davon gewusst hat. Über Herbert S. Malins Telefonanruf, das wichtigste Moment in der Angelegenheit, wurden István Horváth, János Kamara, Szilveszter Harangozó und János Bogye informiert. Dr. István Horváth (1936 –) übte Einfluss über die Partei (MSZMP) aus. Horváth war zwischen 1980-1985 und 1987-1990 Innenminister, zur Zeit der betreffenden Entscheidung allerdings nicht. Doch zwischen 1985-1987 fungierte er als ZK-Sekretär der MSZMP. In dieser Eigenschaft war er an den Beschlüssen des Politbüros im Zusammenhang mit den Oppositionellen beteiligt. Er war in der Krassó-Angelegenheit der Mann der Politik, die höchste Ebene, die in den schriftlichen Quellen vorkommt. János Kamara (1927 – 2010) hatte zwischen 1974 und 1981 die Posten des stellvertretenden Innenministers und des III. Hauptgruppenchefs inne. Zwischen 1985 und 1987 war er

<sup>124</sup> 4. Juli 1986, Budapest, Außenministerium, Meldung Nummer 003/1507, MNL XIX-B-1-ai, 316. Karton, 1-a/828/1986 Krassó

<sup>125</sup> Janet Fleischman: *Violation of the Helsinki Accords: Hungary. A report prepared for the Review Conference*, Wien, 1986, S. 26. <https://books.google.hu/books?isbn=0938579819>

<sup>126</sup> Tony Benn / Anthony „Tony“ Neil Wedgwood Benn (1925-2014), britischer Politiker

<sup>127</sup> Ágnes Háys persönliche Mitteilung

Innenminister. „Da seine politischen Beziehungen minimal waren, war seine Tätigkeit als Innenminister nicht relevant.“<sup>128</sup> Die Entscheidung fiel während János Kamaras Amtszeit als Innenminister, auch wenn angenommen werden kann, dass sein persönlicher Einfluss gering war. Szilveszter Harangozó (1929 –) lenkte ab 1977 die Geschicke des Gruppenkommandos III/III, das heißt die innere Abwehr, ab 1985 das Hauptgruppenkommando III, das heißt den gesamten Staatssicherheitsdienst. György Krassós Polizeiaufsicht und auch die Ausreisegenehmigung für den Westen oblag seiner Entscheidungskompetenz. „(...)er unterhielt engste Arbeitskontakte zu György Aczél, für den er die Spitzelmeldungen über die Intelligenz Tag für Tag zusammenfasste.“<sup>129</sup> György Aczél seinerseits traf János Kádár wöchentlich.<sup>130</sup> Krassós erzwungenes Exil war gewiß nicht nur eine politische Entscheidung, sondern auch fachliche Aspekte des Staatsschutzes spielten dabei eine Rolle. Deshalb mochte Szilveszter Harangozó dabei ein Mitspracherecht gehabt haben. In London war Krassó viel weniger schädlich, als wenn er in Ungarn seine radikalen Anschauungen zu 1956 verbreiten würde. János Bogye (1931 –) war als Generalmajor Gruppenchef der Aufklärung und wurde über die geheimen Auslandsnachrichten informiert.

Genosse József Horváth und Genosse Egyed erhielten sämtliche verschlüsselte Depeschen. József Horváth (1931 – 2001) unterstand die Abteilung III/III-4. Krassós Observierung in Ungarn oblag zuletzt seiner Leitung. Für den Fall von Krassós Rückkehr nach Ungarn wurden tagesaktuelle Informationen für wichtig erachtet. Die Rolle Egyeds mit unbekanntem Vornamen konnte nicht geklärt werden.

Aus dem Vorkommen von Gavrlíks Namen lässt sich schließen, dass ihn eine persönliche Verantwortung hinsichtlich des fehlenden Stempels zur Reisebeschränkung traf. T. Kiss' Name lässt sich mit den Maßnahmen betreffs städtischer Mietwohnung in der Budapester Főstraße in Verbindung bringen. Krassó hatte die Befürchtung, dass die Wohnung einem neuen Mieter zugewiesen werden könnte. Das geschah auch, allerdings nur auf dem Papier. Da die Wohnung leerstand, nahm Krassó 1989 die Wohnung wieder in Besitz und prozessierte mit der Hauptstadt, um die Wohnung auch offiziell zurückzubekommen. Den Prozess gewann er.

Jenő Földesi war zwischen 1982 – 1985 als stellvertretender Innenminister für den Staatssicherheitsdienst verantwortlich. Von ihm übernahm Szilveszter Harangozó die Führung. Ab April 1985 übernahm er im Innenministerium das Amt des Staatssekretärs. In dieser Eigenschaft erhielt Földesi nach der Ablehnung der Aufenthaltsverlängerung vom Außenministerium Informationen zu Krassó. Mit dem Vermerk „dringend“ empfahl er, Krassós Berufung

---

<sup>128</sup> Tabajdi, Gábor/ Ungváry, Krisztián (2008): *Elhallgatott múlt. A pártállam és a belügy. A politikai rendőrség működése Magyarországon 1956 – 1990 (Die verschwiegene Vergangenheit. Der Parteistaat und das Innenministerium. Die Tätigkeit der Politischen Polizei in Ungarn 1956-1990)*, 56er Institut-Corvina Kiadó, Budapest, S. 104

<sup>129</sup> ebd. S. 228

<sup>130</sup> Interview mit Ferenc Kőszeg, Interviewer: Gabriella Kinda, 4. Mai 2016

Außenminister László Kovács zur Kenntnisnahme vorzulegen. Daraus kann gefolgert werden, dass er Maßnahmen zu treffen hatte, also in den Entscheidungsprozess eingebunden war. Auch János Kádár mochte über die Ablehnung der Verlängerung des Ausreisevisums mündlich informiert worden sein. Doch eine schriftliche Quelle, die dies belegen würde, existiert nicht.

Am 22. August 1986 erschien in der kanadischen Zeitschrift *Menora* Krassós Artikel *Ideologische Säuberung*. Am 29. August berichtete die ungarische Botschaft in Washington in einer verschlüsselten Depesche darüber. Krassós Meinung zufolge sei das 1986 erfolgte Verbot des berühmtem Literaturblatts<sup>131</sup> wegen dreier Artikel zum Thema 1956 ausgelöst worden. Die Behörden hätten damit die Verbreitung derartiger Schriften zum dreißigsten Jahrestag der Revolution verhindern wollen.

„In der Nummer vom 22. August der in Kanada herausgegebenen ungarischsprachigen Wochenzeitung *Menora* publiziert er einen langen Artikel zur Absetzung des Redaktionskollegiums der Zeitschrift *Tiszatáj*. Laut György Krassó, dem Autor des Artikels 'Ideologische Säuberung in Ungarn', wollten 'die ungarischen Behörden endgültig alle Stimmen zum Schweigen bringen, die versuchen, über die Ereignisse von vor dreißig Jahren und die seither vergangene Zeit die Wahrheit zu sagen.' Weiterhin betont er: 'Es hat den Anschein, dass der intuitive Automatismus der Selbstzensur und die seit langem funktionierende obligatorische Wachsamkeit des Chefredakteurs sich als zusehends wenig effektiv erweist und die administrative Einmischung der Behörden immer häufiger vorkommt.' Den Artikel legen wir als Nächstes vor.“<sup>132</sup>

In der Ablehnung der Verlängerung des Ausreisevisums mochten sich die Akteure aufgrund des feindseligen Krassó-Artikels bestätigt fühlen.

Am 14. November 1985 hatte Polizeioberstleutnant Julianna Borsányné Czégény, Leiterin der verwaltungspolizeilichen Abteilung des Budapester Polizeipräsidiums, von der Unterabteilung des Innenministeriums III/III-4-a die Anweisung erhalten, György Krassós Reisepassantrag stattzugeben. Hierin stand, dem Reisepassantrag für touristische Zwecke zu einer dreißigtägigen Reise nach England sei außer der Reihe stattzugeben.<sup>133</sup> Die Reisebeschränkung war tatsächlich vergessen worden, weshalb Krassós Pass für alle Länder der Welt gültig war und er damit auch in die USA reisen durfte. Die Staatssicherheit wollte Krassó nur ein kleines Zugeständnis machen, ihm nur eine kleinere Reisefreiheit zugestehen.

---

<sup>131</sup> Die Rede ist von der Zeitschrift *Tiszatáj* (Theißregion)

<sup>132</sup> Verschlüsselte Depesche der ungarischen Botschaft in Washington vom 29. August 1986 unter der Nummer 09356, 6-424-6-T-231/1986, MNL XIX-J-1-j (Außenministerium) 30. Karton, England, 1986.

<sup>133</sup> „Lidi“ Dossier 13/ S. 204

### 3.4. Der Informationsdienst Freie Presse Ungarischer Oktober

Den Informationsdienst Freie Presse „Ungarischer Oktober“<sup>134</sup> rief György Krassó Mitte Oktober 1986 in London ins Leben. Es existieren zwei vollständige Jahrgänge (1987 und 1988). Auch 1989 sind einige Nummern erschienen. Krassó hatte das Empfinden, dass die gesamte Emigration fehlinformiert sei, nicht wisse, was in Ungarn vor sich gehe, während er mit Hilfe von Telefonkontakten mit seinen heimischen Freunden<sup>135</sup> tagesaktuelle und präzise Informationen geben könne. Deshalb habe er den privaten Nachrichtendienst geschaffen. Neben der redaktionellen Arbeit für seine Nachrichtenagentur war er auch für den Rundfunk der BBC und den Sender Free Europe tätig.

Im Impressum seines „Hungarian Oktober“ Freepress Information Center wurde György Krassós Wohnanschrift in der Londoner Little Russell Street 24/D angegeben, und zwar in unmittelbarer Nähe zur BBC. Der Informationsdienst Freie Presse „Ungarischer Oktober“ berichtete nicht nur über die Geschehnisse in Ungarn, sondern auch des osteuropäischen Raums. Auf einem Bestellformular formulierte Krassó, welche Fragen er zu beantworten trachte. Er wolle sich mit den Ereignissen von 1956 beschäftigen. Denn das war sein Steckenpferd. Weiters mit den politischen Geschehnissen in Ungarn, die den demokratischen Wandel einmal zuversichtlich vorwegnahmen, ein andermal infrage stellten. Die informatorischen Meldungen der Freien Presse „Ungarischer Oktober“ bot Krassó anfangs umsonst an. Reklame dafür machte er auf den Veranstaltungen des Londoner Ungarnvereins, dessen Vorsitzender er auch war und der ein Treffpunkt für die in London lebenden Ungarn war.

„Interessiert Sie die Wahrheit darüber,

1. was in Ungarn geschieht?
2. was in Ungarn 1956 geschehen ist?
3. wieviele Freiheitskämpfer nach der Revolution zum Tode verurteilt und wieviele inhaftiert worden sind?

4. ob es eine Hoffnung auf die Geburt eines freien Ungarn gibt?“<sup>136</sup>

Zum 30. Jahrestag des Ausbruchs der ungarischen Revolution wurde Krassó aktiv. Er wollte einen Gedenkband machen. Auf seinen Aufruf trafen aus fünfzehn Ländern sechsundsiebzig

<sup>134</sup> Dank schulde ich dem in London lebenden Kartographen András Bereznay, der Krassó damals die zum Informationsdienst Freie Presse Ungarischer Oktober gelangten Meldungen abkaufte, aufbewahrte, fotokopierte und mir zur Verfügung stellte.

<sup>135</sup> *Statárium és happening. Bozóki András interjúja Krassó Györggyel (Standrecht und Happening. András Bozóki im Gespräch mit György Krassó, Interview), Mozgó Világ, Januar 1990*, in: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]): *Maradj velünk! Krassó György írásai (Bleib bei uns! György Krassós Schriften), MagánZárka Kiadó, Wien, S. 374*

<sup>136</sup> Bestellformular für die Meldungen und Publikationen der Freien Presse Ungarischer Oktober, BLF, XIV. 47/ 11. Karton



Gedächtnisschriften ein. Doch die Publikation kam nicht zustande. Im erhaltenen Nachlass finden sich die Arbeiten. Auch in englischen Übersetzungen.

Der Informationsdienst Freie Presse „Ungarischer Oktober“ gab 1986 insgesamt sieben Meldungen heraus, und zwar am 15., 18., 23., 26., 30., 31. Oktober und am 15. November.

Mit einer Ausnahme<sup>137</sup> stand thematisch die Revolution von 1956 im Mittelpunkt. Die erste Meldung beinhaltete eine Mitteilung der Unabhängigen Künstlergruppe Inconnu zu einer Änderung der Abgabefrist eines in der New York Review of Books inserierten Wettbewerbs unter dem Titel „Eine Stadt im Kampf“. Die eingereichten Werke könnten an Krassó nach London weitergeleitet werden, da die ungarische Polizei eine Auslieferung durch die Post nicht zulasse. Die zweite Meldung veröffentlichte die von Inconnu zum 30. Jahrestag der ungarischen Revolution von 1956 angefertigten Plakate.

Die dritte Meldung war der zum 30. Jahrestag herausgegebene Aufruf zum 30. Jahrestag der ungarischen Revolution, der von 24 tschechoslowakischen, 54 ungarischen, 28 polnischen und 16 DDR-Staatsbürgern unterzeichnet worden war, unter anderen von Vaclav Havel, Adam Michnik, Árpád Göncz, György Konrád, Sándor Lezsák und natürlich auch von György Krassó.

Den Aufruf leitete Krassó mit seinem eigenen Standpunkt ein, nämlich dass die grundlegenden Forderungen der Revolutionäre nicht verwirklicht worden seien.

„(...) Die ungarische Revolution, der Ostberliner Aufstand, der Prager Frühling, die große gesellschaftliche Solidarność-Bewegung in Polen sind durch sowjetische Einmischung oder die Aggression heimischen Militärs im Keim erstickt worden. Für viele ist das Leben in den letzten dreißig Jahren leichter geworden; einige sagen ihre Meinung und werden deshalb nicht ins Gefängnis geworfen, doch die grundlegenden Forderungen der Revolutionäre wurden nicht verwirklicht.

Aufruf: Zum Jahrestag bitten wir unsere Freunde überall auf der Welt, sich zusammen mit uns an die ungarische Revolution zu erinnern. Wir erklären: Es ist unser gemeinsamer Wille, für die politische Demokratie zu kämpfen, für die Unabhängigkeit unserer Länder, für einen auf den Prinzipien der Selbstverwaltung basierenden Pluralismus, für eine friedliche Vereinigung des geteilten Europas, für seine demokratische Integration und die Rechte sämtlicher Minderheiten.

Wir betonen: Wir unterstützen uns gegenseitig in unseren Anstrengungen für ein besseres, menschenwürdigeres und freies Leben in unseren Ländern und auf der ganzen Welt. Die Traditionen und Erfahrungen der ungarischen Revolution von 1956 sind unser gemeinsames Erbe und geben uns allen Kraft.“<sup>138</sup>

Der Aufruf war nicht nur im Zeichen der Erinnerung an die gemeinsame Vergangenheit

---

<sup>137</sup> Die vierte Meldung befasste sich mit László Rusai, dem Fall eines Redakteurs der Samisdatzeitschrift *Égtájak között* (Zwischen den Himmelsrichtungen), gegen den man aus politischen Gründen eine psychiatrische Behandlung angewendet hatte.

<sup>138</sup> BFL XIV. 47/ 11. Karton, Meldung des Informationsdienstes “Ungarischer Oktober” Nummer 1986/ 3. Gemeinsamer Aufruf ungarischer, tschechoslowakischer, polnischer und DDR-Intellektueller zum Jahrestag der ungarischen Revolution (23. Oktober 1956)

zustandegekommen, sondern drückte auch die Hoffnung auf politische Demokratie beziehungsweise eine friedliche Vereinigung Europas aus. Die siebente Meldung knüpfte direkt daran, nämlich gelegentlich der Studenttage des Schweizer Ungarischen Literaturkreises und des Kreises für bildende Kunst zwischen dem 22. und 27. Oktober 1986 in Lugano schlossen sich fünfundzwanzig im Exil lebende Intellektuelle an, unter anderen Ferenc Fejtő, Sándor Püski und Mátyás Sárközi beziehungsweise auch drei in Rumänien lebende Persönlichkeiten.<sup>139</sup> Die fünfte Meldung veröffentlichte einen Aufruf in ungarischer, die sechste in englischer Sprache<sup>140</sup>, nämlich dass jedermann am 4. November mit einer brennenden Kerze im Fenster entsprechend der Budapester Gewohnheit in den Jahren nach der Revolution der Opfer gedenken soll.

1987 gab der Informationsdienst Freie Presse „Ungarischer Oktober“ insgesamt 152 Meldungen und sechs Sonderausgaben heraus. Thematisch waren das Gedenken an den 15. März 1848, den 16. Juni 1958, den Tag der Hinrichtung Imre Nagys und seiner Gefährten, die Inhaftierung von Wehrdienstverweigerern, die behördlichen Übergriffe gegen Mitglieder der demokratischen Opposition, die Schwierigkeiten in Verbindung mit der Reisegenehmigung für den 56er Arbeiterrätevorsitzenden Sándor Rác und den sich daran anschließenden Problemen seiner Reise, die oppositionelle Tätigkeit der Künstlergruppe Inconnu, das Lakiteleker Treffen rechtsorientiert nationaler oppositioneller Intellektueller im Herbst 1987, die Demonstrationen der regierungsfeindlichen Umweltschützer, die Probleme der hauptsächlich in Rumänien lebenden ungarischen Minderheit jenseits der ungarischen Grenzen, die Solidaritätsbekundungen gegenüber der tschechoslowakischen Charta 77 sowie die in Coventry veranstaltete Friedenskonferenz ein wiederkehrendes Motiv.

Die Sonderausgaben beinhalteten Dokumente beziehungsweise Essays, die Krassó auf ungarisch und englisch vertrieb. Die beiden ersten Dokumente gehörten zusammen. Das eine war ein *Geheimes Parteidokument zu geplanten Maßnahmen gegen die Opposition: eine auf der Sitzung des Zentralkomitees diskutierte Meldung*, das andere *Geheime Parteidokument: Der Beschluss des Politbüros*, von Krassó am 12. März 1987 als Meldung veröffentlicht. Am 5. April erschien die *Studie zur gegenwärtigen Lage der in Rumänien lebenden Ungarn*<sup>141</sup> und am 15. April die Studie von fünfunddreißig ungarischen Ökonomen unter dem Titel *„Wende und Reform“*<sup>142</sup>. Am 20. September ein offener Brief von hundert Intellektuellen an die Abgeordneten des Parlaments, worin diese aufgefordert werden, verantwortungsbewusst über den Gesetzentwurf zur allgemeinen Umsatzsteuer und zur Einkommensteuer von Privatpersonen abzustimmen, da diese Steuern der

---

<sup>139</sup> Corneliu Coposu, Ion Putu és Nicolae Carandino

<sup>140</sup> Aufruf der Demokratischen Jugend Ungarns

<sup>141</sup> Ara-Kovács, Attila: *Rumänien der achtziger Jahre und die siebenbürgischen Ungarn*

<sup>142</sup> Die 22 Seiten umfassende Studie entstand im Auftrag des Gesellschaftlichen Rats der Nationalen Front, worin der Zustand der ungarischen Wirtschaft analysiert wurde und radikale Wirtschafts- und politische Reformen vorgeschlagen wurden. Die Veröffentlichung der Studie wurde von der Parteiführung verboten.

Gesellschaft große Opfer abverlangten. Anfang Oktober veröffentlichte Krassó den Gesellschaftsvertrag, den vollständigen Text des Reformprogramms der Samisdatzeitschrift *Beszélő*. Im Programm wurden wirtschaftliche, politische, kulturelle und gesetzliche Veränderungen vorgeschlagen. Krassó organisierte die Übersetzung ins Englische. So konnte man das politische Programm der linken demokratischen Opposition drei Monate später auch im Westen kennenlernen, woran vor allem die zuständigen politischen Organe in den Vereinigten Staaten interessiert sein mochten.

Die einige Seiten umfassende Programmerkklärung der Künstlergruppe Inconnu zu Politik und Kunst wurde vom Informationsdienst Freie Presse „Ungarischer Oktober“ in der Meldung 3/1987 (20. Januar) veröffentlicht, auszugsweise auch auf englisch. Unter den Bedingungen der diktatorischen Gesellschaft vertrat die Inconnu als Alternative zur zentral gelenkten die politische bildende Kunst, die agierende Gemeinschaftskunst, die eine nationale verantwortungsvolle Haltung anbot und zur Entdeckung des 56er Themas führte.

„1. (...) Das Prinzip des 'Lebe gefährlich!' bringt eine Gegenkultur hervor, (...) der Künstler (...) stellt rücksichtslos Fragen (...) 2. (...) Die konsequente Ablehnung der eindimensionalen Kultur (...) ist eine beispielgebende künstlerische Tat (...) 3. (...) es stellt sich der Anspruch auf eine Stellung beziehende Kunst, die sich nicht in repressive Prozesse einbauen lässt. Dieses Ziel zu erreichen, ist nur eine Kunst fähig, die an keinerlei zentralisierte Parteiideologie und daraus sich ergebende manipulative und autokratische Kultur gebunden ist. 4. (...) die politische Kunst, die um Konfrontation mit der herrschenden Ideologie bemüht ist, (...) übernimmt und organisiert die agierenden humanistischen Ideale. (...) Aus den tagesaktuellen Schlachten des politischen Künstlers kann eine gegen die totalitäre Kultur agierende Kunst hervorgehen. 5. Die politische Kunst braucht keinen hingeworfenen und konstruierten Demokratismus, sondern eine echte Volksvertretungsdemokratie. 'Die politische Kunst kann nie legal werden', schrieben wir in einem unserer Manifeste, denn wenn das geschieht, wird sie als Zwang gelenkt. Mit der Aufgabe ihrer Opposition würde auch sie in einem zum Bankrott verurteilten Dogma erstarren.“<sup>143</sup>

Krassó war Ehrenmitglied der Künstlergruppe Inconnu. Deren Programm ist auch aus historischer Sicht besonders interessant, weil dadurch einerseits ihre Haltung von 1989 zur Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten vorweggenommen wurde, andererseits der Grund dafür artikuliert wurde, wonach sie als Künstler mit dem Verzicht auf Opposition ihre Funktion verlieren, sie als agierende Gemeinschaftskunst verschwinden würden. Die Inconnu wollte also weder ein missverstandener Held noch ein kaltgestelltes Opfer sein. Sie wollte ihre Veränderungen initiiierende verantwortungsbewusste Stimme nicht aufgeben und sich nicht auf ein von oben diktiertes nationales politisches Spiel der Opposition einlassen, nicht äußeren politischen

---

<sup>143</sup> BFL XIV. 47/ 11. Karton „Magyar Október“ Szabadsajtó Tájékoztatószerkelet (Informationsdienst Freie Presse Ungarische Oktober) 3/1987 (I. 20.), *Kényszer vagy illegalitás. Gondolatok a politikai művészetről (Zwang oder Illegalität. Gedanken zur politischen Kunst)* (15. Januar 1987)

Ansprüchen Genüge tun.

Zwei Meldungen des Informationsdienstes „Ungarischer Oktober“ beschäftigten sich mit den am 15. März 1987 in Budapest stattgefundenen nicht-offiziellen Gedenkveranstaltungen zur Revolution von 1848. Über die politisch motivierte Demonstration der Opposition schwiegen sich die offiziellen ungarischen Medien aus. Diesen Mangel auszugleichen, bemühte sich der Informationsdienst Freie Presse „Ungarischer Oktober“.<sup>144</sup> Dass sich die Polizei nicht einmischte, schrieb Krassó der Anwesenheit zahlreicher Journalisten aus dem Ausland zu. Die Polizei beschränkte sich darauf, zu fotografieren und Filmaufnahmen zu machen. Die Menge versammelte sich mittags am Petöfi-Denkmal, um anschließend zum Kossuth-Denkmal, von dort zum Ewigen Batthyány-Licht weiterzuziehen, dann über die Margarethenbrücke zur Bem-Statue. Am Kölcsey-Denkmal fand die Demonstration ihr Ende. Die Organisatoren der Demonstration waren weniger bekannte Oppositionelle: György Gadó, Lajos Jakab und Tibor Philipp. An zwei Orten wurden Reden gehalten. Am Kossuth-Denkmal hielt György Gadó eine Rede, am Ewigen Licht gleichfalls György Gadó und außerdem Tibor Philipp. Die Zahl der Demonstranten wurde auf dreitausend geschätzt. Zur offiziellen staatlichen Gedenkfeier im Garten des Budapester Nationalmuseums hielt Imre Pozsgay, der Generalsekretär des Landesrats der Nationalen Front, eine Festrede. Zwei Drittel des Textes wurden in der MSZMP-Zeitung *Népszabadság* (*Volksfreiheit, dem Blatt der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei*) vom 16. März nicht veröffentlicht. Die Tageszeitung *Magyar Nemzet* (*Ungarisches Nation*) der Nationalen Front dagegen veröffentlichte den Text ungekürzt. Damals erschien die Presse nur in den Printmedien. Krassó schnitt die Artikel noch am selben Tag aus und veröffentlichte sie, versehen mit seinen eigenen Kommentaren. Für diese Geschwindigkeit gibt es nur eine einzige Erklärung, nämlich dass die Presseprodukte mit dem Flugzeug zur BBC gelangten und so sehr schnell auch in Krassós Hände. Hier die zwei problematischsten zensierten Textstellen: „Das ungarische Volk ist reif dazu, das eigene Schicksal selbst in die Hand zu nehmen“ und „wir haben jeden Grund zur Zuversicht. Der Boden (...) für eine Wende, für Veränderungen und Erneuerung ist gut. Und was es auch in unserer jüngsten Geschichte nicht immer war, der internationale Hintergrund ist günstig. (...) Wen sollte das, was bei unseren sowjetischen Freunden vor sich geht, nicht in Erregung versetzen? Die Ideen für Fortschritt und Erneuerung kamen im 18. Jahrhundert aus dem Westen. (...) Die Ideen für Fortschritt und Erneuerung kommen im 20. Jahrhundert aus dem Osten.“<sup>145</sup> Pozsgays Rede zum Ausbruch der Revolution von 1848 war ein Vorereignis zu seiner späteren Rundfunckerklärung zur Revolution von 1956. Es schien offensichtlich zu sein, dass er im eingetretenen Führungswechsel in der

---

<sup>144</sup> BFL XIV. 47/ 11. Karton, „Magyar Október“ Tájékoztatószolgálat 25/ 1987 (16. März.) *15.März: Große politische Demonstration in Ungarn*

<sup>145</sup> BFL XIV. 47/ 11. Karton, „Magyar Október“ Tájékoztatószolgálat 28/ 1987 (16. März) *Imre Pozsgays Festrede am 15. März*

Sowjetunion und in den von Gorbatschow eingeleiteten Reformprozessen eine günstige internationale Konstellation erblickte, die es für Ungarn auszunutzen galt. Dieser seiner Meinung verlieh er auch in der Öffentlichkeit Ausdruck.

Der Gedenkabend für die „demokratische Revolution von 1848“, eine Veranstaltung der unabhängigen Künstlergruppe Inconnu, fand am 14. März 1987 in der Wohnung von Tibor Philipp statt. Die Festrede hielt Gáspár Miklós Tamás, Mitglied der demokratischen Bewegung. Zur nicht genehmigten Gedenkveranstaltung waren zirka fünfzig Personen anwesend. Die Polizei mischte sich nicht ein. Auch einige Auslandskorrespondenten waren zugegen. Auch Krassó schaltete sich telefonisch ein. In seiner *Märzbotschaft*<sup>146</sup> verglich er die freien Volksfeste in London mit der als Festtage bezeichneten Befreiung Ungarns vom Hitlerfaschismus am 4. April 1945 und der russischen Oktoberrevolution vom 7. November 1917.

„Unsere höchsten nationalen Feiertage sind der 15. März und der 23. Oktober. (...) Am 23. Oktober darf sich niemand noch nicht einmal eine Kokarde anstecken, wenn er sich nicht im Handumdrehen auf einer Wachstube wiederfinden will. Doch wenn jemand nicht zusammen mit den Offiziellen feiern möchte, dann findet er sich am Werktag des 15. März Gummistöcken und mit Pistolen bewaffneter Brachialgewalt ausgesetzt. (...) Wovor sie Angst haben, ist kein Geheimnis. Ungarn ist die Heimat der Revolution. Die dauerhafte Umerziehung dieses Volks ist keiner einzigen Unterdrückungsmacht jemals gelungen. Sie glaubten schon, es sei ihnen alles gelungen (...), und dann plötzlich bricht alles zusammen. (...) Ja, davor haben sie Angst. Denn (...) sie spüren, dass der Tag kommen wird, ebenso wie er 1848, 1918 und 1956 gekommen ist. Und wie zuvor auch der Freiheitskampf von György Dózsa<sup>147</sup> und Ferenc Rákóczi<sup>148</sup>. Vielleicht wird er ja eines Tages so kommen, dass danach nicht wieder Blut und Trauer das Schicksal des ungarischen Volks sein wird. Vielleicht wird der Tag ja kommen und bei uns bleiben...“<sup>149</sup>

In der Gedenkrede zum 15. März artikulierte György Krassó seine revolutionäre *Ars politica*. Er war durch und durch Revolutionär. Die einzige Möglichkeit für die Verwirklichung nationaler Einheit und gesellschaftlichen Fortschritts sah er in der Revolution. Er war zutiefst überzeugt vom reifen und klugen Handeln des jeweiligen Volks. In der politischen Wende von 1989/90 aber sah er einen einfachen Elitewechsel. Er bemängelte die fehlende Einbeziehung breiter Gesellschaftsschichten. Der von oben gelenkte Übergang konnte trotz der zustande gekommenen parlamentarischen Demokratie, des geschaffenen Mehrparteiensystems und der Liberalisierung der Wirtschaft keine beständigen Veränderungen zeitigen. Denn seiner Meinung nach konnten die Menschen ihre Beklommenheit und Angst nicht abstreifen. Die Staatspartei habe zwar ihre Macht

<sup>146</sup> Krassó, György (1987 b): Márciusi telefonúzenet – Londonból (Telefonische Märzbotschaft aus London), in: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]), S. 239-241

<sup>147</sup> April-Juli 1514

<sup>148</sup> 1703-1711

<sup>149</sup> BFL XIV. 47/ 11. Karton, „Magyar Október“ Tájékoztatószolgálat 26/ 1987 (16. März) *György Krassós vom Tonband abgehörte Rede zum 1848er Gedenkabend*

verloren, doch die friedlich einkehrende Freiheit habe den meisten Menschen nur Inflation und Existenzunsicherheit gebracht.

Der Meldung des Informationsdienstes Freie Presse Ungarischer Oktober Nummer 34/1987 (7. April) zufolge bestand die ungarische demokratische Opposition aus dem 12-Punkte-Programm einer radikalen Gruppe. Dieses Programm publizierte sie in der Samisdatzeitschrift *Demokrata* (Demokrat) Nummer 1987/2. Sie erhielt den Namen „Märzbotschaft“. Das komprimierte Programm ähnelt den gleichfalls in 12 Punkten zusammengefassten Forderungen der Märzjugend von 1848. Artikuliert werden die Wünsche: als Erstes die Beseitigung des Machtmonopols der kommunistischen Partei und tatsächliche, strafrechtlich garantierte staatsbürgerliche Rechte. Als Zweites echter Parlamentarismus. Als Drittes ein tatsächliches System von Interessenvertretungen. Als Viertes eine Sicherung der mit der Arbeit verbundenen Rechte, unter anderem das Streikrecht. Als Fünftes ein festgestelltes Existenzminimum und die Beseitigung der Korruption in der Gesundheitsversorgung. Als Sechstes eine Privatisierung, die Beseitigung von Mammutunternehmen. Als Siebentes ein neues Bodengesetz, Umweltschutz und der Schutz von Bodenschätzen, vor allem von Uransätzen. Als Achtes der Schutz der Nationalkultur und –sprache. Als Neuntes der Schutz der ungarischen nationalen Minderheiten. Als Zehntes Autonomie für die Kirchen. Als Elftes die Beseitigung der Staatsideologie, der Bruch mit dem Marxismus-Leninismus. Als Zwölftes die Beseitigung nachteiliger internationaler Wirtschaftsverträge und die Kooperation mit dem Gemeinsamen Markt.

Krassó gab all dies ohne Kommentar heraus. Dadurch wird sein Standpunkt zu den Programmpunkten deutlich. Sie sind für die zur Inconnu-Gruppe und als zum Kreis der Samisdatzeitschrift *Demokrata* gehörend wichtig, weil sie sich nach Krassós Rückkehr nach Ungarn um ihn gruppieren.

Jedes Jahr organisierte Krassó eine Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der ungarischen Revolution von 1956. Das war auch am 23. Oktober 1987 nicht anders. In dem Jahr nahm er die Hilfe der Inconnu-Gruppe in Anspruch, um eine Aktion in Budapest und London auf die Beine zu stellen. In Budapest versammelten sich Oppositionelle in der Wohnung seiner Eltern in der einstigen Münnich-Ferenc-Straße, in London fand eine Demonstration<sup>150</sup> statt.

Drei Sendungen der BBC verbanden sich mit dem 23. Oktober 1987. Zwei Sendungen stammten von G. Somlai. Die dritte, einen Tag später, bestritt Krassó.<sup>151</sup> Der Unterschied zum Gedenken der früheren Jahre bestand darin, dass man nun auch auf der Straße der Revolution gedachte. Die eine Veranstaltung fand vormittags um elf auf dem Heldenplatz statt, eine andere nachmittags halb zwei im Garten der Technischen Universität. Die erste wurde von einem Teil der Mitglieder der Unabhängigen Künstlergruppe Inconnu organisiert. Sie legten Blumen vor dem

<sup>150</sup> als Anlage das Faltblatt zur Londoner Gedenkveranstaltung

<sup>151</sup> OSZK TIT BBC huncd0204\_06 (06'24'') (24. Oktober 1987. Der 1956er Jahrestag)

Denkmal des Unbekannten Soldaten nieder, und Róbert Pálinkás hielt eine kurze Rede. Gleichzeitig damit gedachte man am Denkmal für die Opfer des Vertrags von Jalta im Westlondoner Distrikt *South Kensington* der Toten. Daran nahmen auch drei Mitglieder der Inconnu-Gruppe<sup>152</sup> teil. Das 56er Gedenken am Abend in Budapest war gleichfalls mit der Inconnu und natürlich mit Krassó verbunden. Denn man versammelte sich in der einstigen Wohnung seiner Eltern. Die BBC berichtete darüber:

„Abends halb sieben kam man in der Münnich-Ferenc-Straße 19, der Budapester Privatwohnung von Tibor Philipp, zusammen, um der Revolution zu gedenken. (...) Sehr viele waren gekommen. Zirka achtzig an der Zahl. Die Polizei schritt nicht ein. Die Wohnung war geschmückt. Vergrößerte Bilder von 1956 hingen an der Wand, mit Filz- und Buntstiften als Grafik bearbeitet. Auch Porträts von Imre Nagy waren zu sehen. Das Gedenken begann mit einer Eröffnungsansprache von Róbert Pálinkás, dem jüngsten Mitglied der Inconnu, der auch vormittags schon auf dem Heldenplatz zugegen war. Dann verlas er Albert Camus Artikel zu 1956 (*Das Blut der Ungarn*). Anschließend hielt Elek Nagy<sup>153</sup>, 1956 Vorsitzender des Csepeler Arbeiterrats, eine Rede. Er sagte, seit zwei Tagen streife er durch die Stadt, versuche, seine Erinnerungen heraufzubeschwören. Zu zwölf Jahren sei er verurteilt worden. Und er sprach davon, dass Csepel derjenige Arbeiterbezirk gewesen sei, in dem man dem Angriff der Sowjettruppen am längsten Widerstand geleistet habe. Erst am 11. November sei es gelungen, Csepel einzunehmen. Danach meinte Tibor Philipp, dass sich die gegenwärtigen Zielsetzungen nur durch einen festen Glauben an den Erfolg erreichen ließen, wie es auch die Jugend von 1956 getan habe. Als nächster sprach Tamás Mikes<sup>154</sup> darüber, dass eine Rückkehr zu den Ideen von 1956 zu den Aufgaben der Opposition gehöre. Zugleich müsse auch die oppositionelle Bewegung demokratischer werden. (...) Es wurde ein von Mitgliedern der Inconnu-Gruppe produzierter Videofilm gezeigt, montiert aus Teilen 1956er Dokumentarfilme. Dazu rezitierte ein junger ungarischer Schauspieler Gedichte zu 1956. Die Gedichte illustrierten den Film, der den Titel *Gloria Victis, Dicsőség a legyőzötteknek* (Gloria Victis, Ruhm den Besiegten) trug. (...) Zwischendurch verlas Róbert Pálinkás eine Erklärung der Inconnu-Gruppe, die zeitgleich auch in London zu hören war.<sup>155</sup> In der Erklärung ging es auch darum, dass man nun über den Samisdat und Schriftliches hinausgehen, stattdessen gesellschaftlich handeln müsse.“<sup>156</sup>

Die 1987er Gedenkveranstaltungen zu 1956 verliefen friedlich. Die Inconnu verfolgte die von Krassó innerhalb der ungarischen demokratischen Opposition eingeführte Tradition, die 56er Ereignisse im öffentlichen Bewusstsein als Revolution zu würdigen. Krassó selbst übte über die westliche Medienöffentlichkeit diesbezüglichen Einfluss. An der Technischen Universität gedachte

<sup>152</sup> Tamás Molnár, Péter Bokros und Magdolna Serfözö hielten sich auf Krassós Einladung mit einem Touristenvizum in London auf.

<sup>153</sup> Elek Nagy (1926 – 1994), 56er Häftling, Gründungsmitglied des TIB.

<sup>154</sup> Tamás Mikes (Micsinay) (1940 – 1999). Mitglied der Opposition. Nach der Systemwende kam heraus, dass er als Informant funktionierte. Unter dem Decknamen „Mészáros“ berichtete er viel über Krassó. Sándor Turcsányi stellt in seiner Kritik zu dem 2011 im Verlag Jelenkor erschienenen Roman von Mihály Andor *Das Leben eines Spitzels* die auf der Erinnerung eines Familienmitglieds basierende Behauptung in Abrede, dass Tamás Mikes nach Krassós Tod vielleicht der Vorsitzende der Partei Ungarischer Oktober hätte sein sollen. (Quelle: Sándor Turcsányi: *Az orránál fogva, Magyar Narancs*, 15. September 2011)

<sup>155</sup> Der Ort ist vorläufig unbekannt.

<sup>156</sup> OSZK TIT BBC huncd0204\_06 (06'24'') (24. Oktober 1987, Der 1956er Jahrestag), Krassó-Zitat

die demokratische Opposition gemeinsam mit der populistischen Opposition der Revolution.<sup>157</sup> Krassó wünschte sich mehr gesellschaftliches Handeln. Die Gedenkveranstaltungen zu 1956 gingen seiner Meinung nach in diese Richtung.

Im Dezember 1987 formulierte Krassó zusammen mit einer Grußbotschaft zu Weihnachten und zum neuen Jahr seine Ziele im Informationsdienst Freie Presse „Ungarischer Oktober“, die wahrscheinlich alle Abonnenten erhalten haben. Daraus geht hervor, dass der Informationsdienst Freie Presse „Ungarischer Oktober“ im Oktober 1986 zum 30. Jahrestag der ungarischen Revolution seine Tätigkeit aufgenommen hat. Er veröffentlichte darin kürzere und längere Meldungen über das heimische Leben, über die wichtigsten Ereignisse der ungarischen Politik, Wirtschaft und Kultur.

„Eine der wichtigsten Quellen für die Scheinstabilität des Kádár-Regimes ist die seit Jahrzehnten betriebene falsche Information. Die offizielle Presse und die Ungarische Nachrichtenagentur MTI verbreiteten lückenhafte und verzerrte Informationen. Die ausländischen Journalisten hielten den Schein für Wirklichkeit. Wer versuchte, die Wahrheit zu sagen, der wurde in Ungarn ins Gefängnis gesteckt, im Ausland unmöglich gemacht, isoliert.“<sup>158</sup>

Der Informationsdienst Freie Presse „Ungarischer Oktober“ versuchte, ein viel breiteres Publikum zu erreichen als der ungarische Samisdat und die im Westen lebenden Ungarn umfassend über die politische Opposition zu informieren.

„Vor sechs Jahren – 1981 – ist daheim in Ungarn die freie, unabhängige Presse aus der Taufe gehoben worden, der vervielfältigte Samisdat, der jeder polizeilichen Verfolgung trotzte und nicht nur am Leben blieb, sondern sogar erstarkt und erwachsen geworden ist. Während es jahrelang nur eine einzige nicht-offizielle Zeitschrift gab, den Beszélő (Sprecher), können sich die Interessenten heute schon durch die Lektüre nicht weniger als zehn unabhängiger Zeitungen informieren. Allerdings erreicht der Samisdat lediglich einige tausend – vor allem Budapester – Leser. Und wegen der polizeilichen Verfolgungen kann er oftmals erst mit großer Verspätung Kunde von den Tagesereignissen geben. Eine tägliche Information vermochte die ungarische Opposition bisher nicht zu leisten. Im Ausland aber sind die unabhängigen Samisdatzeitschriften nicht zugänglich.“<sup>159</sup>

Diesem Mangel abzuhelpfen, war Krassós Informationsdienst bemüht.

Auch in den Funktionsmechanismus des Informationsdienstes Freie Presse „Ungarischer Oktober“ gewährt jene Grußbotschaft Einblick. Die aus Ungarn erhaltenen Informationen sind tagesaktuell und natürlich unzensiert.

<sup>157</sup> Zugegen waren Mitglieder der Bajcsy Zsilinszky Gesellschaft.

<sup>158</sup> Vom Dezember 1987 datierter Weihnachts- und Neujahrsbrief, BFL XIV. 47./ 11. Karton (György Krassós und Miklós Krassós Schriften)

<sup>159</sup> ebd.



„Die schnellen, genauen, zuverlässigen und objektiven Tagesmeldungen des Informationsdienstes Ungarischer Oktober, die er direkt aus Ungarn erhält, basieren auf sorgfältig kontrollierten Informationen. Der Informationsdienst Ungarischer Oktober übt keinerlei Selbstzensur aus und duldet keinerlei Zensur. Veröffentlicht wird die Wahrheit, nur die Wahrheit.“<sup>160</sup>

Die Übernahme der von Krassó mitgeteilten Informationen war vollkommen frei. Einzige Bedingung war die Quellenangabe. Die ungarischen Zeitschriften der demokratischen Opposition (Demokrata, Beszélő), andere nicht-offizielle Ausgaben des Sowjetblocks, die Zeitungen des Westexils (Nemzetőr, Magyar Füzetek, Menóra, d.h. Nationalgardist, Ungarische Hefte, Menora) wurden regelmäßig als Informationsquellen herangezogen. Ständig wurden die ungarischsprachigen westlichen Rundfunksendungen (BBC, Sender Free Europe, Stimme Amerikas) veröffentlicht. Doch auch in englischer Übersetzung, sodass sie auch von ausländischen Blättern übernommen werden konnten. Die ungarischen Behörden griffen den Informationsdienst Freie Presse „Ungarischer Oktober“ an, wo es nur ging.

„Die größte Anerkennung wurde ihm (dem „Ungarischen Oktober“) durch die ungarischen Behörden zuteil, als ihn der Leiter des Informationsamts der Regierung auf einer Pressekonferenz beschimpfte und als auch der ungarische Rundfunk und die offizielle Presse es für notwendig erachteten, Angriffe gegen ihn zu starten.“<sup>161</sup>

Für das Jahr 1988 versprach Krassó mindestens 120 Meldungen und zwei umfangreichere Sonderausgaben, die er als Abonnement zum Selbstkostenpreis anbot. Für den Fall eines Jahresabonnements beziehungsweise zweisprachigen Abonnements sicherte er einen jeweils zehnprozentigen Preisnachlass zu. Zusätzlich zum Jahresabonnement sollten die Abnehmer einen 250 Seiten umfassenden Band (*Was zu Hause geschah, 1986-1987*) erhalten, der bei gesondertem Kauf 9,95 englische Pfund kosten sollte. Dieser Band ist wahrscheinlich nur ein Versprechen geblieben. Jedenfalls bin ich im Verlauf meiner Forschungen einem solchen Band nicht begegnet. Die Subskribenten in England erhielten die Publikationen zweiwöchentlich als Expresssendung, in anderen Ländern per Luftpost. Die Postgebühren waren im Preis für das Abonnement enthalten. Der Versand funktionierte nicht gut. Das gab auch Krassó zu. Er hatte zu viele Aufgaben übernommen. Zur Anzahl der Abonnenten gibt es keine genauen Angaben. Der Nachrichtendienst war auf Unterstützung angewiesen. Wahrscheinlich erhielt er nach entsprechender Bewerbung aus den Vereinigten Staaten Unterstützung. Voraussetzung dafür waren auch eigene Einnahmen. Bei den Preisen ging es einerseits darum, minimale Einnahmen nachweisen zu können, andererseits die Interessenten nicht abzuschrecken. Gemäß einer Sondervereinbarung konnte auch ein Nachrichtendienst geleistet werden, der per Express, telegrafisch oder telefonisch übermittelt

---

<sup>160</sup> ebd.

<sup>161</sup> ebd.

wurde. Dieser Dienst wurde von Zeitungen in Anspruch genommen, wenn sie irgendeine Meldung veröffentlichen wollten. Das Telefax war die am häufigsten genutzte Lösung. Oft wurde der Text als Faksimile gebracht.

Nach den 152 Meldungen von 1987 gab der Informationsdienst Freie Presse „Ungarischer Oktober“ 1988 326 Meldungen heraus. Die Verdopplung hing mit der Zunahme der Anzahl der Nachrichten zusammen, mit dem Beginn und der Beschleunigung des demokratischen Wandels in Ungarn.

In der ersten Meldung des Jahres 1988 zog Krassó Bilanz des vergangenen Jahres. Den befürchteten Wirtschaftsbankrott des Landes hätten die Machthaber versucht, durch Preiserhöhungen und Einführung der personenbezogenen Einkommensteuer abzuwenden. Die Neostalinisten, die Befürworter eines harten Kurses, seien an die Macht gelangt. Die populistische Opposition habe ein radikales Reformprogramm verabschiedet und eine eigene Organisation geschaffen, das Ungarische Demokratische Forum.<sup>162</sup> Die demokratische Opposition habe ein internationales Seminar zur europäischen Wirkung von Gorbatschows Reformprogramm organisiert. Die Umweltschützer hätten trotz der Verbote immer wieder neue Aktionen organisiert. Trotz der neuen Passverordnung hätten verschiedene Mitglieder der Opposition nicht ins Ausland reisen dürfen.

„1987 charakterisierte Ungarn ein seit dreißig Jahren nicht erfahrener politischer und wirtschaftlicher Wirrwarr. (...) Die Auslandsschulden des Landes betragen annähernd 20 Milliarden Dollar. (...) Mehrere Fabriken werden geschlossen, und Hunderttausende ungarischer Arbeiter gelangen auf die Straße. (...) Kádárs Popularität gehört der Vergangenheit an. Von allen Seiten wird sein Rücktritt gefordert. An die Spitze der Regierung ist noch im Sommer Károly Grósz gelangt, der Budapester Parteisekretär. (...) Am 2. Dezember zum Abschluss von Jaruzelskis Budapestbesuch unterzeichneten Kádár und der General ein Abkommen 'über das bis 2000 geltende komplexe Programm zur Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Staaten'. Alle Schichten der Gesellschaft fordern Veränderungen.“<sup>163</sup>

In den Meldungen von 1988 veröffentlichte Krassó Proteste, Erklärungen, Aufrufe und vertrauliche Parteidokumente, berichtete über meist mit eigenen Kommentaren versehene Ereignisse. Er verfolgte die Gründung oppositioneller Organisationen – angefangen vom MDF über den FIDESZ bis hin zum SZDSZ – als tatsächlich neutraler Beobachter, ohne Ansehen von deren rechter oder linker Einstellung. Statt Ideologien anzuhängen, war Krassó ein der Wahrheit verpflichteter liberaler Anarchist. Doch nicht nur die Tätigkeit der später als Parteien bekannt gewordenen Gruppen verfolgte er aufmerksam. Vielmehr gewährte er allen politisch aktiven

<sup>162</sup> Das Ungarische Demokratische Forum, das MDF, wurde in Lakitelek gegründet.

<sup>163</sup> Bilanz des vergangenen Jahres, Informationsdienst Ungarischer Oktober, Meldung 1/1988 (1. január) j, BFL XIV. 47./ 13. Karton (György Krassós und Miklós Krassós Schriften).

Gruppierungen ein Forum. Oft berichtete er über konkrete Angelegenheiten: über die Schikanen der Behörden gegenüber dem Jurta Theater, das oppositionelle Zusammenkünfte der Opposition beherbergte, über Hungerstreiks wegen Verweigerung eines Reisepasses, über immer wieder neue Urteile gegen Wehrdienstverweigerer, um die Betroffenen durch die Kraft der Öffentlichkeit zu schützen. Doch er berichtete auch über die für den demokratischen Wandel eine wichtige Rolle spielenden Massenbewegungen: über die zum Schutz der Donau initiierten Umweltschutzdemonstrationen und die Solidaritätsaktionen auf der Straße gegen die sich in Rumänien austobende Diktatur. Auch westliche Reporter waren hier vor Ort. Doch es kam vor, dass ungarische Medien keine entsprechenden Nachrichten verbreiteten. Sogar 1988 wurden Gedenkveranstaltungen zu 1956 zweimal zurückgedrängt: Am 16. Juni, dem ein Jahr später stattfindenden Tag der Wiederbeerdigung von Imre Nagy und seiner Gefährten, wurde die friedliche Menge unter dem Einsatz von Gummiknüppeln und Tränengas brutal aufgelöst. Am 23. Oktober verbot die Polizei öffentliche Straßenveranstaltungen. Dennoch war die Sache der ungarischen Revolution ein bisschen vorangekommen, weil der Präsidialrat, das wichtigste politische Forum, einerseits eine Verordnung verabschiedet hatte, wonach die nach der Revolution Verurteilten von rechtlichen Nachteilen zu befreien waren, andererseits deshalb, weil das Komitee zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit ins Leben gerufen worden war und eine umfassende Rehabilitierung gefordert hatte. Auch auf dem Gebiet des Rechts geschahen Veränderungen. Zur Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts wurde ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der bei der Schaffung eines Rechtsstaats und des Pluralismus als Fortschritt gewertet werden kann, obwohl sich das Gesetz nicht auf Parteigründungen bezog. Zur geplanten Modifizierung des Wahlgesetzes gelangte das Ergebnis einer vertraulichen Parteiabstimmung in Krassós Besitz. Dieses Gesetz wäre für den demokratischen Wandel eindeutig nachteilig gewesen. Deshalb brachte er es an die Öffentlichkeit. Krassó berichtete über jede ihm zur Kenntnis gebrachte Nachricht. All seine Kraft und Zeit widmete er dem Informationsdienst Freie Presse „Ungarischer Oktober“, um so zu den politischen Veränderungen in Ungarn seinen Beitrag zu leisten.

In der Meldung vom 31. Dezember 1988 fasst Krassó das Jahr zusammen: Für den Zustand Ungarns am Rande des Konkurses und für die Preissteigerungen habe Károly Grósz János Kádár verantwortlich gemacht. Nachdem er von Kádár die Macht übernommen und den Verfall der Macht zugelassen habe, den Geist der Veränderungen in die Flasche zurückzustopfen.

„Neue Parteien sind gegründet, Presse, Radio und Fernsehen freier geworden. (...) Immer öfter wird über 1956 gesprochen. Auch die politische Führung ist geteilt. Sie weiß nicht, ob sie Zugeständnisse machen oder Gewalt anwenden soll. Grósz hat eine mächtige, gut ausgerüstete Bereitschaftspolizei aufgebaut. Doch er wagt nicht, sie einzusetzen. Seine früher treuesten Gefolgsleute, die für harte Richtlinien einstehenden Veteranen, vertrauen ihm nicht, auch die sowjetische Parteiführung nicht. Jetzt hat die Stunde von Imre Pozsgay

geschlagen. Unter seiner Führung verbünden sich die Reformer der Partei und die alternativen Gruppierungen gegen Grósz.<sup>164</sup>

1989 konzentrierte sich Krassó weniger auf den Nachrichtendienst. Das lässt sich durch den Umstand erklären, dass die ungarischen Medien so viele Freiheiten errungen hatten, die Opposition so viel Raum zur Entfaltung erhalten hatte, weshalb er meinte, von London aus weniger sagen zu können.

Solange daran Bedarf bestand, machte er eine Reihe ungarischer Nachrichten nicht nur auf Ungarisch, sondern auch auf Englisch zugänglich und ließ die wichtigsten oppositionellen Dokumente dieser Zeit übersetzen<sup>165</sup>. Das Abonnement der „Informationsbriefe“ auf Ungarisch oder Englisch kostete für Privatpersonen halbjährlich 20, ganzjährlich 36 Pfund, für Institutionen halbjährlich 36, ganzjährlich 64 Pfund, zweisprachig, ungarisch und englisch, für Privatpersonen halbjährlich 36, ganzjährlich 64 Pfund, für Institutionen halbjährlich 64, ganzjährlich 115 Pfund. Die Meldungen durften von den Abonnenten unter Nennung der Quelle frei genutzt werden, sei es als ganzer Text oder auszugsweise. Die Leser der westlichen Zeitungen konnten das Projekt durch Spenden unterstützen. Dennoch ist es am wahrscheinlichsten, dass Krassó den Informationsdienst Freie Presse „Ungarischer Oktober“ durch beantragte Gelder aus den USA finanzierte.<sup>166</sup> Eines ist sicher, dass das Projekt durch die Abonnenten nicht zu finanzieren gewesen wäre.

### 3.5. Krassó-Interview in der Samisdatzeitschrift *Demokrat* zu seiner Tätigkeit im Westen

In Nummer 1/1989 erschien im *Demokrata*<sup>167</sup> unter dem Titel „*Macht Geschichte, doch gibt auch Kunde davon...*“<sup>168</sup> ein Interview mit György Krassó. Péter Sneé, Mitarbeiter des *Demokrata* konnte

<sup>164</sup> Krassó, György (1988 a): *Mit hozott 1988? (Was hat 1988 gebracht?)*, Meldung des Informationsdienstes Ungarischer Oktober, 326/1988 (31. Dezember), BFL XIV. 47./ 13. Karton (György Krassó und Miklós Krassós Schriften), in: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]), S. 294-296

<sup>165</sup> In den Meldungen und Dokumenten des Informationsdienstes Freie Presse „Ungarischer Oktober“ wird der Name des Übersetzers nicht genannt. Doch da die englischen Fassungen früher auf Computern geschrieben wurden als die ungarischen, kann geschlussfolgert werden, dass die Übersetzungen nicht von Krassó stammten. Einige Korrekturen deuten auf Krassós Handschrift hin, das heißt, er las die Texte, um Mißverständnisse auszumerken. Aufgrund handschriftlicher Papierschnipsel von Krassó können die Übersetzungen mit dem Namen Emma CH Herbert in Verbindung gebracht werden. (BFL XIV. 47. (György Krassós und Miklós Krassós Schriften)/ 12. Karton). Den Übersetzer des *Gesellschaftsvertrags*, des Programmentwurfs der demokratischen Opposition, konnte ich in Budapest nicht ausfindig machen. Auch Miklós Haraszi und János Kis, die ich danach fragte, wussten darauf keine Antwort. Der englische Titel der Übersetzung: *The Social Contract*, 78 Seiten. Auf ungarisch erschienen am 10. Juni 1987 in Nummer 20 des *Beszélő*.

<sup>166</sup> Der Informationsdienst unterhielt bei der Midland States Bank (Kilburn High Road London NW6) ein Konto. Bis September 1987 erledigte Zita Palkovics die dortigen Bankangelegenheiten. Dann übergab sie diese Krassó und Paul Daniel. Deren Identität ließ sich vorläufig nicht klären. (BFL XIV. 47. (György Krassós und Miklós Krassós Schriften)/ 12. Karton).

<sup>167</sup> Der *Demokrata* ist eine Samisdatzeitung, herausgegeben vom ABC Verlag, Redaktion Jenő Nagy. Zwischen 1986 und 1991 erschienen insgesamt 44 Nummern.

<sup>168</sup> „Macht Geschichte, doch gibt auch Kunde davon...“ Im Gespräch mit György Krassó, dem Leiter des in London ansässigen Informationsdienstes Ungarischer Oktober (Gesprächsführung: Péter Sneé im August 1988), in: *Demokrata* 1989/1, S. 31-36. (OSA 397-0-1/ 2 Karton, Sammlung György Krassó, Periodika)

auf Einladung von Krassó nach Westeuropa reisen. Zu dem Gespräch kam es im August 1988 in London. Im Interview werden Krassós heimische Tätigkeit und die Gründe für sein Bleiben in London erörtert.

Einen der Gründe für sein Emigrieren erblickte Krassó in seinem Eingezwängtsein in der ungarischen demokratischen Opposition.

„Zwar will ich für mein Exil nicht die Opposition verantwortlich machen, doch ähnlich wie andere hatte ich das Gefühl, auch innerhalb der Opposition eingezwängt zu sein, nicht machen zu können, was in mir steckte. Das mochte ein Faktor für meine Entscheidung gewesen sein.“<sup>169</sup>

Sein Eingezwängtsein mochte einerseits damit zu erklären sein, dass er innerhalb der demokratischen Opposition eine extra Ideologie repräsentierte: die revolutionäre Ideologie. Jedenfalls war er nicht damit einverstanden, dass lediglich durch Reformen ein politischer Systemwechsel erreicht werden könne. Die anderen hielten ihn deshalb für zu radikal. Die Problematik seiner revolutionären Ideologie, dass eine Revolution „ohnehin nicht durch einen Beschluss möglich ist“<sup>170</sup>, leuchtete auch ihm ein. Doch auch den Zustand der permanenten Revolution, den schon längst nicht funktionierenden Zustand der kommunistischen Propaganda, lehnte er ab. Andererseits hatte er Einwände gegen den Elitarismus der oppositionellen Bewegung gegenüber dem „Demokratismus“, was er nicht zur Sprache brachte, damit es nach außen „nicht so aussehen sollte, dass selbst jene zwanzig Leute sich miteinander streiten würden“<sup>171</sup>, doch vom Westen aus gewann er die Überzeugung, dass er das hätte schreiben müssen. Dass sich das Interview schon anfangs so ausführlich mit den inneroppositionellen Konflikten beschäftigte, lag am Fragenden und vielleicht auch daran, dass Krassó auch zu denen Kontakte unterhielt, die die Gegensätze in Anschauungsverschiedenheiten sahen. „Ideologisch propagieren sämtliche oppositionellen Bewegungen die Demokratie, ohne sie jedoch unbedingt zu realisieren.“<sup>172</sup> Krassó begann, nach dem Fehler im Mechanismus zu suchen. Er verharrte nicht in der Kritik am Beszélő-Kreis, wurde nicht persönlich. In der Praxis konnte er die Einteilung der Opposition in professionelle Oppositionelle und nur Proteste Unterschreibende nicht billigen. Das gehe einher mit dem Schwund derer, die sich gern einer oppositionellen Gruppe angeschlossen hätten. In der Blütezeit der Popularität der Freien Montagsuniversität und des SZETA (Fonds zur Unterstützung der Armen) habe das sehr gut funktioniert.

Ein wichtiger Grund für sein Exil hänge mit der Erkenntnis zusammen, dass „die Emigration

---

<sup>169</sup> ebd., S. 32

<sup>170</sup> ebd., S. 31

<sup>171</sup> ebd., S. 31

<sup>172</sup> ebd., S. 31

die ungarischen Verhältnisse nicht kennt“.<sup>173</sup> Er habe den Informationsdienst Freie Presse „Ungarischer Oktober“ geschaffen und betrieben, damit sich auch die im Westen lebenden Ungarn informieren könnten.

Krassós Verhältnis zu István Siklós, dem Leiter des ungarischsprachigen Senders der BBC, war gut. Siklós stellte Krassó sogar ein Büro zur Verfügung, obwohl dieser nur Außenmitarbeiter war. Nach meinen Informationen wurden die freien Mitarbeiter der BBC gut bezahlt. Ganz im Gegensatz zum Sender Free Europa, wo die Festangestellten besser verdienen.<sup>174</sup> Auch die ungarische Sektion des Senders Free Europe zog aus Krassós Nachrichtendienst ihren Nutzen. Denn die Quelle der Informationen musste genannt werden. Der Sender hatte nur wenige zuverlässige und kontrollierte Nachrichtenquellen<sup>175</sup>. Auch die als Samisdat erscheinende Zeitschrift *Demokrata* übernahm zahlreiche Informationen von Krassó. Unbearbeitet fügten sie diese als Faksimile ein.

Seinen Nachrichtendienst betrieb Krassó nicht als Ein-Mann-Betrieb. Ständig suchte er Mitarbeiter. Mit geringem Erfolg. Er bezahlte eine Stenotypistin oder Sekretärin. Einen muttersprachlichen Englischübersetzer fand er, auch wenn der Ungarisch nicht allzu gut beherrschte. Doch Krassó korrigierte die Missverständnisse. In Ungarn herrschte an Mitarbeitern keine Not. Er bemühte sich ständig, den Kreis zu erweitern. Róza Hodosán<sup>176</sup> lieferte die Nachrichten in Verbindung mit der Opposition telefonisch. Am Donauufer gab es eine vom Innenministerium vermutlich abgehörte Telefonzelle, von der aus mittels einer einzigen Münze zeitlich unbegrenzt Auslandsgespräche geführt werden konnten. Dieses sogenannte kostenlose Telefon schonte Krassó vor einer ohnehin schon schrecklich hohen Telefonrechnung. Seinen Informanten bot er immer einen Rückruf oder ein R-Gespräch an. Seitens des FIDESZ fungierte Gábor Fodor als Verbindungsmann. Doch den von Krassó auf Tonband festgehaltenen Text zur Parteigründung übermittelte Viktor Orbán. Katalin Orzó gab eine Zusammenfassung der ungarischen Presse- und Fernsehnachrichten. Mit Péter Sneé wurden zwecks Informationsweitergabe bis tief in die Nacht reichende Telefongespräche geführt.<sup>177</sup> „Der Informationsdienst hat ein einziges Grundprinzip: Genauigkeit und Wahrheit.“<sup>178</sup> Dennoch wurde er oft kritisiert, er „diskriminiert und übertreibt“<sup>179</sup>, er sei ungenau beziehungsweise verschweige Nachrichten. Dabei war er bemüht, seine persönlichen Ansichten von der informatorischen Arbeit zu trennen. Der Vorwurf der Diskriminierung ging darauf zurück, dass es einerseits „Embargonachrichten“ gab, die er zwar kannte, aber nicht berichten durfte, und dass er andererseits keine „Werkstattgeheimnisse“ preisgab, um damit keinen Schaden anzurichten. Verschweigen und

---

<sup>173</sup> ebd., 1989/I, S. 32

<sup>174</sup> Tamás Fótis persönliche Mitteilung

<sup>175</sup> Levente Kaszas persönliche Mitteilung (in den Sendungen des Senders Free Europe agierte er als László Kasza)

<sup>176</sup> Róza Hodosáns persönliche Mitteilung

<sup>177</sup> Interview mit Péter Sneé, Interviewer: Gabriella Kinda, 18. Juli 2014

<sup>178</sup> *Demokrata* 1989/1 S. 32, OSA 397-0-1/ 2. Karton

<sup>179</sup> ebd., S. 32

Ungenauigkeit ergaben sich daraus, dass er von einem Teil der Opposition, der populistischen Opposition, keine direkten Informationen erhielt, „jedoch heftige Vorwürfe, wenn ich in Verbindung mit ihr etwas ungenau sage, was ich aus zweiter oder dritter Hand erfahren habe oder etwas nicht sage, was ich doch nicht weiß.“<sup>180</sup> Er freute sich ausgesprochen, wenn er vom Demokratischen Forum oder der Bajcsy-Zsilinszky-Gesellschaft Informationen bekam. Bevor Mihály Horváth<sup>181</sup> tödlich verunglückte, unterhielt er zu diesem Kontakt.

Wie bereits erwähnt, war Krassó auch Vorsitzender des Londoner Ungarnvereins. Diesen Posten hatte er einerseits deshalb übernommen, um die Asylverfahren der Neuankömmlinge günstig zu beeinflussen, andererseits deshalb, um für die Londoner Ungarn Veranstaltungen organisieren zu können. Beispielsweise hielt dort Sándor RácZ einen Vortrag. Oder die Unabhängige Künstlergruppe Inconnu war mit einer Ausstellung vertreten. Auch eine Straßendemonstration zum 30. Jahrestag der Revolution organisierte er.

„... massenhaft erreichen mich Bitten, ich solle bestätigen, dass der Betroffene eine gefährliche oppositionelle Aktivität betrieben habe, wofür er bei einer Rückkehr nach Ungarn aufgehängt werden würde, sage ich etwas überzogen. Man gerät in ein moralisches Dilemma: Soll man jemandem ein Schriftstück ausstellen, wenn der Betreffende nichts getan hat oder lediglich ein Sympathisant war? Ja oder nein? Ganz davon abgesehen, dass so ein Papier ohnehin nichts bewirkt? Ich habe im Allgemeinen in der Überzeugung, dass auch der Westen sein Geld wert sei, etwas geschrieben. Das war das Wenigste, was ich tun konnte. Um dreißig Leuten zum Asyl zu verhelfen, kann man manchmal auch etwas auf Kosten der Wahrheit sagen. Manchmal aber gibt es ziemlich übertriebene Dinge.“<sup>182</sup>

Ein junger Mann gab sich in seinem Asylantrag als Krassós Sohn aus, weshalb der Vorsitzende des Londoner Ungarnvereins die Unterschrift verweigerte.

Die Öffentlichkeitsarbeit beanspruchte den größten Teil seiner Zeit. Als Folge davon schaffte er es nicht, seine englischen Sprachkenntnisse zu vervollkommen, was Voraussetzung gewesen wäre, um sich in der englischen Massenkommunikation zu etablieren.

Aus dem Westen bat er die in Ungarn Gebliebenen um Vertrauen und Informationen.<sup>183</sup> Der Opposition gewährte er bei deren Samisdatarbeit Hilfe.

„Ich kann Bücher besorgen, Material zur Vervielfältigung (Druckerschwärze, Papier zur Hektographie, Hefter). Solche Wünsche erfülle ich immer. Früher oder später finde ich Möglichkeiten für den Transport nach Ungarn. (...) Prinzipiell kann ich geschnittenes Hektographenpapier schicken, wodurch im Wesentlichen

---

<sup>180</sup> ebd., S. 33

<sup>181</sup> Mihály Horváth (1953 – 1988), Mitglied der Opposition, Leiter des Rakpart-Klubs. (Quelle: Gabriella Béki: In memoriam Mihály Horváth, Szamizdat Beszélő, Nr. 25, 1988/3)

<sup>182</sup> Demokrata 1989/1, S. 33

<sup>183</sup> ebd.

mittels hektographischen Vervielfältigungsverfahrens die Herausgabe gedruckter Bücher möglich wird.“<sup>184</sup>

Auch seine Meldungen schickte er nach Ungarn. Doch ansonsten schrieb er wenig.

Gorbatschow gegenüber war er skeptisch. Später gab er seinen Irrtum zu. „Diese Sache mit Gorbatschow wird sich so oder so entscheiden.“<sup>185</sup> Die Legalisierung der Opposition dagegen sah er voraus. „Die Opposition wird sich legalisieren. Und viele neue Gruppen werden sich ihr anschließen.“<sup>186</sup> Die Arbeit des FIDESZ unterstützte er: „Einstweilen arbeitet er sehr schön. Ich hoffe nur, dass ihm der Erfolg nicht zu Kopf steigen wird.“<sup>187</sup>

Die Schwierigkeiten sah Krassó nicht in der Ablösung der Ideologien, sondern in den persönlichen Problemen und intuitiven Automatismen: „Ich hoffe, die Mitglieder der oppositionellen Gruppen Ungarns werden die Demokratie nicht nur in Worten, sondern auch in der Praxis und kraft ihrer Persönlichkeit repräsentieren.“<sup>188</sup> Seine eigene Aufgabe im Westen sah Krassó in der Informationstätigkeit: „Es genügt nicht, Geschichte zu machen, man muss auch darüber berichten. Denn gleich was gemacht worden ist, wenn die Welt davon nichts erfährt, dann ist es so, als wäre es gar nicht geschehen.“<sup>189</sup>

### 3.6. 1989 noch in London

1989 war das Jahr der Wende. Für eine Analyse der politischen Veränderungen in Ungarn ließ die BBC Krassó zweimal zu Wort kommen. Am 12. Februar 1989 war das Mehrparteiensystem im Rahmen eines Interviews das Thema. Vor allem über die machttaktischen Spiele innerhalb der MSZMP untersuchte er die Aussichten einer Demokratisierung. Schon damals drehte sich vieles um den Bewertungswandel hinsichtlich der 1956er Ereignisse. Im Mai 1988 musste Kádár gehen.<sup>190</sup> Der Gesellschaftsvertrag der demokratischen Opposition Ungarns<sup>191</sup> begann mit der Forderung nach Kádárs Rücktritt. Das war nicht ohne Wirkung geblieben. Krassó lebte damals schon in London. Er vertrat innerhalb der Gruppe eine feindselige Haltung gegen Kádár am konsequentesten. Pozsgay war diese Haltung zu radikal, weshalb er den von der Opposition ausgearbeiteten Programmentwurf

---

<sup>184</sup> ebd., S. 34

<sup>185</sup> ebd., S. 33

<sup>186</sup> ebd.

<sup>187</sup> *Demokrata* 1989/1, S. 34

<sup>188</sup> ebd., S. 34

<sup>189</sup> ebd., S. 35

<sup>190</sup> János Kádár (1912 – 1989) Entfernung aus der Macht erfolgte in zwei Phasen: Am 22. Mai 1988 wurden ihm seine Machtbefugnisse genommen, er wurde von seinen Pflichten als Generalsekretär der Partei entbunden. Doch namentlich blieb er Vorsitzender der Partei. Am 12. April 1989 wurde er auch als Parteivorsitzender abgelöst und aus dem ZK verabschiedet.

<sup>191</sup> Der Gesellschaftsvertrag der demokratischen Opposition Ungarns erschien am 10. Mai 1987/2 in einer Sonderausgabe der Samisdatzeitschrift *Beszélő*. [Társadalmi szerződés | Beszélő beszelo.c3.hu/cikkrovatok/836](https://www.beszelo.c3.hu/cikkrovatok/836)



und eine Zusammenarbeit mit ihr ablehnte.<sup>192</sup>

„Kádár hat die ihm drei Jahrzehnte lang zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nicht genutzt, um die mit dramatischer Wucht sich meldenden Forderungen [nach einem Mehrparteiensystem und nach Neutralität] zu erfüllen. Auf dem Parteitag vom vergangenen Mai hat sich eine Gruppe gebildet, die Kádárs Ablösung betrieb, Vertreter, die Ordnung machen und Reformen wollten. Die Reformer unterstützten auch die unabhängigen demokratischen Bewegungen. Im Verlauf des von den Parteiführern im Mai getroffenen Kompromisses gelangte Károly Grósz als Vertreter einer Ordnungspartei an die Macht. Doch wichtige Positionen erhielten auch die Reformanhänger. In der Partei kam also keine Einheit zustande, und Grósz vermochte den Geist der Unzufriedenen nicht in die sprichwörtliche Flasche zurückzupressen. Er verlor sogar das Vertrauen seiner Anhänger. Er erwies sich als unfähig, auch nur ein einziges gesellschaftliches Problem Ungarns zu lösen. Die drastischen Preiserhöhungen und sein schändliches Spitzentreffen im rumänischen Arad [mit dem rumänischen Diktator Ceaușescu], sein halsstarrer Standpunkt zur 56er Revolution und zur Freiheit, sein Festhalten am gelegentlichen Polizeiterror führten dazu, dass erneut die Lage vom vergangenen Mai eintrat. Jetzt forderten auch die innerparteilichen Ordnungsanhänger, die Konservativen und die Reformkräfte eine neue Politik. Doch letztere führten dazu, dass die innerhalb eines Jahres unglaublich erstarkten unabhängigen Bewegungen an Einfluss gewannen. Nun versuchte Imre Pozsgay, die sich Grósz entgegenstellenden Kräfte zusammenzufassen.“<sup>193</sup>

Am 28. Januar 1989 bezeichnete Imre Pozsgay im Radio Kossuth die Revolution von 1956 als Volksaufstand und kritisierte Károly Grósz in der Hoffnung, von ihm die Reformanhänger auf seine Seite zu ziehen und so die Macht zu erringen. Nach Krassó hielt er sich aber den Weg für eine Kehrtwende offen.

„Der 28. Januar, so glaube ich, als aus Pozsgays Mund der Begriff des Volksaufstands zu hören war, das war eine Art Wendepunkt. Dem folgten dann heftige Diskussionen, und man versuchte nicht einmal, innerhalb der Parteiführung eine Scheineinheit aufrechtzuerhalten. (...) Vielleicht nie oder erst Jahre später werden wir erfahren, ob Pozsgay für seine Aktion vom 28. Januar irgendeine Ermunterung aus der Sowjetunion erhalten hat. Jedenfalls sah er die Zeit für gekommen, innerhalb der Partei eine Entscheidung zwischen Reformern und Konservativen oder Stalinisten herbeizuführen. Grósz' Popularität stand auf einem Tiefpunkt und tut es auch heute noch. Ausgerechnet in den Tagen vor weiteren Preiserhöhungen, den zweiten schon in diesem Jahr, meldete sich Pozsgay zu Wort, noch dazu zu einem Zeitpunkt, als Károly Grósz sich in der Schweiz aufhielt. Pozsgay suchte sich ein Gebiet aus, auf dem er sich leicht verteidigen und in der Gesellschaft sehr große Popularität erringen konnte. Er sprach vor allem über 1956 und auch das ziemlich vorsichtig. Das können wir jetzt schon sehen. Er sprach von einem Volksaufstand. Vorsichtig, das sage ich deshalb, weil er sich nicht festlegte, ob er dies für den gesamten Zeitraum meinte oder nur für den Anfang der Bewegung. Auf die Weise kann er dann später leicht den Rückzug antreten. Doch unter Pozsgays Äußerungen gab es auch andere, deren Bedeutung vielleicht noch größer war. Auch Kádárs Politik der letzten dreißig Jahre kritisierte er. Und man müsse untersuchen, warum die Dinge seit Mai [1988] so langsam vorangingen. Das war schon ein direkter

<sup>192</sup> Interview mit Ferenc Kőszeg, Interviewer: Gabriella Kinda, 4. Mai 2016

<sup>193</sup> OSZK TIT BBC huncd0293\_05 (07:52) (12. Februar 1989., Péter Sándorov zum Mehrparteiensystem, Krassó-Zitat

Károly Grósz war seit dem 22. Mai 1988 nach Kádars Machtentbindung Generalsekretär der MSZMP (Sozialistische Arbeiterpartei Ungarns) bis zu ihrer Auflösung. Doch Ungarns Ministerpräsident ab 24. November 1988 war bereits Miklós Németh. Aus der Sicht der Popularität des Ministerpräsidenten, das heißt des Vorsitzenden des Ministerrats, war es wichtig, wie er zu 1956 Stellung bezog. Grósz hatte schon wenig zu verlieren. Aus seiner Abgrenzung zu Pozsgays Erklärung konnte man sehen, dass er über Miklós Németh die Macht noch in Händen hielt. Laut Krassó war die Behauptung, Pozsgay habe seiner persönlichen Meinung Ausdruck verliehen, eine ungeschickte Taktik. Das traf ja auch nicht zu. Als bald stellte sich heraus, dass die extra damit beauftragte historische Unterkommission der MSZMP vorschlug, statt Konterrevolution den Begriff des Volksaufstands anzupeilen.

„Miklós Németh und Károly Grósz nahmen sofort den Fehdehandschuh auf. Beide erklärten mit einer aus ihrer Sicht ziemlich ungeschickten Taktik, Imre Pozsgay habe seine persönliche Meinung kundgetan. Dabei hatte Pozsgay die Meinung einer wissenschaftlichen Kommission artikuliert. Also gab Iván T. Berend, Präsident der Akademie der Wissenschaften, im Sender Kossuth in einer langen Erklärung kund, woraus hervorging, dass es sich nicht um Pozsgays Privatmeinung gehandelt habe. Pozsgay unternahm bereits in der ersten Woche zahlreiche Gegenschritte. Die Berichterstattung, außer Berends Erklärung, war in seiner Hand. Rundfunk, Fernsehen und die Filmrevue beschäftigten sich allesamt mit dem 56er Thema.<sup>195</sup> Károly Grósz und seine Leute unternahmen dagegen nur schwache Schritte.“<sup>196</sup>

Krassó war überzeugt davon, dass auch damals alle Momente des ungarischen Schicksals in Moskau entschieden wurden. Damit war er nicht allein. Er beobachtete die aus Moskau kommenden Reaktionen auf Pozsgays Erklärung. Doch auch sie waren widersprüchlich, führten zu nichts.

„Die ganze Partei wartete auf Signale aus Moskau. Das sowjetische Akademiemitglied Bogomolow erklärte, Ungarn könne vielleicht nach schwedischem oder österreichischem Muster eine Demokratie werden. Diese Erklärung wurde im Allgemeinen als Unterstützung Pozsgays interpretiert. Gleichzeitig aber wurde Károly Grósz von Gorbatschow zu einem Treffen nach Moskau eingeladen, was als Unterstützung für Károly Grósz gewertet werden könnte.“<sup>197</sup>

---

<sup>194</sup> ebd.

<sup>195</sup> Gezeigt wurden seit Jahren in einem Karton verschwundene Filme, Judit Embers und der Film des Unternehmens Schwarze Schachtel. 56er sprachen in Rundfunk und Fernsehen. Eine unabhängige Organisation startete zu Pozsgay Verteidigung eine Unterschriftenaktion. Fünfzehn unabhängige Organisationen ergriffen Partei für Pozsgay.

<sup>196</sup> Eine Erklärung gab der Sinologe Ferenc Tókei ab, der gleichfalls Mitglied der wissenschaftlichen Unterkommission war. In Székesfehérvár /Stuhlweißenburg/ hielt Károly Grósz eine Aktivistensitzung ab, worüber die ungarischen Massenmedien jedoch nicht berichteten. In den letzten Tagen geschahen noch einige wichtige Dinge. Am Dienstag eine Arbeiterversammlung, organisiert von der offiziellen Gewerkschaft, auf der ein kritischer Standpunkt gegenüber der Regierung und auch Pozsgay gegenüber eingenommen wurde. Am Mittwoch wurden den Arbeitern vom Landesinteressenverband einige kleine Zugeständnisse gemacht.

<sup>197</sup> OSZK TIT BBC huncd0293\_05 (07:52) (12. Februar 1989., Péter Sándorov zum Mehrparteiensystem), Krassós

Krassó wollte sich nicht auf Prophezeiungen einlassen.<sup>198</sup> Dennoch nahm er den weiteren Zerfall der Staatspartei und die weitere Erstarkung der unabhängigen Bewegungen vorweg, wozu er mit seiner Londoner Freien Presse und der Budapester Parteigründung beigetragen hat. Selbst zur Systemwende kam es zu keiner Spaltung der MSZMP, wurde sie doch durch sehr starke Interessen zusammengehalten. Darin jedoch täuschte er sich, dass Imre Pozsgay die politische Macht übernehmen würde. Doch es war tatsächlich nicht vorhersehbar, dass Pozsgays Wahl zum Staatspräsidenten durch einen Zusammenschluss des SZDSZ und des FIDESZ sowie durch eine Volksabstimmung vereitelt werden würde. Krassó vertraute darauf, dass 1989 in Ungarn die Demokratie aus der Taufe gehoben werden würde, die letztlich nicht seinen Vorstellungen entsprach. Zugleich aber sah er genau den Mechanismus, dass nämlich die Staatspartei durch Teilung und Korrumpierung der Opposition das Mehrparteiensystem behindern würde.

In einer Rundfunksendung vom April 1989<sup>199</sup> war von einer Analyse die Rede, die die MSZMP auf einer Politbürositzung am 12. April vorgenommen hatte, von Personalwechsel und politischer Bestandsaufnahme. Die Umstrukturierungen innerhalb der MSZMP wirkten sich auch bestimmend aus auf eine Verschiebung hin zur Demokratie. Grósz' Unterstützer, die sogenannten Orthodoxen, die Krassó einmal Ordnungsanhänger, einmal Konservative und dann wieder Stalinisten nennt, gaben, um eine Spaltung der Partei zu vermeiden, dem Reformflügel nach, der in der Hoffnung auf einen Machterhalt der MSZMP der Opposition mehr politischen Spielraum gewährte. Beide Flügel, Kádárs letzte Anhänger, bemühten sich um eine Entfernung der Zentristen, damit die Umbewertung von 1956 unter dem Einfluss der MSZMP bleiben sollte.

„...Der Personenwechsel zeigt, dass der Zerfall der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns weiter voranschreitet und zugleich innerhalb der Partei zu einer Polarisierung führt. Das verstehe ich so, dass die Anzeichen in der Parteiführung auf Verschärfung der Gegensätze stehen und auch die letzten Zentristen abserviert werden, nachdem im vergangenen Jahr das Zentrum mit vereinter Kraft von Reformern und konservativen Führern János Kádár und seine Mitarbeiter aus der Macht entfernt haben. (...) Mit deren Ablösung, so könnte ich sagen, hat sich das Bild vereinfacht. Die Zahl der Politbüromitglieder nahm weiter ab, eine Entwicklung, die schon im letzten Mai eingesetzt hat. Jetzt sind sie nur noch zu neun<sup>200</sup>. Die ungerade Zahl mag sogar gut sein, weil die Körperschaft so wenigstens entscheidungsfähig ist. Denn in solchen Momenten gibt man sehr darauf Acht, dass das Gleichgewicht gewahrt bleibt. (...) Die gegenwärtigen Proportionen sind die gleichen wie zuvor, nur ein bisschen besser berechenbar.“<sup>201</sup>

---

Zitat

<sup>198</sup> ebd.

<sup>199</sup> OSZK TIT BBC huncd03\_03\_06 (07:26) (13. April 1989, Wahlen in Ungarn)

<sup>200</sup> Politbüromitglieder der MSZMP zwischen 12. April und 24. Juni 1989: Károly Grósz, Csaba Hátori, Pál Iványi, Mihály Jassó, Miklós Németh, Rezső Nyers, Imre Pozsgay, Ilona Tatai, Pál Vastagh. Bis zur Auflösung der Staatspartei am 7. Oktober 1989 funktionierte ein vierköpfiges Präsidium: Károly Grósz, Miklós Németh, Rezső Nyers und Imre Pozsgay.

<sup>201</sup> OSZK TIT BBC huncd0303\_06 (07:26) (13. April 1989, Veränderungen in Ungarn), Krassó-Zitat

Krassó untersuchte die Kräfteverhältnisse innerhalb der MSZMP über die Ablösung von vier Mitgliedern des Politbüros<sup>202</sup> und die Wahl zweier neuer Mitglieder<sup>203</sup> beziehungsweise über die Erweiterung des Zentralkomitees um zehn Mitglieder. Gesondert ging er auf die Person des Ministerpräsidenten Miklós Németh ein, der von Grósz zu den Reformern übergelaufen war. Denn in der Demokratie wird sich die Exekutivgewalt in Ungarn mit der Institution des Ministerpräsidentenamts verbinden. Die Entscheidungen werden nicht in der Parteizentrale und nicht in Moskau gefällt.

„Miklós Németh galt bisher als engster Mitarbeiter von Grósz. Doch mehrere Anzeichen deuten darauf hin, als würde er zum Reformflügel überlaufen. (...) Dieses Gleichgewicht waren sie bemüht aufrechtzuerhalten, auch innerhalb des Zentralkomitees, denn während die Mitgliederzahl des Politbüros abgenommen hat, wuchs die Zahl der ZK-Mitglieder an. (...) Doch sie waren sehr bedacht (...) auf die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts.“<sup>204</sup>

Aus innenpolitischer Sicht waren für Károly Grósz die Rehabilitierung der Revolution von 1956 sowie der Dialog des Reformflügels mit der Opposition ungünstig. Auch von Gorbatschow konnte er sich keine Unterstützung erhoffen. Interessanterweise äußerte sich Krassó zu Gorbatschow früher zurückhaltend. Doch im Frühjahr 1989 begriff er, dass der Wind aus Moskau in Richtung Öffnung blies.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass György Krassós dreieinhalb Jahre währendes Westexil mit der Vorbereitungsphase der Systemwende zusammenfiel, als sich sowohl bei der Machtelite als auch der Gegenelite Ungarns große Veränderungen vollzogen. Auf Seiten der Machthaber fanden Führungswechsel statt, und auch die Dominanz der Staatspartei war im Niedergang begriffen. János Kádárs seit den Ereignissen von 1956 ausgeübte Macht ging ihrem Ende entgegen. Die Regierungsgeschäfte des an seine Stelle getretenen Károly Grósz wurden alsbald vom Volkswirt Miklós Németh übernommen, die politische Führung vom Reformkommunisten Imre Pozsgay. Die bis dahin als feindselig eingestufte Opposition, die sich in der Illegalität befand, vom Staatssicherheitsdienst beobachtet und schikaniert wurde, fand den Weg in die Legalität, schuf politische Organisationen. Dies sowohl im rechten als auch linken Spektrum.

György Krassós Aufenthalt in London entsprach einem erzwungenen Exil, da ihm die ungarischen Behörden eine Verlängerung seines Ausreisevisums verweigert hatten. Das Interview über den eigenen Lebensweg, das er einem Mitarbeiter der BBC gegeben hatte, begründete

<sup>202</sup> János Lukács, János Berecz, Judit Csehák, István Szabó

<sup>203</sup> Mihály Jassó und Pál Vastagh

<sup>204</sup> OSZK TIT BBC huncd0303\_06 (07:26) (13. April 1989. Veränderungen in Ungarn), Krassó-Zitat

einerseits seine Beziehung zu dem Rundfunksender, andererseits, da er auch über seinen bewaffneten Kampf während der Revolution von 1956 berichtet hatte, schien eine Rückkehr nach Ungarn nicht geraten zu sein. Sein Aufenthalt in den Vereinigten Staaten im Frühjahr 1986 ging mit dem Ausbau seiner Beziehungen zu hohen Machtkreisen einher. Die Visumangelegenheit wirkte sich darauf förderlich aus. Die zwecks Unterstützung des demokratischen Wandels in Ungarn zustande gekommene Kooperation mit den USA ermöglichte die Schaffung des Informationsdienstes Freie Presse „Ungarischer Oktober“ mit Sitz in London. Hierbei handelte es sich um einen privaten Nachrichtendienst, der tagesaktuelle und zuverlässige sogenannte Meldungen über die Geschehnisse in Ungarn herausgab. Sie wurden von der BBC, dem Sender Free Europe, den ungarischsprachigen Medien im Westen und den ungarischen Samisdatzeitschriften verwertet. Die Finanzierung wurde durch entsprechende Unterstützungsanträge bei amerikanischen Stellen gewährleistet, zu einem geringeren Anteil durch Vorbestellungen. Krassós Rundfunkhonorare waren für die Sicherung seiner Alltagsexistenz ausreichend. Im Betreiben seines Nachrichtendienstes fand er jene Aufgabe, durch deren Bewältigung er dem ungarischen Systemwechsel zu dienen vermochte. Es handelte sich insofern um einen professionellen Nachrichtendienst, als er die zu ihm gelangten Informationen unabhängig von deren politischer Ausrichtung weiterleitete, obwohl für ihn selbst ein speziell radikaler, revolutionärer und radikal antikommunistischer Ton typisch war.

#### 4. Wiederbeerdigung von Imre Nagy und seinen Gefährten

Am 16. Juni 1989, dem Tag der feierlichen Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten, deuten die sich um György Krassó Person herausgebildeten Gegensätze auf die Schattenseite des demokratischen Wandels in Ungarn hin. Schon vor seiner Rückkehr am 12. Juni 1989 bestanden Gegensätze zwischen dem Komitee zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit (TIB) und der Unabhängigen Künstlergruppe Inconnu (im Weiteren: Inconnu), deren Mitglieder für die unbezeichneten Gräber der Märtyrer von 1956 Holzgrabmale angefertigt hatten. Der Konflikt hatte sich insofern gelöst, als deren Aufstellung am 5. beziehungsweise 6. Juni auf dem Rákoskeresztúrer Neuen Friedhof erfolgt war. Doch die für den Tag der Wiederbeerdigung 15 Uhr angekündigte Einweihung der Holzgrabmale blieb in der Schwebelage. Nachdem das TIB einer Teilnahme der an der Macht befindlichen Politiker an der Wiederbeerdigung zugestimmt hatte, suchte der radikale Flügel der demokratischen Opposition Ungarns nach einer Protestmöglichkeit. György Krassó, der sich politischen Kompromissen widersetzte, machte sich an die Organisation eines Sondergedenkens, das er für nachmittags halb zwei auf dem Heldenplatz ansetzte, einem Zeitpunkt zwischen den beiden TIB-Veranstaltungen, dem Gedenken auf dem Heldenplatz und dem Abschied auf dem Rákoskeresztúrer Neuen Friedhof. Mark Palmer, der amerikanische Botschafter in Budapest, verhinderte das Sondergedenken, indem er Krassó und seinen Mitstreitern eine Fernsehsendung in Aussicht stellte, worin sie ihrer Meinung Ausdruck verleihen könnten.

Krassó missbilligte auch, dass die Organisatoren die interessierte Masse von der Beerdigungsfeier ausgeschlossen hatten. Zwar besaß er eine Einladung, doch er schloss sich dem offiziellen Trauerzug nicht an, weil er die Polizeibegleitung für absurd hielt. Auf dem Friedhof wurde ihm und seinen Anhängern der Zutritt von den MDF-Ordnern verwehrt. Aus Solidarität machte er von seiner Einladung keinen Gebrauch. Zusammen mit seinen Sympathisanten wartete er am Friedhofstor, bis die offizielle Trauerfeier beendet war und sich das Tor wieder für alle Besucher öffnete.

György Krassó durfte weder auf der Wiederbeerdigungsfeier für Imre Nagy und seine Gefährten auf dem Heldenplatz noch auf der Parzelle 301 eine Rede halten. Die Staatssicherheitsakten erwecken den Anschein, dass er letztendlich für seine Rede auch den Schauplatz der Holzgrabmaleinweihung akzeptiert haben würde, doch das TIB vereitelte sogar diesen Plan. Krassós Kritik an der Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten wurde im zweiten Kanal des Ungarischen Fernsehens in der Sendung des *Napzárta* (Tagesausklang) nicht direkt gesendet. Die auf Anweisung zu drehende Gegenseitige Sendung wurde durch den Rücktritt des für politische Sendungen zuständigen Redakteurs verhindert. Krassós Verdrängung von der

Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten bestimmte dessen eingenommenen Platz in der Systemwende und seine Einschätzung der Demokratiebewegung in der Periode bis zu seinem anderthalb Jahre später eingetretenen Tod.

#### 4.1. Politische Bedeutung der Wiederbeerdigung von Imre Nagy und seinen Gefährten für die ungarische Systemwende

Die ungarische Systemwende, die im weitesten Wortsinn von Kádárs Entfernung aus der Macht bis zum Abschluss der Mehrparteienwahlen dauerte, ging mit mehreren Parallelentwicklungen einher. Neben der Umbewertung der 1956er Ereignisse kamen den Verhandlungen am Runden Tisch<sup>205</sup>, an dem die Verfassungsänderung und das Wahlrechtsgesetz hinsichtlich ihres politischen Inhalts vorbereitet wurden, den Demonstrationen gegen das tschechoslowakisch-ungarische Gemeinschaftsprojekt einer Umleitung der Donau und der Öffnung der Westgrenze eine bedeutende Rolle zu. Der Bau des Staudamms von Gabčíkovo–Nagymaros wurde von der Regierung Németh auf gesellschaftlichen Druck am 10. September 1989 eingestellt. Gleichfalls am 10. September 1989 wurde nach einer Übereinkunft höchster sowjetischer und bundesrepublikanischer Führer um Mitternacht die österreichisch-ungarische Grenze geöffnet. Eng verknüpft mit der 1956er Revolution waren zwei Ereignisse der Systemwende: die Wiederbeerdigung von Imre Nagy und seinen Gefährten am 16. Juni 1989 sowie am 23. Oktober 1989 das Gedenken an den Ausbruch der Revolution vor dreiunddreißig Jahren.

Die politischen Bestrebungen der 56er Verurteilten verflochten sich mit der innenpolitischen Wende und den außenpolitischen Interessen des Landes. Die Außenpolitik Ungarns zur Zeit der Wende wurde von zwei neuen Faktoren bestimmt, nämlich von der getroffenen Entscheidung zur Flüchtlingsfrage und von ihrer Einstellung zum ungarischen Westexil. Die Wirtschaftprobleme, die eigentlich die Krise des Kádár-Regimes eingeleitet hatten, ließen sich auch mit Hilfe von Westkrediten nur vorübergehend beheben.

Die nach der 1956er Revolution Geflüchteten hatten am ungarischen Westexil einen beträchtlichen Anteil. Vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika wurde Einfluss ausgeübt, die Regierungen der Aufnahmeländer sollten von der auf finanzielle Hilfe angewiesenen ungarischen Führung verlangen, ihren Standpunkt in der 56er Frage zu ändern, denn vielen immer älter werdenden Exilanten wurde ein Besuch ihrer Heimat verwehrt.

Die Annäherung zwischen Gorbatschow und Reagan, die finanziellen Schwierigkeiten der kommunistischen Länder und deren Reformversuche bedeuteten noch lange nicht den Fall des Eisernen Vorhangs. Die Entscheidung der Regierung Németh, die technischen Grenzsicherungen

<sup>205</sup> Die Verhandlungen des Nationalen Runden Tisches dauerten vom 13. Juni bis 18. September 1989. Der SZDSZ und der FIDESZ unterzeichneten die Schlusserklärung nicht. Das führte zur Ausschreibung der Vier-Ja-Volksabstimmung.

abzubauen<sup>206</sup> und schließlich die Grenzöffnung<sup>207</sup> waren ein bedeutendes Moment für die im Sowjetblock eingetretene Neuordnung. In der Sowjetunion brachte Gorbatschow Reformen auf den Weg und gestattete den zu seiner Einflussphäre gehörenden Ländern die Durchsetzung eigener politischer Bestrebungen. Ungarn entschied sich für eine verhandlungsorientierte friedliche Umgestaltung, folgte dem Muster Polens und der Tschechoslowakei. Eine Umgestaltung durch Verhandlungen indes wäre nicht möglich geworden, wenn die politische Führung nicht dazu gezwungen gewesen wäre. Hierbei ist nicht nur von den Verhandlungen am Runden Tisch die Rede, sondern auch von den zeitlich vorausgegangenen Verhandlungen seitens des Komitees zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit in Verbindung mit der Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten. In der ersten Gesprächsrunde mit den dafür Zuständigen im Justizministerium wurden die Exhumierungen besprochen. Später trafen Vertreter des Komitees György Fejtő, einen Anhänger ordnungspolitischer Maßgaben, der den Heldenplatz als Schauplatz für die Wiederbeerdigung ablehnte. Doch der als Reformkommunist geltende Innenminister István Horváth hatte bereits zugestimmt, und schließlich wurden die Vertreter des TIB auch von Regierungschef Miklós Németh empfangen. Die Wiederbeerdigung wirkte sich auch auf die Verhandlungen am Nationalen Runden Tisch aus. Die MSZMP erkannte, dass sie sich zuvor noch mit den Mitgliedern des Oppositionellen Runden Tischs einigen müsste, damit ihr nicht die Zügel aus der Hand genommen würden. Deshalb meldeten die Verhandlungsparteien am 13. Juni 1989, also noch drei Tage vor der Wiederbeerdigung, offiziell den Verhandlungsbeginn an.

Wissenschaftlichen deutschen Erörterungen<sup>208</sup> zufolge ist die ungarische Systemwende das Verdienst der 1989 an der Macht befindlichen MSZMP, resultierend aus der Geste der Grenzöffnung, vor allem also das Verdienst von Außenminister Gyula Horn<sup>209</sup>, der am 27. Juni 1989 zusammen mit dem österreichischen Außenminister Alois Mock den Stacheldraht durchtrennte. Nach Gyula Horns Tod beginnt das Verdienst auf den einstigen Ministerpräsidenten Miklós Németh abzustrahlen. Wie aus dessen Gesprächen mit Andreas Oplatka<sup>210</sup> hervorgeht, zu Recht. Aus ungarischer Sicht kann der Systemwechsel von 1989/90 vollkommen anders interpretiert, kann der Opposition eine vorrangige Rolle zugeschrieben werden. Gyula Horn leistete

---

<sup>206</sup> Am 13. Februar 1989 kommen Regierungschef Miklós Németh und der österreichische Kanzler Franz Vranitzky darin überein, die technischen Grenzsicherungsanlagen abzubauen. Am 2. Mai 1989 beginnt der Abbau der Grenzsicherungsanlagen an der österreichisch-ungarischen Grenze.

<sup>207</sup> Nach Vereinbarungen mit der sowjetischen und der bundesrepublikanischen Führung gab des Németh-Regierung am 10. September 1989 bekannt, dass man um Mitternacht die österreichisch-ungarische Grenze öffnen werde. In den folgenden Tagen machten mehr als 12.000 Ostdeutsche davon Gebrauch, sich in den Westen abzusetzen.

<sup>208</sup> Beispielsweise Andreas Schmidt-Schweizer: *Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002. Von der liberalisierten Einparteiherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase*, R. Oldenbourg Verlag, München, 2007

<sup>209</sup> Gyula Horn (1932 – 2013), Politiker, Volkswirt, 1989 letzter Außenminister vor der Wende in der Regierung Németh, 1994-1998 ungarischer Ministerpräsident.

<sup>210</sup> András Oplatka: *Miklós Németh. „Mert ez az ország érdeke“ (Weil dies im Interesse des Landes liegt)*, Helikon, Budapest, 2014



nach der 1956er Revolution bei der Ordnungsmacht seinen Dienst<sup>211</sup>, das heißt war Teil der Vergeltungsaktionen. Miklós Németh nahm seinen Aufstieg auf der Erfolgsleiter des Einparteiensystems. Schon wegen seines Alters hatte er sich keiner politischen Verbrechen schuldig gemacht. Als Harvard-Stipendiat hatte er auch im Exil lebende 56er kennengelernt.

Unter Berücksichtigung der internationalen politischen Konstellation, der veränderten amerikanisch-sowjetischen Beziehungen setzte innerhalb der Staatspartei eine Neubewertung der 1956er Ereignisse ein. Nach János Kádárs Verdrängung aus der Macht wurde innerhalb der Partei ein Machtkampf zwischen Imre Pozsgay, dem Vertreter des Reformflügels, und Károly Grósz<sup>212</sup>, dem Vertreter der sogenannten orthodoxen Linie, ausgefochten.

Am 22. Mai 1988 wurde Kádár von seinen Pflichten als Generalsekretär der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns (MSZMP) entbunden und aus dem Politbüro (PB), dem höchsten politischen Entscheidungsorgan, ausgeschlossen. Sein Nachfolger wurde Károly Grósz. Noch am 12. April hatte sich der geistig verwirrte János Kádár auf der Sitzung des Zentralkomitees (ZK) der MSZMP in einer Rede lange mit seiner 56er Rolle und mit Imre Nagy beschäftigt, was damals für den um ihren Machterhalt bemühte Staatspartei natürlich nachteilig war. Aus historischer Sicht war dies eine wichtige Rede, wies sie doch auf seine Gewissenskonflikte hin, die ihm die Hinrichtung seines Rivalen Imre Nagy bescherten. Seither zum Vorschein gekommene Dokumente bekräftigen die Annahme, dass die Entscheidung zur Hinrichtung Imre Nagys nicht in der Sowjetunion getroffen wurde. Mit Kádárs Ablösung von all seinen Ämtern nahm die Kádár-Ära auch im staatsrechtlichen Sinn ein Ende.

Als Gnadenakt billigte bereits die Regierung Németh die Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten. Nachdem der historische Unterausschuss des ZK der MSZMP die 56er Ereignisse diskutiert hatte, erklärte Imre Pozsgay<sup>213</sup> am 28. Januar 1989 im Sender Kossuth im Programm *168 Stunden*, dass 1956 ein Volksaufstand stattgefunden habe. Am 11. Februar 1989 bewerteten die ZK-Mitglieder auf einer Sitzung des ZK der MSZMP die Ereignisse von 1956 als Volksaufstand. Allerdings blickten sie nur bis 1956 zurück. Das Problem der in sowjetische Lager verschleppten Ungarn wollten sie nicht auf die Tagesordnung setzen.

Die 56er Frage rückte mit der Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten erneut ins Zentrum internationalen Interesses. Wegen der nationalen Bedeutung war auch die ungarische

---

<sup>211</sup> Von Dezember 1956 bis Juni 1957 gehörte er auf Bitten des ZK der MSZMP der sogenannten Steppjackenbrigade an. Er beteiligte sich 1956 als deren Mitglied an der Verfolgung Aufständischer des Ungarischen Volksaufstands. Die Steppjackenbrigade wurde als Mittel eingesetzt, um die Säuberungswellen nach dem Aufstand durchzuführen. Mit Verweis auf Horns Beteiligung an diesen Aktionen verweigerte ihm Präsident László Sólyom 2007 die Verleihung des Großen Ungarischen Verdienstkreuzes anlässlich seines 75. Geburtstags.

<sup>212</sup> Károly Grósz (1930 – 1995). Politiker, zwischen 25. Juni 1987 und 24. November 1988 Vorsitzender des Ministerrats der Volksrepublik Ungarn. Zwischen 22. Mai 1988 bis 7. Oktober 1989, das heißt nach Kádárs Abdankung bis zur Selbstaflösung der MSZMP, war er Generalsekretär der Partei. Zwischen 19. und 28. Juli 1988 unternahm er einen offiziellen Arbeitsbesuch in den USA.

<sup>213</sup> Imre Pozsgay (1933 – 2016), Politiker, Universitätslehrer

Gesellschaft an der Wiederbeerdigung stark interessiert. Die organisatorische Abwicklung der Beerdigung übernahm die Opposition. Als Organisator trat das Komitee zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit (TIB) auf. Das Ungarische Demokratische Forum (MDF) stellte die Ordnungskräfte. József Antall<sup>214</sup> nahm als späterer MDF-Ministerpräsident nach den ersten Wahlen als Arbeitgeber der Witwe<sup>215</sup> eines wiederbeerdigten Hingerichteten an der Wiederbeerdigung teil.

Warum bedeutete die Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten im Prozess des ungarischen Systemwandels eine Wende? Die Wiederbeerdigung machte eindeutig, dass Ungarn unumkehrbar den Weg der Demokratisierung beschritten hatte. Seitens der Staatspartei und der Regierung waren Gesten freiwilligen Machtverzichts zu beobachten. Beispielsweise im Januar 1989 die Annahme des Gesetzes zum Vereins- und Versammlungsrecht. Doch der größte Schritt war die Genehmigung der Wiederbeerdigung, denn mit dieser Entscheidung wurde die Legitimität der Macht infrage gestellt, zumal das politische System durch die nach der Niederschlagung der Revolution eingetroffenen sowjetischen Militärverbände aufrechterhalten wurde.

Wiederbeerdigungen besitzen in der ungarischen Geschichte Tradition, sind eine Pathosformel nationalen rituellen Handelns. Die Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten fügte sich in diese Tradition ein. Die „nationale Trauer“<sup>216</sup> ist nicht nur ein Gnadenakt und auch nicht politisches Handeln, sondern eine spezielle Lösung, eine symbolische Wende im Endspiel der Einparteiendiktatur, zurückreichend bis zur Geschichte von Kádárs Machterringung, wodurch der Versuch einer Metamorphose, die Rettung der Macht noch kompliziert wurde. Die Konstruktion der Konterrevolution wurde aufgegeben. Károly Grósz gab in Verbindung mit 1956 zwei wichtige Erklärungen ab. Einerseits seien für ihn auch die auf dem Platz der Republik gelynchten Staatssicherheitsdienstler Märtyrer der Revolution<sup>217</sup>, andererseits deute eine „Durchsicht der Dokumente“ in Verbindung mit dem gegen Imre Nagy gefällten Urteil an, dass dieses nicht durch Fakten gestützt werde.<sup>218</sup> Danach konnte die Rückgabe der Toten beginnen, wurde der Weg für eine rechtliche Rehabilitierung freigegeben, die Massenveranstaltung genehmigt. Die erste diesbezügliche Grósz-Erklärung verlautete während seines Amerikabesuchs. Auf seiner gesamten Reise wurde er von Mark Palmer begleitet. Palmer sagte Krassó, dass er die Wiederbeerdigung erledigt habe. Nicht die Ausführung, sondern er habe die politische Möglichkeit geebnet. Es gibt keinen Grund, an dieser Behauptung zu zweifeln, auch wenn bisher keine anderen diesbezüglichen Quellen zum Vorschein gekommen sind. Zumindest der wachsende amerikanische Einfluss auf Ungarn ist mit der Wiederbeerdigung verbunden, der einerseits den in den USA

<sup>214</sup> József Antall (1932 – 1993), erster ungarischer Ministerpräsident nach der Wende

<sup>215</sup> Judit Gyenes (1932 –), Pál Maléters Witwe, arbeitete als Bibliothekarin im Semmelweis Museum. Als dessen Direktor hatte sie József Antall angestellt, um ihr eine Arbeitsstelle zu verschaffen. (Quelle: Judit Gyenes's persönliche Mitteilung)

<sup>216</sup> Die Ausarbeitung des gemeinsamen Plans kommt auf Vorschlag von Sándor Lezsák zustande.

<sup>217</sup> Rede anlässlich von Károly Grósz' USA-Besuch bei einer Begegnung mit ungarischen Emigranten.

<sup>218</sup> Károly Grósz um Imre-Nagy-Prozess auf Youtube.com (heruntergeladen im Juli 2017)

lebenden 56ern zu verdanken ist, andererseits Palmers Engagement für die ungarische Sache.

Die Regierungsseite verkündete einen gesellschaftlichen Konsens, während die Opposition auf Konfrontation setzte. Die Strategie der Opposition bestand darin, die Angst der Macht vor dem Machtverlust durch politischen Druck zu erhöhen, die innenpolitische Lage dahingehend zuzuspitzen, um die Regierung zum Rücktritt zu zwingen. Am 15. März 1989 maß die Opposition ihre Basis, am 16. Juni wollte sie im Rahmen einer politischen Demonstration ihre Stärke zeigen und am 23. Oktober die Macht übernehmen. Ganz so geschah es aber nicht.

Im Frühjahr 1990 verlor die kommunistische Partei bei den Wahlen ihre mehr als vier Jahrzehnte dauernde Herrschaft. Ohne die in der internationalen Lage eingetretenen Veränderungen wäre das unvorstellbar gewesen. Die sowjetische Führung hatte ihre Strategie der Machtausübung geändert, der westliche Teil Europas war wegen der mit der Transformation einhergehenden Interessengegensätze gespalten. Inzwischen meldeten sich auf der innenpolitischen Bühne neue Akteure. Unter der Bürde der auf der Németh-Regierung lastenden Finanzierungs- und Schuldenprobleme waren das ZK und PB der MSZMP und das Innenministerium (im Weiteren BM) zu Zugeständnissen gezwungen. Doch der Anlass der Beerdigung sollte nicht der Tag der Systemwende<sup>219</sup> sein. Die Märzgründung des Unabhängigen Juristenforums führte zu den Verhandlungen am Nationalen Runden Tisch, der seine erste Sitzung am 13. Juni 1989 abhielt. Trotz ihres aufgeblähten Agentennetzes schaffte es die Politische Polizei nicht, die Wiederbeerdigung in der Sache zu beeinflussen. Doch wer von der Wiederbeerdigung eine politische Rehabilitierung der Revolution und des Freiheitskampfes von 1956, eine dauerhafte Erfüllung von Sinn und Ideen der Revolution erwartete, wie György Krassó, der wurde enttäuscht und an den Rand gedrängt.

#### 4.2. Die Politik der Vereinigten Staaten und die Rolle des Botschafters Mark Palmer

Als engagierter Anhänger der Demokratie betrachtete Mark Palmer<sup>220</sup> die Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten am 16. Juni 1989 als Wendepunkt in der Geschichte Ungarns. Den

---

<sup>219</sup> Sitzung des ZK der MSZMP am 28. April 1989, István Horváths Redebeitrag. János Kenedi: Kis állambiztonsági olvasókönyv, október 23. – március 15. – június 16. a Kádár-korszakban (Kleines Lesebuch der Staatssicherheit, 23. Oktober – 15. März – 16. Juni in der Kádár-Ära). Magvető Kiadó Budapest, 1996, II/ S. 241

<sup>220</sup> Mark Palmer (1941 – 2013), USA-Diplomat, Geschäftsmann. Zwischen 1959 und 1963 studierte er Russisch an der Yale University. In dieser Zeit war er für drei Monate Austauschstudent an der Universität in Kiew. Ein Jahr lang arbeitete er bei der New York Times, bevor er in den Foreign Service aufgenommen wurde. Zwischen 1964 und 1966 diplomatischer Dienst in Indien, 1968-1971 in der Sowjetunion, wo er der innenpolitischen Sektion zugeteilt war und die Kontaktpflege zu Dissidenten, die politische Kultur und die jüdische Frage zu seinem Aufgabenbereich gehörten. 1971-1975 war er in der Politikplanung (Policy planning) als Experte für die Sowjetunion und Osteuropa bei der Ausarbeitung strategischer Richtlinien für die Außenpolitik der USA tätig. Jack Matlock war der Leiter des Soviet desk. Auch Joe Neibert gehörte der Mannschaft an. 1975-1978 versah er seinen diplomatischen Dienst in Jugoslawien, ab 1979 in Afghanistan, 1981-1986 erneut in der Sowjetunion. Zwischen 8. Dezember 1986 und 31. Januar 1990 fungierte er als Botschafter der Vereinigten Staaten in Budapest. Er war Henry Fords, Henry Kissingers und auch Ronald Reagans Redenschreiber. Ihm oblag die Organisation des ersten Reagan-Gorbatschow-Treffens.

Posten des amerikanischen Botschafters hatte er ab Ende 1986 inne. Seine diplomatische Tätigkeit wurde von zwei wichtigen Anschauungen geleitet. Der einen zufolge seien die Sowjetunion und Osteuropa Teil des Westens, ein nicht freier Teil, der anderen Anschauung zufolge sei die Revolution eine gute Sache und dürfe nicht vollkommen den Kommunisten überlassen werden.<sup>221</sup> Zur Politik war er durch die Menschenrechtsbewegung gelangt. Von hier leitete er seinen Optimismus und den Glauben an den Sieg der Demokratie ab. Mitte der siebziger Jahre versuchte er, Henry Kissinger davon zu überzeugen, dass der eine Rede über die Demokratie als die Zukunft für die Welt halten müsse. Außenminister Kissinger teilte Palmers idealistische Vorstellungen nicht. Dennoch entstand schließlich eine Rede<sup>222</sup> zu den nationalen Interessen Amerikas und den Leitwerten der Außenpolitik. Palmer schrieb den Ideologien eine noch größere Macht zu als den Atomwaffen, der auf dem Wertesystem der Menschenrechte basierenden Demokratie. Seiner Meinung nach lebt der Mensch nicht von Brot allein, sondern auch von Ideen, politischen Systemen und auch Träumen.<sup>223</sup>

Mark Palmers und Ronald Reagans<sup>224</sup> Anschauungen standen sich nahe<sup>225</sup>. Die persönliche Beziehung zwischen beiden war laut Palmer sehr gut, weil er zu den wenigen gehörte, der Reagans totale nukleare Abrüstung, die Ablehnung der Stationierung neuer nuklearer Waffensysteme in Europa nicht mißbilligte. Unter Reagans Präsidentschaft wurde in der Außenpolitik am Ausbau der Infrastruktur der Demokratie gearbeitet, am Ausbau der demokratischen Institutionen, der Veränderung der Machtverhältnisse, an der Einführung des Rechtsstaats, an freien politischen Wahlen und an Bündnissen. Daran, dass die Macht in Volkes Hand gelangt. Dass Menschen nicht einfach nur so eingesperrt werden können.<sup>226</sup> Reagans und Gorbatschows Politik der Annäherung ermöglichte auch den ungarischen Wandel.

Ab 1989 war schon George Bush sen.<sup>227</sup> Präsident der Vereinigten Staaten. Mark Palmer blieb Botschafter in Budapest. Die Information des USA-Referats der V. Regionalen Hauptabteilung des ungarischen Außenministeriums, wonach Palmer stellvertretender Außenminister werden solle<sup>228</sup>, wurde dementiert. Er selbst wäre gern Botschafter in Moskau geworden.<sup>229</sup> Doch alles blieb beim Alten. Präsident Bush sen. folgte in den Grundzügen im

---

<sup>221</sup> Palmer-Interview, [Library of Congress Interview with Mark Palmer](#) Association for Diplomatic Studies and Training Foreign Affairs Oral History Project AMBASSADOR MARK PALMER Interviewed by: Charles Stuart Kennedy Initial interview date: October 30, 1997 [www.adst.org/OH%20TOCs/Palmer,%20Mark.toc.pdf](http://www.adst.org/OH%20TOCs/Palmer,%20Mark.toc.pdf), S. 69

<sup>222</sup> Die Rede ist von Kissingers um 1975 gehaltener Rede *Pacem en Terris*.

<sup>223</sup> Palmer-Interview S. 38

<sup>224</sup> Ronald Reagan (1911 – 2004), Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika vom 20. Januar 1981 bis 20. Januar 1989

<sup>225</sup> Palmer war Reagans Redenschreiber. Die 1982 vor dem britischen Parlament gehaltene Rede entstammt Palmers Feder.

<sup>226</sup> Palmer-Interview S. 68

<sup>227</sup> George Bush d.Ä. (1924 – 2018) war vom 20. Januar 1989 bis 20. Januar 1993 Präsident der Vereinigten Staaten.

<sup>228</sup> MNL XIX-J-1-k-USA-4-1-8542-5-1988

<sup>229</sup> Miklós Haraszti persönliche Mitteilung

Umgang mit den osteuropäischen Ländern der Reaganschen Linie, einer Differenzierungspolitik. Den voneinander starken Abweichungen in den politischen Entwicklungen der einzelnen Länder schenkte man Aufmerksamkeit.

„Die neue amerikanische Administration wird ihre Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern vor allem in Abhängigkeit vom sowjetisch-amerikanischen Verhältnis gestalten. Auch wenn sie den inneren Entwicklungen der einzelnen Länder, der differenzierten Annäherung größere Aufmerksamkeit schenkt. (...) Bei der Handhabung der regionalen Konflikte ist verstärkt vom Dialog und von regionalen amerikanischen Interessen diktierte Kooperationsbereitschaft gefragt. (...) Die Erkenntnis der Gefahr, die regionale Konflikte für die Stabilität bedeuten, für die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, nimmt immer größeren Raum ein. Folglich müssen die Möglichkeiten wechselseitigen Verstehens zwischen der Sowjetunion und den USA ausgelotet werden, um Konflikte zwischen den beiden Supermächten zu vermeiden.“<sup>230</sup>

Die Bush-Administration erblickte in den im Sowjetblock vor sich gehenden Veränderungen, in der Öffnung von innen und oben, Chancen. Auf diplomatischer Ebene unterstützte sie die Öffnung der kommunistischen Führung, sofern überhaupt vorhanden. Doch zur Finanzierung des ideologischen Feinds leistete sie nur minimale Beiträge, um sich im eigenen Land bei der Haushaltsverabschiedung nicht erklären zu müssen. Eigentlich war es kein unmögliches Unterfangen; die Liberalisierung des Markts bot sich als Lösung an.

1989 stellte sich die Frage, wie schnell die Transformation in der Region, worin Polen eine Spitzenposition einnahm, vor sich gehen kann. Palmer dachte, die Demokratie trage von Grund auf einen stabilisierenden Charakter, und eine ablehnende Haltung gegenüber der unerwünschten Diktatur liege im strategischen Interesse der USA. Präsident George Bush sen. und sein Außenminister James Baker dagegen waren der Meinung, man dürfe die Sowjets nicht provozieren, die plötzlichen osteuropäischen Veränderungen könnten Gorbatschows Macht destabilisieren.

„I think that democracy is not inherently destabilizing. It's inherently stabilizing and that we should strongly be on the side of democracy. We should not be on the side of dictatorship, which I think is unstable, undesirable, and against our strategic interests everywhere. (...) Bush, for example, and Baker had one very strong set of views about that in '89: that we should not provoke the Soviets, we should not create so much rapid change in Eastern Europe that we would destabilize Gorbachev. Bush and Baker both lectured me about this at one point and thought that I was wrong. So what I'm saying is that was a legitimate question, a difficult judgment.“<sup>231</sup>

Beide versuchten, Palmer zu bremsen. Doch schließlich führten die innenpolitischen Probleme in der Sowjetunion, die Loslösung der Nationalstaaten und die Erstarkung der militärischen Führung

<sup>230</sup> Aufzeichnung der Hauptabteilung für Sozialistische Zusammenarbeit zur Einschätzung der neuen amerikanischen Administration. Sitzungsprotokoll des Warschauer Vertrags vom Januar 1989 (MNL XIX-J-1-k-USA-4-10-00528-24. Januar 1989)

<sup>231</sup> Palmer-Interview, S. 97

zu Gorbatschows Sturz, als die Demokratisierung in den umliegenden Ländern schon unumkehrbar war.

In den bilateralen Beziehungen zwischen Ungarn und den USA war die Rückgabe der Stephanskronen 1978 ein wichtiges Moment. 1986 entschied sich Palmer direkt für den Botschafterposten in Ungarn, weil er hier größere Chancen für demokratische Veränderungen sah als sonstwo in der Region.<sup>232</sup> In Ungarn fand er ein Land vor, in dem es keine politischen Gefangenen gab, wo man konsumorientiert war und relative Reisefreiheit bestand. Dennoch war der politische Spielraum der Opposition stark eingeschränkt. Als Erstes organisierte er Treffen mit der Opposition und bot seine Hilfe an. In der formalen Sprache der Diplomatie war dies keine unbedeutende Handlung, ja, eine offene Stellungnahme. Er ermutigte die demokratischen Kräfte, sich zu organisieren und zu protestieren. Doch er kontaktierte auch die Führungsspitze der MSZMP. 1988/1989, in der Zeit des Wandels, unterhielt Palmer zu beiden Seiten gute Kontakte. Das Bewusstsein, sich für Ungarns Zukunft einzusetzen, begründete das Vertrauen.

„When I arrived, the first thing that I recall at least, was to ask my political officer to gather the number one dissidents in the country for dinner in the Gellert Hotel dining room, which was a very public place and sit down with them and say to them, 'I'm here and I'm yours'. And that's what I did, in the presence of course of monitors, of their watchdogs and mine. (...) I tried to get close to the leadership. I got to know Kadar fairly well and had access to him whenever I needed it. I got to know all the hierarchy within the Communist Party and played tennis with them very regularly. (...) So I tried to play both sides. I think when the crunch started to come in '88 and '89, that was important that I had in depth relations with everybody. I think and hope that they all trusted me because I was very up front about what I thought Hungary's future was.“<sup>233</sup>

Palmer, der die Ereignisse aus der Nähe betrachtete, hielt nicht die Repräsentanten der Macht, sondern die Opposition für die treibende Kraft der Transformation. Die Machthaber reagierten lediglich auf das Geschehen auf der Straße und die Verhandlungen am Runden Tisch. Die Vertreter der Opposition, den FIDESZ und die Umweltschützer hielt er nicht zuletzt deshalb für die Triebkraft der Veränderungen, weil er mit ihnen sympathisierte.

„So FIDESZ was very important as a change agent. And there were others. This man, Janos Kis that I mentioned, a somewhat older philosopher and teacher, these types. The environmentalists were very important. I never felt then and I still don't feel that the Communist Party types, the system, was really a change agent. I think they were reacting. They were playing catch up to what was going on in the streets and at the dinner table.“<sup>234</sup>

---

<sup>232</sup> Palmer-Interview, S. 104

<sup>233</sup> Palmer-Interview, S. 107-108

<sup>234</sup> Palmer-Interview, S. 111

Palmer protestierte gegen das Demonstrationsverbot zum 32. Jahrestag der Revolution von 1956. Am 24. Oktober 1988 zur Eröffnung der in Budapest veranstalteten ASTA<sup>235</sup>-Konferenz artikuliert Palmer „sein Bedauern angesichts der Tatsache“<sup>236</sup>, dass die Behörden am Tag zuvor eine oppositionelle Demonstration verhindert hätten. Dies erklärte er vor sechstausend am ausländischen Tourismus interessierten Geschäftsleuten und in Anwesenheit des Generalsekretärs der Partei Károly Grósz. Zwischendurch begrüßte er diplomatisch Ungarns Schritte auf dem Weg zur Demokratisierung des Landes im Namen von Vizepräsident Bush sen. und auch im Namen von Präsident Reagan. László Kovács, der damalige stellvertretende Außenminister, ließ Palmer wegen der offenen Kritik an einer Regierungsentscheidung die Missbilligung der ungarischen Führung wissen. Palmer betonte, dass er sich immer um einen Ausbau der Beziehungen bemühe, doch seine Rede vor mehreren tausend Landsleuten wäre nicht glaubwürdig gewesen, hätte er das Demonstrationsverbot nicht angesprochen. Seine Landsleute hätten das demonstrative Auftreten der bewaffneten Kampfgruppen und Polizisten an verschiedenen Punkten der Stadt registriert und als „abschreckend“ empfunden.<sup>237</sup> Das war also der erste Fall.

Beim zweiten Fall handelt es sich um die Budapester Demonstration am 15. März 1989. Palmer und seine Diplomatenkollegen<sup>238</sup> zogen Arm in Arm mit der Opposition mit einer hunderttausendköpfigen Menge durch die Straßen. In Verbindung mit einem in Frankreich erschienenen Artikel nannte Palmer den eigenen Einfluss und den der amerikanischen Außenpolitik bedeutend. Allerdings nicht in dem Sinne, dass sie die Ereignisse diktiert hätten, sondern als Teil der Geschehnisse, als herausgehobenen Augenblick der Diplomatie.<sup>239</sup>

Als dritter Fall wäre die Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten anzuführen. Palmer war dank einer für das diplomatische Korps ausgestellten Einladung auf der Gedenkveranstaltung auf dem Heldenplatz zugegen, zur Trauerzeremonie auf dem Friedhof schon nicht mehr. Jenseits der Bedeutung, die dem Ereignis zuzuschreiben war, schien auch Zurückhaltung gegenüber jeder außergewöhnlichen Handlung geboten zu sein. Donald Kursch<sup>240</sup>, USA-Diplomat, Leiter des USA-Nachrichtendienstes in Ungarn, sagte:

---

<sup>235</sup> American Society of Travel Agents (ASTA)

<sup>236</sup> MNL XIX. J-1-k-USA-4-1-9382-1988

<sup>237</sup> ebd.

<sup>238</sup> J. Swiheart, 1989 Hauptabteilungsleiter beim State Department, M. Hornblow, stellvertretender SD-Hauptabteilungsleiter für Südosteuropa, Schulze, ungarischer SD-Referent, Seymour, stellvertretender SD-Hauptabteilungsleiter für Südosteuropa, Donald Kursch, Botschaftsrat an der Budapester USA-Botschaft und Lynch als Erster Botschaftsrat. Außer Palmer befassten sie sich vor allem mit den ungarischen Angelegenheiten. Richard Baltimore, amerikanischer Politischer Attaché in Budapest, stand der Opposition noch näher als Palmer. Er nahm sogar an oppositionellen Veranstaltungen in Wohnungen teil. Der amerikanische Außenminister James Baker stattete Budapest im April 1989 einen Besuch ab. Anlässlich der verfassungsrechtlichen Beratung USIA (United States Information Agency).

<sup>239</sup> Palmer-Interview, S. 109

<sup>240</sup> Im Dokument findet sich ein Schreibfehler. Offensichtlich handelt es sich nicht um „Kirsch, sondern um Donald Kursch (Deputy Chief of Mission (DCM))

„Unsere Beziehung<sup>241</sup> war so, dass Präsident Bush Ungarn keinen Besuch abstatten würde, sollte die Polizei am 16. Juni gegen alternative Gruppen vorgehen. Er warf sein persönliches Ansehen in die Waagschale, damit die Wiederbeerdigung ebenso wie der Präsidentenbesuch ohne Störungen vonstatten gehen sollte. Sämtliche Informationen in Verbindung mit der Beerdigung leitete er unverzüglich an das Außenministerium der USA weiter.“<sup>242</sup>

Der nahende Ungarnbesuch<sup>243</sup> des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und die vom Westen erhoffte Finanzhilfe für die Németh-Regierung steigerte die Konzentration darauf, die Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten ohne Störungen über die Bühne gehen zu lassen. Die im Exil lebenden 56er erhielten zur Teilnahme an der Wiederbeerdigung Einreisegenehmigungen. Palmer riet den aus dem Westen Kommenden, sich „in einer generell angespannten Lage als stille Beobachter“<sup>244</sup> zu verhalten. Das TIB (Komitee zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit) beschloß auf seiner Sitzung vom 5. Juni, der Teilnahme des Regierungschefs und anderer führender Politiker an der Wiederbeerdigung zuzustimmen. Von allen Seiten war man bemüht, den friedlichen Charakter des Ereignisses zu wahren. Palmer warf seinen persönlichen Einfluss in die Waagschale, weil die Wiederbeerdigung einerseits in den USA einen hohen Stellenwert erhalten hatte, der amerikanische Kongress offiziell der Revolution von 1956 gedachte<sup>245</sup>, andererseits weil die Ordnergarde des MDF, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlich zeichnete, keine einschlägigen Erfahrungen hatte. Sie besaß gegenüber der Polizei und Staatssicherheit, den bewaffneten Kampfgruppen, den Mitgliedern der Opposition und Emigration gleichermaßen Autorität.

Mark Palmer war ein sehr aktiver Botschafter. Nicht von ungefähr mischte er sich in die Angelegenheit der von Krassó geplanten Extra-Demonstration ein.

#### 4.3. Das Komitee zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit und der Weg zur Wiederbeerdigung

Das Komitee zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit (TIB) brachte eine Gruppe von Angehörigen der nach der Revolution von 1956 Hingerichteten, der nach der Revolution

---

<sup>241</sup> Der Schutz von Personen, die in der Spionageabwehr arbeiten, wurde am 8. September 1999 vom Amt für Nationale Sicherheit bis zum 31. Dezember 2019 verlängert. (ÁBTL 1.12.2. BRFK ÁB 8. Karton/ 4-1. Dossier, äußerer Umschlag). Der Schutz aber wird auch darüber hinaus kraft Gesetz fortgesetzt. Die vollkommene Auflösung der Geheimhaltung erfolgt erst dreißig Jahre nach dem Tod der betreffenden Person. So lassen sich die Netzwerkpersonen, die auf die amerikanischen Diplomaten angesetzt waren, nicht identifizieren. (Unter den Decknamen „Brutus“ und „Meggyes“ befassten sich die Netzwerkpersonen mit den amerikanischen Diplomaten.) Ein großer Teil der Informationen ist auf diese Weise einstweilen nicht zugänglich.

<sup>242</sup> ÁBTL 1.12.2. BRFK ÁB 8. Karton/ 4-1. Dossier S. 48

<sup>243</sup> Der amerikanische Präsident Bush stattete Budapest zwischen 11. und 13. Juli 1989 einen offiziellen Besuch ab.

<sup>244</sup> ÁBTL 1.12.2. BRFK ÁB 8. Karton/ 4-1. Dossier S. 40

<sup>245</sup> ebd. S. 48



Inhaftierten und Internierten zustande. Am 6. Juni 1988 wurde der erste Aufruf zur Trauerfeier anlässlich des 30. Jahrestags von Imre Nagys Hinrichtung herausgegeben. Am 5. Februar 1989 wurde die Gesellschaft zur Ausrichtung der Trauerfeierlichkeiten gegründet und erhielt als Gesellschaft den Status einer juristischen Person. Am 8. April 1989 wurde sie vom Gericht der Hauptstadt Budapest eingetragen. Drei Sektionen wurden geschaffen: die historische, die juristische und die Gnadensektion. Die historische Sektion befasste sich mit der Aufdeckung der 56er Ereignisse, die juristische Sektion mit der moralischen, politischen und juristischen Rehabilitierung, die Gnadensektion mit der würdigen Beerdigung der Hingerichteten beziehungsweise mit einem Denkmal für die ungarischen Opfer des Stalinismus.

In seiner Erklärung vom 23. Oktober 1988 forderte das TIB die Rehabilitierung aller, die nach 1945 durch Gesetzesverletzungen zu Opfern geworden sind. Das Komitee zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit (TIB) übernahm Vorbereitung und Abwicklung der Wiederbeerdigung der 56er zum Tode Verurteilten, weil man der Meinung war, dass Károly Grósz unter dem Einfluss des ersten TIB-Aufrufs auf seiner Amerikareise die Herausgabe der Gebeine versprochen hatte. Jenő Fónay war der Leiter der Gnadensektion, bevor er den POFOSZ (Bund der Politischen Gefangenen Ungarns) gründete. Die Tatsache der Loslösung war bereits auf der Sitzung des TIB vom 8. November 1988 bekannt, obwohl der POFOSZ (Bund der Politischen Gefangenen Ungarns) seine Existenz offiziell erst ab dem 19. Februar 1989<sup>246</sup> rechnet.

Das TIB wandte sich an die Öffentlichkeit (auch durch Vermittlung des Senders Free Europe, des Samisdats und der offiziellen legalen Medien), dass sich die Angehörigen melden sollen. Grósz hatte nämlich gesagt, dass eine Wiederbeerdigung nur von der Familie verlangt werden könne. Auch dem POFOSZ war es gelungen, die Familienangehörigen zahlreicher 56er Hingerichteter aufzuspüren. Die beiden letztgenannten Organisationen kooperierten in dieser Hinsicht.

Gleichzeitig nahm das TIB Kontakt zum Justizministerium auf. Doch aus den vorhandenen Dokumenten geht der genaue Zeitpunkt dafür nicht hervor. Jedenfalls muss es vor dem 27. Dezember 1988 gewesen sein. Am 14. Februar 1989 kam zwischen den Beteiligten eine Vereinbarung zustande. Doch erst am 23. März 1989 verkündete Dr. Gyula Borics, Staatssekretär im Justizministerium, dass binnen weniger Tage mit der Exhumierung der irdischen Überreste von Imre Nagy, Pál Maléter, Miklós Gimes, József Szilágyi und Géza Losonczy begonnen werde, nachdem eine Lageskizze der Parzelle 301 zum Vorschein gekommen sei und dass man auf Bitten der Familien die Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten für den 16. Juni am Jahrestag ihrer Hinrichtung plane.<sup>247</sup> Das TIB erreichte, dass die Exhumierung jener fünf Personen, die feierlich wiederbeigesetzt werden sollten, zwischen 29. März und 1. April 1989 stattfand.

<sup>246</sup> [www.pofosz.hu](http://www.pofosz.hu)

<sup>247</sup> [magyarkronologia.terrorhaza.hu/1989/marcius.html](http://magyarkronologia.terrorhaza.hu/1989/marcius.html)

Zur Beratung des TIB vom 21. April 1989 in Verbindung mit der Wiederbeerdigung geht aus den Aufzeichnungen<sup>248</sup> hervor, dass Imre Pozsgay und Iván T. Berend vorschlugen, dass nur die Hingerichteten des Imre-Nagy-Prozesses wiederbeerdigt werden sollten und außerdem eine allgemeine Rehabilitierung stattfinden sollte. Nach András B. Hegedűs's handschriftlichen Aufzeichnungen ging die Idee, die Holzgrabmale der Künstlergruppe Inconnu innerhalb des Friedhofs am Wegrand anzuordnen, auf ihn zurück.

Aus den Sitzungsprotokollen<sup>249</sup> des TIB vom 3. Mai 1989 geht hervor, dass János Vészi, der Schwiegersohn des hingerichteten Ministerpräsidenten, eine Aufbahrung außerhalb des Friedhofs vorschlug. Bis zum 15. Mai musste der Ort für die Aufbahrung festgelegt werden. Das TIB reservierte den Friedhof für den 15. und 16. Juni. Dazu bedurfte es behördlicher Zustimmung, die mit den Zuständigen der Hauptstadt und der Friedhofverwaltung abgesprochen wurde. Der Rákoskeresztúrer Neue Friedhof hätte maximal 30.000 Menschen fassen können. Schätzungen aber gingen von einer hunderttausendköpfigen Menge aus. Imre Mécs schlug den Heldenplatz als Veranstaltungsort vor. Inzwischen kamen von überallher Informationen, dass fünf prominente Kommunisten beerdigt werden sollen. Auch das Unabhängige Juristenforum, das Verhandlungen am Runden Tisch initiierte, sprach sich dagegen aus, dass man die fünf Kommunisten, das heißt die exhumierten Hingerichteten, mit den anderen konfrontierte. Es gab verschiedene Vorschläge. Pál Lócsei meinte, man solle fünf namenlose Tote dazunehmen, Imre Mécs, zwei leere Säрге. Tibor Erdélyi brachte die Holzgrabmale zur Sprache. Doch im Protokoll zog man nur eine waagerechte Linie. Auf der Sitzung der TIB-Führung vom 8. Mai war nur noch von einem leeren Sarg die Rede. Man hatte sich also für die praktikablere symbolische Variante entschieden. Man hielt fest, dass das TIB und die Opposition die Wiederbeerdigung organisieren werden, nicht die Parteien und auch nicht die verschiedenen sich hineindrängenden Organisationen.

Am 27. Mai 1989 meldete sich das TIB erstmals mit einem Programm für den Heldenplatz. Darin wurden Reden angekündigt. Man bat darum, auf Transparente mit politischen Losungen zu verzichten. Damit wollte man einen politischen Charakter der Demonstration vermeiden. Das TIB wollte eine feierliche Trauerzeremonie mit feierlichen Trauerreden.

Am 9. Juni 1989 war in der offiziellen ungarischen Presse eine Meldung zu lesen, so auch in der *Magyar Nemzet*, wonach mit der TIB-Delegation eine Vereinbarung getroffen worden sei, dass der Regierungschef und auch der Parlamentspräsident an der Trauerfeier zur Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten teilnehmen werden. Das wurde am 8. Juni 1989 auf der TIB-Pressekonferenz, woran auch Staatssekretär Gyula Borics vom Justizministerium teilnahm, bekanntgegeben. Gegen eine Kranzniederlegung seitens der MSZMP-Reformkreise gingen von

---

<sup>248</sup> Tibor Erdélyis Merkzettel zur Erinnerung an die Koordinierung der Beerdigung am 16. Juni und András B. Hegedűs' handschriftliche Aufzeichnungen vom 22. April 1989 (Quelle: rev.hu)

<sup>249</sup> Sitzungsprotokoll des TIB vom 3. Mai 1989 (Quelle: rev.hu)

verschiedensten Seitern Proteste ein. Auch innerhalb des TIB fand sich in der Person von Júlia Szilágyi eine Gegnerin. Doch sie wurde überstimmt, obwohl „(...) diese formalisierten Abstimmungen keinerlei Legitimität besaßen, denn nur diejenigen stimmten ab, die sich gerade im Raum aufhielten“<sup>250</sup>, erklärte András B. Hegedűs im Nachhinein. Jedenfalls wäre es nicht zu diesem Kompromiss gekommen, hätten sich Führung und Mitglieder des TIB nicht zu diesem Zugeständnis bereitgefunden. In den zugänglichen Quellen steht nichts darüber zu lesen, dass die Staatsmacht die Genehmigung der Wiederbeerdigung von der Teilnahme ihrer Vertreter abhängig gemacht hätte. In der Sache der Kranzniederlegung durch Mitglieder des MSZMP-Reformkreises wurde der Kompromiss getroffen, dass sie zwar Kränze als Privatpersonen, nicht aber innerhalb des protokollarischen Teils niederlegen dürfen.

“Das war letztlich kein allzu glücklicher oder kein allzu geschmackvoller Kompromiss, dass die Reformkreise an der sogenannten protokollarischen Kranzniederlegung nicht teilnehmen oder nicht teilnehmen dürfen, während die protokollarische Kranzniederlegung vom Fernsehen übertragen und über Lautsprecher angekündigt wird. Doch einen Kranz soll bringen, wer will, denn verbieten werden wir nicht, dass sich jemand still in der Schlange anstellen und in aller Stille seinen Kranz niederlegen wird.”<sup>251</sup>

In dieser politischen Atmosphäre traf György Krassó am 12. Juni 1989 zu Hause in Ungarn ein.

Es stellt sich die Frage, ob die TIB-Zustimmung, dass bestimmte Mitglieder der MSZMP (Regierungschef Miklós Németh, der reformkommunistische Politiker der MSZMP Imre Pozsgay, der Parlamentspräsident Mátyás Szűrös und der stellvertretende Regierungschef Péter Medgyessy) an der Wiederbeerdigung teilnehmen dürfen, nicht ein im Namen der 56er Verurteilten einseitiges, willkürliches und überflüssiges Zugeständnis war. Ob es sich hierbei nicht um einen jener Kompromisse gehandelt hat, die Vereinbarung zwischen alter und im Entstehen begriffener neuen Elite, die durch Unterdrückung von außen kommender Initiativen den verantwortungsvollen und demokratischen Aufbau der ungarischen Gesellschaft verhindert haben. Krassó und die sich um ihn scharende Opposition begannen als Protest dagegen mit der Organisation einer Sondergedenkveranstaltung.

Die Meinungsverschiedenheiten gingen auf einen prinzipiellen Konflikt zurück. Krassó lehnte den Elitismus des TIB ab. Einerseits dass sich das TIB als selbsternannte Elite dazu aufschwang, als alleiniger Erbe und Repräsentant der 56er Revolution in den 56er Fragen allein entscheiden zu wollen, andererseits die elitistischen Momente der Wiederbeerdigung: die sich aus der Wiederbeerdigung ergebende führende Rolle der fünf Wiederbeerdigten, der Ausschluss der interessierten Öffentlichkeit vom Friedhof für die Zeit der Trauerzeremonie, die Präsenz der

<sup>250</sup> *In medias res*, Interviewauszug von Gábor Murányi mit András B. Hegedűs., *Beszélő*, 1994. július-augusztus, [In medias res | Beszélő beszelo.c3.hu > 7–8. Nummer, Jahrgang 6, Nummer 7](#)

<sup>251</sup> ebd.

Machtelite bei der Kranzniederlegung und zur Ehrenwache an den Särgen.

Schon vor seiner Rückkehr nach Ungarn befand Krassó die vom TIB organisierte Wiederbeerdigung als manipulativ und heuchlerisch.

“(…) Was das Komitee zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit tut, ist Manipulation, denn es stellt seine Tätigkeit so hin, als habe es all das (...) Erreichte Schritt für Schritt, in einem beharrlichen Kampf errungen. Zu dem Zeitpunkt wusste ich noch nicht einmal, dass der Staat die Kosten übernehmen wird, auch nicht, dass den Vertretern von Staat und Partei Kranzniederlegungen gestattet werden.”<sup>252</sup>

Krassó beanstandete, dass das TIB “in Zusammenarbeit mit den Behörden Machtinteressen oder Interessen der bestehenden Macht bediente”<sup>253</sup>.

“Von Machtinteressen können auch die Mitglieder des TIB getrieben werden. Tatsächlich gelenkt wird diese Gruppe von 56er Reformkommunisten, die auch damals schon die Macht erringen wollte. Ich glaube nicht, dass dies eine böartige Unterstellung wäre. Die Gruppe um Imre Nagy hielt die Revolution für eine Katastrophe. Und an dieser Meinung hat sich bis auf den heutigen Tag nichts geändert. Zur Dekoration nahmen sie zwar auch andere auf, wie beispielsweise Sándor Rácz und Jenő Fónay (...), doch damit bleibt die Organisation dennoch eine vom Staat unterstützte. Bezeichnend für sie ist der Umstand, dass sie sich nicht organisierte, solange man sie nicht genehmigt hatte. Außer Alíz Halda, Judit Gyenes und Gyula Kozák hat niemand von denen an den illegalen Gedenkveranstaltungen teilgenommen, obwohl sie Kenntnis davon besaßen.”<sup>254</sup>

Es muss ergänzt werden, dass Imre Mécs laut Staatssicherheitsakten an der Gedenkveranstaltung am 23. Oktober 1985, organisiert von György Krassó in der von Inconnu betriebenen Galerie Artéria, teilgenommen hat.

Krassó war ohnehin der Meinung, dass “als Erstes die 56er Prinzipien und Ereignisse rehabilitiert werden müssen, hernach die Aufständischen und erst in dritter Linie die Politiker.”<sup>255</sup> Das TIB aber begann die Wiederherstellung der Gerechtigkeit mit den Politikern, womit das Komitee, wenn auch nicht so absichtlich wie Krassó es hinstellt, doch hinsichtlich des Ergebnisses dennoch die Machtinteressen der an der Macht befindlichen Kommunisten bediente.

#### 4.4. Krassó in den Staatssicherheitsakten in Verbindung mit der Wiederbeerdigung Imre Nagys

Die Geschichte der Vereitelung der von Krassó geplanten Sondergedenkveranstaltung lässt sich

<sup>252</sup> *A Demokrata beszélgetése Krassó Györggyel (Der Demokrat im Gespräch mit György Krassó)*, Interview von Péter Sneé, Samisdatzeitschrift Demokrata, 1989/Nummer 7-8, S. 17-21, HU OSA 355-0-1/ Box 4

<sup>253</sup> *Standrecht und Happening*. (Januar 1990), in: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]), S. 376

<sup>254</sup> ebd.

<sup>255</sup> ebd. S. 377

aufgrund der Staatssicherheitsakten rekonstruieren. Das Sonderdossier, das sich mit Krassó vor dessen Rückkehr aus London und danach beschäftigte, ist nicht erhalten geblieben. Berufen können wir uns nur auf das Schriftmaterial zur Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten. Die Beeinflussung durch das Innenministerium basierte darauf, zwischen den verschiedenen oppositionellen Gruppen Gegensätze zu schüren. Die dementsprechende Effektivität wird durch den um Krassó entstandenen Konflikt illustriert.

Auf seiner Sitzung am 8. Mai 1989 verhandelte das Zentralkomitee der MSZMP die Einreisegenehmigungen für die 56er Exilanten.

„Wir besitzen konkrete Informationen, dass das Interesse ungarischer Exilanten an den Ereignissen groß ist und dass auch mehrere Personen einreisen wollen, die früher auf Verbotlisten standen. (...) Das Komitee bezog dahingehend Stellung, dass die Einreise von Exilanten im Allgemeinen nicht verhindert werden müsste...“<sup>256</sup>

Der Internationale, der Rechts- und Verwaltungsausschuß des Zentralkomitees der MSZMP<sup>257</sup> sprach sich für die Ausgabe von Einreisegenehmigungen an ungarische Emigranten aus, zumal sie ohnehin nichts anderes hätten tun können.<sup>258</sup> Die Grundlage für die Selektivität bestand darin, ob man die geschriebenen und ungeschriebenen Vorschriften des Parteistaats akzeptierte oder nicht.

Die Staatssicherheitsorgane rechneten mit Krassós Rückkehr. Sie sammelten Informationen zu seinen Absichten. In den Akten des Innenministeriums taucht sein Name unmittelbar vor seiner Einreise an zwei Stellen auf. Erstmals im Vorbereitungsplan zur Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten: „In enger Zusammenarbeit von BM III/III-4 und der Abteilung 6 werden György Krassós und Zoltán Zsilles<sup>259</sup> Einreisepläne<sup>260</sup> geklärt.“ Als Zweites aber im Sicherheitsplan vom 6. Juni: „Für den Fall von György Krassós Einreise unterziehen wir ihn in Kenntnis seines Aufenthaltsorts einer engmaschigen operativen technischen Kontrolle 3/a.“<sup>261</sup> Die Bereitschaft war maximal, die Informationen tagesaktuell. Zwecks Datensammlung wurde die geheime Methode des Telefonabhörens angewandt.

In der einen Meldung des Innenministeriums vom Juni wird berichtet, dass György Krassó zwischen 10. und 25. Juni 1989 als Korrespondent des Senders Free Europe nach Ungarn kommen

<sup>256</sup> MOL M-KS 288. 4/260-261. 232R/279, S. 229

<sup>257</sup> Mitglieder: Vorsitzender Károly Grósz, Sekretär Gyula Horn, Sándor Borbély, György Fejti, Jenő Fock, István Horváth, Ferenc Kárpáti, Mihály Korom, Géza Kótai, Mátyás Szűrös, Péter Várkonyi, Gyula Thürmer.

<sup>258</sup> Kenedi, János (1996): Kis állambiztonsági olvasókönyv (Kleines Lesebuch der Staatssicherheit), október 23. – március 15. – június 16. a Kádár-korszakban, I-II., Magvető Kiadó Budapest, II./ S. 237

<sup>259</sup> Zoltán Zsille (Exil seit 1980) ist in Begleitung von Karl Pfeifer (1928 –), von Wien kommend, auf dem Budapester Ostbahnhof eingetroffen, wo ihnen ein herzlicher Empfang bereitet wurde, freilich nicht seitens der Staatssicherheitsorgane. Sie waren keine 56er, sondern westliche Journalisten, deren Tätigkeit der ungarischen Führung nicht gefiel. (Karl Pfeifers mündliche Mitteilung)

<sup>260</sup> Kenedi, János (1996), II/S. 268

<sup>261</sup> ebd. II/S. 317

wird.

„Nach unseren Informationen protestieren die englischen Sicherheitsorgane gegen seine Reise, da sie 'um seine persönliche Sicherheit fürchten'. Wenn ihm jedoch in Ungarn nichts zustoße, 'wird der Asylgrund hinfällig' und sein politischer Flüchtlingsstatus werde zweifelhaft. Krassó erklärte, „auf jeden Fall nach Hause zu kommen. Auch wenn er einen ungarischen Pass beantragen muss und dadurch seinen Flüchtlingsstatus gefährdet beziehungsweise verliert, selbst wenn er dadurch die Erlangung der englischen Staatsbürgerschaft gefährdet.“<sup>262</sup>

Nicht zufälligerweise entschied sich Krassó so schwer für die Heimreise. Dabei spielte sein Gesundheitszustand eine Rolle. Er war schwer herzkrank, brauchte medizinische Versorgung, die er in Großbritannien auf hohem Niveau erhielt. Andererseits besaß er nur die ungarische Staatsbürgerschaft. Seinen britischen politischen Flüchtlingsstatus verlor er automatisch, sobald er ungarischen Boden betrat. Seine Entscheidung hatte existenzielles Gewicht. Er musste bedenken, was er in Budapest anfangen sollte, würde er nicht nach London zurückkehren können. Es war die Rede davon, dass er zur Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten Budapester Berichterstatter für den Sender Free Europe sein sollte, doch diese Aufgabe übernahm er nicht<sup>263</sup>, weil sie ihm politische Neutralität abverlangt hätte. Krassós Haltung aber war die eines Menschen, der sich in die Politik einmischte.

Die Selektivität ließ sich auf Krassó nicht anwenden. Dies aus mehreren Gründen nicht. Zum einen besaß er keine andere Staatsbürgerschaft, sodass kein einziger ausländischer Staat für ihn verantwortlich gewesen wäre, ihn auch nicht hätte zurücknehmen müssen. Zum anderen beantragte er kein Visum, dessen Gewährung die ungarische Auslandsvertretung an bestimmte Auflagen hätte knüpfen können. In den Vereinigten Staaten von Amerika ging der Visumantrag mit einem Gespräch einher, und man musste sich schriftlich zur Einhaltung der amerikanischen Gesetze verpflichten. Doch es ist kein Fall bekannt, dass jemand zur Wiederbeerdigung ein Einreisevisum beantragt und nicht erhalten hat. György Krassó war ein Einzelfall. Am 12. Juni 1989 traf er mit dem Flugzeug in Budapest ein. Er zeigte seinen abgelaufenen ungarischen Reisepass. So blieb ihm einerseits sein britisches Reisedokument, andererseits konnte man ihm die Einreise nicht verweigern. Man ließ ihn warten, bevor man seinen Pass einzog und ihn einreisen ließ.

Der innerhalb des Gruppenkommandos BM III/III für die Vorbereitung der Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten geschaffene operative Ausschuss wurde noch am 12. Juni 1989 über György Krassós Ankunft in Ungarn informiert und veranlasste die erforderlichen Kontrollmaßnahmen.<sup>264</sup> An gleicher Stelle galt die Zielsetzung, „unter den

---

<sup>262</sup> ebd. II/S. 341

<sup>263</sup> László Kaszas mündliche Mitteilung

<sup>264</sup> ebd. II/S. 347 (Erinnerung an die Sitzung vom 12. Juni 1989 an den geschaffenen operativen Ausschuss der ÁB)

verschiedenen alternativen Gruppen auftretende Gegensätze, Diskussionen und Zwietracht mit unseren eigenen Mitteln zu verstärken.“ Ihre Taktik in Verbindung mit Krassós Sondergedenkveranstaltung ging nach hinten los, weil ihnen die Lenkung entglitten war.

Die „Kungelei“ zwischen dem TIB (dem Komitee zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit) und der MSZMP widersprach Krassós Gerechtigkeitsempfinden. Er protestierte dagegen, dass MSZMP-Politiker am Katafalk Ehrenwache stehen sollten. Und überhaupt widersetzte er sich deren Anwesenheit. Mit seiner Meinung stand er nicht allein. Er wollte an jenem Tag offen seinem Antikommunismus Ausdruck verleihen. Dadurch wurde er am 16. Juni zum Staatsfeind Nummer 1. Der Geheimdienst verbreitete in oppositionellen Kreisen, Krassó würde die Gemüter erhitzen und den friedlichen Übergang gefährden.

Krassós Empörung war auch aufgrund des zur Ehrenwache einladenden Textes<sup>265</sup> nicht grundlos. Denn wegen der Teilnahme an der Revolution und dem Freiheitskampf von 1956, der nach der Niederschlagung erlittenen Vergeltung und Erniedrigung, wegen des Kampfes für die historische Gerechtigkeit und wegen der politischen Standhaftigkeit war es den Würdigsten möglich, vor den Särgen ihre Ehrfurcht zu bekunden. Krassós Konflikt spielte sich im machtpolitischen Raum ab. Das Komitee zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit (TIB) bezog nolens volens in den Machtkämpfen innerhalb der MSZMP Stellung. Zwar handelte es sich um Führer, die sich offen zur Demokratisierung bekannten, doch die Geschichte hat bewiesen, dass in der Person von Péter Medgyessy am Sarg von Imre Nagy ein Geheimdienstoffizier einen Platz erhalten hatte. Die Staatssicherheitsorgane, der rumänische Geheimdienst und unbestätigte Bedrohungen geheimer Anrufer versetzten den Ministerpräsidenten Miklós Németh in Angst und Schrecken.<sup>266</sup> Das vielleicht gerade deshalb, weil sie spürten, dass sein Engagement für einen Wandel echt war.

Mit seiner Sonderkundgebung kommt Krassó in zwölf Meldungen beziehungsweise Merktzetteln vor. Es kommt vor, dass er in einer Meldung sogar dreimal auftaucht. Doch es gibt auch Überschneidungen. Denn auch das BRFK (Budapester Polizeipräsidium) und die Abteilung BM III/III sammelten das Material, das auf immer höhere Ebenen gelangte, bis hin zu den Genossen auf höchsten politischen Posten. In der nachträglichen Einschätzung der Staatssicherheit heißt es, dass „sich die Vorstellungen von einem extra Festakt nicht verwirklicht haben (...), dabei spielten die konzertierten politischen, staatlichen und staatssicherheitsdienstlichen divergierenden und beeinflussenden Maßnahmen sowie die auf diesen Einfluss reagierenden westlichen Diplomaten, vor allem das Auftreten von USA-Botschafter Mark Palmer, eine Rolle“<sup>267</sup>. Also

---

<sup>265</sup> ebd. II/S. 366 (Einladung im Namen der Beerdigungsleitung, Kommandeur László Zólomy, József Bácsi és Róbert Szalay, stellvertretende Kommandeure, datiert vom 7. Juni 1989.)

<sup>266</sup> ebd. S. 364

<sup>267</sup> ebd. S. 393

Palmer wurde Krassós Rückzug zugeschrieben.

Gemäß thematischer Zusammenfassung des BRFK befassten sich fünf Netzwerkpersonen mit der Sondergedenkveranstaltung.<sup>268</sup> Aufgrund eines Sonderauftrags erstatteten drei Netzwerkpersonen Meldung über jeden Schritt Krassós. Auch eine Einladung zur Sondergedenkveranstaltung gelangte aufgrund persönlichen Datensammelns in den Besitz der Staatssicherheit. Auch von Forderungen, die in Krassós Umfeld in Privatgesprächen laut wurden, wusste die Staatssicherheit. Diesen Informationen zufolge behauptete Krassó,

„die heimische intellektuelle Opposition hat 'mit der Macht einen Pakt geschlossen'. Deshalb muss eine neue Opposition geschaffen werden, die keine Kompromisse eingeht und die, gestützt auf die 'mit den Kommunisten unzufriedene' gesellschaftliche Mehrheit ein Machtzentrum bedeuten kann. Er drang auf eine sofortige Machtübernahme. Als Weg dorthin müssten unverzüglich Wahlen ausgeschrieben werden. Zur Propagierung ihrer Anschauungen wurde ein Flugblatt angefertigt, das in 20.000 Exemplaren vervielfältigt wurde. Hierin wurden 'die Ungarn' für den 16. Juni 13 Uhr 40 zu einer Sondergedenkveranstaltung eingeladen, wo sie 'die Wahrheit' sagen könnten. Die sich ihm anschließenden Personen unterwies er darin, wie wichtig die Stimmungsmache gegen die Macht sei und wie 'der polizeilichen Provokation' (selbst wenn sie nicht eintrete), die sich in Anwesenheit westlicher Berichterstatter abspiele, zu begegnen sei.“<sup>269</sup>

Die Zuspitzung der Spannungen innerhalb der oppositionellen Gruppen erwies sich nicht als beste Taktik. Krassós Verdrängung aus dem offiziellen Festakt zwang ihn zur Aufnahme schärferer Töne.

Die Sondermeldung des Innenministeriums zu einer möglichen Provokation, die die Wiederbeerdigung gefährden könnte, befasst sich zur Hälfte mit Krassó und bezeichnet den Plan zu einer Sondergedenkveranstaltung als politische Demonstration. Die mit dem FIDESZ in Verbindung zu bringende Demonstration am 15. Juni vor der sowjetischen Botschaft fand bei erhöhter Polizeibereitschaft statt. Bei Krassós Sondergedenkveranstaltung aber drohte die ernsthafte Gefahr eines Polizeieinsatzes. Angst musste man nicht vor der Antipathie der Menge haben. Vielmehr hielten die bewaffneten Organe der Macht die antikommunistischen Bewegungen für eine Provokation ihnen selbst gegenüber. Das Abstecken der Grenzen, wie weit man auf dem Gebiet der Forderungen gehen kann, war Gegenstand politischer Abwägung. Krassós nicht angemeldete, also illegale Gedenkveranstaltung fiel außerhalb der erlaubten Grenzen.

Die Meldung des Innenministeriums reiht die Sondergedenkveranstaltung in die gleichen extremen Vorstellungen ein wie die Drohung unbekannter Telefonanrufer, den Ministerpräsidenten Miklós Németh hinzurichten.

„György Krassó hat mit der Organisation einer politischen Demonstration begonnen, die er zwischen zwei

---

<sup>268</sup> ebd. S. 385

<sup>269</sup> ebd. S. 393



TIB-Veranstaltungen abhalten will. Das Ziel besteht darin, wie er behauptet, 'ein wahres Gedenken' abzuhalten. Seine aufgeworfenen Ideen und seine Aktivitäten deuten allerdings darauf hin, dass er sich auf grundlegende Provokationen vorbereitet, ein Auftreten der Macht gegen seine Person erzwingen will.<sup>270</sup>

In den Quellen ist dies die einzige Stelle, die Licht auf die Absichten der Staatssicherheitsorgane wirft, darauf, dass Gewaltanwendung in Erwägung gezogen wird.

Der POFOSZ (Bund der Politischen Gefangenen Ungarns) als 56er Organisation, das TIB als Organisation, das MDF (Demokratisches Forum) als Garant für die Sicherheit der Wiederbeerdigung und Palmer als Diplomat der Großmacht Amerika widersetzten sich Krassós Sondergedenkveranstaltung, allerdings jeder für sich genommen aus jeweils anderer Überlegung. Der POFOSZ konzentrierte sich auf die Erhabenheit des Augenblicks, das TIB machte daraus eine Machtfrage, die Mitglieder des MDF unterwarfen sich dem TIB, Palmer war sich im Klaren über die Gefahr eines Polizeieinsatzes. Das teilte er Krassó mit. Krassó erkannte am Tag der feierlichen Wiederbeerdigung den eigenen Spielraum, begriff die Problematik der ungarischen Systemwende, sah sie voraus. Er musste nicht sonderlich eine prophetische Figur sein, es genügte, gestützt auf die eigenen Erfahrungen, um die Unmöglichkeit der von unten kommenden Initiativen zu spüren. Das begründete seinen Zweifel am demokratischen Sein der Systemwende.

Die Akten verfolgen durchgängig den Vereitlungsprozess der Sondergedenkveranstaltung, den auf Krassó lastenden Druck, das Hingehaltenwerden und das Zaudern. „Am 15. Juni bestellte der USA-Botschafter Mark Palmer Krassó zu sich und forderte ihn mit harten Worten auf, die Sonderveranstaltung abzusagen. Zögernd zwar, aber Krassó versprach das.“<sup>271</sup>

„Krassós bekannte Initiative konnte wahrscheinlich durch Vermittlung des USA-Botschafters demontiert werden. Unabhängig davon, in Kenntnis seiner Persönlichkeit, kann seinerseits ein provokatorisches Auftreten nicht ausgeschlossen werden. Um ihn zurückzuhalten, ihm davon abzuraten, wurden drei Netzwerkpersonen instruiert.“<sup>272</sup>

Von der ab 19 Uhr am 15. Juni 1989 im Jurta Theater stattfindenden Zusammenkunft des POFOSZ berichtete der gesellschaftliche Kontakt unter dem Decknamen „Margaréta“ seinem Führungsoffizier, der trotz Krankheit der Unterabteilung des BRFK III/III-D Meldung erstattete:

„Wenn György Krassó seine Rede auf dem Heldenplatz nicht ungekürzt halten darf, dann wird es auf dem

---

<sup>270</sup> ÁBTL Nagy Imre és társai temetése dosszié (Dossier zur Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten. Zitiert nach Modor-Buch S. 318

<sup>271</sup> BM Meldung Nummer 11-13/955/1989 in Sachen Vorbereitungen zur Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten. Juni 1989 (ohne genaue Tagesnennung). Zu Händen der Genossen Károly Grósz, Miklós Németh, Mihály Jassó, Rezső Nyers, Imre Pozsgay, Péter Medgyessy, Mátyás Szűrös, János Berecz, György Fejti, Gyula Horn, Jenő Andics. Kenedi, János (1996), II/ S. 346

<sup>272</sup> ebd. II/ S. 362 f

Platz eine Fete geben. Seitens der Künstlergruppe Inconnu verlautete, im Fall einer Fete werden sie auf dem Friedhof die Garde zusammenschlagen. Am 16. Juni halb zwölf werden sie sich vor dem Sammelgefängnis versammeln. Wer sich ihnen anschließt, kann mit auf den Friedhof kommen.<sup>273</sup>

Das bestätigte die mündliche Meldung des IM „Jegenye“.<sup>274</sup> Die Information der möglichen dritten, nicht einmal nach Decknamen identifizierbaren Netzwerkperson berichtete davon, dass

„Dr. György Krassó anmeldete, sofern er vom TIB keine Möglichkeit erhalte, seine vom Fernsehen zu übertragende Rede vor dem Katafalk zu halten, werde er für 13 Uhr 30 eine politische Demonstration auf dem Heldenplatz organisieren. Zugleich sagte er, der USA-Botschafter Mark Palmer, der über seine Absicht informiert sei und ihn über einen Mitarbeiter zu sich bestellt habe, habe ihn vor der Irrealität seines Plans gewarnt und versucht, davon abzuraten. Dessenungeachtet habe Krassó dem TIB bis zum 15. Juni 24 Uhr ein Ultimatum gestellt, seiner Bitte nachzukommen. Davon wolle er seine Aktivität am 16. Juni abhängig machen.“<sup>275</sup>

Am 16. Juni 1989 liefen in der Abteilung BM III/III-7 alle Informationen zusammen. Von hier aus wurden alle Maßnahmen getroffen. Wegen Krassó wurden letztere nicht gebraucht. Zwischen morgens acht und abends acht Uhr wurden alle drei Stunden Meldungen herausgegeben, insgesamt fünf. Die morgendliche Meldung um acht Uhr berichtete davon, dass die POFOSZ-Zusammenkunft vom Vorabend mit 500-600 Teilnehmern vonstatten gegangen sei. Die Reden seien zurückhaltend gewesen, hätten vor allem Gedenkcharakter gehabt, auch Krassó habe gesprochen.<sup>276</sup> Während der redaktionellen Bearbeitung der 11-Uhr-Meldung traf die erste Information ein, wonach die Sondergedenkveranstaltung dennoch ausfalle. Krassó habe noch am Ort des Geschehens überlegt, ob er die Rede doch halten solle.

„György Krassó befasse sich auch weiterhin mit der Möglichkeit eines 'Sonderprogramms'. Von seinem Vorhaben hat ihn auch das Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter nicht abbringen können. Krassó zeigt lediglich dahingehend Bereitschaft, 'eventuell anderswo und vor weniger Menschen' vorzutragen, worauf er sich vorbereitet hat. 'Triebfeder' seines Plans ist das 'Nicht-Verstehen, warum sich die Menschen nicht empören, denn er habe das Gefühl, sie würden Hungers sterben'. Er meint, wäre es ihm früher gelungen, die Partei seiner Vorstellung zu gründen, selbst wenn nur zusammen mit tausend Aktivisten, dann wäre seine Lage jetzt leichter. Krassó will für ein bis zwei Monate in Ungarn bleiben. Gegenwärtig hat er noch nicht entschieden, an welcher Veranstaltung nach der Beerdigung, an der vom TIB oder der von Inconnu und Fónay organisierten, er teilnehmen will. In einer etwa fünfhundertköpfigen Gruppe am Museum der bildenden Kunst hieß es, dass Krassós Veranstaltung vielleicht doch stattfinden wird. (...) Unseren einseitigen über das Netzwerk entstandenen Informationen zufolge hat György Krassó auf das Besorgen einer Lautsprecheranlage

<sup>273</sup> ebd. II/ S. 369

<sup>274</sup> ebd. II/ S. 370

<sup>275</sup> ebd. II/ S. 370

<sup>276</sup> ebd. II/ S. 370

zwecks einer auf dem Heldenplatz abzuhaltenden 'Sonderveranstaltung' verzichtet.“<sup>277</sup>

Die Vierzehn-Uhr-Meldung nannte einerseits die frühere Informationsquelle. István Szász, Ratsmitglied der am 13. November 1988 gegründeten Hauptversammlung des SZDSZ, nahm auch in der Gruppe des I. Budapester Bezirks aktiv teil.<sup>278</sup> Auch selbst gehörte er zu den vom Staatssicherheitsdienst beobachteten Personen.<sup>279</sup> „Der von István Szász stammenden, nicht überprüften Information zufolge fiel die nach der Feier am Katafalk geplante politische Demonstration unter dem Titel 'Zum Gottesgericht' aus.“<sup>280</sup> Andererseits bekräftigte er das Ausbleiben der Sondergedenkveranstaltung damit, dass auf dem Neuen Friedhof mit Beginn um 15 Uhr die Einweihung der Inconnu-Holzgrabmale stattfinden soll. „Auch unsere neueren Informationen haben bekräftigt, dass die von Krassó nach der Aufbahrung geplante Demonstration ausfällt. Zugleich wird die von Inconnu auf dem Friedhof geplante Veranstaltung um 15 Uhr stattfinden.“<sup>281</sup> Ein Grund für das Ausfallen der Sondergedenkveranstaltung mochte der sein, dass Krassó vom TV-Nachrichtenredakteur in der Menge aufgesucht wurde.

„Der TV-Nachrichtenredakteur informierte György Krassó dahingehend, dass er mit dem amerikanischen Botschafter einen 'politischen Deal' geschlossen habe, wonach Krassó und seinen Leuten garantiert werde, die für den Heldenplatz geplanten Reden im Fernsehen halten zu können. Das betreffe laut Krassó vier bis fünf Personen: Vilmos Bereczky (Unabhängiges Komitee zum Schutz von Siebenbürgen), Tibor Philipp (Inconnu-Gruppe), Péter Sneé (Kreis der Republikaner) und seine Person seitens der Freien Presse Ungarischer Oktober. Sie würden als Vertreter von 10 unabhängigen Gruppen reden.“<sup>282</sup>

Der Staatssicherheitsdienst ordnete ein Interview mit Krassó an. Von dessen Inhalt wurde abhängig gemacht, ob er auf Sendung gehen dürfe oder nicht. Ob das Gespräch zwischen TV-Nachrichtenredakteur und Krassó die Vorbereitung auf das Interview bedeuten sollte, lässt sich nicht klären. Von einer konkreten Aufnahme ist keine Rede. Sollte sie stattgefunden haben, ist sie jedenfalls nicht gesendet worden. Die 17-Uhr-Meldung berichtet davon, dass der Heldenplatz 14 Uhr 45 praktisch menschenleer ist, dass „György Krassó und die Mitglieder der Inconnu-Gruppe nach nicht bestätigten Informationen darin übereingekommen sind, dass sie sich zwischen 16.00-16.30 Uhr zum Neuen Friedhof begeben wollen. Krassó traf 15.10 Uhr am Friedhof ein.“<sup>283</sup> Was indes am Eingang zum Neuen Friedhof passierte, davon berichten die Akten nichts. Man kann lediglich wissen, dass einstweilen entschieden war, dass Krassó und die Sympathisanten der

<sup>277</sup> ebd. II/ S. 376 f

<sup>278</sup> [gondola.hu](https://gondola.hu) - INFORMÁCIÓK AZ SZDSZ SZERVEZETÉRŐL, <https://gondola.hu/cikkek/5045>

<sup>279</sup> Tabajdi, Gábor/ Ungváry, Krisztián (2008), S. 385

<sup>280</sup> Kenedi, János (1996), Meldung BRFK III/III-7, Unterabteilung, II S. 378

<sup>281</sup> ebd. II/ S. 380

<sup>282</sup> ebd. II/ S. 380

<sup>283</sup> ebd. II/ S. 382

Inconnu-Gruppe für die Zeit der Trauerzeremonie keinen Einlass auf den Friedhof finden würden. Der Einlass wurde von den MDF-Ordnern verhindert. Die 20-Uhr-Meldung enthält hinsichtlich einer Sondergedenkveranstaltung keine Informationen.

Der operative Ausschuss der Staatssicherheit des Gruppenkommandos III/III des Innenministeriums vermerkt auf seiner Sitzung vom 15. Juni 1989 in Verbindung mit Krassó zwei mögliche Aktionen für den 16. Juni, und zwar eine Sondergedenkveranstaltung und eine Demonstration am Neuen Friedhof.

“Es ist wahrscheinlich, dass sich in den Nachmittagsstunden vor dem Eingang zum Friedhof auf Aufforderung der Inconnu-Gruppe eine größere Menschenmenge versammeln wird. Hier können Reden gehalten werden und Transparente auftauchen.”<sup>284</sup>

Wegen des Verbots, den Friedhof zu besuchen, wartete Krassó zusammen mit den Sympathisanten der Inconnu-Gruppe vor dem Eingang. Doch es gab weder Redebeiträge noch Transparente. Krassós Rede, sofern sie überhaupt geschrieben worden ist, wurde nirgendwo gehalten und der Nachwelt überliefert.

Laut 20-Uhr-Meldung vom 16. Juni 1989 der Abteilung III/III-7 des Innenministeriums hat die Trauerzeremonie mit erheblicher Verspätung 18.15 Uhr ein Ende gefunden. Ohne besondere Vorkommnisse. Das TIB und die geladenen Gäste verließen nach und nach den Veranstaltungsort. Ab 19 Uhr “fand auf Initiative und unter Führung László Rajks d.J., Dr. György Krassós, Ottilia Solts, András Nagys und der Ehefrau Tibor Liskas eine extra Feier unter Beteiligung von etwa hundert Personen statt. Sie besprachen die Ereignisse ihrer Veranstaltung und steckten Kerzen an.”<sup>285</sup> 20 Uhr wurde der Friedhof geschlossen. 20.30 Uhr verließen alle die Parzellen. In seiner Meldung vom 17. Juni befasste sich das BRFK gesondert mit dem letzten Ereignis in Verbindung mit der Wiederbeerdigung am 16. Juni. Auf einem geschlossenen TIB-Abendempfang im Pester Vigadó, woran zirka 150 Personen teilnahmen, unter anderen auch Mark Palmer, “streut Krassó die Nachricht, dass man wegen eines Regelverstoßes seinen Reisepass eingezogen habe.”<sup>286</sup>

Die Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten ging friedlich vonstatten. Krassó und die sich um ihn gruppierenden Kreise haben sich würdevoll verhalten. Zwar rümpften sie die Nase, waren verletzt, dass ausgerechnet sie, die jahrelang trotz Verboten und behördlichen Vorgehens gegen sie der 56er Ereignisse gedacht hatten, keine Möglichkeit bekamen, das Wort zu ergreifen.

---

<sup>284</sup> ebd. II/ S. 363

<sup>285</sup> ebd. II/ S. 386

<sup>286</sup> ebd. II./ S. 388

#### 4.5. Die ausgefallene Sondergedenkveranstaltung

Die meisten Menschen waren der Meinung, dass mit der Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten all das verwirklicht werde, was aus einer Perspektive von dreiunddreißig Jahren von der ruhmreichen ungarischen Revolution verwirklicht werden konnte. Am Tag der Wiederbeerdigung waren genau einunddreißig Jahre seit der Hinrichtung des ehemaligen Ministerpräsidenten Imre Nagy, des Verteidigungsministers Pál Maléter und des Journalisten Miklós Gimes vergangen. József Szilágyi<sup>287</sup>, der Sekretär des Ministerpräsidenten, war erst im Imre-Nagy-Prozess mitangeklagt. Doch er wurde früher verurteilt und hingerichtet. Der Journalist Géza Losonczy<sup>288</sup> verstarb gleichfalls früher infolge seiner Zwangsernährung.

Am 16. Juni 1989 vormittags 9 Uhr begann auf dem Heldenplatz in Budapest mit Kranz- und Blumenniederlegungen das Gedenken. Ab zehn Uhr waren über Lautsprecher die identifizierten Namen der Hingerichteten und das Datum ihrer Hinrichtung zu hören. Und: "Ihr seid mit uns!" Die Idee des leeren Sargs ging auf Krassó zurück. Noch aus London hatte er Druck ausgeübt<sup>289</sup>, dass auf den Stufen der Kunsthalle neben den irdischen Überresten der aufgebahrten Exhumierten symbolisch auch ein Sarg der unbekanntenen Revolutionäre einen Platz erhalten sollte. Der leere Sarg wurde neben Imre Nagy in der Parzelle 301 bestattet.<sup>290</sup> Ferenc Forgách und Jenő Fónay hielten die Abschiedsreden. Für die Mittagszeit wurde für die ganze Stadt eine Schweigeminute angeordnet, und alle Glocken läuteten. Auf dem Heldenplatz, da es in der Nähe keine Kirche gibt, wurde das Glockenläuten durch Lautsprecher übertragen. Anschließend erklang Mihály Vörösmartys "Mahnruf". Hernach begannen die Reden. Der Reihe nach erhielten Miklós Vásárhelyi, Sándor Rác, Imre Mécs, Tibor Zimányi, Béla Király und Viktor Orbán das Wort. Kurz nach halb zwei ging die Gedenkfeier mit dem Singen der Nationalhymne zu Ende. Dem folgend begab sich der Trauerzug auf den Weg zur Parzelle 301 auf dem Rákoskeresztúrer Neuen Friedhof. Die geladenen Gäste wurden mit Bussen transportiert.

Es ist eindeutig, dass György Krassó deshalb aus London nach Budapest gekommen war, um an der Wiederbeerdigung teilzunehmen. Am 12. Juni 1989 wurde er von Jenő Fónay am Flughafen Ferihegy erwartet.<sup>291</sup> Im Pkw fuhren sie direkt ins Restaurant Evezős<sup>292</sup>. Hinter ihnen eine

<sup>287</sup> József Szilágyi (17. Juni 1917 – 24. April 1958). Der Fall des Juristen und Oberstleutnants war vom Imre-Nagy-Prozess losgelöst worden.

<sup>288</sup> Géza Losonczy (5. Mai 1917 – 21. Dezember 1957), Journalist, war Staatsminister in der Regierung Imre Nagys.

<sup>289</sup> Interview mit Péter Sneé, Interviewer: Gabriella Kinda, 18. Juli 2014

<sup>290</sup> Auf Bitten von Erzsébet Nagy, der Tochter Imre Nagys, wurde ihr Vater an der Stelle seiner Exhumierung in der Parzelle 301 beerdigt. Damals wurde die Parzelle 300 geschaffen, wo die 56er Opfer wiederbeerdigt wurden. Die Parzelle 300 wurde auch der spätere Bestattungsort für die zu Gefängnishaft Verurteilten berühmten 56er. Gegenwärtig trägt dieser Teil des Friedhofs den Namen Nationales Pantheon. Es gibt keine Unterschiede. György Krassó wurde am 8. März 1990 im Familiengrab beigesetzt, um schließlich unter Mitwirkung des 56er Bunds am 12. Dezember 2013 auf dem Fiumer Friedhof wiederbeerdigt zu werden.

<sup>291</sup> Sneé, Sneé (2006): *Gyuri után (Nach Gyuri)* (Roman), *Magyar Napló*, Budapest, S. 87.

<sup>292</sup> Das Lokal befand sich in der Király utca/Ecke Kazinczy utca

lange Reihe schwarzer Pobjedas. Es war fast so, als wäre Genosse Chruschtschow angekommen.<sup>293</sup> Dort wurde er schon von seinen Freunden erwartet. Krassó hielt eine zündende Rede, worin er die Gründung einer 56er Partei forderte.<sup>294</sup> Sein ursprünglicher Plan war die Gründung einer Druckerei. Doch schon während seines Empfangs wurde klar, dass für den 16. Juni eine Sondergedenkveranstaltung organisiert werden sollte.<sup>295</sup>

Der radikale Teil der demokratischen Opposition, an der Spitze mit Krassó, organisierte an den Jahrestagen des Ausbruchs der Revolution und der Hinrichtung Imre Nagys in Privatwohnungen Gedenkveranstaltungen. Dies in den Jahren, als Derartiges noch illegal war und polizeilich verfolgt wurde. Die zweite Öffentlichkeit nutzte die ungarischsprachigen Sendungen des Senders Free Europe und der BBC, um das Schweigen zu brechen und die Ideen der Revolution zu verbreiten. Trotz all seiner Verdienste durfte Krassó am 16. Juni 1989 auf dem Budapester Heldenplatz keine Rede halten.

Das Versammlungsgesetz von 1989 schrieb vor, dass Straßenveranstaltungen drei Tage zuvor anzumelden seien. Hätten die Organisatoren der Sondergedenkveranstaltung dies getan, hätte die Polizei die Genehmigung nicht verweigern können. Der 13. Juni 1989 wäre der letzte Tag gewesen, an dem dies möglich gewesen wäre. Doch das passierte nicht.

Krassó und die sich um ihn scharende Opposition titulierte das vom TIB organisierte Gedenken "manipulatorisch und falsch". Auszusetzen daran hatten sie, dass das TIB "durch Kooperation mit den Behörden Machtinteressen oder den Interessen der bestehenden Macht diene"<sup>296</sup>. Er hätte gern im Namen der Aufständischen auf dem Heldenplatz gesprochen, im Namen derer, die die Revolution gemacht haben. Doch "vergebens bat er das TIB am 13. und 14. Juni darum (...). Man würdigte ihn nicht einmal einer Antwort."<sup>297</sup>

Krassó hatte ursprünglich für den 16. Juni 1989 nachmittags halb zwei, unmittelbar nach dem TIB-Gedenken, gleichfalls auf dem Heldenplatz ein Sondergedenken angekündigt. Da an der Trauerfeier auf dem Friedhof nur geladene Gäste teilnehmen durften, rechnete er sich für das Sondergedenken zu Recht eine hohe Teilnehmerzahl aus. Gedacht worden wäre jener namenlosen Opfer, von denen zur offiziellen Trauerfeier keine Rede war.

#### 4.6. Komitee zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit kontra Krassó

Zur Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten am 16. Juni 1989 hatte sich in Verbindung

---

<sup>293</sup> Interview mit Péter Sneé, Interviewer: Gabriella Kinda, 18. Juli 2014.

<sup>294</sup> ebd.

<sup>295</sup> *Standrecht und Happening. András Bozóki im Gespräch mit György Krassó, Interview*, (Januar 1990), in: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]), S. 376

<sup>296</sup> ebd.

<sup>297</sup> Sneé, Péter (2006), S. 87

mit György Krassó eine Reihe von Konflikten herausgebildet. Dafür, dass das Gedenken an die Revolution von 1956 am Leben gehalten wurde, hat Krassó sehr viel getan. Deshalb war seine Kaltstellung unwürdig.

Doch was ist eigentlich passiert? Eine Zielsetzung des TIB bestand darin, die Parzelle 301 zum Denkmal für die hingerichteten 56er zu erheben. Die Künstlergruppe Inconnu schien diesen Plan zu durchkreuzen. Bei Krassós Heimkehr standen die Inconnu-Holzgrabmale bereits. Doch die Diskussion über deren Einweihung war in vollem Gang. Dadurch, dass das TIB die Einweihung verhinderte, galten die Inconnu-Grabmale offiziell nicht als Denkmal für die 56er Märtyrer. Demzufolge konnte sich das TIB das Recht vorbehalten, ein von ihm unterstütztes Denkmal in Auftrag zu geben. Das ist eigentlich der Grund dafür, dass Krassó und der Inconnu-Gruppe der Zutritt zum Rákoskeresztúrer Neuen Friedhof verwehrt wurde und sie am Eingang warten mussten. Es ist nicht wahrscheinlich, dass sie diese Zusammenhänge so deutlich überblickten. Doch über das Machtspiel ihrer Kaltstellung waren sie sich im Klaren.

Im Nachhinein sagte Tibor Philipp in einem Lebensinterview mit ihm, dass es in der Gesellschaft ein großes Bedürfnis an einem Ort der Gnade gegeben habe. Nach dem Ausführungsbeginn des Inconnu-Plans habe man dem nachgegeben. Niemand außer dem TIB habe am Aufstellen der Holzgrabmale etwas auszusetzen gehabt. Weder die Friedhofverwaltung, noch die Polizei, noch der Staatssicherheitsdienst hätten es verhindert.

“Wir wollten niemanden erzürnen (...). Konflikte hatten wir mit András B. Hegedűs. Denn als er den Friedhof aufsuchte und sah, dass wir tätig geworden waren, machte er seinem Ärger Luft. (...) Wo ist unsere Genehmigung dafür von der Friedhofverwaltung und von wem sonst noch, fragte er uns erregt. (...) Wir haben keine Genehmigung. Die haben wir uns selbst gegeben, (...) Sie können es ja verhindern, wenn Sie meinen. Wir werden jedenfalls den Gnadenort erschaffen. Denn daran gibt es ein Bedürfnis. (...) Über Mécs gab es noch einen weiteren Versuch, uns zu stoppen. Doch wir waren unbeugsam. Übrigens hatten wir auch gar keine andere Wahl. Denn die Sache war schon über unsere bloße Absicht hinausgegangen. Sehr viele Menschen hatten durch Spenden oder anderswie geholfen, das Zustandekommen eines Erinnerungsorts unterstützt. Wir waren nicht mehr unsere eigenen Herren, wir leisteten eine Art öffentlichen Willen. Die Friedhofleute verhinderten nichts, auch die Polizei nicht... (...) Dem Innenministerium kam das gelegen (...), es wird nützlicher sein, wenn wir die gegeneinander aufbringen, und dann kann niemand was sagen, denn wir haben nur einen Befehl ausgeführt. (...) Außer den TIB-Leuten hat uns niemand behindert.”<sup>298</sup>

Seitens des TIB haben Imre Mécs und András B. Hegedűs versucht, vom Vorhaben abzuraten.

Laut András B. Hegedűs hatte das TIB mit der Inconnu-Gruppe in zwei Angelegenheiten Streit. Einerseits wurden die Holzgrabmale vom TIB ästhetisch beanstandet. Das TIB wollte auf den Gräbern einfache, gleichförmige Steinplatten. Dieser Plan wurde auf Kosten der

---

<sup>298</sup> Interview mit Tibor Philipp, aufgenommen von: Ágnes Kőműves, OHA/ 932, 2009/ 2010, S. 124

Strafvollzugsanstalt realisiert.

„Wenn ich mich recht erinnere, hatten wir Streit in zwei Richtungen. (...) Der eine trug ästhetischen Charakter. Wir stellten uns die Parzelle 301 als einen Nationalfriedhof in ARLINGTON vor, wo jeder unter einer gleichförmigen kleinen Steinplatte ruht. Das wurde letztlich auch realisiert. In einem solchen Fall bedarf es keiner Lösung mit Holzgrabmalen. Puritanismus bedeckt die Gräber. (...) Das hat der Strafvollzug auf eigene Kosten gemacht. (...) Wir dachten, der Holzgrabmalwald ist überflüssig und drückt '56 nicht aus. Hat etwas Gezwungenes. Darin haben wir uns geirrt, denn letztendlich ist das in der Parzelle 301 Vorhandene einfach schön. Sie haben das schön gemacht. Und schließlich bleibt es sich gleich, ob es sich hierbei um ein Symbol des Mutterlands oder Siebenbürgens handelt.“<sup>299</sup>

Andererseits wurde befürchtet, dass die Abrechnung der Spendengelder Probleme bereiten könnte. Einen eventuellen Skandal wollte das TIB nicht auf seine Kappe nehmen.

„(...) Bei dem Streit ging es darum, dass sie die Sache vollkommen eigenmächtig, ohne Zusammenarbeit mit dem TIB durchziehen wollten. (...) Sie inserierten eine internationale Sammlung für dreihundert Holzgrabmale, eine Summe von mehreren Millionen, wie sich herausstellte, doch (...) es gab keinerlei Abrechnung. Damals stimmten auch die locker liberalen intellektuellen Mitglieder des TIB mit mir überein, dass wir uns dazu nicht bekennen können. (...) Möglicherweise war hier unsere Vorsicht überflüssig, möglicherweise waren wir böswillig, doch das war eine sehr wichtige Sache. Wir sahen keinerlei Garantie für eine korrekte Abwicklung. Da übernahm die Inconnu-Gruppe die Sache in die eigenen Hände. Man war beleidigt. So hatten wir mit der Abrechnung nichts zu tun. (...) Die Sorge des TIB war berechtigt. Doch im Wesentlichen hatten die Inconnu-Leute Recht, und überhaupt, der Erfolg rechtfertigt alles.“<sup>300</sup>

Im Nachhinein nannte András B. Hegedűs das Aufstellen der Inconnu-Holzgrabmale berechtigt und erfolgreich. Doch als der Kampf tobte, wer der glaubwürdigste Repräsentant von 1956 sei, da erhielt die Inconnu-Gruppe, Krassós Anhänger, keinen Platz.

Am 16. Juni 1989 hatte die Strafvollzugsanstalt die Steinplatten für die Gräber der Parzelle 301 bereits angefertigt. Die Inconnu-Künstler übernahmen das Wirtschaften mit den Spendengeldern, die Abrechnung und kamen für die Holzgrabmale auf. Ansonsten rief Inconnu von den verbliebenen 150-160.000 Forint eine Stiftung ins Leben, um einen Preis für die am ehesten dem Geist von 1956 entsprechenden Kunstwerke auszuloben.<sup>301</sup> András B. Hegedűs sagte in seinem Interview zur Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten, dass er an dem Tag frühmorgens zum Friedhof gefahren sei und mit den Verantwortlichen der MDF-Ordnergarde besprochen habe, jedweden improvisierten Plan, mit dem Krassó vorstellig werde, zu verhindern, da dieser im offiziellen Programm nicht vorgesehen sei. Im Nachhinein festzustellen, ob die Polizei

<sup>299</sup> Interview mit András B. Hegedűs, aufgenommen von Gábor Murányi, OHA/ 472/B, 1992/1993, S. 382

<sup>300</sup> ebd. S. 382f

<sup>301</sup> Interview mit Tibor Philipp, aufgenommen von: Ágnes Kőműves, OHA/ 932, 2009/ 2010, S. 120



gegebenenfalls eingeschritten wäre, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Polizeiliche Maßnahmen hätten den friedlichen Charakter des Ereignisses jedenfalls gestört, während ein Einschreiten der Ordnungskräfte lediglich als Meinungsverschiedenheit innerhalb der Opposition galt.

„(...) frühmorgens am 16. Juni habe ich mit Lezsák und Csaba Olajos eine Übereinkunft getroffen. Mit ihnen konnte ich mich schon vollkommen aufrichtig verständigen. Nicht als politischer Verbündeter, sondern als jemand, der die gleiche Politik verfolgt, nämlich wenn Krassó und seine Leute auftauchen und irgendwelche Unruhe stiften sollten, dass sie dann von der Ordnergarde des MDF ausgeschaltet werden. Denn das sei besser als eine polizeiliche Ausschaltung. Und darin gab es keinerlei Meinungsverschiedenheit zwischen uns. Was soll ich sagen, das war nicht einmal eine Verhandlung. In einigen kurzen Sätzen legten wir unseren gemeinsamen Standpunkt fest. Doch Krassó, und das ist interessant, veranstaltete kein Theater.“<sup>302</sup>

Die im Obigen von András B. Hegedüs angeführten beiden Argumente begründen die Verhinderung der Einweihung der Holzgrabmale nicht. Seine oppositionellen Verbündeten bat er darum, Krassó auszuschalten, sofern er Unruhe stiften wolle. Krassó, der sich zur Opposition der Opposition bekannte, und die mit einer Inconnu-Einladung Eintreffenden wurden am Eingang zum Friedhof gestoppt. Dieser Zwischenfall verstärkte Krassós Enttäuschung am Tag der symbolischen, nationalen Rehabilitierung der 56er Revolution.

Dem TIB war es nicht gelungen, den Inconnu-Plan zu verhindern. Trotz der Konflikte mit dem TIB stehen die Holzgrabmale auch heute noch in der Parzelle 301. Wie aber verhält es sich mit Krassós Ausgrenzung?

Den Staatssicherheitsakten zufolge war Krassó 1981 der Erste, der den geheimen Beerdigungsort der 56er Hingerichteten, die von Unkraut überwucherte Parzelle 301, aus politischer Motivation aufsuchte. Bisher gingen nur die Familienangehörigen an das vermutete Grab ihrer Liebsten. Zum 25. Jahrestag der Revolution, improvisierte Krassó in einer Privatwohnung ein Gedenken, das nicht vereitelt werden konnte. 1983 zum Jahrestag der Hinrichtung Imre Nagys und seiner Gefährten organisierte er gleichfalls in einer Privatwohnung einen Gedenkabend. Im November 1985 nach der Einstellung der über ihn verhängten Polizeiaufsicht durfte er in den Westen ausreisen, von wo er am 12. Juni 1989 nach Ungarn zurückkehrte. Wegen der Teilnahme der Repräsentanten der kommunistischen Machthaber an der Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten begann er aus Protest mit der Organisation einer Sondergedenkveranstaltung, die er zeitlich zwischen den zwei TIB-Veranstaltungen für halb zwei auf dem Heldenplatz anberaumte. Er hoffte, dass viele zur Demonstration, die unter dem Titel *Bleib bei uns!* angekündigt wurde, bleiben würden. Zum „wahren Gedenken“ hätte man aller 56er Opfer gedacht, der hingerichteten Märtyrer, der bei Straßenkämpfen Gefallenen, der Eingekerten, der ins Exil Gezwungenen, aller

---

<sup>302</sup> ebd. S. 380

tagtäglichen Opfer der kommunistischen Unterdrückung. Doch das TIB grenzte sich gegenüber Krassós politischer Demonstration, seiner antikommunistischen Botschaft ab. Eigentlich ließ das TIB die Strategie der Staatspartei zu, in den Akten der Staatssicherheit durchgängig „nationale Versöhnung“ genannt. Im Namen der Aufständischen bat Krassó auf der TIB-Veranstaltung auf dem Heldenplatz um eine Redemöglichkeit. Doch die entsprechende Erlaubnis erhielt er nicht. Seiner Meinung nach diente die vom TIB organisierte Wiederbeerdigung mit der politischen Rehabilitierung der 1956er reformkommunistischen Führer der Stärkung der an der Macht befindlichen Reformkommunisten. Das heißt, die Wiederbeerdigung begünstigte die MSZMP und innerhalb dieser Partei Imre Pozsgay und seine Anhänger.

Bei der TIB-Abgrenzung gegenüber Krassó spielte András B. Hegedús eine aktive Rolle. In zwei Interviews sprach er darüber kurz nach den Geschehnissen. Erstmals 1991 und dann 1992/1993. In seinem zweiten Interview zur Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten sprach er davon, dass die gegen Krassó eingenommene Haltung begründet, wenn auch nicht „fair“ gewesen sei. András B. Hegedús erwähnte drei konkrete Schritte. Als Erstes habe er Jenő Földesi, den Staatssekretär im Innenministerium, angerufen und diesem mitgeteilt, dass die Opposition nicht protestieren werde, wenn die Polizei gegen Krassó und seine Unterstützer Gewalt anwende, dies auch dann nicht, wenn man sie verhaften würde. Zu einer Polizeiaktion kam es nicht, weil der Budapester USA-Botschafter Mark Palmer Krassó einen TV-Auftritt angeboten hat, worin er frei seine Meinung kundtun könne. Nach einigem Zaudern nahm Krassó das Angebot an. Als Zweites besprach András B. Hegedús am frühen Morgen der Wiederbeerdigung mit den für die Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlichen MDF-Führern, dass sie am Friedhof gegen sie vorgehen sollten, falls sie die Einweihung der Holzgrabmale in Angriff nehmen wollten. Als Drittes rief er am Morgen der Wiederbeerdigung den Fernsehintendanten Gyula Bereczky an, um ihn zu fragen, ob Imre Pozsgay Krassó und seinen Leuten eine Genehmigung für einen Fernsehauftritt gegeben habe. Er fragte dies, obwohl er wusste, dass eine Genehmigung vorlag.

„Am frühen Morgen der Beerdigung musste ich aus dem Übertragungswagen den Fernsehintendanten Gyula Bereczky anrufen, weil eine Bedingung für die Abwehr des von Krassó ausgehenden Skandals, genauer gesagt die Abwehr der Bedrohung darin bestand, dass das Fernsehen Krassó und seinen Mitstreitern nach der Beerdigung gestatten würde sich zu äußern, sofern sie von der Organisation eines Skandals auf dem Heldenplatz Abstand nähmen. Das war sehr wichtig. Und ich sprach damals mit meinen anwesenden Freunden, dass ich das noch mit Bereczky absichern wolle. Ob Imre Pozsgay tatsächlich seine Zustimmung gegeben habe. Bereczky bestätigte das.“<sup>303</sup>

Die Verhinderung von Krassós extra Kundgebung war für das TIB von Wichtigkeit, weil die

---

<sup>303</sup> ebd.

politische Demonstration die Aufmerksamkeit der internationalen Presse vom eigentlichen Festakt abgezogen hätte. Krassó

„entschloss sich zu dieser Aktion als echter Aktionist, um nach der Beerdigungszeremonie auf dem Heldenplatz zu bleiben und eine antikommunistische Versammlung zu veranstalten. Also das brauchten wir wie einen Buckel. Denn es war doch offensichtlich, dass sich die gesamte internationale Presse darauf gestürzt hätte. Und es hätte zwei Minuten gegeben, während derer die Särge vom Katafalk heruntergehoben werden und X, Y, Z eine Rede schwingen. Jetzt bin ich der Presse gegenüber gutwillig. Und genau so viel Zeit hätte es gegeben, während der Krassó seine Schau abzieht. Wir hatten eigentlich das unmittelbare, jedoch auch perspektivisch politische Interesse (und das ist jetzt, Gott sei Dank schon sicher, nämlich dass es historisch gelungen ist, und deshalb war nach meiner heutigen Überzeugung jeder Kompromiss richtig), dass in Verbindung mit 1956 das Fest, die Trauerfeier und Freudenfeier nationaler Würde als kathartisches Erlebnis Einzug in die Geschichte erhält und – das kann ich heute schon besser formulieren - ohne jeden Zwischenfall und Rummel vonstatten geht. (...) Dass das gelungen ist, das ist ein Riesenerfolg. Deshalb denke ich, dass unsere Krassó gegenüber vielleicht unfaire, doch keineswegs harte Taktik begründet war.“<sup>304</sup>

In den Akten des Geheimdienstes und der Polizei findet sich kein einziger dahingehender Hinweis, dass die Aktion von Krassó beziehungsweise der zehn Organisationen einen gewalttätigen Ausgang hätte nehmen können. Eine solche Gefahr hat demnach nicht bestanden.

Der damalige amerikanische Botschafter Mark Palmer wollte in seinem HVG-Interview vom 22. Juni 1989 nicht kommentieren, wie es zu Krassós Fernsehsendung gekommen sei. Eines aber sagte er, nämlich dass sich Führer des TIB und hochrangige Amtsträger an ihn um Hilfe gewandt hätten. Seitens des TIB ist er mit großer Wahrscheinlichkeit von Béla Király aufgesucht worden, der erfolglos versucht hatte, Krassó von seinem Vorhaben abzubringen. Das lässt sich daraus ableiten, dass in den Staatssicherheitsakten außer András B. Hegedűs nur Béla Király erwähnt wird. András B. Hegedűs glaubte, dass sich Miklós Vásárhelyi an Palmer gewandt habe. Auf seine nachträgliche Frage dazu erhielt er jedoch eine verneinende Antwort. Der hochrangige Amtsträger könnte Imre Pozsgay gewesen sein. Das lässt sich daraus ableiten, dass auch der Intendant des Ungarischen Fernsehens von Pozsgay die Genehmigung für die Fernsehsendung von Krassó und seinen Leuten in *Napzárta* (Tagesausklang) erhalten hat.

Aber warum Palmer? Als Erstes deshalb, weil er Krassó schon vor seiner Ernennung zum amerikanischen Botschafter in Ungarn von einer Begegnung im April-Mai 1986 in Washington kannte, als er der erste ungarische oppositionelle Reisebotschafter (international visitor) des USA-Außenministeriums war. Krassó bemühte sich um amerikanische Unterstützungsgelder für seinen Londoner Nachrichtendienst. Laut Tibor Philipp habe Palmer mit dem Entzug der Gelder gedroht. Krassó selbst akzeptierte die TV-Öffentlichkeit als Alternative. Doch er traf diese Entscheidung

---

<sup>304</sup> ebd. S. 382

nicht allein, sondern überließ den anderen Organisatoren des Sondergedenkens die letzte Entscheidung. Er verhielt sich redlich, stellte die eigenen Interessen nicht in den Vordergrund und ließ sich auch nicht erpressen. Da die anderen glaubten, dass sie auch trotz Palmers offener und entschiedener Ablehnung die Sondergedenkveranstaltung abhalten könnten, widersetzten sie sich dem Willen des amerikanischen Botschafters. Krassó war nicht so naiv. Dennoch war er der Verlierer, denn er erhielt keine weitere Unterstützung. Auch die nicht viel später gegründete Partei Ungarischer Oktober bekam keine Unterstützung aus dem Ausland. Ohne Finanzmittel aber war eine Verbreitung der politischen Botschaften der Partei kaum möglich. Und letztlich blieb die Partei so auch ohne Wahlstimmen. Dieses Dilemma überblickte Krassó. Deshalb trat die Partei zu den Parlamentswahlen im Frühjahr 1990 nicht an.

Zum Zweiten gelangte durch die Geschichte der Sondergedenkveranstaltung an die Öffentlichkeit, dass die Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten Palmers Verdienst war. Obwohl das Ereignis vom 16. Juni 1989 den Rahmen einer Beerdigung im Familienkreis, wie ursprünglich von Károly Grósz zugesagt, weit überschritten hat und Miklós Németh bereits Vorsitzender des Ministerrats war, war Palmer ein friedlicher Verlauf überaus wichtig.

„Herr Palmer argumentierte, dass er einen verzweifelten Kampf geführt habe, um der Regierung die Genehmigung zur Wiederbeerdigung abzurufen. Er garantierte auch persönlich, dass es keinerlei Störung der öffentlichen Ordnung geben werde. Doch er befürchtet, dass eine von uns gehaltene Rede auf eine mehrere hunderttausendköpfige Menge aufstachelnd wirken könnte. Und wer weiß, was für eine Störung der öffentlichen Ordnung daraus entstehen könnte?“<sup>305</sup>

Erneut kam die Frage der Störung der öffentlichen Ordnung zum Vorschein, was Krassó einerseits dadurch zurückwies, dass sich während der Beerdigung niemand zu Hooliganismus hinreißen lassen würde. Andererseits sei auch das Drohen mit der linksradikalen Münnich Gesellschaft unbegründet gewesen, weil die nicht ohne Anweisung handeln würde. Die Nationalgarde, die sich in der Nähe des Schauplatzes der Wiederbeerdigung, an der Burg Vajdahunyad, versammelt hatte, kam im Palmer-Krassó-Streit um die Sondergedenkveranstaltung nicht einmal zur Sprache.

Zwischen Palmer und der Fernsehintendanz vermittelte der stellvertretende Außenminister József Bényi als Leiter des V. Referats für Beziehungen zu den westlichen Ländern. Die für den Tag der Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten angebotenen zwei Minuten in den Nachrichten lehnte Krassó mit dem Argument ab, dass nicht nur er allein sich äußern wolle, sondern auch seine Mitorganisatoren der Sondergedenkveranstaltung. Auf sein Verlangen wurde ihm im Zweiten Kanal des Ungarischen Fernsehens in der Sendung *Napzárta* (Zum Tagesausklang)

---

<sup>305</sup> *A Demokrata beszélgetése Krassó Györggyel (Der Demokrat im Gespräch mit György Krassó), Interview von Péter Sneé, Samisdatzeitschrift Demokrata, 1989/Nummer 7-8, S. 17-21, HU OSA 355-0-1/ Box 4*

eine Sendezeit versprochen, um seine Gedanken zu äußern. Der Zweite Kanal des Ungarischen Fernsehens war 1989 auf Sendung gegangen. *Napzárta* war ein spätabendliches politisches Diskussionsprogramm, in dessen Rahmen 56er Verurteilte und die Witwen von Hingerichteten zu Wort kamen und oppositionelle Politikandidaten vor der Fernsehöffentlichkeit auftreten konnten. Das Studiogespräch kam am 21. Juni 1989 zustande. Doch nicht nur, dass sie keine Direktsendung genehmigten, selbst am gleichen Tag wurde die Aufnahme nicht gesendet. Abweichend von der Üblichkeit ging die Sendung nicht wochentags und auch nicht in der Hauptsendezeit, sondern erst abends um elf über die Bildschirme. Krassó musste erst drohen, dass er sich beim stellvertretenden Außenminister beschweren wolle. Doch vermutlich fanden sie sich wegen des nahenden Besuchs vom USA-Präsidenten George Bush d.Ä. (vom 11.-13. Juli 1989) zur Ausstrahlung bereit. Das Fernsehgespräch stellte die Spannungen innerhalb der Opposition um die Einweihung der Holzgrabmale in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen. Krassó sprach offen aus, dass der amerikanische Botschafter in der Sache ihres Fernsehauftritts aktiv geworden sei. Tibor Philipp unterbrach Krassó, dass Palmer lediglich eine Vermittlerrolle zwischen ihnen und dem TIB gespielt habe. Krassó hätte möglicherweise mehr als diese Halbwahrheit gesagt. Wenn das Staatssicherheitsmaterial zu Palmer für die Forschung freigegeben wird, werden wir mehr wissen, werden erfahren, wovon Palmer sich genau hat leiten lassen, warum Ungarn und seine Demokratisierung für ihn so wichtig gewesen sind. Nach der Westöffnung von 1989 sank das Land aus Sicht der Großmächte zurück in die Bedeutungslosigkeit. Im Januar 1990, noch vor den ungarischen Wahlen, wurde Palmer von Außenminister Baker von seinem Posten abberufen. Palmer verließ den diplomatischen Dienst und wurde ein erfolgreicher Geschäftsmann.

Zum ominösen *Napzárta*-Programm, in dem außer ihm Tibor Philipp, Jenő Nagy, Péter Sneeé und László J. Benkő zu Wort kamen, meinte Krassó, es sei ihnen gelungen, das Eine und Andere von sich zu geben. Dennoch griff die Meinung um sich, dass man Krassó mit dem Programm betrogen habe. Und das nicht nur deshalb, weil sich ein großer Teil des Gesprächs mit dem TIB-Konflikt beschäftigt habe. András B. Hegedűs meinte, der Betrug habe darin gelegen, dass die Sendung nicht zur Hauptsendezeit zu sehen gewesen sei.

„Damals ist Krassó damit ein bisschen betrogen worden, dass er keine Möglichkeit erhalten hat, seine Meinung zur Hauptsendezeit kundzutun, sondern nur in der Sendung *Napzárta*. Na ja, so funktioniert Politik. Ich meinerseits habe deshalb keine Tränen vergossen. Doch nicht ich war derjenige, der ihn betrogen hat.“<sup>306</sup>

Der Moderator Péter Rózsa meint, der Betrug habe darin bestanden, dass es sich um keine Direktsendung gehandelt habe und die politische Seite von Krassós radikalem Antikommunismus und seiner Kompromissfeindlichkeit mit einem einzigen Auftritt abgehandelt worden sei.

<sup>306</sup> Interview mit András B. Hegedűs, von Gábor Murányi, OHA/ 472/B, 1992/1993., S. 380.

„Und demnach wurde die Aufnahme am 2. Juli /1989/ gesendet? Aber sie haben ihr Ziel erreicht, denn ich habe Recht behalten, sie war ohne Echo geblieben. Wäre sie am selben Tag live gesendet worden, dann, da bin ich mir sicher, hätte sie mehr Aufmerksamkeit erregt. So aber ist eine Konserve gesendet worden, die naturgemäß nicht so wirken kann. Und natürlich in einer Zeit, da an einem einzigen Tag mehr passierte als jetzt in einem ganzen Jahr. Die Welt steckte so voller Ereignisse, dass sich jeder an den Kopf griff, was alles um ihn her geschah und wie sich die Zukunft von Minute zu Minute gestaltete. Und binnen fünf oder zehn Tagen veränderte sich die Stimmung. Das aber stieß nicht mehr auf so großes Interesse. Meiner Meinung nach hat man Krassó mit der Sache betrogen. (...) Ich habe euch ein Geschenk gebracht, nein, ihr habt die Öffentlichkeit bekommen, doch die lässt sich nicht mit der gleichen Stärke vergegenwärtigen, wie das mit einer Live-Sendung möglich gewesen wäre. So sehr hatten sie Angst vor Krassó.“<sup>307</sup>

Péter Sneé zufolge hat der Betrug darin bestanden, dass der Sendetermin verzögert worden und die Ausstrahlung auch erst auf Krassós Druck hin erfolgt sei. In der Zwischenzeit habe die Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten ihre politische Aktualität verloren.

„Eine Woche geht ins Land bis zur Aufnahme des Studiogesprächs. Um die Geschichte wird es still. Nicht nur das Publikum zeigt Ermüdungserscheinungen, auch die Akteure sind nicht mehr dieselben wie vor der Trauerzeremonie. Die Akustik der Worte hat sich verändert, wie auch die Situation, in der sie erklingen sind. Was einen heftigen Angriff verheißt, erweist sich als armseliger Nachschuss. Mehr oder weniger ist nur vom TIB die Rede. Wichtigere Fragen wie Freiheit, Demokratie und Entwicklungsrichtung der Gesellschaft kommen nicht zur Sprache. Und selbst das Angesprochene ist den Zuständigen zu viel. Das Tauziehen geht weiter. Gyuri zieht die Konsequenz: Man hat ihn betrogen. Er setzt Bereczky<sup>308</sup> davon in Kenntnis, dass er beim Außenministerium intervenieren wird. Der stellvertretende Außenminister Rényi<sup>309</sup> vermittelt zwischen dem amerikanischen Botschafter und dem Ungarischen Fernsehen. Einen internationalen Konflikt will der Fernsehintendant nicht riskieren. Am Sonntagabend kommt es zur Ausstrahlung.“<sup>310</sup>

Der Grund für die Verschiebung war ein geplantes Gegenprogramm. Krassó fragte István Szerdahelyi, den Chefredakteur des als Parteiorgan funktionierenden *Új Fórum* (Neues Forum), gelegentlich einer Podiumsdiskussion, ob die Nachricht zutreffend sei. So erfuhr er, dass sich niemand dafür zur Verfügung stellte. Doch vereitelt wurde das Gegenprogramm schließlich wegen István Petáks Rücktritt. Der Politikredakteur des *Napzártá* war zwar mit Krassó und seinen Leuten politisch nicht einverstanden, doch er hielt es politisch, moralisch und menschlich für inkorrekt, hinter deren Rücken ein Gegenprogramm aufzunehmen. Die zeitgenössische Presse beschäftigte sich mit der Krise innerhalb des Fernsehkanals, zumal sie zumindest zeitlich mit der Abdankung

---

<sup>307</sup> Interview mit Péter Rózsa, aufgenommen von Gabriella Kinda, 18. Februar 2015

<sup>308</sup> Gyula Bereczky (1935 –) war zwischen 1987 und 1989 Intendant des Ungarischen Fernsehens. (Quelle: [www.babiczky.hu/arcelek/859-Bereczky-Gyula](http://www.babiczky.hu/arcelek/859-Bereczky-Gyula))

<sup>309</sup> Schreibfehler. Es gibt nur einen József Bényi

<sup>310</sup> Sneé, Péter (2006), S. 123

von János Horvát, dem TV2-Intendanten, zusammenfiel. Diese Geschichten wirkten sich auf das Eintreten für Krassó und seine Leute aus. Dem war so, wenn auch nicht in jeder Hinsicht.

Die Erinnerung macht Mark Palmer für die Vereitelung der Sondergedenkveranstaltung verantwortlich. Hinsichtlich des Ergebnisses trifft dies zu. Doch nachdem wir wissen, dass die Polizei für eine eventuelle Verhaftung Krassós und die sich um ihn scharende radikale Opposition freie Hand erhalten hatte, konnte Mark Palmer nicht zulassen, dass dies einer aus den westlichen Medien bekannten Figur, die über Jahrzehnte die 56er Idee und die Erinnerung daran bewahrt hatte, widerfahren sollte. Und überhaupt, das sollte niemandem zustoßen.

Krassó hatte jahrzehntelang auf das Eintreten einer revolutionären Lage gehofft. So erhaben der 16. Juni 1989 für viele auch gewesen sein mag, dieser Tag stand davon fernab. Das sah Krassó deutlich. Er protestierte gegen die Kompromisse und wurde das erste Opfer der mit der Systemwende verbundenen Kompromisse.

#### 4.7. György Krassó zur Wiederbeerdigung am 16. Juni 1989

Am 16. Juni 1989 berichtete der Sender Free Europe in seiner Sendung *Der heutige Tag* vom einen Tag zuvor im Budapester Jurta Theater stattgefundenen Treffen der politischen Gefangenen. Zu diesem Treffen waren Teilnehmer aus Australien, den Vereingten Staaten von Amerika, Kanada, Großbritannien, der Schweiz, Westdeutschland, Österreich und von überall her aus Ungarn eingetroffen. Bei nicht beendeten Reden brachen viele in Tränen aus. Die Künstlergruppe Inconnu, die für die Aufstellung der Grabhölzer verantwortlich zeichnete, erhielt tosenden Applaus. Der „in einer schäbigen Jeans ankommende György Krassó, der in den trostlosesten Zeiten fast allein den Kampf gegen das Vergessen und gegen die Mächte gewaltsamen Vergessens aufgenommen hatte, wurde mit einem Beifallorkan empfangen.“<sup>311</sup> Krassó stand nicht auf der Seite des Gerührtseins, sondern auf der der Wachsamkeit.

„Die ehemaligen Gefangenen und Flüchtlinge wissen und sehen, dass wir heute noch nicht den Tag der siegreichen Demokratie und der mit sich versöhnten Nation erleben. Dies ist erst die aus der Trauer geborene Ernüchterung, der Triumph des kompromissbereiten disziplinierten Verstands. Sicher machen sich Viele Sorgen und sprechen dies auch aus, dass wieder einmal ein Kompromiss zustande kommt, der von Anderen dort oben hinter dem Rücken der Soldaten und ausführenden Mitarbeitern der Freiheit zu deren Lasten geschaffen worden ist.“<sup>312</sup>

---

<sup>311</sup> *Treffen ehemaliger politischer Gefangener*, Reportage von András Nagy, Sender Free Europe, *Der heutige Tag*, 16. Juni 1989, in: MTI-Archiv1988-, Vertrauliches Material

<sup>312</sup> ebd.

Gerade ging Krassós Ausschluss von der Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten vor sich. Er teilte die Meinung, auch wenn er sie nicht verbreitete, dass bei den Verhandlungen des Runden Tisches unannehmbare Kompromisse geschlossen werden.

Am 18. Juni 1989 strahlte die BBC in ihrer Sendung *Panoráma* ein Interview mit György Krassó aus. Das Interview entstand bereits nach der Wiederbeerdigung.<sup>313</sup> Die Bedeutung der Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten „kann kaum überbewertet werden“, sagte er. „Millionen Menschen der ungarischen Gesellschaft hatten seit Jahrzehnten darauf gewartet“, doch an der Trauerfeier nahmen wesentlich weniger Menschen teil, als von den oppositionellen Gruppen und den Behörden erwartet. Als er davon sprach, dass auch vor dem Eingang zum Friedhof keine Massen warteten, ergriff er die Gelegenheit, nebenbei von seinen eigenen Erfahrungen zu berichten, davon, dass er zusammen mit seinen Sympathisanten ausgesperrt geblieben war.

„Sowohl auf dem Friedhof als auch vor dem Friedhof – nicht wahr, das weißt du, auf den Friedhof wurden nur diejenigen gelassen, die über eine Einladung des Komitees zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit verfügten – hatte man mit Tausenden von Wartenden gerechnet.“ Die Bereitschaft war erheblich, nicht unbedingt seitens der durchaus präsenten Polizei als vielmehr seitens der von oppositionellen Gruppen zusammengestellten Ordnergarde. Um diese Menschen also vom Friedhof fernzuhalten.<sup>314</sup>

Die Wirkung der Wiederbeerdigungszeremonie gestattete Schlussfolgerungen auf die Kräfteverhältnisse innerhalb der MSZMP. Doch wer konnte in Verbindung damit wo sein Mißfallen kundtun? Krassó blieb damit ziemlich allein. Einzig seine BBC-Kollegen sicherten ihm ein Forum, um zu sagen, dass die Reformanhänger aus ihrer Teilnahme an der Wiederbeerdigung am Nationalen Runden Tisch ihren Nutzen zogen.

„Dass auch das Zentralkomitee der MSZMP am Katafalk einen Kranz niederlegte, bedeutet Imre Nagys 'vollkommene politische Rehabilitierung'. Das 'stärkte' auch den Reformflügel der Partei: 'Károly Grósz und den orthodoxen Vertretern der Partei wird nur noch sehr wenig Zeit bleiben', um sich innerhalb der Partei zu behaupten. Am Nationalen Runden Tisch werden nicht mehr die Fundamentalisten sitzen, sondern die Vertreter einer neuen, reformierten Partei, betonte György Krassó in einer Budapester Erklärung.“<sup>315</sup>

Die Krassó-Erklärung blieb im Material vom 19. Juni 1989 der ungarischsprachigen *Sendungen der Westlichen Rundfunkstationen* im Rundfunkbeobachter des MTI-Archivs erhalten. Darin geht es darum, dass die Macht Imre Nagys Rehabilitierung als Kommunist erreicht hat, was ihren weiteren

---

<sup>313</sup> Der Name des Interviewers ließ sich nicht feststellen.

<sup>314</sup> *Krassó György a temetésről (György Krassó zur Beerdigung)*, 18. Juni (BBC Rádió, Panoráma), Vilmos Tordais Interview mit Krassó, in: MTI hírárchívum 1988-, Vertrauliches Material

<sup>315</sup> *Nyugati rádiók magyar nyelvű adásaiból (aus den ungarischsprachigen westlichen Rundfunksendungen)*, 19. Juni 1989, BBC, In: MTI hírárchívum 1988-, Bizalmas anyag (vertrauliches Material)



Machtzielen diene.

Auf die Krassó-Kritik zur Beerdigung Imre Nagys und der anderen Revolutionsmartyrer reagierte im Weltnachrichtensender des Senders Free Europe am 21. Juni 1989 Péter Földes, eines der Gründungsmitglieder des Komitees zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit (TIB). Krassó nannte er seinen Freund und betonte die außerordentlich komplizierte Situation, in der „eine Handvoll einer 1956er Gruppe“ auf dem Verhandlungsweg mit den offiziellen Organen die Organisation der Wiederbeerdigung auf den Weg gebracht habe.

„1956 ist unsere ruhmreiche Geschichte, und zwar unabhängig davon, wer damals Kommunist war und wer nicht. (...) Ich würde György Krassó gern auf einen irrigen Satz antworten. Er behauptete, die hingerichteten Revolutionäre, hätten sie die Rahmenbedingungen und die Teilnehmer der Beerdigung gesehen, würden sich im Grab umdrehen. Sie würden sich nicht im Grab umdrehen, sondern sich bei den Hunderttausenden, ja, Millionen bedanken und würden gewiss auch uns die Hand drücken. Wer in einem von schweren geistigen und materiellen Stürmen gezausten Land lebt, der weiß jetzt, gerade weil sich die Macht nicht in der Hand des Volkes befindet, dass so und nicht anders bestattet werden musste.“<sup>316</sup>

Im Kontext der Systemwende zog Krassó in Verbindung mit der Wiederbeerdigung seine eigenen Konsequenzen: Die Aufwertung der Kommunisten durch Imre Nagy bedeute eine Entfernung von den 1956er Zielsetzungen. Die MSZMP könne unverändert an der Macht bleiben, auch wenn sich ihre Herrschaftsmethoden gewandelt hätten.

Die Zeitschrift *The Bloc* befasst sich in ihrer Nummer vom Juni/Juli 1989 in einem englischsprachigen Artikel unter dem Titel *Imre Nagys Wiederbeerdigung und dessen Folgen* nicht so sehr mit dem Imre Nagy Zugestoßenen, als vielmehr mit der politischen Bedeutung des Ereignisses. Die Londoner Zeitschrift, deren Redaktionskollegium Krassó angehörte, stellte die Transformationsprozesse der osteuropäischen Länder in den Fokus ihrer Betrachtungen. Krassó war in seine Geburtsstadt Budapest zurückgekehrt, um Teil des historischen Augenblicks zu sein, da die für ihn so wichtige Revolution von 1956 wieder einen Sinn erhielt.

Im Artikel werden Prinzipien und Praxis miteinander konfrontiert. Laut Krassó sei zwar nach drei Jahrzehnten das Narrativ der Konterrevolution verschwunden, doch das offizielle Gedenken sei nicht dem Geist der Revolution gefolgt, weil sich die politische Elite von den anderen Teilen der Nation abgegrenzt habe. Die politische Elite bedenkt er mit harter Kritik. Für die entstandene Lage macht er konkret das Komitee zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit verantwortlich. In seiner plastischen Formulierung meint er, wenn die Hingerichteten wüssten, dass sie vom TIB vertreten werden, würden sie sich im Grab umdrehen. In Solidarität mit

---

<sup>316</sup> Krassó György bírálata a temetésről (György Krassós Kritik an der Beerdigung), 21. Juni 1989 (Sender Free Europe, Weltnachrichtensender), in: MTI hírarchívum 1988-, Bizalmas anyag (Vertrauliches Material)

den vom Friedhof Ausgesperrten, auf Einlass wartend, konnte er Zeuge davon werden, dass Mitglieder der politischen Elite den Friedhof schon nach einer halben Stunde verließen, worin er deren mangelndes Interesse zu erkennen wähnte, während die achtzig Neugierigen die Zeremonie über Lautsprecher vor dem Friedhofstor verfolgten.

Nach Krassós Schätzung nahmen an der Gedenkfeier auf dem Heldenplatz lediglich achtzig- bis neunzigtausend Menschen teil. Die offiziellen Zahlen gingen von einhundertdreißig- bis einhundertvierzigtausend Teilnehmern aus, während man im Vorfeld mit zweihundertfünfzig- bis dreihunderttausend gerechnet hatte. Die Liveübertragung durch das Fernsehen, ein neues Phänomen, mochte zu der Herausbildung der Zahlen beigetragen haben. Krassó freilich suggerierte, dass einerseits die TIB-Zustimmung zur offiziellen Präsenz der Staatspartei, andererseits das Fehlen von Rednern der Aufständischen viele Menschen von der Gedenkfeier ferngehalten hätten.

In der Herangehensweise an die 56er Ereignisse beobachtete er auf der Gedenkfeier zwei vollkommen entgegengesetzte Tendenzen. Einerseits hätten die Reformkommunisten über Imre Nagys Person die 56er Revolution für sich vereinnahmt, und andererseits würden die einstigen Revolutionäre 1956 für das ruhmreichste Ereignis der ungarischen Geschichte halten.

„Eines muss von der Wiederbeerdigung gesagt werden, nämlich dass sie in gewissem Sinne sehr eigenartig war. Vieles hinter der Entscheidung ist auch in Ungarn noch nicht ausgewertet worden. Mit einsetzender Rehabilitierung von 1956 erkannte der Reformflügel mit Imre Pozsgay an der Spitze, dass Imre Nagy eine Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei geschaffen habe und die Partei mit seiner Rehabilitierung, wenn auch nicht die verlorene Popularität, so doch wenigstens eine gewisse Achtung zurückgewinnen könne. Eine neu gebildete Partei, die Imre Nagys Traditionen folge, könne vor den nächsten Wahlen Popularität erringen. Das Wesen des Plans besteht also darin, durch die Einstellung zur Revolution die Rehabilitierung des Reformkommunismus zu erreichen. Aus den Vorbereitungen zur Wiederbeerdigung, den veröffentlichten Artikeln, den Schriften und Büchern kann diese Schlussfolgerung gezogen werden. Allerdings konnte das Auftreten von Gruppen und Meinungen, die an die vollkommene Rehabilitierung des 1956er Aufstands glaubten, nicht verhindert werden. Sie hielten die Rehabilitierung der namenlosen Revolutionäre und mehreren hundert Hingerichteten für wenigstens ebenso wichtig, vielleicht sogar für noch wichtiger als die Rehabilitierung der fünf führenden Persönlichkeiten.“<sup>317</sup>

Krassó billigte die Strategie der ehemaligen Revolutionsteilnehmer nicht, die einerseits im Pakt mit der Staatspartei bestand, andererseits darin, dass sie die Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten als Erfolg betrachteten, statt sie für eine politische Stellungnahme zu nutzen. Krassó erklärte diese Einstellung damit, dass die reformkommunistischen 56er im Komitee zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit tonangebend waren und dass sich die alten und

---

<sup>317</sup> Krasso, Gyorgy: *The reburial of Imre Nagy and its consequences*, The Bloc, Nummer 154-155, June-July, 1989, S. 23

die neuen reformkommunistischen Anschauungen trafen. Radikal war Krassó auch schon 1956. Das forderte er auch von der Politik ein. Mit der Linie von Imre Nagy war er nie einverstanden, doch auch dessen Verdienst, um den Preis seines Lebens für die Revolution eingetreten zu sein, stellte er nicht in Abrede. Die Reformbestrebungen verwarf er nicht von vornherein. Doch er hielt sie in Osteuropa für einen nicht gangbaren Weg. Dies führte zu seiner revolutionären Haltung.

Die Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten sei politisch manipuliert gewesen, schreibt Krassó, augenscheinlich basierten die Veränderungen in Ungarn auf der Revolution von 1956. Doch die Forderungen der Revolution seien nicht verwirklicht worden. Einerseits deshalb nicht, weil die Ereignisse 1989 von einer kleinen Elite gelenkt worden seien, während das Volk in der Revolution von 1956 Mitspracherecht gehabt habe. Krassó selbst musste die Erfahrung machen, dass sich ein oppositioneller Teil der kleinen Elite von ihm, dem reinen Revolutionär, dem Idealisierenden der Volksmacht, abwandte. Andererseits deshalb nicht, weil das Land militärisch noch nicht unabhängig war. Den vollständigen und sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen hielt Krassó damals noch nicht für durchführbar.

„1956 war die Macht in der Hand des Volks, die Nation hatte zu den Waffen gegriffen. Jetzt ist die Macht in der Hand der Partei, in der Hand der MSZMP. Und wahrscheinlich werden sie der Reformflügel der Partei oder die Elite einer oppositionellen Gruppe an sich reißen. Das Volk wird keinen Einfluss haben. (...) Durch den Abzug einiger sowjetischer Einheiten wird das Land nicht unabhängig werden. Tatsächlich hat man Truppen deshalb abgezogen, weil sie keinen nützlichen Zielen mehr dienten. Es kann nicht behauptet werden, dass der totale und sofortige Abzug der sowjetischen Truppen eine reale Zielsetzung sei. Doch die Lage ist nicht mit 1956 vergleichbar. Wir bewegen uns nicht in dieselbe Richtung.“<sup>318</sup>

1989 bestand in Ungarn keine revolutionäre Lage. In der Kádár-Ära hatte sich Krassó auf das Eintreten einer antikommunistischen Revolution vorbereitet. Vielleicht hatten diejenigen, die seine Anschauungen kannten, deshalb solche Angst vor ihm, weil sie meinten, er könnte eine solche Lage heraufbeschwören. Doch für den Ausbruch einer Revolution war der verschwindend geringe Unterstützerkreis des aus der demokratischen Opposition verdrängten György Krassó zu unbedeutend. Dies vor allem deshalb, weil keine breite gesellschaftliche Unzufriedenheit bestand.

„Die Revolution habe gezeigt, dass es eine Folge subjektiver Komponenten sei, was realistisch zu sein scheine. In Ungarn gebe es keine revolutionäre Lage, schreibt Krassó in Verbindung mit der Wiederbeerdigung, doch sie könne sich einstellen. Sollte dies eintreten, dann deshalb, weil die Partei und die Elitegruppen das Volk im Stich gelassen hätten. Das Problem bestünde nicht darin, betont er, dass es statt einer osteuropäischen Wende eine Revolution brauche, sondern vonnöten sei eine wahrhaftige Natur des Systemwechsels. Die Entwicklung gehe in eine verkehrte Richtung. Die Elitegruppen verhandelten nur untereinander, und es gebe keine

---

<sup>318</sup> ebd. S. 22

Organisation, durch die das Volk vertreten würde.“<sup>319</sup>

Krassós Beobachtung, dass die ungarische Transformation zu einer korrupten Pseudodemokratie führe, deren Ursache er in der herrschenden zentralisierten Machtausübung in Osteuropa sah, ist von der Geschichte bestätigt worden. Sich selbst, der nebenbeibemerkt das Glück hatte, im Westen gelebt zu haben, nannte er einen Idealisten, der an die Verbreitung der echten Demokratie in Osteuropa glaubte.

„Die Vorstellung von einer zentralisierten Macht in Osteuropa existiert immer noch. Der Begriff der Entwicklung dient einer neueren Manipulation, dem dritten Stadium des Kommunismus. Nach dem aufgeklärten Despotismus der auf den stalinistischen Terror folgenden Kádár-Ära führt die Gegenwart, das heißt die Systemwende von 1989, zu einer korrupten Pseudodemokratie. Sollte der Wunsch nach einer echten Demokratie eine idealistische Sache sein, dann würden diejenigen, die es danach verlangt, Idealisten sein wollen.“<sup>320</sup>

Der erste Schritt auf dem Weg zu einer Demokratisierung sei die Verhandlung mit den Mitgliedern der Opposition, die jahrzehntelang nicht reden, nicht publizieren und sich nicht frei treffen durften, doch erreicht hätten, am Nationalen Runden Tisch der Regierung gegenüberzusitzen. Andererseits müsse die Unternehmerschicht berücksichtigt werden. Einige von ihnen würden reich werden, andere dagegen eben umgekehrt bankrott machen. Doch 98 Prozent der Bevölkerung würde von den Veränderungen nur die Preiserhöhungen wahrnehmen.

Krassós soziale Sensibilität war stark ausgeprägt. Sie resultierte aus seinen revolutionären Erlebnissen, aus der erfahrenen Selbstaufopferungsbereitschaft der einfachen Menschen. Doch jenseits davon, dass er die Inflation vorhersah, konnte er nichts tun.

Trotz aller Missstände hielt er die Bedeutung der Wiederbeerdigung nicht für gering. Millionen von Ungarn hatten seit Jahrzehnten darauf gewartet. Unter anderen auch er selbst. Adam Michnik, einer der führenden Figuren der polnischen Opposition, begegnete er an jenem Tag vor dem Eingangstor zum Neuen Friedhof erstmals in seinem Leben.<sup>321</sup> Sie erkannten sich gegenseitig. Adam Michnik zitierend schreibt Krassó, die Wirkung der Wiederbeerdigung betreffe nicht nur Ungarn und nicht nur die Beerdigung, sondern handle von der Auferstehung.

Unter den Reden zur Wiederbeerdigung stachen laut Krassó zwei hervor, die auf die wichtigsten Fragen fokussierende von Sándor Rácz, des Vorsitzenden des Zentralen Arbeiterrats der 1956er Revolution, und die von Viktor Orbán, des FIDESZ-Führers. Orbán habe deutlich gemacht, dass die Reformkommunisten die Revolution nicht für sich vereinnahmen könnten. Doch die Forderung „Russki go home!“ fand Eingang in die Geschichte.

---

<sup>319</sup> ebd. S. 22-23

<sup>320</sup> ebd. S. 23

<sup>321</sup> Géza Budas Mitteilung, der als Dolmetscher der polnischen Delegation fungierte und Augenzeuge der ersten Begegnung und Unterhaltung von György Krassó und Adam Michnik wurde.

Auch eine andere Gedenkveranstaltung war geplant, wurde jedoch vom TIB nicht genehmigt. Sie wäre von zahlreichen kleinen Organisationen veranstaltet worden. Unter anderen von der Freien Presse Ungarischer Oktober. Sie wäre nach der offiziellen Trauerfeier auf dem Heldenplatz abgehalten worden.

In einer ähnlichen Situation kam es in Polen zu einer Vereinbarung. Doch dies würde sich in Ungarn laut Krassó schwerer erreichen lassen.

„Wie umfassend und auf welcher Ebene die Vereinbarung zwischen Regierung und Opposition gewesen ist, lässt sich nur schwer einschätzen. Ebenso die Erreichung des gewünschten Ergebnisses. Der Inhalt der Reden und die Tatsache, dass im Namen der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns an Imre Nagys Grab ein Kranz niedergelegt wurde, signalisiert Imre Nagys vollkommene politische Rehabilitierung. Der Reformflügel der herrschenden Partei erstarkte, und Károly Grósz und den orthodoxen Parteimitgliedern blieb nur noch wenig Zeit. Es kann eine Situation eintreten, in der nicht nur die fundamentalistische kommunistische Partei, sondern auch die Vertreter der erneut reformierten Partei am Nationalen Runden Tisch sitzen werden. Am Wesen der Verhandlungen wird sich deshalb nichts ändern. Sie werden Entscheidungen zu den Wahlen treffen und sich nach Möglichkeit über eine Machtteilung einigen, zu wievielen Abgeordnetenmandaten die verschiedenen Parteien gelangen.“<sup>322</sup>

Die Verhandlungen würden sich in die Länge ziehen, und die Resultate wären unsicher, prophezeit er. Möglicherweise würden die Entscheidungen bei einer anderen geheimen Verhandlung getroffen werden.

Zwischen 12. und 27. Juni 1989 äußerte sich Krassó mehrfach ausländischen Medien gegenüber als Ungarnexperte. Hierbei sprach er mit gebotener Zurückhaltung. Zugleich aber war seine tiefe Enttäuschung über den Rehabilitierungsprozess der Revolution herauszuhören. Die Fehlentwicklung führte er auf eine falsche Konzeption der Wiederbeerdigung zurück.

„(...) weil sie 1956 von dem Tag an verstaatlicht haben, jene Beerdigung, die zumindest gemäß ihrer Deklaration einem großen nationalen Ausgleich gedient hätte, wovon indes keine Rede ist. Einen Ausgleich, der den 56er Freiheitskampf und die Revolution rehabilitiert hätte, hat es in keiner Weise gegeben. Das entgegengesetzte Ergebnis ist erreicht worden. Die Menschen haben das Gefühl, dass dieses Ergebnis in das Waffenarsenal, das ideologische Waffenarsenal der Partei Eingang gefunden hat, dass nun auch 1956 ihnen [den Reformkommunisten] gehört (...). Dies ist jetzt nicht mein Gefühl. Dieses Eine kann ich auch in gewissem Maße beweisen. Unlängst erschien Bill Lomax' Buch *Ungarn 1956*<sup>323</sup> in meiner Übersetzung. Woran ich wegen der Tantiemen auch finanziell interessiert bin, sodass ich den Absatz beobachte. Jetzt wurde das Buch auf der Straße verkauft. Bis zum Tag der Beerdigung lief der Verkauf ziemlich gut. Seither ist es damit zum Stillstand gekommen. Es wird von den Menschen einfach nicht mehr gekauft. Dieses Buch gehört ihnen nicht mehr. 1956 gehört ihnen nicht mehr. Es ist ihnen genommen worden. Und das halte ich tatsächlich für eine

<sup>322</sup> Gyorgy Krasso: *The reburial of Imre Nagy and its consequences*, The Bloc, Nummer 154-155, June-July, 1989, S. 23

<sup>323</sup> Bill Lomax: *Magyarország. 1956 (Ungarn 1956)*, Aura Kiadó, 1989, herausgegeben von Miklós Sulyok

sehr traurige Sache. Dreißig Jahre mit Zuchthäusern, Hinrichtungen und Propaganda konnten 1956 nicht wegnehmen. Mit der Beerdigung konnte es weggenommen werden.<sup>324</sup>

Die Abwicklung der Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten enttäuschte ihn zutiefst. Seiner Meinung zufolge habe man jenes historische Ereignis an einem einzigen Tag „abgehakt“, ein Ereignis, um dessen Realisierung er jahrzehntelang gekämpft habe. Das Interesse der Gesellschaft habe der 1956er Revolution den Rücken gekehrt. Dieses Phänomen schrieb er den vom TIB begangenen Fehlern zu, vor allem den politischen Kompromissen beziehungsweise dem Verdrehen der Wirklichkeit und der Nutzung eigener Interessen durch die an der Macht befindlichen Reformkommunisten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, bei der Wiederbeerdigung von Imre Nagy und seinen Gefährten zeigte sich, dass György Krassó in der eigentlichen Systemwende, deren akuter Periode, nicht zum Mainstream gehörte. Die Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten, der symbolische Wendepunkt des von Krassó ersehnten Systemwechsels, hatte für ihn als 56er Häftling und Oppositioneller eine besondere Bedeutung. Eine symbolische Bedeutung hatte die Wiederbeerdigung am 16. Juni deshalb, weil mit dem unter großem Interesse stattfindenden Festakt die auf der Konzeption einer vorgeblichen Konterrevolution basierende Legitimation des Einparteiensystems endgültig zusammenbrach. In der Beurteilung der Revolution von 1956 hat sich auch bisher kein politischer Konsens herausgebildet, obschon der Jahrestag des Ausbruchs der Revolution seit 1990 ein staatlicher Feiertag ist. Unstrittig ist, dass die ungarische Wende von 1989/90 nur infolge der veränderten internationalen Konstellation, der amerikanisch-sowjetischen Annäherung, zustande kommen konnte. Doch die Gestaltung der Wende war bereits eng mit den inneren Kräfteverhältnissen verknüpft. Krassó zufolge war eine Instrumentalisierung der 56er Revolution im Gange. Außerdem fand der Wandel unter Berücksichtigung verschiedener Interessen statt. Deshalb kritisierte Krassó den Systemwechsel von Anfang an.

Das als oppositionelle Organisation zu betrachtende Komitee zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit stimmte der Teilnahme der Staatsparteführer an der Wiederbeerdigung zu. Aus Protest dagegen machte sich Krassó an die Organisation eines Sondergedenkens. Es gab auch zahlreiche andere Proteste, doch einzig Krassó und seine Mitstreiter beschritten den Weg der Tat, der politischen Aktion. Mark Palmer, dem damaligen amerikanischen Botschafter in Budapest, gelang eine Verhinderung des geplanten Sondergedenkens. Der aus dem Exil zur Wiederbeerdigung nach Ungarn zurückgekehrte Béla Király wandte sich an Palmer mit der Bitte, das Sondergedenken

---

<sup>324</sup> OSZK Történeti Interjúk Tára BBC Magyar adásának gyűjteménye (OSZK, Historische Interviews, Ungarischsendung der BBC) 313/3. (27. 06. 1989), György Krassó – What could politicians do to make Hungarians more interested in politics By Gábor Schabert (04:49)

zu verhindern, weil anderenfalls Krassós Verhaftung drohe. Palmer wendete eine polizeiliche Gewaltanwendung ab und informierte auch Krassó über eine solche Gefahr. Die Dokumente belegen, dass Krassós Kaltstellung von anderen aus dem Hintergrund gelenkt wurde. Im Grunde genommen geschah also nicht, wovon auch Krassó überzeugt war, dass Ungarn von der sowjetischen in die amerikanische Einflussosphäre übergegangen war. Vielmehr gestalteten sich die Entwicklungsprozesse innerhalb der innenpolitischen Kräfteverhältnisse. Dies ist die erste Schlussfolgerung.

Die zweite Schlussfolgerung bezieht sich auf die Bewertung der Ereignisse von 1956. Mit der feierlichen Wiederbeerdigung der fünf führenden Reformkommunisten kam kein nationaler Konsens zustande. Krassó versuchte erfolglos, sich für die Botschaft, dass 1956 allen gehöre, stark zu machen. Zwar führte die Systemwende vom Narrativ der Konterrevolution zum Narrativ der Revolution, doch der politische Kampf um die Enteignung von 1956 hatte gerade erst eingesetzt.

Die dritte Schlussfolgerung bezieht sich auf die Person György Krassó. In der Zeit des Systemwechsels wurde er auf ungerechte Weise kaltgestellt. András B. Hegedűs selbst sagte, das mit Krassó Geschehene sei nicht fair gewesen. György Krassós Marginalisierung begann mit der Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten. Sie geschah aufgrund einer Übereinkunft zwischen Opposition, Geheimdienst und politischem Lenker des Ereignisses. Seitens des Komitees zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit war András B. Hegedűs aktiv an der Marginalisierung beteiligt. Auf der Grundlage des von Gábor Murányi 1992/93 mit András B. Hegedűs angefertigten Interviews lässt sich das Geschehene rekonstruieren. Erstens ist davon die Rede, dass Hegedűs den Staatssekretär Jenő Földesi im Innenministerium angerufen und diesem erklärt hat, dass sich die Opposition von Krassós Aktion distanzieren. Daraufhin hat der Geheimdienst sozusagen getan, was zu tun war. Jenő Földesi war im übrigen 1984/85 als Chef des Staatssicherheitsdienstes auch stellvertretender Innenminister, als Krassó vor seinem Londoner Exil wegen seiner oppositionellen Aktivität unter Polizeiaufsicht gestellt worden war. Zweitens bat András B. Hegedűs Sándor Lezsák und Csaba Olajos, die Chefs der MDF-Ordnergarde, darum, Krassó und den Angehörigen der Künstlervereinigung Inconnu den Zugang zum Friedhof in Verbindung mit der Einweihung der Holzgrabmale zu verwehren. Dieser Bitte wurde entsprochen. Von Csaba Olajos stellte sich im Nachhinein heraus, dass er unter dem Decknamen „Miklós Erdélyi“ als Informant eingebaut war. Und drittens oblag Imre Pozsgay die politische Entscheidung.

Krassó blieb in der Systemwende nur die Rolle des Kritikers, die der Opposition der Opposition.

## 5. Die Aktion in der Nádorstraße<sup>325</sup>

Die Aktion in der Nádorstraße gilt als die berühmteste direktpolitische Aktion von György Krassó und der Partei Ungarischer Oktober. Sie fand zwischen 14. und 27. Juli 1989 statt. Die Straßenaktionen dienten der Umgehung bürokratischer Verfahren. Der Namenswiederherstellung der hinter dem am Parlament gelegenen Kossuth Platz beginnenden Straße kam symbolische Bedeutung zu, trug sie doch den Namen Ferenc Münnichs, eines der Verantwortlichen für die Vergeltungen nach der Revolution von 1956. Die Aktion ging mit polizeilichem Auftreten und einem Ordnungswidrigkeitsverfahren einher. Die Staatssicherheitsorgane ihrerseits beobachteten die Vorgänge aus dem Hintergrund.

### 5.1. Warum die Münnich-Ferenc-Straße?

Bei der Auswahl der Straße erhielten persönliche, strategische und politische Gründe eine Rolle. Als persönlicher Grund ist anzuführen, dass György Krassó hier, in der Nádorstraße 19, aufgewachsen und 1956 verhaftet worden ist, nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus hier wieder eine Zeitlang gewohnt hat und nach seiner Rückkehr aus dem Londoner Exil in der inzwischen seinem Freund gehörenden Wohnung<sup>326</sup> gewohnt hat.

Die Partei Ungarischer Oktober bekam keine Parteizentrale. Deshalb war das sich als endgültige Lösung erweisende „provisorische Büro“ in dieser Wohnung untergebracht. Auf allen Flugblättern und offiziellen Eingaben der Partei wurde diese Adresse angegeben. Das war offensichtlich störend. Man empfand es als zweckmäßig, dies zu ändern.

Die ausgewählte Straße ist in der Budapester Innenstadt eine wichtige Straße. Ausgehend vom Parlament unterbricht sie den Szabadság Platz (Platz der Freiheit), wo sich zu dem Zeitpunkt auch der Sitz des Ungarischen Fernsehens befindet, doch auch die Rückfront des Innenministeriums, ansonsten geht sie zur Donau hin. In dieser günstig gelegenen Straße ließ sich eine spektakuläre politische Aktion organisieren. Krassó und seine Mitstreiter waren sich dessen bewusst und nutzten dies strategisch aus.

Gemessen an der inhaltlichen, der politischen Botschaft waren die persönliche Motivation und die strategische Überlegung eigentlich Nebensache. Die Wiederherstellung der alten Namensgebung der Nádorstraße repräsentierte die Konfrontation mit dem Kommunismus und das

---

<sup>325</sup> Kinda, Gabriella: *A Nádor utca akció (Die Aktion Nádor utca*, in: *Betekintő (Einblick)*, 2017/ Nummer 3 [epa.oszk.hu/01200/01268/.../EPA01268\\_betekinto\\_2017\\_3\\_5.p...](http://epa.oszk.hu/01200/01268/.../EPA01268_betekinto_2017_3_5.p...)

<sup>326</sup> Nach dem Tod seiner Mutter wurde die Wohnung Tibor Philipp zugesprochen. Philipp war Krassós Freund und der jüngere Bruder seiner dritten Frau sowie Mitglied der Künstlergruppe Inconnu.



Ziel, diesen mit Stumpf und Stiel ausrotten zu wollen.

Münnich hätte aus dem Kreis der unter besonderem Schutz Stehenden entfernt werden können. Dies, obwohl die Ferenc-Münnich-Gesellschaft zu den Teilnehmern der dritten Seite bei den Verhandlungen am Runden Tisch gehörte. Diese Seite stand für Krassó als linksstehend von der MSZMP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei). Als Gegengewicht dazu wollte Krassó die vierte Seite einbringen, um ein politisches Gleichgewicht herzustellen. Er hatte Angst vor einer Restauration. Aus der Sicht einer Wiedererringung der Macht hatte er insofern Recht, als die MSZP, die Nachfolgepartei der MSZMP, einen Wahlzyklus später die Wahlen gewann. Dieses Ereignis erlebte er allerdings nicht mehr. Andererseits hatte er insofern nicht Recht, als die kommunistische Einparteiendiktatur nicht zurückkehrte. Doch wer war Ferenc Münnich? Ferenc Münnich (1886 – 1967) gehörte als kommunistischer Politiker zu den Hardlinern. Im Flugblatt der Partei Ungarischer Oktober steht unter dem Titel *Wen brauchen die Kommunisten und wen nicht?* zum Lebenslauf von Ferenc Münnich folgendes zu lesen:

„Sowjetischer Staatsbürger. Seit 1917 Mitglied der kommunistischen Partei, 1918 – 1919 Führungsfigur des Roten Terrors in Budapest, später Organisator bewaffneter Aktionen im Ausland, 1922 – 1945 Leben in der Sowjetunion, zwischendurch unter falschem Namen Chef der internationalen Brigade im spanischen Bürgerkrieg. 1946 – 1949 Budapester Polizeipräsident, danach Botschafter in Moskau. 1956 in der zweiten Imre-Nagy-Regierung Innenminister (27. Oktober – 3. November 1956). Am 1. November 1956 Flucht zu den Russen. Ab 4. November 1956 leitet er in der Kádár-Regierung als Minister für die bewaffneten Kräfte und die öffentliche Sicherheit die blutige Vergeltung gegen die ungarischen Patrioten. Später wird er Ministerpräsident und dann Staatsminister.“<sup>327</sup>

Zur Wiederbeerdigung von László Rajk am 6. Oktober 1956 hielt Münnich eine freimütige Rede, die eine Rolle darin spielte, dass er in die Revolutionsregierung von Imre Nagy Aufnahme fand. Als radikaler Antikommunist hasste Krassó Münnich wegen dessen aktiver Beteiligung an der ungarischen Arbeiter- und Bauernregierung, von der die Revolution verraten wurde. Diese Meinung vertrat Krassó auch 1957 in seinem Prozess vor Gericht. An dieser Überzeugung hielt er auch nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus fest. Dies trotz der damit einhergegangenen Nachteile.

Die Nádorstraße wurde 1968 nach Münnichs Tod nach ihm umbenannt. Krassó hatte meines Wissens mit Ferenc Münnich keinen persönlichen Konflikt, hielt es aber für unannehmbar, dass eine Straße nach dem „Massenmörder“ Münnich benannt worden war.

„Die Nádorstraße erhielt ihren Namen 1858, trug 1911 vorübergehend den Namen Miksa Falks. Das Alter

---

<sup>327</sup> Hervorhebung von mir als Autorin. Münnichs Freundschaft mit Chruschtschow war bekannt. Doch im November 1956 entschied sich Chruschtschow dennoch für Kádár. Nach Kádár und vor Kádár war Münnich zwischen 28. Januar 1958 und 13. September 1961 Ministerpräsident. Hinsichtlich der biographischen Daten zu Münnich ist das Flugblatt an mehreren Stellen ungenau.

eines Namens ist kein Grund für seinen Schutz. (...) Im August 1967 wurde letztmalig (...) ein Verzeichnis (...) geschützter Straßennamen erstellt. Zu diesem Zeitpunkt gab es 140 geschützte Straßennamen. Personennamen aber gelangten nicht auf die Liste. Vermutlich wurde die Nádorstraße deshalb in Ferenc-Münnich-Straße umbenannt, weil sie sich an der einen Front des Innenministeriums befindet. Inhaltlich kann dagegen kein Einwand geltend gemacht werden, da Münnichs Tätigkeit an diesen Ort gebunden ist.<sup>328</sup>

Eine Rolle bei der Straßenumbenennung dürfte auch eine Rolle gespielt haben, dass Münnichs zweite Frau alles in ihrer Macht Stehende unternahm, um das Andenken an ihren Mann zu bewahren. Am 17. Juli 1989 gab Ferenc Münnichs Witwe<sup>329</sup> im Sender Kossuth ein Interview, in dem sie unter anderem Folgendes zu ihrem Mann sagte: „Er war Mitarbeiter des NKWD, Chruschtschow wusste hundertprozentig, dass Münnich, mein Mann, ein Mann der Sowjets war. (...) Am 25. Oktober 1956 vertrat mein Mann die Meinung, dass in die Menge geschossen werden müsse. (...) Er wurde damals am 25. Oktober in der Parteizentrale in der Akadémiastraße als Stalinist gebrandmarkt. Und man nannte ihn einen Moskowiter. (...) Als seine Witwe bestreite ich auch heute nicht, dass er ein Mann der Sowjets war. Dennoch war er der größte ungarische Patriot.“ Diese Zitate sammelte Krassó und verbreitete sie. Für ihn waren sie eine Bestätigung des eigenen Standpunkts.

Zu Ferenc Münnichs ungarischem Patriotismus vertrat György Krassó zur Auffassung der Witwe eine diametral entgegengesetzte Meinung. Das ist auch kein Wunder, zumal Krassó schon am 15. November 1956 verhaftet und wegen staatsfeindlicher Organisation in erster Instanz zu sieben und in zweiter Instanz zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. 1963 wurde er zwar durch Amnestie auf freien Fuß gesetzt, doch auch so hatte er sechseinhalb Jahre gesessen, waren ihm sozusagen die schönsten Jahre seines Lebens geraubt worden. Und auch im Anschluss daran hatte er ständige Konflikte mit der kommunistischen Macht auszutragen, bis er schließlich nach London gehen konnte. Der Hauptgrund für seine politische Verfolgung bestand darin, dass er nicht bereit war, über die Ereignisse von 1956 zu schweigen und dass er für die sich daran anschließende Vergeltung zwei Menschen verantwortlich machte: János Kádár und Ferenc Münnich.

Die mit der Aktion verbundene politische Botschaft der Partei Ungarischer Oktober bestand darin, dass der Name Ferenc Münnichs mit dem Dienst am Sowjetreich und der traurigen Rolle bei den Vergeltungen nach der Revolution von 1956 eng verschmolzen sei, weshalb die historische Benennung der Nádorstraße wiederhergestellt werden müsse.

---

<sup>328</sup> Tamás Bihari: Münnich kontra Nádor. Kulturveranstaltung. ÁBTL 1.2.2-391-II-50 9. Karton/ 4. Dossier, S. 69

<sup>329</sup> Etelka Münnich (1921 – 2001), Ferenc Münnichs zweite Ehefrau.

## 5.2. Die Observationsakten

Die operative Beobachtung von Krassó und seinem Kreis hing nicht ausgesprochen mit der Straßenumbenennungsaktion zusammen. Krassós Entschlossenheit und Organisationsbegabung waren den Staatssicherheitsorganen schon seit langem bekannt.

„Seit Mitte Juni haben wir mehrfach gemeldet, dass der zur Beerdigung von Imre Nagy zurückgekehrte György Krassó eine neue 56er Partei organisiert. (...) Nach Krassós offen erklärtem Ziel sollen sich in der entstehenden Partei diejenigen versammeln, die auf radikalere Veränderungen als die gegenwärtigen drängen. Hierunter sind auch die Forderungen des SZDSZ und des MDF zu verstehen. Laut Krassós Konzeption soll sich die Partei ausdrücklich auf die 56er Traditionen berufen. Gefordert werden sollen unter anderem der sofortige und bedingungslose Abzug der sowjetischen Truppen, die vollkommene Gewährung der Freiheitsrechte, die Durchsetzung der Volksmacht sowie die Einführung der neuen Wirtschafts- und Lebensstandardpolitik.“<sup>330</sup>

Dass sich die Namenswiederherstellung der alten Nádorstraße relativ genau zurückverfolgen lässt, ist auch den Staatssicherheitsquellen zu verdanken. Das mit geheimdienstlichen Methoden gesammelte Material ist bei entsprechend kritischem Lesen wertvoll und auch im Hinblick auf György Krassó und seine Partei reichhaltig. Es ergänzt die in der zeitgenössischen Presse erschienenen Informationen und liefert dazu Hintergrundinformationen. Deshalb stützt sich die historische Rekonstruktion der Namensänderungsaktion der Partei Ungarischer Oktober auch auf das vom Staatssicherheitsdienst gesammelte Material. Die zu den Ereignissen entstandenen Meldungen fielen in den Aufgabenbereich der Polizei, gehörten zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Polizei funktionierte als verlängerter Arm des Innenministeriums, der inneren Abwehr. Gesucht wurde nach einer Möglichkeit der Einmischung. Das Ziel bestand in der Verhinderung.

Die Verflechtung des Gruppenkommandos III/III des Innenministeriums mit dem BRFK (Budapester Polizeipräsidium) verschwand durch den sogenannten Dunagate-Skandal<sup>331</sup>. Bisher hatte der Geheimdienst der Kádár-Ära mit politischer Ermächtigung durch den Innenminister in unveränderter Form funktioniert. Das Aktenmaterial<sup>332</sup> zur Partei Ungarischer Oktober legt Zeugnis davon ab, dass sie bis Ende Oktober 1989 unter ständiger Beobachtung stand. Warum dies nur bis

<sup>330</sup> ÁBTL 2.7.1. NOIJ, III/III-126-126/1 1989.06.30.

<sup>331</sup> Am 5. Januar 1990 forderten die Oppositionspolitiker János Kis und János Kenedi im Parlament vom Ministerpräsidenten Miklós Németh Rechenschaft darüber, warum der Staatssicherheitsdienst in unveränderter Form tätig ist. In der Folge hielten sie eine internationale Pressekonferenz zum Thema ab, um im Interesse einer Einstellung der früheren Praxis Druck auszuüben.

<sup>332</sup> In der Periode zwischen 30. Juni und 27. Oktober 1989 kamen zu Krassó und seiner Partei tagesaktuelle operative Meldungen (ÁBTL 2.7.1 III/III und BRFK) im Umfang von 97 Blatt zusammen. Doch sie beziehen sich nicht nur auf die Straßennamenänderung. Dank gilt meinem Referenten Balázs Orbán, der das Material zusammengestellt und mir zur Verfügung gestellt hat.

zu diesem Zeitpunkt geschehen ist, dafür bieten sich verschiedene Erklärungen an. Am wahrscheinlichsten dürfte sein, dass das spätere Material vernichtet wurde und deshalb nicht aufzufinden ist.

Zu den Demonstrationen in Verbindung mit der Straßennamensänderung<sup>333</sup> legte die Abteilung III/III des Budapester Polizeipräsidiiums ein extra Dossier an. Geführt wurde es in der Periode vom 14. Juli bis 1. August 1989. Verbunden wurde es mit der Partei Ungarischer Oktober. Archiviert enthält es 72 Blatt. Nicht nur Meldungen und Aufzeichnungen finden sich darin, sondern auch Zeitungsartikel, Flugblätter und ein Originalkarton mit dem Straßenschild Nádorstraße. Im erforschten Material fehlen aus dem Kuvert allerdings 41 Fotos. Auch die Tonaufnahmen und das Videomaterial sind nicht vorhanden. Deren Anfertigung geht aber aus den Meldungen eindeutig hervor.<sup>334</sup>

Die präzise Datensammlung diente der Möglichkeit, in der tagesaktuellen operativen Meldung nötigenfalls Informationen vorzulegen und Reaktionen zu erwirken. In dieser sich über gut zwei Wochen erstreckenden Periode erreichten die Aktionen bei acht Gelegenheiten das Niveau der tagesaktuellen operativen Meldung.<sup>335</sup> An sechs Tagen rangierten die Meldungen an erster beziehungsweise an wichtigster Stelle. Die Entscheidung, gegen die MOP-Aktivistinnen ein Ordnungswidrigkeitsverfahren einzuleiten, wurde vom BRFK bereits am 20. Juli 1989, also eine Woche nach Beginn der Aktion, getroffen und in einem außerprozessualen Verfahren am 31. Juli 1989 auch durchgeführt.

Mit den Straßenaktionen befasste sich die Abteilung III/III des BRFK, namentlich der Abteilungsleiter Polizeiobstleutnant Tibor Cirkos beziehungsweise der Chef der Abteilung III/III-A Oberstleutnant József Sági. Der tatsächliche Observierungsdienst wurde von der Unterabteilung III/III-D des BRFK durchgeführt, gesteuert vom Unterabteilungsleiter Polizeimajor Ferenc Somlai. Die Erstellung der Meldungen unterlag zumeist dem Polizeihauptmann József Novák (Unterabteilung III/III-B des BRFK, Informationsabteilung). Die Meldungen wurden in vier Exemplaren ausgefertigt. Jeweils ein Exemplar erhielten das Gruppenkommando III/III des Innenministeriums<sup>336</sup>, der Budapester Polizeipräsident<sup>337</sup>, der Vertreter des Staatssicherheitsdienstes<sup>338</sup>, und ein Exemplar blieb in der Abteilung III/III des BRFK. Die Angelegenheit gehörte zum Polizeipräsidium des V. Budapester Bezirks. Die Anweisungen kamen

---

<sup>333</sup> Archivnummer: ÁBTL BRFK ÁB - Tüntetések, demonstrációk, megmozdulások (Demonstrationen, Kundgebungen) 1.12.2-391-II-50\_1989. VII.14-VIII.01. 9. Karton/ 4. Dossier

<sup>334</sup> Detail aus der Meldung vom 19. Juli 1989: „Die Ereignisse wurden von den Mitarbeitern der Abteilung BM III/2/Operative Abteilung mittels Videotechnik festgehalten.“ (ÁBTL 1.12.2-391-II-50\_1989. VII.14-VIII.01. 9. Karton/ 4. Dossier, S. 8.)

<sup>335</sup> 17., 18., 20., 21., 24., 25., 27. und 28. Juli 1989.

<sup>336</sup> Chef des III/III des Innenministeriums war damals Polizeigeneralmajor József Horváth.

<sup>337</sup> Zwischen 8. März 1985 und 1. November 1989 stand Polizeigeneralmajor István Konczer an der Spitze des BRFK.

<sup>338</sup> Vertreter des Staatssicherheitsdienstes beim BRFK war Polizeioberst Dr. Géza Stefán.

vom Gruppenkommando III/III des Innenministeriums.<sup>339</sup> Über die getroffenen Maßnahmen kann man sich durch die tagesaktuellen operativen Meldungen informieren. Es gibt keine Hinweise darauf, dass sich der Innenminister und die an der Macht befindliche Staatspartei eingemischt hätten.

Die für den 12. Dezember 1983 vor Imre Nagys einstiger Villa in Budapest geplante Demonstration der „radikalen Opposition“ kann als Vorereignis der Straßennamensänderungsaktion betrachtet werden.<sup>340</sup> Die tagesaktuelle operative Informationsmeldung berichtet darüber, dass außer der Anbringung einer Gedenktafel an Imre Nagys Haus auch die Wiedereinführung des alten Straßennamens geplant war. Aus dem Dokument geht weder die Identität der als geheime Informationsquelle des Komitats Csongrád genannten Person hervor, noch die Tatsache, dass die Aktion schließlich durch das Gruppenkommando III/III des Innenministeriums verhindert worden sei. Bewiesen aber ist, dass ein solcher Versuch stattgefunden hat. Wahrscheinlich ist Krassós organisatorische Beteiligung. Denn die Information ist aus seinem persönlichen Dossier ans Tageslicht gelangt. Auch gehörte er zur „radikalen Opposition“. Mit ihr befasste sich die Unterabteilung III/III-4-A des Innenministeriums.

### 5.3. Entscheidung zur Namensänderung und der erste Aktionstag

Die Partei Ungarischer Oktober wurde am 27. Juni 1989 gegründet. Im Budapester Jurta Theater wurde ein Kongress abgehalten. Mit dem Schwung des Beginns kam auch die Straßennamensänderungsaktion in Gang. Schon auf der Ausschusssitzung am 10. Juli 1989 fiel die Entscheidung, die Münnich-Ferenc-Straße „symbolisch in Nádorstraße rückzubenennen“. Die Anwesenden selbst gebrauchten also den Ausdruck der Rückbenennung.

Den Zeitpunkt der Aktion setzten sie für den 14. Juli 1989 16 Uhr am Ende des Ságvári Platzes, des heutigen Vértanú Platzes, unweit des Kossuth Platzes am Parlament, fest. Die Demonstration sollte tagsüber stattfinden, damit sie ein möglichst großes Echo auslösen würde. Das Ziel bestand in einer aufsehenerregenden Aktion. Bei der Wahl des Ortes ging man davon aus, wie man möglichst viele Menschen erreichen können würde. Den Ausgang der Metrolinie 2 am Kossuth Platz und die Nähe des Eheschließungssals im V. Bezirk befand man dafür am geeignetsten. Laut ursprünglichem Plan wollte man die Straßenschilder der Münnich-Ferenc-Straße mit roten Streifen überkleben und darunter auf Karton Straßenschilder anbringen, worauf Nádorstraße zu lesen stehen würde.<sup>341</sup> Eine Fortsetzung war nicht geplant.

<sup>339</sup> Das Budapester Polizeipräsidium als Staatssicherheitsorgan gehörte unverändert unter die Befehlsgewalt des Gruppenkommandos III/III des Innenministeriums beziehungsweise der Abwehr der inneren Reaktion. Quelle: Tabajdi, Gábor/ Ungváry, Krisztián (2008), S. 88

<sup>340</sup> ÁBTL 3.1.5. O-19619/9, S. 44.

<sup>341</sup> ÁBTL NOIJ, 2.7.1. III/III-135-135/2, 13. 07. 1989

Die bei der Abteilung III/III des BRFK eingegangene Meldung berichtet von der operativen Sicherung der Straßennamensänderungsaktion am 14. Juli 1989, die, wie geplant, ab 15 Uhr durchgeführt wurde. Vom Wohnhaus der Münnich-Ferenc-Straße 19 machte sich, mit vier Leitern bewaffnet, eine vierzigköpfige Gruppe auf den Weg. Am Häuserblock der Straße unweit des Parlaments bestieg György Krassó selbst die Leiter und überklebte das Straßenschild der Münnich-Ferenc-Straße diagonal mit rotem Isolierband, um anschließend das Pappschild „Nádorstraße“ anzunageln. Der Schildertausch wurde mit Applaus bedacht. Die Beobachter machten hinsichtlich der Intensität zwischen den Aktivisten und den interessiert Vorübergehenden einen Unterschied. Bei den etwa achtzig Versammelten ging man von 50-60 aktiven Teilnehmern aus. Es handelte sich also um keine hohe, aber auch nicht uninteressante Teilnahme.

Aus Krassós demokratischem Geist folgte, dass er den Schilderwechsel nicht allein vornahm. Den ersten zwar schon, aber dann wurde der Wechsel an jeder Straßenecke von einer anderen Person vorgenommen. Das Foto von ihm im roten Polohemd ist berühmt geworden. Dennoch darf nicht vergessen werden, dass er auch andere zur Geltung kommen ließ. Dieser seiner Haltung war es vielleicht zu verdanken, dass er Anhänger und Helfer fand.

Nach dem Ende der Aktion stieg er auf die Leiter und hielt vor den auf 40-45 Anwesende geschrumpften Menge eine Rede. Er bedankte sich für die Teilnahme und fasste Ferenc Münnichs Karriere zusammen, hob dessen Rolle als János Kádárs Mitstreiter bei der Vergeltung nach der Revolution von 1956 hervor. Nach dem Ende der Aktion gingen einige von ihnen zurück in das provisorische Büro der MOP. Dann, bevor sie sich auf den Weg zum Kerepeser Friedhof gemacht hätten, betrachteten sie noch einmal die von ihnen angebrachten Straßenschilder.

Die Leute der Staatssicherheit fuhren im Dienstwagen die Wegstrecke ab und stellten fest, dass an 27 Eckgebäuden 29 neue Straßenschilder angebracht worden waren. Am ersten Tag der Straßennamensänderungsaktion wurden auch vom Rat der Hauptstadt, dem Straßenaufsichtsamt und der Polizei keine Maßnahmen getroffen.<sup>342</sup> Das Ereignis wurde von drei bis vier Videokameras und Fotoapparaten festgehalten. Unter anderem auch im Auftrag des Innenministeriums. Das Innenministerium führte auch die Identifizierung der ihm bekannten und aus politischer Sicht als gefährlich eingestuften Personen durch.

Die angebrachten Straßenschilder wurden später entfernt. Dieses Vorgehen veranlasste die Sympathisanten der MOP, ihre Straßenaktion fortzusetzen. Der Beginn der Straßennamensänderungsaktion ging also dem gleichzeitig organisierten Protest gegen die mit der antikommunistischen Botschaft verflochtene Beerdigung von János Kádár unmittelbar voraus. Auf einem während der Dauer der Aktion verbreiteten „Flugblatt“, das der Meldung beigelegt war, befand sich ein Aufruf der Ungarischen Radikalen Partei. Es wurde dazu eingeladen, sich der damit

---

<sup>342</sup> ÁBTL 1.12.2-391\_II-50 9. Karton / 4. Dossier, S. 2.

verbundenen Aktion anzuschließen.

#### 5.4. Die erste damit einhergehende Aktion. Kranzniederlegung an der Parzelle 21 zeitgleich mit János Kádárs Beerdigung

Im Nachhinein lässt sich nicht mehr feststellen, welche Idee die frühere war, die der Ungarischen Radikalen Partei (MRP), zeitgleich mit János Kádárs Beerdigung einen Kranz an der Parzelle 21 niederzulegen, oder die Straßennamensänderungsaktion der Partei Ungarischer Oktober (MOP). Jedenfalls fasste die MOP auf derselben Sitzung vom 10. Juli 1989 den Beschluss zur Straßennamensänderungsaktion sowie dazu, sich der Kranzniederlegung anzuschließen. Ferenc Münnich hatte keine besondere Aktualität. János Kádár aber war am 6. Juli 1989 verstorben, und die Bestattung war für den 14. Juli 1989 anberaumt. Für György Krassó als Revolutionär von echtem Schrot und Korn mochte dieses Datum auch den Bezug zum Jahrestag der Französischen Revolution von 1789 gehabt haben.

Der Journalist Tamás Bihari fragte Krassó, ob die erste Aktion der MOP zufällig mit dem Tag der Beerdigung von János Kádár zusammengefallen sei. Krassó behauptete, dass hinter der Terminierung keine Absicht gesteckt habe. „Trotzdem aber hatte unsere Aktion auch eine symbolische Seite, denn zusammen mit Kádár ist auch die mit seinem Namen verbundene Politik ins Grab gestiegen.“<sup>343</sup>

In den tagesaktuellen operativen Meldungen erschien einen Tag vorher die Information zur zeitgleich mit János Kádárs Beerdigung geplanten demonstrativen Gedenkveranstaltung sowie zur Straßennamensänderungsaktion. Das Risiko war groß. Denn die Parzelle 21 des Kerepeser Friedhofs, wo 1956 die während der Revolution Gefallenen beigesetzt wurden, befindet sich nur dreißig Meter vom Pantheon der Arbeiterbewegung entfernt, wo Kádárs Beerdigung vorgesehen war. Dadurch, dass sich der VOX Humana Kreis<sup>344</sup> und auch die Partei Ungarischer Oktober der Aktion der von Mihály Rózsa<sup>345</sup> geführten Ungarischen Radikalen Partei<sup>346</sup> angeschlossen hatten, nahm das Sicherheitsrisiko weiter zu. Um die hochrangigen ausländischen und ungarischen Staatsführer zu schützen, veranlasste das Gruppenkommando III/III des Innenministeriums, dass zum Sicherheitskordon nicht einmal den eingebauten Personen der Staatssicherheitsorgane Zutritt gewährt werden sollte, weil man befürchtete, dass ihnen die Demonstranten folgen könnten. Die Anweisung lässt darauf schließen, dass unter die Demonstrationsteilnehmer Spitzel und

<sup>343</sup> Bihari, Tamás: Münnich kontra Nádor. Kulturális rendezvény (Münnich kontra Nádor. Kulturveranstaltung), Magyar Nemzet, 16. Juli 1989. (ÁBTL 1.2.2-391-II-50 9. Karton/ 4. Dossier, S. 69)

<sup>344</sup> Der Vox Humana Kreis war mit der Samisdatzeitschrift Égtájak (Himmelsrichtungen) verbunden.

<sup>345</sup> Mihály László Rózsa (1967 –) war Vorsitzender der Ungarischen Radikalen Partei. Am 14. Juli 1989 um 17 Uhr wurde er zusammen mit mehreren anderen am Budapester Ostbahnhof einer Ausweiskontrolle unterzogen. (ÁBTL 1.2.2-391-II-50 9. Karton/ 4. Dossier, S. 46)

<sup>346</sup> Die Rede ist von der 1989 gegründeten Ungarischen Radikalen Partei, die der Partei Ungarischer Oktober nahestand.

Staats sicherheitsdienstler in Zivil eingeschleust waren, deren Identität bis auf den heutigen Tag ungeklärt ist.

In Verbindung mit Kádárs Beerdigung bewies die Partei Ungarischer Oktober maximale Toleranz, machte einen Unterschied zwischen dem Regime und dessen Führer. Selbst der Person, die das Regime verkörperte, verweigerte sie den Gnadenakt nicht. Auf ihrer Ausschusssitzung vom 10. Juli 1989 wurde formuliert, dass die Partei Ungarischer Oktober mit ihrer Aktion „nicht gegen Kádár demonstrieren will“, vielmehr wollten sie halb sechs „nur an den Gräbern der Studentenmartyrer der Revolution von 1956 Kränze niederlegen.“<sup>347</sup> Die Information wurde als kontrolliert eingestuft, musste also irgendwie festgehalten worden sein.

Gemäß operativer Meldung im Zusammenhang mit Kádárs Beerdigung „verurteilte der FIDESZ-Ausschuss die Initiative, stellte es aber den Gruppen frei, ob sie sich der Demonstration anschließen wollen.“<sup>348</sup> Der FIDESZ hatte Gruppierungen, beispielsweise die Radikale Fraktion des FIDESZ, die entsprechend ihrem Namen zum FIDESZ gehörten, deren Mitglieder aber dem Kreis um Krassó näherstanden.<sup>349</sup>

Als Idee wurde „auf der Ausschusssitzung der MOP der Gedanke aufgeworfen, da Ferenc Münnich neben Attila József beerdigt worden ist und dort nun auch János Kádár beigesetzt werden soll, dass dieser Zustand ‘unhaltbar sei’, dass man den ‘Dichturfürsten von dort befreien müsse’. Es wurde beschlossen, während Kádárs Beerdigung um Attila Józsefs Grab einen Schutzring zu bilden.“<sup>350</sup> Der Schutzring sollte natürlich nur ein symbolischer Akt sein. Letztendlich wurde er nicht in die Tat umgesetzt.

Der Aufruf der Ungarischen Radikalen Partei zur demonstrativen Kranzniederlegung wurde in der Nacht zum 14. Juli 1989 „in der Unterführung des Budapester EMKE<sup>351</sup> sowie in der Unterführung der Metro am Ostbahnhof“<sup>352</sup> angeschlagen. Auf dem Aufruf wurde nur die Ungarische Radikale Partei genannt. Als Initiator der Aktion galt also nicht die Partei Ungarischer Oktober. Dies wird auch dadurch bekräftigt, dass der Aufruf handschriftlich verfasst worden ist. Krassó und dessen Mitstreiter aber waren Vervielfältigungsprofis. Kádárs Beisetzung begann 17 Uhr. Der Aufruf<sup>353</sup> der Ungarischen Radikalen Partei nannte einen Termin für 17.30. Man sollte sich am Metroausgang des Ostbahnhofs versammeln. Die Polizei führte in der Zeit des geplanten Treffens mehrere Ausweiskontrollen durch. Auch der Parteivorsitzende wurde kontrolliert. Vielleicht wollte man den Kontrollierten Angst machen. Festgehalten aber wurde niemand.

Zwölf Mitglieder der Ungarischen Radikalen Partei legten zeitgleich mit János Kádárs

---

<sup>347</sup> ÁBTL NOIJ 2.7.1. III/III-135-135/1, 13. Juli 1989

<sup>348</sup> ebd.

<sup>349</sup> Géza Budas persönliche Mitteilung

<sup>350</sup> ÁBTL NOIJ 2.7.1. III/III-135-135/2, 13. Juli 1989

<sup>351</sup> Das berühmte Budapester Café EMKE (Siebenbürgischer Ungarischer Kulturverein) befand sich am Blaha Lujza tér.

<sup>352</sup> ÁBTL NOIJ 2.7.1. III/IV-136 und BRFK-121, 136-1, 14. Juli 1989

<sup>353</sup> Aufruf der Ungarischen Radikalen Partei! (ÁBTL 1.12.2-391\_II-50 9. Karton/ 4. Dossier, S. 59)



Beerdigung an der Parzelle 21 ein Holzgrabmal und einen Kranz nieder. Doch „angesichts der versammelten Menge fehlte ihnen für eine offene Provokation der Mut. Ihre Anwesenheit beschränkte sich auf die geplante Kranzniederlegung.“<sup>354</sup>

Aus den Meldungen ist abzulesen, dass Mitglieder der Partei Ungarischer Oktober zur eigentlichen Kranzniederlegung nicht anwesend waren. 16.05 begann die Straßennamensänderungsaktion. 17.50 war das letzte Straßenschild der Münnich-Ferenc-Straße überklebt. 17.52 stand Krassó auf der Leiter an der Ecke József-Attila-Straße und hielt eine zirka drei Minuten dauernde Rede. Dann

„bestieg eine etwa fünfunddreißig Jahre alte schlanke Frau<sup>355</sup> die Leiter und forderte die Anwesenden auf, an der organisierten Kranzniederlegungsaktion auf dem Friedhof in der Mező Imre út<sup>356</sup> teilzunehmen. (...) 18.10 nahmen sie die von ihnen angebrachten Straßenschilder in Augenschein. (...) In Kraftfahrzeugen beziehungsweise in Massenverkehrsmitteln“<sup>357</sup>

begaben sie sich an den zweiten Schauplatz ihres für diesen Tag geplanten Protests. Frühestens 18.30 mochten sie an der Parzelle 21 eingetroffen sein. Die Meldungen halten vier Nummernschilder fest. Offensichtlich hatten nicht alle Personen in den Autos Platz. György Krassó verspätete sich im Allgemeinen, sodass hier nicht von einer Ausnahme gesprochen werden kann. Auf solche Weise wurde die feindselige Haltung gegen Kádár zum Ausdruck gebracht, doch auch eine Konfrontation vermieden.

Nach der Aktion auf dem Kerepeser Friedhof wurde Krassó im Kreuzgang vor dem Ostbahnhof von westlichen Journalisten interviewt. Daraus schlossen die Beobachter auf eine gut organisierte Aktion.<sup>358</sup> Doch eher schon war lediglich davon die Rede, dass Krassó für die westlichen Medien eine bekannte Person war, deren Meinung man gern Gehör schenkte.

## 5.5. Die Aktion der Namensänderung wird fortgesetzt

Die Partei Ungarischer Oktober wiederholte die Aktion der Straßennamensänderungsaktion am 17., 19., 22., 24., 25., 26. und 27. Juli 1989. Auf Grund der Dokumente zeichnen sich die Geschehnisse vielleicht noch besser ab, als dies während der Ereignisse zu sehen gewesen sein mochte. Am 17. Juli 1989, am zweiten Tag der Aktion, war auch keine höhere Teilnehmerzahl zu registrieren. Doch erreicht wurde das Erscheinen der Medienvertreter.

<sup>354</sup> ÁBTL 1.12.2-391\_II-50 9. Karton/ 4. Dossier, S. 4

<sup>355</sup> Wahrscheinlich Sarolta Filó.

<sup>356</sup> Der Kerepeser Friedhof wurde damals Mező Imre úti Friedhof genannt. Doch diese Bezeichnung wird auch nicht in den Staatssicherheitsdossiers gebraucht.

<sup>357</sup> ÁBTL 1.12.2-391\_II-50 9. Karton/ 4. Dossier, S. 2

<sup>358</sup> ÁBTL NOIJ 2.7.1. BRFK-122-137/1, 17. Juli 1989

„Am 17. des laufenden Monats wurde die Straßennamensänderungsaktion in der Münnich Ferenc utca unter Führung von GYÖRGY KRASSÓ wiederholt. An der Demonstration nahmen zirka 60-70 Personen teil. Das Ereignis wurde auch von Vertretern der Massenmedien beobachtet.“<sup>359</sup>

Der Presseaufruf war auch der Aufmerksamkeit des Gruppenkommandos III/III des Innenministeriums nicht entgangen. Die tagesaktuellen operativen Meldungen suggerieren eine Radikalisierung Krassós und seiner Partei.

„Das Ende der Rede wurde mit Applaus und rhythmischen Schreien 'Russki go home' bedacht. Polizeiliche Maßnahmen wurden nicht ergriffen. Befassanten bekundeten mehrmals ihr Mißfallen und diskutierten mit den Veranstaltern. Die Information wurde kontrolliert. Anmerkung: Die Mitarbeiter des Unternehmens für den öffentlichen Raum haben den Originalzustand der Straßenschilder wiederhergestellt.“<sup>360</sup>

Die Demonstration habe antisowjetischen Charakter angenommen, das heißt, sie sei aus außenpolitischer Sicht gefährlich. Auch die Passanten hätten keine Sympathie bekundet. Es werde ein Grund für hartes und bestimmtes Auftreten gesucht. Die Straßenschilder würden immer wieder beseitigt.

Der dritte Tag der Straßennamensänderungsaktion, der 19. Juli 1989, kann als Höhepunkt beziehungsweise Wendepunkt bezeichnet werden. Mehr als achtzig Personen, die höchste Teilnehmerzahl, nehmen an der Demonstration teil. Sogar drei Reden werden gehalten. Die Straßenschilder werden zerstört, damit sie sich nicht leicht ersetzen lassen. Die Polizei mischt sich ein.

Eine Spontaneität polizeilichen Einschreitens kann aufgrund der Dokumente infrage gestellt werden. Die tagesaktuelle operative Meldung belegt, dass bereits vor Beginn der Aktion bekannt war, dass Krassó vorhatte, die Straßenschilder zu zerstören.

„Krassó stufte die bisherige Straßennamensänderungsaktion als erfolgreich ein und erklärte, dass sie symbolisch geworden sei. Weshalb sie unbedingt auf eine Weise beendet werden müsse, die mit der Zerstörung der Straßenschilder einhergehe. Dementsprechend kam es am 19. Juli 1989 zwischen 17 und 18 Uhr in der Organisation der MOP (nunmehr zum dritten Mal) zur Straßennamensänderungsaktion von Münnich Ferenc utca zu Nádor utca.“<sup>361</sup>

Aus der noch am selben Tag verfassten Aufzeichnung geht hervor, dass der 17.05 zur für 17 Uhr anberaumten Demonstration erschienene Sicherheitskommandeur „György Krassó, József Bánlaki

---

<sup>359</sup> ebd.

<sup>360</sup> ÁBTL NOIJ, 2. 7. 1. III/III-138-138/1, 18. Juli 1989

<sup>361</sup> (ÁBTL NOIJ 2.7.1. III/III-140-140/1, 20. Juli 1989)

und Mihály Rózsa namentlich“ über Lautsprecher bereits am ersten Schauplatz „aufforderte, ihr Handeln einzustellen, da es gegen das Gesetz III aus 1989 verstößt.“<sup>362</sup> Die zweite Aufforderung erfolgte auf dem Szabadság Platz. Krassó und seine Mitstreiter kamen der Aufforderung nicht nach und setzten ihre Aktion fort. Die Ferenc-Münnich-Straßenschilder besprühten sie mit roter Farbe und klebten die Nádor-utca-Straßenschilder darüber.

An dem Ereignis nahmen unter anderen Jenő Nagy, Gábor Bouquet, Antal Bogád und dessen Sohn Zoltán Bogád sowie auch János Kenedi teil. Auch Sándor Rácz und Tibor Pákh waren zugegen. Ihre Namen werden in der Aufzeichnung nicht genannt, dafür aber in der tagesaktuellen operativen Meldung. Neben Krassó und Mihály Rózsa hielt zum Schluss, oben auf der Leiter stehend, auch Tibor Pákh eine Rede. Tibor Philipps Name wird in beiden Dokumenten erwähnt. Die Dokumente halten György Krassó, József Bánlaki und Mihály Rózsa als Organisatoren fest. Gegen sie leitete das Polizeipräsidium ein Verfahren wegen Ordnungswidrigkeit ein.

Während der Demonstration verteilten György Krassó und Jenő Nagy die „Gründungserklärung“<sup>363</sup> der MOP und den Protest der MOP gegen den Presseaufruf des Budapester Komitees der MSZMP vom 9. Juli 1989<sup>364</sup>. Die Partei Ungarischer Oktober bekundet ihr Missfallen darüber, dass die sozialistische Partei der Ereignisse von 1956 gedenken will.<sup>365</sup> Einige Exemplare des „Presseprodukts“ Szabadság (Freiheit) verteilten sie an vertrauenswürdig scheinende Personen. Zu lesen waren darin auch einige handschriftliche Überschriften: „Kádár, der charakterlose Heuchler. Der illegale Henker Ungarns. Er hat das Land verraten und in den Bankrott geführt. Er hat die intellektuelle Elite vertrieben. Fälscher der Geschichte.“<sup>366</sup> Am Ende der Demonstration verbreitete eine nicht identifizierte Person ein Plakat mit der Überschrift: „Was sagen die Genossen? Wer ist für 1956 verantwortlich?“<sup>367</sup> Auf dem Plakat zu sehen waren Stalin, Mátyás Rákosi und neben Károly Grósz János Kádár in einem Panzer sitzend. Unter dem Bild von Imre Nagy stand zu lesen: „Ich bin nicht gestorben!“ Und ganz unten: „In der Parzelle 301 gibt es keine Ruhe.“ In der Mitte ein Holzgrabmal. Alle vier Flugblätter waren den Aufzeichnungen des Innenministeriums beigelegt.

Am 22. Juli 1989 organisierte die Partei Ungarischer Oktober keine ähnlichen Leiter-Straßennamensänderungsaktionen. Das bedeutete allerdings nicht, dass sie an diesem Tag vollkommen passiv gewesen wäre. Doch es gab keine angemeldete Demonstration, für deren Sicherheit die Polizei hätte sorgen müssen. Der Bereitschaftsdienst im Polizeipräsidium des V. Budapester Stadtbezirks wurde von Polizeistreifen darüber informiert<sup>368</sup>, dass unbekannte Personen

<sup>362</sup> Aufzeichnung, BRFK III/III-D. Unteraabteilung, 19. Juli 1989 (ÁBTL 1.12.2-391-II-50 9. Karton/ 4. Dossier S. 7)

<sup>363</sup> ÁBTL 1.12.2-391-II-50 9. Karton/4. Dossier, S. 64

<sup>364</sup> Dated vom 18. Juli 1989

<sup>365</sup> ÁBTL 1.12.2-391-II-50 9. Karton/ 4. Dossier, S. 56

<sup>366</sup> ebd. S. 66

<sup>367</sup> ebd. S. 68

<sup>368</sup> ebd. S. 70

Plakate angeklebt beziehungsweise vom Parlament her bis zur Kreuzung Münnich-Ferenc-Straße/ Zrínyistraße auf beiden Straßenseiten Nádor-utca-Aufschriften mit weißer Farbe angebracht hätten. An den Häuserwänden hätten sie mit sehr starkem Klebstoff zwei verschiedene Plakate angebracht.<sup>369</sup> Insgesamt fünfzig an der Zahl. Dies zumindest stellten die Lokalinspektoren des Polizeipräsidiums des V. Budapester Stadtbezirks im Nachhinein fest sowie die Tatsache, dass man an die Wand hinter der Polizeistatue am Gebäude des ehemaligen Klubs des Innenministeriums an der Zrínyistraße mit weißer Farbe „Vaterlandsverräter“ geschrieben hatte. Von der Polizei wurde alles dokumentiert. Dann wurden ein Teil der Plakate entfernt und die Wandaufschrift vernichtet. Zwei Personen stellten die mit dieser Aufgabe betraute Polizeistreife zur Rede, warum sie deren Plakate und Aufschriften entfernen würden. Deshalb wurden die Ausweise der beiden Personen kontrolliert. Die Personalien der weiteren fünf Personen wurden nicht überprüft. Das hielten die Polizisten nicht für erforderlich. Eine der Personen unternahm den Versuch, für den Sender Free Europe eine Erklärung für die polizeiliche Maßnahme zu erhalten. Doch die Polizisten antworteten, man solle sich deshalb an die Presseabteilung des Innenministeriums wenden.<sup>370</sup>

Am 24. Juli 1989, dem vierten Tag der Straßennamensänderungsaktion, ließen die Aktivisten der Partei Ungarischer Oktober und der Ungarischen Radikalen Partei die behördlich angebrachten Straßenschilder unberührt und malten etwa in Kopfhöhe unter Benutzung einer Schablone die Bezeichnung „Nádorstraße“ auf. Im Verlauf ihrer Aktion klebten sie auf der gesamten Wegstrecke Plakate an. Die übrig gebliebenen verteilten sie unter den Passanten. Ein Aktivist schrieb an die Wände sämtlicher Gebäude der Straße, auch an den Bauzaun des Innenministeriums, in etwa zehn Zentimeter großen Buchstaben den Namen der Partei Ungarischer Oktober. An die Wand hinter der Statue des Unbekannten Sowjetischen Soldaten wurde erneut „Vaterlandsverräter“ geschrieben und an die Fassade des gegenüberstehenden Hauses „Nieder mit dem Kommunismus – Partei Ungarischer Oktober“.

Es kam zu keinen weiteren polizeilichen Maßnahmen, zu Wortwechseln allerdings schon. Die an die Hauswand des Innenministeriums geklebten Plakate wurden von zwei Regierungswachen sofort abgerissen und zerknüllt. Zwischen Regierungswachen und Protestierenden entspann sich eine Diskussion. Unter anderem verlautete, dass man auf derartige Aktionen verzichten würde, sobald das Gebäude seine Bestimmung auswies, nämlich die Bezeichnung „Geheimdienst“.<sup>371</sup> Die Aktion hatte sechsundzwanzig Teilnehmer.

Am 25. Juli 1989<sup>372</sup>, dem fünften Tag der Straßennamensänderungsaktion, zogen die Aktivisten der MOP und der MRP (Ungarische Radikale Partei) erneut gemeinsam auf die Straße.

---

<sup>369</sup> Plakate unter dem Titel „Wen brauchen die Komunisten und wen nicht?“ sowie „Gegen die Organisatoren der Straßenschildaktion ist ein Verfahren eingeleitet worden.“

<sup>370</sup> ÁBTL NOIJ 2.7.1. BRFK-126-142/8, 24. Juli 1989

<sup>371</sup> ÁBTL NOIJ 2. 7. 1. III/III-143-143/1, BRFK-127-143/1, 25. Juli 1989

<sup>372</sup> ÁBTL 1.12.2-391-II-50 9.Karton/ 4.Dossier, S. 10

Unter Benutzung einer Buchstabenschablone brachten sie an fast allen Gebäuden in Kopfhöhe den Namen „Nádorstraße“ an. An den Sitz des MTV, des Ungarischen Fernsehens, das Gebäude des Landespolizeipräsidiums des Innenministeriums und an der Zrínyistraße/ Ecke Münnich-Ferenc-Straße schrieben sie auf der Seite der ungeraden Hausnummern, an drei Stellen also, von Hand den Namen der Nádorstraße. Am Ende der Aktion betrug die Teilnehmerzahl nur noch 15-17 Personen. Doch auch zu Anfang waren es nicht viel mehr.

Am 26. Juli 1989<sup>373</sup>, dem letzten Tag der Straßenaktion, war die Teilnehmerzahl auf dreizehn geschrumpft. Ihre Tätigkeit dehnte sich auf das Ersetzen der inzwischen entfernten Flugblätter und Plakate aus. Auf den Bauzaun des Baugerüsts am Gebäude des Innenministeriums schrieben sie „Partei Ungarischer Oktober“. An jenem Tag nahm die Aktion wegen einer anberaumten Sitzung<sup>374</sup> der Partei Ungarischer Oktober weniger Zeit in Anspruch. Ein Tagesordnungspunkt thematisierte das Problem der Straßennamensänderung. Weitere sechszwanzig für die Parteiaktivisten unannehmbare Straßennamen wurden aufgeführt. Es wurde beschlossen, in einem Brief an den Rat der Hauptstadt die Wiederherstellung der historischen Straßennamen für Budapest zu fordern.<sup>375</sup>

Am 27. Juli 1989<sup>376</sup> verteilten unter György Krassós Führung vier Aktivisten der MOP in den Abendstunden unter den Passanten Einladungen für den 31. Juli zur Verhandlung wegen Ordnungswidrigkeit. Auch eine gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Rats der Hauptstadt bearbeitete öffentliche Mitteilung verteilten sie. Die so verbreitete öffentliche Mitteilung war erforderlich, weil diese von den Medien nur auszugsweise gebracht worden war und die Befürchtungen der Aktivisten nicht enthielt.

## 5.6. Die zweite damit einhergehende Aktion: Vaterlandsverräter! Anbringung der Inschrift

Die Statue des unbekanntes Soldaten in der Münnich-Ferenc-Straße/ Ecke Zrínyistraße wird in den Meldungen einmal als Polizeistatue, ein andermal als Soldatenstatue erwähnt. Die MOP nennt sie konsequent Stasi-Statue. Am 22. Juli 1989 brachte sie an der Wand hinter der Statue die Bezeichnung „Vaterlandsverräter“ an.<sup>377</sup> Ein Streifenpolizist bemerkte dies in den Nachtstunden und erstattete dem Bereitschaftsdienst des Polizeipräsidiums des V. Budapester Stadtbezirks sogleich Meldung.

---

<sup>373</sup> ÁBTL NOIJ 2.7.1. BRFK-129-145/1, III/III-145-145/1, 27. Juli 1989

<sup>374</sup> Die tagesaktuelle operative Meldung vom 28. Juli 1989 berichtet davon. Dennoch datiere ich die Sitzung der MOP auf den 26. Dies einerseits deshalb, weil die Meldung vom 28. Juli 1989 in Vergangenheitsform berichtet, andererseits deshalb, weil für die Mitglieder der MOP ein Aktionsaufenthalt auf der Straße an anderen Tagen ausgeschlossen werden kann.

<sup>375</sup> ÁBTL NOIJ 2.7.1. III/III-146-146/3, 28. Juli 1989

<sup>376</sup> ÁBTL 1.12.2-391-II-50 9.Karton/ 4.Dossier, S. 11

<sup>377</sup> ÁBTL NOIJ 2.7.1. BRFK-126-142/8, 24. Juli 1989

„Der Zentrale Bereitschaftsdienst des Budapester Polizeipräsidiums konsultierte den Bereitschaftsdienst tuenden Genossen Polizeileutnant des Staatssicherheitsdienstes (...) telefonisch. Der bat darum, entsprechend der bisherigen Praxis die Statuenaufschrift zu sichern und zu fotografieren.“<sup>378</sup>

Der Zwischenfall mochte sich nicht viel früher ereignet haben. Die angebrachten MOP-Plakate ließen sich inhaltlich noch nicht mit der Aufschrift hinter der Statue in Verbindung bringen. Die Behörden beseitigten die Inschriften. Die Überzeugung der MOP, dass die nächtliche Aktion erfolgreicher sein würde, bestätigte sich nicht. Die neue Aktion wirkte sich eher negativ aus. Die kommunistische Diktatur beschäftigte sich mit der Dokumentation von Schändungen der ideologischen Symbole, dem Schutz von Denkmälern, Statuen und Roten Sternen, der Verfolgung derartiger Aktivitäten in besonderem Masse. Straßennamensänderungsaktionen passten besser zum demokratischen Wandel als die in ihrer politischen Botschaft identische Statueninschrift. In Verbindung mit der Straßennamensänderung war eine Überarbeitung der Rechtsvorschrift im Gange. Einzig die von der MOP gewählte Vorgehensweise war problematisch. Am 24. Juli brachten die Aktivisten der MOP im Verlauf ihrer Straßennamensänderungsaktion an der Wand hinter der Statue erneut die Aufschrift „Vaterlandsverräter“ an.<sup>379</sup> Der Pressemitteilung und der Wiederholung war lediglich eindeutig zu entnehmen, dass es sich um ein Werk der MOP handelte.

Der eingefahrene Mechanismus wurde aktiviert. Durch sogenanntes Überstreichen wurde die Inschrift hinter der Statue behördlich auch zum zweiten Mal beseitigt. Die anderen Aufschriften dagegen wurden nur zum Teil entfernt, da der Behörde die Farbe ausgegangen war. Die MOP-Beobachtungen des Budapester Polizeipräsidiums und der Abteilung III/III des Innenministeriums in Verbindung mit der Statueninschrift deckten sich. Innenministerium und Polizei beschäftigten sich damit voneinander unabhängig. Am 25. wurde die Inschrift hinter der Statue erneut aufgetragen und auf Bitten und unter der Aufsicht des Gruppenkommandos III/III des Innenministeriums von den Mitarbeitern der Stadtreinigung nunmehr zum dritten Mal entfernt.<sup>380</sup>

Als Führer der MOP erklärte György Krassó gegenüber dem Magyar Hírlap, dass die Aktion fortgeführt werde, dass nun sogar auch der Abriss der erwähnten Polizistenstatue verlangt werde.<sup>381</sup> Am 26. konnten Krassó und seine Mitstreiter die zwischenzeitlich entfernte „feindselige“ Inschrift wegen der Anwesenheit einer Polizeistreife nicht ersetzen.<sup>382</sup> Krassó bat den diensthabenden Polizeihauptmann, man solle ihnen gestatten, neben der „Stasi-Statue“ die Inschrift „Vaterlandsverräter“ aufzumalen. Als Antwort bekam er zu hören, dass dies als Sachbeschädigung

<sup>378</sup> ÁBTL 1.12.2-391-II-50 9. Karton/ 4. Dossier, S. 9). Das Foto entdeckte Rolf Müller im Verlauf seiner Forschungsarbeit.

<sup>379</sup> ÁBTL NOIJ 2.7.1. III/III-143-143/1, BRFK-127-143/1, 25. Juli 1989

<sup>380</sup> ÁBTL NOIJ 2.7.1. BRFK-128-144/1, 26. Juli 1989

<sup>381</sup> ÁBTL 1.12.2-391-II-50 9. Karton/ 4. Dossier, S. 9

<sup>382</sup> ÁBTL NOIJ 2.7.1. BRFK-129-145/1, III/III-145-145/1, 27. Juli 1989

anzusehen sei. Deshalb nahmen sie von ihrem Vorhaben Abstand. Doch Krassó merkte an: „Das Jahr hat 365 Tage. Und so lange werden Sie die Statue bestimmt nicht bewachen.“ Dann klebte er das Flugblatt in seiner Hand an die Wand und ging in Richtung József Attila utca. Am 27. schrieb eine MOP-Aktivistin<sup>383</sup> trotz der polizeilichen Warnung auf den Sockel der Statue in zwei Zentimeter großen Buchstaben mit Filzstift: „Mörder!“ Dies zog keine besonderen Konsequenzen nach sich und wurde lediglich dokumentiert.

Unter dem Titel „Rätsel um eine Statue“<sup>384</sup> erläuterte die Partei Ungarischer Oktober in einer Sonderausgabe ihre Einwände gegen die Statue in der Münnich-Ferenc-Straße/ Ecke Zrínyistraße. „Im Herzen Budapests steht die Statue eines selbstherrlich aufgeblasenen Stasisoldaten als Schande für die Stadt. Einer nicht zu vermeidenden Einmischung nachgebend wurde die Statue mit der Aufschrift 'Vaterlandsverräter' versehen.“<sup>385</sup> Doch diese Aufschrift wurde ebenso entfernt wie ihre Straßennamensschilder. Deshalb gewannen die Parteiführer die Überzeugung, dass es keinen Systemwechsel gegeben habe, die Macht unverändert in der Hand der Kommunisten sei, der Polizeistaat unverändert fortbestehe.

#### 5.7. Verfahren wegen Ordnungswidrigkeit

Die Art und Weise, wie die Straßennamensänderung am 19. Juli 1989 durchgeführt worden ist, gab den Behörden die Möglichkeit, jene als Sachbeschädigung einzustufen. Krassó hatte diesen Weg bewusst gewählt. Er wollte die Toleranzschwelle ausloten. Dass die MOP-Aktivisten beobachtet wurden, war zu ahnen. Schriftliche Netzmeldungen sind bisher nicht zum Vorschein gekommen. Die Ausführlichkeit, die Nuancierungen und die Schnelligkeit deuten aber darauf hin, dass die zu den Organen gelangten Informationen aus Krassós engstem Kreis stammten. Und hierbei ging es nicht nur im weitesten Wortsinn um die Straßenaktionen.

Bereits am Tag nach dem Ereignis war in der tagesaktuellen operativen Meldung davon die Rede, dass das Budapester Polizeipräsidium in der Angelegenheit ein Verfahren anstrengen wolle. Auch die Führer der MSZMP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) und der Regierung wurden informiert. In zwei tagesaktuellen operativen Meldungen vom 27. und 28. Juli wird György Krassós führende Rolle hervorgehoben. Dies entsprach zwar den Tatsachen, doch diese Sachlage hatte sich seit den Anfängen nicht geändert. Dennoch hatte man dem keine Bedeutung beigemessen. Diese Hinweise hatten aber keine politischen Konsequenzen, blieben im Stadium des Datensammelns.

Tamás Biharis in *Magyar Nemzet* mit György Krassó und dem Abteilungsleiter des Rats der

---

<sup>383</sup> Erzsébet Dienes, 52 jährige Finanzreferentin

<sup>384</sup> I. Jahrgang Nummer 3 vom 23. September 1989 des Informationsdienstes der Partei Ungarischer Oktober

<sup>385</sup> ebd.

Hauptstadt erschienenen Interview gelangte unverzüglich in das Straßennamensänderungsdossier der MOP.<sup>386</sup> Allein schon der Titel: „Münnich kontra Nádor. Eine Kulturveranstaltung?“ stellte Krassó die Argumentation gegen die Meldepflicht infrage. Die Frage, ob gegen ihn und seine Mitstreiter ein Verfahren eingeleitet werden könne, lautete die juristische Antwort: „Die Sachbeschädigung der Straßennamensschilder gilt bis zu einem Wert von zweitausend Forint als Ordnungswidrigkeit, bei einem Wert darüber hinaus kann auch ein Strafverfahren eingeleitet werden.“ Die billigsten Straßenschilder aus Emaille kosteten 2500-3000. Die in der Innenstadt vorhandenen besonderen Straßenschilder waren wesentlich teurer. Wegen der Beschädigung eines einzigen Straßenschildes hätte also auch schon ein Strafverfahren stattfinden können. Einzig eine Dokumentation mit einer entsprechenden Videoaufnahme war also für den Fall erforderlich, sollte die Tat bestritten werden.

Schließlich wurde ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet. Die Dokumente, um die Ordnungswidrigkeit zu belegen, mochten auf Anweisung des Innenministeriums aufgenommenes Videomaterial enthalten. Dies wäre eine Erklärung dafür, warum es sich nicht im archivierten Dossier des Staatssicherheitsdienstes befindet. Doch nach fünf Jahren wurden die Dokumente ausgemustert. Die Vorladung lässt sich auf den 22. Juli 1989 datieren. György Krassó erhielt sie im provisorischen Büro der MOP, József Bánlaki in seiner Wohnung in der Nagymező utca, Mihály Rózsa in der Dózsa György út. Schon am Abend selbigen Tags erschien das Flugblatt unter dem Titel *Verfahren gegen die Organisatoren der Straßenschildaktion eingeleitet*. Die staatlicherseits Verantwortlichen hielten das politische Risiko für hoch. Das polizeiliche Verfahren war bereits in Gang gesetzt. Doch eine Entscheidung in der Sache gab es noch nicht. Den Teilnehmern an der Aktion wurden eine Verletzung des Versammlungsgesetzes und absichtliche Sachbeschädigung vorgeworfen.

Die Aktivisten der Partei Ungarischer Oktober wandten sich um Schutz an die von der Straße gebotene Öffentlichkeit, fassten ihr Anliegen in fünf Punkten zusammen. Erstens: Eine Rechtsverletzung hätten diejenigen begangen, die nicht, wie im geltenden Recht vorgeschrieben, bis fünf Jahre nach Ferenc Münnichs Tod damit gewartet hätten, um eine Straße nach ihm zu benennen. Zweitens: Sie hätten keinen Schaden angerichtet, da Ferenc Münnich eine politisch nicht akzeptable Figur sei und nicht die Entfernung der Straßenschilder, sondern die Wiederherstellung mit überflüssigen Kosten verbunden gewesen sei. Drittens: Das Versammlungsrecht beziehe sich nicht auf kulturelle Ereignisse. Denn die Vergegenwärtigung historischer Traditionen in Straßennamen sei Bestandteil der Nationalkultur. Viertens: Sich einer polizeilichen Aufforderung zu widersetzen bedeute noch keine Aggressivität. Doch mit der polizeilichen Willkür sei es in Ungarn noch nicht vorbei. Fünftens: Für den ordnungsgemäßen Behördenweg hätten sie sich deshalb nicht

---

<sup>386</sup> ÁBTL 1.2.2-391-II-50 9.Karton/ 4.Dossier, S. 69



entschieden, weil der unsicher sei und sich jahrelang hinziehen könne. Die Verteidigungsstrategie der Parteiaktivisten zeigte Wirkung. Es gelang ihnen, in den bis zur Verhandlung zur Verfügung stehenden zehn Tagen die Einschätzung der gegen sie vorgebrachten Anklagepunkte zu entschärfen.

Am 31. Juli 1989 morgens halb neun kam es im VI. Stock des Großen Saals des Polizeipräsidiums des V. Budapester Stadtbezirks in der Szalay utca 11 zur Verhandlung wegen begangener Ordnungswidrigkeit. Das Verfahren wurde gegen György Krassó, József Bánlaki und Mihály Rózsa wegen unterlassener Anmeldung von Demonstrationen eingeleitet. Die Unterabteilung des Budapester Polizeipräsidiums III/III-D verfasste einen Tag später über die operative Straßenabsicherung der öffentlichen Verhandlung einen Bericht.<sup>387</sup> Man hielt es für wichtig, diesen auch an die tagesaktuelle Informationsmeldung des Innenministeriums weiterzuleiten. Man befürchtete während der Verhandlung und danach eine Demonstration. Doch eine solche gab es nicht.

In Anwesenheit von zwanzig Interessenten beziehungsweise Sympathisanten fand das Verfahren gegen die vorgeladenen Personen statt. Unter den Zuschauern befanden sich ein Rundfunkreporter und auch zwei Journalisten. Die Verhandlung dauerte zirka anderthalb Stunden. Krassó und seine Mitstreiter erhielten wegen Verletzung des Paragraphen 6 des III. Gesetzes aus 1989 eine Verwarnung. Mit dem Beschluss waren die Betroffenen nicht einverstanden und legten dagegen Berufung ein.

§ 6 des Versammlungsgesetzes regelt die Anmeldepflicht von Straßendemonstrationen.

„§ 6. Die Organisation einer im öffentlichen Raum abzuhaltenden Veranstaltung muss gemäß dem Veranstaltungsort wenigstens drei Tage vor der geplanten Veranstaltung bei dem zuständigen Polizeipräsidium, in Budapest beim Budapester Polizeipräsidium (im Weiteren: Polizei), angemeldet werden. Die Anmeldepflicht obliegt dem Organisator der Veranstaltung.“<sup>388</sup>

Krassós Argumentation, wonach es sich um eine Kulturveranstaltung gehandelt habe, nicht aber um eine politische, war nicht stichhaltig, da sich die Anmeldepflicht auf alle Straßenveranstaltungen erstreckte.

Die Sachbeschädigung war absolut kein Gegenstand der Verhandlung. Weder die Beschriftung der Häuserwände in der Nádorstraße durch die MOP noch die Aufschrift an der Statue des unbekanntes Soldaten. Die Verhandlung beschränkte sich auf das Versäumnis der Anmeldepflicht. Seitens der Polizeibehörde war es eine taktische Entscheidung, einen unstrittigen Verhandlungsgegenstand zu wählen und die Angelegenheit mit einem milden Urteil abzuschließen.

<sup>387</sup> ÁBTL 1.12.2-391-II-50 9. Karton/ 4. Dossier, S. 15

<sup>388</sup> Gesetz III aus 1989 über das Versammlungsrecht, <https://net.jogtar.hu/gyulekezesi-tv> (Heruntergeladen am 30. Januar 2017)

Am 1. August 1989 gab die Parteileitung der MOP zum Ordnungswidrigkeitsverfahren in Verbindung mit der Straßennamensumbenennung eine Stellungnahme heraus. Man hielt auch das milde scheinende Urteil, die Verwarnung für unannehmbar, weil dadurch eine geschehene Gesetzesverletzung suggeriert worden sei. Die Brandmarkung, die Trennung von den Außenstehenden, war erfolgt. Die Verurteilung trug dazu bei, die Beurteilung von Krassó und seiner Partei in eine negative Richtung zu lenken. Auf politischen Druck zustande gekommene Urteile sind nicht nur ein Grundproblem von Diktaturen, sondern auch von schlecht funktionierenden Demokratien. György Krassó hat schon sehr früh und sehr deutlich darauf hingewiesen, dass bewährte Methoden auch in der Rechtspraxis des Systemwechsels angewendet wurden, dass Ungarn damit unverändert Probleme hatte. Seiner Meinung nach war es eine entscheidende Frage, woran sich das Land politisch orientiert. Nádor József stand für das Symbol des Anschlusses an Europa, Ferenc Münnich dagegen war ein Symbol der Bolschewisten, Träger der Erinnerung an die kommunistische Herrschaft.

In der Stellungnahme war auch davon die Rede, dass die Partei Ungarischer Oktober trotz ihrer Kritik an der Macht und an der Opposition daran festhalte, die Widersprüche zwischen der Wenderhetorik und der desillusionierenden Wirklichkeit des Alltags in der Öffentlichkeit zu thematisieren. Die Befremdlichkeit der Menschen gegenüber der Politik sei mit den in der Vergangenheit erlittenen Verletzungen sowie dem Widerspruch zwischen Versprechungen und Handeln zu erklären. Krassó und seine Mitstreiter meinten, die Straßenaktionen seien am geeignetsten, um das Volk anzusprechen und einzubeziehen. Das Ordnungswidrigkeitsverfahren und die negativen Pressestimmen durchkreuzten die Pläne der Partei. Das Ordnungswidrigkeitsverfahren lenkte die Straßennamensänderung in Richtung Kompromiss zwischen der Partei Ungarischer Oktober und dem Rat der Hauptstadt.

#### 5.8. Vereinbarung zwischen der Partei Ungarischer Oktober und dem Rat der Hauptstadt

So wenig kompromissbereit György Krassó und die Partei Ungarischer Oktober in der Erinnerung fortleben, widerspricht dem doch die Tatsache, dass die Straßennamensänderungsaktion letztendlich mit einer Übereinkunft abgeschlossen wurde. Schon auf ihrer Sitzung vom 26. Juli hatte die MOP neben der Aktion in der Nádorstraße auch über die Wiederherstellung von weiteren sechszwanzig historischen Straßennamen verhandelt. Es wurde beschlossen, sich wegen dieser Angelegenheit in einem Brief an den zuständigen Rat der Hauptstadt zu wenden. Ob dieser Brief je geschrieben wurde, ist nicht zu klären. Feststeht aber, dass zwischen 1990 und 1992 politisch motiviert vierundzwanzig Straßennamen geändert worden sind.<sup>389</sup> Darunter befinden sich die

---

<sup>389</sup> Magda T. Somogyi: Politikai indíttatású utcanévváltoztatások Budapesten 1989 után (Politisch motivierte

Nádorstraße, die Andrássystraße, die Királystraße, der Terézring, der Erzsébetring, der Oktogon, der Nyugati Platz und auch der Fővám Platz. Hierbei handelt es sich insgesamt um Namensgebungen, die für die Budapester natürlich sind. Ebenso auch bei der von dieser Geschichte betroffenen Fiumei Straße, die bis 1990 den Namen Imre Mező trug.

Am 27. Juli verbreiteten die MOP-Aktivisten ihre gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Rats der Hauptstadt verfasste Mitteilung<sup>390</sup> auf der Straße. Dies hielten sie deshalb für erforderlich, weil die Mitteilung von der Presse verstümmelt veröffentlicht worden war. György Krassó protestierte sogar beim Landespressedienst, weil die Mitteilung in Verbindung mit der Straßennamensänderung nur das „erste Kapitel“ enthalten habe, wodurch die Wirklichkeit verfälscht worden sei. Den Landespressedienst bat er nicht um eine Richtigstellung, sondern um die Veröffentlichung des vollständigen Mitteilungstextes. Was ihm nach seiner Behauptung auch versprochen worden sei.<sup>391</sup>

In der Presse wurde lediglich darüber berichtet, dass die Partei Ungarischer Oktober ihre Bemühungen zur Wiederherstellung der historischen Straßennamen bis zum 23. Oktober ruhen lasse. Mit dem Vorsitzenden des Rats der Hauptstadt<sup>392</sup> waren die MOP-Aktivisten zu der Übereinkunft gelangt, dass das Exekutivkomitee des Rats der Hauptstadt über deren Vorschlag bis zum 23. Oktober abschließend entscheiden werde. Die Partei Ungarischer Oktober verpflichtete sich, ihre Straßennamensänderungsaktion bis zu diesem Zeitpunkt auszusetzen.

Am 18. August 1989 veröffentlichte die MOP eine weitere Mitteilung<sup>393</sup>, worin sie ihrer Sorge in Verbindung mit den Geschehnissen nach der erfolgten Übereinkunft Ausdruck verlieh. Am 11. August nämlich hatte das Exekutivkomitee des Rats des V. Budapester Stadtbezirks an die in den betroffenen Straßen Arbeitenden, die dort wohnenden Wahlbürger und die gesellschaftlichen Organisationen des Bezirks Briefe verschickt, um deren Meinung zu erkunden. Nach Meinung der MOP-Aktivisten gehe der Brief mit einer Erhöhung der ohnehin hohen Kosten einher, andererseits versuche man, die Adressaten dahingehend zu beeinflussen, dass sie für eine Beibehaltung des Namens Münnich-Ferenc-Straße Stellung beziehen sollten. Es wurde in dem Brief sogar mitgeteilt, dass die Münnich-Ferenc-Straße den traditionellen Namen Nádor gar nicht erhalten könne, weil es in Budapest mehrere Straßen gleichen Namens gebe. Nach MOP-Einschätzung widerspreche der Brief des Exekutivkomitees des Rats des V. Budapester Stadtbezirks der am 27. Juli getroffenen Vereinbarung. Als Geste des guten Willens initiierte die MOP Verhandlungen mit den zuständigen Stellen der Hauptstadt beziehungsweise des Rats des V. Bezirks. Im Verlauf der Besprechungen teilte der Sekretär des Exekutivkomitees des V. Bezirks mit, dass er auch die für die „Nádor József“

---

Straßennamensänderungen nach 1989) (mnytud.arts.unideb.hu/nevtan/informaciok/pisa/tsm-m.pdf)

<sup>390</sup> ÁBTL NOIJ 2.7.1. BRFK-130-146/2, 28. Juli 1989

<sup>391</sup> ÁBTL NOIJ 2.7.1. III/III-164-164/3, 23. August 1989

<sup>392</sup> Vorsitzender des Rats der Hauptstadt zwischen 1989 und 1990 war Dr. József Bielek (1933-2008)

<sup>393</sup> ÁBTL NOIJ 2.7.1.III/III-164/3-a, 23. August 1989

Stabe gemachten Vorschläge als Vorschläge für eine Wiederherstellung des originalen Namens „Nádor“ behandeln werde. Zugleich machte die MOP die Bewohner der Straße und die anderen Adressaten des Fragebogens darauf aufmerksam, dass sie natürlich das Recht hätten, auch die Wiederherstellung des jahrhundertealten Namens „Nádorstraße“<sup>394</sup> vorzuschlagen.

Auf der Sitzung des Exekutivkomitees des Rats der Hauptstadt Budapest vom 16. Oktober 1989<sup>395</sup> gelangte auch ein Verordnungsentwurf zur Straßennamensänderung auf die Tagesordnung. Die Notwendigkeit einer Verordnung wurde einerseits „mit der schwerfälligen Anwendbarkeit“ der alten Regelung, andererseits mit den gesellschaftlichen Veränderungen „der vergangenen Ära“ begründet. Auf die Straßennamensänderungsaktionen der Partei Ungarischer Oktober ging man sogar an zwei Stellen ein. Einerseits als davon die Rede ist, dass

„Straßennamen, Benennungen des öffentlichen Raums ins Blickfeld von Parteien, politischen Organisationen und verschiedenen Handlungsmotivationen gelangt sind (...), dass gelegentlich die Wiederherstellung früherer historischer Namen gefordert wird, andererseits wenn die Straßenumbenennung von Personen als etwas von größtem Interesse und als höchst umstrittenes Problem bezeichnet wird.“<sup>396</sup>

Auf die MOP gemünzt scheint die in die Regelung eingebaute vorausgegangene Absicht zu sein, dass derjenige, der unberechtigt Straßenschilder oder Gedenktafeln anbringt oder entfernt, eine Ordnungswidrigkeit begeht und mit einer Geldstrafe von bis zu 3.000 Forint belegt werden kann.

In Verbindung mit der Namensänderung der Münnich-Ferenc-Straße ging vom Ungarischen Demokratischen Forum (MDF)<sup>397</sup> der Vorschlag ein, die Straße in Nagy-Imre-Straße umzubenennen. Es handelt sich hierbei um einen von einer Reihe an Vorschlägen, dass eine Straße nach Imre Nagy benannt werden sollte. Doch letztendlich bezog man für ein Imre-Nagy-Denkmal Stellung. Zwischen 1996 und 2019 stand auf dem Vértanúk Platz eine Imre-Nagy-Bronzestatue, den Blick zum Parlament gerichtet.

Auf der Sitzung unterbreitete die Hauptabteilung Aufsicht über die Allgemeine Verwaltung, die Behörden und die Rechtmäßigkeit des Exekutivkomitees des Rats der Hauptstadt Budapest einen Beschlussvorschlag vom 3. Oktober 1989<sup>398</sup>, der sich mit der Realisierung der früheren Übereinkunft mit der Partei Ungarischer Oktober befasste. In der Begründung wird hervorgehoben, dass der Vorsitzende des Rats der Hauptstadt bei der Verhandlung mit den Vertretern der Partei nach der „auf nicht gewohnte Weise“ initiierten Wiederherstellung des historischen Straßennamens

---

<sup>394</sup> 1858 erhielt die Straße den Namen Nádorstraße. 1911 trug sie vorübergehend den Namen von Miksa (Max) Falk.

<sup>395</sup> Protokolle des Rats der Hauptstadt Budapest 1950-1990,

[https://library.hungaricana.hu/hu/.../leveltari\\_iratok\\_bpftjkw/](https://library.hungaricana.hu/hu/.../leveltari_iratok_bpftjkw/)

<sup>396</sup> HU BFL XXIII.102.a.1. Protokoll des Exekutivkomitees des Rats der Hauptstadt Budapest, 16. Oktober 1989, S. 3

<sup>397</sup> Genauer formuliert wurde der Vorschlag von Dr. Miklós Timaffy, dem MDF-Vorsitzenden von Lengyelót, gemacht.

<sup>398</sup> HU BFL XXIII.102.a.1. Protokoll des Exekutivkomitees des Rats der Hauptstadt Budapest vom 16. Oktober 1989, S. 33 f.

versprochen habe, dass das Exekutivkomitee des Rats der Hauptstadt für den Fall, dass das Exekutivkomitee des Rats des V. Budapester Stadtbezirks die Namensänderung vorschlagen würde, den Vorgang bis zum 23. Oktober 1989 behandeln und eine Entscheidung treffen werde. Vor der Entscheidung durch den Rat des V. Bezirks wurde unter den Straßenbewohnern, den dort ansässigen Institutionen, den Mitarbeitern der Unternehmen, den Ratsmitgliedern, den politischen Organisationen und Parteien eine Meinungsumfrage durchgeführt. Der Vorschlag wurde diesem Dokument zufolge der Partei Ungarischer Oktober und der Ungarischen Radikalen Partei zugestellt. Doch eine Antwort darauf sei nicht erfolgt. Die von anderswo eingetroffenen Rückmeldungen versahen ihr Einverständnis mit Bemerkungen. Von den angeschriebenen Personen gaben 271 in Verbindung mit dem Straßennamen ihre Meinung kund. 185 sprachen sich für eine Änderung des Straßennamens aus. Bei einem relativ hohen Anteil an Rückmeldungen wurde die Namensänderung von zwei Dritteln unterstützt.

Die allgemeinen Vorschriften zur Festsetzung von Straßen- und Siedlungsnamen wurden früher per Verfügung Nummer 7/1976. (III.15.) vom Vorsitzenden des Ratsamts des Ministerrats bestimmt. Zu deren Anwendung gab der Rat der Hauptstadt Budapest die Richtlinie Nummer 531/1976 heraus, die zur Zeit der MOP-Aktionen galt. Am 1. August 1989 wurde die Verordnung zu den geographischen Namen Ungarns Nummer 71/1989.(VII.4.) MT in Kraft gesetzt. Festsetzung und Änderung von Namen des öffentlichen Raums oblag damit dem Rat der Hauptstadt. Bei der Vorbereitung von Namensänderungen wurde auch die Einbeziehung der Bevölkerung sowie gesellschaftlicher und Fachorgane erweitert. Vom Zeitpunkt ausgehend (4. Juli 1989) stand die Modifizierung nicht mit dem Protest von Krassó und seinen Mitstreitern in Zusammenhang.

§ 6 der Verordnung 7/ 1976 des Rats der Hauptstadt, wonach eine Straße mit dem Namen eines bereits vorhandenen Straßennamens nicht versehen werden darf, verhinderte die Erfüllung der MOP-Bitte. In diesem Sinne hätte der Name der Nádorstraße anstelle der Münnich-Ferenc-Straße nicht wiederhergestellt werden können. Denn in Budapest gab es schon vier Straßen mit dem Namen Nádor. Unter Berücksichtigung der in der Sache eingegangenen Meinungen änderte der Rat der Hauptstadt seine neue Verordnung dahingehend, dass er die alten historischen Straßennamen aus dem Verbot, mehrere Straßen gleich zu benennen, herausnahm. Das Exekutivkomitee erklärte sich nach Beseitigung der gesetzlichen Hindernisse damit einverstanden, die Münnich-Ferenc-Straße mit Geltung ab 1. März 1990 in Nádorstraße umzubenennen. Der Zeitpunkt wurde aus praktischen Gründen auf einen Termin nach der Volkszählung festgesetzt. Die Vertreter der Hauptstadt und des V. Bezirks unterstützten durch die Neuregelung der Straßennamen die angestrebte Realisierung der MOP-Vorstellungen zur Straßennamensänderung maximal.

## 5.9. Aktion der Straßennamensänderung im Spiegel der Presse

Von *Magyar Nemzet*, *Magyar Hírlap* und *Mai Nap*, den drei Tageszeitungen, wurden die Straßennamensänderungsaktionen aufmerksam verfolgt. Die *Magyar Nemzet*, das Blatt der Patriotischen Volksfront, war damals im 52. Jahrgang erschienen. Die Mitteilung der Partei Ungarischer Oktober zur Straßennamensänderung war über den Landespressedienst zur *Magyar Nemzet* gelangt. Interesse wurde von der Redaktion vielleicht deshalb bekundet, weil die Zeitung schon früher über die Gründung der Partei berichtet hatte. Dies allerdings in ziemlich kritischem Ton, wogegen die Partei in den Spalten des Blattes protestierte. Am 14. Juli 1989 reagierte das Budapester Polizeipräsidium in der Chronikrubrik der Zeitung *Mai Nap* auf die vorangegangene Tagesmitteilung der Partei Ungarischer Oktober, dass die Organisatoren trotz der Gesetzesverordnungen zum Versammlungsrecht ihre Demonstration nicht angemeldet hätten.<sup>399</sup> Die schnelle Reaktion der Polizei kam der Partei nicht gelegen, da sie ihre Aktion von vornherein in einer Konfliktlage begonnen hatte. Allerdings kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass sie die Mitteilung nicht rechtzeitig gelesen hatte.

Die am 19. Juli 1989 im Namen der MOP-Vertreter herausgegebene Mitteilung<sup>400</sup> erklärte sowohl aus prinzipieller als auch aus praktischer Sicht die Fortsetzung der ergriffenen Initiative. Sie hielten es für unannehmbar, dass Straßennamen von Politikern kündeten, die fremden Interessen gedient und die Vergeltungsmaßnahmen nach der Revolution gelenkt hätten. Auch hielten sie es für unannehmbar, dass ein Oberstleutnant des Budapester Polizeipräsidiums die bereits zum zweiten Mal angebrachten Aufschriften der Nádorstraße noch am selben Abend, das heißt am 17. Juli, von Mitarbeitern des Stadtreinigungsamtes habe abkratzen lassen. Schon am 20. Juli informierte das Budapester Polizeipräsidium darüber, dass gegen drei Organisatoren der Demonstration wegen Verletzung des Versammlungsrechts und absichtlicher Sachbeschädigung ein Verfahren wegen Ordnungswidrigkeit angestrengt worden sei. Das heißt, die Betroffenen erfuhren erst aus der Presse, womit sie zu rechnen hätten.

Am 1. August 1989 erschien in *Magyar Nemzet* unter dem Titel *Joghézag vagy törvénytértés? (Gesetzeslücke oder Gesetzesverletzung?)*<sup>401</sup> ein längerer Artikel. Der Journalist, der bei dem Verfahren wegen Ordnungswidrigkeit zugegen war, teilte wertvolle Einzelheiten mit. Einerseits, dass der eine Angeklagte, der alles in allem zweiundzwanzigjährige Führer der Ungarischen Radikalen Partei, zur Verhandlung nicht erschienen war. Die Einschüchterungs- und

<sup>399</sup> Mitteilung des Budapester Polizeipräsidiums, *Magyar Nemzet*, 14. Juli 1989, S. 10

<sup>400</sup> *Magyar Nemzet*, 19. Juli 1989, *Vélemények, ellenvélemények – hírek rovat* (Meinungen und Gegenmeinungen, Nachrichtenspalte), S. 6

<sup>401</sup> *Joghézag vagy törvénytértés? Figyelmeztetést kaptak az utcátáblák átfestői. (Gesetzeslücke oder Gesetzesverletzung?, Die Straßenschildübermalter bekamen Verwarnung.)* Der Journalist unterzeichnete als Kisballa. *Magyar Nemzet*, 1. August 1989, S. 3

Trennungstaktik funktionierte. Die Argumentation der Verteidigung andererseits, dass die Kulturveranstaltung nicht in den Geltungsbereich des Versammlungsgesetzes gehöre, wurde vom Polizeipräsidium des V. Bezirks als erster Instanz nicht akzeptiert. Stattdessen wurde ein Missbrauch des Versammlungsrechts festgestellt. Der Polizeipräsident erklärte, die Angelegenheit werde nur deshalb mit einer Verwarnung abgeschlossen, weil es sich seit Einführung des Gesetzes um den ersten Ordnungswidrigkeitsfall handle und andererseits zwischen Organisatoren der Aktion und dem Rat der Stadt im Interesse einer rechtmäßigen Lösung Verhandlungen geführt würden. Mit der absichtlichen Sachbeschädigung, wovon in der Pressemitteilung der Polizei gleichzeitig die Rede war, beschäftigte man sich in der Verhandlung deshalb nicht, weil zwischenzeitlich zwischen der Partei Ungarischer Oktober und dem Rat der Hauptstadt eine Übereinkunft getroffen worden sei. Nach der angekündigten Berufung hätte sich als zweitinstanzliche Behörde die Verwaltungspolizei des Budapester Polizeipräsidioms befassen müssen. Es gibt keine Informationen darüber, ob es dazu gekommen ist. Einige Tage später erschien in *Magyar Nemzet* von Krassó ein langes Interview mit Bill Lomax, dem britischen Forscher der Revolution von 1956, dessen Buch Ersterer zuvor übersetzt hatte. Das Interview deutet darauf hin, dass das Verhältnis zwischen Krassó und *Magyar Nemzet* nicht das schlechteste gewesen sein mochte.

Seitens der Zeitung *Magyar Hírlap*, seit 1968 das Blatt des Ministerrats, konnte man in Verbindung mit der Straßennamensänderung trotz allen Modellwechsels nicht mit Begeisterung rechnen.

Am 15. Juli 1989 veröffentlichte die Baloldali Ifjúsági Társulás (Linke Jugendvereinigung)<sup>402</sup> einen Aufruf<sup>403</sup>, worin der Ungarischen Radikalen Partei und der Partei Ungarischer Oktober mangelnde Ehrfurcht und Toleranz vorgeworfen werden. Außerdem wurden alle verantwortungsvoll denkenden ungarischen Staatsbürger aufgefordert, sich von derartigen politischen Demonstrationen und Organisationen zu distanzieren. In derselben Nummer von MTI und Landespressediens wurde die Demonstration wegen des Versäumnisses der vorherigen Anmeldung ordnungswidrig genannt.

Die MOP verbreitete ihre Mitteilungen über den Landespressediens. Ankündigungen zu den Aktionen vom 14. und 19. Juli sind in *Magyar Nemzet* zugänglich, zu denen vom 17. Juli in *Magyar Hírlap*. Die MOP protestierte<sup>404</sup> gegen die in der Massenkommunikation erschienene

---

<sup>402</sup> Über die Liste der MSZP (Ungarische Sozialistische Partei) gelangten 1994 zweiundzwanzig Abgeordnete der Linken Jugendvereinigung ins Parlament. Der Gründer und Budapester Vorsitzende Péter Kiss (1959-2014) der im wesentlichen als Nachfolger des Kommunistischen Jugendverbands KISZ gegründeten Organisation war stellvertretender Vorsitzender der MSZP und mehrfach auch Minister.

<sup>403</sup> *A Baloldali Ifjúsági Társulat felhívása. Szabálytalan demonstráció (Aufruf der Linken Jugendvereinigung. Irreguläre Demonstration)*, *Magyar Hírlap*, 15. Juli 1989, S. 7

<sup>404</sup> *Az Országos Sajtószolgálat jelenti. A Magyar Október Párt Közleménye (Der Landespressediens meldet. Mitteilung der Partei Ungarischer Oktober)*, *Magyar Hírlap*, 17. Juli 1989, S. 7

polizeiliche Mitteilung, betonte, dass sich die Anmeldepflicht nicht auf ihre Kulturveranstaltung beziehe. Auch dagegen protestierte sie, dass ihre angebrachten Straßennamensschilder von angeblichen Behörden entfernt worden seien. Am 18. Juli<sup>405</sup> erschien ein Foto von mit dem Straßennamen Unzufriedenen.

Am 20. Juli<sup>406</sup> aber wurde nicht nur eine Polizeiiinformation zur Einleitung eines Ordnungswidrigkeitsverfahrens veröffentlicht, sondern auch die Bitte des Sekretärs des Exekutivkomitees des Rats der Hauptstadt, dass die beiden Parteien vom aktuell eingeführten Recht, das durch die Rechtsvorschriften garantiert wird, Gebrauch machen sollten. Am 24. Juli wurde György Krassó zum ungewöhnlichen Straßennamenskrieg befragt.<sup>407</sup> Er erklärte, der Parteiausschuss habe beschlossen, die Aktion jeden Abend zu wiederholen, und man fordere auch den Abriss der einzigen Stasistatue im öffentlichen Raum. Damit einhergehend bekenne man sich auch zu der Statueninschrift. Man habe dem Rat der Hauptstadt angeboten, die Aktionen einzustellen, sofern die Frage der Straßennamensänderung auf deren Tagesordnung gesetzt werde. Die Zeitung *Magyar Hírlap* ebnete den Weg für eine Annäherung zwischen MOP und dem Rat der Hauptstadt.

Am 1. August berichtete *Magyar Hírlap* über die Verwarnung in der Sache der Ordnungswidrigkeit. Am 9. August<sup>408</sup> erklärte sich der Leiter der Verwaltungshauptabteilung zum Entwurf der Rechtsvorschrift, der in der *Esti Hírlap* Ende Juni veröffentlicht worden war und den Stadtbezirken größere Selbständigkeit gewährt, den Bewohnern das Recht der Meinungsäußerung und allen ungarischen Staatsbürgern ein Vorschlagsrecht garantiert.

Die in der Wendezeit gegründete politisch unabhängige Tageszeitung *Mai Nap*<sup>409</sup> berichtete mehrfach über die von Krassó und seiner Partei initiierte Straßenumbenennung. Am 14. Juli 1989 machte sich eine Karikatur auf der Titelseite der Zeitung *Mai Nap* mit der Suche nach einer Konsensstraße über die Straßenumbenennung lustig. Zehn Tage später unter dem Titel *Die Straßenschildschlacht dauert an*. Unter dem Titel *Mitteilung und Argumente*<sup>410</sup> erschien die MOP-Mitteilung, worin sich Krassó dahingehend äußerte, dass auch er und seine Mitstreiter aus der Sache herauskommen wollten, allerdings nicht durch Aufgabe. Gern würden sie sich auf das Elend, den sinkenden Lebensstandard und die über die Köpfe der Menschen hinweg geschehenden politischen Kompromisse konzentrieren. Am 1. August 1989 erschien zum Ordnungswidrigkeitsverfahren in

---

<sup>405</sup> Am 18. Juli 1989 in *Magyar Hírlap* Foto und Titel: Gestern tauschten (mit dem Straßennamen unzufriedene) Vertreter der Partei Ungarischer Oktober erneut Straßenschilder aus. Aus Münnich wurde Nádor. Doch wie lange?, S. 7

<sup>406</sup> *Magyar Hírlap*, 20. Juli 1989, Demonstration in der Münnich Ferenc utca, S. 7

<sup>407</sup> *Magyar Hírlap*, 24. Juli 1989, Verfahren wegen Ordnungswidrigkeit gegen MOP-Aktivisten. Wird aus Münnich Nádor? Autor: - usw. -, anderswo Balázs Stéphan, S. 6

<sup>408</sup> *Magyar Hírlap*, 9. August 1989, Die Ehrenbürgerschaft wird überprüft. Zu den Straßennamen werden neue Verfügungen erwartet. S. 4

<sup>409</sup> Die *Mai Nap Független Képes Hírlap* (Unabhängige Illustrierte *Mai Nap* – Heutiger Tag) war eine zwischen 1989 und 2005 erscheinende Tageszeitung.

<sup>410</sup> *Mai Nap*, 24. Juli 1989, S. 3 (ohne Autorennennung)



der Sache der Straßenumbenennung ein Artikel unter dem Titel *Wir sollten keine schlafenden Hunde wecken. Krassó und seine Mitstreiter bekamen eine mündliche Verwarnung.*<sup>411</sup> Der Journalist Tibor Hollauer war bei der Verhandlung zugegen und fertigte auch ein Experteninterview an. Neben zwei sachlichen Irrtümern enthält der Artikel wertvolle Informationen. Einerseits ging es in dieser Geschichte nicht nur um die Partei Ungarischer Oktober, denn Mihály Rózsa, der zur Verhandlung nicht erschienen war, war Vorsitzender der Ungarischen Radikalen Partei. Das mochte Hollauer verwirrt haben. Andererseits ist die Behauptung, dass die Aktivisten gemäß der Begründung beim dritten Überkleben der Münnich-Ferenc-Straßenschilder die Vorschriften des Versammlungsrechts verletzt hätten, weil sie die Demonstration zuvor nicht angemeldet hätten, ist auch nicht präzise genug, denn am dritten Tag lief der Konflikt lediglich aus dem Ruder. Wir erfahren aber einerseits, dass Dr. József Bodrogi, zuständiger Referent für Ordnungswidrigkeiten im Polizeipräsidium des V. Budapester Bezirks, die Entscheidung der mündlichen Verwarnung getroffen hat, andererseits lässt sich aus dem Artikel auch Krassós Findigkeit rekonstruieren. Krassó

„berief sich darauf, dass sie schon bei der ersten Gelegenheit zur Rechenschaft hätten gezogen werden müssen, sollten sie tatsächlich das Versammlungsrecht verletzt haben. Darauf entgegnete aber der anwesende Polizeioberstleutnant Dr. Sándor Pongor, Abteilungsleiter des Budapester Polizeipräsidiums, wie Dr. György Krassó behauptete: ‘Sie kleben die Schilder an, wir reißen sie ab. Sie kleben sie morgen erneut an, wir reißen sie wieder ab.’ Folglich sei Dr. Sándor Pongor laut Dr. György Krassó zum Anstifter und Mittäter geworden und müsse dafür zur Verantwortung gezogen werden.“<sup>412</sup>

Der befragte Experte<sup>413</sup> meinte, schlafende, jetzt zumindest verunsichert scheinende Hunde zu wecken, sei ein gefährliches Spiel. Krassós

„Schlussfolgerung ist geistreich und logisch elegant, doch davon juristische Konsequenzen zu erwarten, wäre lächerlich. In der Lage des ‘Geschädigten’ zu sein ist heute politisch vorteilhaft. Sie haben damit gerechnet, dass bei Widerstand gegen polizeiliche Maßnahmen Zwangsmittel angewendet werden müssen. Und die können sich vom Gummiknüppel bis zum Einsatz von Feuerwaffen erstrecken. Die Polizisten haben keine Maßnahmen ergriffen. Und damit sind sie angreifbar geworden. Krassó und seine Mitstreiter können beim Generalstaatsanwalt der Hauptstadt oder beim Budapester Polizeipräsidenten Anzeige erstatten, womit sie erreichen können, dass die Polizisten auch in anderen Fällen auf Toleranz verzichten.“<sup>414</sup>

Am 17. August 1989<sup>415</sup> berichtete Mai Nap davon, dass die MOP vom Rat des V. Bezirks neue Fragebögen verlangt hat, weil die Benachrichtigungen ihrer Meinung nach die Betroffenen gegen

---

<sup>411</sup> Mai Nap, 1. August 1989, S. 3

<sup>412</sup> ebd.

<sup>413</sup> Dr. Csaba Kabódi, Assistent an der Eötvös Loránd Universität

<sup>414</sup> Mai Nap, 1. August 1989, S. 3

<sup>415</sup> Mai Nap, 17. August 1989, S. 3 (ohne Autorennennung)

die Straßennamensumbenennung stimmen würden.

Die Presse stellte die Absichten der Partei Ungarischer Oktober in falschem Licht dar. Der von der MOP gebrauchte Ausdruck Hetzkampagne ist vielleicht überzogen, doch die Taktik der Machthaber, das juristische Problem über den tatsächlichen politischen Inhalt zu stellen, hat sich weitestgehend bewährt. Die in der Kádár-Ära angewandte Methode ist also fortgesetzt worden. Die gegen ihn angestregten Gerichtsprozesse hat Krassó bewusst auf eine politische Ebene gelenkt und ist, außer 1957, immer freigesprochen worden. Das Ordnungswidrigkeitsverfahren in der Wendezeit ist für ihn gerade wegen des milden, jedoch mit einem Schuldspruch endenden Urteils eine große Niederlage gewesen.

#### 5.10. Das Ende der Geschichte

Aktionismus hat zwei Bedeutungen. Die erste ist der Versuch, das menschliche Bewusstsein oder die gesellschaftlichen Zustände durch künstlerische und revolutionäre Aktionen zu verändern. Die zweite Bedeutung ist überschäumender Tatendrang. Auf die Straßennamensänderungsaktion der Partei Ungarischer Oktober treffen beide Bedeutungen zu. Krassó und seine Mitstreiter versuchten, auf die Probleme der in mehr als vierzig Jahren Diktatur verinnerlichten Ängste, die Gleichgültigkeit gegen die Politik und irrtümliches Sich-Identifizieren hinzuweisen. Die Ängste sind am ehesten verständlich. Die MOP entschied sich für einen anderen Weg. Die Partei vermochte keine großen Massen zu aktivieren. Die höchste Teilnehmerzahl während der Aktionen in der Nádorstraße betrug etwa hundert.

Die Namensumbenennung der Münnich-Ferenc-Straße in Nádorstraße gliederte sich eigentlich in drei Abschnitte. Der erste Abschnitt umfasste die Ereignisse vom 14., 17. und 19. Juli 1989 mit einem spektakulären Straßenschildwechsel von einer Leiter aus und zum Schluss mit kurzen Reden. Am 19. Juli folgte die politische Wende, der Höhepunkt. Sowohl was die Zahl der Demonstranten anging als auch die Zahl der Reden, sowohl aus Sicht der Durchführungsradikalität als auch der polizeilichen Reaktion. Nach der lokalen polizeilichen Aufforderung, die Demonstration zu unterlassen, glitten Krassó und seine Mitstreiter durch die Fortsetzung ihres Handelns in die „Illegalität“ ab. Bis zu diesem Punkt war Krassó auf seine lockere Art bemüht, sich innerhalb des gesetzlichen Rahmens zu bewegen. Diese Lockerheit bedeutete, dass sie sich nicht um die gesetzlichen Vorschriften kümmerten, die Anmeldung ihres Protests, die Straßenumbenennung nicht beantragten, indem sie versuchten, die langwierigen bürokratischen Wege zu vermeiden. Dennoch waren sie bemüht, ihnen sympathischen Äußerlichkeiten zu entsprechen, indem sie die alten Straßenschilder rot überklebten und die neuen darunter anbrachten. Die rote Farbe fiel auch mit der Artikulation ihres Antikommunismus zusammen. Sie agierten nicht

im Verborgenen, sondern offen. Dadurch errangen sie auch eine gewisse Bekanntheit. Im Wesentlichen gestatteten sie sich ein wagemutiges Auftreten im Namen des Straßenvolks. Ihre Entschlossenheit paarte sich mit Findigkeit. In Verbindung mit den Pressemitteilungen der MOP waren die als Gegenmaßnahmen gedachten Reaktionen des Budapester Polizeipräsidiiums bezeichnend.

Der zweite Abschnitt kann auf die Periode zwischen 22. und 27. Juli angesetzt werden, als Krassó und seine Mitstreiter bereits die Vorladungen zum Ordnungswidrigkeitsverfahren erhalten hatten, was sie einerseits zur Verteidigung und andererseits zum Angriff anspornte. Die Verteidigung bestand darin, dass sie an die Häuserwände der Münnich-Ferenc-Straße Aufschriften malten, worauf Nádorstraße zu lesen stand, verschiedene Plakate anklebten und unter den Passanten verteilten. Ein Teil ihres Angriffs bildete an der Statue in der Münnich-Ferenc-Straße/ Ecke Zrínyistraße die aufgemalte Aufschrift Vaterlandsverräter! Botschaften über die Presse und die teilweise Pressezensur gegen die MOP waren typisch.

Der dritte Abschnitt spielte sich nicht mehr auf der Straße ab. Hierher können das Ordnungswidrigkeitsverfahren und die Zusammenarbeit mit dem Rat der Hauptstadt gerechnet werden. Das im Ordnungswidrigkeitsverfahren gefällte Urteil befasste sich unter Berufung auf den gefundenen Kompromiss nicht mit der Beschädigung der Straßenschilder, die durchaus einen Strafprozess hätte nach sich ziehen können. Der damalige Ratsvorsitzende der Hauptstadt Dr. József Bielek schloss in Verbindung mit der Wiederherstellung des historischen Straßennamens Nádorstraße mit György Krassó einen Kompromiss<sup>416</sup>, an den er sich mit Hilfe seiner Kollegen maximal hielt. Die Neuregelung der Vergabe von Straßennamen ermöglichte die Wiederherstellung des alten Straßennamens.

Zwischen demokratischem Funktionieren der lokalen Machtorgane und dem Verhältnis zur Polizeiaktion, das nicht unabhängig von den Anweisungen des Gruppenkommandos III/III des Innenministeriums war, bestand also ein großer Unterschied. Die Politische Polizei konnte während der Systemwende wegen zweier wichtiger Komponenten funktionieren. Einerseits deshalb, weil das Gruppenkommando III/III des Innenministeriums in unveränderter Form existierte und andererseits deshalb, weil die auf der Straße diensttuenden Polizisten ihre Aufgabe nicht wirklich zu deuten wussten. Krassó und seine Mitstreiter meinten, dass sich die Polizisten noch immer mit dem Stasisoldaten identifizierten. Das irrige Sich-Identifizieren ist ein komplexes Problem. Es gab in ihrer schizophrenen Lage der MOP nahestehende Informanten, Angehörige des Innenministeriums, Polizisten und Verantwortliche für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Journalisten, die ihre Arbeit verrichteten, die die Zeit für symbolische Handlungen noch nicht für gekommen hielten. In den Gewaltorganen wurde oben und unten Leistung erbracht. Eine gewisse

---

<sup>416</sup> Am 27. Juli 1989

Führungsmittle des Budapesteser Polizeipräsidentiums spürte die politische Bewegung. Dies zumindest geht aus dieser Geschichte hervor.

Die Annahme der Straßennamensänderungsaktion ist eine wichtige Frage. Im Nachhinein ist schwer zu sagen, in welchem Maße die Bevölkerung stillschweigend mit der Straßennamensänderungsaktion der MOP sympathisiert hat. Am 21. Juli 1989 bat eine namenlose Person über die direkte Telefonleitung des Landespressedienstes darum, man solle an die Öffentlichkeit bringen, dass sich eine von politischen Parteien und allen möglichen Organen, so auch von der Polizei unabhängige Selbstschutzgruppe gegründet habe, deren Ziel darin bestehe, zum Schutz der Bevölkerung all diejenigen zu bestrafen, die Aktionen und Bewegungen organisierten, denen gegenüber die Ordnungsorgane machtlos seien. Ihrer Meinung nach seien der Polizei gegenüber solchen Aktionen die Hände gebunden. Als Beispiel dafür wurde die „Umschreibungsaktion des Straßennamensschilds der Münnich-Ferenc-Straße“ erwähnt. Die wahrscheinlich nach „Bostoner Muster“ in Budapest entstandene Gruppe setzte sich aus jungen Leuten zusammen, die östlichen Kampfsport betrieben. Der Telefonierende fügte hinzu, dass sie auch Handfeuerwaffen, den Nunchaku, zu deutsch den Schifferstock, und sonstige Sachen benutzen würden, um ihre gegen ausgespähte Personen begangenen Aktionen unangemeldet und überraschend auszuführen. Er fügte an, dass sie bei der Durchführung ihrer Aktionen darauf achten würden, dass die angegriffene Person keine schweren Verletzungen erleiden solle beziehungsweise dass sie darauf bedacht sein würden, dass sie nicht zur Verantwortung gezogen werden könnten.<sup>417</sup>

Krassó und seine Mitstreiter erlitten während ihren Straßennamensänderungsaktionen keine körperlichen Misshandlungen oder Angriffe, die darauf hindeuten würden, dass die vom Telefonierenden erwähnte Gruppe konkrete Schritte unternommen hätte. Allerdings malten unbekannte Personen an die Hausseite der Münnich-Ferenc-Straße 23 auf die Aufschrift Partei Ungarischer Oktober mit gelber Farbe ein Hakenkreuz.<sup>418</sup> Auf eine eventuelle Verstärkung des vom Budapesteser Polizeipräsidentium angeordneten Beobachtungsdienstes lässt sich aufgrund der zur Verfügung stehenden Dokumente nicht schließen.

Die von der MOP verfassten Berichte suggerieren, dass das Interesse der Bevölkerung an Politik nach der Wiederbeerdigung Imre Nagys kontinuierlich abnahm. Es mangelte den Menschen an der Überzeugung, dass sie Einfluss auf die politischen Prozesse ausüben könnten. Krassó und seine Partei wollten die Menschen aus ihrer Passivität aufrütteln, sie für eine Entwicklung der politischen Kultur gewinnen. Doch Erfolg hatte Krassó nur im engen Kreis seiner Bewunderer. Allerdings waren auch in diesem Kreis Abbröckeln, Abgestumpftsein und Hoffnungslosigkeit zu beobachten.

Krassó hatte sein ganzes Leben dem Sturz der kommunistischen Diktatur, dem Erreichen

<sup>417</sup> ÁBTL NOIJ 2.7.1. 24. Juli 1989

<sup>418</sup> ÁBTL 1.12.2. 9.Karton/ 4. Dossier, S. 22

politischer Veränderungen gewidmet. Er war davon überzeugt, dass Politik im Leben der Menschen eine vorrangige Rolle spiele. Überzeugt war er auch davon, dass die politische Elite Ungarns den Systemwechsel ohne Einbeziehung der Menschen betreibe. Er wollte die Massen aufrütteln, sie für eine breite gesellschaftliche Aktivität ermuntern. Eine Errungenschaft der Revolution von 1956 habe seiner Meinung nach gerade darin bestanden, dass die verschiedensten Bevölkerungsschichten eine aktive Rolle übernommen hätten. Der für Krassós Aktionen typische überschäumende Tatendrang beschwor die Erinnerung an die Revolution herauf. Die Straßennamensänderung konnte offensichtlich keine Revolution in Gang setzen, diente aber in Verbindung mit 1956 als eine Art Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit, indem Ferenc Münnich und János Kádár, die die Revolution verraten und später Vergeltung geübt hatten, an den Pranger gestellt wurden.

Die symbolischen Handlungen der MOP wurden durch die tatsächlich begangenen Taten der einstigen Inhaber der kommunistischen Macht, durch die Leben ausgelöscht und verstümmelt worden waren, ausgelöst. Diese Aussagen aber stießen nicht wirklich auf ein ernstzunehmendes Echo.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Wiederherstellung von historischen Straßennamen in der Wendezeit keineswegs so selbstverständlich war, wie es im Nachhinein scheinen mag. Aus Krassós gemeinsam mit der Partei Ungarischer Oktober durchgeführten Aktion in der Nádorstraße lassen sich zwei Schlüsse ziehen. Zum einen, dass sich in der Reaktion der Polizei und den mit ihr noch eng verflochtenen Staatssicherheitsorganen beziehungsweise den lokalen Behörden starke Abweichungen zeigten. Die mehrmalige Entfernung der Nádor-utca-Straßenschilder und das Ordnungswidrigkeitsverfahren ließen Krassó zu der Schlussfolgerung gelangen, dass der Systemwechsel nicht stattgefunden habe, dass die Macht in den Händen der Staatspartei geblieben sei und es unverändert einen Polizeistaat gebe. Es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Aktionsserie am Tag von János Kádárs Beerdigung begann. Zum anderen, dass Krassó durchaus kompromissfähig war. Nach der Vereinbarung mit dem Ratsvorsitzenden der Hauptstadt Budapest stellten Krassó und die Partei Ungarischer Oktober ihre Aktion für eine Weile ein. Sogar das Ordnungswidrigkeitsverfahren wurde unter Berücksichtigung dieser Vereinbarung mit einer einfachen Verwarnung abgeschlossen. Die durch das Exekutivkomitee des Rats der Hauptstadt Budapest vorgenommene Abänderung der Rechtsvorschrift machte es möglich, dass die Nádorstraße ihren alten Namen zurückerhalten konnte. Die Aktion in der Nádorstraße endete also mit einem Erfolg.

## 6. Krassó zum 33. Jahrestag der Revolution (23. Oktober 1989)

Der 23. Oktober 1989 war ein Meilenstein für die ungarische Wende. Das kommissarische Staatsoberhaupt Mátyás Szűrös proklamierte die Dritte Republik Ungarn. Die Staatsform des Landes veränderte sich von der Volksrepublik zur Republik. Bedenkt man, dass die Demonstration am 23. Oktober noch ein Jahr zuvor verboten worden war, konnte der Tag des Ausbruchs der Revolution nun auf den Straßen uneingeschränkt gefeiert werden. Auf dem Heldenplatz, in der Corvingasse, an der Technischen Universität, der Bem-Statue und auf dem Kossuth Platz in Budapest fanden Gedenkveranstaltungen statt. Der Kossuth Platz wurde mittags von den Repräsentanten der Macht und deren Anhängern bevölkert, abends gedachte die Opposition. Die einstigen 56er Häftlinge hielten vor der versammelten Menge Reden, unter anderen auch György Krassó.

Zu den zwischen 20. und 23. Oktober 1989 stattgefundenen Demonstrationen legte das BRFK (Budapester Polizeipräsidium) ein Dossier<sup>419</sup> an, worin Meldungen, Drehbücher zu Veranstaltungen, Sicherungsplan, Flugblätter und Zeitungsartikel enthalten sind. Die Staatssicherheitsorgane schätzten die als extrem anzusehenden Organisationen vor den Gedenkveranstaltungen zum 23. Oktober neu ein. Hierzu rechneten sie den SZDSZ (Bund der Freien Demokraten), den FIDESZ (Bund der Jungen Demokraten), die Ungarische Radikale Partei, die Freiheitspartei und auch Krassós Partei Ungarischer Oktober. Diese Parteien stuften sie deshalb als extrem ein, weil sie vermuteten, dass „sie den Tag zur Abdankung der Regierung nutzen könnten“<sup>420</sup>.

Das Komitee Dreiundzwanzigster Oktober, wie auch der Name schon sagt, kam zwecks Organisation und Abstimmung der Veranstaltungen zum Jahrestag zusammen. Zirka dreiundzwanzig unabhängige oppositionelle Parteien und Organisationen waren hierin vereint. In den Beobachtungsakten zum Komitee Dreiundzwanzigster Oktober steht zu lesen, dass dieses Komitee von Parteien und Organisationen geschaffen wurde. Die Partei Ungarischer Oktober, der POFOSZ (Bund der Politischen Gefangenen Ungarns), der Republikanische Kreis, das MDF (Ungarisches Demokratisches Forum) nahmen daran teil, der FIDESZ und der SZDSZ nicht. Ihre Aktivisten<sup>421</sup> aber schalteten sich in die Arbeit ein. Das Komitee wurde schon vor der Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten am 16. Juni 1989 ins Leben gerufen. Der POFOSZ war jener 56er Bund, um den sich das Komitee organisierte. Seine frühe Gründung ist

<sup>419</sup> ÁBTL I.12.2. 18. Karton/4. Dossier I. (S. 1-222) und II. (S. 1-50), 20.-23. Oktober 1989

<sup>420</sup> ÁBTL I.12.2. 18. Karton/ 4.1. Dossier, S. 10

<sup>421</sup> Im Sinne der amtlichen Aufzeichnung zur Besprechung vom 17. Oktober 1989 durch die Abteilung für Öffentliche Sicherheit des BRFK zeichneten für die Veranstaltung auf dem Kossuth Platz Sándor Szilágyi und Tamás Deutsch verantwortlich. (ÁBTL I.12.2. 18. Karton/ 4.1. Dossier, S. 78)

vielleicht dem Umstand zu verdanken, dass man die Lenkung der Gedenkveranstaltungen nicht erneut dem TIB überlassen wollte. Der POFOSZ und das TIB (Történelmi Igazságtétel Bizottság - Komitee zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit) betrachteten sich als Konkurrenten, weshalb sich letzteres von dem Ereignis vollkommen fernhielt.

Seine erste Pressekonferenz zu Gründung und Zielen hielt das Komitee Dreiundzwanzigster Oktober am 13. September 1989 ab. In einer Pressemitteilung verurteilte das Komitee diejenigen Organisationen, die den „ersten freien 23. Oktober“<sup>422</sup> im Rahmen einer extra Feier begehen wollten. Auf einer Sitzung in György Krassós Wohnung<sup>423</sup> am 25. September 1989 beschäftigte man sich mit der Vorbereitung und den zu besprechenden Einzelheiten der Feier zum 23. Oktober.

„Tibor Zimányi<sup>424</sup> machte den Brief der MSZMP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) bekannt, in dem die bevollmächtigten Repräsentanten von TIB, POFOSZ und MDF für den 28. des laufenden Monats zu einer Besprechung gebeten werden. Den Anwesenden der Sitzung wird ein abgelichtetes Blatt aus einer Informationsschrift der Grundorganisation Nr. 17 der MSZMP ausgehändigt. Das Blatt enthält einen Entwurf zur Stellungnahme des ZK in Verbindung mit der nationalen Versöhnung. Das Komitee Dreiundzwanzigster Oktober beschloss auf seiner Sitzung, die Einladung der MSZMP in einem freundlichen Brief abzulehnen und nahm eine Stellungnahme zur Feier am 23. Oktober an. (...) Auf der Sitzung wurden die Einzelheiten der zentralen Feier besprochen, die Versammlungsorte und die Rednerliste festgelegt. Ab 14 Uhr: Technische Universität – Imre Mécs, Corvin Gasse – Gergely Pongráz; Bem Statue - Jenő Fónay, György Krassó; 15.30: Heldenplatz – Kranzniederlegung – Tibor Hornyák, Tibor Zimányi; 18 Uhr: Kossuth Platz – festliche Großkundgebung – Sándor Rácz, Gyula Obersovszky, Mária Wittner. Vor dem Parlament werden zirka 300.000 Menschen erwartet.

Auf der Sitzung des Komitees wurde den Anwesenden ein Entwurf zur Aufstellung der Nationalgarde vorgestellt.

Die Information wurde kontrolliert.

Maßnahme: Zur Ausarbeitung des Sicherheitsplans und zur Informationsarbeit wird der Entwurf genutzt.<sup>425</sup>

In der ungarischen Sendung der BBC vom 26. September wurde die Stellungnahme bekanntgemacht und über den Ablauf der für den 23. Oktober geplanten Festlichkeiten<sup>426</sup> berichtet. Doch Krassós Name findet sich noch nicht unter den Rednern. Freilich war die Aufzählung nicht vollständig. Krassós Freunde bei der BBC hätten seinen Namen wahrscheinlich nicht weggelassen.

<sup>422</sup> ÁBTL 2.7.1. NOIJ III/III-180-180/1. 14. September 1989

<sup>423</sup> In Budapest, Nádor utca 19

<sup>424</sup> Tibor Zimányi (1922 – 2007) trat zur Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten als Redner für die Überlebenden der Konzeptionsprozesse auf. Nach dem Karton Nr. 6 der Staatssicherheitsdienste wurde er unter dem Decknamen „Ruderer“ 1951 angeworben. In Recsk war er als politischer Gefangener inhaftiert. Nach der Revolution wurde er von der BM Politika Nyomozó Főosztálya II/4-d alosztálya (Unterabteilung II/4-d der Hauptabteilung für Politische Fahndung des Innenministeriums) beschäftigt.

<sup>425</sup> ÁBTL 2.7.1. NOIJ III/III-189-189/1 und BRFK -170-189/1 27. September. 1989

<sup>426</sup> Ungarische Sendung des BBC, 26. September 1989, Interviewpartner: Tamás Deutsch, Reporter: Zoltán Iván, 4'43'' (Heruntergeladen am 17. Juli 2017, <https://videotorium.hu/.../az-oktober-23-a-bizottsag-allasfoglalasa>)

Eher schon mochte davon die Rede gewesen sein, da Jenő Fónay, der Vorsitzende des POFOSZ, auch „den Kommunisten“ eine Einladung geschickt hatte, dass Krassó auf den Sitzungen des Komitees nur als Beobachter teilnahm, dass er sich noch nicht entschieden hatte, ob er eine Rede halten wollte. Das Komitee Dreiundzwanzigster Oktober verwarf den neuen von der MSZMP angekündigten Zeitpunkt der nationalen Versöhnung. Stattdessen initiierte das Komitee einen nationalen Feiertag, eine echte Demokratie. Hierin spiegelte sich also Krassós radikaler Standpunkt, nicht aber Jenő Fónays Annäherungsbestrebungen. *Die Stellungnahme zur Feier am 23. Oktober, „zur nationalen Versöhnung“*<sup>427</sup> betrachtete die Revolution und den Freiheitskampf von 1956 als herausragendes Ereignis in der ungarischen und europäischen Geschichte, wollte von der Möglichkeit einer würdigen Feier Gebrauch machen. In Verbindung mit den Gedenkveranstaltungen wird als erstes betont, dass die militärische Einmischung am 4. November 1956 und die darauf folgende Vergeltung verurteilt wird, als zweites, dass die Losung der „nationalen Versöhnung“ ihrer Meinung zufolge nur der schändlichen Rolle der MSZMP nach 1956, der Verschleierung des angestrebten Machterhalts diene, die „tatsächliche nationale Versöhnung bedeute den Verzicht auf politische und wirtschaftliche Privilegien seitens der gegenwärtigen Machtinhaber, die Schaffung einer echten Demokratie und verknüpfe sich nicht mit irgendeinem historischen Datum.“ Auf derselben Sitzung wurde dem Verteidigungsminister<sup>428</sup> im Hinblick auf die Rolle der Nationalgarde in der Revolution von 1956 deren Wiederaufstellung<sup>429</sup> vorgeschlagen. Auf die im Komitee herrschende revolutionär-nostalgische Stimmung wirft ein bezeichnendes Licht, dass sie in einer paramilitärischen Organisation, die das Vertrauen des Volks genießt, die Garantie für korrekte störungsfreie abzuhaltende Wahlen erblickten.

Über das Schicksal des Komitees Dreiundzwanzigster Oktober wurde am 22. Oktober ein öffentliches Forum abgehalten, auf dem sich Krassó für ein Fortbestehen des Komitees einsetzte: „Das Komitee hat die Proklamationsfeier der Republik am 23. Oktober als Manipulation eingestuft.“<sup>430</sup> Damit identifizierten sich mehrere Diskussionsredner. Das Fernsehprogramm Tagesausklang im TV2 plante, in seiner Sendung anderentags über das Ereignis zu berichten. Doch die gegenwärtige unvollständige Archivierung ermöglicht keine gesicherte Feststellung, ob die Fernsehsendung stattgefunden hat.

Unter den 56er Gedenkveranstaltungen 1989 verbinden sich drei mit György Krassó: am 22. Oktober in der Corvin Gasse eine Straßenveranstaltung der Partei Ungarischer Oktober, am 23. Oktober ein Sitzstreik vor dem Gebäude des Innenministeriums, und Krassó war einer der Redner

---

<sup>427</sup> ÁBTL 2.7.1. NOIJ III/III-189-186/1-a, 29. September 1989

<sup>428</sup> Ferenc Kárpáti (geb. Ferenc Kurely, 1926 – 2013) war zwischen dem 30. Dezember 1985 und dem 23. Mai 1990 Verteidigungsminister.

<sup>429</sup> ÁBTL NOIJ 2.7.1.III/III és BRFK-189-186/1-b, 27. September 1989

<sup>430</sup> ebd.



auf der Abschlusskundgebung.<sup>431</sup> Dem ersten Plan zufolge hätte Krassó noch am Bem Denkmal um 13 Uhr eine Rede gehalten, doch schließlich tat dies ein Redner vom Kossuth Platz. Nach der operativen Informationsmeldung vom 9. Oktober hatte die Abteilung III/III des Innenministeriums bereits Kenntnis davon, dass Krassó vor dem Parlament eine Rede halten soll, dass „Imre Mécs Krassós öffentliches Auftreten nicht für richtig hält, da er eine schnarrende Aussprache hat und seine Rede vermutlich 'aktualisieren wird'. Mécs will deshalb versuchen, Krassó über Jenő Fónay von seinem Auftritt abzuraten.“<sup>432</sup> Das Abraten erwies sich als erfolglos, denn Krassó erhielt auf der großen zentralen Feier das Wort. Krassós Partei organisierte mehrere Veranstaltungen. Doch diese extra Ereignisse fanden unabhängig von den zentralen Festlichkeiten statt.

Einen Tag früher, am 22. Oktober, kam es in der Corvin Gasse zu einer Veranstaltung der Partei Ungarischer Oktober.

„Im Namen der Partei Ungarischer Oktober meldeten György Krassó und József Bánlaci in der Abteilung Öffentliche Sicherheit des BRFK eine Gedenkveranstaltung für den 22. Oktober um 13 Uhr in der Kisfaludy utca des VIII. Budapester Bezirks an. Auf der Veranstaltung, zu der 200 Interessenten erwartet werden, sollen 'Reden, Gedichte und Lieder zur Revolution von 1956 gehalten beziehungsweise vorgetragen werden'. Polizeiliche Mitarbeit wird nicht beansprucht. 10 Ordner werden ihren Dienst versehen.

Maßnahmen: Meldung an das Gruppenkommando III/III des Innenministeriums;  
operative Beobachtung der Veranstaltung.

/BRFK/“<sup>433</sup>

Das Innenministerium verfügte schon vor den Meldungen an das BRFK über Informationen zur Gedenkveranstaltung in der Corvin Gasse.<sup>434</sup> Bei der Sicherung der Veranstaltung kamen die Bedingungen des Gesetzes III aus 1989 zur Geltung, doch kamen auch der Informant mit dem Decknamen „Práter“ sowie der IM-Kandidat mit dem Decknamen „Briefträger“ zum Einsatz<sup>435</sup> (von ihm ist lediglich bekannt, dass Polizeioberleutnant József Pusztai sein Führungsoffizier war) und fünf gesellschaftliche Kontakte<sup>436</sup>, um vor Ort Informationen zu sammeln. Die Partei Ungarischer Oktober zog mit einem Transparent und einer löchrigen Nationalfahne auf die Straße. Krassó trug um den Hals eine Spielzeugpistole und ein Megaphon. Die MOP gedachte laut Flugblatt<sup>437</sup> auf der Veranstaltung in der Corvin Gasse nicht der Revolution, sondern protestierte gegen das vom Parlament am 20. Oktober verabschiedete neue Wahlgesetz. Krassó und seine Partei reagierten auf die aktualpolitischen Probleme, die sie unabhängig vom Gedenken an die Revolution betrachteten.

<sup>431</sup> ÁBTL 1.12.2. 18. Karton/ 4. 2. Dossier, S. 14

<sup>432</sup> ÁBTL NOIJ 2.7.1. III/III-196-196/2, 09. Oktober 1989

<sup>433</sup> ÁBTL NOIJ 2.7.1. BRFK-205/3, 20. Oktober 1989

<sup>434</sup> ebd.

<sup>435</sup> Aufgrund des 6er Kartons war der Polizeimajor István Karai (BRFK III/III-D. Unterabteilung) András Bácskais Führungsoffizier

<sup>436</sup> ebd.

<sup>437</sup> ÁBTL 1.12.2. 18. Karton /4. 1. Dossier, S. 152

Die Bevölkerung zeigte an der Aktion und der Botschaft leider kein sonderliches Interesse. Die offizielle ungarische Presse berichtete nicht vom politischen Forum, das in der Corvin Gasse zwischen Polizeibarrikaden abgehalten wurde. Auch nicht von der symbolischen Um- oder Rückbenennung der Népköztársaság útja (Straße der Volksrepublik) in Magyar Ifjúság útja (Straße der Ungarischen Jugend), wie sie vorübergehend während der Revolution hieß. Später aber, unabhängig von dieser Aktion, erhielt sie ihren ursprünglichen Namen zurück: Andrássy út.

Den 14 Uhr 30 vor dem Gebäude A des Innenministeriums beginnenden Sitzstreik organisierte gleichfalls die Partei Ungarischer Oktober. „Der Samisdathersteller sollte vollkommene moralische und materielle Rehabilitierung erhalten“<sup>438</sup>. Der Singular ist so zu verstehen, dass vor allem der Redakteur und Verleger der Zeitschrift *Demokrata* (Demokrat) verteidigt werden sollte. Gefordert wurden die Zurückgabe der Druckmaschinen und der beschlagnahmten Samisdataausgaben<sup>439</sup>. Das Flugblatt *Gerechtigkeit für den Samisdat!*<sup>440</sup> erschien am 13. Oktober. Es beinhaltet eine Zusammenstellung der Hausdurchsuchungen und eine Zusammenfassung der Forderungen in sechs Punkten. Zur Sicherung des Protests war der gesellschaftliche Kontakt Zs. B. (Führungsoffizier: Polizeimajor László Fekete) abgestellt.

Die zentralen Veranstaltungen wurden alle vom Komitee Dreiundzwanzigster Oktober organisiert. Das Gedenken auf dem Kossuth Platz war das Schlussprogramm. Zwischen dem Drehbuch in den Akten des BRFK und den tatsächlichen Geschehnissen zeigten sich wenig Abweichungen. Die anderthalbstündige Großkundgebung wurde im Fernsehen TV1 direkt übertragen.<sup>441</sup> Der vor Ort anwesende Berichtersteller schätzte die Menge auf 100.000, während gemäß BRFK-Meldung vom 24. Oktober 80.000 Demonstranten anwesend waren<sup>442</sup>. Das Komitee Dreiundzwanzigster Oktober hatte mit 300.000 Teilnehmern gerechnet.<sup>443</sup> Über den Stufen des Parlaments war ein Transparent mit der Aufschrift „Freiheit“ „Unabhängigkeit!“ gespannt, davor ein Mikrofon. Aus Solidarität gegenüber den rumänischen Auslandsungarn erklangen die Szeklerhymne und der Kossuth-Marsch. Nach der Demonstration gegen das Dorfschleifen in Siebenbürgen am 26. Juni 1988 in Budapest brachte die Menge ihre Parteinahme für den Temesvárer Geistlichen, Oppositionellen und Verfolgten des Ceaușescu-Regimes László Tókés zum Ausdruck. Die Veranstaltung fand im Zeichen „Nie wieder Kommunismus!“ statt. Im Namen des Komitees Dreiundzwanzigster Oktober eröffnete Vilmos Bereczki offiziell die Veranstaltung. Er sagte, noch sei der 23. Oktober kein nationaler Feiertag, woraufhin die Demonstranten skandierten: „Das fordern wir!“ Danach wurde die Nationalhymne gesungen.

---

<sup>438</sup> ebd. S. 58 f.

<sup>439</sup> ebd. S. 126

<sup>440</sup> ebd. S. 155 f.

<sup>441</sup> Youtube.com [Naggyülés Kossuth tér 1989. október 23. este](#) 1:33:36 (Heruntergeladen im Juli 2017) (Balázs Zarándok hat mehrere Ereignisse von 1989 auf Youtube hochgeladen.)

<sup>442</sup> ÁBTL 1.12.2. 18. Karton/ 4. 1. Dossier, S. 70

<sup>443</sup> ÁBTL 2.7.1. NOIJ III/III-189-189/1 und BRFK -170-189/1, 27. September 1989

Im Fernsehen wurde György Krassó als erster Redner angekündigt. Der Berichtersteller korrigierte sich, vor 30 Minuten sei es noch so gewesen. Der erste Festtagsredner war Jenő Fónay. Das BRFK-Drehbuch nennt die Namen in der nachstehenden Reihenfolge: Jenő Fónay, Gyula Obersovszky, György Krassó, Mária Wittner und Sándor Rác. Vermutlich gab es keine Änderung, sondern nur ein Missverständnis.

„Sie fordern, der heutige Tag soll der Tag nationaler Versöhnung sein“, begann Fónay seine Rede und deutete mit dem Finger zum Parlament hinter ihm, „wir fordern, dass er ein Tag nationalen Gedenkens sein soll. Versöhnung ist nicht möglich, weil sie leider nicht erlauben zu vergessen.“<sup>444</sup> Die Menge nannte er einen wunderbaren Menschenstrom. Die Gegensätze zwischen den Sechsfünzigern und der Macht verschwie er nicht, betonte, „das Volk muss geeint werden“. Die Repräsentanten der Macht und der Revolution beurteilten Imre Nagy sehr verschieden. „Imre Nagy schloss sich mit seiner Regierung dem revolutionären Verlangen des ungarischen Volks an. Dies ist meine Wahrheit, die den 23. Oktober 1956 zu einem ungarischen Nationalfeiertag macht.“<sup>445</sup>

Krassó vertrat seit der Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten den gleichen Standpunkt. Gyula Obersovszky wünschte Gorbatschow viel Erfolg, denn „unsere Freiheit ist eine Illusion, wenn Moskau nicht frei ist“, und er begrüßte die amerikanische Hilfe. Als Nächster folgte Krassó. Er wurde deutlich: „1956 hat eine unmenschliche Ideologie unter sich begraben. Für sie gibt es keinen Platz auf der Welt!“ Auf seine Forderung „Russki go home!“ reagierte die Menge mit wiederholtem Rufen: „Russki go home!“ Er würdigte die „Pester Burschen“, die unbewaffnet, jedoch klug Widerstand leisteten. Zwei Botschaften hatte er. Einerseits: „Die Zukunft habt Ihr nicht von der Hilfe aus dem Osten oder dem Westen zu erwarten, sondern sie ist in Euch begründet, in den ungarischen Wurzeln!“ Andererseits: „Sollte die heute proklamierte Republik tatsächlich wahr sein, dann ist es unsere Aufgabe, sie mit Inhalt zu füllen.“ Ihm zollte die Menge die größte Anerkennung. Mária Wittner schlug einen sehr persönlichen Ton an und wusste einen großen Teil ihres Textes offensichtlich auswendig. Als letzter Redner trat Sándor Rác auf und redete frei. Auch nach dreiunddreißig Jahren legte er ein Bekenntnis für das ungarische Volk ab. Er verlieh seinem Wunsch Ausdruck, dass das Land einen Staatspräsidenten erhalten sollte. Krassós Partei setzte sich für eine Kandidatur von Rác ein.

Die Reden wurden von verschiedenen Erinnerungstexten an 1956 unterbrochen, vorgetragen von Schauspielern. Die Gedenkveranstaltung wurde mit dem Singen von Mihály Vörösmartys Szózat (Mahnruf) beendet.

György Krassó hatte als dritter Redner das Wort erhalten. Er wurde wie folgt vorgestellt:

---

<sup>444</sup> Youtube.com [Naggyülés Kossuth tér 1989.október 23. este](#) (Großkundgebung am Abend des 23. Oktober auf dem Kossuth Platz)

<sup>445</sup> ebd.

„György Krassó ist Volkswirt. 1955 wurde er von der Universität für Volkswirtschaft exmatrikuliert. Am 23. Oktober kämpfte er mit der Waffe in der Hand vor dem Rundfunkgebäude. Am 25. Oktober wurde er vom ÁVH (Staatssicherheitsdienst) verhaftet, am 30. entlassen. Nach dem 4. November gab er ein illegales Blatt heraus. Am 25. November erneute Verhaftung. Er wurde zu zehn Jahre verurteilt, 1963 entlassen. Von Anfang an beteiligte er sich an der Arbeit der demokratischen Opposition. Ab 1981 organisierte er illegale Gedenkveranstaltungen an den Jahrestagen der Revolution und Hinrichtungen. Unter dem Namen Ungarischer Oktober gründete er einen unabhängigen Verlag, den er später auch in London betrieb.“<sup>446</sup>

Krassó saß fünf Monate im Kleinen Gefängnis unter den „zum Tode Verurteilten“. Am 23. Oktober vor dem Parlament fand er symbolisch erneut seinen Platz unter ihnen, denn die anderen vier Redner hatten einst alle ein Todesurteil erhalten, waren aber vor der Hinrichtung begnadigt worden. In schwarzem Anzug, schwarz-weiß gestreiftem Hemd ohne Krawatte und mit einer Lesebrille ausgestattet trat er ans Mikrofon.

Imre Nagys einstige Rede imitierend begann er seine Rede mit „Genossen“. Die Menge reagierte mit einem Pfeifkonzert, das er lächelnd über sich ergehen ließ. Der abgelesene Text war teilweise schwer verständlich. „György Krassó sprach zur Menge“, sagte der Reporter, was darauf hindeutete, dass ersterer weniger bekannt war als die anderen Redner, bei denen er es nicht für notwendig erachtete, die Namen zu wiederholen. Die Rede wurde mehrfach von spontanem Applaus unterbrochen. Doch es zeugte auch von Krassós Professionalität, dass eingelegte Pausen den Applaus provozierten. Um die schnarrende Redeweise auszugleichen, artikulierte er gut, sprach entgegen seiner Gewohnheit langsamer. Die Fernsehkamera fing interessierte und gelangweilte Gesichter ein. Einmal zeigte sie sogar einen Gähnenden in Großaufnahme, was sich auf die Beurteilung von Krassós Rede nachteilig auswirkte. In den Acht-Uhr-Nachrichten wurde Krassó zwar erwähnt, im Gegensatz zu Mária Wittner, doch weder ein Bild wurde gezeigt, noch ein Zitat hervorgehoben. „György Krassó baute in seine Rede die gleichen rhetorischen Wendungen ein wie auch so viele andere Redner an diesem Tag.“ Einzig dieser Satz verlautete in Verbindung mit ihm.

Die *Gedenkrede vor dem Parlament*<sup>447</sup> kann als Krassós politisches Credo betrachtet werden. Imre Nagy nannte er einen „gutwilligen Politikveteran“, der „glaubte und hoffte, der Kommunismus könne mit dem Ungartum in Einklang gebracht werden.“ Diese Formulierung illustriert gut Imre Nagys Ambivalenz zwischen dem Menschen und seiner kommunistischen Überzeugung. Die Unvereinbarkeit von beidem war nicht nur eine persönliche Tragödie, sondern auch die Tragödie der Revolution von 1956. Und die Wiederbelebung der Revolution im Jahr 1989 war vom gleichen Problem durchzogen. Auch in der Zeit seiner ersten Ministerpräsidentschaft (1953 – 1955) vertrat

---

<sup>446</sup> ebd.

<sup>447</sup> György Krassó (1989): *Emlékezés az Országháza előtt (Gedenkrede vor dem Parlament)*, in: Hafner, Mónika/Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991], S. 315-318

Imre Nagy innerhalb der mit supranationalem Anspruch auftretenden kommunistischen Ideologie die nationale Linie. Während seiner zweiten Ministerpräsidentenschaft in den Tagen der Revolution (1956) blieb er sich selbst treu und war bemüht, die Forderungen der Aufständischen zu erfüllen; die Interessen des ungarischen Volks hielt er für vorrangig. Mit dieser Ausrichtung gewann er die Massen. Bei so jungen Revolutionären, wie Krassó einer war, verursachte er keine Enttäuschung. Bis zur Ablehnung der kommunistischen Ideologie insgesamt aber ging er nicht. Er lehnte lediglich deren diktatorische Form ab. Dabei war und ist der Kommunismus überall diktatorisch. Während 1956 sein Eintreten für das ungarische Volk einigen Regierungsmitgliedern nicht gefiel, zumal es zu einem blutigen Ende geführt hatte, gab bei der Neubewertung der Ereignisse von 1989 die nicht geleugnete kommunistische Überzeugung der Regierenden Grund zu jener Deutung, mit der sich nicht jeder identifizieren konnte, insbesondere Krassó nicht. Imre Nagy hatte den Kommunismus nur insofern abgelehnt, als er selbst um den Preis, damit sein Leben zu verwirken, nicht zur Selbstkritik bereit war. Denn seine Selbstkritik wäre gleichbedeutend damit gewesen, dass er der Revolution, an deren Spitze er sich gestellt hatte, abgeschworen hätte. So also starb er als Reformkommunist. Dies nutzten die alten und neuen Reformkommunisten 1989 für ihre eigenen Zwecke. Doch die Revolution von 1956 hatte viele Gesichter. Imre Nagy war nur eines davon. Krassó war ein Revolutionär, der sich schon vor der Revolution vom Kommunismus abgewandt hatte. Er glaubte nicht an dessen Reformierbarkeit. Es war kein Zufall, dass er sich von Anfang an den Aktivitäten der demokratischen Opposition anschloss, um sie von der Unreformierbarkeit des Kommunismus zu überzeugen. In Verbindung mit der Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten im Jahr 1989 war er nicht damit einverstanden, dass die reformkommunistische Linie die Revolution für sich vereinnahmte. In seiner Rede forderte er die Revolution für das gesamte ungarische Volk ein.

Krassós Rede am 23. Oktober 1989 auf dem Kossuth Platz war der Höhepunkt seiner politischen Laufbahn. Dies nicht nur deshalb, weil er sie vor einer hunderttausendköpfigen Menge und einer mehrfachen Anzahl durch die Fernsehübertragung gehalten hatte und so das Medium der zweiten Öffentlichkeit quantitativ weit hinter sich gelassen hatte, sondern auch deshalb, weil sich die Leitlinie seines Lebenswegs, die Anerkennung der 56er Revolution, zumindest für einige erhebende Stunden erfüllt hatte. Auch barg seine möglich gewordene Kritik an der Staatspartei eine Art Genutung, in aller Öffentlichkeit die Wahrheit verkündet zu haben. Die Repräsentanten der Macht bezeichnete er als kleinkarierte, lavierende Politiker und Bürokraten, das Parlament als illegitim. Darüber hinaus, dass er in eigenem Namen sprach, nahm er den radikalen Flügel der demokratischen Oppositionsbewegung in Schutz.

In seiner Gedenkrede begrüßte er die Auferstehung der „Revolution und des Freiheitskampfes“ von 1956 und gedachte „der Tausenden von Ermordeten und Aufgehängten, der

Zehntausenden von Inhaftierten und der Hunderttausenden aus ihrer Heimat Vertriebenen.“ Auf den Grundlagen von 1956 basierend konstruiert er eine ungarische nationale Identität. Das ungarische Volk hat 1956 „in den sentimental reinen, redlichen, kühnen und siegreichen“ Tagen, einzigartig für das 20. Jahrhundert, nein gesagt „zur Willkür, Rechtsbeugung und russischen Besatzung.“ Die „außergewöhnliche, entschieden nationale Einheit und der nationale Zusammenschluss sind gegen die Tyrannei und fremde Besatzung, für die Freiheit und die Unabhängigkeit, für eine bessere Zukunft des Landes“ zustande gekommen. Doch sie wurden mit Füßen getreten, Repressionen ausgesetzt, die Revolution wurde zur Konterrevolution erklärt, diejenigen, die der Revolution gedenken wollten, wurden zum Schweigen gebracht. „Sie sagten, das Geschehene sei anders geschehen. Sie sagten, wir erinnern uns ja gar nicht. Sie sagten, wir haben sie vergessen. Sie sagten, wir haben ihr abgeschworen. Sie sagten, wir waren das ja gar nicht.“ 1956 hat sich das Ungartum „nicht um die Geschäfte der Groß- und Kleinmächte gekümmert, hat sein Schicksal in die eigene Hand genommen“ und mit seinen Taten „der ganzen Welt den Glauben an den mit Sinn und freiem Willen ausgestatteten Menschen zurückgegeben“, den „in Mißkredit“ geratenen Glauben an die Ideale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und zeigte „den kollektiven Willen, die Sehnsucht und das Streben aller unterdrückten und in den Staub gestampften Völker Mittelosteuropas.“ 1956 habe sich das Ungartum in der Region und international gleichermaßen als vorbildliche Nation verhalten. Deshalb nannte er den 23. Oktober als ein Fest der Volkssouveränität.

Zusammen mit seinen Mitstreitern trat György Krassó als Vertreter einer nationalen Identität auf, die sich aus der 56er Identität herausgebildet hatte, die von der kommunistischen Herrschaft vernichtet werden sollte. Die 56er Vergangenheit schweißte Krassó mit der 1989er Gegenwart zusammen. Er lebte derart in der 56er Realität, dass für ihn fast nur die Jahrestage zählten, an denen man insgeheim zusammenkommen konnte. Im Herbst 1989 stand die Nation „vor einer Schicksalwende“. Man wollte einen Systemwechsel, man wollte Freiheit. Die „neue Landnahme“ könne nur auf den Revolutionsideen von 1956 basieren. Deshalb müsse man sich an 1956 erinnern, deshalb müsse man sich vor den Vertretern des neuen ungarischen Oktober verneigen. Ihre politischen Erwartungen und das Aufzeigen des aktuellen Irrwegs hätten 1956 aktualisiert. Das Motiv von Versöhnung und Nicht-Versöhnung beherrschte die Rede. Der Protest der am 23. Oktober 1956 auf dem Kossuth Platz zusammengekommenen Menge gegen die Anrede als Genossen artikulierte die Konfrontation mit dem Regime. Die seitens der Machthaber vorgegebenen Zeitpunkte für eine Versöhnung in Verbindung mit der Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten sowie in Verbindung mit dem 23. Oktober 1989 wurden von Krassó und der auf dem Kossuth Platz versammelten Menge abgelehnt.

„Heute sagen sie uns wieder, wir sollen Geduld haben, (...) sie werden an unserer Stelle und ohne uns schon alles richten, (...) wir sollen der von rot zu rot-weiß-grün übertünchten Macht und deren Abmachungen vertrauen.“<sup>448</sup>

Er setzte die „zu bewaffneter Gewalt greifende“ 56er Führung und „die sich an ihre Macht klammernden Karrieristen“ gleich in dem Sinne, dass sie Gefangene ihrer kommunistischen Ideologie seien. Sie seien Henker, Besatzer und Wendehälse. Mit diesen Ausdrücken bedachte er die Repräsentanten der politischen Macht. Er verkündete die von unten kommende „zwischenmenschliche“ Versöhnung als einen möglichen Weg. Eine Lösung erblickte er in der Einheit der Nation, der schicksalsbestimmenden Kraft des Volks, und in der ungarischen Jugend.

Was ist in seiner Rede aus anderem 56er Mund noch nicht gesagt worden? Krassó befasste sich mit der Gegenwart, den innenpolitischen Misständen und nicht mit den Verletzungen der 56er. Eindeutig lehnte er die „Machtkompromisse“ ab, womit er auf die Verhandlungen der Opposition am Runden Tisch und das „arglistige, abgekartete Wahlgesetz“ hinwies. Gleichzeitig machte er auf die am Rand des Staatsbankrotts befindliche Lage des Landes und die immer größer werdende Verarmung aufmerksam. Diese Botschaften fügten sich nahtlos in die Lobpreisung der Ereignisse und Helden der Revolution und des Freiheitskampfes von 1956 ein, weshalb die Rede insgesamt keinen radikalen Eindruck hinterließ. Er schloss seine Ausführungen mit einem Gebet, das er nicht von Anfang bis Ende hersagte, sondern lediglich in kurzen Auszügen. Für den ungarischen Wandel bat er um die Hilfe der anderen Länder und des Allmächtigen. Die zeitliche und räumliche Botschaft des Textes wurde von der Thematik des Tages sowie der Revolution und des Freiheitskampfes von 1956 diktiert.

Alle Redner setzten eine zu schaffende Einheit als Ziel. Die Kundgebungsteilnehmer sympathisierten und identifizierten sich mit der von den 56ern vertretenen gesellschaftlichen Gerechtigkeit. Allerdings gab es auch einen anderen Teil der ungarischen Bevölkerung, der diese Anschauung nicht teilte. Gemäß der Meldung des BRFK<sup>449</sup> fand das Gedenken durchgängig im Zeichen der Versöhnung statt. Allzu feindselige Äußerungen habe es in der Menge nicht gegeben. Kommunistenfeindliche Äußerungen, wie „Russki go home!“, seien nur in kleineren Gruppen und nur für kurze Zeit zu beobachten gewesen. Nur ein einziges Transparent mit der Aufschrift „Nie mehr Kommunismus!“ habe es gegeben. Neunzehn Informanten erhielten den Auftrag, die Geschehnisse auf der Großkundgebung aufmerksam zu beobachten.<sup>450</sup> Dennoch war seitens der ungarischen Führung eine gewisse Kraftlosigkeit zu spüren. Gegenüber dem Bedürfnis, die Vergangenheit gesellschaftlich aufzuarbeiten, zeigte sie sich tolerant. Die 56er Organisationen und

---

<sup>448</sup> ebd., S. 317

<sup>449</sup> ÁBTL 1.12.2. 18. Karton/ 4.1. Dossier, S. 70

<sup>450</sup> ÁBTL 1.12.2. 18. Karton/ 4.2. Dossier, S. 24

die oppositionellen Parteien leisteten Gewaltiges, während sie die zeitweilig von Pressezensur begleitete Selbstorganisation<sup>451</sup> bewältigten, der die Gedenkveranstaltungen zu verdanken ist.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass György Krassó mit seiner Rede auf dem Kossuth Platz am 23. Oktober 1989 den Gipfel seiner politischen Laufbahn erreicht hat. Auch sein Bekanntheitsgrad stieg dank der anwesenden hunderttausendköpfigen Menge und der Fernsehübertragung erheblich. Er war einer der Organisatoren der oppositionellen Gedenkserie vom 23. Oktober 1989. Deshalb erhielt er auch an herausragender Stelle eine Redemöglichkeit. In seiner Rede versuchte er, eine nationale auf 56er Grundlagen bauende Identität zu konstruieren. Zugleich lehnte er den Machtausgleich von 1989 ab und schlug eine von unten kommende Alternative vor.

---

<sup>451</sup> András Bozóki: *Statárium és happening* (Statarium und Happening). *Krassó Györggyel beszélget Bozóki András* András Bozóki im Gespräch mit György Krassó) (1990), in: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (o. J. [1991]), S. 375



## 7. György Krassó 1989 zu den Zwischenwahlen für das Parlament

Péter Várkonyi<sup>452</sup> hatte im Sommer 1989 auf sein Mandat verzichtet, weil der ehemalige Außenminister als Botschafter für Washington berufen worden war. Am 9. Dezember 1989 wurden im 14. Wahlbezirk des V. Budapester Stadtbezirks Nachwahlen für das Parlament abgehalten. Bei den Wahlen trat auch György Krassó als unabhängiger Kandidat an. Als unabhängiger Kandidat deshalb, weil die Partei Ungarischer Oktober vom Gericht noch nicht als Partei eingetragen war. Die Wahl wurde für ungültig erklärt. Beim zweiten Wahlgang trat Krassó schon nicht mehr an. Am 13. Januar 1990 gewann der SZDSZ-Politiker Gáspár Miklós Tamás<sup>453</sup> und wurde so bis zum Ende des Wahlzyklus für die restlichen acht Wochen der Sitzungsperiode Parlamentsabgeordneter des Wahlkreises. Die Zwischenwahlen fanden bereits unter Anwendung des während der Systemwende verabschiedeten Wahlgesetzes statt.

### 7.1. Versuch einer Kandidatenaufstellung der Opposition zu den Wahlen von 1985

Das III. Gesetz von 1983 zu den Wahlen der Parlamentsabgeordneten und Ratsmitglieder war im Zeichen des Verordnungsreformismus verabschiedet worden. Es gab zwei wichtige Erneuerungen. Es wurde das gemischte, das individuelle und Listenwahlsystem eingeführt. Die Aufstellung von zwei oder mehr Kandidaten war bindend. Letzteres tat den Vorstellungen der Nationalen Front Genüge. Zwecks Kandidatenaufstellung mussten in jedem Wahlbezirk zwei Nominierungsversammlungen abgehalten und zwei Drittel der abgegebenen Stimmen gewonnen werden. Im Parteistaat kam dem keine allzu große Bedeutung zu, denn zu den Nominierungsversammlungen wurden zuverlässige Parteikader aufgeboten.

György Krassó hatte es schon früher einmal, nämlich 1980, mit einer spontanen Kandidatur versucht.

„Eine spontane Kandidatur, dass die Teilnehmer einer Nominierungsversammlung einen Kandidaten vorschlagen konnten, schlossen auch die früheren Vorschriften nicht aus. (Entsprechende Versuche gab es. Einen davon organisierte György Krassó zu den Wahlen von 1980.) Doch zu massenhaften spontanen

---

<sup>452</sup> Dr. Péter Várkonyi (1931 – 2008), Politiker der MSZMP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei). Unter dem Decknamen war er Offizier des Geheimdienstes. Zwischen 8. Juli 1983 und 10. Mai 1989 war er Außenminister. Ab 8. Juni 1985 war er Parlamentsabgeordneter. Am 26. September 1989 verzichtete er auf sein Mandat, weil er als ungarischer Botschafter nach Washington ging. Am 26. Mai 1989 wurde er akkreditiert. Das Amt als Botschafter in Washington hatte er zwischen 24. Oktober 1989 und 13. Juni 1990 inne. Sein Vorgänger Dr. Vencel Házi (1925 – 2007), der am 2. August 1983 akkreditiert wurde, war zwischen 13. Oktober 1983 und 24. Mai 1989 im Amt. Quelle: Magdolna Baráth-Lajos Gercsényi: *Főkonzulok, követek és nagykövetek, 1945 – 1990*, MTA Bölcsészstudományi Kutatóközpont, Történettudományi Intézet, Budapest, 2015, S. 289

<sup>453</sup> Gáspár Miklós Tamás (1948 –) Philosoph, Politiker.

Kandidaturen kam es erstmals 1985 (...).<sup>454</sup>

Die Anwendung des III. Gesetzes von 1983 gelangte erstmals am 8. Juni 1985 bei den Parlaments- und Kommunalwahlen zur Anwendung. Von der Möglichkeit des Gesetzes zur Kandidatenaufstellung machte auch die demokratische Opposition Gebrauch. Die demokratische Opposition Ungarns organisierte zur Unterstützung ihrer Kandidaten László Rajk d.J.<sup>455</sup> und Gáspár Miklós Tamás eine konzertierte Kampagne. Das war eine Neuerung. Gáspár Miklós Tamás war im genannten Wahlbezirk der Kandidat der Opposition. Der von der MSZMP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) unterstützte Kandidat, der auch den Posten des Außenministers bekleidete, war Péter Várkonyi. Die in großer Zahl zur Nominierungsversammlung befohlenen Parteimitglieder erhielten die Anweisung, für Várkonyi zu stimmen, damit die Oppositionskandidaten es erst gar nicht bis zur Nominierung schaffen sollten. Denn zur Erringung eines Mandats hatte der oppositionelle Kandidat keine Chance. Der unabhängige Kandidat Péter Balázs, der Kandidat der Einwohner des V. Bezirks, war nicht bereit zurückzutreten. Wegen seiner Halsstarrigkeit wurde er auch kein Ersatzkandidat. Hätte sich wegen der oppositionellen Kandidatennominierung kein Gegensatz zwischen den zwei Parteikandidaten herausgebildet, wäre es auch zu keinen Zwischenwahlen gekommen. Dann hätte der Ersatzabgeordnete das Mandat erhalten.

In der Nummer 13/14 der Samisdatzeitschrift *Beszélő* erschien unter dem Titel *Kér még a nép? A választási reformtól a szavazásig (Möchte das Volk noch? Von der Wahlreform bis zur Abstimmung)* erschien eine Analyse der Wahlen von 1985. Die Redakteure des *Beszélő* hatten zwar für ihr Blatt eine Genehmigung beantragt, legal auf dem Zeitungsmarkt tätig sein zu dürfen, doch nach deren Ablehnung waren sie gezwungen, die Zeitschrift auch weiterhin illegal zu betreiben.<sup>456</sup> Damit könnte zusammenhängen, dass Ferenc Kőszeg, der Autor des Artikels, nicht genannt wird. In der Schrift wird vermutet, dass die Informationen zum Start der oppositionellen Kandidaten vom Innenministerium zurückgehalten worden seien.

„Die Polizei wurde am Morgen der Nominierungsversammlungen über die zu erwartenden Ereignisse informiert: „Die zwei Plakate zur geplanten Kandidatur der zwei 'Oppositionellen' wurden im Laufe des Vormittags von den Anschlagbrettern der philosophischen und der juristischen Fakultät mehrmals entfernt. Die Vermutung, dass das Innenministerium seine Informationen vor den zivilen Organisatoren geheimhielt, ist nicht grundlos. Es war offensichtlich, dass der Schreck der überraschten Parteikommissionen die Rolle der

---

<sup>454</sup> Gyula Kozák: *Negatív üdvtörténet?* (Negative Heilsbotschaft). In: *Beszélő* 1994. Nummer 41, [Negatív üdvtörténet?](http://beszelo.c3.hu/cikkek/negativ-udvtortenet) | [Beszélő beszelo.c3.hu/cikkek/negativ-udvtortenet](http://beszelo.c3.hu/cikkek/negativ-udvtortenet)

<sup>455</sup> László Rajk d.J. (1949 –), Architekt, Bühnenbildner, Mitglied der demokratischen Opposition, 1990-1996 Parlamentsabgeordneter für den SZDSZ.

<sup>456</sup> Ferenc Kőszegs mündliche Mitteilung

Polizei verstärken würde und als Argument gegen die 'Demokratisierung' dienen könnte.“<sup>457</sup>

Die lokalen Parteikommissionen wandten in dieser unerwarteten Situation das Instrument der „Manipulationen, des Betrugs und der Gewaltanwendungen“ an, wodurch sie der Aufstellung der eigenen Kandidaten und deren Weg ins Parlament ebneten.

„Nachdem die lokalen Parteikommissionen aus der verwirrenden Überraschung zu sich gekommen waren, erkannten sie, welch bequemes Instrument ihnen das Wahlgesetz in die Hand gibt, um die unabhängigen und im Allgemeinen alle von den Einwohnern nominierten Kandidaten auszuschalten. Am 22. April, als an diesem Tag abends halb sechs die zweite Nominierungsversammlung von László Rajk und Gáspár Miklós Tamás stattfand, erhielten die Parteiorganisationen aller bedeutenderen Arbeitsplätze vormittags die Anweisung, wieviele Personen sie zu der am frühen Abend stattfindenden Versammlung abzustellen hatten. Sie erhielten die Anweisung, zwischen 15 und 17 Uhr ihren Platz einzunehmen. Die pünktlich zum anberaumten Termin Ankommenden mussten bereits stehen. Den Zu-spät-Gekommenen rieten die Organisatoren vom Betreten der Veranstaltung ab. Zwischen den Stuhlreihen standen, die Arme verschränkt, die bravsten Bietrinker der Body-Building-Bewegung. Sie trugen Zivil. Polizeiautos und uniformierte Polizisten standen um das Gebäude herum. (...) Da die Abwicklung der Versammlungen durch keinerlei Verordnungen geregelt wurde, führte der Vorsitzende, ein Beauftragter der Nationalen Front, die Diskussion mit der Strenge eines Erziehers einer Erziehungsanstalt. (...) Bei der Empfehlung der unabhängigen Kandidaten rannten die Saalhüter durch die Bankreihen und machten die Führer der organisierten Gruppen darauf aufmerksam, gegen wen sie zu stimmen hatten. Bei einigen Nominierungsversammlungen, insbesondere in den Universitätsbezirken, reichte selbst das nicht. Die Studenten der Eötvös Loránd Universität und der Technischen Universität, die nicht durch Parteianweisung, sondern durch einige (...) hundert Flugblätter mobilisiert worden waren, garantierten den unabhängigen Kandidaten mehrere hundert Stimmen. Bei solchen Gelegenheiten griffen die Organisatoren einfach zum Betrug: Die Gesamtzahl der Anwesenden wurde zu hoch angegeben, die Stimmen für die unabhängigen Kandidaten zu niedrig.“<sup>458</sup>

Die Geschichte, wie sich die Zwischenwahlen aus dem Blickwinkel der damaligen Machthaber darstellen, ist aus einem Leserbrief in der *Népszabadság* nachzuvollziehen.

„Auch auf der im Saal des Obersten Gerichts abgehaltenen Nominierungsversammlung (wo ich zugegen war) wurde er [Gáspár Miklós Tamás] unter dem Lärmen von fünfundzwanzig bis dreißig anwesenden Studenten von einem bärtigen Mann vorgeschlagen. Wir baten darum, er solle sich vorstellen, sein Programm bekanntmachen. Seine Vorstellung gelang nicht allzu gut. So erhielt er außer von einigen Studenten (die noch dazu nicht im Wahlkreis wohnten) keine Stimmen und gelangte auch nicht auf die Liste...“<sup>459</sup>

<sup>457</sup> Ferenc Kőszeg (1985): *Kér még a nép? A választási reformtól a szavazásig* (Möchte das Volk noch? Von der Wahlreform bis zur Abstimmung), Beszélő, Nr. 13-14, in: *Beszélő összkiadás* (Gesamtausgabe) (1992), Band II, S. 186

<sup>458</sup> ebd., Band II, S. 186

<sup>459</sup> *Gedanken aus der Schublade* (Lajos Meráns Leserbrief), *Népszabadság*, 11. Januar 1990, S. 4 (Lajos Merán (1916 – 1996), Opernsänger, nahm als Freiwilliger am spanischen Bürgerkrieg teil. Seine Frau arbeitete bei der *Budapester Rundschau*.)

Obwohl auch die Kandidatur unabhängiger Kandidaten durch Interessengegensätze innerhalb der Parteiführung verhindert wurde, waren dennoch Erfolge zu verzeichnen. Zwar gab es keine Oppositionellen, doch manch einer der Kandidaten war um Selbständigkeit bemüht. Unter den 873 Kandidaten der endgültigen Wahlliste befanden sich 78 unabhängige Kandidaten, das heißt 9 Prozent. Allerdings waren davon ein großer Teil getarnte offizielle Kandidaten. Dennoch erhielt das Parlament 244 neue Kandidaten. László Gyurkós Kandidatur wurde von György Aczél persönlich unterstützt. Erfolglos.

„Die Wahlrechtsreform als Reform endete mit einem Misserfolg. Doch im Verlauf des Wahlverfahrens konnten wir Zeugen einer gesellschaftlichen Bewegung sein, wie es sie in Ungarn seit Jahrzehnten nicht gegeben hat. Die Teilnahme unabhängiger Kandidaten (...) ist für das ganze Land und die in öffentlichen Angelegenheiten engagierte Intelligenz wichtig.“<sup>460</sup>

Das Auftreten der demokratischen Opposition hat einerseits gezeigt, dass sie zwischen offiziellem und nicht offiziellem politischem Forum keinen Unterschied anerkennt, andererseits die Tatsache, wie unerfahren sie im alltäglichen gesellschaftlichen Diskurs ist.

## 7.2. Die Zwischenwahlen von 1989 in der Budapester Innenstadt im Spiegel von Zeitungsartikeln

Ab 22. Juli 1989 war Gábor Rozsík<sup>461</sup> Parlamentsabgeordneter für das Ungarische Demokratische Forum (MDF). Er hatte in Gödöllő beziehungsweise dem 4. Pester Wahlbezirk die Zwischenwahlen gewonnen. Ab Oktober 1989 war Éva Balla<sup>462</sup> Parlamentsabgeordnete für den Bund Freier Demokraten (SZDSZ). Sie hatte gegen das Staudammprojekt von Gabčíkovo–Nagyymaros gestimmt. Ihrer Abberufung war sie am 14. Oktober 1989 durch ihren Eintritt in den SZDSZ zuvorgekommen. Gáspár Miklós Tamás war der zweite SZDSZ-Abgeordnete im Parlament, Rózsa Edit Bödő<sup>463</sup> die dritte Abgeordnete. Sie hatte sich dem SZDSZ im Februar 1990 angeschlossen.

Die Zeitung *Népszabadság* befasste sich in ihrer Nummer vom 1. Dezember 1989 eingehend mit dem vakant gewordenen Abgeordnetensitz, der durch den Verzicht von Péter Várkonyi

<sup>460</sup> *Köszeg, Ferenc (1985)*, Band II, S. 190 f.

<sup>461</sup> Gábor Rozsík (1954 –) Politiker, Geistlicher <http://www.roszik.tessediksamuel.hu/index.php/oeneletrajz>

<sup>462</sup> Éva Balla (1959–), Ärztin, Politikerin, war zwischen 1985 und 1990 Parlamentsabgeordnete. Im folgenden Wahlzyklus wurde sie nicht wiedergewählt.

<sup>463</sup> Edit Rózsa Bödő (1961 –), Politikerin, in den Parlamentszyklen 1985-1990, 1990-1994, 1994-1998 trat sie als Parlamentsabgeordnete immer im 3. Wahlbezirk von Szeged an. 1985 gelangte sie als unabhängige Kandidatin ins Parlament. Dann trat sie in die MSZMP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) ein. Doch nach ihrer Abstimmung gegen den Staudamm von Gabčíkovo–Nagyymaros erklärte sie ihren Parteiaustritt. 1990 schloß sie sich der SZDSZ-Fraktion an. In den folgenden Zyklen kam sie über die SZDSZ-Landesliste und später über die territoriale SZDSZ-Liste des Komitats Csongrád ins Parlament. 1998 wollte sie als unabhängige Abgeordnete starten. Dann trat sie zurück und startete über die territoriale SZDSZ-Liste, verpasste jedoch den Einzug ins Parlament.

entstanden war, und den schließlich für den 9. Dezember anberaumten Zwischenwahlen. Wir können wissen, dass es lange Zeit unsicher war, ob die Wahlen überhaupt ausgeschrieben werden. Auch davon ist die Rede, dass Péter Várkonyi 1985 wegen eines oppositionellen Kandidaten, nämlich Gáspár Miklós Tamás, nur unter ziemlich misslichen Umständen antreten konnte. 1989 wollten schon fünf Kandidaten das Mandat erringen. Die Zeitung veröffentlichte mit allen von ihnen Interviews.

Péter Balázs, der im Bezirk als Ratsmitglied arbeitende Ingenieur und Bankier, ließ sich als unabhängiger Kandidat nominieren. Zu den Wahlen von 1985 war er der unabhängige Kandidat. Doch nicht der „Kandidat der Bevölkerung“ wurde „designiert“. Seine Kampagne bestritt er damit, dass er sich in wirtschaftlichen Fragen auskenne und deshalb mitreden könne. Der Spitzensportler Dr. Béla Szalma, Mitglied der ungarischen Volleyballauswahl, war der Kandidat der Nationalen Front und im Bezirk gleichfalls Ratsmitglied. Dr. Rezső Szij, reformierter Geistlicher und Kunsthistoriker, stand für die Magyar Néppárt (Ungarische Volkspartei) und genöß auch die Unterstützung der Kereszténydemokrata Néppárt (Christdemokratische Volkspartei). Er war 1957 mehr als sieben Monate interniert.

Der Philosoph Gáspár Miklós Tamás konnte sich auf die Unterstützung mehrerer oppositioneller Parteien verlassen. In jener Zeit war er an der Juristischen Fakultät der Eötvös Loránd Universität Dozent und zugleich Geschäftsführer des Bunds der Freien Demokraten. Außer von seiner eigenen Partei wurde er vom FIDESZ (Bund der Jungen Demokraten), der Kisgazdapárt (Partei der Kleinen Landwirte) und auch der Sozialdemokratischen Partei unterstützt. Wegen der ideologischen Differenzen zwischen SZDSZ und MDF wurde er vom MDF nicht unterstützt. Aber die MDF-Führer auf Bezirksebene erhoben keinen Einwand gegen ihn und stellten auch keinen Gegenkandidaten auf.

Dr. György Krassó, Kandidat der Partei Ungarischer Oktober, wurde im Artikel *Három hónap alatt is sok történhet* (Auch in drei Monaten kann vieles passieren) als „Dreher, Übersetzer, Journalist und nebenbei als Doktor der Volkswirtschaftswissenschaft“ vorgestellt. Wer das Interview mit ihm geführt hat, lässt sich nicht eindeutig feststellen, weil die fünf Interviews von drei Interviewern vorgenommen wurden, deren Namen erst am Ende des Artikels genannt werden. Später aber beschäftigte sich György Attila Fekete mit den angesprochenen Zwischenwahlen in den Spalten der *Népszabadság*. Krassó wurde weitestgehend am negativsten vorgestellt. Mit einem zynischen Beigeschmack wurden Krassós Aussagen umformuliert.

„(...) Schon letztes Jahr hatte er das Gefühl, dass er daheim in Ungarn mehr für das Land tun könne. (...) Oft gerät er selbst mit seinen Gesinnungsgenossen in Konflikte. (...) Obschon er das gegenwärtige Parlament nicht für legitim hält, ist er dennoch der Meinung, gute Rechtsvorschriften machen zu können, durch die der gesellschaftliche Fortschritt unterstützt wird. Seinen Status als Abgeordneter möchte er gelegentlich auch dafür

nutzen, um eine Änderung des einen oder anderen sogenannten fundamentalen Gesetzes zu initiieren. Vor allem das Wahlrechtsgesetz, in dem sich die Interessen der politischen Eliten und nicht die des Volks spiegeln. In der Wirtschaft aber schlägt er vor, wir sollten das System der Arbeiterräte ausprobieren. Die verlustbringenden Unternehmen sollten unter den Werktätigen aufgeteilt werden. Maschine für Maschine, Einrichtung für Einrichtung. Vielleicht könnte ja das Kleingewerbe damit Werte und Gewinne produzieren. Nach György Krassó sei der kleine Besitz von Zehn- und Hunderttausenden die einzige Garantie dafür, dass keinerlei totalitäres System in dieses Land zurückkehren könne.<sup>464</sup>

In der Nummer der *Népszabadság* vom 5. Dezember wurde Dr. Dezső Avarkeszi, Sekretär des Exekutivkomitees des V. Budapester Bezirksrats, zitiert, der den Bericht in den Fernsehnachrichten dementierte, wonach Rezső Szij für die Ablieferung der „Unterstützerzettel“ von Freitag bis Montag Aufschub erhalten haben sollte. Rezső Szij war es nicht gelungen, in der dafür vorgesehenen Zeit die entsprechende Anzahl an Unterstützerzetteln zu sammeln. Doch da für eine Fristverlängerung keinerlei rechtliche Möglichkeit existierte, konnte diese auch niemand erhalten. Statt der Nominierungsversammlungen wurde im Zeichen der Demokratisierung das vorübergehend geltende Gesetz XI aus 1989 verabschiedet, das System der Empfehlungszettel. Das Gesetz XXXIV aus 1989 über die Wahl der Parlamentsabgeordneten behielt das System der Empfehlungszettel bei, was Krassó ablehnte und wogegen er protestierte.

In der *Népszabadság* vom 6. Dezember<sup>465</sup> erschien eine MTI-Mitteilung unter dem Titel *Zwischenwahlen in Budapest*. Der amtlichen Wahlmitteilung zufolge konnten am 9. Dezember 1989 im V. Budapester Stadtbezirk im Wahlbezirk Nummer 14 ab morgens 6 Uhr in 21 Wahlkreisen mehr als 18.000 Wahlbürger ihre Stimme abgeben. Der frühere Abgeordnete Péter Várkonyi, der einige Monate zuvor als ungarischer Botschafter in Washington ernannt worden war, legte sein Mandat nieder. Vier Abgeordneten kandidierten zur Wahl: der Unabhängige Péter Balázs, der jedoch von der MSZMP unterstützt wurde, György Krassó für die Partei Ungarischer Oktober, der Unabhängige Béla Szalma, der jedoch Präsident der Nationalen Front war, und Gáspár Miklós Tamás als Kandidat des Bunds der Freien Demokraten. Kandidaten wurden sie nicht auf Nominierungsversammlungen, sondern durch das Sammeln einer entsprechenden Anzahl von Empfehlungszetteln. Nach der gültigen Regelung erhielten die Wähler die Empfehlungszettel durch die Post. Den vier Kandidaten war es gelungen, 750 Empfehlungszettel einzusammeln.

Auch die Zeitung *Népszava* (Volksstimme) berichtete in ihrer Ausgabe vom 6. Dezember von den Zwischenwahlen in Budapest. Zu den Problemen mit den Empfehlungszetteln und über die Ausgaben der ersten Wahlrunde lieferte sie wertvolle Informationen.

<sup>464</sup> *Lehetőség a visszaélésre is van. Egyik jelölt sem kapott haladékat* (Es gibt auch Möglichkeiten des Mißbrauchs. Einer der Kandidaten erhielt einen Aufschub, Autor: F. GY. A.), *Népszabadság*, 5. Dezember 1989, S. 5 o.

<sup>465</sup> *Időközi választás Budapesten* (Zwischenwahlen in Budapest), Mitteilung des MTI, *Népszabadság*, 6. Dezember 1989, S. 4

„(...) In Verbindung mit der Wahl erklärte der Sekretär des Exekutivkomitees des Rats des V. Bezirks, bei den Vorbereitungen habe es mehrere Probleme gegeben. Die vom Staatlichen Einwohnermeldeamt erhaltene Namensliste sei ziemlich ungenau gewesen. Es stünden darin keine Staatsbürger, die schon seit Jahren im Stadtbezirk wohnten, beziehungsweise die Namensliste enthalte auch Namen von bereits in den siebziger Jahren Verstorbenen. Zugleich habe es ein Problem bedeutet, dass ein Viertel der Empfehlungszettel Druckfehler aufwiesen. Es habe darauf der Vermerk 'eigenhändige Unterschrift' gefehlt. Im Übrigen koste die Wahl die Kommunalverwaltung annähernd 200.000 Forint.“<sup>466</sup>

In ihrer Nummer vom 7. Dezember<sup>467</sup> versuchte die *Népszabadság* in einem Interview mit Péter Balázs unter dem Titel *Az egykori vesztes győzni akar* (Der einstige Verlierer will siegen), die raffinierten Machenschaften in Verbindung mit ihm zu zerstreuen. Eine Person hatte im Namen seines gar nicht existierenden Sohnes Empfehlungszettel gesammelt und später „verstreut“, offensichtlich deshalb, um Balázs zu schaden, seine Wahl zu verhindern. Andere wiederum bezeichneten ihn als „Kommunistenmietling“ und „MSZMP-Agenten“. Er seinerseits versprach, die Mietwohnungen als Besitz den Mietern zu überschreiben, womit er Stimmen zu gewinnen hoffte. Es gelang der MSZMP nicht, diesen Plan vor den Wahlen in Gang zu setzen. Doch es hat den Anschein, dass es nicht auf die Idee der MDF-Regierung zurückgeht, die Immobilien nicht den einstigen Eigentümern zurückzugeben. Im selben Artikel wird davon berichtet, dass die Plakate des „Kontrahenten“ beschmiert worden seien. Péter Balázs startete deshalb als Unabhängiger, weil er sich dadurch bessere Chancen ausrechnete, als wenn er sich zur offenen Unterstützung seitens der MSZP, der Nachfolgepartei der MSZMP, bekannt hätte, deren Popularität abnahm und die wahrscheinlich wegen des Parteivermögens sich zur Rechtsnachfolge der MSZMP entschlossen hatte.

In einer Mitteilung des MTI vom 7. Dezember wurde die Namensliste der Wahlkommissionsmitglieder bekanntgegeben:

„(...) Die Wahlkommissionsmitglieder der einzelnen Wahlbezirke legten am Mittwoch ihren Eid ab. Drei der Kommissionsmitglieder wurden vom Rat der Hauptstadt ausgewählt: József Bilkai, Kamilló Szilágyi und Dr. János Toldi. Die anderen vier Kommissionsmitglieder wurden von den betroffenen Parteien beziehungsweise den unabhängigen Abgeordneten kandidaten delegiert. So Haraszi Gáborné von Béla Szalma, Péter Madarász vom SZDSZ, Dr. Attila Máthé von der Partei ungarischer Oktober und Ernő Ungvári von Péter Balázs. Die Wahlkommission wird auf dem Engels tér Nummer 4 im Gebäude des V. Stadtbezirks sein.“<sup>468</sup>

<sup>466</sup> *December 9. Időközi választás Budapeseten* (MTI), (Zwischenwahlen in Budapest am 9. Dezember), *Népszava*, 6. Dezember 1989, S. 6

<sup>467</sup> *Az egykori jelölt győzni akar* (Der ehemalige Kandidat will siegen) und Foto, *F. GY. A. (Autor)*, *Népszabadság*, 7. Dezember 1989, S.1 und *Az egykori vesztes győzni akar* (Der einstige Verlierer will siegen), *Népszabadság*, 7. Dezember 1989, S. 4

<sup>468</sup> Der heutige Erzsébet tér in unmittelbarer Nähe des als Budapesterv Zentrum geltenden Deák térs. Zwischen 1953 und 1990 trug der Platz den Namen Enegls tér.

Am 11. Dezember berichtete die *Népszabadság*, dass die Wahl der Parlamentsabgeordneten für den 14. Wahlbezirk ungültig geworden sei.

„Aus der Mitteilung des lokalen Wahlpräsidiums ging hervor, dass an den Wahlurnen der Wahlberechtigten lediglich 45,35 Prozent erschienen seien, weshalb die Wahl wiederholt werden müsste. Über den Zeitpunkt für die Wiederholung wird die Wahlkommission des Bezirks in Kenntnis der Meinungen der Kandidaten und betroffenen Parteien entscheiden. Bei den für ungültig erklärten Wahlen erhielt Gáspár Miklós Tamás 45,36 Prozent der abgegebenen Stimmen, Dr. Péter Balázs 34,43, Béla Szalma 13,76 und Dr. György Krassó 6,46.“<sup>469</sup>

Der Journalist György Attila Fekete stellte die Frage, weshalb die Mehrheit der Wähler zu Hause geblieben sei. Nach der gesamtungarischen Volksabstimmung vom 26. November 1989, bei der die Teilnahme alle Erwartungen übertroffen hatte, und in Kenntnis dessen, dass der Wahlplakatkrieg im Bezirk schon seit Wochen tobte, fand der Artikelschreiber die niedrige Wahlbeteiligung „mehr als überraschend“. Damals konnte man noch nicht wissen, ob es überhaupt eine Ersatz-Ersatzwahl oder eine zweite Runde geben würde. Doch am Samstag dem 13. Januar durften die Wähler aus der Innenstadt erneut an die Urnen treten.

Die *Népszava* berichtete am 11. Dezember 1989 gleichfalls von der ungültigen Wahl im V. Bezirk. Sie veröffentlichte nicht nur die prozentuale Verteilung, sondern auch die Zahl der auf die einzelnen Kandidaten entfallenden Stimmen. Sie erklärte auch, dass die Wahl im Sinn des Gesetzes wiederholt werden müsste.

„(...) Das vorläufige Endergebnis gab Dr. János Toldi, Vorsitzender der lokalen Wahlkommission, abends halb neun bekannt und teilte bei dieser Gelegenheit mit, dass die Wahl mangels erforderlicher Abstimmungsanzahl ungültig sei. (...) György Krassó hat 485 (6,45 Prozent) Stimmen erhalten. Über das Ergebnis der Abstimmung wird es binnen drei Tagen eine endgültige Information gegeben, da nämlich eine weitere Kontrolle der Daten und eine Überprüfung der Protokolle vonnöten sind. Im Sinne des Wahlrechtsgesetzes muss die Wahl wiederholt werden....“<sup>470</sup>

Über Krassós Rücktritt konnte sich der Leser der *Népszabadság* vom 6. Januar 1990<sup>471</sup> indirekt informieren. Die Wahlkampagne zwischen Gáspár Miklós Tamás und dem Ratsmitglied des Bezirks Péter Balázs, der die Sympathie der *Népszabadság* genoss, ging weiter, denn im ersten

<sup>469</sup> F.GY.A. (Autor): *Képviselő-választási kísérlet az V. kerületben. Résztvétlenség miatt a szavazás megismétlendő* (Wahlversuch zur Abgeordnetenwahl im V. Bezirk. Wegen zu geringer Wahlbeteiligung muss die Wahl wiederholt werden), *Népszabadság*, 11. Dezember 1989, S. 5

<sup>470</sup> *Érvénytelen a választás az V. kerületben* (Ungültige Wahl im V. Bezirk) (MTI), *Népszava*, 11. Dezember 1989, S. 7

<sup>471</sup> *Mához egy hétre. Időközi pót-pótválasztás. Már csak hárman vannak* (Heute in einer Woche zwischenzeitliche Ersatz-Ersatzwahlen. Es sind nur noch drei Kandidaten.) (F. Gy. A.), *Népszabadság*, 6. Januar 1990, S. 4



Wahlgang betrug der Stimmenunterschied nur achthundert Stimmen.

Am 11. Januar 1990 veröffentlichte die *Népszabadság* ein Interview mit dem von der MSZP unterstützten unabhängigen Kandidaten Péter Balázs, der seine Wahl für ziemlich chancenlos hielt. Er bezeichnete sich als mittellos, „beneidete“ Gáspár Miklós Tamás wegen seiner Prospekte als Koalitionskandidat, dessen Slogan lautete: „Nach vier Jastimmen kommt die fünfte sehr gelegen!“ Es stellte sich heraus, dass es im Rundfunk ein Rundtischgespräch gegeben hatte, an dem noch alle fünf Kandidaten teilgenommen hatten. Es mochte also noch Anfang Dezember stattgefunden haben, noch bevor klar wurde, dass Rezső Szij die erforderlichen Empfehlungszettel nicht in der vorgeschriebenen Zeit würde beibringen können. An dem Tag wurde auch jener gewisse Wahlbrief veröffentlicht, worin ein alter Spanienkämpfer<sup>472</sup> als einfacher Wahlbürger Gáspár Miklós Tamás' Wahlkandidatur von 1985 aufleben ließ und die Chancenlosigkeit des MSZP-Kandidaten bedauerte.<sup>473</sup> Die früher praktizierte Unmöglichkeit freier politischer Betätigung war alsbald vergessen.

In ihrer Ausgabe vom 14. Januar 1990 berichtete die *Népszabadság* vom erneuten Sieg des SZDSZ-Kandidaten Gáspár Miklós Tamás als Parlamentsabgeordneter im Budapester 14. Wahlbezirk. Zwar gingen etwas mehr Bürger zur Wahl als im ersten Wahlgang, doch war für die Gültigkeit der Wahl ohnehin nur eine Teilnahme von 25 Prozent erforderlich.

„Die Ersatz-Ersatzwahl für das Parlament am Samstag im 14. Wahlkreis des V. Bezirks war erfolgreich. Für den zweiten Wahlgang (der erste hatte im Dezember stattgefunden) waren 7942 Wahlbürger stimmberechtigt. 42,85 Prozent entschieden letztlich über das Schicksal des Mandats. (Im Sinne des Wahlrechtsgesetzes wäre auch ein Viertel der Wahlberechtigten für die zweite Runde ausreichend gewesen.) Den Sitz des Parlamentsabgeordneten und ehemaligen Außenministers Péter Várkonyi<sup>474</sup> kann der Kandidat des Bunds der Freien Demokraten Gáspár Miklós Tamás für die noch verbleibende Zeit des Wahlzyklus einnehmen. Der Oppositionspolitiker ist im bürgerlichen Leben Rechtsphilosoph. Er erhielt 54,9 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Der unabhängige Kandidat Péter Balázs erhielt 33,61 Prozent der abgegebenen Stimmen, Béla Szalma 11, 5 Prozent.“<sup>475</sup>

Seine Niederlage erklärte Péter Balázs damit, dass „wer nicht auf den Fernsehbildschirmen auftaucht, der hat nicht viel Chancen“, obwohl er von der auflagenstärksten Tageszeitung

---

<sup>472</sup> „Lajos Merán: Opernsänger, Spanienkämpfer, war auch in der französischen Resistance aktiv. (In Paris trug er den Namen Louis Méran.)“ Quelle: Edit Kéri: *Kik lóttek a Kossuth téren '56-ban?*(Wer hat 1956 auf dem Kossuth Platz geschossen?, Magyarok Világszövetsége, 2008, S. 193

<sup>473</sup> *Gedanken aus der Schublade* (Lajos Merán's Leserbrief), *Népszabadság*, 11. Januar 1990, S. 4 (Lajos Merán (1916 – 1996), Opernsänger, nahm als Freiwilliger am spanischen Bürgerkrieg teil. Seine Frau arbeitete bei der *Budapester Rundschau*.)

<sup>474</sup> Dr. Péter Várkonyi war in der angesprochenen Zeit noch Botschafter.

<sup>475</sup> *Ismét van képviselője a budapesti 14. választókerületnek. 42,85 százalékos részvétel. Győzött a szabad demokraták jelöltje* (Der 14. Budapester Wahlkreis hat wieder einen Abgeordneten. Die Wahlbeteiligung betrug 42, 85 Prozent. Gesiegt hat der Kandidat der Freien Demokraten) (Von unserem Mitarbeiter), *Népszabadság*, 14. Januar 1990, S. 5

*Népszabadság* maximal unterstützt worden ist.

Zur Geschichte gehört dazu, dass Gáspár Miklós Tamás im kommunistischen Parlament als politischer Gegner betrachtet wurde. Davon berichtet der Politiker Jahre nach der Systemwende in einem Interview.

„Interessant an diesem Sieg war der Umstand, dass ich, gemäß einer alten ungarischen Sitte, im Januar 1990 an meinem ersten Tag als Abgeordneter im Zuge einer kleineren Demonstration von meinen Wählern ins Parlament begleitet wurde. (...) Ich ging hinein, nahm Platz, und mehr als dreihundert kommunistische Abgeordnete sahen mir starr in die Augen. Ich spürte ihren Hass. (...), wenn ich eine Rede hielt, und das tat ich tatsächlich des Öfteren, musste ich drei bis vier Minuten warten, bis sich das Toben im Saal gelegt hatte (...) der Systemwechsel war gescheitert. (...) Doch gelegentlich denke ich daran, dass ich 1990 den Abgeordneteneid abgelegt habe. Ich habe geschworen, den Interessen des ungarischen Volks zu dienen. (...) Unwillentlich habe ich den Eid mehrfach gebrochen. Und das will ich nicht öfter tun. Ich glaube nicht, dass das, was wir gemacht haben, der Sache des ungarischen Volks gedient hat.“<sup>476</sup>

### 7.3. Die Partei Ungarischer Oktober zu den Zwischenwahlen

*Das Gesetz XXXIV aus 1989 zur Wahl der Parlamentsabgeordneten* wurde am 20. Oktober vom Parlament verabschiedet. Die Zwischenwahlen vom 9. Dezember 1989 wurden bereits vom neuen Wahlgesetz der Systemwende geregelt. Nur die Wahlbezirksgrenzen blieben die alten. Denn im Sinne der Regelung „ist die Wahlkreiseinteilung für die Ansetzung der Zwischenwahlen bis zu den allgemeinen Parlamentswahlen gemäß dem Beschluss des Gesetzes *I/1985 NET zu den Parlaments- und Kommunalwahlen* anzuwenden.“<sup>477</sup> Das heißt, das Gesetz III aus 1983 zur Parlaments- und Kommunalwahl beziehungsweise dessen Modifizierung im Gesetz III aus 1989 blieb vorübergehend hinsichtlich der Wahlkreise richtungweisend. Im Hinblick auf das Wahlverfahren hatte bereits das neue Wahlrechtsgesetz Geltung. Um ein Mandat zu erringen, mussten die Wahlkandidaten bei gültiger Wahl, das heißt einer mehr als fünfzigprozentigen Wahlbeteiligung, die absolute Mehrheit gewinnen. Ansonsten bedurfte es eines zweiten Wahlgangs. Aus den einzelnen Wahlbezirken gelangten 352, von der Landesliste 35 Abgeordnete ins Parlament, insgesamt also 387. In der Sache der Nominierung war eine große Veränderung eingetreten. Die Nominierungsversammlungen wurden durch die Wahlmpfehlungszettel ersetzt. Um nominiert zu werden, mussten 750 Empfehlungszettel gesammelt und beim Wahlkomitee eingereicht werden, von dem deren Echtheit überprüft wurde. Die Wahlempfehlungen, ausgestattet mit Namen, Adresse, Personalausweisnummer und Unterschrift, waren von Personen aus dem Wahlbezirk

<sup>476</sup> Gáspár Miklós Tamás: „*Szeretünk Gazsi*“ (Wir lieben dich, Gazsi), in: István Stefka: *Rendszerváltók. Mi is történt itt?* (Systemveränderer. Was ist hier eigentlich passiert?), Kairosz Verlag, Budapest, 2006, S. 374 und 379

<sup>477</sup> Zur Wahl der Parlamentsabgeordneten gemäß Gesetz XXXIV aus 1989 (electoralsystemchanges.eu)

einzusammeln. Für die weniger bekannten Parteien, wie auch die Partei Ungarischer Oktober, bedeutete die Mindestzahl an zu sammelnden Wahlempfehlungen eine große Schwierigkeit. Deshalb hielt die Partei dieses Gesetz für antidemokratisch.

György Krassó war zur Zwischenwahl als Kandidat der Partei Ungarischer Oktober angetreten. Obwohl die Partei gerichtlich noch nicht eingetragen war, bezeichnete er sich dennoch nicht als unabhängig. Die Wahl gewann er nicht. Doch es ging ihm vor allem darum, von seinem demokratischen Recht Gebrauch zu machen, bei einer Wahl als Kandidat anzutreten. Die Wahlkampagne steigerte seinen Bekanntheitsgrad.

Sándor Turcsányi, Mitglied des Präsidiums der Partei Ungarischer Oktober, berichtete westlichen Medien über die Zwischenwahl. Am 17. November 1989 wurde von der BBC das mit ihm geführte Interview im Programm *Késő esti Panoráma* (Abendpanorama) ausgestrahlt. Aus der zum Vorschein gekommenen Quelle (sogenanntes vertrauliches Material von MTI) stellt sich heraus, dass sich der Interviewte gerade in London aufhielt.

Die Führer der MOP (Partei Ungarischer Oktober) seien überrascht gewesen, dass die MSZP keinen Kandidaten ins Rennen geschickt habe. Die MSZP habe gedacht, dass es einen Kandidaten gebe, der nicht in den Farben der Nachfolgepartei antrete, doch der werde die MSZP-Politik unterstützen „und später deren Politik vertreten“. Turcsányi sprach den Namen von Péter Balázs nicht aus.

Die MOP betonte wiederholte Male, dass sie nicht nach Macht strebe. Dennoch aber wählte sie György Krassó für eine Kandidatur aus. Turcsányi erklärte, dass die MOP an ein Parlament als solchem glaube, „nicht aber an das gegenwärtige Parlament“ und habe in Verbindung mit dem nächsten Parlament wegen des „grob antidemokratischen“ Wahlgesetzes Bedenken. Doch er glaube nicht, dass Krassós Kandidatur die Einheit der Opposition beeinträchtigen werde. Vor Gáspár Miklós Tamás als Person und auch vor der Arbeit der demokratischen Opposition hätten sie Achtung. Doch die von Gáspár Miklós Tamás repräsentierte Art von Elitismus sei ihnen fremd. Krassó habe übrigens versprochen, wenn er in der ersten Runde weniger Stimmen erhalte als Gáspár Miklós Tamás, dann werde er in der zweiten Runde zu seinen Gunsten auf die zweite Runde verzichten. Umgekehrt habe es ein ähnliches Versprechen nicht gegeben. Angeblich hat es auch zwischen Krassó und Gáspár Miklós Tamás Diskussionen gegeben, weil Letzterer nicht zur Unterstützung des vom SZDSZ nominierten Kandidaten der demokratischen Opposition habe zurücktreten wollen.<sup>478</sup> Unter Berücksichtigung dessen, dass die Wahl für ungültig erklärt wurde, ist die Opposition durch die Wahlmobilisierung der MOP nur gestärkt worden. Vor dem zweiten Wahlgang ist Krassó zurückgetreten.

Die MOP hat ausgesprochen für die Zwischenwahlen ein Programm zusammengestellt und

---

<sup>478</sup> Katalin Orzós persönliche Mitteilung

sich mit der Einschätzung der konkreten lokalen Probleme sowie mit der Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen beschäftigt. Die Umbenennung der Münnich-Ferenc-Straße in die auch früher schon so geheißenen Nádorstraße war eben im V. Bezirk eine Erfolgsgeschichte.

Am 6. Dezember 1989 erhielt der Landespressedienst den *Wahlaufruf der Partei Ungarischer Oktober*, worin ihr zu den Zwischenwahlen antretender Kandidat sowie ihr Programm bekanntgemacht wurden. Die meistgelesenen Zeitungen verzichteten auf eine Veröffentlichung. Doch es ist vorstellbar, dass der Wahlaufruf von Lokalblättern abgedruckt worden ist.

Nach einer kurzen Zusammenfassung von György Krassós Lebensweg wurde der Kandidat den Wahlbürgern wie folgt empfohlen:

„Dr. György Krassó hat in seinem ganzen Leben bewiesen, dass er kompromisslos für die Sache der arbeitenden Menschen eintritt. Obwohl er von unserer Partei als Parlamentsabgeordneter nominiert worden ist, bleibt er dennoch unabhängig, weil er einzig der Stimme seines Gewissens folgen wird. Wenn ihm die Wahlbürger ihr Vertrauen aussprechen, wird er als Abgeordneter für ein Aufblühen Ungarns und die lokalen Interessen des V. Budapester Stadtbezirks kämpfen.“<sup>479</sup>

Im britischen Parlament leisteten die Parlamentsabgeordneten darauf einen Schwur, dass sie in ihrer Arbeit ihrem Gewissen folgen werden. Krassó hat jahrelang in Großbritannien gelebt und diesen Einfluss aufgesogen. In Ungarn herrscht bei Abstimmungen Fraktionszwang. Ein Abweichen davon führt im Allgemeinen zu inneren Konflikten. Die Partei Ungarischer Oktober schaffte es auch später nicht, auch nur einen einzigen Abgeordnetensitz im Parlament zu erringen. Doch der vermutlich von Krassó am stärksten beeinflusste Aufruf deutet darauf hin, wie jener über politische Verantwortung dachte. Aus seinem aufrechten Charakter resultierte eine solche souveräne Haltung.

Die sieben Programmpunkte der MOP waren folgende: Wohlstand, blühende Wirtschaft, Freiheit, Unabhängigkeit, Minderheitenschutz, Wiederherstellung der Gerechtigkeit und Schutz der lokalen Interessen. Hinter der Partei stand keine echte Expertengarde. Obwohl Krassó diplomierter Volkswirt war, hat er nie in seinem Beruf gearbeitet. In Ungarn deshalb nicht, weil er keine Anstellung fand. Das Innenministerium hatte dem einen Riegel vorgeschoben. In England hielt er es für wichtiger, über die Ereignisse in Ungarn zu informieren. Vermutlich dachte er auch gar nicht an eine andere Arbeit. Die Artikulationsweise des Programms lässt auf eine starke emotionale Prägung schließen. Die Aspekte einer Realisierbarkeit kommen weniger zur Geltung. Sie repräsentierten entlang von Prinzipien idealistische Vorstellungen. Es war eher ein Forderungskatalog als ein Programm. Die MOP hatte alles in allem zwei Programme. Das eine hatten sie bei ihrer Konstituierung Ende Juni 1989 ausgearbeitet, das andere fünf Monate später.

---

<sup>479</sup> *A Magyar Október Párt felhívása* (Aufruf der Partei ungarischer Oktober), 6. Dezember 1989, in: MTI hírárchívum 1988-, O(S)T

In György Krassós für die Zwischenwahl am 9. Dezember 1989 entstandenem Programm wurde unter anderem die Forderung aufgestellt, dass die weitere künstliche Verschlechterung der Lebensumstände sofort eingestellt werden müsse. Er forderte eine flexible Lohnskala, anständige Existenzbedingungen und für das heruntergekommene Gesundheitswesen eine der Wichtigkeit des Lebens angemessene staatliche Unterstützung. Er bestand darauf, dass auch die Werktätigen zu Eigentümern werden können müssten, sie sollten ein Vorkaufsrecht erhalten, in den verlustreichen Betrieben sollten sie Arbeitsmaschinen aufkaufen können, um kleine Gewerbebetriebe zu gründen. Im Weiteren forderte er die Durchsetzung des Prinzips des Volkssouveräns, den Aufbau der öffentlichen Verwaltung auf der Basis lokaler Selbstverwaltungen, die vollkommene militärische und politische Neutralität Ungarns, den Schutz der Minderheiten und in diesem Rahmen die sofortige Verleihung der ungarischen Staatsbürgerschaft an nach Ungarn geflüchtete Ungarnbürtige von jenseits der Grenzen.<sup>480</sup>

Am Schluss des Aufrufs bat das Präsidium der MOP die betroffenen Wähler, für György Krassó und eine wahre Demokratie zu stimmen. „Wir bitten die Wahlbürger des 14. Budapester Wahlbezirks, der echten Demokratie eine Chance zu geben und für unseren Kandidaten Dr. György Krassó zu stimmen.“<sup>481</sup>

Die Besetzung der Parteizentrale der MSZP erhielt in der Presse eine größere Öffentlichkeit als die Wahlkampagne der MOP. Am 14. Dezember 1989 berichtete die *Népszava* über den Aufruf der sozialistischen Partei, worin „sämtliche Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, die am friedlichen demokratischen Wandel interessiert sind“, darum gebeten werden,

„ihre Autorität gegen jedwede radikale Äußerung in die Waagschale zu werfen, um jegliche politischen Aktionen zu verhindern, die geeignet sind, die verfassungsmäßige Ordnung zu verletzen. Obwohl dieser Aufruf bei den Präsidiumsmitgliedern schon seit langem herangereift ist, ist der jetzige Zeitpunkt kein Zufall. Wie bekannt, haben György Krassó und fünfzehn Mitglieder der Partei Ungarischer Oktober Dienstagabend [12. Dezember 1989] einige Büroräume der Parteizentrale der MSZP besetzt, um auf diese Weise die Platzsorgen der eigenen Partei zu lösen. Das Präsidium der MSZP hat zu dieser Aktion keine Stellung genommen, allerdings für einen unhöflichen Hausfriedensbruch erklärt. [Der Sprecher]<sup>482</sup> merkte in diesem Zusammenhang an, dass einige Parteien bedauerlicherweise noch nicht die erforderliche Kultiviertheit besäßen.“<sup>483</sup>

Die *Népszabadság* veröffentlichte am 14. Dezember zur Besetzung der Parteizentrale einen Artikel in verurteilendem Ton.

<sup>480</sup> *Időközi választás – választási felhívások* (Zwischenwahlen – Wahlaufufe), 6. Dezember 1989. In: MTI hírchívum 1988-, MTI

<sup>481</sup> ebd.

<sup>482</sup> Viktor Polgár

<sup>483</sup> *Az MSZP nem támogatja lakásreform jelenlegi tervezetét* (Die Ungarische Sozialistische Partei unterstützt den gegenwärtigen Entwurf für eine Wohnungsreform nicht) (Radio Bartók), *Népszava*, 14. Dezember 1989, S. 5

„Die Partei Ungarischer Oktober hat gestern Nacht die Parteizentrale der Sozialisten am Jászai Mari Platz 'eingenommen'... 'Erledigen Sie, was zu erledigen ist!' sagen Krassó und seine Leute dem Hausverwalter, als der sie zum Verlassen des Gebäudes auffordert. 'Wenden Sie keine Gewalt an, wir haben keine bösen Absichten.' (...) Ich begehe lediglich Hausfriedensbruch, will Protektion erzwingen (von jemandem, der gar nicht zuständig ist), spiele deshalb einen Miniputsch. Vielleicht erweist sich die Demokratie ja doch als ein Kartenhaus. Und das Recht. Stellen Sie sich nur einmal vor, wie es nach all dem um meine bösen Absichten bestellt sein würde!“<sup>484</sup>

Der MSZP-Aufruf zur Verurteilung von Extremen galt eindeutig der MOP. Die *Népszabadság* verurteilte die Methode und schrieb geradeheraus, dass die Hausbesetzer dem gesunden Menschenverstand in den Rücken gefallen seien, weil sie die Durchsetzung ihrer Rechte nicht von den dafür Zuständigen gefordert hätten. Krassós Aktion und die der MOP-Aktivisten zielte darauf ab, Aufmerksamkeit zu wecken. Sie waren der Meinung, dass es ihr demokratisches Recht sei, eine Parteizentrale zu bekommen. Das umso mehr, als die MSZMP nicht auf ihr Parteivermögen verzichtet hatte, das an deren Nachfolgerpartei MSZP übergegangen war. Diejenigen Parteien, die bei den Parlamentswahlen nicht den Einzug ins Parlament geschafft hatten, mussten die ihnen zugewiesene Parteizentrale oder das entsprechende Büro zurückgeben. Doch das Parteivermögen der MSZP schrumpfte nach den Wahlen von 1990 nicht auf 10%, was den errungenen Parlamentsmandaten entsprechen würde. Die MOP hätte die ihr zugewiesenen Räume ohnehin zurückgeben müssen, zumal sie zu den Wahlen nicht einmal angetreten war. Die Aktion der Besetzung der Parteizentrale richtete sich gegen die Privilegien der Staatspartei.

Die Dokumente belegen, dass die MOP versucht hatte, ihren Rechten auch auf legalem Weg Geltung zu verschaffen. Auch vor der aufsehenerregenden Besetzung einiger Büroräume der MSZP-Zentrale in der Akadémiastraße forderte sie den Rat des V. Bezirks auf, ihr eine Immobilie zur Verfügung zu stellen. Am 15. Dezember 1989 forderten József Bánlaki, Sándor Turcsányi und Mónika Forgács im Namen des Präsidiums der MOP das Exekutivkomitee des Rats des V. Budapester Stadtbezirks auf, „unsere früheren Bitten wiederholend, bitten wir das verehrte Exekutivkomitee, der Partei Ungarischer Oktober für ihre Arbeit Räume zur Verfügung zu stellen. Unser Büro wurde von Anfang an im V. Budapester Bezirk betrieben. Doch den uns aus Freundschaft vorübergehend überlassenen Wohnungsteil können wir nicht länger benutzen.“<sup>485</sup> Auf ihren Antrag erhielt die MOP nie eine Antwort.<sup>486</sup> Die MOP erhob nicht nur Anspruch auf ein Parteibüro, sondern auch auf Kostenerstattung in Verbindung mit der Walkampagne für die

<sup>484</sup> Oszkár Füzös: *Éles sarok. Jó szándék* (Scharfe Worte. Gute Absicht), *Népszabadság*, 14. Dezember 1989, S. 5

<sup>485</sup> *Választási kampánnyal kapcsolatos költségtérítés (Magyar Október Párt, iktatva: 1990. január 26.)* 15. Dezember 1989, MNL XIX – B – 1 – be (Wahlbüro des Innenministeriums) 1989/ 5. Karton 219 – 1/ 6/1990.

<sup>486</sup> ebd.

Zwischenwahl des 14. Wahlbezirks.

„Wir bitten Sie, gemäß dem XXXIV. Gesetz aus 1989 zu den Parlamentswahlen, unsere in Verbindung mit der Kandidatenaufstellung für die Zwischenwahlen im V. Bezirk entstandenen Kosten beziehungsweise die nachgewiesenen Kosten für die Wahlpropaganda zu erstatten.“<sup>487</sup>

Der sich auf die Erstattung der Kampagnekosten beziehende Teil des Antrags wurde am 4. Januar 1990 an die OVB (Landeswahlkommission) weitergeleitet. Daraus geht hervor, dass nicht nur die MOP, sondern sämtliche Kandidaten auch im Nachhinein die Finanzierung beantragten und reklamierten. Am 5. Februar unterzeichnete Dr. Tibor Csiba, Leiter des Wahlbüros, ein nichtssagendes Schreiben. In der Begründung heißt es:

„Das Parlament hat für die den am 25. März 1990 stattfindenden Wahlen vorausgehenden Zwischenwahlen keinen Rahmen für Kostenerstattung festgelegt. Deshalb sehen wir bedauerlicherweise keine Möglichkeit, Ihre für die Zwischenwahlen des V. Budapester Bezirks entstandenen Kosten zu erstatten.“<sup>488</sup>

Die MOP musste zur Kenntnis nehmen, dass man ihre Ausgaben nicht erstatten würde. Damit wurde die Sache der Zwischenwahlen abgeschlossen.

Bei den Zwischenwahlen wurde ein Abgeordneter für acht Wochen gewählt. Das mehr als vier Jahrzehnte bestandene Einparteiensystem nahm damit ein Ende. Es wurde die Nutzung der auch vom neuen Wahlrechtsgesetz vorgeschriebenen Empfehlungszettel ausprobiert, die von Krassó heftig kritisiert wurden. Die Wahlen wurden ein politisches Kräftemessen und eine Frage des Geldes. Der Sieg hing davon ab, wie die Parteien ihre Wähler ansprechen und mobilisieren konnten.

Zusammenfassend kann man sagen, dass György Krassó zu den am 9. Dezember 1989 im V. Budapester Bezirk angesetzten Zwischenwahlen für das Parlament von seinem demokratischen Recht für ein politisches Kräftemessen Gebrauch machen wollte, obwohl er das neue Wahlgesetz für grob antidemokratisch hielt. Gegen Gáspár Miklós Tamás, den anderen Kandidaten der Opposition, ließ er sich aufstellen, weil er den von diesem vertretenen Elitismus ablehnte. Im zweiten Wahlgang trat er dennoch seinem Versprechen gemäß zu dessen Gunsten zurück, nachdem er weniger Stimmen als Gáspár Miklós Tamás erhalten hatte. Allerdings hätte er entsprechend der Gesetzeslage ohnehin nicht mehr antreten können. Offiziell galt Krassó als unabhängiger Kandidat. Dennoch vertrat er die Partei Ungarischer Oktober, die für die Wahl extra ein Programm ausgearbeitet hatte. Er bekannte sich zu den Anschauungen des britischen Parlaments, fühlte sich

---

<sup>487</sup> ebd.

<sup>488</sup> ebd.

nur dem eigenen Gewissen verpflichtet. Die Kosten für die Wahlkampagne musste die Partei selbst tragen. Ihre Aktion vom 12. Dezember 1989, als Krassó und seine Mitstreiter einige Räume der ehemaligen Parteizentrale der Kommunisten besetzt hatte, um auf sich aufmerksam zu machen, wurde von der MSZP, der Nachfolgepartei der MSZMP und Eigentümerin der Zentrale, in der Presse als extremistisch verurteilt. Die Forderung der Partei Ungarischer Oktober nach einem Parteibüro erfüllte sich nicht. Einzig ihre Verunglimpfung fand eine Fortsetzung. Dennoch versuchte sie, sich auf dem für sie chancenlosen politischen Boden zu behaupten.



## 8. Zwei Prozesse wegen einer Fußnote. Krassós Buchprozesse in Verbindung mit dem Massaker vom 25. Oktober 1956 auf dem Budapester Kossuth Platz

1989 konnte der Aura Verlag endlich Bill Lomaxs Buch *Ungarn 1956* legal in Budapest publizieren. György Krassó hatte es vom Englischen ins Ungarische übersetzt und mit Fußnoten versehen. Miklós Sulyok<sup>489</sup>, der Verleger des Aura Verlags, gehörte auch selbst der linken Opposition an. Wegen der Abrechnung, „wegen der Gerechtigkeit“, strengte Krassó auch gegen ihn einen Prozess an. Allerdings dachte er, das würde ihrer Freundschaft keinen Abbruch tun.<sup>490</sup> Auch ihrem politischen Bündnis nicht. Bis zur Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten fand das Buch reißenden Absatz, wurde sogar an Badestränden verkauft. Danach ging das Interesse daran zurück.

Wegen einer einzigen Fußnote fanden zwischen 1989 und 1991 zwei Prozesse gegen Krassó und den Aura Verlag statt. In der Fußnote ging es um das am 25. Oktober 1956 geschehene Massaker auf dem Kossuth Platz. Krassó beschäftigte sich schon in den achtziger Jahren als Oppositioneller mit der Klärung wichtigerer Geschehnisse der 1956er Revolution. Er wollte dies nicht den Historikern überlassen. Vor allem auch deshalb nicht, weil es nicht vorhersehbar war, wann die sich dieses Themas annehmen würden. Statt einer im übrigen geplanten Autobiographie verfasste er seine Fußnoten. Im wesentlichen ging es in den Prozessen um das Salvenfeuer auf friedliche Demonstranten am 25. Oktober 1956 auf dem Kossuth Platz. Die Augenzeugen behaupteten übereinstimmend, dass von den Dächern der umliegenden Gebäude geschossen worden sei. Doch wer geschossen hatte, dazu gab es nur Vermutungen. Infrage kamen die Sowjets, die Staatssicherheitsdienstler, die Regierungswachen und der Partisanenverband.

### 8.1. Zu den früheren Ausgaben des Buches

Bill Lomaxs<sup>491</sup> Aura-Buch *Ungarn 1956* mit dem auseinanderfallenden Roten Stern als Cover erschien im April 1989 unter Mitarbeit von György Krassós Londoner Freier Presse „Ungarischer Oktober“. Krassó lebte zu der Zeit noch in London.

Aus Krassós Vorwort des Übersetzers geht hervor, dass schon 1978 eine ungarische Fassung des Lomax-Buches existierte. Im Auftrag der kommunistischen Partei war die Übersetzung für den internen Gebrauch eines Wissenschaftsinstituts entstanden. Die zuständigen ungarischen Stellen

---

<sup>489</sup> Miklós Sulyok (1948 –) Mathematiker, Verleger, Koch und Gaststättenbetreiber, war Mitglied der ungarischen demokratischen Opposition.

<sup>490</sup> Miklós Sulyoks persönliche Mitteilung

<sup>491</sup> Bill Lomax (1944 –) britischer linker Historiker, der seine Dissertation über die ungarische Revolution von 1956 geschrieben hat

wollten das geistige Produkt des jungen Briten kennenlernen, dem sie eine entsprechende Forschungsgenehmigung für eine Dissertation erteilt hatten. Der linksorientierte Lomax sah in den 56er Geschehnissen einen Volksaufstand. Seine Auffassung wich also von der offiziellen ungarischen Theorie einer Konterrevolution ab. Es lässt sich nicht wirklich klären, ob der gerade frisch zum Doktor der Wirtschaftswissenschaft promovierte György Krassó den Übersetzungsauftrag als Schwarzarbeit erhalten hatte, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Denn übersetzen durften 56er Verurteilte nur mit Hilfe von Strohmännern. Oder aber ob der Kontakt zum Auftraggeber über seinen in London lebenden und in linken Kreisen verkehrenden Bruder Miklós Krassó hergestellt worden ist, sodass der Auftrag über die Bekanntschaft mit dem Autor erteilt worden sein könnte.

György Krassó erinnert sich zu seinem eigenen Beitrag und zur Geschichte der früheren Ausgaben wie folgt:

„Aus der Institutsbibliothek sind allerdings alsbald alle drei Exemplare verschwunden und haben ihr eigenes Leben gelebt. Sie sind an verschiedenen Orten kopiert und abgeschrieben worden. Das bei mir verbliebene vierte Exemplar aber versah ich mit Ergänzungen und Korrekturen (...). Jede einzelne der im Buch vorkommenden Angaben kontrollierte ich, und zu den von mir für notwendig erachteten Ergänzungen holte ich den Rat mehrerer meiner '56er' Freunde ein (...). Fortwährend wurde ich darum gebeten, das sich ständig verändernde Manuskript jemandem zu leihen. Es entstanden immer und immer wieder neue abgetippte Samisdatversionen, die auf ihren unberechenbaren Wegen Verbreitung fanden. 1980 schickte ich die damalige Fassung illegal nach England, Frankreich und Kanada, damit die ungarische Version des Buches zum 25. Jahrestag der Revolution im Druck erscheinen können sollte. Auch wenn es dazu erst 1982 kam, wurden zwei voneinander abweichende Ausgaben publiziert. Die 'grüne' Ausgabe von Paris erweiterte Bill Lomax unter teilweiser Verwendung meiner Anmerkungen und eigener Ergänzungen. In der kanadischen 'weißen' Ausgabe aber unterschieden sich die Fußnoten vom Originaltext. Nach weiteren Ergänzungen begann ich 1985 mit dem bogenweisen illegalen Druck einer erweiterten Samisdatausgabe. Ich schaffte es bis zur Hälfte des Buches, bevor ich gezwungen wurde, ins Exil zu gehen. (...) Ende 1986 schließlich gab der Unabhängige AB-Verlag<sup>492</sup> die gekürzte kanadische Fassung im Druck heraus. Um diese Zeit wurde das Buch auch in Polen übersetzt und als Samisdatausgabe herausgegeben. Für die Neuausgabe überarbeitete ich die Übersetzung. (...) Die gegenwärtige Ausgabe ist umfassender und genauer als alle vorangegangenen.“<sup>493</sup>

György Gömöris<sup>494</sup> Kritik zu Bill Lomaxs Buch unter dem Titel *Változatok a forradalomról* (*Variationen zur Revolution*)<sup>495</sup> dient auch als Hintergrundinformation. Die beiden im Westen erschienenen und sich voneinander unterscheidenden Fassungen ergaben sich aus den

<sup>492</sup> Der Unabhängige Samisdatverlag AB wurde von Gábor Demszky betrieben.

<sup>493</sup> *Anmerkungen des Übersetzers (zur soundsovielten Ausgabe)*, in: Bill Lomax: *Ungarn 1956*, Aura Verlag, Budapest 1989, S. 11 f

<sup>494</sup> György Gömöri (1934 –), in London lebender Literaturwissenschaftler, Schriftsteller, Dichter, Übersetzer

<sup>495</sup> Gömöri, György: *Változatok a forradalomról (Variationen zur Revolution)*, In: Gömöri György: *Az én forradalmam. Emlékezések és írások az 1956-os forradalomról (Meine Revolution. Erinnerungen und Schriften zur 1956er Revolution)*, Pont Verlag, Budapest, 2006, S. 150-157

unterschiedlichen Anschauungen von Autor und Übersetzer. Krassó stand die kanadische Fassung näher. Wegen der Fußnoten besaß sie einen größeren Quellenwert. Auch war sie mit einer chronologischen Tabelle der Geschichte Ungarns zwischen 1945 und 1958 versehen.

„Als Bill Lomax, der an der Nottinghamer Universität Soziologie unterrichtete, 1976 sein englischsprachiges Buch über die ungarische Revolution herausbrachte, erregte das unter den ungarischen Lesern im Ausland kein sonderliches Aufsehen. (...) Lomaxs *Hungary 1956* wurde von dem in Budapest lebenden György Krassó, der an der Revolution aktiv teilgenommen hatte und anschließend eingekerkert worden war, ins Ungarische übersetzt, versehen mit einem umfassenden Anmerkungsapparat und als heimische Untergrundaussage herausgegeben. Anschließend sollte eine ungarische Veröffentlichung im Westen erfolgen. Doch die zwischenzeitlich entstandenen Meinungsverschiedenheiten zwischen Lomax und seinem Übersetzer hinsichtlich des Textes waren derart gravierend, dass aus der geplanten einen Ausgabe zwei wurden, nämlich eine kanadische und eine Pariser. Der Vorteil der kanadischen Ausgabe besteht darin, dass darin Krassós sämtliche (Lomaxs Text oftmals korrigierende) Anmerkungen enthalten sind, auch diejenigen, die Lomax für überflüssig hielt oder womit er unter Umständen nicht einverstanden war. In der Pariser Ausgabe reduzierte Lomax Krassós Anmerkungen oder arbeitete sie zum Teil in seinen 'verbesserten' Text ein (...). Zu neunzig Prozent sind György Krassós ergänzenden Anmerkungen nützlich, tragen zum besseren Verständnis der Ereignisse bei. In einigen Fällen allerdings verschiebt auch er die Gewichtungen ein wenig. Ich denke an die lange Anmerkung in Verbindung mit dem Revolutionären Studentenkomitee der Universität (kanadische Version S. 167, Pariser Version S. 133), wo sich Tatsachenfeststellungen mit grundlosen Vorwürfen vermengen. (...) Nach einer anderen Übertreibung von Krassó habe die revolutionäre Zeitung *Igazság* (Wahrheit) 'alsbald eine Auflagenhöhe von mehr als einer Million Exemplaren erreicht'.“<sup>496</sup>

Letztendlich aber erwiesen sich Krassós Fußnoten sowohl für den Autor als auch für den Leser als nützlich.

## 8.2. Bill Lomaxs Buch in Krassós Staatssicherheitsakten

Zu den früheren Ausgaben von Bill Lomaxs Buch finden sich in Krassós Beobachtungsdossier viele winzige Details, durch die Übersetzer und Rezensent bestätigt werden.

Im Verzeichnis der sogenannten Manuskriptliteratur vom Juli 1981 wird Bill Lomaxs *Magyarország, 1956* (Ungarn 1956), mit Anmerkungen von György Krassó aufgeführt.<sup>497</sup> Die Liste enthielt die von László Rajk d.J. in der Boutique<sup>498</sup> der Budapester Galambstraße zu erwerbenden Samisdatprodukte. Die Samisdatausgaben konnten in einigen Exemplaren mit Hilfe von Kohlepapier vervielfältigt werden. Der Preis betrug 320 Forint.

<sup>496</sup> ebd. S. 150-157

<sup>497</sup> ÁBTL O-19619/6, Juli 1981, S. 305 f

<sup>498</sup> Die „Rajk-Boutique“ wurde zwischen 1981 und 1983 im V. Budapester Bezirk in der Galambstraße 3.III.5. betrieben. Gemäß einem Beschluss des Exekutivkomitees des V. Bezirks wurde die Wohnung am 17. Januar 1983 geräumt.

Vor 1981 wird die ungarische Fassung des Lomax-Buches in den Dokumenten des Staatssicherheitsdienstes nicht erwähnt. Aufmerksam darauf wurde man erst, als Krassó damit begann, über das Telefon mit seinem in Wien lebenden Freund Zoltán Zsille, dem Korrespondenten des Senders Free Europa, eine Veröffentlichung im Westen zu organisieren. Dass sein Telefon abgehört wurde, wusste Krassó zwar, doch da seine Westkontakte keiner Bedrohung ausgesetzt waren, erlegte er sich selbst bei der Nutzung des Telefons keine Beschränkungen auf. Das Schmuggeln von Schriften und Dokumenten sowie die dafür zustehenden Honorare wurden konspirativ gehandhabt. Sie waren kein Telefonthema. Als Gegenleistung bat er meist um Bücher, später um Zubehör für den Buchdruck. Ein Telefongespräch vom September 1981 weist einerseits den Schweizer Historiker Péter Gosztonyi als Lektor aus. Andererseits schlug der im Pariser Exil lebende namhafte Soziologe István Kemény, da er für den Druck kein Geld besorgen konnte, als Kompromisslösung vor, dass Bill Lomax Krassó bezahlen sollte.

„Dr. Krassó möchte das Urheberrecht nicht an 'Bill' abtreten, sodass der über das Buch als eigenes verfügen könnte. Um das zu vermeiden, berichtete Dr. Krassó Zoltán Zsille von seinen Problemen und informierte ihn darüber, dass 'dir der Autor am Freitag /am 11. September 1981/ eine Erklärung schicken wird, wonach er bedingungslos zustimmen wird, dass die bei dir vorhandene Fassung an welchem Ort auch immer erscheinen darf. Doch das hat nur dann einen Sinn, wenn man im Besitz einer solchen Erklärung einen Verlag finden kann. Die Erklärung würde auch einen Befassus enthalten, ob Lomax auf sein Autorenhonorar verzichtet. Wenn ja, dann verzichte ich auch, wenn nein, dann auch ich nicht.“<sup>499</sup>

Offensichtlich mißlang eine Veröffentlichung des Buches zum 25. Jahrestag der Revolution nicht nur wegen der ungelösten Honorar- und Finanzierungsprobleme, sondern auch wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit. Deshalb wurde das Buch erst 1982 um den Jahrestag der Revolution herausgegeben.

In der Zwischenzeit präzisierte Krassó ständig seine Fußnoten und ließ sie in den Westen gelangen. Es kam vor, dass ein Exemplar an der Grenze beschlagnahmt wurde. Von den 42 maschinegeschriebenen Fußnotenseiten des Lomax-Buches stellte ein Schriftsachverständiger<sup>500</sup> fest, dass die handgeschriebenen Ergänzungen von Krassó stammen. Die Korrekturen wurden mit der auf dem Meldeformular vorhandenen Handschrift verglichen. Da die Veröffentlichung im Westen nicht vorankam, unternahm vermutlich auch das Innenministerium vorübergehend keine Gegenmaßnahmen.

Die Unterabteilung des Innenministeriums BM III/III-3/a berichtete in ihrer Meldung vom 22. November 1982, dass Bill Lomaxs Buch in einer Ausgabe der „Párizsi Magyar Füzetek“ (der

<sup>499</sup> ÁBTL O-19619/ 6, Meldung, BM III/III-3-a Unterabteilung, 17. September 1981

<sup>500</sup> ÁBTL O-19619/ 6, Meinung des Schriftsachverständigen (Polizeimajor István Fehér, Schriftsachverständiger), 15. Oktober 1981, S. 257 f.

Pariser Ungarischen Hefte) in zirka 5.000 Exemplaren erschienen sei und bereits in der Rajk-Boutique vertrieben werde. Nicht einmal der Deckname des geheimen Informanten, der Krassós Worte wortwörtlich wiedergibt, wird genannt: „Jetzt können sie mich ruhig abholen und einsperren. Denn es ist mir wenigstens gelungen, etwas zu schaffen, das ewigen Bestand haben und der gegenwärtigen sowie der künftigen Generation zeigen wird, was in Wirklichkeit passiert ist.“<sup>501</sup> Krassó hielt also die ungarische Ausgabe des Lomax-Buches für wichtig. Zugleich befürchtete er eine Vergeltung, da Andropow<sup>502</sup>, mit dessen Namen sich die Beseitigung der inneren Opposition der Sowjetunion verband, inzwischen Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) geworden war. Für den Fall einer Verhärtung der außenpolitischen Lage prophezeite er der ungarischen Opposition dasselbe Schicksal.

Gemäß der Meldung der Unterabteilung BM III/III-3/a durch János Virágh vom 11. Januar 1983 wird unter dem Decknamen „Vitéz“ darüber berichtet, dass Krassó in Verbindung mit der Budapester Einreiseverweigerung für Bill Lomax gesagt habe:

„Die offiziellen Organe der ungarischen Regierung haben Bill Lomax 1982 sogar dreimal ermöglicht, unsere Heimat zu besuchen. Doch dass er in seinem in Paris auf ungarisch erschienenen Buch 'Az 1956-os Magyar Forradalom' (Die Ungarische Revolution von 1956) im Vorwort die ungarische Jugend ermuntert, den Ruhm der 1956er Revolution weiterzutragen, das ist schon wesentlich mehr, als ihm die offiziellen Organe verzeihen können. (...) Das ist bereits eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten. Lomax hätte wissen müssen, dass es nun nicht mehr empfehlenswert ist, mit ihnen Silvester zu feiern.“<sup>503</sup>

Krassó dachte nicht im entferntesten daran, dass die gegen Lomax verhängte Einreisebeschränkung auch in Zusammenhang damit stehen könnte, dass er zu einem der radikalsten Oppositionellen und ehemaligen 1956er Häftlinge Kontakte unterhielt.

Während die französische Ausgabe des Lomax-Buches *Magyarország 1956* (Ungarn 1956) mit dem im Exil lebenden Soziologen István Kemény in Verbindung zu bringen ist, geht die kanadische Ausgabe auf die Mitwirkung des ungarischstämmigen kanadischen Journalisten Tamás Keresztes<sup>504</sup> zurück. Nach der Systemwende kehrte Tamás Keresztes nach Ungarn zurück und wurde Berater des MDF.

Gemäß der Meldung der Unterabteilung BM III/III-3/a vom 12. Mai 1983

<sup>501</sup> ÁBTL O-19619/ 8, Meldung, BM III/III-3-a Unterabteilung, 22. November 1982, S. 78

<sup>502</sup> Jurij Andropow (1914 – 1984), vom 12. November 1982 bis zu seinem Tod am 9. Februar 1984 Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU). In der Zeit der 1956er Revolution sowjetischer Botschafter in Ungarn (1954-1957). Ab 1967 bis zu seiner Wahl als Generalsekretär Chef des KGB (Quelle: Miklós Szabó: Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Szeged, 1983, mek.niif.hu, Stand: Januar 2017)

<sup>503</sup> ÁBTL O-19619/ 8, Meldung, BM III/III-3, Unterabteilung, 12. Mai 1983 S. 231

<sup>504</sup> Tamás Keresztes (1939 – 2006) verließ Ungarn nach der Revolution von 1956. Er nahm den Namen Tom Kennedy an und lebte in England. Später war er in Kanada bei den Sun-Blättern Journalist. In Calgary war er der lokale Leiter des Weltverbands der Ungarischen Freiheitskämpfer. In den neunziger Jahren kehrte er nach Ungarn zurück und war Mitarbeiter des nationalen Informationsbüros des Ministerpräsidentenamts.

„wirkte Thomas F. Kennedy (...) beim Druck und der kanadischen Herausgabe des vom englischen Staatsbürger Bill Lomax und von Dr. Krassó geschriebenen Buches *Magyarország 1956* (Ungarn 1956) mit. Ein Belegexemplar des Buches schickte er Dr. Krassó und versprach die Sendung weiterer Exemplare. Gelegentlich einer Dienstreise im Herbst 1982, während der sich der in Nagykanizsa ansässige 41 Jahre alte Geologe Csaba Keresztes und jüngere Bruder von Thomas F. Kennedy in Paris aufhielt, wurde dieser gebeten, Dr. Krassó 450 Dollar beziehungsweise eine entsprechende Forintsumme als Honorar für das im Ausland erschienene Buch auszuhändigen. Unter Berücksichtigung von Thomas F. Kennedys feindseliger Haltung und seiner beabsichtigten Einreise (...) haben wir am 12. Mai 1983 eine Aufnahme des Genannten in die Verbotsliste verfügt.“<sup>505</sup>

Da er aber bereits im Juni durch Vermittlung des Konsuls der kanadischen Botschaft ein Besuchsvisum erhalten hatte, konnte er trotzdem nach Ungarn einreisen und Krassó treffen.

Sein Honorar hatte er für das Vorwort erhalten. Nach einer Meldung vom 28. Juni 1983<sup>506</sup> erschien im Blatt der amerikanischen Katholiken eine rechtsorientierte Kritik von László Stirling zur kanadischen Ausgabe des Buches. Als Mitautor wurde auch Krassó wegen seiner kommunistischen Vergangenheit als Jugendlicher sowie „wegen der Verleumdung“ von 1956 angegriffen. Im *Katolikus Magyarok Vasárnapja* (Sonntag der Katholischen Ungarn)<sup>507</sup> erschien am 1. Mai 1983 József Stirlings Rezension<sup>508</sup> zur Pariser Ausgabe des Lomax-Buches. Nicht nur, dass er das Buch nicht empfehlen konnte, sondern der Rezensent verurteilte auch die Mitarbeit eines Emigranten an der Ausgabe. Die Kritik bezieht sich darauf, dass der Fürstprimas József Mindszenty als reaktionär abgehandelt wird. Der Meinung des Rezensenten zufolge sei das einerseits der Einfluss des Quellenmaterials gewesen, das Bill Lomax als Stipendiat der Ungarischen Akademie der Wissenschaften zur Forschung zur Verfügung gestanden habe, andererseits sei die Einschätzung seiner kommunistischen Einstellung zuzuschreiben. Krassó wurde vorgeworfen, dass er 1956 Kommunist gewesen sei.<sup>509</sup>

### 8.3. Fußnote auf Seite 140 in der Aura-Publikation

Das vierte Kapitel des Lomax-Buches (Budapest – zwischen Revolution und Konterrevolution) beschäftigt sich in einem Unterpunkt (Die sowjetischen Truppen) mit dem „Blutvergießen“ auf dem

<sup>505</sup> ÁBTL O-19619/ 8. Meldung, BM III/III-3. Unterabteilung, 11. Januar 1983, S. 231

<sup>506</sup> ÁBTL O-19619/ 8. Meldung, BM III/III-4, Unterabteilung, 28. Juni 1983, S. 205 f

<sup>507</sup> Catholic Hungarians' Sunday Youngstown, Ohio, gegründet am 24. Oktober 1984 vom päpstlichen Prälaten und Pfarrer Msgr. Károly Böhm. Verantwortlicher Redakteur war Miklós P. Dengl, Redakteur Ákos Dunai.

<sup>508</sup> György Stirling: *Ötvenhat gyalázása – emigráns közreműködéssel – Bill Lomax: Magyarország 1956* (Verunglimpfung von 1956 – unter Mitarbeit eines Emigranten - Bill Lomax: Ungarn 1956), *Katolikus Magyarok Vasárnapja*, 1. Mai 1983, S. 3

<sup>509</sup> „Krassó, auch wenn er heute der Gruppe der Oppositionellen zugerechnet wird, war um '56 noch Kommunist.“, ebd., S. 3

Kossuth Platz am 25. Oktober 1956. Lomax schreibt, die ersten russischen Kampfpanzereinheiten seien in den Morgenstunden des 24. Oktober in Budapest aufgetaucht, hätten aber keinen Feuerbefehl erhalten, und die sowjetischen Soldaten seien von der Menge umarmt worden. Die Ungarn hätten die sowjetischen Panzer mit den ungarischen Nationalflaggen bedeckt. Krassó habe ergänzt, dass der nachträglichen Behauptung des damaligen Ministerpräsidenten András Hegedüs zufolge kein formaler „Hilferuf“ erfolgt sei. Am 25. Oktober frühmorgens habe sich „um fünf oder sechs Panzer vor dem Hotel Astoria eine große Menschenmenge versammelt. (...) Die ganze Stadt war erfüllt von der Nachricht, dass sich die sowjetischen Truppen der Revolution angeschlossen hätten, und Tausende Menschen sind zum Parlament geströmt“<sup>510</sup>, wohin auch die Panzer gefahren seien. Im nachhinein reden die Historiker von einer dreißigtausendköpfigen Menge. Doch der Fraternalisierung

„bereitete ein Zwischenfall ein tragisches Ende. (...) Die erstaunlichen Szenen wurden plötzlich von Maschinenpistolensalven unterbrochen. Tote und Verwundete stürzten zu Boden, während die anderen verzweifelt rannten und Schutz suchten. (...) Das mörderische Feuer dauerte gut zehn Minuten. Bis die Waffen der Heckenschützen durch die russischen Panzer zum Verstummen gebracht wurden. Als die Schießerei aufhörte, lagen auf dem Platz zirka hundert Tote und zahlreiche Verwundete, unter ihnen viele sowjetische Soldaten und auch einige ungarische Polizisten, die vor dem Parlament ihren Dienst versehen hatten.“<sup>511</sup>

In Kenntnis der Interviews mit zweihundertundfünfzig ungarischen Emigranten im Rahmen des Research Project on Hungary der Columbia University 1956/1957 behauptet Lomax, dass

„mit vollkommener Sicherheit nicht festgestellt werden kann, wer genau auf die Menge vor dem Parlament geschossen hat. Die ungarischen Behörden halten an ihrer Behauptung fest, dass Konterrevolutionäre einen Angriff gegen das Parlament starten wollten, indem sie dies als unbewaffnete Demonstration verschleierten. Wahrscheinlicher scheint zu sein, dass die ÁVH, die Staatssicherheit, auf den umliegenden Hausdächern um das Parlament aus Angst vor einem eventuellen Angriff schon früher Maschinenpistolennester eingerichtet hatte. (...) Viele waren der Meinung, dass die sowjetischen Panzer in die Menge geschossen hatten.“<sup>512</sup>

Der britische diplomatische Dienst berichtete, man habe zwölf Lastwagen Leichen vom Platz abtransportieren gesehen. Die BBC erhielt diese Meldungen. Auf dieser Grundlage berichtete sie von einem Massaker an mehr als sechshundert unbewaffneten Ungarn. Lomax hielt diese Zahl für überzogen. Doch auch die offizielle Erklärung der ungarischen Behörden wies er zurück. Dies um so eher, als kein einziger „Konterrevolutionär“ wegen der Schießerei auf dem Kossuth Platz vor

---

<sup>510</sup> Bill Lomax (1990): *Magyarország 1956*, Fordította és kiegészítette Krassó György (Ungarn 1956, übersetzt und mit Anmerkungen versehen von György Krassó, Aura Verlag, Budapest, S. 139

<sup>511</sup> ebd., S. 139 f

<sup>512</sup> ebd. S. 140 f

Gericht gestellt worden sei.

Lomax machte also die ÁVH für das Salvenfeuer auf dem Kossuth Platz verantwortlich. In der betreffenden Fußnote, deretwegen er sogar zwei Prozessen entgegensehen musste, bezeichnete Krassó den Partisanenbund und dessen Führer László Földes<sup>513</sup> als verantwortlich. In der Fußnote rekonstruiert Krassó aufgrund der ihm zur Verfügung stehenden Informationen die entsprechenden Geschehnisse:

„Das Maschinengewehrfeuer prasselte gemäß übereinstimmenden Augenzeugenbehauptungen vom Dach des dem Parlament gegenüberliegenden Landwirtschaftsministeriums auf die schutzlose Menge nieder. Einem Sich-Erinnernden zufolge hielten sich zwei sowjetische Panzer auf dem Platz auf. Die Dachluken waren geöffnet. Auf den Panzern ungarische Fahnen und viele ungarische Jugendliche. Die ersten kurzen Gewehrsalven wurden aus den Fenstern des Untergeschosses im Parlament abgegeben. Nach 15-20 Minuten prasselte aus 20-25 Maschinengewehren ein erneutes mörderisches Salvenfeuer vom Dach des Ministeriums auf die am Boden liegende Menge hernieder. Die sowjetische Kampfpanzerbesatzung verzog sich da in das Innere ihres Panzers, schloß die oberen Luken und drehte das Kanonenrohr so, dass die Jugendlichen gezwungen waren herunterzuklettern. Dann erwiderten die sowjetischen Soldaten mit ihren Maschinenpistolen das Feuer in Richtung Gebäudedach, während sie sich über die Alkotmány utca zurückzogen. (...) Zwar dauerte das Salvenfeuer nur einige Minuten, doch in der Folge wurde gemäß den Worten eines Augenzeugen einzelne Schüsse abgegeben: 'Sie machten Jagd auf uns wie auf Hasen'. Einige versuchten, ins Parlamentsgebäude einzudringen, um dort Schutz zu finden. Doch die an den Toren stehenden Wachen ließen niemanden hinein. An der Mündung der von Süden zum Kossuth Platz führenden Straßen (Akadémia utca und Nádorstraße) tauchten inzwischen erneut Panzer auf, Staatssicherheitspanzer wahrscheinlich. Sie versperrten die Fluchtwege und schossen auf die Menge.“<sup>514</sup>

Krassó schätzte die Zahl der Toten auf etwa dreihundert. In der späteren offiziellen ungarischen Version erkannte János Molnár in seinem 1967 im Akadémia Kiadó (Akademie Verlag) erschienenen Buch *Ellenfóradalom Magyarországon 1956-ban* (Konterrevolution 1956 in Ungarn) „ungefähr 100“ Opfer an. In Krassós Bibliothek ist dieser Band vorhanden, ebenso László Földes's vom Kossuth Verlag 1984 herausgegebene Memoiren *A második vonalban* (In zweiter Linie). Bei der Schätzung der Opferzahlen bewies Krassó ein gutes Gespür.

1963/64, nachdem er wegen seiner 1956er Aktivitäten amnestiert worden war, wurde er erneut angeklagt und sass sieben Monate in Untersuchungshaft. Doch er wurde schließlich auch vom Obersten Gericht mangels einer Straftat freigesprochen. Abgesehen davon, dass der Macht seine kämpferische Attitüde mißfiel, ging es in diesem Prozess um die Anzahl derer, die nach der Revolution aufgehängt worden waren. György Konrád trat als Zeuge der Verteidigung auf. Mit ihm

<sup>513</sup> László Földes (1914 – 2000), unter dem Pseudonym István Szuhai Autor von Jagdgeschichten. Während der Revolution von 1956 Lenkungkraft des Militärausschusses der Zentralen Führung der Ungarischen Partei der Werktätigen. Er galt als stalinistischer Hardliner. Bis 1970 Mitglied des ZK der MSZMP. 1958-1963 stellvertretender Innenminister. (Quelle: Wikipedia)

<sup>514</sup> ebd.



wurde über die Zahlen gesprochen. Krassó sprach ziemlich realistisch von tausend. Noch Mitte der achtziger Jahre wurde sogar von zwanzigtausend Hingerichteten gesprochen. Die Opferzahlen des Massakers vom Kossuth Platz sind noch immer nicht geklärt. Kádárs Geschichtsschreiber und Lomax gingen von hundert aus. Der damals verwundete Tibor Pákh, Krassós Bekannter und Freund, sprach von tausend. Tamás Mikes (Micsinay) zählte auf dem Friedhof Fiumei Straße am nächsten Tag, am 26. Oktober also, 820 Tote. Auch ihn kannte Krassó gut. Nach beider Tod stellte sich heraus, dass Mikes auf Krassó als Spitzel angesetzt war. Teréz Körömi identifizierte während ihrer Forschungen<sup>515</sup> die Namen von 236 Personen, was Krassós Schätzung am nächsten kommt.

Die Prozesse gegen Krassó wurden wegen des folgenden Satzes der im Lomax-Buch auf Seite 140 der Aura-Ausgabe zu findenden Fußnote angestrengt: „Nach den am glaubwürdigsten scheinenden Informationen wurden die mit Maschinengewehren bewaffneten Abteilungen des Partisanenbunds, von denen die Dächer um das Parlament besetzt worden waren, vom späteren stellvertretenden Innenminister László Földes organisiert und befehligt.“ Die Formulierung war zurückhaltend und setzte sich mit dem diesbezüglichen Zitat aus László Földes's erschienenen Memoiren fort, die überall im Buchhandel erhältlich waren.

#### 8.4. Die beiden Prozesse im Spiegel der zeitgenössischen Zeitungsartikel

Krassó besaß ein kämpferisches Naturell. Doch der Angriff zwecks Klärung der Ereignisse auf dem Kossuth Platz geht nicht auf ihn zurück. Im Gegenteil! Der Bund der Widerstandskämpfer und Antifaschisten als Rechtsnachfolger des Partisanenbunds beziehungsweise der ehemalige stellvertretende Innenminister László Földes strengten einen Prozess gegen den Aura Verlag an. Also wegen eines einzigen Satzes einer Fußnote in der Aura-Ausgabe des Lomax-Buches liefen in der Zeit der Systemwende sogar zwei Prozesse. Beide Prozesse begannen 1989. Im nachhinein ist schwer zu sagen, inwieweit diese Buchprozesse in Verbindung mit dem scheußlichen und ungeklärten 1956er Ereignis auf dem Kossuth Platz gesellschaftliches Interesse weckten. Jedenfalls wurde von den Zeitungen über die Prozesse berichtet.

In der *Népszabadság* wird am 30. November 1989 davon berichtet, dass am 29. November 1989 vor dem Pester Zentralen Bezirksgericht der vom Bund der Ungarischen Widerstandskämpfer und Antifaschisten, dem Rechtsnachfolger des Partisanenbunds, angestregte Prozess gegen Krassó und den Aura Verlag begonnen hat. Vorsitzender Richter war Dr. Mátyás Mészáros.

„Das Buch hat Dr. György Krassó, Vorsitzender der Partei Ungarischer Oktober, übersetzt und mit Fußnoten

---

<sup>515</sup> Teréz Körömi (2007): *Az 1956. október 25-i Kossuth téri sortűz áldozatai* (Die Opfer des Salvenfeuers vom 25. Oktober 1956 auf dem Kossuth Platz), in: Edit Kéri (2007): *Kik lőttek a Kossuth téren '56-ban?* (Wer hat 1956 auf dem Kossuth Platz geschossen?), Magyarok Világszövetsége (Weltverband der Ungarn), Budapest, S. 119-128

versehen. Gerade deswegen hat sich der Bund Ungarischer Widerstandskämpfer und Antifaschisten an das Gericht gewendet. In seiner Klageschrift wurde – unter anderem – folgendes angeführt: 'Nach den am glaubwürdigsten scheinenden Informationen wurden die mit Maschinengewehren bewaffneten Abteilungen des Partisanenbunds, von denen die Dächer um das Parlament besetzt worden waren, vom späteren stellvertretenden Innenminister László Földes organisiert und befehligt. Die unwahre Behauptung verletzt die an eine Person anknüpfenden Rechte unseres Bunds als Rechtsnachfolger.' Der Bund beantragt beim Gericht, das Buch aus dem Verkehr zu ziehen und dass das Buch nur nach Streichung des inkriminierten Teils herausgegeben werden darf.<sup>516</sup>

Die Prozessakte ist nicht auffindbar. Die Geschehnisse, auch der erste Verhandlungstag, lassen sich nur aufgrund des Zeitungsartikels rekonstruieren:

„Krassó, der fünfundzwanzig Minuten zu spät im Gerichtssaal eintraf, erklärte während der Verhandlung als Erstbeklagter: Obwohl der Text sprachlich nicht enthalte, dass die Angehörigen des Partisanenbunds auf dem Kossuth Platz auch geschossen hätten, sei er während des Abfassens der Fußnote davon ausgegangen, dass sie geschossen hätten. Und diese Interpretation erhalte er auch heute aufrecht, bekenne sich dazu. Zum Beweis für seine Behauptung reichte er beim Gericht neben anderen Belegen verschiedene Kapitel aus den Büchern von *András Hegedűs's 'A történelem és a hatalom igazságtételben'* (Im Bann von Geschichte und Macht) sowie *Mihály Berkis 'Hadsereg vezetés nélkül 1956'* (1956 – Armee ohne Führung) und *László Földes's 'A második vonalban'* (In zweiter Linie) ein, worin ähnliche Formulierungen veröffentlicht worden seien. Der Vorsitzende der Partei Ungarischer Oktober erklärte zugleich, er wolle wegen eines volksfeindlichen Verbrechens Anzeige gegen Unbekannt erstatten. Dr. János Kálmán erklärte als Rechtsbeistand des Bunds der Ungarischen Widerstandskämpfer und Antifaschisten, dass er seine Klage auch weiterhin aufrechterhalte. Er habe nichts gegen das Beweisverfahren des Beklagten einzuwenden und bitte um Zustellung der Schriften.<sup>517</sup>

Der Richter vertagte die Sitzung auf den 7. Februar 1990.

In der Nummer vom 15. Dezember 1989 berichtete die *Népszabadság* davon, dass László Földes, „pensionierter Generaldirektor von Hungexpo und ehemaliger stellvertretender Innenminister“, die Redaktion in einem Brief darum gebeten habe, die Leser darüber zu informieren, dass er einen Verleumdungsprozess „gegen György Krassó und gegen den Verlag“ angestrengt habe.

„Das habe ich als Individuum getan, denn ich wollte mich nicht unter den Schutz irgendeiner Organisation stellen. Es hat sich so entwickelt, dass der vom Bund angestrengte Prozess früher stattgefunden hat. Doch ich vertraue darauf, dass es auch in meinem Fall bald zu einer Verhandlung kommen wird. Wie bereits erwähnt, habe ich beim Salvenfeuer vor dem Parlament keine Rolle gespielt. Darüber bin ich im nachhinein informiert worden. Reinen Gewissens sehe ich der Gerichtsverhandlung entgegen.“<sup>518</sup>

<sup>516</sup> *Könyvper a Markóban. Krassó kontra Földes* (Munkatársunktól) (Buchprozess im Markó-Gericht. Krassó kontra Földes - von unserem Mitarbeiter), *Népszabadság*, 30. November 1989, S. 5

<sup>517</sup> ebd.

<sup>518</sup> *Csak ezután következik: Krassó kontra Földes per* (Das folgt erst noch: Prozess Krassó kontra Földes),

László Földes strengte also wegen der Fußnote extra einen Verleumdungsprozess an. Dies wäre der zweite Prozess.

Vom folgenden Verhandlungstag im Prozess des Partisanenbunds gegen Krassó berichtete die *Népszabadság* in ihrer Nummer vom 8. Februar 1990. In der Zwischenzeit wies die Generalstaatsanwaltschaft der Hauptstadt Budapest Krassós Klage zwecks Untersuchung des Salvenfeuers vom Kossuth Platz zurück.

„Der vorsitzende Richter Mátyás Mészáros teilte Krassó mit, dass die Generalstaatsanwaltschaft der Hauptstadt Budapest ein Ermittlungsverfahren in Verbindung mit seiner bei der letzten Verhandlung gemachten Anzeige gegen Unbekannt wegen eines volksfeindlichen Verbrechens zurückgewiesen hat.“<sup>519</sup>

Krassós Initiative, die Sache des Salvenfeuers vom Kossuth Platz vor Gericht zu bringen, war nicht von Erfolg gekrönt. Den Prozess gegen den Partisanenbund aber gewann er. Sein Urteil begründete der Richter mit der Freiheit der Meinungsäußerung. Krassós Einstellung in Verbindung mit dem Einreichen der Beweise erwies sich als ein wenig nachlässig. Doch in der Argumentation war er ausgezeichnet. Er berief sich auf den Historiker László Varga, auf dessen gerade erschienene Studie zum Thema. Auch die gesellschaftliche Stimmung kam ihm entgegen.

Es wurde keine Berufung eingelegt. Der zweite und zugleich letzte Verhandlungstag lässt sich ebenfalls mit Hilfe der Zeitungsberichte rekonstruieren:

„Gestern Nachmittag reichte Dr. János Kálmán bei der unter Leitung von Dr. Mátyás Mészáros stehenden Kammer des Pester Zentralen Bezirksgerichts als Rechtsbeistand des Klägers weitere Dokumente ein. Damit wollte er beweisen, dass es dazu, wer anno dazumal in die Menge geschossen hat, verschiedene Vermutungen gibt. Doch in keiner einzigen dieser Vermutungen, wonach sowjetische Soldaten, Aufständische, ehemalige Staatssicherheitsdienstler geschossen haben könnten, werden die Angehörigen des damaligen Partisanenbunds erwähnt. Krassó, der genau so 'pünktlich' war, sich um genau so viele, nämlich um zwanzig Minuten verspätete wie bei dem vorangegangenen Verhandlungstermin, sagte, in den vergangenen Monaten habe er keine Zeit gehabt, das eigene ergänzende Material beim Gericht einzureichen. Er berief sich im weiteren darauf, dass er auch den in der Zwischenzeit in der Zeitung *Magyar Nemzet* erschienenen Artikel des Historikers László Varga zu den Akten geben könne. In dem Artikel werde seine Behauptung bestätigt. (...) Danach fand ein kurzes Hin und Her dazu statt, ob die Verhandlung wegen des Einreichens sonstigen Materials vertagt werden solle. Doch schließlich verzichteten die Konfliktparteien darauf. Daraufhin zog sich das Gericht zur Urteilberatung zurück.

Anschließend verkündete Mátyás Mészáros im Namen der Volksrepublik das Urteil. Die Klage der

---

*Népszabadság*, 15. Dezember 1989, S. 5

<sup>519</sup> K. J. T.: *Krassó kontra ellenállók 1:0 avagy meddig terjed a véleménynyilvánítás szabadsága (Krassó kontra Widerstandskämpfer 1:0 oder wie weit die Freiheit der Meinungsäußerung geht)*, *Népszabadság*, 8./10. Februar 1990, S. 10

Ungarischen Widerstandskämpfer und Antifaschisten wurde abgewiesen. Dem Kläger wurde die Zahlung der Prozesskosten auferlegt. In der Urteilsbegründung heißt es unter anderem, dass ein jeder bei der Beurteilung eines bis heute noch nicht endgültig erforschten und diskutierten historischen Ereignisses von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machen dürfe. Dies insbesondere dann, wenn die Ausdrucksweise nicht verletzend sei. Und das könne von jenen gewissen Fußnoten nicht behauptet werden.<sup>520</sup>

Dr. János Kálmán, der Rechtsbeistand des unterlegenen Klägers, äußerte sich nach dem Prozessende gegenüber dem Journalisten Tibor J. Kéri auf dessen entsprechende Frage, dass er mit der juristischen Argumentation des Gerichts nicht einverstanden sei, weil sich seiner Auffassung zufolge die freie Meinungsäußerung auf die Bewertung beziehe, nicht aber darauf, ob etwas passiert sei oder nicht. Ebenfalls nach dem Prozess sagte Krassó in einem Interview:

„Sollte auch nur ein einziges Urteil gefällt werden, demzufolge eine Vermutung im Zusammenhang mit einem wichtigen historischen Ereignis nicht veröffentlicht werden dürfte, so würde das tatsächlich den Tod der Wissenschaft bedeuten, wie dies auch der junge Historiker László Varga formuliert hat. Doch es kann auch sein, dass sie die Urteile 'aufgeteilt' haben: Das jetzt lassen sie mich gewinnen, das andere dagegen werde ich verlieren. Der nächste gegen mich und den Verlag von László Földes angestrengte Prozess wird in der kommenden Woche stattfinden.“<sup>521</sup>

Krassó erkannte, dass sich die Kräfteverhältnisse zu Gunsten von Földes umgruppiert hatten. Daraus leitete er die Wahrscheinlichkeit ab, dass man ihn im ersten Prozess nicht verurteilen würde, während er im folgenden keine Chance haben würde. Interessanterweise erinnerte die Zeitung *Népszava* in ihrer Nummer vom 5. Februar 2000 im *Tagebuch '90*<sup>522</sup> an den Prozess Partisanenbund kontra Krassó, worin von den zehn Jahre zurückliegenden sieben Ereignissen die Rede ist.

Vor dem Budaer Zentralen Bezirksgericht fand der Prozess zwischen László Földes als Kläger und György Krassó und dem Aura Verlag als Beklagtem wegen derselben Fußnote statt. Der Prozess war langwieriger als der vorangegangene, lief zwischen November 1989 und Januar 1991. Keine einzige Zeitung entsandte an allen Verhandlungstagen einen Korrespondenten. Deshalb lässt sich der Prozess aufgrund von Zeitungsartikeln nicht vollständig rekonstruieren. Da aber verschiedene Zeitungen darüber schrieben, konnten sich viel mehr Leser über die bloße Tatsache, dass ein solcher Prozess im Gange ist, informieren. In erster Instanz war das Budaer Bezirksgericht, in zweiter Instanz das Gericht der Hauptstadt zuständig.

Aus *Szabad Föld* ist am 5. Juni 1990 zu erfahren, dass ein

„Prozess wegen Verletzung des Persönlichkeitsrechts“ geführt wird, angestrengt von László Földes (dem

---

<sup>520</sup> ebd.

<sup>521</sup> ebd.

<sup>522</sup> *Naptár – 7. Februar '90* (Kalender – 7. Februar 1990), *Népszava*, 5. Februar 2000, S. 6

einstigen stellvertretenden Innenminister) gegen György Krassó, den Vorsitzenden der Partei Ungarischer Oktober. Földes prozessiere deshalb, weil Krassó in dem Buch von Bill Lomax in einer Fußnote ihn für das Massaker vor dem Parlament am 25. Oktober 1956 verantwortlich mache. Die Verhandlung sei erneut vertagt worden.<sup>523</sup>

Die *Népszabadság* berichtete in ihrer Nummer vom 28. Juni 1990 über den Ausgang der Verhandlung in erster Instanz. Krassó habe den Prozess verloren:

„Es hat den Anschein, dass der im vergangenen November /1990/ ausgebrochene Skandal wegen des Lomax-Buches *Magyarország 1956* (Ungarn 1956) ein Ende genommen hat. Wie bereits früher berichtet, war György Krassó der Übersetzer des erwähnten Werks, das er nicht nur übersetzt, sondern auch mit Fußnoten versehen hat. (...) Deshalb hat László Földes gegen György Krassó und den Aura Verlag einen Prozess angestrengt. Gestern hat Dr. Ilona Matheidesz, Kammervorsitzende des Budaer Zentralen Bezirksgerichts, das Urteil verkündet. Das Gericht hat die Beklagten verpflichtet, binnen einer Frist von dreißig Tagen schriftlich öffentlich Genugtuung zu leisten und die Prozesskosten zu zahlen.“<sup>524</sup>

Genau das, was Krassó in der Sache nach dem vorangegangenen gewonnenen Prozess prophezeit hatte, ist eingetreten, nämlich dass der folgende Prozess mit seiner Verurteilung enden werde. Der von László Földes angestrengte Prozess genöß Vorrang. Hinter der Führungsfigur schlossen sich die Machtkräfte zusammen, und die Angehörigen des in den Artikeln nicht genannten Partisanenbunds blieben sich selbst überlassen. Die beiden einander widersprechenden Gerichtsurteile spiegelten eigentlich gut die ungarische Lage wider, dass nämlich in wichtigen Fragen keine eindeutige Stellungnahme erfolgt, dass die Fragen der Vergangenheit offen und auf ewig unentschieden bleiben, dass die moralische Genugtuung, wonach eine Chance zur Vergebung bestanden hätte, ausgeblieben ist. Nach Mária Wittner, die bei einem Teil der Prozesse anwesend war<sup>525</sup>, war Krassó „ein redlicher“, „mit phantastischer sozialer Sensibilität gesegneter“, „niemals opportunistischer“, „wahrer Freiheitskämpfer“.<sup>526</sup>

In ihrer Nummer vom 9. Januar 1991 berichtete die *Magyar Nemzet* vom Urteil in zweiter Instanz, das Krassós Verurteilung in erster Instanz bestätigte:

„Das Gericht der Hauptstadt war am Dienstag auch in zweiter Instanz mit dem Urteil erster Instanz in dem Prozess László Földes kontra Dr. György Krassó einverstanden. Demzufolge hat György Krassó in dem Buch von Bill Lomax über die ungarische Revolution von 1956 eine Fußnote eingefügt, die den Ruf von László Földes geschädigt hat. Der beanstandete Teil lautet wie folgt: 'Nach den am glaubwürdigsten scheinenden

---

<sup>523</sup> *Krassó-Prozess, Szabad Föld*, 5. Juni 1990, S. 9

<sup>524</sup> *Krassó hat den Prozess verloren* (von unserem Mitarbeiter), *Népszabadság*, 28. Juni 1990, S. 4

<sup>525</sup> Mária Wittners mündliche Mitteilung

<sup>526</sup> Lajos Pogonyi: *Nem ezt akartuk* (Nicht das ist es, was wir gewollt haben), (Interview mit Mária Wittner), *Népszabadság*, 22. Oktober 1992, S. 23

Informationen wurden die mit Maschinengewehren bewaffneten Abteilungen des Partisanenbunds, von denen die Dächer um das Parlament besetzt worden waren, vom späteren stellvertretenden Innenminister László Földes organisiert und befehligt.' Das Urteil vom Dienstag erwähnt, dass *der betreffende Einschub die Ehre und auch die menschliche Würde beeinträchtigt hat*. Wie bekannt, hat György Krassó wegen der Fußnote schon vor Gericht gestanden und gegen den damaligen Geschädigten, die Angehörigen des Partisanenbunds, den Prozess in zweiter Instanz gewonnen.<sup>527</sup> Das Gericht betonte, dass Krassó als Grundlage der betreffenden Meinungsäußerung Quellen angegeben habe, aus deren Behauptungen nicht rational und logisch die László Földes betreffende Feststellung resultiere. Das Gericht hob weiterhin hervor, dass Krassó, da von lebenden Personen die Rede sei, *an sich selbst höhere Anforderungen hätte stellen müssen*, nur so überzeugende und begründete Behauptungen hätte mitteilen dürfen. Die Verteidigung hätte gern Ervin Hollós, der nach der Revolution kommunistischer Leiter der mit der Klärung der Ereignisse betrauten Untersuchungskommission gewesen war, zur Verhandlung vorgeladen. Hollós *rettete sich* unter Berufung auf seinen Gesundheitszustand. Das Innenministerium vermochte für das Gericht kein einziges Dokument zum Salvenfeuer auf dem Kossuth Platz am 25. Oktober 1956 zu produzieren. Im Sinne des Urteils war Krassó gezwungen, seine Behauptung zurückzunehmen und die Korrektur der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.<sup>528</sup>

## 8.5. Krassós Eingabe im Prozess gegen László Földes

Im Prozess gegen den Rechtsnachfolger des Partisanenbunds hatte Krassó keine Eingabe gemacht, durch die er die Behauptung seiner Fußnote hätte unterstützen können, wonach die mit Maschinengewehren bewaffneten Abteilungen der Angehörigen des Partisanenbunds während des Salvenfeuers die Dächer der Gebäude um das Parlament besetzt gehabt hätten. Als Hauptargument im bereits in erster Instanz gewonnenen und abgeschlossenen Prozess zitierte er den am 11. Dezember 1989 in der *Magyar Nemzet* erschienenen Artikel *Wissenschaft vor Gericht* des Historikers László Varga: „Beweise mit Hilfe von Dokumenten, insbesondere die entsprechende gerichtliche Forderung danach, wären gleichbedeutend mit der Vereitelung historischer Forschungsarbeit.“

Der zweite Verleumdungsprozess, worin es um die Behauptung ging, der spätere erste Stellvertreter des Innenministers László Földes habe die bewaffneten Partisanenabteilungen organisiert, endete auch in zweiter Instanz mit Krassós Verurteilung. In seiner noch für das erstinstanzliche Gericht am 7. Mai 1990 eingereichten schriftlichen Erklärung<sup>529</sup> machte Krassó mit seinen Informationsquellen bekannt. Insgesamt neun Quellen nannte er.

Die Quellen waren nur dazu berufen, eine von vornherein existierende Hypothese zu beweisen oder zu bestreiten. Krassós Annahme in Verbindung mit dem Salvenfeuer vom 25.

---

<sup>527</sup> Der Journalist schreibt irrtümlich, dass Krassó den ersten Prozess in zweiter Instanz gewonnen habe.

<sup>528</sup> (haller): Ohne Titel, *Magyar Nemzet*, 9. Januar 1991

<sup>529</sup> T. Budai Központi Kerületi Bíróság... (*Sehr geehrtes Budaer Zentrales Bezirksgericht...*) (7. Mai 1990). In: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]): *Maradj Velünk! Krassó György írásai* (Bleib bei uns! György Krassós Schriften), MagánZárka Kiadó, Wien, S. 319-326

Oktober 1956 auf dem Kossuth Platz ging davon aus, dass die Angehörigen des Partisanenbunds und László Földes einen entscheidenden Einfluss auf den tragischen Ausgang der Geschehnisse gehabt hätten.

Wie war Krassó zu dieser Annahme gelangt? In der als erste genannten Quelle ging es darum. Seine diesbezüglichen Informationen stammten von Vera Pártos, István Eörsis erster Frau. Deren Stiefvater war Mihály Sárvári, Angehöriger des Partisanenbunds. Getroffen hatte Krassó ihn nie, obwohl er sich darum bemüht hatte. Der nach 1956 gleichfalls verurteilte Schriftsteller István Eörsi war einer der besten Freunde von Krassós Bruder Miklós. Nach György Krassós Erinnerung begegnete er Vera Pártos 1968 auf dem Kossuth Platz. Vermutlich wegen des Ortes kamen sie auf einen der tragischsten Tage der Revolution zu sprechen. Und so setzte sie ihn indirekt davon in Kenntnis, dass sich an jenem ominösen Tag auch Mihály Sárvári als Angehöriger des Partisanenbunds auf dem Dach eines der Gebäude befunden habe. Demzufolge gewann György Krassó die Überzeugung, dass die Angehörigen des Partisanenbunds bei dem Salvenfeuer vom 25. Oktober 1956 auf dem Kossuth Platz eine Rolle gespielt haben mussten. Seine eigene Glaubwürdigkeit und die der bereits verstorbenen Vera Pártos wollte er durch Zeugenaussagen beweisen, was natürlich für sich genommen lächerlich war. Doch eine andere rechtliche Möglichkeit blieb ihm nicht. Der Prozess, in dem sich Krassó in der Defensive befand, führte nicht zur Tatsachenaufdeckung eines der tragischsten Momente der ungarischen Revolution. Zur Klärung der Geschehnisse gab es auch nach der Systemwende keinen politischen Willen.

Als zweites berief er sich auf eine Artikelserie zum 25. Jahrestag der 56er Ereignisse, die in dreizehn Teilen in der *Népszabadság* unter dem Titel *Ez történt* (Das war geschehen) erschienen war. Verantwortlich für die von den Mitarbeitern der Zeitung unter Verwendung von zeitgenössischen Dokumenten und Fachliteratur verfassten Artikel zeichnete Péter Rényi. Jenő Szánta schrieb das dreiteilige Kapitel *A négy ok* (Die vier Gründe). Das vierteilige Kapitel *A tizenhárom nap* (Die dreizehn Tage) stammte von László Szabó, die ersten drei Teile des Kapitels *Az ellenforradalomtól a konszolidációig* (Von der Konterrevolution bis zur Konsolidierung) schrieb István Pintér, jeweils einen weiteren Teil Ferenc Várnai, József Sólyom sowie Imre Vértes. Am 27. September 1981 war in der *Népszabadság* unter dem Titel *Miért kerkedtek felül a reakció erői?* (Warum gewannen die Kräfte der Reaktion die Oberhand?) folgendes zu lesen:

„Als Ergebnis der mobilisierenden Aufrufe der Partei setzte auch die Organisation der revolutionären Kräfte ein. Die einstigen Partisanen gehörten zu den ersten, die zu den Waffen griffen. Am 25. Oktober meldeten sich bereits dreihundert beim Partisanenbund. Sie nahmen an mehreren Aktionen, am Schutz wichtiger öffentlicher Gebäude teil. Sie halfen auch bei der Rückeroberung der Zentrale der Zeitung *Szabad Nép*, die zusammen mit dem Rundfunkgebäude von Konterrevolutionären besetzt worden war. Bei fast jeder Bezirksparteileitung

meldeten sich Kommunisten zu Hunderten, um die Parteizentralen zu schützen.“<sup>530</sup>

Krassó hob hervor, dass es nur am 25. Oktober vor dem Parlament zu Kampfhandlungen gekommen sei.

Beim Sturm auf den Rundfunk am 23./24. Oktober war Krassó zugegen. In der Nacht vom 24. zum 25. wurde er in der Nádorstraße, auf der Rückseite des Innenministeriums, verhaftet. Am 30. wurde er infolge des vorübergehenden Siegs der Revolution aus der Staatssicherheitshaft entlassen. Während des Massakers auf dem Kossuth Platz befand er sich im Gefängnis in der Főstraße. László Szabó<sup>531</sup>, bekannt als Chefredakteur des Fernseh-Kriminalmagazins *Blaulich*, „schrieb, redigierte und leitete über dreieinhalb Jahrzehnte bei der *Népszabadság*, dem zentralen Blatt der Partei, die innenpolitische Spalte“<sup>532</sup>, was wenigen bekannt war. Ein Kollege, der in der Zeit der Systemwende zur *Népszabadság* gekommen war, schrieb über ihn: „Von ihm habe ich gelernt, dass man die Quelle nicht an die Öffentlichkeit bringt, wenn die Informationen lediglich dazu gedacht sind, eine Entwicklung verständlich zu machen (...), weil wir sonst beim nächsten Mal von der Quelle keine Information bekommen. Doch wenn der Informant seine Information nicht an eine Bedingung knüpft, dann machen wir sie der Öffentlichkeit zugänglich.“<sup>533</sup> 1981 konnte man die 1956er Rolle des Partisanenbunds noch in der Schwebe lassen. Das konnte László Szabó als verantwortlicher Redakteur für die Innenpolitik genau einschätzen. Als junger Journalist mochte er bei der Besetzung und Wiedereinnahme des Hauptgebäudes der Zeitungen *Szabad Nép/Népszabadság* zugegen gewesen sein oder von Augenzeugen davon gehört haben. Seine Quellen nannte er nicht. Doch das Lesen zwischen den Zeilen half beim Verständnis der Zusammenhänge. Auch Krassó konnte die hingeworfenen Halbsätze der Propaganda entschlüsseln. Doch diese nach einem viertel Jahrhundert durchgesickerten Informationen waren vor Gericht als Beweis nicht ausreichend. Krassós Logik sagte ihm, selbst die Kommunisten hätten dasselbe behauptet, als sie noch alle Macht in Händen hielten. Doch vergebens.

Als dritte Quelle nannte Krassó eine gewisse Stelle<sup>534</sup> im Interviewband, den Zoltán Zsille mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten András Hegedűs herausgegeben hatte, erschienen 1985 in Wien unter dem Titel *Élet egy eszme árnyékában* (Leben im Schatten einer Idee, deutsch, leicht gekürzt, 1986, Ammann Verlag Zürich), 1988 im Budapester Kossuth Verlag unter dem Titel *A*

<sup>530</sup> László Szabó: *Ez történt. 5. Miért kerekedtek felül a reakció erői?* (Warum gewannen die Kräfte der Reaktion die Oberhand?), *Népszabadság*, 27. September 1981

<sup>531</sup> László Szabó (1931 – 2015), Journalist. Zwischen 1964 und 1989 war er Moderator des Kriminalmagazins *Blaulich* beim Fernsehen. Im August 1989 verließ er die Medien und eröffnete ein privates Detektivbüro.

<sup>532</sup> Róbert Friss: *László Szabó gestorben*, *Népszava online*, 8. November 2015 (Stand: Januar 2017)

<sup>533</sup> László Zöldi: *Médianapló – A kétfényes Szabó László fejfájára* (*Medientagebuch – Auf das Holzgrabmal vom Blaulicht-Szabó*), *medianaplo.blog.hu*, 10. November 2015 (Stand: Juni 2017)

<sup>534</sup> András Hegedűs: *A történelem és a hatalom igézetében* (*Unter dem Joch von Geschichte und Macht*), Kossuth Kiadó, 1988, S. 297.; *T. Budai Központi Kerületi Bíróság... (Sehr geehrtes Budaer Zentrales Bezirksgericht...)* (7. Mai 1990) *Ügyszám* (Aktenzeichen): 2. P. 23972/1989., in: *Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán* (Hrsg.) (o. J. [1991]): *Maradj Velünk! Krassó György írásai* (*Bleib bei uns! György Krassós Schriften*), *MagánZárka Kiadó*, Wien, S. 321



*történelem és a hatalom igézetében* (Unter dem Joch von Geschichte und Macht). Bei Ausbruch der Revolution 1956 war András Hegedűs amtierender Ministerpräsident. In den 1970er und achtziger Jahren leitete er das Institut für Soziologie, das als eines der Sammelbecken und Zufluchtorte für die Budapester Opposition galt. Das Problem mit der Berufung auf diese Quelle bestand darin, dass auch András Hegedűs vorsichtig formuliert hat. Einerseits schränkte er seine Aussage durch die Formulierung „es scheint so“ ein, die auch Krassó von ihm übernommen haben mochte. Andererseits war gleichermassen von Staatssicherheitsdienstlern und ehemaligen Partisanen die Rede. Auch nannte er nicht den für die Erteilung des Feuerbefehls Verantwortlichen. Vielleicht besaß er diese Information gar nicht. In einer früheren Fassung sprach er jedenfalls ausschließlich von Staatssicherheitsdienstlern.<sup>535</sup> András Hegedűs kam also im Földes-Prozess für Krassó als Zeuge nicht infrage.

Die vierte Quelle war als Beweis dafür berufen, dass der Partisanenbund innerhalb des Gebäudes ein Waffenlager besaß. Krassó kannte jemanden, den er in seiner Eingabe nicht namentlich nannte, doch der bereit gewesen wäre, vor Gericht zu bezeugen, dass er „aufgrund eines direkten Berichts Kenntnis davon besitzt, dass ein Teil der Schüsse auf dem Ságvári Platz (heute Vértanúk tere) im V. Bezirk aus dem Gebäudekomplex Nádorstraße/ Ecke Vécseystraße abgefeuert worden sind. (...) Im Inneren des Gebäudekomplexes waren ein Schießplatz und ein Waffenlager untergebracht.“<sup>536</sup> Der Partisanenbund befand sich in diesem Gebäudekomplex.

Die fünfte Quelle war dazu berufen zu beweisen, dass der erste gefallene Schuß mit dem Partisanenbund in Verbindung zu bringen sei. Aus dem Artikel des Wochenblatts *Reform* vom 15. September 1989<sup>537</sup> geht hervor, dass gemäß dem Augenzeugen József Kaló der erste Schuß aus diesem Gebäudekomplex abgegeben worden sei.

Die sechste Quelle bezog sich auf einen Experten. Nach Dr. Berkis Auffassung in seinem Buch *Hadsereg vezetés nélkül (Armee ohne Führung)*<sup>538</sup> macht er mit dem Salvenfeuer auf dem Kossuth Platz bekannt: „Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass“ die Angehörigen der Staatssicherheit und die einstigen Partisanen „mit Seriefewerwaffen“ geschossen haben.

Als siebente Quelle berief sich Krassó auf einen 1956er Angestellten beziehungsweise Augenzeugen des Landwirtschaftsministeriums, das heißt auf dessen dem *Mai Nap* gegebenes Interview<sup>539</sup>, wonach nicht vom Dach des Landwirtschaftsministeriums auf die Menge geschossen worden sei, sondern aus dem Gebäude des Partisanenbunds. Die Menschen an der

---

<sup>535</sup> András Hegedűs: *Élet egy eszme árnyékában (Leben im Schatten einer Idee)*, Életrajzi interjú (Biographisches Interview, aufgenommen von Zoltán Zsille, („Die auf dem Dach des Landwirtschaftsministeriums befindlichen Staatssicherheitsdienstler schossen auf die Menge auf dem Platz. Der einen Vermutung zufolge nahm dies der dortige Staatssicherheitskommandeur auf seine eigene Kappe.“), S. 275

<sup>536</sup> Krassó (7. Mai 1990), in: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]), S. 322 f

<sup>537</sup> *Reform*, 15. September 1989, S. 20

<sup>538</sup> Dr. Berki Mihály: *Hadsereg vezetés nélkül (Armee ohne Führung)*, Magyar Média, 1989, S. 58

<sup>539</sup> *Mai nap*, 13. März 1990. S. 13

Straßenbahnhaltestelle hätten in der Schußlinie gestanden. Dort habe es besonders viele Tote gegeben.

Bei Krassós als achte Quelle genanntem Zeugen, Dezsó Mekis, handelte es sich um eine noch nirgendwo publizierte Schrift. Es wird nicht klar, wann und wie Krassó mit ihm Kontakt aufgenommen hat. In der Eingabe wird dessen Wohnanschrift genannt. Jedenfalls behauptete er einerseits, dass der Massenmord auf dem Kossuth Platz im voraus geplant, eine sorgfältig organisierte Aktion gewesen sei. Andererseits sei die Organisation der Militäraktionen, angefangen von der Nacht des 23. Oktober, Aufgabe der Militärkommission gewesen, deren einer Führer László Földes gewesen sei.

Die neunte Quelle waren László Földes's 1984 publizierte Memoiren *A második vonalban (In zweiter Linie)*, worin er seine eigene Rolle beschreibt. Auch auf dieser Grundlage konnte Krassó lediglich glaubhaft machen, dass 80-100 Angehörige des Partisanenbunds am Salvenfeuer vor dem Parlament beteiligt waren, was von Földes zugegeben wurde.

Krassó schrieb nirgendwo eindeutig, dass László Földes den Feuerbefehl gegeben habe. Doch das dachte er und machte daraus auch vor Gericht kein Geheimnis. Die Eingabe ist das einzige erhalten gebliebene und zugängliche Gerichtsdokument. Das zweitinstanzliche Urteil ist nicht entsorgt worden, kann aber namentlich nicht gesucht werden. In der Eingabe schrieb Krassó, dass

„László Földes nach meiner Einschätzung wissen muss, wer am 25. Oktober 1956 vor dem Parlamentsgebäude auf die unbewaffnete Menge geschossen hat. Nach der im Blut erstickten Revolution wurde Földes Vorsitzender der besonderen Kaderkommission der MSZMP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei). Er untersuchte 'die Haltung der höchsten Amtsträger während der Konterrevolution'. In dieser Eigenschaft schloß er nach eigenen Angaben drei Minister, zehn stellvertretende Minister und vier Generäle aus der Partei aus und entband sie von ihren Posten. (...) Während der Jahrzehnte währenden Vergeltung, jedoch am brutalsten bis 1962, war das Innenministerium bemüht, alle Ereignisse der Revolution bis ins kleinste Detail aufzuklären. Wenn der Kläger László Földes meine in der Fußnote enthaltene Vermutung leugnet, dann soll er die Wahrheit erzählen. Vierunddreißig Jahre danach ist die Zeit dafür gekommen! (Dies um so mehr, als die Militärstaatsanwaltschaft in der Sache meiner Anzeige wegen des volksfeindlichen Verbrechens vom 25. Oktober 1956 ein Ermittlungsverfahren abgelehnt hat.)“<sup>540</sup>

Krassó wollte die Gerichtsverhandlungen nutzen, um zu klären, was sich am 25. Oktober 1956 vor dem Parlament tatsächlich abgespielt hat. Doch vergebens.

---

<sup>540</sup> Krassó (7. Mai 1990), in: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]), S. 325 f

## 8.6. Ende des Prozessierens

Das zweitinstanzliche Urteil im Prozess gegen László Földes traf Krassó zutiefst. Nicht unbedingt persönlich, sondern wegen der Sache von 1956, deren lautstarke und niemals wankende Figur er in der Kádár-Ära gewesen war. Die Niederlage verhalf ihm auch zu der Erkenntnis, dass das Bedürfnis an einer Aufarbeitung der Vergangenheit nicht nur aus dem politischen Raum verdrängt wurde, sondern dass auch das Gericht nur dem Recht diene und nicht der von ihm erhofften Gerechtigkeit.

Die Urteilsverkündung fand am 8. Januar 1991, einem Dienstag, statt. Wenige Tage später, am 13. Januar, einem Sonntag, bei einer Veranstaltung zu Ehren des siebzigsten Geburtstags des Schriftstellers Miklós Mészöly, erlitt er einen Herzinfarkt. Am 12. Februar 1991 verstarb er. Auf seine Weise war der Revolutionär von 1956 ein Opfer des Massakers vom Kossuth Platz geworden.

Die Diskussion über das Salvenfeuer auf dem Kossuth Platz ist auch seither nicht abgeschlossen. Der Historiker András Kő ist zu der Schlussfolgerung gelangt, dass die auf dem Kossuth Platz versammelte Menge der falschen Nachricht gefolgt war, dass Imre Nagy eine Rede halten würde und dass der KGB-Chef Iwan Serow, von der Sitzung der Zentralen Führung der MDP in der Parteizentrale der Akadémiastraße 17 kommend, den Feuerbefehl gegeben habe:

„Die Verwundeten oder Toten auf dem Kossuth Platz sind Opfer des sowjetischen Salvenfeuers geworden! Eine Ausnahme bilden die Toten und Verwundeten des vor der Parteileitung in der Akadémia utca sich abspielenden Feuergefechts, als die sogenannten 'blauen' beziehungsweise 'grünen' Staatssicherheitsdienstler irrtümlich aufeinander geschossen haben.“<sup>541</sup>

Dieser Standpunkt wälzt die Verantwortung von den Ungarn ab. Da die Sowjets als solche nicht mehr existieren, gibt es niemanden mehr, der sich gegen diese Sicht stemmen könnte. Ein dazu gegensätzlicher Standpunkt wird von den Historikern László Varga oder László Eörsi vertreten, denen zufolge in dem entstandenen Durcheinander keine Verantwortlichen benannt werden können. Edit Kéri, die ähnlich wie Krassó einen Partisanenprozess verloren hat, suchte nach persönlichen Zusammenhängen dafür, weshalb es keinen politischen Willen gebe, das Massaker vom Kossuth Platz zu klären. Krassó lag nichts daran, persönlich zu werden. Für ihn hatte die Klärung der 56er Sache und einzelner Ereignisse Vorrang. Der Gedanke, dass sich während der Revolution die Macht für einige Tage in den Händen des Volks befunden habe, war eine Illusion. Als das am 24. Oktober im Rundfunk verkündet wurde und Imre Nagy noch nicht Ministerpräsident war, tauchten bereits russische Kampfpanzerverbände in der Hauptstadt auf. Am 25. Oktober, als er bereits Regierungschef war, richteten selbsternannte Militärkommandeure ohne sein Wissen das Blutbad auf dem Kossuth Platz an. Anderntags wurde auf dem Köztársaság tér, dem Platz der Republik, an

<sup>541</sup>Kő, András: *Kossuth tér, 1956*, Rubicon 2010/09, [www.rubicon.hu/megrendelheto/termek.../ko\\_andras...ter.../0](http://www.rubicon.hu/megrendelheto/termek.../ko_andras...ter.../0)

Staatssicherheits Soldaten Vergeltung geübt. Das wiederum diente als Vorwand dafür zu organisieren, wer die kommunistischen Führer Ungarns sein sollten, die von den Sowjets militärisch zu unterstützen sein würden. János Kádár war der Auserwählte. Mit seinem Tod gelangte Imre Nagy endgültig an die Spitze der Revolution. Krassó wurde zum Verfechter der Revolutionsidee.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass György Krassó in der Zeit der Systemwende wegen der zu seiner Übersetzung von Bill Lomax' Buch *Magyarország 1956* (Ungarn 1956) geschriebenen Fußnoten zwei Presseprozesse über sich ergehen lassen musste. Am 5. Februar 1990 wurde der von Krassó gewonnene Prozess des Bunds der Ungarischen Widerstandskämpfer und Antifaschisten, des Rechtsnachfolgers des Bunds der Partisanen, gegen Krassó und seinen Verlag erstinstanzlich abgeschlossen. Das zuständige Pester Bezirksgericht argumentierte in seinem Urteil, dass jedermann bei der Beurteilung strittiger historischer Ereignisse von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machen dürfe. Krassó hatte das Gefühl, dass sein Freispruch nicht endgültig sein würde. Denn die Kräfteverhältnisse veränderten sich zu Gunsten von László Földes, des 56er Führers der Partisanen. Und er sollte sich nicht irren. Der nach dem vorangegangenen Freispruch angestregte Prozess László Földes gegen Krassó und dessen Verlag ging für die Beklagten erstinstanzlich verloren. Das Budaer Zentrale Bezirksgericht ordnete am 27. Juni 1990 eine schriftliche Genugtuung an sowie eine Veröffentlichung des auszuführenden Teils des Urteils. In der Berufungsinstanz unterlag Krassó gleichfalls. Das Gericht der Hauptstadt Budapest hielt am 8. Januar 1991 fest, die Beklagten hätten den Ruf des Klägers beschädigt. Aus den Quellen folge Krassós Behauptung, dass László Földes für das Massaker am 25. Oktober 1956 auf dem Kossuth Platz verantwortlich gewesen sei, nicht ursächlich und logisch. Das Gericht verpflichtete Krassó zu einer Berichtigung.

Die widersprüchlichen Gerichtsurteile waren eine Spiegelung dessen, dass es für eine Klärung der Geschehnisse auf dem Kossuth Platz keinen politischen Willen gab. Aber warum nicht? Deshalb, weil die Angehörigen des Bundes der Partisanen eine kommunistische Elite bildeten, deren Macht und Einfluss auch nach der Systemwende fortbestanden.

Dies ist die eine Schlussfolgerung. Die andere Schlussfolgerung besteht darin, dass Krassós Nachlass nicht zufällig im Archiv der Hauptstadt Budapest aufbewahrt wird. Der Historiker László Varga, der ehemalige Direktor des Archivs, kam in Verbindung mit den Partisanenprozessen mit Krassó in Kontakt. Angesichts von Krassós Bemühungen, bei der historischen Aufarbeitung der 56er Ereignisse und den damit befassten Historikern eine Hilfestellung zu geben, wusste Varga dies richtig einzuschätzen, weshalb er sich um den Nachlass kümmerte und die beispiellos reiche Dokumentensammlung für die Forschung zur Verfügung stellte.

## 9. Als Kritiker des Systemwechsels

György Krassó kritisierte die als historischen Kompromiss bezeichnete Einheit des ungarischen Systemwechsels schon in der Zeit ihres Zustandekommens vehement. Über seine Person gehen die Meinungen auseinander. Der eine stimmt mit seiner Kritik überein, der andere hält ihn für einen wirklichkeitsfremden Revolutionär. Es stellt sich die Frage, ob ihn sein früherer politischer Realitätssinn im Stich gelassen hat oder aber ob es bequemer war, sich von seinem Klarblick zu distanzieren.

### 9.1. Der Weg der Gegenelite zu den Verhandlungen am Runden Tisch

Als Vorläufer zum Verständnis des Systemwechsels gehört das Phänomen der Herausbildung der Gegenelite. Sowohl die Rechte als auch die Linke besaß eine intellektuelle Elite, die sich nach der Revolution von 1956 gegenüber der Macht für eine voneinander abweichende Strategie entschied. Die Rechte war bemüht, mit der Macht nicht in Konfrontation zu geraten, zugleich aber den Moment nicht zu verpassen, um sich in die Politik einklinken zu können. Die Linke wählte in einer zusehends schwächer werdenden Diktatur den Weg der Illegalität: den Ausbau der zweiten Öffentlichkeit, die in gemäßigtem Rahmen bleibende Verfolgung, den allmählichen Ausbau der politischen Freiheitsrechte.

Nach der Vergeltung von 1956 kam zwischen den populistischen Schriftstellern und dem Kádár-Regime ein informelles Übereinkommen zustande. Da sie akzeptierten, die Revolution von 1956 nicht zu thematisieren, durften ihre Werke erscheinen, sodass sie eine Kontinuität der ungarischen Kultur repräsentierten. In den siebziger Jahren wandte sich die Aufmerksamkeit der Rechten dem Schicksal des Ungartums jenseits der Grenzen zu, einem offiziell nicht existierenden Problem. Die populistischen Autoren bemühten sich zwar, für die Artikulation ihrer Ansichten einen legalen Weg zu finden, was allerdings nicht bedeutete, dass sie nie in Konflikt mit der Macht geraten wären. Es kam vor, dass einige Autoren, wie Sándor Csoóri und István Csurka, mit Publikationsverbot belegt wurden.

Für den Aufbau einer Gegenelite war die Lage für die Linke noch schwieriger, da die innere Opposition der Reformkommunisten nach der Revolution von 1956 im Gefängnis gesessen haben. Imre Nagy wurde wegen seiner als Ministerpräsident der 56er Revolutionsregierung getroffenen Entscheidungen, aus dem Warschauer Vertrag auszutreten und für das Land die Neutralität zu erreichen, und weil er nicht bereit war, deshalb Selbstkritik zu üben, am 16. Juni 1958 sogar hingerichtet. Auch die anderen führenden Persönlichkeiten erlitten ein ähnliches Schicksal oder

mussten Jahre im Zuchthaus verbringen. Der Philosoph Georg Lukács kehrte aus dem rumänischen Internierungslager zurück, musste aber eine Zeitlang schweigen. Nicht die Lukács-Schule (Ágnes Heller, Mihály Vajda, György Márkus), sondern die Angehörigen des sogenannten Lukács-Kindergartens (János Kis, György Bence, János Kenedi) fanden den Weg zum Aufbau der Opposition. Ende der siebziger Jahre kam die ungarische demokratische Opposition zustande, eine Gesellschaft linker Intellektueller. György Krassó gehörte auch deshalb zur linken Opposition, weil sein nach der Revolution in den Westen geflüchteter Bruder Miklós Krassó Lukács-Schüler war. Doch eher noch um seiner selbst willen. Nicht nur deshalb, weil er nach der Revolution eine Zuchtausstrafe verbüßte, sondern auch deshalb, weil er sich ständig mit der 56er Frage beschäftigte. Im Februar 1979 hielt György Krassó in einer Privatwohnung einen Vortrag über 1956. Krassó ergriff das Wort und nahm die Schriftsteller in Schutz.<sup>542</sup> Nicht ihre nach 1956 angewandte Strategie. Er sagte, nicht die auf die Genossen Diktator Mátyás Rákosi und Stalin verfassten Oden der Schriftsteller zählten, sondern die Tatsache, dass sie während der Revolution die ungarischen Interessen vertreten hätten. Die ungarische demokratische Opposition wuchs mit dem Bruch der politischen Tabus Schritt für Schritt in die Rolle der Gegenelite hinein. Sie befasste sich nicht nur mit den Menschenrechten, sondern auch mit dem Problem der Armut. Nicht zuletzt György Krassó war es zu verdanken, dass sie auch das Thema 1956 entdeckte.

Das gemeinsame Auftreten der Rechten und der Linken war 1980 die Herausgabe des Bibó-Gedenkbands. Mit dem Lebenswerk des nach 1956 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Staatswissenschaftlers István Bibó konnten sich sowohl die Rechte als auch die Linke sowie die jüngere Generation identifizieren. Der Gedenkband wurde illegal herausgegeben, da eine offizielle Veröffentlichung von den staatlichen Stellen abgelehnt worden war. Ebenfalls ein Versuch zum Zusammenschluss beider Seiten war die sogenannte Beratung von Monor<sup>543</sup> im Sommer 1985, wovon es keine Fortsetzung gab. Eigentlich war diese Beratung der Versuch, sich vom negativen ungarischen Geschichtserbe, dem ungarischen Geteiltsein, zu befreien.

Bei den Parlamentswahlen von 1985 kam es zur Einführung einer Aufstellung mehrerer Kandidaten. Der Gesetzesvorschlag war von der Patriotischen Volksfront unter Führung von Imre Pozsgay ausgearbeitet worden. Die demokratische Opposition unternahm den Versuch, Kandidaten aufzustellen. Sie erprobte sich in einer politischen Rolle.

Die Beratung von Monor verlieh der Entwicklung der Gegenelite Schwung. Sie wurde um Experten erweitert. Monor wirkte initierend auf die Ausarbeitung politischer Strategien. Die Reformvolkswirte fertigten für Ende 1986 einen Programmentwurf an: *Wende und Reform*. Die Reformkommunisten hielten sich nicht für Oppositionelle, standen dem Kreis um Rezső Nyers nahe. Im Frühjahr 1987 verfasste die demokratische Opposition ihren Programmvorschlag, den

<sup>542</sup> György Dalos's persönliche Mitteilung.

<sup>543</sup> Referenten der Beratung von Monor: Tamás Bauer, Sándor Csoóri, István Csurka, János Kis.

*Gesellschaftsvertrag*. Im Sommer 1987 entwarf Mihály Bihari<sup>544</sup> seinen konzeptionellen Vorschlag *Reform und Demokratie*. Deshalb wurde Mihály Bihari aus den Reihen der MSZMP ausgeschlossen. György Krassó veröffentlichte alle drei Vorschläge in London in ungarischer und englischer Sprache, um sie den Interessenten zur Kenntnis zu bringen. Vergessen werden darf auch nicht, dass nach der Beratung von Monor das vierte landesweite Treffen der Fachkollegien organisiert wurde, wovon die politische Machtalternative des FIDESZ ausging.

Der *Gesellschaftsvertrag* war ein Bündnisangebot, das sich indes seitens der linken Gegenelite als Zeitverschwendung erwies. Der sich für Reformen einsetzende Imre Pozsgay nahm das Angebot deshalb nicht an, weil es mit der Aufforderung begann: „Kádár muss gehen!“<sup>545</sup> Krassó vertrat die Meinung, dass man mit den Komunisten kein Bündnis schließen dürfe.<sup>546</sup>

Die rechte Gegenelite gründete bereits am 27. September 1987, dem zweiten Treffen von Lakitelek, das Ungarische Demokratische Forum. Die linke Gegenelite zog erst am 18. November 1988 mit der Konstituierung der liberalen Partei Bund der Freien Demokraten nach. Die rechte Gegenelite brachte ab November 1988 zweiwöchentlich ihr unabhängiges und legales Blatt heraus: *Hitel* (Glaubwürdigkeit). Als Chefredakteur zeichnete Zoltán Bíró verantwortlich. Für die rechte Partei wichtige Persönlichkeiten waren in der Redaktion vertreten. Die linke Gegenelite brachte am 23. Oktober 1989 ihre erste legale Probenummer heraus, den *Beszélő* (Sprecher), der ab 1. Januar 1990 als Wochenblatt erschien.

Der im Mai 1985 abgehaltene XIII. Parteitag der MSZMP (der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei) gab auf die Probleme des wirtschaftlichen Niedergangs in Ungarn und die Gegensteuerung zum ständig sinkenden Lebensstandard keine Antworten. János Kádár nahm die Krise nicht zur Kenntnis. Die Entscheidungen wurden aufgeschoben. Der Unterdrückungsapparat des Kádár-Regimes hingegen funktionierte reibungslos. György Krassó stand wegen seiner oppositionellen Aktivitäten gerade unter Polizeiaufsicht.

Mit der Schwächung von János Kádárs Macht setzte innerhalb der Staatspartei der Kampf zwischen Hardlinern und Reformern ein. Damals konnte man noch nicht wissen, dass das kommunistische System gestürzt werden würde. Nachdem im Sommer 1987 Károly Grósz<sup>547</sup> an die Macht gekommen war, war der Nachfolgekampf vorübergehend entschieden. Imre Pozsgay und

---

<sup>544</sup> Mihály Bihari (1943 –), Jurist und Politiker. Zwischen 1972 bis zu seinem Ausschluss 1988 Mitglied der MSZMP. Gründungsmitglied des MDF. Nach dessen Konstituierung als Partei distanzierte er sich von der Partei. Auch Mitglied der Neuen Märzfront. Zwischen 1994 und 1998 Parlamentsabgeordneter für die Fraktion der MSZP. Doch sein Mandat hatte er als Parteilooser erworben. 1999-2008 und 2010-2013 Präsident des Verfassungsgerichts. Universitätsprofessor, wird für einen der Organisatoren des Studienfaches der ungarischen Politologie gehalten. Quelle: Wikipedia.

<sup>545</sup> Interview mit Ferenc Kőszeg, aufgenommen von Gabriella Kinda am 4. Mai 2016.

<sup>546</sup> ebd.

<sup>547</sup> Károly Grósz (1930 –1996), Politiker. Trat 1945 in die Kommunistische Partei Ungarns ein. Ab 1980 Mitglied im ZK der MSZMP, ab 1985 Mitglied des Politbüros der MSZMP. Zwischen 25. Juni 1987 und 24. November 1988 Vorsitzender des Ministerrats der Volksrepublik Ungarn, das heißt die Nummer Eins des Landes. Vom 22. Mai 1988 bis zur Auflösung der MSZMP Generalsekretär der Partei. Diese Funktion hatte außer ihm nur János Kádár innegehabt. Quelle: Wikipedia.

Rezső Nyers wurden ins Politbüro aufgenommen. Im Mai 1988 erreichte Károly Grósz János Kádárs Entbindung von allen entscheidenden Ämtern. Da die Hardliner unter Grósz an die Macht gekommen waren, musste der Reformflügel sich eine Lösung einfallen lassen, um an der Macht zu bleiben. Auch über Lösungen außerhalb der Staatspartei wurde nachgedacht. Beim zweiten Treffen von Lakitelek kam eine Annäherung zwischen dem MDF und dem Reformflügel der MSZMP unter Pozsgay zustande. Zwischen den beiden Lagern innerhalb der MSZMP, den Grósz folgenden Hardlinern und den Reformern Pozsgay und Nyers, wurde der interne Kampf fortgesetzt. Dies unabhängig davon, dass der junge Volkswirt Miklós Németh im November 1988 Regierungschef geworden war. Während Károly Grósz' Abwesenheit in der Schweiz holte Imre Pozsgay das 1956er Thema hervor und bezeichnete die damaligen Geschehnisse öffentlich als Volksaufstand. Damit geriet der letzte Stützpfeiler des ungarischen kommunistischen Regimes ins Wanken.

Bis zu János Kádárs Abtritt von der politischen Bühne war massenhafter, kollektiver, offener Widerstand nicht typisch, obwohl die Linke nach dem Zustandekommen der Zeitschrift *Beszélő* im Jahr 1981 weniger zerstört war als die Rechte. Krassó beanstandete immer, dass die ungarische Intelligenz den Status der Opposition als eigenes geistiges Privileg betrachtete. Auch seine Gedenkveranstaltungen zu 1956 waren auf eine Öffnung bedacht. Der Mangel am Charakter einer oppositionellen Bewegung nahm eigentlich die akzentuierte Rolle der Eliten vorweg, die Möglichkeit, dass bei einem eventuellen Systemwechsel eine Übereinkunft der Eliten zustandekommen könnte. So wichtig die Rolle der Intellektuellen, die die oppositionelle Haltung zu ihrer eigenen gemacht hatten, bei der Delegalisierung des kommunistischen Systems, beim Sturz der früheren politischen Elite und bei deren Zurückdrängen auf zehn Prozent auch war, am Aufbau des neuen Systems konnten nur diejenigen teilnehmen, die mit der moralisierenden Einstellung brachen und sich zum Politisieren bekannten.

## 9.2. Kritik an den Verhandlungen des Runden Tisches

Die Systemwende hielt Krassó für einen von oben gelenkten Prozess. Im Mittelpunkt seiner Kritik standen die Verhandlungen des Nationalen Runden Tisches. András Bozóki, Oppositionsteilnehmer der Verhandlungen des Runden Tisches, Herausgeber mehrerer Bände mit Dokumentenmaterial, hat in der Wochenzeitschrift *Beszélő* in Fortsetzungen *Az Ellenzéki Kerekasztal (első) története* ((Erste) Geschichte des Oppositionellen Runden Tisches)<sup>548</sup> publiziert. Ohne die Zusammenfassung dieses wichtigen Moments für den ungarischen Wandel ist auch Krassós Kritik am Systemwechsel nicht zu verstehen.

Ende 1988 wurde der auch von unabhängigen Politologen unterstützte Gedanke einer

<sup>548</sup> Bozóki, András: *Az Ellenzéki Kerekasztal (első) története* ((Erste) Geschichte des Oppositionellen Runden Tisches), in: *Beszélő*, 2. Jahrgang, Nummer 8-12 (1990. August – Dezember)



Verfassunggebenden Nationalversammlung von Mihály Bihari, der aus der MSZMP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) ausgeschlossen worden war, aufgeworfen. Die Neue Märzfront<sup>549</sup> griff den auch vom Reformkommunisten Rezső Nyers forcierten Gedanken im Januar 1989 auf. Der Umzug von mehreren hunderttausend Menschen am bereits zum Staatsfeiertag erklärten 15. März 1989 verlieh der Opposition die Glaubwürdigkeit einer Legitimität. Imre Kónya, Leiter des am 5. November 1988 gegründeten Unabhängigen Juristenforums, späterer Fraktionsvorsitzender des MDF (Ungarisches Demokratisches Forum), verhandelte im Interesse eines Zusammenschlusses mit den Führern von SZDSZ (Bund der Freien Demokraten) und MDF. Auf der am 19. März 1989 im Budapester Corvin-Kino abgehaltenen Delegiertenversammlung wurde auf Vorschlag von János Kis, einer führenden Figur des Beszélő-Kreises der ungarischen demokratischen Opposition und späteren Kandidaten seitens der liberalen Oppositionspartei, des Bunds der Freien Demokraten, für das Amt des Ministerpräsidenten, der SZDSZ-Aufruf zum Zusammenschluss der Opposition zurückgezogen, und der SZDSZ schloss sich dem Aufruf des Unabhängigen Juristenforums an. Damit wurde die Möglichkeit für eine oppositionelle Einheit geschaffen. Am 22. März 1989 kam es zur ersten Sitzung des Oppositionellen Runden Tisches. Danach wurde eine internationale Pressekonferenz abgehalten. Oberstes Funktionsprinzip des Oppositionellen Runden Tisches war der Konsens. Das Unabhängige Juristenforum wurde nicht nur zum formalen Schlichtungsforum, sondern auch zu einer tatsächlichen politischen Kraft, die politische Abstimmungen koordinierte.

Für den 8. April 1989 lud die MSZMP die Teilnehmer des Oppositionellen Runden Tisches ein. Mit Ausnahme des FIDESZ. Deshalb gab es Diskussionen, ob die Einladung angenommen werden solle. Da auch die oppositionelle Neue Märzfront fernblieb, wurde die Einladung nicht wahrgenommen. Am 22. April 1989 fand das erste Gespräch zwischen den Teilnehmern des Oppositionellen Runden Tisches und der MSZMP statt. Es begannen die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Gesellschaft und der Macht. Krassó zweifelte an der Selbstlegitimität des EKA (Oppositioneller Runder Tisch). Seiner Meinung nach handelte es sich bei der erwähnten Massendemonstration um die Meinungsäußerung einer schmalen Gesellschaftsschicht, woraus die Opposition nicht ihre eigene politische Ermächtigung hätte ableiten dürfen. Hierin bestand Krassós erster Einwand. Der EKA seinerseits hielt das bestehende Parlament nicht für legitim. Da die Änderungen der Rechtsvorschriften als Verhandlungsergebnis vom Parlament bestätigt werden mussten, war der Oppositionelle Runde Tisch (EKA) nur bereit, über die unbedingt nötige Verfassungsänderung und die Grundgesetze zu verhandeln. Der EKA vertrat den Standpunkt, dass er in Wirtschaftsfragen mangels Informationen kein kompetenter Partner der Staatspartei sein

---

<sup>549</sup> Die Neue Märzfront (1988 –) war die Plattform der Reformer-Parteiführer und der gemeinsamen sozialistischen Ideen der aus der Staatspartei Ausgeschlossenen (Quellen: Iván Vitányi und andere: *Új Márciusi Front 1988. Dokumentumok, cikkek, interjúk/ Az 1988. november 5-ei vitanap*, Múzsák Könyvművelődési Kiadó, 1989 und Bauer Tamás: *(Septemberfront)*, in Beszélő 1988/ Nummer 3, [beszelo.c3.hu/rovatok/uj-marciusi-front](http://beszelo.c3.hu/rovatok/uj-marciusi-front))

könne. Einerseits wollte er keine Ideen geben, andererseits wollte er die Verantwortung für die Wirtschaftskrise nicht teilen. Gelegentlich dieses ersten Treffens wurde einerseits die Vereinbarung getroffen, dass die Plenarsitzungen öffentlich und die Sitzungen der Sonderausschüsse unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden sollten. Andererseits wurde das Grundprinzip vereinbart, demzufolge politische Vereinbarungen getroffen, nicht aber Textfassungen von Entwürfen für Rechtsvorschriften verabschiedet werden sollten. Das Ziel des EKA bestand darin, einen friedlichen und gewaltfreien Übergang zu einer Mehrparteiendemokratie zu gewährleisten.

Am 2. Mai 1989 fand das zweite Treffen statt. Hier wurde von den Verhandlungspartnern festgehalten, dass die Gesetzgebung nicht vor den politischen Übereinkünften erfolgen dürfe. Das heißt, der EKA zeigte sich bereit, über Wirtschaftsfragen zu verhandeln, sofern er die erforderlichen Informationen erhalten würde. Das Justizministerium erarbeitete noch im Januar 1989 einen Parteiengesetzentwurf, der am 8. Mai vom Zentralkomitee der MSZMP diskutiert wurde. Die MSZMP wollte die Opposition teilen. Doch am 12. Mai 1989 verabschiedete das Unabhängige Juristenforum als Protest eine Stellungnahme und verhinderte die Annahme des Entwurfs durch das Parlament. Die MSZMP setzte auf Zeit, was sich für sie nicht als günstig erwies. In der Zwischenzeit war die Németh-Regierung gezwungen, die Realisierung des Staudammprojekts Bős-Gabčíkovo auf Druck der Straßenproteste auszusetzen. Die MSZMP erkannte, dass sie sich mit dem EKA noch vor der Wiederbeerdigung Imre Nagys einigen müsste, weil sie sonst eine „schwere politische Niederlage erleiden würde“. Damit es für die kommunistische Partei MSZMP nicht zu einem gesellschaftlichen „Tag des Jüngsten Gerichts“ kommen sollte, verkündete sie für den 16. Juni 1989, den Tag der feierlichen Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten, den Tag der „nationalen Versöhnung“. Und sie erreichte, dass am Nationalen Runden Tisch, der seine Arbeit am 13. Juni 1989 aufnahm, auch die sogenannte dritte Seite einbezogen wurde, worin die der MSZMP angeschlossenen Organisationen konzentriert waren. Zu den Teilnehmern der Dritten Seite gehörten die Vereinigung der Linken Alternative, die Nationale Front, der Bund der Demokratischen Jugend Ungarns, der Bund Ungarischer Widerstandskämpfer und Antifaschisten, der Ungarische Frauenbund, die Ferenc-Münnich-Gesellschaft, der Landesrat der Gewerkschaften. Als Beobachter nahm die Demokratische Liga der Unabhängigen Gewerkschaften teil. Am 10. Juni 1989 kam eine Vereinbarung zustande, wonach die Dritte Seite eine eingeschränkte Position erhielt. Ihre Ermächtigung erstreckte sich nur darauf, die Annäherung von Staatspartei und Opposition zu befördern. Der Oppositionelle Rund Tisch vereinigte in sich acht Organisationen plus eine weitere: Bajcsy-Zsilinszky-Gesellschaft, Bund der Jungen Demokraten, Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte, Ungarisches Demokratisches Forum, Ungarische Volkspartei, Sozialdemokratische Partei Ungarns, Bund der Freien Demokraten, Demokratische Liga der Freien Gewerkschaften (Imre Kónya) und die nachträglich sich angeschlossene Volkspartei der Christlichen Demokraten.

Zur Aufnahme der Unabhängigen Partei Ungarns kam es wegen einer Hinhaltetaktik überhaupt nicht.

Krassós zweiter Einwand bezog sich auf die Dritte Seite. Seiner Meinung nach stand die sogenannte Dritte Seite links von der MSZMP. Um ein politisches Gleichgewicht zu schaffen, wollte die Partei Ungarischer Oktober auf einer radikalen vierten Seite der Opposition an den Verhandlungen teilnehmen. Die Partei Ungarischer Oktober (MOP) konstituierte sich am 27. Juni 1989. Doch kein einziges bisher zum Vorschein gekommenes Dokument bestätigt konkrete Schritte zu ihrer Einbeziehung in die Verhandlungen des Nationalen Runden Tisches. Krassó mochte eine solche Absicht gehabt haben, doch politische Ralität besaß sie keine.

Krassós dritter hauptsächlichlicher Einwand bezog sich auf die Geheimhaltung der Verhandlungen am Runden Tisch. Von der Geheimhaltung ausgeschlossen waren lediglich die Plenarsitzungen. Das Fernsehen übertrug am 13. Juni 1989 aus dem Jagdsaal des Parlaments im Namen der Verhandlungspartner (Károly Grósz seitens der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns, Imre Kónya seitens des Oppositionellen Runden Tisches und István Kukorelli für die als dritter Verhandlungspartner agierenden gesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen) die Absichtserklärung zur Schaffung des Nationalen Runden Tisches und zur für den 18. September 1989 geplanten abschließenden Plenarsitzung. Krassó bemängelte die fehlende Öffentlichkeit bei den Entscheidungen für den demokratischen Wandel Ungarns. Sein Protest war prinzipieller Natur. Denn er persönlich konnte an alle Informationen gelangen. Denn schon in die Arbeit des Unabhängigen Juristenforums hatte sich die Richterin Dr. Katalin Orzó eingeschaltet. Im Hinblick auf ihr Richteramt eine riskante Entscheidung. Sie übernahm die Aufgabe als einer der Notare der Verhandlungen des Nationalen Runden Tisches. György Krassó kannte sie seit seinem Prozess von 1969/70, in dem sie ihn freigesprochen hatte. Ihre persönliche Beziehung, die in Oppositionskreisen bekannt war<sup>550</sup>, bestimmte Orzós politische Zugehörigkeit und war Garant für ihre Zuverlässigkeit. Anna Richter<sup>551</sup> war die andere Notarin.

Die Verhandlungen des Nationalen Runden Tisches erfolgten auf drei Ebenen.<sup>552</sup> Die Plenarsitzungen erfüllten eine deklarative, politische Funktion. Die erste Sitzung fand am 21. Juni 1989 statt. Die zwei Ausschüsse – der Wirtschafts- und Sozialausschuss beziehungsweise der Ausschuss für politische Vereinbarungen – koordinierten die Expertenarbeit. Ihre Aufgabe war es, strittige Fragen mit politischen Mitteln zu lösen. In diesen Arbeitsausschüssen auf mittlerer Ebene wurden die wichtigsten Fragen entschieden. In jeweils sechs Unterausschüssen fand die inhaltliche Arbeit unter Einbeziehung der Experten statt.

---

<sup>550</sup> András Bozókis persönliche Mitteilung

<sup>551</sup> Richter, Anna: *Ellenzéki Kerekasztal (portrévázlatok) (Oppositioneller Runder Tisch (Porträtskizzen))*, Ötlet Kft., 1990.

<sup>552</sup> Bozóki, András (Chefredakteur)/ Elbert, Márta/ Kalmár, Melinda/ Révész, Béla/ Ripp, Erzsébet/ Ripp, Zoltán (Redakteure) (1999), Bd. II, S. 139

Die politischen Unterausschüsse verhandelten in sechs Themenkreisen. Von jeder Sitzung wurde ein Protokoll angefertigt. Doch die Presse war ausgeschlossen. Die Öffentlichkeit konnte keine Kontrolle über die Prozesse ausüben. Einen gesellschaftlichen Diskurs gab es nicht. Allerdings gab es Ausnahmen. Beispielsweise für diejenigen gemeinsamen Unterausschusssitzungen, von denen die Massenkommunikation betroffen war. Hierzu erhielten die Mitarbeiter der Medien Einladungen. Später wurden die Protokollbücher und die Abschriften der Videoaufnahmen der Black Box (Fekete Doboz) in zwei Bänden publiziert. Der Themenkreis des ersten Unterausschusses befasste sich mit den zeitgemäßen Thesen der Verfassungsänderung, der Institution des Staatspräsidenten und der Frage des Verfassungsgerichts. Der zweite Unterausschuss verhandelte die juristische Regelung, wie die politischen Parteien funktionieren sollten. Der dritte Unterausschuss verhandelte Fragen in Verbindung mit den Wahlen sowie das Wahlrechtsgesetz. Im vierten Unterausschuss ging es um die Modifizierungsprinzipien des Strafgesetzbuches und des Strafverfahrensgesetzes. Der fünfte Unterausschuss verhandelte Fragen der Informationspolitik, das neue Informationsgesetz. Und im sechsten Unterausschuss ging es um Rechtsgarantien zwecks Ausschließung gewaltsamer Lösungen.

Ein extra Unterausschuss beschäftigte sich also mit dem Wahlrechtsgesetz. Zwischen 3. Juli und 6. Oktober 1989 hielt er fünfundzwanzig Sitzungen ab. An der Arbeit des Unterausschusses waren vierzehn Experten beteiligt.

„Seitens der MSZMP: András Tóth, Sachverständiger des Zentralkomitees der MSZMP, Dr. Zoltán Tóth aus dem Innenministerium. Dr. György Silvássy vom Amt des Ministerrats, Imre Pozsgay vom Sekretariat des Staatsministers, Dr. György Csalótzky, Mitarbeiter des Justizministeriums, seitens des Oppositionellen Runden Tisches: László Sebestyén von der Ungarischen Volkspartei, Tibor Baranyai von der Sozialdemokratischen Partei, István Balsai vom Demokratischen Forum, Péter Tölgyessy vom Bund der Freien Demokraten, seitens der Dritten Seite: Dr. János Kálmán als Mitarbeiter der Bunds der Ungarischen Widerstandskämpfer und Antifaschisten, György Gáldi als Leiter des Wahlbüros des DEMISZ (Demokratischer Jugendverband, Nachfolgeorganisation des Kommunistischen Jugendverbands), István Kukorelli von der Nationalen Front, Sándor Kiss von der Münnich-Ferenc-Gesellschaft, Tibor Polgár von der Vereinigung der Linken Alternative, Gyula Szakács vom Landesrat der Gewerkschaften.“<sup>553</sup>

Als Ergebnis der Verhandlungen kam es zur Annahme eines gemischten Wahlsystems. Das heißt, die drei Seiten einigten sich, eine Kombination aus Direktkandidaturen, Komitatslisten und Kompensationslisten einzuführen, nachdem auf mittlerer Ebene schon zu Verhandlungsbeginn das System von zwei Wahlgängen angenommen worden war. Die Kompensationsliste, die auf Landesebene nur der Verteilung der Reststimmen diente, hätte siebzig Mandate betroffen. Für die Komitatsliste müsste in einem Viertel der Direktwahlbezirke, doch wenigstens in einem ein

---

<sup>553</sup> ebd. VI. Band, S. 257

Kandidat aufgestellt werden. Dies war der Vorschlag der MSZMP. Die Opposition akzeptierte ihn. Doch in den Verhandlungen des Unterausschusses wurde diese Zahl auf mindestens zwei angehoben. Zur Aufstellung der Landesliste mussten in sieben Wahlbezirken Kandidaten aufgestellt werden. In der Parlamentsdebatte wurde das Verhältnis von Direktmandats-, Komitatslisten und Landesliste auf 176-152-58 modifiziert.

Die Art der Kandidatenaufstellung, das System der Wahlempfehlungszettel, worüber gleichfalls bei den Verhandlungen am Runden Tisch entschieden wurde und wogegen Krassó auf das entschiedenste protestierte, ging auf einen Vorschlag der Opposition zurück. Dies war Krassós vierter Einwand.

„Hinsichtlich der Kandidatenaufstellung schlug die Dritte Seite einen Unterschriftenbogen vor, der EKA Wahlempfehlungszettel, die MSZMP verhielt sich gleichgültig. Schließlich einigten sich die Verhandlungspartner auf die Empfehlungszettel. Die MSZMP hätte sich in den Direktwahlbezirken eine Unterstützung von 2 % der Wahlberechtigten gewünscht, was ungefähr 800 bis 1000 Empfehlungen bedeuten würde. Demgegenüber hielt der EKA 500 Empfehlungen für gemäß, was seinem Vorschlag von sechshundert Empfehlungszetteln für den Gesetzentwurf vom Juni nahekam. Später machte er einen Kompromissvorschlag mit 750 Wahlempfehlungszetteln, was die MSZMP akzeptierte.“<sup>554</sup>

Krassó hatte zum Wahlgesetz die Vorstellung, dass im Lauf der Verhandlungen mehrere verschiedene Vorschläge ausgearbeitet und zur Volksabstimmung gegeben werden sollten. Die endgültige Entscheidung sollte vom Volk und nicht vom Parlament getroffen werden. Die Vier-Prozent-Klausel für einen Einzug ins Parlament, die der Sicherung einer Regierungsstabilität diene und für die kleinen Parteien allerdings nachteilig war, hatte sich als wechselseitiges Zugeständnis der Verhandlungspartner herausgebildet.

„Der EKA schlug vor, die Grenze landesweit bei 3% der vereinigten Listenstimmen zu ziehen, die MSZMP wünschte sich eine Grenze bei 5%, unterhalb derer die betreffende Partei weder über die Komitatsliste noch über die Kompensationsliste ein Mandat erringen könnte. Die MSZMP akzeptierte den Kompromissvorschlag des EKA von 4% als 'Koppelgeschäft'. Das Wesen des Koppelgeschäfts bestand darin, dass der EKA dem zustimmte, dass in den Einzelmandatsbezirken jeder Kandidat in den zweiten Wahlgang gelangt, der mehr als 15% der Stimmen erhalten hat. Gibt es jedoch nicht wenigstens drei solcher Kandidaten, dann die ersten drei. Im Tausch dafür bat die Opposition darum, dass der erste Wahlgang die Grundlage für die Einzelmandatskompensation sein sollte. Die MSZMP akzeptierte diesen Vorschlag und stimmte obendrein sogar der Vier-Prozent-Klausel für die Listenwahl zu.“<sup>555</sup>

Laut Péter Tölgyessy, der bei den Verhandlungen des Runden Tisches für den SZDSZ

---

<sup>554</sup> ebd. VI. Band, S. 254

<sup>555</sup> ebd.

zugegen war und bei der Ausarbeitung des Wahlsystems von 1989 eine wichtige Rolle gespielt hat, meinte, „für die Verantwortlichen des Systems war es übrigens ein vorrangiger Gesichtspunkt, dass die Regierbarkeit auch durch das Wahlsystem unterstützt werden sollte. Deshalb bot der Listenzweig des Systems auch den kleinen Parteien eine Chance, auch wenn nicht zu viele Parteien ins Parlament gelangen konnten.“<sup>556</sup> Krassós Partei Ungarischer Oktober, die als Partei nur geringe Unterstützung erfuhr, stieß auch auf dem Weg ins Parlament auf Schwierigkeiten. Krassós fünfter Einwand bezog sich auf die Einführung der Prozentschwelle, wodurch die Lage der kleinen Parteien über das Einsammeln der Wahlempfehlungszettel hinaus noch zusätzlich erschwert wurde.

„In Oxford fragte ich Wahrenrechtsexperten, ob ihnen ein solches Wahlsystem bekannt sei. Ich erhielt die Antwort, dass sie mir nicht glaubten. Ein solches Wahlrechtsgesetz könne es in einem Land, wo der Paragraph 71 der Verfassung besage, dass die Wahlen geheim sein müssten, nicht geben. Dabei muss annähernd ein Viertel der Bevölkerung unter Angabe von Personenkennziffer und Wohnanschrift erklären, wen es zu unterstützen gedenkt. (...) Doch außer der Verletzung des Wahlheimnisses dient dieses System auch dazu, nicht unbedingt die kleinen Parteien, sondern die unerwünschten Parteien von den Wahlen fernzuhalten. Dies kann ich damit unterstreichen, dass jene gewisse Vier-Prozent-Schwelle gültig ist. Eine Partei also, die weniger als vier Prozent der Stimmen erhält, findet keine Aufnahme ins Parlament. Das würde gerade reichen, um die kleinen Parteien zu verdrängen.“<sup>557</sup>

Obwohl die sich über drei Monate hinziehenden Verhandlungen des Nationalen Oppositionellen Runden Tisches (NEKA) von Erfolg gekrönt waren, seitens der MSZMP die Führung des Hardliners György Fejti vom Reformier Imre Pozsgay übernommen wurde, unterzeichneten der SZDSZ und der FIDESZ die Abschlussvereinbarung am 18. September 1989 dennoch nicht, allerdings ohne ihr Veto einzulegen. Stattdessen initiierten sie eine Volksabstimmung zur Wahl des Staatspräsidenten.

In einem Interview vom August 1989 fasste Krassó seine Meinung zu den Verhandlungen des Runden Tisches zusammen. Anerkennend äußerte er sich zum anfänglichen Zusammenhalt der Opposition. Dennoch meinte er, dass es der MSZMP gelungen sei, mit der Hinzuziehung der dritten Seite sei die Oberhand zu gewinnen, sei darauf zurückzuführen, dass die Opposition den Kommunismus nicht prinzipiell abgelehnt habe. Die Bevollmächtigung der Opposition stellte Krassó ebenso infrage wie die Legitimität der Macht. Doch die Ausarbeitung des Wahlgesetzentwurfs hielt er für akzeptabel, sofern dieser in mehreren Varianten entstanden und die endgültige Entscheidung durch eine Volksabstimmung erfolgt wäre. Die MSZMP und der EKA

---

<sup>556</sup> Smuk, Péter: *Magyar Közjog és politika 1989-2011. A harmadik Magyar Köztársaság alkotmány és parlamentarizmustörténete* (Öffentliches Recht und Politik in Ungarn – 1989 – 2011. Geschichte der Verfassung und des Parlamentarismus der Dritten Ungarischen Republik, Osiris, Budapest, 2011, S. 48

<sup>557</sup> Hollauer, Tibor: *Viccpártok és nagyhalak. Mi lesz a kétmilliók a sorsa?, 168 óra* (Spassparteien und große Fische. Was wird aus den zwei Millionen werden?), *168 óra*, 13. Februar 1990, S. 10

(der Oppositionelle Runde Tisch) hätten sich durch die Verhandlungen am Runden Tisch gegenseitig legitimiert. Nach Krassós Verständnis hätte sich die Rolle des EKA darauf reduziert, den Kommunisten dabei behilflich zu sein, sich hinüberzuretten.

„Als der Oppositionelle Runde Tisch gegründet wurde, hielt ich dies für eine gute Sache, und das tue ich im Rückblick auch heute noch. Denn die MSZMP versuchte, mit den Oppositionellen gesondert zu verhandeln, um vorzufühlen, wer für eine Partnerschaft in einer Koalition geeignet sei. Wer weicher und wer härter sei. Die Kommunisten waren bemüht, die Opposition zu spalten und so auch weiterhin zu beherrschen. Es war sehr wichtig und gut, dass die Oppositionellen zu dem Entschluss gelangten, nicht gesondert, sondern nur gemeinsam zu verhandeln. Inzwischen aber liefen die Dinge aus dem Ruder. Nachdem die Konfrontationsbestrebungen eine Schlappe erlitten hatten, versuchte es die MSZMP mit einer neuen Taktik, zog immer neue und neue Organisationen zu den Verhandlungen hinzu, kryptokommunistische Gruppierungen, Phantom- sowie Nostalgieparteien, die von vornherein kompromissbereit waren. So wurde ein Zusammenschluss der Opposition vereitelt, da einige Teile von ihr nicht wirklich der Opposition zuzurechnen waren. (...) Und es veränderte sich auch die Funktion des Runden Tisches. Nach meiner Einschätzung dürfte heute nur über eine einzige Sache verhandelt werden: über den Gesetzentwurf zum neuen Wahlrecht. Nicht unbedingt seitens der Oppositionsgruppen, denn wieviele Menschen sie repräsentieren, weiß niemand. Auch mit ausländischen Experten könnte diskutiert werden, um über die Alternativen der Entwürfe dann durch einen Volksentscheid abstimmen zu lassen. Über die wichtigen Fragen des Landes müsste das neue Parlament entscheiden. Indessen geschieht aber, dass der Oppositionelle Runde Tisch, nachdem er bis dahin verklärt worden ist, dass er im Jagdsaal des Parlaments mit Vertretern aus Regierung und Staatspartei verhandeln darf, ein Zugeständnis nach dem anderen macht. Beispielsweise hat er sich auf die Schaffung einer dritten, der Staatspartei verbundenen dritten Seite eingelassen, wodurch er in die Minderheit geraten ist. Es finden sich sogar nicht-oppositionelle Gruppen, die aus dem Oppositionellen Runden Tisch hervorgegangen sind. Vor allem hat sich der Oppositionelle Runde Tisch darauf eingelassen, wozu er übrigens kein Recht besaß, wichtige Fragen des Landes zu verhandeln und das Parlament anzuweisen, was für Gesetze es zu verabschieden habe. Möglicherweise sind die vom Runden Tisch getroffenen Vereinbarungen besser, als sie von diesem vollkommen illegitimen und lakaienhaften Parlament je getroffen worden wären. (...) Es wäre nicht würdig, in diesem 'Zusammenschluss' mitzuwirken. Im Übrigen ist es ohnehin empörend, dass die Verhandlungen geheim sind und die Menschen nicht wissen dürfen, wovon in den sechs Wirtschafts- und den sechs Politikausschüssen die Rede ist.“<sup>558</sup>

Das im Lauf der Verhandlungen am Runden Tisch durch einen Kompromiss angenommene Wahlrechtsgesetz bewertete Krassó als eine wirkliche Niederlage nicht nur für seine Partei, sondern auch für die Demokratie insgesamt. Er hielt es für maßgeschneidert entsprechend den Interessen der Verhandlungsteilnehmer. In Verbindung mit dem neuen Wahlrechtsgesetz hatte er zwei Einwände. Der eine bezog sich auf das Wahlgeheimnis, der andere auf die Vier-Prozent-Schwelle. Die Voraussetzung für die Listenwahl war die Aufstellung der Direktkandidaten. Die 750

---

<sup>558</sup>A *Demokrata* beszélgetése Krassó Györggyel (Der Demokrat im Gespräch mit György Krassó), Interview von Péter Sneé, Samisdatzeitschrift *Demokrata*, 1989/Nummer 7-8, S. 17-21, HU OSA 355-0-1/ Box 4, S. 6 f.

Wahlempfehlungszettel pro Kandidaten bedeuteten nach Berechnung von Krassó und seiner Partei die offene Wahl von 17-18 Prozent der Wahlbürger. Das heißt die offene Wahl von 1 Million 320.000 Wählern. Dagegen protestierten er und seine Partei. Die Vertreter des Oppositionellen Runden Tisches sahen in den kleinen Parteien eine Obstruktionsgefahr. Bei einer eventuell einzugehenden Koalition wollten sie deren über ihr tatsächliches Gewicht hinausgehenden Einfluss ausschließen. Krassó hielt eine weniger starre Anwendung der Vier-Prozent-Schwelle für angemessen, das heißt, die über einen Direktkandidaten verfügenden Parteien sollten das aufgrund von Kompensationsstimmen errungene Mandat erhalten.

„Die Aufwertung der Rolle der kleinen Parteien in den im Grunde auf einem Zweiparteiensystem basierenden politischen Wechselwirtschaften stellt eine reale Gefahr dar. In Ungarn aber muss man davor kaum Angst haben. Im Repräsentantenhaus wird es laut Meinungsforschungen einen größeren Block geben, während die Mehrheit der Parteien 5-15% der Mandate erringen wird. Die eine oder andere Zwergpartei dürfte schwerlich in eine dominierende Position gelangen. Zugleich aber geht die Verdrängung der kleinen Parteien mit der Gefahr einher, dass die sich auf religiöser oder ethnischer Grundlage organisierenden politischen Kräfte nicht zu einer parlamentarischen Vertretung gelangen werden. Wir lehnen die starre Anwendung der Vier-Prozent-Schwelle ab. Wenn eine Partei in einem einzigen Direktwahlbezirk ein Mandat erringen kann und so Aufnahme ins Parlament findet, dann müssen ihr die gemäß der Parteiliste zustehenden Mandate auch dann gegeben werden, wenn der Anteil der für die Partei abgegebenen Stimmen die vier Prozent nicht erreicht.“<sup>559</sup>

Auch die Politikwissenschaftler stimmen darin überein, dass der Oppositionelle Runde Tisch die Funktion einer Verfassungsgebung erfüllt hat und praktisch „mit seiner Existenz und seiner Aktivität den auf Kompromissen und Verhandlungen basierenden friedlichen Systemwechsel legitimiert hat.“<sup>560</sup>

Der EKA erfüllte die Funktion der Verfassungsgebung, und praktisch „legitimierte und symbolisierte er durch seine Existenz, durch seine Tätigkeit die friedliche, auf Verhandlungen und Kompromissen basierende Systemwende“<sup>561</sup>. Krassó lehnte politische Kompromisse ab, forderte einen kompromisslosen Systemwechsel. „Die Organisationen außerhalb des EKA konnten weder bei der inhaltlichen Gestaltung der Vereinbarungen noch bei der Modifizierung der Vereinbarung in der Volksabstimmungskampagne eine Rolle spielen, und keine dieser Organisationen gelangte ins frei gewählte Parlament,“<sup>562</sup> stellte János Kis zehn Jahre nach der Systemwende zur Wichtigkeit einer Teilnahme bei den Verhandlungen des Runden Tisches fest.

---

<sup>559</sup> Am Tisch des Wahlrechts. Interview zu den fundamentalen Gesetzen mit den Vertretern der MOP, mit József Bánlaki und Görgy Krassó. In: HVG (Wochenzeitschrift für Weltwirtschaft), 11. November 1989, S. 72 f.

<sup>560</sup> Smuk, Péter (2011), S. 45.

<sup>561</sup> ebd.

<sup>562</sup> Kis, János: 1989: *A víg esztendő* (Das vergnügte Jahr, in: *Beszélő*, Oktober 1999)

<http://beszelo.c3.hu/99/10/051989.htm>



### 9.3. Die „Vier-Ja“-Volksabstimmung

Die Idee zur Die „Vier-Ja“-Volksabstimmung stammte vom SZDSZ und war eine Reaktion auf den Hintergrundkompromiss zwischen MDF und MSZMP. Nach János Kis können Hintergrundabsprachen die Verhandlungen sogar erleichtern. Doch das MDF schloss mit Pozsgay einen geheimen Kompromiss, der für Letzteren günstig war, hätte bei erster Gelegenheit das Volk den Staatspräsidenten gewählt.

„Wir hatten einen offensichtlichen kurzfristigen Grund: Für Pozsgay fand sich auf offizieller Seite noch kein Rivale. Und wir hätten es für sehr unglücklich gehalten – tatsächlich und auch symbolisch -, wenn sich das Land unter einem vom Volk gewählten kommunistischen Staatsoberhaupt an die Parlamentswahlen machte. Und wir hatten einen gleichfalls verständlichen, langfristigen Grund: In unserer Region hatte ein vom Parlament unabhängiger Staatspräsident große Tradition, ein Staatspräsident, der in Krisensituationen als Mann der Vorsehung auftritt, die Erweiterung seiner rechtlichen Befugnisse fordert und auch bekommt und sich die parlamentarischen Institutionen der Demokratie unterordnet. (...) Wir waren uns dessen sicher, dass die Wahl eines Staatspräsidenten als Entrechtung des Volks gesehen werden würde, sollte er bei zweiter Gelegenheit vom Parlament gewählt werden, nachdem er beim ersten Mal direkt gewählt worden wäre.“<sup>563</sup>

Die Aktivisten des SZDSZ sammelten die erforderlichen hunderttausend Unterschriften, und das Parlament beraumte den Zeitpunkt für die Volksabstimmung an.

„Letztendlich glaube ich, dass der Erfolg entscheidend an vier Dingen lag. Als Erstes spürten wir richtig, dass ein großer Teil der Gesellschaft im Abkommen vom 18. September einen unsauberen Kompromiss wittern würde. (...) Für sie gab es nur einen unendlich vereinfachten Gegensatz: auf der einen Seite diejenigen, die ihre Macht hinüberreiteten, und auf der anderen Seite die Anhänger eines echten Übergangs. Und in diesem Gesamtbild bekam auch das erste „Ja“ seinen Sinn. Als Zweites, (...) Die vier Organisationen [SZDSZ, FIDESZ, Sozialdemokratische Partei und die Kleinen Landwirte] verabschiedeten am 8. November einen gemeinsamen Aufruf, worin die Wahlbürger um die Teilnahme an der Volksabstimmung und um die Abgabe von vier „Ja-Stimmen“ gebeten wurden. Zum Dritten ließ sich die MSZP, statt die Sache totzuschweigen, auf eine wütende Gegenkampagne ein und veranlasste die schwach motivierten Anhänger beider Seiten, zur Abstimmung zu gehen (das eigene Lager deshalb, um die vorgezogene Präsidentenwahl zu verteidigen, das Gegenlager deshalb, um sich der Offensive der Nachfolgepartei in den Weg zu stellen). (...) Und das MDF wählte schließlich (...) die schlechteste Variante, rief zum Boykott auf.“<sup>564</sup>

Die am 26. November 1989 abgehaltene sogenannte „Vier-Ja“-Volksabstimmung vereitelte Schätzungen zufolge die aussichtsreiche Direktwahl Imre Pozsgays. Er wurde kein Staatspräsident. „Nach seinem Narrativ befreite diese spätere Volksabstimmung das MDF aus dem Pozsgay-Antall-

---

<sup>563</sup> ebd.

<sup>564</sup> ebd.

Kompromiss. Die direkte Präsidentenwahl, die Pozsgays Staatspräsidentschaft ermöglicht hätte, war der Preis dafür, dass die anderen Vereinbarungen überhaupt umgesetzt werden würden.<sup>565</sup> Als Ergebnis der um die Präsidentenwahl entstandenen Gegensätze verlor die Annäherung zwischen populistischer Opposition und reformkommunistischer Führung, wie sie mit dem sogenannten ersten Lakiteleker Treffen<sup>566</sup> ihren Anfang genommen hatte, ihre Bedeutung, und am 29. April 1990 kam eine zwischenparteiliche Vereinbarung von MDF und SZDSZ zustande, deren Anlage III zufolge das MDF „bei der parlamentarischen Präsidentschaftswahl die Wahl von Árpád Göncz unterstützen wird.“<sup>567</sup>

Krassó verurteilte in seinem in der *Magyar Nemzet* postum erschienenen Interview die Vereinbarung der oppositionellen Elite und bedauerte den kommunistischen Pozsgay deshalb, dass er nun kein Staatspräsident werden konnte.

„Als Beispiel für Manipulation erwähne ich die Präsidentenwahl der Republik. Als erstes modifizierten sie die Verfassung so, dass der Staatspräsident bei erster Gelegenheit vom Volk gewählt werden sollte. Dann kam die Volksabstimmung, deren Ergebnis ich auch heute anzweifle. Mathematisch könnte man beweisen, wie unwahrscheinlich es ist, dass es zwischen zwei Gruppen nur einige Tausendstel Unterschiede geben sollte. Freilich halten mich heute wegen meiner Meinung alle für verrückt, doch in zwanzig bis dreißig Jahren wird es vollkommen natürlich sein, dass eine Fälschung geschehen ist, deren Ziel darin bestand zu belegen, dass die oppositionellen und die Regierungskräfte ausgewogen sind. Zugleich wurde dadurch trotzdem Pozsgays Machtübernahme torpediert. All dies war erforderlich, weil der ursprüngliche Plan kein ungarischer war und aus dem Geleise geraten war, die Jaruzelski-Lösung, das heißt, dass der Staatspräsident im Zeichen eines friedlichen Übergangs ein Kommunist sein sollte. Deshalb wurde Pozsgay, den ich auch heute noch bedauere, verworfen. Der Ärmste glaubte, ein großer Mann zu werden, dabei war er nur eine Marionette geworden. Natürlich lag das nicht an ihm, obwohl auch er Fehler begangen hatte. Die Volksabstimmung war also erfolgt, und damit änderte sich auch der Zeitpunkt für die Wahl des Präsidenten der Republik. Mit der Zeitpunktverschiebung verwarf der SZDSZ inzwischen auch die Möglichkeit, dass der Staatspräsident vom Volk gewählt werden könnte. Früher hatte sich niemand darum gekümmert, wie der Präsident der Republik – Zoltán Tildy, Árpád Szakasits oder Pál Losonczy - gewählt wurde. Später hätten die Menschen gern von ihren demokratischen Rechten, der Direktwahl, Gebrauch gemacht. Der SZDSZ war also zu einer Mitteilung gezwungen, nämlich dass er lediglich habe erreichen wollen, dass der Präsident der Republik später gewählt werden und nicht das Parlament dieses Recht erhalten sollte. Erneut wurde die Verfassung geändert. Worin schön begründet wurde, warum der Präsident der Republik immer vom Volk gewählt werden muss. Nach den Parlamentswahlen vereinbarten die beiden großen Parteien insgeheim, dass die Wahl dennoch durch das Parlament erfolgen sollte. Diese Vereinbarung war verfassungswidrig. Doch was macht das schon?“<sup>568</sup>

<sup>565</sup> Smuk, Péter (2011), S. 43

<sup>566</sup> 27. September 1987

<sup>567</sup> Mihály Bihari (Hrsg.) (1992): A többpártrendszer kialakulása Magyarországon. 1985-1991 (*Die Herausbildung des Mehrparteiensystems in Ungarn. 1985 – 1991*), Kossuth Könyvkiadó, S. 265

<sup>568</sup> Hajnalka Cseke: *Krassó György : „Mondom: minden reménytelen....“ (György Krassó: Ich sage ja, alles ist hoffnungslos...), Magyar Nemzet*, 11. März 1991, S. 5

Imre Pozsgay hielt die „Vier-Ja“-Volksabstimmung gleichfalls für eine Manipulation. Seiner Meinung nach wurden die Abstimmenden auf psychologischer Grundlage hinters Licht geführt.

„Es besteht kein Zweifel daran, dass viele meiner Parteifreunde mit dem SZDSZ kooperierten, und zwar bis dahingehend, dass sie auch Gegenkandidaten unterstützten. (...) Die 'Vier-Ja'-Volksabstimmung war Betrug nicht in dem Sinn, dass die Stimmen falsch ausgezählt wurden, sondern darin, dass die Wahlbürger auf psychologischer Grundlage hinters Licht geführt wurden. Die Abstimmung, sagten sie, werde sehr einfach sein: Auf vier Fragen müsse man einfach mit Ja antworten und fertig. Nur dass drei Fragen bis dahin schon nicht mehr aktuell waren. Die Kampfgruppen (Nemzetőrség) waren aufgelöst worden, die MSZMP existierte nicht mehr, und die Partei hatte sich aus den Betrieben zurückgezogen. Warum mussten die Fragen erneut gestellt werden? Damit die schönen 'runden' vier Ja herauskommen. Beziehungswise dass der Präsident der Republik nicht vom Volk gewählt werden sollte. Dies bedeutete das erste Ja. Der 'Köder' erreichte sein Ziel in der Berechnung der für die Fragen Verantwortlichen gerade so. Denn viele Menschen durchschauten die Absicht und wussten, dass es in dieser Abstimmung eigentlich um meine Person ging. So unterlag ich lediglich um ein Tausendstel, insgesamt um sechstausend Stimmen. Die Hälfte der Abstimmenden hätte mich also gern als Staatspräsidenten gesehen, selbst als 'Exkommunisten'. (...) Tatsächlich allerdings verlor ich wegen des MDF, denn sie hatten ihre Wähler zum Boykott aufgerufen! (...) Das MDF spekulierte mit diesem Boykott bereits auf die künftigen Parlamentswahlen, verließ die moralischen und politischen Bindungen, worin wir von Lakitelek bis zum Abschluss der Verhandlungen zusammengehörten. (...) Der SZDSZ erwarb durch den Pakt mit dem MDF im Parlament einige entscheidende Positionen, inklusive des Staatspräsidentenpostens. Als Verliererpartei wuchs sich der SZDSZ also im Mai 1990 zu einer Regierungskraft aus.“<sup>569</sup>

Unter Manipulation verstanden beide die Irreführung des Volks, um dem politischen Willen der Elite Geltung zu verschaffen.

Krassó bedauerte Pozsgay. Doch er wusste nicht, dass seine Kaltstellung bei der Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten auf Imre Pozsgays politische Entscheidung zurückging, wodurch sein eingennommener Platz in der Systemwende, seine Marginalisierung eigentlich entschieden war.

Hinter den Veränderungen in Ungarn sah Krassó den Einfluss ausländischer Kräfte, den Wechsel Ungarns von der sowjetischen Zone in den amerikanischen Einflussbereich. Als Beispiel dafür führte er die verhinderte Präsidentenwahl Pozsgays an. „Auch bei uns wollen sie ein in allen Details ausgearbeitetes westliches oder amerikanisches System durchsetzen. Eine Wechselwirtschaft, in der sich das MDF und der SZDSZ einander abwechseln.“<sup>570</sup> Nach Pozsgay habe Gorbatschow beschlossen, dass aus ihm kein Staatspräsident werden sollte. Am 25. März 1989 wurde Imre Pozsgay von Papst Johannes Paul II. empfangen. Am Ende der sich anschließenden

---

<sup>569</sup> *A tiszteletbeli köztársasági elnök. Pozsgay Imrével beszélget Mezei Károly (Der Ehrenpräsident der Republik. Károly Mezei im Gespräch mit Imre Pozsgay) (2011), Kairosz Kiadó, Budapest, S. 62-65*

<sup>570</sup> Hajnalka Cseke (11. März 1991), S. 5

Pressekonferenz erhielt er von Aleksandr Jakowlew<sup>571</sup>, Gorbatschows Stellvertreter und ideologischem Chef, eine Einladung zu einem Abendessen. Dort und damals sei die Entscheidung gefallen, dass Pozsgay von Gorbatschow nicht unterstützt werde.

„Einmal sagte Jakowlew nur, wir mögen ihn entschuldigen, dass er für ein paar Minuten hinausgehen müsse. Wahrscheinlich sprach er mit Gorbatschow, denn als er zurückkam, richtete er mir dessen Grüße aus. Zugleich teilte er mit, Genosse Gorbatschow richte aus, dass Genosse Károly Grósz in allem unterstützt werden müsse. Das machte mich wütend. Unhöflich riss ich das Wort an mich und sagte: (...) Euch sind eure Marionetten wichtiger als echte Verbündete gemeinsamer Interessen. Was ihr von Grósz wissen müsst: In den Augen des ungarischen Volks ist er schon längst gescheitert!“<sup>572</sup>

Pozsgays Einflussreiche jugoslawischen, italienischen und polnischen kommunistischen Freunde rieten ihm alle, Gorbatschows klaren Befehl zu befolgen. Deshalb gründete Pozsgay keine sozialdemokratische Partei. So kam es auch zu keiner Spaltung der MSZMP.

Pozsgay rechtfertigte also den Vorrang außenpolitischer Faktoren, zumindest bis zu einem gegebenen Punkt. Doch die Frage, ob Pozsgays Wahl zum Staatspräsidenten durch die vom SZDSZ gewählte Taktik, durch das Ergebnis der Volksbefragung verhindert worden sei, bleibt offen. Krassós Erklärung aber, dass Ungarn infolge der Systemwende in den westlichen Einflussbereich gelangt sei, kann nicht nachgewiesen werden. Jedenfalls bestritt Mark Palmer eine dementsprechende Absicht der USA: „Die Vereinigten Staaten trennen mehrere tausend Meilen von Ungarn. Wir haben hier keine Truppen stationiert, haben hier keine Machtposition. Vorstellungen und Vorschläge haben wir schon. Wir haben den Wunsch, Ihnen helfen zu können.“<sup>573</sup>

Die im Sommer 1990 auf Initiative der MSZP, der Nachfolgepartei der MSZMP, ausgeschriebene Volksbefragung zur Direktwahl des Präsidenten der Republik schloss ergebnislos ab. Die Wahlbeteiligung der Bürger war zu gering, um die frühere Entscheidung zu korrigieren.

#### 9.4. Ansichten zum Systemwechsel

György Krassós Ansichten zum Systemwechsel lassen sich jenseits seines politischen Handelns aus seinen Schriften und Stellungnahmen rekonstruieren. Das in Verbindung mit ihm bestehende Vorurteil einerseits, wonach er eine blutige Revolution habe machen wollen, sowie andererseits das in den Medien von ihm gezeichnete Bild drückten ihm einen entsprechenden Stempel auf. In den

---

<sup>571</sup> Aleksandr N. Jakowlew (1923 – 2005), sowjetischer Politiker, Berater Gorbatschows, Initiator von dessen Reformpolitik, 1987-1990 Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

<sup>572</sup> Pozsgay, Imre (2011), S.60

<sup>573</sup> Hirschler, Richárd: *Válaszol az USA budapesti nagykövete. „Önök ne törődjenek a bíráló szomszédokkal“* (Es antwortet der Budapester Botschafter der USA. „Kümmern Sie sich nicht um Ihre kritischen Nachbarn), *HVG*, 22. Juli 1989, S. 62-64

Grundzügen erkannte er an, dass 1989/90 in Ungarn eine Systemwende stattgefunden habe. Allerdings hielt er sie nicht für demokratisch. Auf dieser Grundlage übte er Kritik daran. Er vertrat eine unbequeme und kritische Anschauung, die sich nicht in den Mainstream einfügte. Er propagierte einen kompromisslosen Antikommunismus. Nachdem der nicht erfolgte, wandte er sich gegen die neue Elite.

Die erste Frage lautet, ob Krassó zur Systemwende eine blutige Revolution wollte. Nein, die kurze Antwort, wie sie aus dem unten Ausgeführten deutlich hervorgeht.

Während der Kádár-Ära vertrat er den Standpunkt, dass der Ausbruch einer Revolution zu erwarten sei und dass die Kommunisten einfach Schafsköpfe seien, denen die Macht aus der Hand genommen werden könne. Darauf müsse die Opposition vorbereitet sein. 1986 zum dreißigsten Jahrestag der Revolution von 1956 bezog er in seiner Londoner Festrede, die auch im Druck in mehreren Publikationsorganen unter dem Titel *Zwei Wahlen in Ungarn erschien*<sup>574</sup>, als Alternative zur Selbstunterwerfung unter das Kádár-Regime und zum Selbstmord für blutige Kämpfe Stellung.

„Geht die Revolution mit Blutvergießen einher? Ja, sie geht mit Blutvergießen einher. Ja, und dafür sind wir zu Wenige. Doch womit geht dieser heutige, als Frieden verspottete Zustand einher? (...) Die kommunistische Herrschaft kann nur mit ausländischen Panzern aufrechterhalten werden. Die Kommunisten sind nicht klug und stark, sondern feige, dumm und gnadenlos. (...) Mit Klugheit, Geschicklichkeit, Entschlossenheit und Zusammenschluss sind sie zu besiegen, wenn die Zeit dafür gekommen sein wird. (...) Es wird der Augenblick kommen, (...) da der Große Bruder [die Sowjetunion] nicht in der Lage sein wird, in Mitteleuropa einen neuen Krieg anzuzetteln. Vor allem nicht in mehreren Ländern gleichzeitig. Dieser Augenblick darf nicht verpasst werden.“<sup>575</sup>

1988, nachdem János Kádár von seinen internen Rivalen aus der Macht entfernt worden war, fand er die Lösung einer mit Blutvergießen einhergehenden Revolution als nicht mehr begründet. Stattdessen trat er für radikale Veränderungen ein. Zur Erreichung dieses Ziels drängte er auf einen Zusammenschluss der oppositionellen Kräfte.

„Nach jahrzehntelanger Unterdrückung der Freiheit ist der Anspruch darauf mit elementarer Gewalt ausgebrochen. Davon wurden nicht nur die Repräsentanten der Macht überrascht, sondern auch die Gruppen der seit mehr als einem Jahrzehnt aktiven demokratischen Opposition. Fast zweihundert unabhängige Organisationen sind bereits tätig. Einige von ihnen gehen in ihren Forderungen (Beseitigung des Machtmonopols der Partei, freie Wahlen) auf den harmlosen Reformseglern noch weiter. (...) Eine Rückkehr zu den alten Methoden aber ist meiner Meinung nach nicht möglich. (...) Die Führung spielt auf Zeit und wird versuchen, mit Hilfe von Manipulation die demokratischen Kräfte zu teilen, die Aufmerksamkeit auf

<sup>574</sup> Samisdatzeitschrift *Beszélő* und *Demokrata* sowie in der ungarischsprachigen Münchener Zeitung *Nemzetőr*

<sup>575</sup> Krassó, György (1986 b): *Két választás Magyarországon (Zwei Wahlen in Ungarn)*, in: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]): *Maradj velünk! Krassó György írásai (Bleib bei uns! György Krassós Schriften)*, MagánZárka Kiadó, Wien, S. 257 f., Erstpublikation in der Samisdatzeitschrift *Demokrata*

Detailfragen zu lenken. Den 'Populisten' und den 'Urbanen', den Sozialdemokraten und den Kleinen Landwirten gesteht man ein Tätigkeitsfeld zu, wobei man selbst die Rolle des Interessenausgleichs und der Wahrung des gesellschaftlichen Friedens übernimmt. Die demokratischen Kräfte hätten die Aufgabe, einen Zusammenschluss zu organisieren (...)<sup>576</sup>

Eine blutige Revolution hätte zu diesem Zeitpunkt meiner Meinung nach nurmehr die Staatspartei auslösen können, indem sie sich den Veränderungen in den Weg gestellt hätte.

„Ohne radikale Veränderungen ist von der Zukunft nicht viel Gutes zu erwarten. (...) Vor zwei Dingen haben Viele Angst (...), vor einer Restauration und vor einer Explosion. Dies sind heutzutage Modewörter. Restauration würde eine Rückkehr zu Polizeigewalt bedeuten, Explosion eine Revolution. Nach den Jahrzehnten einer vorgeblichen Konterrevolution wagen auch heute Viele noch nicht, die Sache beim Namen zu nennen. (...) Nicht jede Revolution geht mit Kämpfen, Blutvergießen und Bürgerkrieg einher. (...) Die Revolution hat in Ungarn bereits begonnen. Nur der Westen hat dies noch nicht bemerkt. Eine blutige Revolution kann nur die Partei auslösen. Jene Partei, die geschwächt ist, kein Programm hat und deren Führer aus Angst vor dem Machtverlust zum Mittel der Gewalt greifen könnten.“<sup>577</sup>

1989, jedoch spätestens am 16. Juni 1989 zur Wiederbeerdigung von Imre Nagy und seinen Gefährten, sah Krassó den Augenblick für radikale Veränderungen als gekommen an. Sein Konflikt mit der Opposition bildete sich einerseits deshalb heraus, weil diese befürchtete, wenn sie ihn am 16. Juni 1989 reden ließen, dann würde er mit seiner Vorstellung von einer blutigen Revolution argumentieren. Andererseits deshalb, weil er nicht nur gegen die Teilnahme von MSZMP-Politikern an der Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten protestierte, sondern auch aktiv wurde, ein unabhängiges Gedenken als politische Demonstration plante. Einen Tag vor der Wiederbeerdigung, am 15. Juni 1989, fand vor der Budapester sowjetischen Botschaft eine angemeldete politische Demonstration<sup>578</sup> statt, die durch ein großes Polizeiaufgebot und auch mit geheimdienstlichen Methoden gesichert wurde. György Krassó nahm daran nicht teil. Für die Organisation der Demonstration zeichneten der Radikale Kreis des FIDESZ und der Republikanische Kreis verantwortlich. Es geschahen keinerlei Übergriffe. Zwei Schlussfolgerungen aber ließen sich daraus ziehen. Zum Einen war die Zahl derer, die radikale Veränderungen forderten, gering, und zum Anderen gab es auch von denen keine Gewaltanwendung. Einhundertfünfzig Demonstrationsteilnehmer wurden gezählt. Tatsache ist, dass die Sowjets nicht einschritten. Die sowjetische Führung musste also bereits vor der Demonstration die Entscheidung getroffen haben, dass sie die sowjetfeindlichen Töne in Ungarn tolerieren würde. Vor diesem

<sup>576</sup> Krassó, György: *Ki lát a jövőbe?* (Wer blickt in die Zukunft?) in: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]): *Maradj velünk! Krassó György írásai* (Bleib bei uns! György Krassós Schriften), MagánZárka Kiadó, Wien, S. 297 f., veröffentlicht vom Sender Free Europe am 14. Januar 1989

<sup>577</sup> ebd. S. 296-298

<sup>578</sup> ÁBTL 1.12.2. BRFK ÁB – Tüntetések, demonstrációk, megmozdulások (Demonstrationen, Bewegungen) 1.12.2-391-II-50\_1989.15. Karton/ 3. Dossier (15. Juni 1989, FIDESZ, Botschaft der Sowjetunion)

Hintergrund war Viktor Orbáns Rede zur Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten abgewogen. Mit ihrer Forderung nach einem Abzug der Russen aus Ungarn erzielte sie eine erhebliche politische Wirkung. Dabei wusste er genau um die Ungefährlichkeit seiner Rede, da er ja am Vortag an der Demonstration zugegen gewesen war.

Dem Einfluss des Budapester amerikanischen Botschafters Mark Palmer folgend, verunsichert angesichts der Drohungen und Versprechungen, verzichtete Krassó schließlich auf die entsprechenden organisatorischen Schritte, die für ein Sondergedenken erforderlich gewesen wären. Zwecks Vereitelung des Sondergedenkens spielte der Geheimdienst, der unverändert funktionierte, eine wichtige Rolle. Er stand bereits in den Startlöchern, um Krassó zu verhaften. Doch worin unterschied sich seine Haltung von der am Vortag stattgefundenen Demonstration vor der sowjetischen Botschaft? Warum wurde sein Sondergedenken verhindert? Der geplante Zeitpunkt für den 16. Juni 1989 nachmittags halb zwei war für eine groß angelegte politische Demonstration sehr günstig. Wahrscheinlich hätten daran viel mehr Menschen teilgenommen. Gegenläufige Interessen diktierten Krassós Kaltstellung und dessen relativ zu vernachlässigenden Unterstützerkreis. Krassós Veranstaltung hätte die Vorstellungen des für die Organisation der Wiederbeerdigung zuständigen TIB (des Komitees zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit), des für die Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlichen MDF (des Ungarischen Demokratischen Forums), des Reformflügels der MSZMP (der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei), der 56er Westemigranten sowie der Vereinigten Staaten konterkarieren können. Der Abzug der sowjetischen Truppen und die Rückgewinnung einer ungarischen Neutralität waren eine Frage internationaler Politik. Krassós radikaler Antikommunismus dagegen war ein innenpolitisches Problem. Der Einsatz polizeilicher Gewalt, vor allem gegen einen so bekannten Oppositionellen wie Krassó, hätte die Konsensbestrebungen vereitelt. Krassó hielt die Zustimmung des TIBs zur Teilnahme der MSZMP-Politiker an der Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten für einen unannehmbaren Kompromiss. Seiner Meinung nach habe man damit die Vergeltungsmaßnahmen nach der Revolution von 1956 außer Acht gelassen und die Hinüberrettung kommunistischer Macht begünstigt. Seiner Auffassung zufolge

„diente die Sondervereinbarung mit den Behörden den Interessen der bestehenden Macht, einem Hinüberretten des Kommunismus durch die Person Imre Nagys. Imre Nagy wurde mit 1956 identifiziert. Dann werden die Kommunisten Imre Nagy mit der Partei gleichsetzen. Womit sie die Revolution von 1956 auch schon mit der Partei gleichsetzen und das Ereignis der kommunistenfeindlichen Revolution zu einem kommunistischen Festtag machen werden.“<sup>579</sup>

---

<sup>579</sup> *Standrecht und Happening. András Bozóki im Gespräch mit György Krassó*, Interview, (Januar 1990), in: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]), S. 376 f.

Bei Krassós Kaltungsstellung ging es nicht um Boshaflichkeiten, sondern um einen unlösbaren Gegensatz in den Anschauungen zur Revolution von 1956. Im Vordergrund stand nicht die theoretische Herangehensweise. Denn darin war Krassó Pragmatiker. Vielmehr ging es um die politische Haltung. Das Wesen des Konflikts verbarg sich in der Konfrontation von Reformern und radikaler Linie.

„Ich rede davon, dass es meiner Meinung nach 1956 hier zwei Revolutionen gegeben hat, nicht nur eine. Die eine Revolution wollte das kommunistische Regime hinwegfegen, die andere hingegen, wenn man sie denn als solche bezeichnen kann, bestand im Wollen der Reformkommunisten, der Revisionisten. Sie wollten einen Machtwechsel, also statt der Personen um Rákosi an die Macht gelangen. Beide Revolutionen richteten sich gegen das Rákosi-Regime. Deshalb vereinten sich beide vorübergehend. Dies aber war nur ein Übergang. Denn am 23. Oktober 1956 gerieten sie zueinander in Konfrontation. Die revisionistische Führung akzeptierte das von den Stalinisten verhängte Standrecht. Sie unternahmen alles, um die bewaffnete Revolution zu ersticken. Ich stelle mir die Frage, ob jede reformerische Wegsuche von vornherein ein Irrtum wäre. Nein, meine ich! Ein Land kann nicht in permanenter Revolution leben. Sie ist nur jeweils ein Augenblick. Viel wichtiger ist eine relativ friedliche und konsolidierte Ära. Das Problem sehe ich darin, dass selbst die Aktivitäten der Reformen in Osteuropa von der Macht nicht toleriert werden. (...) In den langen Entwicklungsprozessen können sie nicht wirklich erfolgreich sein. In einer revolutionären Lage aber gelangen sie infolge ihrer früheren kritischen Haltung, ihrer Verfolgung, ihres Rufes und ihres gewissen Organisiertseins zu einer tonangebenden Rolle, die sie für eine Kanalisierung der radikalen Seinsbewegung ausnutzen. Unter revolutionären Bedingungen kann dies mit tragischen Konsequenzen einhergehen. Dieses Problem ist in Osteuropa allgegenwärtig.“<sup>580</sup>

Nach Krassó hat sich zum Systemwechsel wiederholt, was auch 1956 geschehen war, dass die Reformen oder Revisionisten (er gebraucht diese beiden Begriffe als Synonyme) die Macht errungen haben. Als er vollkommene Gerechtigkeit für 1956 forderte, als er die Ideen der 56er Revolution einforderte, als er für die bewaffneten Aufständischen und in deren Namen zur Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten um eine Aufnahme als Redner bat, um die Rehabilitierung der Revolution von unten zu beginnen und die Rehabilitierung der Revolutionsführer erst am Ende in Angriff zu nehmen, sprach er stets vom Gleichen, nämlich von der Durchsetzung eines radikalen Wandels.

Eigentlich hätte György Krassó eine antikommunistische Revolution haben wollen. Keine Gewalt, sondern einen Neubeginn, worin er der früheren Macht und den früheren Machtmechanismen, der Lenkung von oben absolut keinen Platz gegeben hätte. Die antikommunistische Revolution ist nicht verwirklicht worden. Krassós Kaltungsstellung dient dafür als empirischer Beweis.

---

<sup>580</sup> *In Erinnerung an György Krassó.* Interview mit György Krassó von Csaba Bátonyi und Róbert Pálinkás-Szűts. In: *Függőhid* (Hängebrücke), 1993, Nr. 1, S. 10 f.



Die zweite Frage besteht darin, welche Meinung er zum ungarischen Systemwechsel vertrat. Er nannte den Systemwechsel „einen friedlichen, antidemokratischen Wandel“.<sup>581</sup> Freie Wahlen sind neben einem Mehrparteiensystem und freien Medien die wichtigste Einrichtung der Demokratie. Krassó hielt die Wahlen von 1990 nicht für frei.

Das antidemokratische Wesen des Systemwechsels leitete er vom antidemokratischen Wesen des Wahlsystems ab. Die Art der Kandidatenaufstellung gemäß dem Wahlgesetz sowohl für die Parlaments- als auch die Kommunalwahlen hielt er für höchst problematisch. Das Gesetz für die Parlamentswahlen bedachte er wegen der Einführung von Empfehlungszetteln mit Worten wie „brutal antidemokratisch“ oder „ein solches finsternes Wahlgesetz hat es vielleicht noch nie zuvor und nirgendwo gegeben.“<sup>582</sup> Die Chancenlosigkeit der eigenen Partei, der Partei Ungarischer Oktober, schätzte er realistisch ein. Weder über die Landesliste, noch über die Gebietsliste hätte sie sich der Wahl stellen können. Lediglich unabhängige Kandidaten hätte er aufstellen können. Krassó machte sich nicht um seine Person und die Partei Sorgen, sondern um den Wandel. Denn er machte die Erfahrung, dass die Wähler Angst hatten, sich zu ihren politischen Überzeugungen zu bekennen. Außerdem setzte sich die Distanz zur Politik fort.

„Dass Parteien sich nicht zur Wahl stellen können, weil sie viele zehntausend Empfehlungszettel besorgen müssen, schließt einfach die Möglichkeit einer demokratischen Wahl aus. Meiner Meinung nach könnte nicht einmal das Ungarische Demokratische Forum (MDF) zu den Wahlen antreten, wenn die MSZMP dies nicht wollen würde. Die MSZMP entscheidet darüber, wer zur Wahl antreten darf. Denn in der Provinz geben die Menschen nicht einmal dem MDF die Empfehlungszettel mit Namen und Personenkenntnummer, um sich so dazu zu bekennen, dass sie für das MDF stimmen würden. Also das MDF, und sogar auch der SZDSZ werden zur Wahl antreten. (...) Deshalb werden wir zur Wahl wahrscheinlich nicht antreten können. Mit ihnen können wir nicht rivalisieren. Denn es ist vollkommen ausgeschlossen, dass wir auf einer Komitatsliste starten, dass wir eine Listenpartei werden, weil wir dafür 36.750 Empfehlungszettel zusammenbringen müssten. Ein oder zwei unserer Parteimitglieder könnten als unabhängige Kandidaten ins Rennen gehen. Außerdem ist es sehr schwer, 750 Unterstützer zu gewinnen, insbesondere dann, wenn diese Empfehlungszettel nach meiner Vermutung sogleich eingesammelt werden. Also das Wesen der Sache besteht darin, dass die MSZMP irgendeinem ihrer Partner oder sich selbst sagen wird, wann die Empfehlungszettel ausgetragen werden. Und binnen einer halben Stunde werden sie auch schon eingesammelt. Und wer zuerst danach geht, der wird sie auch abholen. Wenn nicht gar der Zusteller die Empfehlungszettel sogleich wieder mitnimmt. Unter solchen Umständen weiß ich einfach nicht, ob es überhaupt lohnt, wenn wir lediglich mit einem unabhängigen Kandidaten ins Rennen gehen, das Wahlsystem auf solche Weise zu legitimieren und damit den Eindruck zu erwecken, als könnten wir diese Wahlen akzeptieren.“<sup>583</sup>

---

<sup>581</sup> Krassó, György (1990): *Üzenet a kórházból (Botschaft aus dem Krankenhaus)*, in: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]): *Maradj velünk! Krassó György írásai* (Bleib bei uns! György Krassós Schriften), MagánZárka kiadó, Wien, S. 331, Erstpublikation im Juni 1990

<sup>582</sup> *Standrecht und Happening. András Bozóki im Gespräch mit György Krassó*, Interview, (Januar 1990), in: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]), S. 378

<sup>583</sup> ebd. S. 378 f.

Die MOP stellte zu den Parlamentswahlen im Frühjahr 1990 selbst in jenen vier Direktmandatswahlkreisen keinen Kandidaten auf, wo sie die erforderliche Anzahl an Empfehlungszetteln bekommen hatte, sondern verbrannte letztere im Rahmen eines politischen Happenings. Die MOP überreichte dem Landeswahlausschuss die Asche, um so zu signalisieren, dass man das Wahlgeheimnis bewahrt, die Identität der Unterstützer geheimgehalten habe. Mit dieser politischen Aktion brachte die Partei zum Ausdruck, dass sie zur Legalisierung des Wahlsystems keinen Beitrag leisten wolle.

Zwischen Krassós Worten und Taten gab es allerdings durchaus auch Widersprüche. Einerseits kandidierte er im Dezember 1989 zu den Zwischenwahlen für das Parlament, obwohl damals schon das neue Wahlrechtsgesetz in Kraft war, andererseits gab er am 13. Januar 1991 in der letzten Meldung seines Lebens bekannt, dass er sich um das wegen der Unvereinbarkeitsklausel mit dem Oberbürgermeisteramt vakant gewordene Parlamentsmandat gelegentlich der ausgeschriebenen Wahlen bewerben wolle, sofern das Parteikomitee in seiner Sitzung dem zustimmen würde. „Das gegenwärtige Parlament hält er [Krassó] auch weiterhin nicht für legitim, und dieser seiner Meinung wolle er auch für den Fall seiner Wahl zum Abgeordneten Ausdruck verleihen.“<sup>584</sup>

Krassós Einschätzung zufolge habe sich die Zusammensetzung des Parlaments nicht gemäß dem Wählerwillen herausgebildet. Seine Argumentation folgte jener Logik, dass derjenige, der als Direktkandidat kein Mandat erhalten habe, von den Wählern abgelehnt worden sei. Im gemischten Wahlsystem aber stehen die landesweit bekannten führenden Politiker an der Spitze der Parteilisten und kämpfen auch als Direktkandidaten um eine Stimmmaximierung ihrer Partei.

„Die Parlamentswahlen haben den Führern der sogenannten Parlamentsparteien einen glänzenden Erfolg beschieden: Zwei Drittel der Staatsbürger sind ohne Vertretung geblieben. Führende Figuren des Parlaments sind größtenteils diejenigen geworden, die in den Direktmandatswahlkreisen von der Bevölkerung abgewählt worden sind.“<sup>585</sup>

Den Gesetzentwurf für die Wahlen der Lokalbehörden, der am 26. Juni 1989 veröffentlicht wurde, schätzte er nicht viel anders ein. Er kritisierte ihn auch wegen seiner komplizierten, fast nicht zu verstehenden Juristensprache und wegen des Empfehlungssystems. Danach äußerte er sich nicht mehr dazu, da er in London am Herzen operiert werden musste. Damit hing zusammen, dass seine Partei nicht ins Rennen ging. Bevölkerungsproportional hielt er die Zahl derjenigen, die wegen der Kandidatenaufstellung offen wählen mussten, für unverändert hoch. Auch die

---

<sup>584</sup> Krassó bereitet sich auf ein Abgeordnetenmandat vor. MH-Information, in: Magyar Hírlap vom 14. Januar 1991

<sup>585</sup> Krassó, György (1990), S. 331

Regelungen der Briefwahl hielt er für problematisch. Seine Kalkulation leitete er aus der Aufstellung von zehn Kandidaten ab. Das könnte etwas überzogen gewesen sein. Die für später, erst für Herbst 1990, anberaumte Kommunalwahl nahm seiner Meinung nach mit der Verlängerung der Kommunalmandate die Hinüberrettung der Macht ins Visier.

„Das Gesetz beseitigt zwar das System der berüchtigten ‘Empfehlungszettel’ sowie die 4-Prozentklausel, ersetzt es allerdings durch noch Schlechteres. Das Empfehlungssystem bleibt. Die Empfehlenden müssen nun (statt den in die Hand bekommenen Zettel zu unterschreiben) die kommunistischen Räte aufsuchen und beim Sekretär des Exekutivkomitees oder an von diesem ausgewiesenen Orten den Wahlzettel mit Angabe ihrer persönlichen Daten unterschreiben. Für die über eine größere Organisation verfügenden Parteien bedeutet es eine Erleichterung und eine Möglichkeit zum Missbrauch, dass die Empfehlenden auch mittels ‘Briefen’ ihr persönliches Erscheinen vermeiden können. Die vorgeschriebene Zahl der Empfehlenden hat kaum abgenommen. Von 1,5% ist sie auf 1% gesenkt worden. Das heißt, im Fall von jeweils zehn Parteikandidaten beziehungsweise unabhängigen Kandidaten müssen 20% der wahlberechtigten Bevölkerung, also zirka 1,5 Millionen Menschen, verfassungswidrig im Vorhinein erklären (in den Rathäusern), wen sie unterstützen.“<sup>586</sup>

Zur Systemwende ist ein Mehrparteiensystem zustande gekommen. Krassó vertrat die Meinung, dass es deshalb zu einer Genehmigung der Parteien gekommen sei, damit das Land im Westen den Anschein von Demokratie erwecken könne. Das Wahlgesetz enthielt aber durch die Parteienfinanzierung auch die Möglichkeit, unerwünschte Parteien zu beseitigen. Die kleinen Parteien befanden sich in einer schwierigen Lage. Denn die Rückzahlung der Parteienunterstützung betraf sie. Subventionen durch die Regierung wurden nur denjenigen Parteien zuteil, die mindestens 1% der Stimmen errangen. Zwar blieb das Mehrparteiensystem auch nach der Beseitigung der kleinen Parteien erhalten, doch schossen zu den Wahlen Parteien wie Pilze aus dem Boden. Auf Knopfdruck entstand die Tradition nicht ernstzunehmender Parteigründungen, gegebenenfalls zwecks absichtlicher und methodischer Nutzung.

„Ungarn will sich dem Westen gegenüber als Demokratie verkaufen. Dort sind Wahlen im Rahmen eines Mehrparteiensystems Kriterium für eine Demokratie. Also mussten im Handumdrehen in einem Land, in dem vierzig Jahre lang nur eine einzige Partei geherrscht hatte, sehr viele Parteien entstehen. Wie kann man das bewerkstelligen? Natürlich mit Hilfe von Abenteurern. Wie kann man Abenteurer für seine Zwecke nutzen? Man muss sie damit motivieren, dass sie zu Geld gelangen können und es sich gleich bleibt, um wenn es sich bei dem Betreffenden handelt und was er für eine Vergangenheit hat. (...) Entscheidend ist, dass es für die Zeit von Ungarns Anerkennung möglichst viele Parteien gibt. Das Endziel besteht natürlich im Erhalt von Krediten. (...) Meiner Meinung nach besteht das Ziel darin, nachdem diese vielen Parteien zur Irreführung des Westens geschaffen wurden, sie schnell wieder loszuwerden. Diese Parteien werden wie ein Unternehmen in Konkurs gehen, einfach verschwinden. Wie wir also binnen weniger Augenblicke Zeugen einer Parteieninflation geworden sind, so werden wir Zeugen eines Parteienauflösungsprozesses werden. Binnen eines Jahres werden

---

<sup>586</sup> ebd. S. 333

nur sechs bis acht Parteien überleben, die Vorstellungen von einem künftigen demokratisch genannten System Ungarns hatten. Doch hierbei gibt es auch einen anderen Aspekt. Die aufgenommenen zwei Millionen müssen buchhalterisch abgerechnet werden. Darauf wurden die Parteien allerdings nicht unbedingt aufmerksam gemacht. (...) Sie bedienen sich der zwei Millionen und geben das Geld aus. Dies bietet eine hervorragende Gelegenheit zur Erpressung.<sup>587</sup>

Was Krassó über die Medien der Systemwende dachte, dazu stehen relativ wenige Informationen zur Verfügung. Denn mit seinen Äußerungen griff er diejenigen an, die sie hätten veröffentlichen müssen. Über die ungarischen Medien beziehungsweise auch über den Sender Free Europe vertrat er ungeschminkt seine Auffassungen, bemühte sich aber zugleich um Objektivität. Obwohl es in Ungarn eine Pressezensur gab, die er in Verbindung mit seiner Partei und dem Komitee Dreiundzwanzigster Oktober erfahren musste, das für die Organisation der oppositionellen Gedenkveranstaltung am 23. Oktober 1989 verantwortlich zeichnete, meinte er, dass 90% der Informationen veröffentlicht wurden, womit er seinerseits zufrieden war. Um die Herrschaft über die Medien kämpften die zwei stärksten Oppositionsparteien. Zwischen den Parteien kam eine Regelung zustande, derzufolge die Plätze in den Entscheidungs- und Kontrollinstitutionen nach einem Parteienproporz verteilt wurden. Nach Krassós Meinung gelangten die Medien infolge der unterbliebenen Zur-Verantwortung-Ziehung in die Hände der Linken. Doch es könnte auch sein, dass dies westlichem Einfluss geschuldet war. Denn auch dort hält die Linke die Massenkommunikation unter ihrem Einfluss.

„Die Presse wird vom SZDSZ (dem Bund der Freien Demokraten) beherrscht. Das MDF (Demokratische Forum) will dem durch zentrale Lenkung abhelfen. Das MDF zahlt jetzt dafür die Rechnung, dass es sich über seinen Wahlslogan hinweggesetzt und nirgendwo Säuberungen durchgeführt hat. (...) Doch die Pressefreiheit funktioniert nicht unbedingt. Die Partei Ungarischer Oktober kommt in der Presse nicht vor, es sei denn durch Skandale. Unsere politischen Stellungnahmen werden nicht veröffentlicht.“<sup>588</sup>

Im Verlauf der Forschungsarbeit wird Krassó bestätigt. Im sogenannten vertraulichen Material des MTI-Archivs finden sich zahlreiche MOP-Stellungnahmen, die dem Landespressedienst vergebens zur Verfügung gestellt wurden. Zu einer Veröffentlichung kam es jedoch nicht.

Krassó kannte sich auch im Sender Free Europe gut aus. In Ungarn kam es nach einem von Zoltán Zsille dem Ungarischen Fernsehen gegebenen Interview zu einem Skandal. Zsille behauptete, dass auch die Sendungen dieses Rundfunks einer Zensur unterlägen. Krassó bekräftigte die Information, wonach jeden Tag richtungweisende Direktiven ausgegeben würden. Doch er hielt

<sup>587</sup> Tibor Hollauer: *Spassparteien und große Fische. Was wird das Schicksal der zwei Millionen sein?*, 168 óra, 13. Februar 1990, S. 10 f.

<sup>588</sup> Kakuk, György (1991 a): *Mindig ellenzékben (Immer in der Opposition)*, in: Kurír, 11. Januar 1991, S. 40

das für natürlich und billigte das Bedienen der Interessen des Finanziers. Dies selbst dann, wenn es sich dabei um den Kongress der Vereinigten Staaten handelte.

„Als ich dort war [im Münchener Gebäude des Senders Free Europe], stibitzte ich eine Notiz, worin die amerikanischen Führer den Rundfunkredakteuren zur Kenntnis bringen, wovon aktuell nicht gesprochen werden darf. Das teilten sie jeden Tag mit. Manchmal auf ganz groteske Weise. (...) Ein normaler Amerikaner ist freilich nicht ein solcher Hornochse, dass er eine Information zum nicht Erlaubten haben wollte. Doch die Führer eines jeden Non-Profit-Unternehmens müssen ihren Geldgebern dienen.“<sup>589</sup>

Dass der Sender Free Europe gegenüber der MDF-Regierung nicht kritisch genug war, erklärte Krassó damit, dass die Amerikaner die ungarischen Veränderungen unterstützten. Unter Reagans Präsidentschaft verfolgten sie die Strategie, der Opposition des Kádár-Regimes zu helfen. Als György Krassó 1984 unter Polizeiaufsicht gestellt wurde, nahmen sie auch ihn in Schutz. Der Sprecher des Weißen Hauses drückte in einer Erklärung wegen der Retorsion seine Besorgnis aus. Obwohl Krassó in der Zeit von Imre Nagys Wiederbeerdigung mit den amerikanischen Vorstellungen in Konflikt geriet, konnte er die Richtung der Großmacht nachvollziehen. Der Budapester amerikanische Botschafter Mark Palmer sympathisierte mit der demokratischen Opposition Ungarns. Doch als er im Januar 1990 Budapest verließ und das MDF die Wahlen gewann, unterstützten die Amerikaner die neue Regierung.

„Ich denke, dass er [der Sender Free Europe] im Allgemeinen die gesamte politische Konstruktion Ungarns unterstützte und unterstützen muss. (...) Das ganze gegenwärtige politische System ist von den Amerikanern geplant und durch ihre Unterstützung geschaffen worden. Die wichtigste Rolle kam hierbei dem ehemaligen amerikanischen Botschafter Mark Palmer zu.“<sup>590</sup>

Dass die ungarischsprachigen Sendungen des Senders Free Europe überflüssig werden, sprach Krassó wahrscheinlich als Erster öffentlich aus. Wahrscheinlich deshalb, weil eine Rückverfolgung dieser Aussage ein fast unmögliches Unternehmen ist. „Ständig wird versucht zu beweisen, dass der Sender Free Europe nicht überflüssig geworden sei. Dessen ungeachtet, so glaube ich, wird der Sender Free Europe schließlich verschwinden.“<sup>591</sup> Das Einstellen der Sendungen des Senders Free Europe<sup>592</sup> stand in engem Zusammenhang damit, dass das Ausmaß der Pressefreiheit in Ungarn zur Zeit der Systemwende als annehmbar eingestuft wurde. Doch von einer echten Pressefreiheit war keine Rede, denn so autonome Meinungen wie die von Krassó vertretenen

---

<sup>589</sup> ebd. S. 39

<sup>590</sup> György Kakuk (1991 a), S. 39

<sup>591</sup> ebd.

<sup>592</sup> Der Sender Free Europe (Radio Free Europe/ Radio Liberty) strahlte seine Sendungen zwischen dem 6. Oktober 1951 und dem 31. Oktober 1993 aus München aus.

wurden nicht veröffentlicht.

Die aufgrund von Zeitungsinterviews zusammengesetzte Antwort, ob eine Systemwende stattgefunden hat, lautet, dass sie nur zum Teil stattgefunden hat. Hat Krassó zufolge eine Systemwende überhaupt stattgefunden? Für Krassó nicht. Denn er hat nicht erwartet, was eingetreten ist.

Noch vor dem 23. Oktober 1990 gab er ein langes Interview, das postum in *Magyar Nemzet* erschien. Seine Meinung hielt man dennoch für so wichtig, dass sie sogar nach seinem Tod veröffentlicht wurde. Hierin sagte er, ob die Systemwende geschehen sei oder nicht, hänge davon ab, was einer unter Systemwende verstehe. Als Erstes bedeutete die Systemwende einen Übergang zum Kapitalismus. „Wenn wir in marxistischen Begriffen denken, dann (...) können wir bis zu einem gewissen Grad von einem Systemwechsel sprechen, denn die kapitalistischen Anzeichen zeigen sich bereits.“<sup>593</sup> Seine Meinung enthält hierin nichts Besonderes. Im Programm der Partei Ungarischer Oktober haben wir neben liberalen Elementen auch die Einführung der Arbeiterräte von 1956 angestrebt. In die Arbeit der stellenweise wieder gegründeten Arbeiterräte schaltete er sich nicht ein. Obwohl er promovierter Volkswirt war, befasste sich seine Partei nicht mit Wirtschaftsfragen. Mit der Systemwende ging die sozialistische Planwirtschaft zu Ende. Ob eine auf echtem Wettbewerb basierende Marktwirtschaft ausgebaut worden ist, das freilich ist eine andere Frage.

Seiner Meinung nach ging die Systemwende nicht demokratisch vonstatten. Dies deshalb nicht, weil die Menschen bei den Entwicklungen kein Mitspracherecht hatten.

„Es lohnt indes viel eher, in ‘Demokratie’ zu denken, nämlich inwieweit sich die Menschen Gehör verschaffen können, wie sie über ihr Schicksal entscheiden können. Betrachten wir das, dann hat keinerlei Systemwechsel stattgefunden. Auch weiterhin werden das Land, die Presse, die Polizei von einer Machtelite beherrscht. Also wie auch bisher schon: Die Bevölkerung hat nicht mitzureden. Als das Kádár-Regime zerfiel, wurde der Bevölkerung ein gewisser Einfluss zugestanden: Demonstrationen mit hunderttausend Teilnehmern wurden genehmigt. Sollen die Menschen doch heute wagen, so etwas zu machen!“<sup>594</sup>

Dass die neu konstituierte Regierung Proteste im Keim erstickt hätte, dem widersprach die Taxiblockade. Zwischen 25. und 28. Oktober 1990 kam der öffentliche Verkehr in Budapest und in der Provinz zum Erliegen, weil die Taxifahrer mit Straßensperren gegen die drastischen Benzinpreiserhöhungen protestierten. Ausgelöst wurde die fünfundsechzigprozentige Preissteigerung durch die Ölpreiserhöhung auf dem Weltmarkt sowie die Einstellung kostengünstiger Warenlieferungen. Die Antall-Regierung hatte die Entscheidung auf den Zeitpunkt nach den im Herbst stattgefundenen Kommunalwahlen verschoben. Dennoch waren die

<sup>593</sup> Hajnalka Cseke (11. März 1991), S. 5

<sup>594</sup> ebd.

Maßnahmen unvermeidlich. Seitens der Regierung wurden die Aktionen der Taxifahrer als rechtswidrig eingestuft. Trotzdem wurde auf Gewaltanwendung dagegen verzichtet. Im Gesetz zum Versammlungsrecht wurden spontane Demonstrationen nicht geregelt. Der SZDSZ stellte sich auf die Seite der Blockade. Vor allem Staatspräsident Árpád Göncz billigte die Forderungen der Taxifahrer. Die Führer des FIDESZ hielten sich in Verbindung mit den Straßensperren mit ihrer Meinung zurück, vertraten in ihren Erklärungen gemäßigte Standpunkte. Auch die MSZP bekundete ihre Sympathie mit den Taxifahrern. Später nahm das Parlament das Gesetz zur Angleichung der Treibstoffpreise an die Weltmarktpreise an.

Krassó fertigte aus diesem Anlass ein Flugblatt<sup>595</sup> an. In der quasi revolutionären Situation fühlte er sich in seinem Element. Doch auf die Ereignisse hatte er keinen Einfluss. Das Flugblatt mit der Unterschrift „Parlamentarische Demonstranten“ forderte die Werktätigen ab 28. Oktober 1990 zum zeitlich unbeschränkten Generalstreik auf, solange die Regierung die Preiserhöhung nicht zurückgenommen haben würde. Das Flugblatt wurde schon am Morgen des 26. Oktober verbreitet. In Vertretung des Ministerpräsidenten „kramt“ Innenminister Balázs Horváth<sup>596</sup>, der nach der Taxiblockade auf seinem Posten von Péter Boross abgelöst wurde, „zwischen seinen Akten ein Flugblatt hervor, meint, jugoslawische Touristen hätten gegen 11 Uhr an der Südgrenze mehrere davon abgegeben. (...) Damit diese Flugblätter bis 11 Uhr von Budapest aus zur Grenze gelangen könnten, müssten sie schon morgens um 9 Uhr fertig gewesen sein, erklärt der Innenminister. Soviel zum organisatorischen Chaos und Unpolitischen der Blockade, fügt er hinzu.“<sup>597</sup> Krassós angebotene politische Lösung, seine konzipierte Vorstellung, kam nicht in Betracht.

Die Menschen sympathisierten mit der Taxiblockade. Die Regierung war verunsichert. Der Ministerpräsident lag mit einer Krebserkrankung im Krankenhaus. Nach dem bereits geschlossenen Kompromiss zur Preiskompensation gab er ein Fernsehinterview. Das heißt, die Regierung „bezeichnete die den ungarischen Kfz-Besitzern pro Liter gewährte Vergünstigung von zehn bis zwölf Forint eigentlich als eine ermöglichte Preissenkung und betrachtete diese nicht mehr als Vorbedingung für die Beseitigung der Straßensperren.“<sup>598</sup> Der Westen unterstützte die ungarische Regierung. Denn er hielt die Durchsetzung des wirtschaftlichen Strukturwandels für eine Voraussetzung der Veränderungen.

Krassós Meinung zur Tätigkeit der Antall-Regierung war in einer Erklärung vor der Taxiblockade im Grunde genommen nicht schlecht. Er stellte in Abrede, dass eine historische Möglichkeit verpasst worden sei. Einerseits sah er als Volkswirt, dass die Regierung das Inflationsproblem handzuhaben verstand, auch den Takt der Privatisierung hielt er für akzeptabel,

---

<sup>595</sup> Tibor Philipps in Aufarbeitung befindliches Material im Archiv OSA (Stand vom Dezember 2017)

<sup>596</sup> Balázs Horváth wurde am 20. Dezember 1990 durch den Regierungschef von seinem Posten abgelöst.

<sup>597</sup> Imre Kónya: ... *und das Fest ist ausgeblieben? Geschichten von der Systemwende bis in unsere Tage*, Alexandra Verlag, Pécs 2016, S. 373 f.

<sup>598</sup> ebd. S. 390

andererseits sah er auch in der Angelegenheit der politischen Häftlinge Fortschritte.

„Die Antall-Regierung hat nichts verpasst. Denn ihr Freiheitsgrad ist außerordentlich gering. Es ist anzumerken, auch eine SZDSZ-Regierung hätte gleichen Einschränkungen unterlegen. Unter den gegenwärtigen Umständen glaube ich nicht, dass wesentlich mehr möglich gewesen wäre. Im Grunde genommen gefällt mir die außenpolitische Ausrichtung der Antall-Regierung. Der Inflation hat sie entgegen der SZDSZ-Propaganda nicht freien Lauf gelassen. Der Forint musste nicht ganz abgewertet werden. Es wurde mit der Privatisierung begonnen. Die politisch Verfolgten bekommen eine Entschädigung (...) Mein Problem mit der Regierung besteht lediglich darin, dass sie nicht wirklich kompetent und nicht wirklich demokratisch ist. Ihre Abgeordneten waren auch im früheren System präsent. Die Verflechtung zwischen MDF und kommunistischem Reformflügel ist bekannt. Also im Wesentlichen habe ich darüber auch schon früher gesprochen. Und deswegen bin ich pessimistisch.“<sup>599</sup>

Krassó erkannte József Antalls außenpolitische Erfolge an. Namentlich im Juni 1990 seinen Vorschlag in Moskau zur Auflösung des Warschauer Vertrags, die durch friedliche Selbstauflösung am 1. Juli 1991 abgeschlossen wurde. Daraufhin verließen auch die letzten sowjetischen Truppen Ungarn.<sup>600</sup> Auch Antalls Beziehungsausbau und diplomatischen Westbesuche, doch vor allem seine Außenpolitik zwecks Erhaltung der nationalen Einheit wurden von Krassó gewürdigt.

Eigentlich sah er in der ungarischen Systemwende eine Eliteergänzung. Und dies ist bereits ein weiterer Aspekt. Nämlich die Selbstrettung der kommunistischen Elite und die Erweiterung um die oppositionelle Gegenelite.

„Wenn wir darunter diejenigen Menschen verstehen, die nach oben gekommen sind, dann ja. Für sie hat eine Systemwende stattgefunden. Sie haben die Elite ergänzt, wenn auch nicht vollkommen ausgetauscht. Neben der alten Elite konnte sich eine neue, nach Macht und Geld strebende Elite einrichten.“<sup>601</sup>

Mit dieser Meinung war Krassó ziemlich allein. Krassós Elitefeindlichkeit erstreckte sich nicht nur auf die Angehörigen der einstigen Nomenklatur, sondern auch auf die Opposition. Erzsébet Szalais Forschungen haben bewiesen, dass ein Teil der ehemaligen politischen Elite ihren Platz in der Wirtschaftselite fanden und an der Rückkehr der alten Elite an die Macht interessiert waren.<sup>602</sup> Dass die MSZP bei den Wahlen 1994 eine absolute Mehrheit errang und dann über zwei

---

<sup>599</sup> Hajnalka Cseke (11. März 1991), S. 5

<sup>600</sup> Der endgültige Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn war für den 30. Juni 1990 angesetzt, geschah aber bereits zwei Wochen vor Ablauf der Frist. József Antall kam mit dem russischen Präsidenten Jelzin darin überein, dass die von der sowjetischen Militärführung geforderte zwei Milliarden Forint unter Berufung auf die Schäden an den in Ungarn errichteten Objekten beziehungsweise unter Berufung auf die 1956 entstandenen Zerstörungen mit einer Nulllösung abgeschlossen werden sollte. In: Imre Kónya: ... und das Fest ist ausgeblieben? *Geschichten von der Systemwende bis in unsere Tage*, Alexandra Verlag, Pécs 2016, S. 420 f.

<sup>601</sup> Hajnalka Cseke (11. März 1991), S. 5

<sup>602</sup> Erzsébet Szalai: *Az Elitek átváltozása. Tanulmányok és publicisztikai írásai 1994-1996* (Die Metamorphose der Eliten. Studien und publizistische Schriften 1994-1996), Új Mandátum Könyvkiadó, Budapest 1998.



Wahlperioden zusammen mit dem SZDSZ als Koalitionspartner regierte, bestätigte wertfrei den Zusammenhalt der Eliten, wovon Krassó gesprochen hatte.

In einem seiner letzten Interviews (das Erscheinungsdatum ist bekannt, das Entstehungsdatum nicht) merkte er auf die Frage, was er auf dem Schauplatz der ungarischen Politik von der Zukunft erwarte, an, dass es allen gelungen sei, sich hinüberzuretten, nicht nur der Machtelite, sondern auch der Technokratie und den Medienmitarbeitern.

„Eine Antwort darauf ist schwer. Hier ist es ohnehin einem jeden gelungen, sich hinüberzuretten. Niemand wurde zur Verantwortung gezogen. (...) Unverändert erwarte ich keine Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Also keine Gerechtigkeit und Solidarität.“<sup>603</sup>

In einem Gespräch im Radio Kossuth vom 5. Januar 1991 stellte György Krassó die Frage, ob sich der Kampf um einen friedlichen Übergang gelohnt habe. Wie kann „der sogenannte friedliche Übergang als eine Entwicklung, die der Gesellschaft schwerwiegende Versuchungen erspart“, verteidigt werden, wenn „die Gesellschaft trotzdem die Veränderungen erkämpfen muss? Wozu zum Teufel war dann das alles erforderlich, diese zwei Jahre währende Manipulation, wenn schließlich ohnehin die Menschen [die Freiheit] erkämpfen müssen?“<sup>604</sup> Er verwies auf die Taxiblockade. Anfang 1991 wurde gerade jene Vergünstigung in Verbindung mit der Treibstoffsteuerung beseitigt, die zu erkämpfen den Brückenblockierern gelungen war. Sein politischer Optimismus erstreckte sich nicht auf die Systemwende. Präzise formulierte er:

„Für eine Verwirklichung jenes Freiheitsgrads, der nach dem Sturz des kommunistischen Regimes erwartet wurde, für die in den Menschen geweckten Hoffnungen sehe ich bei der gegenwärtigen politischen Aufstellung keine Möglichkeit, nicht in der von der heutigen politischen Elite geschaffenen Konstruktion.“<sup>605</sup>

1989/90 bestand eine Chance zur Schaffung einer echten Demokratie und zur Beseitigung der Korruption. Voraussetzung dafür wäre die Trennung von politischer und wirtschaftlicher Sphäre gewesen. Doch die aus der Opposition oder der Gegenelite hervorgegangenen zwei stärksten Parteien begriffen nicht den Einsatz der Systemwende. Die Verhandlungen am Runden Tisch dienten der Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen für die Systemwende. Wenn die Systemwende nur darin bestanden hätte, in ihrer friedlichen Abwicklung, dann könnte von ihr gesagt werden, dass sie vollkommen gelungen sei. MDF und SZDSZ, die Rechte und die Linke,

---

<sup>603</sup> György Kakuk (1991 a), S. 40

<sup>604</sup> *Szaván fogtuk. Merész kijelentések nyomában.* (Beim Wort genommen. Auf der Suche nach gewagten Erklärungen) Péter Obersovszky im Gespräch mit György Krassó, dem Führer der Partei Ungarischer Oktober, Sender Kossuth, 5. Januar 1991, 14'10'' Minuten, In: Archiv OSA, Hungarian Monitoring, 5.1/91, S. 228 (Krassó György Biographical File)

<sup>605</sup> ebd.

trugen den politischen Kampf gegeneinander so aus, als würde ein in Beton gegeossenes Zwei-Parteien-System bestehen. Nach der vierzigjährigen Diktatur unterblieb es, die in den Schlüsselpositionen befindlichen Personen auszutauschen und gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen. Darin, dass sich die frühere politische Elite in die Wirtschaftselite hinüberrettete, verbarg sich der Fehler der Systemwende. Dies ist im Grunde genommen personenunabhängig geschehen. Denn mit der Systemwende ist es auch zu einer Wirtschaftswende gekommen. Von der Opposition der Systemwendezeit hat nur der FIDESZ begriffen, dass die Erringung der Wirtschaftsmacht eine Funktion der politischen Macht ist, dass in Ungarn keine politische Lobbyarbeit stattfindet, sondern eine Verflechtung besteht. Mit dem Verstehen und der Anwendung dieses Mechanismus konnte der FIDESZ eine stabile Macht erringen. Krassó sah deutlich, dass die Entwicklungsprozesse von den Interessen einer kleinen Elite gelenkt werden, dass die Entwicklungsrichtung schlecht ist. Die ungarische Systemwende ist nicht nach Krassós Wünschen verlaufen. Es ist kein demokratisches System nach westlichem Muster entstanden. Er sah, dass die von der Elite verfolgte Zentralisierung durch die Manipulation des Volkes über den Köpfen der Mehrheit hinweg eine korrupte Pseudodemokratie geschaffen hat.

## 10. Ungarische und ausländische Beurteilung

Nach Krassós Tod setzte die Auseinandersetzung mit seinem politischen Erbe ein. Bei der Aufarbeitung seines Erbes kam neben den Würdigungen der Erinnerungen der von Mónika Hafner und Zoltán Zsille herausgegebenen Materialsammlung „Bleib bei uns! Gesammelte Schriften von György Krassó“, worin nicht nur Krassós Schriften, sondern auch viele wertvolle Dokumente aus seinem Nachlass veröffentlicht wurden, große Bedeutung zu.

### 10.1. Ungarische Bewertung

Krassó war die erste kurz nach der Wende verstorbene Persönlichkeit der Opposition. Die ungarischen Medien schätzten seine Rolle in der Zeit des demokratischen Wandels als problematisch ein. Unmittelbar nach seinem Tod setzte in der Beurteilung eine Umwertung ein.

Am 12. Februar 1991 nachts teilte die Führung der Partei Ungarischer Oktober der Nachrichtenagentur MTI mit, dass György Krassó, der Führer der Partei, an dem Tag nach langer schwerer Krankheit im Alter von achtundfünfzig Jahren verstorben sei.<sup>606</sup> Krassó erlitt am 13. Januar 1991 auf dem zu Miklós Mészölys siebzigstem Geburtstag vom Goethe Institut in der Budapester Kecskeméti Straße veranstalteten Empfang einen Schwächeanfall. Im Sommer des vorangegangenen Jahres hatte er in London eine große Herzoperation überstanden. Augenzeugen des Schwächeanfalls berichten, dass es bis zum Eintreffen des Notarztes wenigstens zwanzig Minuten gedauert habe.<sup>607</sup> Nachdem die Ärzte eindeutig den Hirntod festgestellt hatten, wurden die lebenserhaltenden Maschinen abgestellt.<sup>608</sup> Zuvor war von der Presse mehrfach von Krassós lebensbedrohlichem Gesundheitszustand berichtet worden.

Das vertrauliche Material der Ungarischen Nachrichtenagentur MTI registrierte zeitgleich mit György Krassós Todesnachricht die Information, dass sich die Partei Ungarischer Oktober in Verbindung mit dem geplanten Bodengesetz dafür einsetze, dass der Boden in die Hände der Produzenten gelangen solle.<sup>609</sup>

<sup>606</sup> Nachrichtenarchiv MTI 1988-, aus den Nachrichten des Landespressedienstes, Vertrauliches Material, 13. Februar 1991

<sup>607</sup> Persönliche Mitteilung des bildenden Künstlers György Jovánovics (1939 –)

<sup>608</sup> Persönliche Mitteilung Mónika Hafners

<sup>609</sup> „(...) 1956 hat das ungarische Volk bewiesen, dass es fähig ist, über das eigene Schicksal zu entscheiden und nicht duldet, dass machthungrige Politiker über ihren Kopf hinweg Abmachungen treffen. Der ungarische Boden gehört dem ungarischen Volk. Beziehungsweise so müsste es sein. Wer kann auf dem Kossuth Platz entscheiden, wem der Boden zusteht? Ein einziges Gesetz kann das Parlament in dieser Frage verabschieden, nämlich dass diejenigen die Entscheidung darüber treffen müssen, die Ahnung davon haben. (...) Wenn der Eigentümer von 1947 den Boden bestellen will, dann soll er den Boden bekommen. Doch wenn ein besitzloser LPG-Bauer 1947 kein Land besessen hat und jetzt keines bekommen kann, dann setzen wir den Ausbau des vorangegangenen ungerechten Systems fort.“ MTI-Nachrichtenarchiv 1988-. Aus den Nachrichten des Landespressedienstes, Vertrauliches Material, 13. Februar 1991.

Nach Krassós Tod gibt es über die Partei kein weiteres vertrauliches Material. Für die Spitze der Partei Ungarischer Oktober fand sich kein Ersatz. Auch wurden keine neueren Stellungnahmen zur Veröffentlichung verfasst, die hätten abgelehnt werden können. Doch bedauerlich ist nicht nur die Tatsache, dass die Partei inhaltlich nicht weiter funktionieren konnte, zumal sie auch selbst keine entsprechende Möglichkeit für sich sah, sondern dass auch während der Wende eine Institution existierte, die dazu berufen war, die politische Tätigkeit der Partei Ungarischer Oktober zu erschweren und unmöglich zu machen. Der Historiker Ignác Romsics meint, der Landespressedienst habe im Demokratisierungsprozess eine positive Rolle gespielt. Die Stellungnahmen von Krassó und seiner Partei habe er als sogenanntes vertrauliches Material eingestuft, das nur einem engen und bis heute undurchsichtigen Abonnementkreis zugänglich gewesen sei.

Am 14. Februar 1991 erschien nach Krassós Tod in *Magyar Nemzet* von Péter Sneé der erste Nekrolog. Er würdigte *einen Menschen von unvergleichlicher sozialer Sensibilität*, dem sich die *ambitionierte Intelligenz*, die Krassó als Verlierer sah, nicht an die Seite stellte.

„Wo ein ungarischer Intellektueller aufhörte, dort begann er. Gott sei Dank verstand er die Anstandsregeln nicht. Er konnte brillant argumentieren und charmant erklären, war aber unfähig wahrzunehmen, dass ein Vagabund kein Mensch ist, dass man nur in Schlips und Kragen politisieren kann und dass du demjenigen, der dir kleine Gefälligkeiten erweist, höchstens auf die Schulter klopfen kannst. Er aber erdreistete sich, dir eine Tasse Tee anzubieten, unaufschiebbare Geschäfte zu verschieben, um sich mit dir auf ein Gespräch einzulassen, als wärest du der Präsident der Akademie der Wissenschaften persönlich. Er machte dich zu seinem Partner.“<sup>610</sup>

In seinem Nekrolog prophezeite Péter Sneé, der sich auch in der Wendezeit als Krassós treuer Freund erwies, dass man den Verstorbenen wiederbeerdigen werde. „... ein als Extremist Verrufener ist desertiert. Werden wohl seine für einige Jahre zur Ruhe gebetteten Gebeine dereinst aus Gewinnsucht oder purer Verehrung umgebettet werden?“<sup>611</sup> Interessanterweise entdeckte Péter Sneé Krassós Umbettung. Im Frühjahr 2014 bemerkte er, dass Krassós Grab verschwunden war. Die letzte Ruhestätte von Sneés Eltern befand sich in der Nähe. Von der Friedhofverwaltung erfuhr er, dass die sterblichen Überreste von György Krassó und der ganzen Familie auf den Friedhof Fiumei Straße umgebettet worden waren.<sup>612</sup>

Am 16. Februar 1991 würdigte Ferenc Kőszeg, Chefredakteur des *Beszélő* und Krassós Mitstreiter in der Opposition, in der Wochenzeitschrift das Engagement des Verstorbenen für 1956 und dessen Gerechtigkeitsliebe. Am Tag der Beerdigung gedachte er seiner in einem

<sup>610</sup> Péter Sneé: *Zum Tod von György Krassó*, *Magyar Nemzet*, 14. Februar 1991, S. 3

<sup>611</sup> ebd.

<sup>612</sup> Interview mit Péter Sneé, Interviewer: Gabriella Kinda, 18. Juli 2014

parlamentarischen Wortbeitrag vor der Tagesordnung. In der Zeit der Agonie des Bunds der Freien Demokraten brachte er seiner Enttäuschung über die Systemwende zum Ausdruck. Das heißt, geschrieben hat er dies Jahre später. Das Wesentliche von Krassós Wesen sah er in der Nähe zu Cassandra.

„Von 1956 sprach er, als die spätere Opposition auf 1968 schwor. Ohne den ungarischen Oktober würde es keine ungarische Demokratie geben. Kapitalismus verkündete er, als die sich gegen den Marxismus Wendenden ihre Hoffnung auf die Erneuerung des Marxismus setzten. Mit dem Kommunismus könne man keinen 'Gesellschaftsvertrag' schließen, erörterte er. Auch lohne es nicht. Der Kommunismus müsse gestürzt werden, der Kommunismus werde zusammenbrechen. Es habe kein Systemwechsel stattgefunden, es habe sich nichts geändert, erklärte er schon röchelnd, mit dem Ersticken kämpfend. (...) Kassandras Tragödie besteht nicht darin, dass man ihr nicht glaubt. Kassandras Tragödie besteht darin, dass man weiß, dass sie Cassandra ist, die immer Recht hat und der man dennoch nicht glauben kann. Und man tut so, als würde man ihr tatsächlich nicht glauben. Denn mit ihrer Prophezeiung, mit ihrer Wahrheit, die allein sie ausspricht, kann man nicht leben.“<sup>613</sup>

In der zweiten Märznummer des *Beszélő* von 1991 korrigierte Pál Szalai, gleichfalls ein 56er Häftling, in einem Leserbrief Kószegs Behauptung, wonach Krassó in Ungarn einen Kapitalismus habe institutionalisieren wollen: „Krassó hat bis zum Ende am Programm der 1956er Arbeiterräte festgehalten. Und das kann man kaum als kapitalistisches Programm bezeichnen.“<sup>614</sup> Pál Szalai habe vor Krassós Emigration nach Großbritannien mit diesem, wie er schrieb, eine enge Freundschaft verbunden. Doch mit den Methoden und den Aktivitäten der Partei Ungarischer Oktober sei er nicht einverstanden gewesen. Für die Konfrontation mit anderen machte er Krassós Persönlichkeit verantwortlich.

„Unsere Anschauungen und unser Geschmack unterschieden sich in Vielem grundlegend. Doch obschon seine Persönlichkeit stark neurotisch geprägt war, akzeptierte er meine abweichenden Meinungen selbst in zentral bedeutenden Fragen von 1956. Er war eine komplizierte und von Grund auf unglückliche Persönlichkeit. Dazu hatte er sich gelegentlich auch selbst geäußert. In der demokratischen Opposition fand er kein Zuhause. Daran, so glaube ich, war er auch selbst schuld.“<sup>615</sup>

„Über Tote sagt man nichts Schlechtes.“ In Verbindung mit Krassó hat auch dieser Satz keine Gültigkeit. Es gibt Zeitungsartikel, die darauf verzichten, Krassós Verdienste zu erwähnen. Allerdings überwiegt in der Beurteilung das Positive.

Am Abend des 21. Februar 1991 organisierten seine Freunde aus der Zeit der Opposition

---

<sup>613</sup> Ferenc Kószeg: *Krassó (1932 – 1991)*, *Beszélő*, 16. Februar 1991, S. 3

<sup>614</sup> Pál Szalai: *Tisztelt Szerkesztőség! (Sehr geehrte Redaktion!)*, *Beszélő*, 2. März 1991, S. 2

<sup>615</sup> ebd.

gelegentlich des zehnten Jahrestags der Eröffnung der Samisdatboutique im Kossuth Klub eine Spendenaktion zur Unterstützung von Krassós Lebensgefährtin und seiner Tochter. „László Dés und seine Freunde machen Musik. Wir sammeln Geld für György Krassós Frau Ági Háý<sup>616</sup> und seine dreijährige Tochter<sup>617</sup>.“<sup>618</sup> Diese Mitteilung wurde unter anderen am 16. Februar 1991 auch im *Beszélő* und in der Morgenausgabe des *Kurír* veröffentlicht. Die Zeitung *Magyar Nemzet* brachte auch noch einen kurzen Nekrolog zu Krassó.

„In der vor zehn Jahren am 21. Februar 1981 in der Galamb utca eröffneten Samisdatboutique konnten wir fast nur auf Schreibmaschinen vervielfältigte Literatur kaufen. Dann lernten wir von den Polen die Hektographietechnik, besorgten Matrizendrucker. Und es kam die Polizei. Die Dinge nahmen eine ernste Wende. Wir konspirierten und trotzten der Macht, bauten unsere Druckereibeziehungen aus, konnten 1500 Exemplare herstellen. Wie naiv doch all das war! Doch wir amüsierten uns königlich. Die Dinge nahmen schließlich eine noch ernstere Wende. Die Kommunisten übergaben die Macht. Ob wir sie übernommen haben, das ist eine andere Frage. Manch einer ging in dem naiven Amüsement zugrunde oder starb daran. Krassó, der sich vielleicht am besten amüsiert hat und es vielleicht am ernstesten genommen hat, ist am Dienstag verstorben.“<sup>619</sup>

Bei der Rehabilitierung der Märtyrer des Kommunismus übernahm György Krassó eine wichtige Rolle. Die Mitteilung der Szenteser József-Lakos-Gedenkgesellschaft, an Krassós Grab einen Kranz niederlegen zu wollen, wirft Licht auf einen konkreten Fall.

„Bei der Rehabilitierung des parteilosen Szenteser Polizeipräsidenten József Lakos, der infolge von Gesetzesverletzungen auf dem Krankenhausbett ermordet worden und den Märtyrertod gestorben ist, und seiner Verfolgung ausgesetzten Familie hat Dr. György Krassó eine wichtige Rolle übernommen. Zur Pflege der Erinnerung an den Märtyrer ist die 'József-Lakos-Gedenkgesellschaft' gegründet worden, zu deren Gründungsmitgliedern György Krassó gehörte. Gelegentlich seines Todes gedenkt die Gesellschaft des mutigen Kämpfers mit einem Kranz.“<sup>620</sup>

György Krassó wurde am 10. März 1991<sup>621</sup> im Prunksaal des Budapester Rathauses aufgebahrt und am 11. März auf dem Rákoskeresztúrer Neuen Friedhof im Familiengrab beigesetzt.

„Vor der Beisetzung findet am Sonntag dem 10. März im Prunksaal des Rathauses vormittags von 10 bis 16

---

<sup>616</sup> Lebensgefährtin

<sup>617</sup> Blanka Háý (1987 –)

<sup>618</sup> *György Krassó zum Gedenken*, Nachrichtenarchiv MTI, 1988-, aus den Nachrichten des Landespressendienstes, 15. Februar 1991

<sup>619</sup> ebd.

<sup>620</sup> *Mitteilungen, Vorankündigungen (2. Teil)*, Nachrichtenarchiv des MTI, 1988-, Aus den Nachrichten des Landespressendienstes, 19. Februar 1991

<sup>621</sup> *Dr. György Krassós Beerdigung*, Nachrichtenarchiv des MTI, 1988-, Aus den Nachrichten des Landespressendienstes, 7. März 1991

Uhr ein Abschied von Dr. György Krassó statt. Die Beerdigung ist für Montag, den 11. März, 14 Uhr auf dem Rákoskeresztúrer Neuen Friedhof nach protestantischem Ritus geplant. (MTI)<sup>622</sup>

Der damalige Oberbürgermeister Gábor Demszky war Krassós oppositioneller Mitstreiter. Obwohl es zwischen ihnen ernsthafte Probleme gab, vor allem in Verbindung mit Orwells Buchveröffentlichung *1984*, weil Demszky auf der Rückseite von Dalos's Roman *1985* für Orwell warb, den Krassó wegen der vielen Beschlagnahmungen nicht herausbringen konnte, andererseits gab es auch nach der Wende Konflikte, weil Krassó gegen die Hauptstadt in Sachen seiner Wohnung in der Főstraße prozessierte, weil sein Rechtsverhältnis als Mieter wegen seines Londonaufenthalts erloschen war, er aber die Wohnung, da sie leerstand, wieder in Besitz nahm und zwecks Wiederherstellung seines Mietverhältnisses prozessierte. Dies alles vermochte Demszkys Anerkennung Krassó gegenüber nicht zu beeinflussen. Die Hauptstadt betrachtete György Krassó als ihren Toten. Auch seither wurde niemand mehr im Rathaus aufgebahrt. Demszkys Geste wurde von allen Seiten gebilligt.<sup>623</sup> „(...) Gemeinsam mit dem Oberbürgermeisteramt beschlossen die Partei Ungarischer Oktober und die Familie des Verstorbenen, dass der von anderen abweichende Politiker als eigener Toter der Hauptstadt zu betrachten sei und demgemäß die Bestattungskosten von der Hauptstädtischen Selbstverwaltung zu tragen seien.“<sup>624</sup>

Am 11. März 1991 nahm György Makvári in den Ungarischen Nachrichten des Senders Free Europe vom „zweimal geborenen“ György Krassó Abschied. „Auf seinem Sarg stehen drei Jahreszahlen: 1932, 1956, 1991. Wer ihn gekannt hat, weiß, dass er zweimal geboren wurde: 1932 und 1956.“<sup>625</sup> Wir wissen, dass sich auch die Regierungspartei MDF durch Imre Furmann, den stellvertretenden Parteivorsitzenden des MDF, bei der Beerdigung vertreten ließ.

Am Tag von Krassós Beisetzung brachte die Zeitung *Magyar Nemzet* postum Hajnalka Csekes Interview, das, wie aus dem Vorspann hervorgeht, im großen Ganzen viereinhalb Monate vorher, in den Tagen vor der Taxiblockade, aufgenommen worden war.<sup>626</sup> Die Veröffentlichung von Krassós Prophezeiungen und Kritik am Systemwechsel beweist, dass seine Neubewertung auch unabhängig von seinen Bekannten eingesetzt hat.

„György Krassó bin ich erstmals im März 1990 begegnet. Der Hohn des Lebens zeigt sich darin, dass er im Gebäude der Zentrale der MSZMP, der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, neben einer Leninbüste stehend, von einem mit einem roten Spruchband eingehüllten Rednerpult aus einer annähernd hundertköpfigen Zuhörerschaft lebhaft etwas erklärte. Er sprach von den Übergriffen, den Verbrechern der vergangenen

---

<sup>622</sup> ebd.

<sup>623</sup> Gábor Demszkys persönliche Mitteilung

<sup>624</sup> *Gábor Demszkys Pressemitteilung*, Nachrichtenarchiv MTI, 1988-, 8. März 1991

<sup>625</sup> *György Krassó, der zweimal geboren wurde*, Sender Free Europe, Ungarische Nachrichten, Nachrichtenarchiv MTI, 1988-, Rundfunkbeobachter, 11. März 1991

<sup>626</sup> Hajnalka Cseke (11. März 1991), S. 5

Jahrzehnte. Seine Rede wurde von Zeit zu Zeit von begeistertem Applaus unterbrochen. Auch die um den Wandel Bemühten verschonte er nicht. Auch seine Mitstreiter der Samisdatbewegung kritisierte er, was er damit begründete, dass man mit denen, die man mag, strenger verfähre. Es schmerzte ihn, dass er von der Presse zumeist nur als 'Skandalheld' wahrgenommen werde, dass die Nachrichtenblätter schon weniger an dem interessiert seien, was er tatsächlich wolle. (...) In jenen schicksalhaften Tagen merkte er, seine Enttäuschung nicht verbergend, an: So habe er sich den Systemwechsel nicht vorgestellt! Ich bin der Meinung, obwohl Krassós Lageanalyse, seine politischen Einschätzungen erst von der Zeit bestätigt werden müssen, waren seine Gedankengänge für die an Politik Interessierten lehrreich.<sup>627</sup>

Am 12. März 1991 veröffentlichte der *Kurír* in seiner Morgenausgabe einen Artikel unter der Überschrift *Der letzte Revolutionär. György Krassó wurde beerdigt*.<sup>628</sup> Der Artikel stellte den in der Presse Krassó gegenüber angeschlagenen spöttischen Ton infrage und leitete eine Revision ein.

„Und jetzt haben wir ein wenig beschämt das Empfinden, dass du unter uns allen am besten warst. Dies auch dann, wenn wir dich oft ein bißchen zweifelnd ansahen, dich für einen Don Quichote des zwanzigsten Jahrhunderts in unserer Geschichte hielten. Dies war schon der letzte Aufzug. Von hier gibt es kein Weiter mehr. Der Abschied gehört vor allem den alten Freunden, denen du nun schon keine Antworten mehr geben, dich mit ihnen nicht mehr leidenschaftlich streiten kannst. Und so wird das Ganze so unwahrscheinlich, wie auch das, dass du dich nun nie mehr mit Polizisten und Politikern streiten, keine Statuen einhüllen und deine in Flugblätter eingewickelten Schmalzbrote verteilen kannst. Stumm tippeln wir hinter deinem Sarg her. Uns geht die Frage durch den Kopf, wer sich wohl mit den neuen Machthabern, Großtuern und Hochmütigen verkrachen wird. Was wird aus deiner Wahrheit werden, deiner oftmals verachteten und verspotteten Meinung, die wir nicht auszusprechen vermochten? Wir stampfen durch den Matsch am Wegrand, und allmählich gewinnt die Überzeugung die Oberhand, was du nie mehr über die Systemwende, die Hinüberrettung der Macht, die Politik sagen wirst. Dann die Grube. Hunderte drumherum.“<sup>629</sup>

Am 15. März 1991 wurden am Tag der Ungarischen Presse die Preise für das „Pressefoto des Jahres“ verteilt. In der Porträtkategorie erhielt Gábor Pataki, ein Fotograf des *Kurír*, für seine Arbeit mit dem Titel „György Krassó“ den zweiten Preis. Das Foto zeigte Krassó 1989 bei der Wiedereinnahme seiner Wohnung in der Főstraße.<sup>630</sup>

Im Oktober 1992 veröffentlichte die Zeitschrift *Beszélő* anlässlich von György Krassós 60. Geburtstag eine Krassó-Gedenknummer mit seinem Foto auf der Titelseite. Die Texte der Zusammenstellung<sup>631</sup> stammten aus Filmaufnahmen *Krassó, die Opposition der Opposition* der

---

<sup>627</sup> ebd.

<sup>628</sup> Kakuk, György (1991 b): *Az utolsó forradalmár. Eltemették Krassó Györgyöt (Der letzte Revolutionär. György Krassó wurde beerdigt)*, *Kurír, Morgenausgabe*, 12. März 1991, S. 16

<sup>629</sup> ebd.

<sup>630</sup> *Kurír* – Morgenausgabe, *Zauberhafte Bilder*, 15. März 1991, S. 16

<sup>631</sup> István Csurka, András B. Hegedüs, András W. Nagy, Ágnes Háty, Ottilia Solt, Miklós Súlyok, Árpád Göncz und Tamás Molnár sowie Texte von Krassó



Fekete Doboz (Black Box) von Róbert Pálinkás und Csaba Bátonyi, gesendet am 11. März 1992 im Program *Napzárta* im TV2. Der Titel ist ein Zitat aus der auf Krassós Beerdigung gehaltenen Abschiedsrede von Tamás Molnár, beschrieb die in Krassó steckende Kraft: „*Mit Gyuris Tempo Schritt halten, wird wahrscheinlich selbst im Himmel nicht möglich sein.*“ Alle suchten sie eine Antwort auf die Frage, warum Krassós Person Unverständnis umgab. Damit, dass Krassós Leben mit der Politik verschmolzen war, herrschte restlose Übereinstimmung. Er hatte drei Themen: die Revolution von 1956, die Opposition und den Systemwechsel.

Nach András W. Nagy, der zusammen mit Otilia Solt Krassó Anerkennung zollte, wollte Krassó die Moral einer anderen historischen Periode, namentlich die der Revolution, hinüberretten und den bewaffneten Kämpfern auch in der Zeit des Systemwechsels Gerechtigkeit widerfahren lassen.

„1956 bedeutete für ihn vor allem die Straße und die echten 56er, die kleinen jungen Proletarierkinder, die, wie allgemein bekannt, in der Revolution und im Freiheitskampf eine sehr große Rolle spielten und viele von ihnen auch zu Opfern wurden. Jetzt war Krassó der Meinung, und ich muss sagen, dass er dazu auch eine Theorie entwickelte, dass nämlich diese Kinder, die das spontane Freiheitsverlangen des ungarischen Volks verkörperten und die größten Opfer brachten, von den verschiedenen politischen und Interessengruppen fortwährend ausgespielt wurden, ja, in einem gewissen Sinn wird sogar die Erinnerung an sie ausgespielt. Ich hatte das Gefühl, dass in Krassós Aktivität auch nach Jahrzehnten noch das Bild jener gewissen bewaffneten Pester Jungen am Wirken ist und dass er ihnen historische Gerechtigkeit angedeihen lassen möchte, noch dazu in einer Form, dass er ihren Nachfahren zu einer entsprechenden Rolle in der ungarischen Politik verhelfen will.“<sup>632</sup>

Krassó sah in den bewaffneten Aufständischen bewusste Revolutionäre; beim Besetzen des Ungarischen Rundfunks hatte er mitten unter ihnen gekämpft. Sie hatten das Ziel, ihre Forderungen im Radio verlesen zu lassen. Das konnten sie nur um den Preis ihrer Selbstaufopferung erreichen, denn es wurde auf sie geschossen. Krassó hielt die ungarische Revolution von 1956 und den Freiheitskampf für die Erfüllung einer von unten kommenden Initiative. Stets betonte er, Ministerpräsident Imre Nagy habe sich auf die Seite der Revolutionäre gestellt, weil er eingesehen habe, dass sie im Recht seien. Und das habe vorübergehend zum Sieg der Revolution geführt, die durch den Verrat von János Kádár und Ferenc Münnich durch die Übermacht der sowjetischen Truppen im Blut erstickt worden sei. Den Ausdruck Pester Jungen, zu dem sich zu jeder Zeit die Eventualität gesellte, gebrauchte er nicht. Wer das Narrativ der Pester Jungen akzeptiert, der möchte diese Eventualität als Spontaneität bezeichnen. Das Narrativ von den Pester Jungen benutzt eine Exklusion, reduziert die Vielfalt der 56er Ereignisse. Die Revolution hatte viele Akteure. Neben den

---

<sup>632</sup> Zitat von András W. Nagy: *Mit Gyuris Tempo Schritt halten, wird wahrscheinlich selbst im Himmel nicht möglich sein.* In: *Beszélő*, 4. Jahrgang, Nr. 41

reformkommunistischen Führern spielten die Intelligenz, die Studenten, die Arbeiterräte, die befreiten politischen Gefangenen des Rákosi-Regimes, unter ihnen der Fürstprimas József Mindszenty, und die bewaffneten Kräfte eine Rolle. Die von Krassó erwähnten bewaffneten Kämpfer bildeten keine homogene Gruppe. Unter ihnen befanden sich Arbeiter, Studenten und Soldaten. Ein Teil der ausgerückten Soldaten, Angehörige der Armee beziehungsweise Wehrpflichtige, die Kadetten verschiedener Offiziersschulen, doch auch Polizisten und einige sowjetische Soldaten liefen über. Jedermann konnte sich eine Waffe besorgen und auf der Seite der Revolution kämpfen. Einzig die bewaffneten Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes (ÁVH) und des Innenministeriums liefen nicht über. Krassó rechnete alle namentlich nicht bekannt gewordenen Revolutionäre zu den bewaffneten Kämpfern. Ihnen allen wollte er in der Zeit der Systemwende Gerechtigkeit widerfahren lassen, damit ihr bewusstes Opfer nicht der Vergessenheit anheimfallen sollte. Ein wichtiges Moment in dem ihm entgegengebrachten Unverständnis ist darauf zurückzuführen, dass er den Ausdruck der bewaffneten Aufständischen der Revolution und des Freiheitskampfes von 1956 nicht im üblichen Sinn gebrauchte. Eigentlich begriff auch András W. Nagy nicht, dass Krassó einem jeden Gerechtigkeit zukommen lassen wollte. Und hätte man andere von der Wiederbeerdigung ausgeschlossen, hätte er sich ebenso heftig schützend vor sie gestellt.

András B. Hegedüs, der Krassó vom symbolischen Akt der mit 1956 verbundenen Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten ausgeschlossen hatte, erwähnte die Gegensätze zwischen ihm und Krassó mit keinem einzigen Wort. Er sagte, Krassó „hat selbst im Gefängnis jene minimalen Regeln nicht eingehalten, die für einen Häftling von grundlegendem Interesse waren, um nicht ständig misshandelt zu werden.“<sup>633</sup> Wenn jemand, dann besaß András B. Hegedüs jenes Wissen, um zu verstehen, warum Krassó in der Wendezeit auf ein Nebengeleise abgeschoben wurde, dass seine politischen Bestrebungen sämtlichen früheren geheimen Methoden des Staatssicherheitsdienstes im Weg standen, dass darauf die negative Einstellung der Zensur des Landespressendienstes und der Medien ihm gegenüber zurückzuführen waren.

Nach Miklós Sulyok hat Krassó die Partei Ungarischer Oktober deshalb gegründet, um seinen eigenen politisch kompromisslosen Weg beschreiten zu können.

„Als er von London nach Ungarn zurückkam, erwarteten wir Krassó im Szent Jupát. Er strotzte vor Energie, wollte sich jetzt in die Politik stürzen und endlich eine richtige politische Partei machen. Im MDF (Ungarisches Demokratisches Forum) oder im SZDSZ (Bund der Freien Demokraten) zu politisieren, wäre auf jeden Fall mit vielen Kompromissen einhergegangen. Ich denke, dass genau davon die Rede war, dass Krassó zu solchen Kompromissen nicht fähig gewesen wäre und deshalb lieber seine eigene Partei gemacht hat, die

---

<sup>633</sup> András B. Hegedüs, Zitat: *Mit Gyuris Tempo Schritt halten, wird wahrscheinlich selbst im Himmel nicht möglich sein.* In: *Beszélő*, 4. Jahrgang, Nr. 41

mit ihm identisch war.<sup>634</sup>

Miklós Sulyok hat als Verleger von Krassós Lomax-Übersetzung an dessen Seite die Partisanenprozesse mitgemacht. Doch der Misserfolg war nicht sein eigener Misserfolg, weshalb er Krassó auch nicht verstehen konnte. Krassó erfuhr den Unterschied zwischen Rechtspflege und Justiz auch im neuen politischen System. Er sah voraus, dass der Prozess, in den er hineingeraten war, für ihn ungünstig enden, dass das Urteil der Klärung der 56er Ereignisse im Weg stehen würde. Ein Produkt des Prozesses bestand darin, dass Krassós Nachlass in die Betreuung des Archivs der Hauptstadt Budapest gelangte. Was dem Historiker László Varga, dem Direktor des Archivs, zu verdanken ist.

Ágnes Háý, Krassós in London gebliebene Lebensgefährtin, hob in ihrem bezaubernden und witzigen Stil hervor: „Vom neuen System sagte er, das sei so, als würde die Madame ihre Firma immer neu streichen und sich wundern, dass die Gäste trotzdem ausbleiben. Vielleicht müsste sie die Mädchen austauschen.“<sup>635</sup> Krassós in Humor gehüllte Kritik am Systemwechsel ist nur schwer zu verstehen. Im Wesentlichen meint er, die Elite habe einen Wandel herbeigeführt, von dem andere nicht profitiert hätten. Erzsébet Szalais Eliteforschungen unterstreichen, dass die kommunistische Nomenklatur zur neuen Wirtschaftselite aufgerückt sei. Zugleich habe die Gesellschaft außer den von der Gegenelite in die politische Elite Wechselnden von der Systemwende nur die Inflation und das wirtschaftliche Ausgeliefertsein wahrgenommen.

Die Gedenknummer enthielt aus dem für das Oral History Archiv aufgenommene Lebensinterview von Jenő Széll eine Anekdote<sup>636</sup>, in der es darum ging, dass Krassó sich ärgerte, weil ein Gefängnisinsasse Krassós gemachtes Bett als positives Beispiel für die Aufseher hinstellte, wobei es ihm eher darum ging, Widerstand zu leisten.

Auch György Krassós an János Kádár, den Ersten Sekretär der MSZMP, adressierter Brief vom 13. Juli 1977<sup>637</sup> wurde publiziert. Wegen der Ablehnung seines Passantrags für die sozialistischen Länder wandte er sich mit seiner Beschwerde an den höchsten politischen Führer, nachdem der Antrag in erster und zweiter Gerichtsinstanz abgelehnt worden war. Er reichte einen Passantrag für die nichtsozialistischen Länder ein, wartete aber den ablehnenden Beschluss nicht ab, damit sich die politischen Entscheidungsträger nicht auf die offensichtliche Pseudoselbständigkeit der zuständigen Behörde berufen können sollten. Einerseits berief sich Krassó nicht nur auf das durch die ungarischen Gesetze garantierte Recht auf einen Pass, sondern auch auf die Schlussakte

<sup>634</sup> Miklós Sulyok, Zitat: *Mit Gyuris Tempo Schritt halten, wird wahrscheinlich selbst im Himmel nicht möglich sein*. In: *Beszélő*, 4. Jahrgang, Nr. 41, [beszelo.c3.hu/.../gyuri-tempojat-elviselni-valoszinuleg-meg-a-m...](http://beszelo.c3.hu/.../gyuri-tempojat-elviselni-valoszinuleg-meg-a-m...)

<sup>635</sup> Ágnes Háý, Zitat: *Mit Gyuris Tempo Schritt halten, wird wahrscheinlich selbst im Himmel nicht möglich sein*. In: *Beszélő*, 4. Jahrgang, Nr. 41

<sup>636</sup> Jenő Széll: „György Krassós klassisches Ruhelager“. In: *Beszélő*, 4. Jahrgang, Nr. 41

<sup>637</sup> György Krassó wurde vor sechzig Jahren geboren, *Dokument*, György Krassós Brief an János Kádár, 13. Juli 1977, in: *Beszélő*, 4. Jahrgang, Nr. 41

von Helsinki. Andererseits ging es ihm nicht nur um ihn selbst, sondern auch um die 56er Verurteilten und deren Familien, die aus ähnlichen politischen Gründen nicht reisen durften. Drittens schließlich wies er auf die Abweichung zwischen deklariertem Recht und Rechtspraxis hin. Die Eingabe besitzt dokumentarischen Wert und entstand noch vor der Geburtsstunde der ungarischen demokratischen Opposition, war ein Vorläufer des um die Menschenrechte geführten Kampfes der Opposition.

Vor dem 23. Oktober 1991<sup>638</sup> gab das Autorengespann Mónika Hafner und Zoltán Zsille im Wiener Verlag MagánZárka (Verlag Einzelzelle) den Dokumentenband *Maradj Velünk! Krassó György írásai* (Bleib bei uns! György Krassós Schriften) heraus. Zoltán Zsille war nach seiner Republikflucht Wiener Korrespondent des Senders Free Europe und betrieb die Bibó Press. Nachdem Krassó in London den Freien Informationsdienst Ungarischer Oktober gegründet hatte, zog er nach München um und wurde fester Mitarbeiter des Senders Free Europe. Der MagánZárka Kiadó war Zsilles Verlag. Zsilles Rede am Grab von Krassó fungierte als Vorwort von *Bleib bei uns!*

Mónika Hafner<sup>639</sup>, György Krassós in Budapest lebende Lebensgefährtin, betreute den Band als Lektorin, ohne damit zu rechnen, dass daraus eine postume Ausgabe werden würde. Aus ihrem Nachwort<sup>640</sup> gehen Krassós letzte Pläne hervor, dass er erneut einen Samisdat machen wollte, weil er die neue Macht nicht für besser hielt als die vorangegangene. Unter dem Titel *Az utca hangja* (*Die Stimme der Straße*) wollte er eine Zeitung starten, deren erste Nummer in der Zeit der Taxiblockade auch erschien. Auch die Veröffentlichung seiner eigenen Schriften fand sich unter den Plänen für eine Buchpublikation. Die während der Revolution gedruckten Flugblätter, Gefängnisgedichte, im Samisdat und im Exil erschienene Artikel, Eingaben und das von András Bozóki aufgenommene Interview stellen den Band dar. Das Ziel des Bands bestand darin, „irgendwie fortzusetzen, was er gemacht hat (...), gegen die Lügen, den Schein, die falschen Legenden zu protestieren und zu kämpfen“, sich nicht damit abzufinden, dass alles in Ordnung sei, wie es sei, das „lebende Gewissen“, das György Krassó gewesen sei, nicht zu vergessen.

## 10.2. Ausländische Beurteilung

Am 15. Februar 1991 erschien in *The Times* ein Nekrolog zu György Krassó. Man nannte ihn eine führende Figur der ungarischen demokratischen Opposition, einen radikalen Politiker des demokratischen Wandels und einen Mann von Überzeugung<sup>641</sup>. Besonders wurde hervorgehoben,

<sup>638</sup> Mónika Hafners persönliche Mitteilung

<sup>639</sup> Mónika Hafner (1968 –), bildende Künstlerin, György Krassós in Budapest lebende Lebensgefährtin, Mitglied der Partei Ungarischer Oktober

<sup>640</sup> Mónika Hafner: *Nachwort*, in: *Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán* (Hrsg.) (o. J. [1991]), S. 387 f.

<sup>641</sup> „was a man of strong convictions“

dass die BBC und der Sender Free Europe von seinem Londoner Ein-Mann-Nachrichtendienst profitiert haben.<sup>642</sup>

Die Mitarbeiter der BBC haben György Krassó nicht vergessen. 1996 zum vierzigsten Jahrestag der ungarischen Revolution von 1956 trug Tamás Dunai zum Gedenken an die Märtyrer des Kommunismus Krassós Essay *Két választás Magyarországon* (Zwei Wahlen in Ungarn) vor, der ursprünglich in der Samisdatzeitschrift *Beszélő* zum dreißigsten Jahrestag der Revolution erschienen war. Die zwei skizzierten Wahlmöglichkeiten bestehen darin, entweder dem Kádár-Regime zu dienen oder Selbstmord zu begehen. Doch Krassó fand seinen eigenen Weg: das totale Eintreten für die Revolution.

Am 22. Oktober 2002 verneigte sich die BBC in einer halbstündigen Zusammenstellung vor dem Andenken an György Krassó.<sup>643</sup> Siebzig Jahre alt wäre er geworden. Für den BBC-Beitrag blieb er eine führende Figur der ungarischen Opposition, der „dann fragt und kritisiert, wenn ein ganzes Land in Angst und Schrecken lebt“. Es erklangen Ausschnitte aus Dokumenten, Sich-Erinnernde ergriffen das Wort. Sein Mithäftling Tibor Pákh, sein Mitstreiter in der Opposition István Orosz, sein Mitvorsitzender in der Partei Ungarischer Oktober Tibor Philipp, seine Lebensgefährtin Ágnes Háý, sein Redakteurskollege beim Rundfunk László Jotischy und Peter Udell, ehemaliger Leiter der Osteuropazentrale des Rundfunks der BBC gehörten zu den Eingeladenen.

Laut Tibor Pákh war Krassó unter den ehemaligen Mithäftlingen nach seiner Entlassung wegen seines Engagements für Gerechtigkeit und wegen seines aufrichtigen Charakters populär. Krassó war tatsächlich bemüht, zu allen 56er Mithäftlingen Kontakte aufrechtzuerhalten, ihre Erfahrungen kennenzulernen. Nach Möglichkeit halfen sie sich gegenseitig auch bei existenziellen Problemen. Es muss angefügt werden, dass Krassó wegen seines Engagements für die 56er Sache, seiner unerschrockenen Geradlinigkeit nicht nur anziehend wirkte, sondern auch abstoßend. Viele hielten ihn bis zur Systemwende für gefährlich, dann für allzu radikal.

„Gyurka (György) war unter den Mithäftlingen auch nach seiner Entlassung sehr populär. Diese Popularität verdankte er seiner Wahrheitseitsliebe. Die Suche nach Wahrheit gehörte zu seinen Grundeigenschaften. Er suchte nicht nur nach Scheinwahrheiten, die nur den Schein moralischer Reinheit wecken, sondern suchte auch dann nach Wahrheit, wenn es sich um eine lästige Wahrheit handelte und war dafür auch zu Opfern bereit. Eine andere vorteilhafte Eigenschaft, mit der er gleichfalls die Sympathie seiner Mitgefangenen errang, bestand darin, dass es seinem Charakter an Machtgelüsten und Verlangen nach Popularität mangelte, die eigentlich die menschliche Natur negativ beeinflussen, ebenso wie eine Krebserkrankung die Gesundheit.“<sup>644</sup>

---

<sup>642</sup> Dank schulde ich András Bereznay, Krassós in London lebendem Freund, der mir den Nekrolog zugänglich gemacht hat.

<sup>643</sup> OSZK TIT BBC huncd0699\_01 (29:43) (2002, In memoriam Krassó György)

<sup>644</sup> Tibor Pákhs Wortbeitrag. In: OSZK TIT BBC huncd0699\_01 (29:43) (2002, In memoriam Krassó György)

Für den Ästheten und „Drucker“ der ungarischen demokratischen Opposition István Orosz symbolisierte György Krassó, der „ewige Revolutionär“, neben Béla Szász 1956. Béla Szász war zusammen mit dem 1949 hingerichteten Innenminister László Rajk d.Ä. verurteilt worden. Am 6. Oktober 1956 hielt er im Namen der Mitgefangenen zu dessen Wiederbeerdigung eine der Reden. Die andere Rede hielt Ferenc Münnich, den mit Chruschtschow noch aus der Zeit als Spanienkämpfer eine Freundschaft verband und der zusammen mit János Kádár die sowjetischen Truppen am 4. November 1956 zu Hilfe rief. Béla Szász's autobiographischen Roman *Minden kényszer nélkül* (Freiwillige für den Galgen) stellte István Orosz als Samisdatausgabe her, die György Krassó in seinem illegalen Verlag Magyar Október (Ungarischer Oktober) herausbrachte. Laut István Orosz „verborg sich auch in“ Krassós „Chaos ein System“, in der ihn umgebenden offensichtlichen Unordnung, in der er sich zurecht fand. Sie war nur ein Zeichen für seine nach außen projizierte Persönlichkeit, nämlich dass er ein so umstürzlerischer Mensch war. Mit seinem umstürzlerischen Wesen erklärte Orosz auch, dass „Ungarn und die ungarische Kultur György Krassó weder zu schlucken noch auszuspeien vermochten.“<sup>645</sup> Mit dieser Erklärung löste István Orosz in Ungarn einen Skandal aus. Krassó wurde in der Wendezeit für eine spaltende Persönlichkeit gehalten. Wegen seines glühenden Revoluzzertums wurde er abgelehnt.<sup>646</sup>

Tibor Philipp sah in Krassó einen Rebellen, einen tief denkenden Menschen, der als charismatische Persönlichkeit nur eine Ein-Mann-Partei betreiben konnte. Nach der in London lebenden Ágnes Háy betrachtete György Krassó die Geschichte als Geschichte, weshalb er anders reagierte als diejenigen, die sich von den alltäglichen Ängsten leiten ließen. Sie sagte auch, als Zweitgeborener interessierte ihn im Zeichen der Rivalität mit seinem Bruder das Recht, weil er dadurch über die Klugen und Starken, das heißt über den Erstgeborenen, die Oberhand gewinnen konnte.

Im Londoner Ungarischen Kulturzentrum fand ein Gespräch statt, das in der zur Verfügung stehenden halbstündigen Sendezeit live gesendet wurde.<sup>647</sup> Thematisiert wurde auch die ungarische Rolle der BBC, ihr Einfluss auf das Kádár-Regime. Peter Udell erzählte, dass Krassó ihn darum gebeten habe, die Ausstrahlung präziser innenpolitischer Nachrichten aus Ungarn zu ermöglichen, um die Bedürfnisse der Hörer zu befriedigen. Dafür sei er bei ihm auf offene Ohren gestoßen. Der britische Rundfunkchef hielt sehr viel von Krassó, gestattete den radikalen Ton, achtete jedoch stets darauf, dass deutlich wurde, dass es sich dabei um Krassós eigene Meinung und nicht um die der BBC handelte.

---

<sup>645</sup> István Orosz's Redebeitrag, in: OSZK TIT BBC huncd0699\_01 (29:43) (2002, In memoriam Krassó György)

<sup>646</sup> Júlia Lánghs persönliche Mitteilung. Júlia Láng (1942-), Schriftstellerin, Rundfunkmoderatorin. Nach der Wende war sie als Mitarbeiterin des Senders Free Europe in Budapest tätig.

<sup>647</sup> OSZK TIT BBC huncd0699\_02 (35:04) (22. Oktober 2002, Rundtischgespräch über die ungarische Rolle der BBC im Kádár-Regime, Moderation: György Dajka, Teilnehmer: Pál Katona, Ferenc Rentaul, Péter Agárdi, Péter Pallai, Peter Udell, László Jotischky, Mátyás Sárközi, György Gömöri, László Hackenast, Katalin Bogay)

„Ich habe das Gefühl, dass all diejenigen, die vor mir die mitteleuropäischen Sendungen leiteten, entweder Ungarn waren oder, wie beispielsweise György Tarján, wesentlich mehr über die Geschichte und die politischen Verhältnisse der Region wussten als ich. Ich spreche die Sprache nicht und war auch nicht so informiert. Genau das brauchte ich, nämlich dass ich aufgrund der mit den in der ungarischen Abteilung arbeitenden Journalisten geführten Gespräche, wie beispielsweise mit György Krassó, der ungarischen Abteilung helfen konnte, modernere und konkurrenzfähigere Sendungen zu machen. Der andere Grund war der, dass in den achtziger Jahren bereits alle Anzeichen darauf hindeuteten, dass die mitteleuropäischen und auch die ungarischen Hörer nach Informationen aus der eigenen Region, dem eigenen Land hungerten. Diese Hörerbedürfnisse zu befriedigen, hielt ich für außerordentlich wichtig. Damals begannen wir damit, in den ungarischen Sendungen wirklich zuverlässige, authentische und präzise innenpolitische Nachrichten aus Ungarn zu senden. Wir bemühten uns um eine breite Skala an Meinungen. Und dazu gehörten natürlich auch Krassós Anschauungen. Lassen Sie mich einige Namen erwähnen, die damals in den ungarischen Sendungen zu Wort kamen: András Hegedüs, Viktor Orbán, György Konrád und natürlich auch György Krassó.“<sup>648</sup>

László Jotischky<sup>649</sup>, stellvertretender Leiter der Ungarnabteilung des Rundfunks der BBC, ab 1988 Hauptabteilungsleiter, bekräftigte, dass die Nachrichtenprogramme die Meldungen von Krassós Informationsdienst Ungarischer Oktober übernahmen. Da die Nachrichtenredaktion in englischer Sprache erfolgte, gelangten sie nicht nur in die ungarischen Nachrichten.

„...Udell sagte einmal, Gyuri (György) habe keine Nachrichten verfasst. Nachrichten schrieb Gyuri in dem Sinn keine, dass die Ungarische Abteilung die Nachrichten damals von der Englischen Abteilung auf Englisch erhielt und wir sie übersetzten. Die stammten also nicht von Gyuri. Doch Gyuri schrieb Meldungen, die eigentlich nicht als Nachrichten galten. Doch bis zu einem gewissen Grad ist auch das eine Nachricht, wenn es heißt, dass morgen in Budapest irgendwo auf einem Platz in der Stadt eine Veranstaltung stattfinden wird. Das kann man auch so formulieren, dass daraus eine Nachricht wird. Also in bestimmten Fällen gelangten auch solche Nachrichten in die Meldungen, die wir dann nicht strichen. In vielen Fällen waren wir allerdings gezwungen, Kompromisse zu schließen und Änderungen vorzunehmen. Später zum Beispiel, als ich in meiner Eigenschaft als Hauptabteilungsleiter Einfluss auf die Arbeit der Abteilung nehmen konnte, stellte sich heraus, dass Gyuri sich für eine Weile, so glaube ich, in Washington aufhielt, nur für einige Wochen. Tag für Tag lieferte er Programme beziehungsweise Meldungen aus Washington dazu, was gerade in Budapest geschah. Damals war ich gezwungen, Pista (István) Siklós, dem damaligen Abteilungsleiter, zu sagen, dass das in dieser Form so nicht gehe. Verschieben wir die Beiträge auf die Zeit seiner Rückkehr nach London, wenn er sich wieder als Leiter des Nachrichtendienstes Ungarischer Oktober zu Wort meldet. Aus Washington solle er über seine dortigen Erfahrungen und Aktivitäten berichten.“<sup>650</sup>

Nach György Gömöri schaltete sich György Krassó mit seinem Auftauchen in London

---

<sup>648</sup> Peter Udells Redebeitrag, OSZK TIT BBC huncd0699\_02

<sup>649</sup> László Jotischky (1933 – 2014)). Zwischen 1976-1980 Leiter der ungarischen Rundfunkabteilung der BBC. Ab 1988 Londoner Korrespondent der Magyar Nemzet und Duna Televízió

<sup>650</sup> László Jotischkys Redebeitrag, OSZK TIT BBC huncd0699\_02

„organisch in die Informationstätigkeit der ungarischen Sendungen der BBC ein, auch wenn dies zur Ablösung von István Siklós geführt haben könnte.“<sup>651</sup> Damals wurde László Jotischky zum Hauptabteilungsleiter ernannt. Gömöri untermauerte die Wirksamkeit von Krassós Nachrichtendienst mit einer persönlichen Geschichte.

„Am 15. März 1988 traf ich in Budapest ein, dies vor allem deshalb, weil Gyuri Krassó (György Krassó) mir zwei Tage zuvor gesagt hatte: 'Fahr doch schon am 14.' - ich wollte am 16. reisen - ', denn am 15. gibt es eine Demonstration. Die Demonstration beginnt an der Petöfi-Statue.' Ich war zugegen. Zirka zehntausend Menschen zogen zum Parlament. Gáspár Miklós Tamás hielt eine wundervolle Rede. So phantastisch funktionierte Krassós Nachrichtendienst.“<sup>652</sup>

Für den ungarischen Rundfunkanbieter war die BBC Rivale und Eichmaß zugleich. Sie war objektiv, doch nicht neutral: Sie bemühte sich um die Pflege des 56er Revolutionsgeistes, um die dementsprechende Information der Hörer. Deshalb betrachtete die ungarische Führung die BBC anfangs als feindliche Propagandazentrale. Die mit hohen Kosten einhergehenden Störungen der ausländischen Rundfunksender hatte Ungarn 1963 eingestellt. In der Folge davon bildete sich eine zweigeteilte Haltung heraus. Bezeichnend gegenüber der ungarischen Abteilung war Misstrauen, während mit der obersten Führung der BBC diplomatische Beziehungen gepflegt wurden. Bereits in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wurde die ungarische Führung unter Kádár positiver bewertet, als dies seitens des Senders Free Europe und der Stimme Amerikas (Voice of Amerika) geschah.<sup>653</sup> Objektiv war die BBC selbst dann, wenn sie gegen das offizielle Ungarn argumentierte. Sie wollte sich nicht in die ungarische Massenkommunikation einmischen.

Krassó gelang es einerseits, den für die ungarischsprachigen Sendungen verantwortlichen Peter Udell und über ihn auch die höheren englischen Rundfunkverantwortlichen davon zu überzeugen, dass in den Ländern des Sowjetblocks ein Interesse an den von der BBC ausgestrahlten Informationen bestand, dass sie durch einen authentischen und genauen Nachrichtendienst einen Beitrag zur Erschütterung des Kommunismus leisten könnten. Andererseits brachte Krassós Tätigkeit bei der BBC insofern Veränderungen mit sich, als er über seine Bekannten und Freunde in Ungarn einen tagesaktuellen und kontrollierten Informationsstrom organisierte, der durch den von ihm gegründeten und betriebenen Freien Informationsdienst „Ungarischer Oktober“ in englischer Übersetzung auch zu den britischen Nachrichtenredakteuren gelangte, die daraus nach eigenem Gutdünken für ihre Nachrichtensendungen eine Auswahl treffen konnten.

Die amerikanische Diplomatie, die den Abbau des Kommunismus betrieb, war, nachdem

---

<sup>651</sup> György Gömöri: *Jöjj el, szabadság! Írások a XX. századi magyar költészetéről!*, A Magyar Nyelv és Kultúra Nemzetközi Társasága, Anyanyelvi Konferencia, Budapest, 1999, S. 93 f.

<sup>652</sup> György Gömöris Redebeitrag, OSZK TIT BBC huncd0699\_02

<sup>653</sup> *Krassó in Amerika*, Zeitschrift *Reform*, 28. Juni 1991, S. 37



Ronald Reagan am 6. August 1982 vor dem Britischen Parlament eine Rede zur nuklearen Abrüstung gehalten und die Differenzierungspolitik verkündet hatte, an der präzisen Information über die oppositionellen Ereignisse in den einzelnen Ländern des Ostblocks interessiert. Und drittens – was schon über den Einfluss auf seine BBC-Freunde und Mitarbeiter hinausging – half Krassós Nachrichtendienst der amerikanischen Diplomatie, sich über das Geschehen in Ungarn zu informieren. Im Tausch dafür erhielt er finanzielle Hilfe, um seine Kosten abzudecken.

Die Zeitschrift *Reform* berichtete in ihrer Ausgabe vom 28. Juni 1991, dass man im amerikanischen Kongress in Washington Krassós gedacht hatte. Staney H. Hoyer, Kongressabgeordneter des Staates Maryland, der Krassó persönlich kannte, würdigte ihn wie folgt:

„In einer Zeit kleiner leisetretischer, 'pragmatischer' Kompromisse war er ein anachronistisches Phänomen. Seine Überzeugungen standen nicht zum Ausverkauf an. Solche Menschen geraten an die Peripherie des politischen Lebens. Jedenfalls bewahren hier einige von uns die Erinnerung an ihn.“<sup>654</sup>

Krassó fand im Westen mehr Anerkennung als in Ungarn. Die unter demokratischen Verhältnissen Lebenden verstanden Krassós Engagement für die Demokratie, die Vermeidung von Kompromissen, die die Demokratie im Keim gefährden, besser.

Im Kapitel zu Krassós Beurteilung konnte nur eine Auswahl der nach seinem Tod in großer Anzahl veröffentlichten Meinungsbekundungen erfolgen. Zwei umfangreiche Werke beschäftigen sich mit Krassó: Péter Sneés Roman *Gyuri után* (Nach Gyuri) und Ádám Modors *Célkeresztben Krassó* (Krassó im Fadenkreuz). Im Fokus von Modors wissenschaftlicher Arbeit steht die Kádár-Ära. Die Tatsache, dass zu György Krassó ständig weitere Artikel erscheinen, belegt einerseits seine Bedeutung, andererseits, dass eine Beschäftigung mit ihm lohnt. Die Einschätzung von György Krassós politischer Rolle ist weder abgeschlossen, noch hat sie an Aktualität eingebüßt. Eine umfassende Forschungsarbeit zu Krassós politischer Rolle und zu seinen Aktivitäten in der Zeit des Systemwechsels liegt bis auf den heutigen Tag noch nicht vor.

---

<sup>654</sup> ebd.

## 11. Schlussfolgerungen

Wegen seiner Teilnahme an der Revolution von 1956 wurde György Krassó zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. 1963 gelangte er durch Amnestie auf freien Fuß, wurde jedoch im selben Jahr aus politischen Gründen erneut vor Gericht gestellt. Nach siebenmonatiger Untersuchungshaft wurde er vom Gericht freigesprochen. In der Kádár-Ära kämpfte er allein und als Mitglied der ungarischen demokratischen Opposition für Menschenrechte und politische Rechte. Ab 1979 organisierte er alljährlich 56er Gedenkveranstaltungen. Ab 1982 gab er in einem Untergrundverlag Werke in Verbindung mit 1956 heraus. In seinem 1983 in der Untergrundzeitschrift *Hirmondó* veröffentlichten Interview machte er János Kádár persönlich für die Vergeltungen nach der Revolution verantwortlich. Im November 1984 wurde über ihn Polizeiaufsicht verhängt, was in der relativ milden Diktatur Ungarns gegenüber der politischen Opposition das härteste Vorgehen war. Nach Einstellung des Verfahrens erhielt er im November 1985 einen Reisepass zum Verlassen Ungarns in Richtung Westen. Infolge der Weigerung, sein Ausreisevisum zu verlängern, blieb er gezwungenermaßen im Exil. Mit seinem privaten Londoner Nachrichtendienst sowie als Mitarbeiter der BBC und des Senders Free Europe arbeitete er unverändert am Sturz der kommunistischen Diktatur Ungarns. Zur Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten kehrte er 1989 nach Ungarn zurück. Die Dissertation fokussiert sich auf die Periode des Systemwechsels 1989/90, als Krassó besonders aktiv war.

Meine Forschung stellt den ungarischen Systemwechsel von einer bisher unbekanntem Seite dar, nämlich durch den politischen Lebenslauf von György Krassó. Die Arbeit basiert auf Fallstudien, die in Kapitel gegliedert werden. Hierin wird auf die Untersuchung folgender Fragen eingegangen: Wie trug der zum westlichen Exil gezwungene Oppositionelle György Krassó zum Zusammenbruch des Kádár-Regimes bei? Welche politischen Kämpfe um die Macht wurden in der als symbolische Wende zu betrachtenden Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten ausgefochten, und welchen Platz nahm Krassó darin ein? Auf welche politischen und bürokratischen Schwierigkeiten stieß er als Vorkämpfer für die Straßennamensänderungen in der Wendezeit? Worin ist der Höhepunkt seiner politischen Karriere zu sehen? Welche Versuche unternahm er, um Parlamentsabgeordneter zu werden? Welche Bemühungen unternahm er, um die Ereignisse von 1956 historisch aufzuarbeiten? Ein extra Kapitel befasst sich mit Krassós Beurteilung durch seine Zeitgenossen. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass es in der Arbeit darum geht, György Krassós Rolle in der Wendezeit durch sein Denken, Handeln und seine historische Funktion zu beleuchten.

Die Thesen meiner Dissertation lassen sich wie folgt zusammenfassen. Im ungarischen

Systemwechsel von 1989/90 gehörte György Krassó nicht zum Mainstream. Dass er in eine Minderheitenposition gelangte, resultiert aus seiner Denkweise. Seine politischen Vorstellungen waren aus praktischer Sicht nicht durchsetzbar. Die während der Revolution von 1956 persönlich erfahrene nationale Einheit führte für ihn zu der Schlussfolgerung, dass das Volk der Souverän sei. Er drückte sich wie folgt aus, die Revolution habe gesiegt, als sich Ministerpräsident Imre Nagy auf die Seite des Volks gestellt habe. Wegen der militärischen Okkupation Ungarns durch die Sowjets am 4. November 1956, die nach György Krassós öffentlich bekundeter Überzeugung auf János Kádárs und Ferenc Münnichs Konto gegangen sei, sei der Sieg der Revolution nur ein vorübergehender gewesen. Die 1989 eingetretene Wende hatte Krassó seit mehr als drei Jahrzehnten sehnlichst erwartet.

Bei der Delegitimierung der auf dem Narrativ von der Konterrevolution basierenden Kádár-Ära spielte Krassó eine wichtige Rolle. Als erster griff er 1983 den damals noch im Zenit seiner Macht stehenden ranghöchsten politischen Führer Ungarns, János Kádár, wegen der Vergeltungsaktionen nach der Revolution von 1956 an sowie wegen der Hinrichtung Imre Nagys. Doch die Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten symbolisierte nicht nur den endgültigen Zusammenbruch des Kádár-Regimes. Für Krassó war die Wiederbeerdigung auch deshalb wichtig, weil er die neue Ordnung auf den Idealen der Revolution von 1956 aufbauen wollte, dem Ideal des handelnden Volkes als Souverän. Das für die Organisation der Wiederbeerdigung zuständige Komitee zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit schloß ihn von einer Teilnahme an der Veranstaltungsreihe am 16. Juni 1989 aus. Auch Krassós für diesen Tag geplante Sondergedenkveranstaltung, auf der er dagegen protestieren wollte, dass mit der Wiederbeerdigung der fünf 56er reformkommunistischen Führer die 56er Revolution vom neuen reformkommunistischen Flügel vereinnahmt würde, wurde vereitelt. Krassós Marginalisierung wurde von den noch aktuellen Machthabern und der Opposition gemeinsam bewerkstelligt. Er strebte einen Konsens an, der auf der Grundlage beruhen sollte, dass 1956 allen gehöre. Es muss angefügt werden, dass dieser politische und gesellschaftliche Konsens auch dreißig Jahre nach dem Systemwechsel nicht zustande gekommen ist.

Ausgehend von der Handlungsfähigkeit des Volks wollte er die Bevölkerung durch politische Direktaktionen aktivieren und in den Prozess der Politik miteinbeziehen. Im Juli 1989 tauschte er die nach Ferenc Münnich benannten Straßenschilder gegen die historischen der Nádorstraße aus. Die Behörden entfernten die angebrachten Straßenschilder wiederholte Male und leiteten ein Ordnungswidrigkeitsverfahren ein. Krassós Kompromissbereitschaft wird dadurch bewiesen, dass er nach der mit dem Ratsvorsitzenden der Hauptstadt Budapest erreichten Vereinbarung seine Initiative ruhen ließ. Da eine günstige Entscheidung getroffen wurde, hatte er ohne eine weitere Ausübung von Druck die Straßennamensänderung erreicht. Aus den

Geschehnissen geht dennoch hervor, dass die Straßennamensänderungen in der Wendezeit keineswegs selbstverständlich waren, denn die Polizei und der hinter ihr stehende Staatssicherheitsdienst beziehungsweise die lokalen Behörden vertraten einander widersprechende Vorstellungen. Wegen der Bevorzugung von Direktaktionen wurde Krassó auch ideengeschichtlich als Anarchist eingestuft.

Aus dem Umstand, dass er das Volk als Inhaber der staatlichen Hauptmacht betrachtete, resultierte auch seine harsche Kritik an den dreiseitigen Verhandlungen des Runden Tisches, erfolgten sie doch seitens einer schmalen Elite. Seine Kritik bezog sich darauf, dass die Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit ohne jegliche Kontrolle von außen vor sich gingen. Er wäre gern zusammen mit der von ihm gegründeten Partei Ungarischer Oktober auf einer vierten Seite in die Verhandlungen eingetreten, um das Gleichgewicht zwischen Opposition und Staatspartei zu gewährleisten. Doch dafür bestand keine reale Chance. Wegen der Nominierungsweise, des Systems der Empfehlungszettel, kritisierte er auch das bei den Verhandlungen des Runden Tisches ausgearbeitete und am 20. Oktober 1989 vom Parlament verabschiedete „antidemokratische“ Wahlgesetz. Einerseits deshalb, weil es eine Wahl über die Landesliste für die im Landesmassstab unbekannt, kleinen Parteien fast unmöglich machte. Andererseits deshalb, weil die mit Namen und Adresse versehenen Empfehlungszettel auch als offene Abstimmung zu betrachten waren und somit das Prinzip der geheimen Wahl verletzen. Die Chancen für die Erringung eines Mandats durch kleine Parteien wurden auch durch die Vier-Prozent-Schwelle stark erschwert. Diese Schwelle aber diente einer stabilen Regierungsbildung und existierte ja auch in den westlichen Demokratien. Mit seinem Einwand gegen die Wahlempfehlungszettel stand er nicht allein. Eine von anderen Gruppierungen eingebrachte Verfassungsbeschwerde gegen das System der Kandidatennominierung durch Wahlempfehlungszettel wurde letzten Endes vom Verfassungsgericht abgelehnt und galt deswegen nicht als problematisch. Den bei den Verhandlungen am Runden Tisch erreichten Konsens lehnte György Krassó ab. In Verbindung mit den Empfehlungszetteln ließ sich ein Widerspruch im Verhalten von Krassó und seiner Partei feststellen. Noch im Dezember 1989 kandidierte Krassó bei den Zwischenwahlen für das Parlament. Doch bei den regulären Parlamentswahlen von 1990 trat seine Partei nicht an, da sein Bekanntheitsgrad und die Bekanntheit seiner Partei nicht entsprechend angestiegen waren, sodass er keinen Sinn in einer Teilnahme an der Wahl sah. Kurz vor seinem Ableben erwog er erneut, bei den ausgeschriebenen Zwischenwahlen anzutreten. Insofern war seine politische Haltung von einiger Inkonsequenz geprägt. Sein Bestreben, das Ideal von 1956 im Parlament zu vertreten, drängte seine Kritik in den Hintergrund.

Die Tatsache, dass er das Volk als den eigentlichen Souverän betrachtete, hatte zwei Konsequenzen, nämlich eine Elitefeindlichkeit und die Forderung nach mehr Demokratie.

Ausgehend von diesen Grundsätzen vertrat Krassó den Standpunkt, dass im Systemwechsel lediglich eine Ergänzung der alten Elite mit neuen Elementen, aber kein – radikaler - Elitenwechsel stattgefunden habe. Die alte Machtelite sei im Hinblick auf die politische Unterdrückung um eine in der späten Kádár-Ära entstandene rechte und linke Gegenelite erweitert worden. Krassó gehörte ursprünglich zur letzteren, wurde aber im Laufe der Zeit an den Rand gedrängt. Er hielt den Systemwechsel auch aus dem Grund für manipuliert, weil es bei der entscheidenden Frage der sogenannten 'Vier-Ja'-Volksabstimmung vorgeblich nur um den Zeitpunkt für die Wahl des Staatspräsidenten gegangen sei. Doch in Wirklichkeit vereitelte die linke Opposition die zwischen rechter Opposition und Staatspartei getroffene Hintergrundvereinbarung und verunmöglichte damit auch die direkte Wahl des Präsidenten durch das Volk. Krassó wollte mehr Demokratie, eine tatsächliche Einbeziehung der Menschen in die politischen Entscheidungsprozesse, damit sie vom Einzug der „Freiheit“ nicht nur die hohe Inflation spüren sollten. Neben seinem aus den Erlebnissen von 1956 resultierenden Antikommunismus war Krassó auch ein engagierter Demokrat, der den jeweils bestehenden Herrschaftsstrukturen grundsätzlich skeptisch gegenüberstand. Letzen Endes könnte seine Position als eine anarchodemokratische bezeichnet werden.

Gemessen an den sonstigen Parteiengründungen kam die von ihm gegründete Partei Ungarischer Oktober zwar ziemlich spät, doch mit ihrer antikommunistischen Botschaft schuf sie sich auf der politischen Palette einen Platz. Es fand die irriige Ansicht Verbreitung, dass die ungarische demokratische Opposition und der SZDSZ (der Bund der Freien Demokraten) gleichzusetzen seien. Tatsache aber ist, dass die Partei Ungarischer Oktober aus derselben Opposition hervorgegangen ist. Wegen Krassós anarchistischer Anschauungen strebte die Partei keine formale Macht an. Dennoch konnte sie gelegentlich als Instrument zur Machtbeeinflussung funktionieren. Die Partei konzentrierte sich darauf, das politische Ideal von 1956 zu vertreten, weshalb sie einerseits keine etablierte Partei werden konnte, andererseits war sie aber derart an Krassós Person gebunden, dass sie nach seinem Tod verschwand.

György Krassós Rolle beim Systemwechsel setzt sich aus seinem plebeischen Denken, seinem politischen Aktionismus und seiner historischen Funktion zusammen. Seine historische Funktion bestand darin, dass er infolge seiner Verdrängung aus der Opposition eine Opposition der Opposition wurde, auch wenn er den Ausdruck Gewissen der Opposition bevorzugt hätte. Seine ungestüme, geradlinige und ehrliche Haltung fand im Mainstream des ungarischen Systemwechsels keinen Platz. Seine periphere Position schränkte seinen Spielraum ein. Er wurde in der Presse attackiert und wegen seiner Meinungsäußerungen zu den blutigen Ereignissen vom 25. Oktober 1956 auf dem Kossuth Platz vor Gericht gezerrt. Demokratie lebt vom Widerstreit der Ideen, deshalb haben in ihr nicht nur Mehrheits-, sondern auch Minderheitenmeinungen eine Daseinsberechtigung. Der Systemwechsel von 1989/90 stellt nicht nur eine Übergangsphase dar,

sondern legte auch die Grundlagen, welche die Rahmenbedingungen für die Politik bis mindestens 2010 determiniert haben. Durch die Verflechtung von politischer und wirtschaftlicher Elite wirken diese Strukturen auch bis heute weiter. Krassó nahm dies schon früh wahr und machte darauf aufmerksam, dass die von der Elite geschlossenen Kompromisse die Herausbildung einer stabilen Demokratie verhinderten, dass Ungarn nicht den Weg einer echten partizipativen Demokratie beschritt.

Das nachfolgende Zitat könnte auch das Motto meiner Dissertation sein.

„(...) In den TV-Montagsnachrichten [11. März 1991] (...) sah ich eine einige Sekunden währende Reportage zu György Krassós Beerdigung. (...) 'Es geschah' kein Fehler, sondern ein redaktioneller Eingriff. (...) Für einen Moment war György Krassós Sarg zu sehen, davor ein Teppich, vom Anblick der Menge eine schnell, nervös und ungeschickt sich abwendende und verwackelte Kamera. (...) Ich kannte György Krassó nicht persönlich. Von Weitem mochte ich ihn sehr. Denn er war ein souveräner, 'verrückter' Wahrheitssucher, der sich selbst treu geblieben war. Er konnte und wollte sich nicht einordnen in das, für dessen Zustandekommen auch er gekämpft hatte, wenige so und so intensiv wie er. Reinen Gewissens, ohne elitistische Machtmanie, mit unvergleichlichem Humor und todesverachtendem Mut. Das mochte ihn schließlich angetrieben haben, hat ihn angetrieben. Und dass er dies alles nicht, nicht so wollte, auch die Politik seiner einstigen Freunde nicht. Dies war die große und wahre Leistung: seine Bravour der Freiheit. (...) Unwillentlich eigentlich hat die Nachrichtenkamera (selbst) in diesen wenigen Sekunden als unfehlbarer und präziser Zeitgeist funktioniert.“<sup>655</sup>

Der Ästhetikdozent Péter Balassa war einst mein Lehrer. Seine Beobachtung in Verbindung mit György Krassó deckt sich mit der Schlussfolgerung meiner empirischen Forschung: In der Zeit des Systemwechsels hat Krassó nicht seinen Platz gefunden, obwohl Wenige so intensiv gegen den im Niedergang befindlichen Kommunismus gekämpft haben wie gerade er. Sein Gewissen konfrontierte ihn mit der neuen Elite, selbst mit seinen ehemaligen Freunden aus der demokratischen Opposition. Konsequenter zog er seine unbequemen politischen Schlussfolgerungen, sodass ihn seine Freunde lieber den Medien zum Fraß hinwarfen, als dass sie ihn angehört und den Problemen in die Augen gesehen hätten. Die Medien suggerierten, statt eines friedlichen Übergangs wolle er Blut. Seine Kompromisslosigkeit stellten sie als radikale Anschauung hin. Dabei war er ein romantischer Revolutionär und nur ein gemäßigt Radikaler, das heißt ein idealistischer Anarchodemokrat. Er war eine bedeutende Figur der Systemwende. Dies, obwohl er nicht zum Mainstream gehörte, so sehr, dass er ein gewichtiger Bestandteil in der Geschichte der Systemwende ist.

---

<sup>655</sup> Péter Balassa: *A pimaszság és a kegyelet* (Dreistigkeit und Gnade), *Magyar Hírlap*, 14. März 1991

## Abkürzungen

**ÁBTL** – Állambiztonsági Szolgálatok Történeti Levéltára/ Historical Archives of the State Security Services/ Historisches Archiv der Staatssicherheit

**ÁB** – Állambiztonsági Szolgálat / Staatssicherheitsdienst

**BFL** – Budapest Főváros Levéltára/ Archiv der Hauptadt Budapest

**BM** – Belügyminisztérium/ Innenministerium

**BRFK** – Budapesti Rendőrfőkapitányság/ Budapester Polizeipräsidium

**FIDESZ** – Fiatal Demokraták Szövetsége/ Bund der Jungen Demokraten

**FSZEK** – Fővárosi Szabó Ervin Könyvtár/ Bibliothek der Hauptstadt Budapest

**KB** – Központi Bizottság/ Zentralkomitee

**KM** – Külügyminisztérium/ Außenministerium

**IM** – Igazságügyi Minisztérium/ Justizministerium

**MDF** – Magyar Demokrata Fórum/ Ungarisches Demokratisches Forum

**MNL** – Magyar Nemzeti Levéltár/ Ungarisches Nationalarchiv

**MOP** – Magyar Október Párt/ Partei Ungarischer Oktober

**MSZMP** – Magyar Szocialista Munkáspárt/ Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei

**MSZP** – Magyar Szocialista Párt/ Ungarische Sozialistische Partei

**MTI** – Magyar Távirati Iroda/ Ungarische Nachrichtenagentur

**NOIJ** – Napi Operatív Információs Jelentések/ Tagesaktuelle operative Informationsmeldung

**OSA** – Vera and Donald Blinken Open Society Archives

**OHA** – 56-os Intézet. Oral History Archivum/ Institut 1956. Oral History Arhives

**OSZK TIT** – Országos Széchényi Könyvtár Történeti Interjúk Tára/ Depot Historische Interviews der Landesbibliothek Széchényi

**PB** – Politikai Bizottság/ Politbüro

**SZDSZ** – Szabad Demokraták Szövetsége/ Bund der Freien Demokraten

**SZETA** – Szegényeket Támogató Alap/ Fonds zur Unterstützung der Armen

**POFOSZ** - Magyar Politikai Foglyok Szövetsége/ Bund der Politischen Gefangenen Ungarns)

**TIB** – Történelmi Igazságtétel Bizottság/ Komitee zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit

## Quellen- und Literaturverzeichnis

### Datenbasis

1. [1956.mti.hu](http://1956.mti.hu), Lebensläufe
2. <https://1997-2001.state.gov/publications/...july.../obituary2.html>
3. <https://www.arcanum.hu/>, digitalisierte Periodika
4. [ÁBTL Archontológia - életrajzi adatok](#)
5. [www.babiczky.hu/arcelek/859-Bereczky-Gyula](http://www.babiczky.hu/arcelek/859-Bereczky-Gyula)
6. [beszelo.c3.hu](http://beszelo.c3.hu), Zeitschrift Beszélő, digitalisiert
7. <https://books.google.hu/books?isbn=0938579819>, Janet Fleischman: Violation of the Helsinki Accords: Hungary. A report prepared for the Review Conference, Wien, 1986
8. <https://dissidenten.eu/laender/ungarn/biografien/>
9. [electoralsystemchanges.eu](http://electoralsystemchanges.eu)
10. [epa.oszk.hu/](http://epa.oszk.hu/)
11. <https://www.hangosfilm.hu/filmenciklopedia>
12. <http://hsze.hu/da/szeta-iratok>, Felhívás a lengyel nép megsegítésére, (Aufruf zur Hilfe für das polnische Volk am 21. Dezember 1981)
13. [https://library.hungaricana.hu/hu/.../leveltari\\_iratok\\_bpftjkv/](https://library.hungaricana.hu/hu/.../leveltari_iratok_bpftjkv/), [Budapest Főváros Tanácsának jegyzőkönyvei 1950-1990](#)
14. [magyarkronologia.terrorhaza.hu/1989/.html](http://magyarkronologia.terrorhaza.hu/1989/.html)
15. [mek.niif.hu](http://mek.niif.hu), Szabó, Miklós: Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Szeged, 1983
16. MTI hírarchívum 1988-, Fővárosi Szabó Ervin Könyvtár (FSZEK)
17. <https://net.jogtar.hu/gyulekezesi-tv>, Az 1989. évi III. törvény a gyülekezési jogról (Gesetz III aus 1989 zum Versammlungsrecht)
18. [rajk.info/hu/demokratikus-ellenzek-4.html](http://rajk.info/hu/demokratikus-ellenzek-4.html), Demokratikus ellenzék, A rendszerváltás szubjektív kronológiája (Demokratische Opposition, Subjektive Chronologie des Systemwechsels)
19. [www.rev.hu/portal/page/portal/rev/.../890616\\_anatomia](http://www.rev.hu/portal/page/portal/rev/.../890616_anatomia)
20. [szamizdat.atw.hu/konyvek.html](http://szamizdat.atw.hu/konyvek.html)



21. [www.tit.oszk.hu](http://www.tit.oszk.hu) Jelenkor gyűjtemény (Sammlung Jelenkor)
22. <https://videotorium.hu/>
23. [http://w3.osaarchivum.org/index.php?option=com\\_content&view=article&id=82&Itemid=165&lang=en](http://w3.osaarchivum.org/index.php?option=com_content&view=article&id=82&Itemid=165&lang=en), 1989: *Volt-e?* (War 1989?)
24. [www.whoswho.de/bio/peter-udell.html](http://www.whoswho.de/bio/peter-udell.html)

## Quellen

### Archivquellen

1. 56-os Intézet. Oral History Archívum/ 372., Interview mit Burián Zoltánnal, Interviewer: Györgyi Bindhoffer, 1991
2. 56-os Intézet. Oral History Archívum/ 472/B, Interview mit András B. Hegedüs (Gespräch zu Imre Nagys Beerdigung), Interviewer: Gábor Murányi, 1992/1993
3. 56-os Intézet. Oral History Archívum/ 475M II. rész, Interview mit András B. Hegedüs, Interviewer: Anna Losonczy/ Tochter von Géza Losonczy, (Brüssel) und András Zemplényi, 4. April 1991
4. 56-os Intézet. Oral History Archívum/ 651., Interview mit György Krassó, Interviewer: Péter Pallai, BBC, 1985, London
5. 56-os Intézet. Oral History Archívum/ 932., Interview mit Tibor Philipp, Interviewer: Ágnes Kőműves, 2009/2010
6. ÁBTL BRFK ÁB (Historisches Archiv der Staatssicherheit, Budapester Polizeipräsidium, Staatssicherheitsdienst) – Tüntetések, demonstrációk, megmozdulások (Demonstrationen, Kundgebungen) 1.12.2-391-II-50\_1989. VII.14-VIII.01. Karton 9/ Dossier 4 (Münnich F. Straße – Nádor Straße, 14. Juli 1989 – 1. August 1989)
7. ÁBTL 1.12.2. BRFK ÁB – Tüntetések, demonstrációk, megmozdulások (Demonstrationen, Kundgebungen) 1.12.2-391-II-50\_1989. Karton 8/ 4-1. Dossier, 2 Dossier, 3. Dossier (Beerdigung von Imre Nagy und Gefährten)
8. ÁBTL 1.12.2. BRFK ÁB – Tüntetések, demonstrációk, megmozdulások (Demonstrationen, Kundgebungen) 1.12.2-391-II-50\_1989. Karton 15/ 3. Dossier (15. Juni 1989, FIDESZ, sowjetische Botschaft)

9. ÁBTL 1.12.2. BRFK ÁB – Tüntetések, demonstrációk, megmozdulások (Demonstrationen, Kundgebungen) 1.12.2-391-II-50\_1989. Karton 18/ 4. Dossier I. und II., (20 Oktober – 23. October 1989, Demonstrationen)
10. ÁBTL 2.7.1. Napi Operatív Információs Jelentések (NOIJ) (Tagesaktuelle operative Informationsmeldung), BM III/III und BRFK, MOP (S. 1-97, Auswahl durch den Referenten Balázs Orbán)
11. ÁBTL (Historisches Archiv der Staatssicherheit) 3.1.5. O-19619/ 1 – 13. (Krassó György/ „Lidi“ Dossier)
12. Budapest Főváros Levéltára (BFL, Archiv der Hauptstadt Budapest) XIV/47 (Nachlass von György Krassó und Miklós Krassó) – „Magyar Október“ Szabadsajtó Tájékoztatószolgálat (Informationsdienst Freie Presse Ungarischer Oktober), Budapest Főváros Levéltára (BFL, Archiv der Hauptstadt Budapest) XIV/47 (Nachlass von György Krassó und Miklós Krassó), Karton 11-22
13. BFL XXV.4.a. B. 1768/57 (György Krassós Prozessakten von 1956)
14. BFL XXIII.102.a.1. Budapest Főváros Tanácsa Végrehajtó Bizottságának jegyzőkönyvei 1989. október (Protokolle des Exekutivkomitees der Rats der Hauptstadt Budapest, Oktober 1989)
15. Magyar Nemzeti Levéltár (MNL) XIX–J-1-j (KM) Karton 30, GB, 1986, (Chiffredespeschen, Januar 1986–Juni 1986)
16. MNL XIX-J-1-k (KM), Karton 17 (USA,1988)
17. MNL XIX-J-1-k (KM), Karton 9 (USA,1989)
18. MNL XIX-B-1-ai (KM), Karton 316, 1-a/828/1986 Krassó (Meldungen, Juli 1986, Budapest)
19. MNL XIX – B – 1 – be (BM Választási Iroda)/ 1989/ Karton 2, Karton 3, kardon 5, (Dokumente zur Partei Ungarischer Oktober)
20. MNL XIX–J-1-j (KM) Karton 35 (Frankreich 1989)
21. MTI Archivum 1988-, (Ungarische Nachrichtenagentur, Nachrichtenarchiv 1988-) – Bizalmas anyag (Vertrauliches Material), MTI hírek (Aus den Nachrichten des Landespressedienstes), Országos Sajtószolgálat (Landenpressedienst), Rádiófigyelő anyaga (Rundfunkbeobachter) (13, 15, 19 Februar, 7, 8, 11 März)

22. OSA (Open Society Archivum Budapest Hungary) HU 300-40-5/ Box 105 (Biographische Sammlung György Krassó, 1989 –1991)
23. OSA HU 355-0-1/ Box 4 (János Kis, Samisdatkollektion)
24. OSA HU 397-0-1/ Box 2 (György Krassó, Periodika)
25. OSZK TIT (Országos Széchényi Könyvtár Történeti Interjúk Tára a BBC Magyar Adásainak Gyűjteménye) (Depot Historische Interviews der Landesbibliothek Széchényi) (Tonaufnahmen zu György Krassó)
  1. OSZK TIT BBC huncd0042\_01 – huncd050\_02 (1985, Biographie mit György Krassó, aufgenommen von Péter Pallai)
  2. OSZK TIT BBC huncd0177\_01 (3:19) (2. Februar 1986, Vorführung eines ungarischen Dissidenten, Interview von István Siklós)
  3. OSZK TIT BBC huncd0177\_03 (10:156) (2. Oktober 1986, Polizeiliche Gewalt in Budapest, Interview von Péter Pallai)
  4. OSZK TIT BBC huncd0178\_03 (18:30) (25. Februar 1986, Nekrolog auf den einst verurteilten Lajos Nagy, über die verdächtigen Umstände seines Todes)
  5. OSZK TIT BBC huncd0179\_03 (13: 47) (7. März 1986, A magyar ellenzékéről (Zur ungarischen Opposition), Interview von Zoltán Iván)
  6. OSZK TIT BBC huncd0185\_02 (13:11) (28. April 1986, Washington, das Interview mit György Krassó führte István Siklós.)
  7. OSZK TIT BBC huncd0185\_03 (08'06'') (30. April 1986, New Yorker Pressekonferenz, das Interview mit György Krassó führte István Siklós.)
  8. OSZK TIT BBC huncd0204\_06 (06'24'') (24. Oktober 1987, Der 1956er Jahrestag)
  9. OSZK TIT BBC huncd0502\_01 (33:25) (A magyar forradalom történetének mozaikjai (Mosaike der Geschichte der ungarischen Revolution), Redakteur: Péter Pallai)
  10. OSZK TIT BBC huncd0660\_01 (1:07:37) (Über die ungarische Revolution, von Péter Pallai)
  11. OSZK TIT BBC huncd0699\_01 (29:43) (2002, In memoriam Krassó György, Tibor Pákhs und István Orosz's Redebeitrag)
  12. OSZK TIT BBC huncd0699\_02 (35:04) (22. Oktober 2002, Rundtischgespräch über die ungarische Rolle der BBC im Kádár-Regime, Moderation: György Dajka, Teilnehmer: Pál Katona, Ferenc Rentaul, Péter Agárdi, Péter Pallai, Peter Udell, László Jotischky, Mátyás Sárközi, György Gömöri, László Hackenast, Katalin

Interviews

1. *A Demokrata beszélgetése Krassó Györggyel (Der Demokrat im Gespräch mit György Krassó)*, Interview von Péter Sneé, Samisdatzeitschrift *Demokrata*, 1989/Nummer 7-8, S. 17-21, HU OSA 355-0-1/ Box 4
2. „Csináljátok a történelmet, csak adjatok hírt róla...“. *Beszélgetés Krassó Györggyel, a londoni székhelyű Magyar Október Tájékoztató Szolgálat vezetőjével („Macht Geschichte, doch gibt auch Kunde davon...“). Im Gespräch mit György Krassó, dem Leiter des in London ansässigen Informationsdienstes Ungarischer Oktober* (Gesprächsführung: Péter Sneé im August 1988), in: *Demokrata* 1989/1, S. 31-36. (OSA 397-0-1/ 2 Karton, Sammlung György Krassó)
3. Krassó György a temetéséről, 1989. június 18., (BBC Rádió, Panaoráma) Tordai Vilmos interjúja Krassóval In: MTI hírarchívum 1988-, Bizalmas anyag, Vilmos Tordais Interview mit Krassó, in: MTI hírarchívum 1988-, Vertrauliches Material
4. Interjú Mark Palmerrel, Készítette: Charles Stuart Kennedy, 1997 október – 1998 január, Library of Congress Interview with Mark Palmer Association for Diplomatic Studies and Training Foreign Affairs Oral History Project AMBASSADOR MARK PALMER Interviewed by: Charles Stuart Kennedy Initial interview date: October 30, 1997 (Interview mit Mark Palmer, Interviewer: Charles Stuart Kennedy, Oktober 1997-Januar 1998)  
[www.adst.org/OH%20TOCs/Palmer,%20Mark.toc.pdf](http://www.adst.org/OH%20TOCs/Palmer,%20Mark.toc.pdf) vagy  
<http://www.loc.gov/item/mfdipbib00089>
5. Interview mit János Kis, Interviewer: Gabriella Kinda, 21. Januar 2016
6. Interview mit Ferenc Kőszeg , Interviewer: Gabriella Kinda, 4. Mai 2016
7. Interview mit Péter Rózsa, Interviewer: Gabriella Kinda, 18. Februar 2015
8. Interview mit Péter Sneé, Interviewer: Gabriella Kinda, 18. Juli 2014
9. Interview mit Sándor Turcsányi, Interviewer: Gabriella Kinda, 19. Juli 2014
10. *Statárium és happening. Bozóki András interjúja Krassó Györggyel (Standrecht und Happening. András Bozóki im Gespräch mit György Krassó, Interview)*, *Mozgó Világ*, (Januar 1990), in: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]): *Maradj velünk! Krassó György írásai (Bleib bei uns! György Krassós Schriften)*, MagánZárka Kiadó, Wien, S. 343-383

## Rundfunksendungen und Fernsehaufnahmen

1. Grósz Károly a Nagy Imre perről (Károly Grósz zum Imre-Nagy-Prozess) [youtube.com](https://www.youtube.com) (heruntergeladen im Juli 2017)
2. 16. Juni 1989, *Volt politikai foglyok találkozója* (Treffen ehemaliger politischer Gefangener, Reportage von András Nagy), Sender Free Europe, *Der heutige Tag*, München, in: MTI Archívum 1988-, Bizalmas anyag (Nachrichtenarchiv 1988-, Vertrauliches Material)
3. 19. Juni 1989, Nyugati rádiók magyar nyelvű adásaiból (Aus den ungarischsprachigen westlichen Rundfunksendungen), BBC, in: MTI hírchívum 1988-, Bizalmas anyag (Nachrichtenarchiv 1988-, Vertrauliches Material)
4. 21. Juni 1989, *Krassó bírálata a temetésről (Krassós Kritik an der Beerdigung)*, München, Sender Free Europa, *Weltnachrichten*, in: MTI Archívum 1988-, Rádiófigyelő anyaga (Nachrichtenarchiv 1988-, Rundfunkbeobachter)
5. 2. Juli 1989, TV2, Napzárta (Tagesausklang), I. Teil (34:00 Minuten), Moderator: Péter Rózsa, Teilnehmer: György Krassó, Tibor Philipp, Jenő Nagy, Péter Sneé, László J. Benkő.
6. 30. Juli 1989, *Választások magyar módra* (Wahlen auf ungarische Art), BBC, Runder Tisch, in: MTI hírchívum 1988-, Rádiófigyelő anyaga (Nachrichtenarchiv 1988-, Rundfunkbeobachter)
7. 26. September 1989, Az Október 23-a Bizottság állásfoglalása (1989. 09. 26.) (Stellungnahme des Komitees 23. Oktober), <https://videotorium.hu/.../az-oktober-23-a-bizottsag-allasfoglalasa> -
8. 23. Oktober 1989, Fernsehübertragung des oppositionellen Gedenkens an die Revolution auf dem Kossuth Platz, [Youtube.com](https://www.youtube.com), [Nagygyűlés Kossuth tér 1989.október 23. este](https://www.youtube.com/watch?v=...) (1:33:36) (heruntergeladen im Juli 2017)
9. 23. Oktober 1989, Híradó, 1989. október 23., 20 óra, 2. rész (Nachrichten, 23. Oktober 1989, 20 Uhr, 2. Teil, 6:08) [Youtube.com](https://www.youtube.com) (heruntergeladen im Juli 2017)
10. 8. November 1989, *Interjú Turcsányi Sándorral, a Magyar Október Párt képviselőjével* (Interview mit Sándor Turcsányi), BBC, Abendpanorama, in: MTI hírchívum 1988-, Rádiófigyelő anyaga, (Nachrichtenarchiv 1988-, Rundfunkbeobachter)
11. 6. Dezember 1989, *Időközi választás – választási felhívások (Zwischenwahlen – Wahlaufrufe)*, in: MTI hírchívum 1988-, MTI hírek, (Nachrichtenarchiv 1988-, Aus den Nachrichten des Landespressedienstes)

12. Januar, 1990, Magyar Október kampányfilm video (Wahlkampagnevideo der Partei Ungarischer Oktober, you [tube.com](https://www.youtube.com) (4:03 Min.) (heruntergeladen im Juli 2017)
13. 5. Januar 1991, *Szaván fogtuk. Merész kijelentések nyomában.* (Beim Wort genommen. Auf der Suche nach gewagten Erklärungen), Péter Obersovszky im Gespräch mit György Krassó, dem Führer der Partei Ungarischer Oktober, Sender Kossuth, 14'10'' Minuten, in: Archiv OSA, Hungarian Monitoring, 5.1/91, Krassó György Biographical File, S. 228
14. 11. März 1991, *Krassó György, aki kétszer született* (György Krassó, der zweimal geboren wurde), Sender Free Europa, Ungarische Nachrichten, in: MTI Archivum 1988-, Bizalmas anyag (Nachrichtenarchiv 1988-, Vertrauliches Material)

## Im Druck erschienene Quellen

### Zeitungsartikel

1. *168 óra*, 13. Februar 1990, Hollauer Tibor (1990): *Viccpártok és nagyhalak. Mi lesz a kétmilliók a sorsa?, 168 óra* (Spassparteien und große Fische. Was wird aus den zwei Millionen werden?), *168 óra*, 13. Februar 1990, S. 10 f.
2. *Beszélő*, Sondernummer Nr. 3, 14. Dezember 1984, *Krassó György rendőrhatalósági felügyelete elleni tiltakozó aláírásgyűjtés* (Unterschriftensammlung, Protest wegen Polizeiaufsicht gegen György Krassó)
3. *Beszélő*, Nr. 12, *Hírek, Krassó György védelmében* (Nachrichten, Zur Verteidigung von György Krassó), in: *Beszélő összkiadás* (Samisdatzeitschrift *Beszélő*, Gesamtausgabe) (1992), *AB-Beszélő Kiadó*, Budapest, Bd. II/ S. 165-166
4. *Beszélő*, Nr. 13-14, 1985, Kőszeg, Ferenc: *Kér még a nép? A választási reformtól a szavazásig* (Möchte das Volk noch? Von der Wahlreform bis zur Abstimmung), in: *Beszélő Gesamtausgabe* (1992), Band II, S. 181-192
5. *Beszélő*, 1986, Ferenc Kőszeg: *Sajtótörvényeink* (Unsere Pressegesetze), [Sajtótörvényeink | Beszélő beszelo.c3.hu/cikkek/sajtotorvenyeink](https://www.beszelo.c3.hu/cikkek/sajtotorvenyeink)
6. *Beszélő*, Sonderausgabe, 10. Mai 1987, Der Gesellschaftsvertrag der demokratischen Opposition Ungarns erschien am 10. Mai 1987/2 in einer Sonderausgabe der Samisdatzeitschrift *Beszélő*. [Társadalmi szerződés | Beszélő beszelo.c3.hu/cikkrovatok/836](https://www.beszelo.c3.hu/cikkrovatok/836)
7. *Beszélő*, 1988. Nr. 3., Bauer Tamás: *Szeptemberi Front* (Septemberfront), [beszelo.c3.hu/rovatok/uj-marciusi-front](https://www.beszelo.c3.hu/rovatok/uj-marciusi-front)

8. Beszélő hetilap (Wochenblatt Beszélő), 2. Jg. (1990) Nr. 11, *A szabad demokraták szövetségének gazdasági és szociális választási programja* (Wahlprogramm des Bunds der Freien Demokraten für Wirtschaft und Soziales)
9. *Beszélő*, 16. Februar 1991, Kőszeg, Ferenc: *Krassó (1932 – 1991)*, S. 3
10. *Beszélő*, 2. März 1991, Szalai, Pál: *Tisztelt Szerkesztőség! (Sehr geehrte Redaktion!)*, S. 2
11. *Beszélő*, 4. Jahrgang (1992), Nr. 41, *György Krassó wurde vor sechzig Jahren geboren*, „*Gyuri tempóját elviselni valószínűleg még a mennyországban sem lehet*“ („*Mit Gyuris Tempo Schritt halten, wird wahrscheinlich selbst im Himmel nicht möglich sein*“), (Háy, Ágnes/ Hegedűs B., András/ Nagy W., András/ Széll, Jenő/ Sulyok, Miklós/ Dokument, György Krassós Brief an János Kádár, 13. Juli 1977), [beszelo.c3.hu/.../gyuri-tempo-jat-elviselni-valoszinuleg-meg-a-m...](http://beszelo.c3.hu/.../gyuri-tempo-jat-elviselni-valoszinuleg-meg-a-m...)
12. *Beszélő*, 4. Jahrgang (1992), Nr. 41, Széll, Jenő: „*Krassó Gyuri klasszikus fekhelye*“ („*György Krassós klassisches Ruhelager*“)
13. *Beszélő*, Juli-August 1994, *In medias res*, Interviewauszug von Gábor Murányi mit András B. Hegedűs, [In medias res | Beszélő beszelo.c3.hu > 7–8. Nummer, Jahrgang 6, Nummer 7](http://beszelo.c3.hu/7-8.Nummer,Jahrgang6,Nummer7)
14. *Beszélő*, Oktober 1999, [Göncz Árpáddal Mink András és Révész Sándor beszélget 1989-ről](http://beszelo.c3.hu/1999/10/051989.htm), (András Mink und Sándor Révész im Gespräch mit Árpád Göncz zu 1989)
15. *Beszélő*, Oktober 1999, Kis, János: *1989: A víg esztendő* (Das vergnügte Jahr), <http://beszelo.c3.hu/99/10/051989.htm>
16. *Beszélő online*, 7. Januar 2014, Kőszeg, Ferenc (2014): *A demokratikus ellenzék rangja – Gondolatok Solt Ottília halálának tizedik évfordulóján* (Der Rang der demokratischen Opposition – Gedanken zum 10. Todestag von Ottília Solt)
17. *Betekintő*, 2010/4, Müller, Rolf: *Emlékhelytelenítés (Missbilligung eines Gedenkens)*, [www.betekinto.hu/2010\\_4\\_mueller](http://www.betekinto.hu/2010_4_mueller)
18. *Eszmélet*, 2003, Krausz Tamás: *Szalai Pál emlékére– egy el nem mondott temetési beszéd* (In memoriam Pál Szalai – Eine nicht gehaltene Trauerrede), *Szalai Pál emlékére – egy el nem mondott temetési beszéd* | *Eszmélet*, [www.eszmelet.hu/krausz\\_tamas-szalai-pal-emlekere-egy-el-nem-...](http://www.eszmelet.hu/krausz_tamas-szalai-pal-emlekere-egy-el-nem-...)
19. *Élet és Irodalom*, 13. April 2017, Bozóki, András (2017): *Az Orbán-beszéd és az 1989-es FIDESZ* (Die Orbán-Rede und der 1989er FIDESZ, Leben und Literatur), S. 15
20. *Függőhíd*, 1993. Nr. 1, *In Erinnerung an György Krassó*. Interview mit György Krassó von Csaba Bátonyi und Róbert Pálinkás-Szűts, S. 10 f.

21. *Hírmondó*, Nummer 2, Dezember 1983, Krassó, György (1983): *Emlékezés halottakra (Erinnerung an die Toten)*, in: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]): *Maradj velünk! Krassó György írásai* (Bleib bei uns! György Krassós Schriften), MagánZárka kiadó, Wien, S. 168-189
22. *HVG* (Wochenzeitschrift für Weltwirtschaft), 22. Juli 1989, Hirschler, Richárd: *Válaszol az USA budapesti nagykövete, „Önök ne törődjenek a bíráló szomszédokkal“ (Es antwortet der Budapester Botschafter der USA. “Kümmern Sie sich nicht um Ihre kritischen Nachbarn)*, S. 62-64
23. *HVG*, 29. Juli 1989, Hirschler, Richárd: *Ami a tévéhíradóból kimaradt... (Was in den Fernsehnachrichten gefehlt hat)*, S. 8
24. *HVG*, 19. August 1989, *Portré. Forgács Tibor, a Münnich Ferenc Társaság ideiglenes intézőbizottságának tagja* (Porträt. Tibor Forgács, Mitglied des kommissarischen Verwaltungsausschusses der Ferenc Münnich Gesellschaft), Interview: András Lindner und Zoltán Horváth, S. 73
25. *HVG*, 11. November 1989, *Am Tisch des Wahlrechts*. Interview zu den fundamentalen Gesetzen mit den Vertretern der MOP, mit József Bánlaki und György Krassó, S. 72 f.
26. *index.hu*, 2014, Molnár Tamás: *A szélmalomharcos (részlet), 25 éve történt – A temetés napjai (Der Windmühlkämpfer (Auszug), Geschehen vor 25 Jahren – Tage der Beerdigung)*, 16 Juni 1989, [ekpafat-kistarogato.gportal.hu/gindex.php?pg=34333138...](http://ekpafat-kistarogato.gportal.hu/gindex.php?pg=34333138...)
27. *index.hu*, 23. Oktober 2014, Kolozsi, Ádám: *Mi ez megemlékezés? Már a szó is baromság (Was heißt Gedenken? Allein das Wort schon eine Idiotie)*, [index.hu/.../philipp\\_tibor\\_inconu\\_oktober\\_23\\_nyolcvanas\\_eve...](http://index.hu/.../philipp_tibor_inconu_oktober_23_nyolcvanas_eve...)
28. *Katolikus Magyarok Vasárnapja (Sonntag der Katholischen Ungarn)*, 1. Mai 1983, Stirling, György: *Ötvenhat gyalázása – emigráns közreműködéssel – Bill Lomax: Magyarország 1956 (Verunglimpfung von 1956 – unter Mitarbeit eines Emigranten - Bill Lomax: Ungarn 1956)*, S. 3
29. *Kurír*, 11. Januar 1991, Kakuk, György (1991 a): *Mindig ellenzékben (Immer in der Opposition)*, S. 39-40
30. *Kurír, Morgenausgabe*, 12. März 1991, Kakuk, György (1991 b): *Az utolsó forradalmár. Eltemették Krassó Györgyöt (Der letzte Revolutionär. György Krassó wurde beerdigt)*, S. 16
31. *Kurír – Morgenausgabe*, 15. März 1991, *Varázslatos képek (Zauberhafte Bilder)*, S. 16



32. *Mai Nap*, 17. Juli 1989, Müller, Tibor: *Televízióból is megárt a kettő. Valaki egyeduralomra tör. Peták István kiborítja a bilit (Zwei Kanäle schaden auch beim Fernsehen. Jemand strebt die Alleinherrschaft an: István Peták kippt den Nachttopf aus)*, S. 12-13
33. *Mai Nap*, 21. Juli 1989, *Sötétedő képernyő. Bereczky Gyulával a Magyar Televízió elnökével beszélget Szilágyi János (Dunkel werdender Bildschirm. János Szilágyi im Gespräch mit dem Intendanten des Ungarischen Fernsehens Gyula Bereczky)*, S. 12-13
34. *Mai Nap*, 24. Juli 1989, (ohne Autorennennung) *Közlemény és érvek (Mitteilung und Argumente)*, S. 3
35. *Mai Nap*, 1. August 1989, Tibor Hollauer: *Ne ingereljük az alvó oroszlánt. Szóbeli figyelemztetést kaptak Krassóék (Wir sollten keine schlafenden Hunde wecken. Krassó und seine Mitstreiter bekamen eine mündliche Verwarnung)*, S. 3
36. *Magyar Hírlap*, 15. Juli 1989, *A Baloldali Ifjúsági Társulat felhívása. Szabálytalan demonstráció (Aufruf der Linken Jugendvereinigung. Irreguläre Demonstration)*, S. 7
37. *Magyar Hírlap*, 17. Juli 1989, *Az Országos Sajtószolgálat jelenti. A Magyar Október Párt Közleménye (Der Landespressedienst meldet. Mitteilung der Partei Ungarischer Oktober)*, S. 7
38. *Magyar Hírlap*, 18. Juli 1989, Foto und Titel: *Tegnap megint táblát cseréltek a Magyar Október Párt (utcanévvel elégedetlen) képviselői. Münnich Nádor lett – de meddig?... (Gestern haben die - mit dem Straßennamen unzufriedenen - Vertreter der Partei Ungarischer Oktober wieder Straßenschilder ausgetauscht. Aus Münnich wurde Nádor – aber wie lange...?)*, S. 7
39. *Magyar Hírlap*, 20. Juli 1989, *Demonstráció a Münnich Ferenc utcában (Demonstration in der Münnich-Ferenc-Straße)*, S. 7
40. *Magyar Hírlap*, 24. Juli 1989, *Szabálysértési eljárás a MOP aktivistái ellen. Nádor lesz-e Münnich? (Verfahren wegen Ordnungswidrigkeit gegen MOP-Aktivisten. Wird aus Münnich Nádor?)* Autor: - stb. -, anderswo Balázs Stéphan, S. 6
41. *Magyar Hírlap*, 9. August 1989, *Megvizsgálják ki a díszpolgár. Új rendelkezések várhatók az utcanevekről (Die Ehrenbürgerschaft wird überprüft. Zu den Straßennamen werden neue Verfügungen erwartet)*, S. 4
42. *Magyar Hírlap*, 14. März 1991, Balassa, Péter: *A pimaszság és a kegyelet (Dreistigkeit und Gnade)*

43. *Magyar Hírlap*, 26. April 1991, *Megemlékezés Krassóról Washingtonban* (Tudósítónktól) (*Gedenken an Krassó* (von unserem Korrespondenten))
44. *Magyar Narancs*, 15. September 2011, Turcsányi, Sándor: *Az orránál fogva*
45. *Magyar Nemzet*, 14. Juli 1989, *BRFK Közleménye* (*Mitteilung des Budapester Polizeipräsidioms*), S. 10
46. *Magyar Nemzet*, 16. Juli 1989, *Bihari, Tamás: Münnich kontra Nádor. Kulturális rendezvény* (*Münnich kontra Nádor. Kulturveranstaltung*)
47. *Magyar Nemzet*, 1989. július 19, *A Magyar Október Párt Közleménye* (*Mitteilung der Partei Ungarischer Oktober*), S. 6
48. *Magyar Nemzet*, 1989. július 19, *Vélemények, ellenvélemények – hírek rovat* (*Meinungen und Gegenmeinungen, Nachrichtenspalte*), S. 6
49. *Magyar Nemzet*, 1. August 1989, (Kisballa): *Joghézag vagy törvénysértés? Figyelmeztetést kaptak az utcablak átfestői.* (*Gesetzeslücke oder Gesetzesverletzung?, Die Straßenschildübermalter bekamen Verwarnung.*), S. 3
50. *Magyar Nemzet*, 9. Januar 1991, (haller): *Ohne Titel*
51. *Magyar Nemzet*, 14. Februar 1991, Sneé, Péter: *Zum Tod von György Krassó* (*Meghalt Krassó György*), S. 3
52. *Magyar Nemzet*, 11. März 1991, Cseke, Hajnalka: *Krassó György: „Mondom: minden reménytelen....“* (*György Krassó: Ich sage ja, alles ist hoffnungslos...*), S. 5
53. *Magyar Nemzet online*, *Kétszáz ügynök az emlékező tömegben* (Zweihundert Agenten unter den Gedenkenden), [Kétszáz ügynök az emlékező tömegben - Magyar Nemzet, https://mno.hu/.../ketszaz\\_ugynok\\_az\\_emlekezo\\_tomegben-3209...](https://mno.hu/.../ketszaz_ugynok_az_emlekezo_tomegben-3209...)
54. *medianaplo.blog.hu*, 10. November 2015, László Zöldi: *Médianapló – A kékfényes Szabó László fejfájára* (*Medientagebuch – Auf das Holzgrabmal vom Blaulicht-Szabó*)
55. *Népszabadság*, 27. September 1981, Szabó, László: *Ez történt. 5. Miért kerekedtek felül a reakció erői?* (*5. Warum gewannen die Kräfte der Reaktion die Oberhand?*)
56. *Népszabadság*, 30. November 1989, *Könyvper a Markóban. Krassó kontra Földes* (*Munkatársunktól*) (*Buchprozess im Markó-Gericht. Krassó kontra Földes - von unserem Mitarbeiter*), S. 5
57. *Népszabadság*, 1. Dezember 1989, *Három hónap alatt sok történhet. A belvárosi „csata“.* *Több jelölt egy mandátumért* (In drei Monaten kann viel geschehen. („Schlacht“ in der In-

- nenstadt. Mehrere Kandidaten für ein Mandat), Interviews von György Attila Fekete, János Tibor Kéri und Lajos Pogonyi, S. 6
58. *Népszabadság*, 5. Dezember 1989, F. GY. A. (Autor): *Lehetőség a visszaélésre is van. Egyik jelölt sem kapott haladékot (Es gibt auch Möglichkeiten des Mißbrauchs. Keiner der Kandidaten erhielt einen Aufschub)*, S. 5
59. *Népszabadság*, 6. Dezember 1989, *Időközi választás Budapesten (Zwischenwahlen in Budapest)*, MTI-Mitteilung, S. 4
60. *Népszabadság*, 7. Dezember 1989, F. GY. A. (Autor): *Az egykori jelölt győzni akar (Der ehemalige Kandidat will siegen)* und Foto, *Népszabadság*, 7. Dezember 1989, S.1
61. *Népszabadság*, 7. Dezember 1989, *Az egykori vesztes győzni akar (Der einstige Verlierer will siegen)*, S. 4
62. *Népszabadság*, 7. Dezember 1989, Cím nélkül (Ohne Titel), (Zu den Zwischenwahlen vom 9. Dezember 1989), S. 4
63. *Népszabadság*, 11. Dezember 1989, F. GY. A. (Autor): *Képviselő-választási kísérlet az V. kerületben. Résztvétlenség miatt a szavazás megismétlődő (Wahlversuch zur Abgeordnetenwahl im V. Bezirk. Wegen zu geringer Wahlbeteiligung muss die Wahl wiederholt werden)*, S. 5
64. *Népszabadság*, 14. Dezember 1989, Füzes, Oszkár: *Éles sarok. Jó szándék (Scharfe Kante. Gute Absicht)*, S. 5
65. *Népszabadság*, 15. Dezember 1989, *Csak ezután következik: Krassó kontra Földes per (Das folgt erst noch: Prozess Krassó kontra Földes)*, S. 5
66. *Népszabadság*, 20. Dezember 1989, Bartha Szabó, József: *Szakítunk a rossz emlékü évek módszereivel. Horváth István belügyminiszter nyilatkozata a Népszabadságnak (Wir brechen mit den Methoden der Jahre schlechter Erinnerungen, Erklärung von Innenminister István Horváth gegenüber der Népszabadság)*, S. 1 und 5
67. *Népszabadság*, 21. Dezember 1989, *Múzeumba került a dunaújvárosi Münnich-szobor (Die Münnich-Statue aus Dunaújváros gelangte ins Museum)*, S. 5
68. *Népszabadság*, 6. Januar 1990, *Mához egy hétre. Időközi pót-pótválasztás. Már csak hárman vannak (Heute in einer Woche zwischenzeitliche Ersatz-Ersatzwahlen. Es sind nur noch drei Kandidaten.)* (F. Gy. A.), S. 4

69. *Népszabadság*, 11. Januar 1990, *Balázs Péter bankár, bevárosi jelölt: Nem eregetnek ígért-léggömböket* (Bankier Péter Balázs, Innenstadtkandidat: Sie ließen keine Luftballons mit Versprechen aufsteigen, Interviewer: Dolecskó Kornélia), S. 4
70. *Népszabadság*, 11. Januar 1990, *Gondolatok a ládafiából* (Merán Lajos olvasói levele) (*Gedanken aus der Schublade*, Lajos Meráns Leserbrief), S. 4
71. *Népszabadság*, 14. Januar 1990, *Ismét van képviselője a budapesti 14. választóközsetnek. 42,85 százalékos részvétel. Győzött a szabad demokraták jelöltje* (Der 14. Budapester Wahlkreis hat wieder einen Abgeordneten. Die Wahlbeteiligung betrug 42, 85 Prozent. Gesiegt hat der Kandidat der Freien Demokraten) (Von unserem Mitarbeiter), S. 5
72. *Népszabadság*, 8. Februar 1990, K. J. T. (Kéri J. Tibor): *Krassó kontra ellenállók 1:0 avagy meddig terjed a véleménynyilvánítás szabadsága* (*Krassó kontra Widerstandskämpfer 1:0 oder wie weit die Freiheit der Meinungsäußerung geht*), S. 10
73. *Népszabadság*, 28. Juni 1990, *Krassó pervesztes (Munkatársunktól)* (*Krassó hat den Prozess verloren*) (von unserem Mitarbeiter), S. 4
74. *Népszabadság*, 22. Oktober 1992, Lajos Pogonyi: *Nem ezt akartuk* (Nicht das ist es, was wir gewollt haben), (Interview mit Mária Wittner), S. 23
75. *Népszava*, 6. Dezember 1989, *December 9. Időközi választás Budapesten (MTI)*, (9. Dezember. Zwischenwahlen in Budapest) (MTI), S. 6
76. *Népszava*, 11. Dezember 1989, *Érvénytelen a választás az V. kerületben* (*Wahl im V. Bezirk ungültig*) (MTI), S. 7
77. *Népszava*, 14. Dezember 1989, *Az MSZP nem támogatja lakásreform jelenlegi tervezetét* (Die Ungarische Sozialistische Partei unterstützt den gegenwärtigen Entwurf für eine Wohnungsreform nicht) (Radio Bartók), S. 5
78. *Népszava*, 5. Februar 2000, *Naptár – 7. Februar '90* (Kalender – 7. Februar 1990), S. 6
79. *Népszava online*, 8. November 2015, Friss, Róbert: *László Szabó gestorben*
80. *Politikatudományi Szemle*, Februar 2010, Bozóki, András: *A magyar demokratikus ellenzék* (*Die ungarische demokratische Opposition*),  
[epa.oszk.hu/.../EPA02565\\_poltud\\_szemle\\_2010\\_2\\_007-045.pdf](http://epa.oszk.hu/.../EPA02565_poltud_szemle_2010_2_007-045.pdf)
81. *Reform* (Zeitschrift *Reform*), 28. Juni 1991, *Krassó Amerikában* (*Krassó in Amerika*), S. 37
82. *Rubicon*, September 2010, *Kő, András: Kossuth tér, 1956* (*Kossuth Platz, 1956*),  
[www.rubicon.hu/megrendelhető/termek.../ko\\_andras...ter.../0](http://www.rubicon.hu/megrendelhető/termek.../ko_andras...ter.../0)

83. *Szabad Föld*, 5. Juni 1990, *Krassó-per* (Krassó-Prozess), S. 9
84. *The Bloc*, June-July 1989, Nummer 154-155, Krasso, Gyorgy (1989): *The reburial of Imre Nagy and its consequences*, S. 22-23
85. *The Guardian*, 29. Juni 2010, Palmer, John: *Ken Coates obituary. Politician, activist and writer of the left*, <https://www.theguardian.com/politics/2010/jun/29/ken-coates-obituary>

#### Herangezogene Literatur

1. *1983. évi III. törvény az országgyűlési képviselők és a tanácsstagok választásáról (Gesetz III aus 1983 zur Wahl der Parlamentsabgeordneten und Kommunalvertreter)*, Hazafias Népfront Országos Tanácsa (Landesrat der Patriotischen Volksfront), Budapest, 1984
2. *1989. évi XI. törvény az országgyűlési képviselők és tanácsstagok választásáról szóló 1983. évi III. törvény módosításáról (Änderung des Gesetzes III aus 1983 zur Wahl der Parlamentsabgeordneten und Kommunalvertreter des Gesetzes XI aus 1989)*
3. *1989. évi XXXIV. törvény az országgyűlési képviselők választásáról (Gesetz XXXIV aus 1989 zur Wahl der Parlamentsabgeordneten)*
4. *1/ 1989. NET határozat (Népköztársaság Elnöki Tanácsa) (Beschluss 1/1989 des Präsidialrats der Volksrepublik)*
5. Baráth, Magdolna/ Gercsényi, Lajos (2015): *Főkonzulok, követek és nagykövetek, 1945 – 1990 (Generalkonsuln, Gesandte, Botschafter, 1945 – 1990)*, MTA Bölcsészstudományi Kutatóközpont, Történettudományi Intézet, Budapest
6. *Beszélő összkiadás (Samisdatzeitschrift Beszélő, Gesamtausgabe) (1992)*, Bd. I-III, *AB-Beszélő Kiadó*, Budapest
7. Dr. Berki Mihály: *Hadsereg vezetés nélkül (Armee ohne Führung)*, Magyar Média, 198
8. Borhi, László (2015): *Nagyhatalmi érdekek hálójában (Im Netz der Großmachtinteressen)*, Osiris, Budapest
9. Bozóki, András (Hrsg.) (1992): *Tiszta lappal. A FIDESZ a magyar politikában (Ein unbeschriebenes Blatt. Der FIDESZ in der ungarischen Politik, Századvég)*
10. Bozóki, András (Chefredakteur)/ Elbert, Márta/ Kalmár, Melinda/ Révész, Béla/ Ripp, Erzsébet/ Ripp, Zoltán (Redakteure) (1999): *A rendszerváltás forgatókönyve. Kerekasztal-tárgyalások 1989-ben (Drehbuch des Systemwechsels, Verhandlungen am Runden Tisch 1989)*, Magvető, Budapest *Drehbuch des Systemwechsels*, I-VIII

11. Bozóki, András/ Sükösd, Miklós (Hrsg.) (1991): *Anarchizmus (Anarchismus)*, Századvég Kiadó, Budapest
12. Bozóki, András/ Sükösd, Miklós (2007): *Anarcho-demokraták. Az anarchizmus elmélete és magyarországi története (Anarchodemokraten, Theorie und ungarische Geschichte des Anarchismus)*, Gondolat, Budapest
13. Csizmadia, Ervin (1995): *A magyar demokratikus ellenzék (1968 – 1988) (Die ungarische demokratische Opposition – 1968-1988)*, T-Twins Kiadó, Budapest
14. Földes, László (1984): *A második vonalban (In zweiter Linie)*, Kossuth Kiadó, Budapest
15. Gömöri, György (1999): *Jöjj el, szabadság! Írások a XX. századi magyar költészetéről! (Komm o Freiheit! Schriften zur ungarischen Dichtung des XX. Jahrhunderts)*, A Magyar Nyelv és Kultúra Nemzetközi Társasága, Anyanyelvi Konferencia, Budapest
16. Gömöri, György (2006): *Változatok a forradalomról (Variationen zur Revolution)*, In: Gömöri György: *Az én forradalmam. Emlékezések és írások az 1956-os forradalomról (Meine Revolution. Erinnerungen und Schriften zur 1956er Revolution)*, Pont Verlag, Budapest
17. Hafner, Mónika: *Nachwort, in: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]), S. 387 f.*
18. Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]): *Maradj velünk! Krassó György írásai (Bleib bei uns! György Krassós Schriften)*, MagánZárka Kiadó, Wien
19. Howell, Martha/ Prevenier, Walter (2004): *Werkstatt des Historismus. Eine Einführung in die Historischen Methoden*, Böhlau Verlag, Köln
20. Jordan, Stephan (2013): *Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft. Orientierung Geschichte*, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn
21. Kenedi, János (1996): *Kis állambiztonsági olvasókönyv (Kleines Lesebuch der Staatssicherheit)*, Magvető, Budapest, Bd. I-II.
22. Kéri, Edit (2007): *Kik lőttek a Kossuth téren '56-ban?(Wer hat 1956 auf dem Kossuth Platz geschossen?)*, Magyarok Világszövetsége, Budapest
23. Kis, János( 1981): *Lapunk elé (Als Vorspann zu unserem Blatt)*, *Beszélő* Nr. 1. (Dezember 1981), in: *Beszélő összkiadás (Samisdatzeitschrift Beszélő, Gesamtausgabe)* (1992), *AB-Beszélő Kiadó*, Budapest, Bd. I, S. 11-12
24. Kis, János (1987): *Kik a máskéntgondolkodók és hogyan különböztessük meg az ellenzékiektől? (Wer sind die Andersdenkenden, und wie sollen wir sie von den Oppositionellen unter-*

- scheiden?), *Beszélő* Nummer 22 (1987/4), in: *Beszélő* összkiadás (*Samisdatzeitschrift Beszélő, Gesamtausgabe*) (1992), *AB-Beszélő Kiadó*, Budapest, Bd. III. S. 111-114
25. Kis, János (1994): *A demokratikus ellenzék hagyatéka (Nachlass der demokratische Opposition)*, *Beszélő*, 5. Jg., Nr. 3
26. Kozák, Gyula: *Negatív üdvtörténet? (Negative Heilsbotschaft)*, in: *Beszélő* 1994. Nummer 41, [Negatív üdvtörténet? Beszélő](http://beszelo.c3.hu/cikkek/negativ-udvtortenet), [beszelo.c3.hu/cikkek/negativ-udvtortenet](http://beszelo.c3.hu/cikkek/negativ-udvtortenet)
27. Krassó, György (1985): *Nagy Lajos kitelepítése (Lajos Nagys Zwangsaussiedlung)*, *Beszélő* Nr. 15, in: *Beszélő* összkiadás (*Samisdatzeitschrift Beszélő, Gesamtausgabe*) (1992), *AB-Beszélő Kiadó*, Budapest, Bd. II, S. 339-340
28. Krassó, György (1986 a): *Temetés Derecskén (Beerdigung in Derecske)*, in: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]): *Maradj velünk! Krassó György írásai (Bleib bei uns! György Krassós Schriften)*, MagánZárka kiadó, Wien, S. 231-238
29. Krassó, György (1986 b): *Két választás Magyarországon (Zwei Wahlen in Ungarn)*, in: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]): *Maradj velünk! Krassó György írásai (Bleib bei uns! György Krassós Schriften)*, MagánZárka kiadó, Wien, S. 231-238
30. Krassó, György (1987): *Márciusi telefonüzenet – Londonból (Telefonische Märzbotschaft aus London)*, in: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]), S. 239-241
31. Krassó, György (1988 a): *Mit hozott 1988? (Was hat 1988 gebracht?)*, *Meldung des Informationsdienstes Ungarischer Oktober*, 326/1988 (31. Dezember), BFL XIV. 47./ 13. Karton (György Krassó und Miklós Krassós Schriften), in: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]), S. 294-296
32. Krassó, György (1988 b): *Ki lát a jövőbe? („Wer blickt in die Zukunft?“)*, in: *Maradj velünk! Krassó György írásai (Bleib bei uns! György Krassós Schriften)*, MagánZárka Kiadó, Wien, (ohne Jahresangabe [1991]), S. 296-298
33. Krassó, György (1989): *Emlékbeszéd az Országháza előtt (Gedenkrede vor dem Parlament)*, in: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]): *Maradj velünk! Krassó György írásai (Bleib bei uns! György Krassós Schriften)*, MagánZárka Kiadó, Wien, S. 315-318
34. Krassó, György: *Üzenet a kórházból (Botschaft aus dem Krankenhaus)*, in: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]): *Maradj velünk! Krassó György írásai (Bleib bei uns! György Krassós Schriften)*, MagánZárka Kiadó, Wien, S. 331-334
35. Krassó, György: *T. Budai Központi Kerületi Bíróság... (Sehr geehrtes Budaer Zentrales Bezirksgericht...)* (7. Mai 1990). In: Hafner, Mónika/ Zsille, Zoltán (Hrsg.) (o. J. [1991]): *Mar-*

- dj Velünk! Krassó György írásai* (Bleib bei uns! György Krassós Schriften), MagánZárka Kiadó, Wien, S. 319-326
36. Körömi, Teréz (2007): *Az 1956. október 25-i Kossuth téri sortűz áldozatai* (Die Opfer des Salvenfeuers vom 25. Oktober 1956 auf dem Kossuth Platz), in: Edit Kéri (2007): *Kik lőttek a Kossuth téren '56-ban?* (Wer hat 1956 auf dem Kossuth Platz geschossen?), Magyarok Világszövetsége (Weltverband der Ungarn), Budapest, S. 119-128
37. Lomax, Bill (1989): *Magyarország 1956 (Ungarn 1956)*, Aura Kiadó, 1989, Budapest
38. Obertreis, Julia (2012): *Oral History. Basistexte*, Franz Steiner Verlag, Stuttgart
39. Lengwiler, Martin (2011 ): *Stimmen der Vergangenheit: Oral History als Zugang zu mündlichen Quellen* In: Lengwiler, Martin: *Praxisbuch Geschichte. Einführung in die historischen Methoden*, Orell Füssli Verlag, Zürich, S. 102-129
40. Oplatka, András (2014): *Németh Miklós. „Mert ez az ország érdeke“* (Miklós Németh. Weil es im Interesse des Landes war), Helikon, Budapest
41. Modor, Ádám (2006): *Célkeresztben Krassó (Krassó im Fadenkreuz)*, Kairosz Kiadó, Budapest
42. Palmer, Mark (2003): *Breaking the Real Axis of Evil*, Rowmann & Littlefeld
43. Pozsgay, Imre (2011): *A tiszteletbeli köztársasági elnök. Pozsgay Imrével beszélget Mezei Károly* (Der Ehrenpräsident der Republik, Károly Mezei im Gespräch mit Imre Pozsgay), Kairosz Kiadó, Budapest
44. Schmidt-Schweizer, Andreas (2007): *Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002. Von der liberalisierten Einparteienherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase*, R. Oldenbourg Verlag, München
45. Sellim, Volker (2008): *Einführung in die Geschichtswissenschaft*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen
46. Sneé, Péter (2006): *Gyuri után* (Nach Gyuri), Roman, Magyar Napló, Budapest
47. Sneé, Péter ( 2007): *Az én 1988-am (Mein 1988)*, Önkiadás (Selbstverlag)
48. Szabó, Miklós (Kun, Ágota) (1983): *Szubkultúra vagy politikai ellenzék? (Subkultur oder politische Opposition?)* In: *Beszélő Gesamtausgabe I.*, S. 361-363
49. Szalai, Erzsébet (1994): *A civil társadalomtól a politikai társadalom felé. Munkástanácsok 1989-1993* (Von der Zivilgesellschaft zur politischen Gesellschaft.?? Arbeiterräte 1989-1993), T-Twins Kiadó



50. Szalai, Erzsébet (1998): *Az elitek átváltozása. Tanulmányok és publicisztikai írásai 1994-1996* (Die Metamorphose der Eliten. Studien und publizistische Schriften 1994-1996), Új Mandátum Könyvkiadó, Budapest
51. Tabajdi, Gábor/ Ungváry, Krisztián (2008): *Elhallgatott múlt. A pártállam és a belügy. A politikai rendőrség működése Magyarországon 1956 – 1990* (Die verschwiegene Vergangenheit. Der Parteistaat und das Innenministerium. Die Tätigkeit der Politischen Polizei in Ungarn 1956-1990), 56er Institut-Corvina Kiadó, Budapest
52. Tamás, Gáspár Miklós (2006): „Szeretünk Gazsi“ (*Wir lieben dich, Gazsi*), in: Stefka, István: *Rendszerváltók. Mi is történik itt? (Systemveränderer. Was ist hier eigentlich passiert?)*, Kairosz Verlag, Budapest, S. 374-379
53. T. Somogyi, Magda: Politikai indíttatású utcanevváltoztatások Budapesten 1989 után (Politisch motivierte Straßennamensänderungen nach 1989) ([mnytud.arts.unideb.hu/nevtan/informaciok/pisa/tsm-m.pdf](http://mnytud.arts.unideb.hu/nevtan/informaciok/pisa/tsm-m.pdf))
54. Tuchtfeldt, Egon (1977): *Ideensysteme als Bezugsrahmen der Politik*, In: Ordo, S. 79-94
55. Iván Vitányi und andere (1989): *Új Márciusi Front 1988. Dokumentumok, cikkek, interjúk/ Az 1988. november 5-ei vitanap*, Múzsák Könyvművelődési Kiadó

#### Weitere Fachliteratur

1. Andorka, Rudolf (2006): *Társadalmi változás* (19. fejezet) (Gesellschaftlicher Wandel, 19, Kapitel, in: Rudolf Andorka: *Bevezetés a szociológiába* (Einführung in die Soziologie), Osiris, Budapest, S. 662-710
2. Bihari, Mihály/ Csizmadia, Erwin/ Fricz, Tamás/ M. Horváth, Tamás/ Kéri, László/ Kiss, József/ Kovács, Éva/ Stumpf, István/ Vass, László (1992): *A többpártrendszer kialakulása Magyarországon. 1985-1991* (Die Herausbildung des Mehrparteiensystems in Ungarn. 1985 – 1991), Kossuth Kiadó, Budapest
3. Csalog, Zsolt (1990): *Doku 56*, Unió Lap- és Könyvkiadó
4. Chamberlayne, Prue/ Bornat, Joanna/ Wengraf, Tom (2000): *The turn to Biographical Methods in Social Science. Comparative issues and examples*, Routledge, London/ New York,
5. Demszky, Gábor/ Gyarmati, Katalin/ Lévy, Jenő (Hrsg.) (1990): *Szamizdat '81-89. Válogatás a Hirmondó című folyóiratból* (Samizdat '81-'89. Auswahl aus der Zeitschrift Hirmondó/ Landbote), AB – Beszélő Kft, Budapest

6. Faragó, Béla (1986): *Nyugati liberális szemmel. A mai ellenzéki gondolkodásról* (Mit westlichen liberalen Augen. Zum Denken der heutigen Opposition), Magyar Füzetek Könyvei, Párizs
7. Domingo Blanco Fernández (2009): *A politikai filozófia alapelvei* (Die Grundprinzipien der politischen Philosophie), L'Harmattan, Budapest
8. Gerhard, Péter / Koltai, Gábor/ Rácz, Attila/ V. László, Zsófia (Hrsg.) (2010): *Rendszerváltás(ok) Magyarországon* (Systemwechsel in Ungarn), Mundus Könyvek, Budapest
9. Gyarmati, György (Hrsg.) (1999): *Trezor 1. A Történeti Hivatal évkönyve 1999* (Jahrbuch des Historischen Archivs der Staatssicherheit 1999)
10. Gyurkó, László (1982): *Arcképvázlat történelmi háttérrel* (Porträtskizze vor historischem Hintergrund) Magvető Kiadó, Budapest
11. Huoranszki, Ferenc (Hrsg.) (1998): *Modern politikai filozófia* (Moderne politische Philosophie), Osiris – Láthatatlan Kollégium, Budapest
12. Huszár, Tibor (1989): *Bibó István. Beszélgetések, politikai-életrajzi dokumentumok* (István Bibó. Gespräche, politische-biographische Dokumente), Magyar Krónika, Debrecen
13. Huszár, Tibor (2006): *Kádár. A hatalom évei 1956 – 1989.* (Kádár: Die Jahre seiner Macht 1956-1989), Corvina, Budapest
14. Kohl, Helmut (2009): *Vom Mauerfall zur Wiedervereinigung. Meine Erinnerungen.*, Knauer-Taschenbuch-Verlag
15. Konrád, György(1985): *Antipolitik – Mitteleuropäische Meditationen*, Suhrkamp Verlag
16. Kónya, Imre (2016): *...és az ünnep mindig elmarad? Történetek a rendszerváltástól napjainkig (...und das Fest ist ausgeblieben? Geschichten von der Systemwende bis in unsere Tage)*, Alexandra Kiadó, Pécs
17. Kőszeg, Ferenc (2009): *K. Történetei* (K.'s Geschichten), Magvető Kiadó, Budapest
18. Kurtán, Sándor/ Sándor, Péter/ Vass, László (Hrsg.) (1990): *Magyarország politikai évkönyve* (Politisches Jahrbuch Ungarn), AULA – Országos Műszaki Információs Központ és Könyvtár
19. Majtényi, György/ Szabó, Csaba (Hrsg.) (2008): *Távolodás és közelítések. Rendszerváltás és Kádár-korszak* (Sich-Entfernen und Sich-Annähern), Állambiztonsági Szolgálatok Történeti Levéltára (Geschichtsarchiv der Staatssicherheitsdienste), Kossuth Kiadó, Budapest

20. Máté, Tamás (Hrsg.) (1993): *A rendszerváltás a Szovjetunióban a tények tükrében (1989 – 1991)* (Systemwende in der Sowjetunion im Spiegel der Fakten – 1989-1991), Magyar rusztikai Intézet, Budapest
21. Mink, András (2018): *Rendszerváltás* (Systemwandel), Osiris Kiadó
22. Pallai, Péter/ Sárközi, Mátyás (2006): *A szabadság hullámhosszán. Az 1956-os magyar forradalom története a BBC elmondásában (Auf der Wellenlänge der Freiheit. Geschichte der ungarischen Revolution von 1956 in Texten der BBC)*, Helikon, Budapest
23. Pállinger, Zoltán Tibor (1997): *Die politische Elite Ungarns im Systemwechsel 1985 – 1995*, Verlag Paul Haupt Bern, Stuttgart, Wien
24. Richter, Anna (1990): *Ellenzéki Kerekasztal. Portrévázlatok (Oppositioneller Runder Tisch. Porträtskizzen)*, Ötlet Kft.
25. Ripp, Zoltán (2006): *Rendszerváltás Magyarországon – 1987-1990* (Systemwechsel in Ungarn – 1987-1990), Napvilág Kiadó
26. Romsics, Ignác (2003): *Volt egyszer egy rendszerváltás* (Es war einmal ein Systemwechsel), Rubikon-Ház
27. Romsics, Ignác (2013): *Rendszerváltás Magyarországon* (Systemwechsel in Ungarn), Akadémiai Kiadó, Budapest
28. Schmidt-Schweizer, Andreas (2010): *Der politische Transformationsprozess in Ungarn und die sozialistischen Machthaber: ein Systemwechsel „von innen“*, in: Detlef Pollack, / Jan Wielgohls, (Hrsg.): *Akteure oder Profiteure? Die Demokratische Opposition in den ostmitteleuropäischen Regimeumbrüchen 1989*, VS Verlag, Wiesbaden, S. 231-239
29. Smuk, Péter (2011): *Magyar közjog és politika 1989-2011* (Ungarisches öffentliches Recht und Politik 1989-2011), Osiris, Budapest
30. Szabó, Máté (2010): *Revisionismus, Liberalismus und Populismus: Die Opposition in Ungarn*, in: Detlef Pollack / Jan Wielgohls (Hrsg.): *Akteure oder Profiteure? Die Demokratische Opposition in den ostmitteleuropäischen Regimeumbrüchen 1989*, VS Verlag, Wiesbaden, 63-81. o.
31. Szabó, Márton (2016): *Diszkurzív politikatudomány. Bevezetés a politika interpretatív szemléletébe és kutatásába* (Diskursive Politikwissenschaft. Einführung in die interpretatorische Anschauung und Forschung der Politik), Osiris Kiadó
32. Szalai, Erzsébet (2006): *Az újkapitalizmus és ami utána jöhet...* (Der Neokapitalismus und was danach kommen kann...), Új Mandátum Könyvkiadó, Budapest

33. Székely, János (2015): *Bárányvakság. Hogyan lett ilyen Magyarország? Blindheit der Lämmer. Wie ist Ungarn so geworden?*, Kalligram
34. Szilágyi, Sándor 1999: *Ostinato*, Új Mandátum Könyvkiadó, Budapest
35. Tóbiás, Áron (Hrsg.) (1989): *Vásárhelyi Miklós. Ellenzékben* (Miklós Vásárhelyi. In Opposition), Szabad Tér Kiadó
36. Vonyó, József (Hrsg.) (2017): *Személyiség és történelem. A történelmi személyiség* (Persönlichkeit und Geschichte. Die historische Persönlichkeit), Magyar Történelmi Társulat/ Kronosz Kiadó/ ÁBTL, Pécs – Budapest
37. Wasner, Barbara (2006): *Eliten in Europa. Einführung in Theorien, Konzepte und Befunde*, VS Verlag, Wiesbaden

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b> .....	3
<b>2. György Krassó und der historische Kontext</b> .....	7
2.1. Wer war György Krassó?.....	7
2.1.1. Kurzer Lebenslauf.....	7
2.1.2. In der ungarischen demokratischen Opposition.....	11
2.1.3. Die Partei Ungarischer Oktober.....	21
2.2. Der historische Kontext.....	27
2.2.1. Zusammenfassung der Geschichte des ungarischen Systemwechsels (1988 – 1990).....	28
2.2.2. Der ideologisch-ideelle Rahmen.....	31
2.2.3. György Krassó, der handelnde Anarchodemokrat.....	33
<b>3. Westexil (November 1985 – Juni 1989)</b> .....	39
3.1. Mitarbeit an den ungarischsprachigen Sendungen der BBC.....	39
3.2. Besuch in den Vereinigten Staaten von Amerika.....	47
3.3. Ablehnung der Verlängerung des ungarischen Ausreisevisums.....	49
3.4. Der Informationsdienst Freie Presse Ungarischer Oktober.....	57
3.5. Krassó-Interview in der Samisdatzeitschrift <i>Demokrat</i> zu seiner Tätigkeit im Westen.....	69
3.6. 1989 noch in London.....	73
<b>4. Wiederbeerdigung von Imre Nagy und seinen Gefährten</b> .....	79
4.1. Politische Bedeutung der Wiederbeerdigung von Imre Nagy und seinen.....	80
4.2. Die Politik der Vereinigten Staaten und die Rolle des Botschafters Mark Palmer.....	84
4.3. Das Komitee zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit und der Weg zur Wiederbeerdigung.....	89
4.4. Krassó in den Staatssicherheitsakten in Verbindung mit der Wiederbeerdigung Imre Nagys.....	93
4.5. Die ausgefallene Sondergedenkveranstaltung.....	102
4.6. Komitee zur Wiederherstellung der Historischen Gerechtigkeit kontra Krassó.....	103
4.7. György Krassó zur Wiederbeerdigung am 16. Juni 1989.....	112
<b>5. Die Aktion in der Nádorstraße</b> .....	121
5.1. Warum die Münnich-Ferenc-Straße?.....	121

5.2. Die Observationsakten.....	124
5.3. Entscheidung zur Namensänderung und der erste Aktionstag.....	126
5.4. Die erste damit einhergehende Aktion. Kranzniederlegung an der Parzelle 21 zeitgleich mit János Kádárs Beerdigung.....	128
5.5. Die Aktion der Namensänderung wird fortgesetzt.....	130
5.6. Die zweite damit einhergehende Aktion: Vaterlandsverräter! Anbringung der Inschrift.....	134
5.7. Verfahren wegen Ordnungswidrigkeit.....	136
5.8. Vereinbarung zwischen der Partei Ungarischer Oktober und dem Rat der Hauptstadt.....	139
5.9. Aktion der Straßennamensänderung im Spiegel der Presse.....	143
5.10. Das Ende der Geschichte.....	147
<b>6. Krassó zum 33. Jahrestag der Revolution (23. Oktober 1989).....</b>	<b>151</b>
<b>7. György Krassó 1989 zu den Zwischenwahlen für das Parlament.....</b>	<b>162</b>
7.1. Versuch einer Kandidatenaufstellung der Opposition zu den Wahlen von 1985.....	162
7.2. Die Zwischenwahlen von 1989 in der Budapester Innenstadt im Spiegel von Zeitungsartikeln.....	165
7.3. Die Partei Ungarischer Oktober zu den Zwischenwahlen.....	171
<b>8. Zwei Prozesse wegen einer Fußnote. Krassós Buchprozesse in Verbindung mit dem Massaker vom 25. Oktober 1956 auf dem Budapester Kossuth Platz .....</b>	<b>178</b>
8.1. Zu den früheren Ausgaben des Buches.....	178
8.2. Bill Lomaxs Buch in Krassós Staatssicherheitsakten.....	180
8.3. Fußnote auf Seite 140 in der Aura-Publikation.....	183
8.4. Die beiden Prozesse im Spiegel der zeitgenössischen Zeitungsartike.....	186
8.5. Krassós Eingabe im Prozess gegen László Földes.....	191
8.6. Ende des Prozessierens.....	196
<b>9. Als Kritiker des Systemwechsels.....</b>	<b>198</b>
9.1. Der Weg der Gegenelite bis zu den Verhandlungen am Runden Tisch.....	198
9.2. Kritik an den Verhandlungen des Runden Tisches.....	201
9.3. Die „Vier-Ja“-Volksabstimmung.....	210
9.4. Ansichten zum Systemwechsel.....	213
<b>10. Ungarische und ausländische Beurteilung.....</b>	<b>228</b>

10.1. Ungarische Bewertung.....	228
10.2. Ausländische Beurteilung.....	237
<b>11. Schlussfolgerungen.....</b>	<b>243</b>
Abkürzungen.....	248
Quellen- und Literaturverzeichnis.....	249
Inhaltsverzeichnis.....	270